

Todesfabrik Auschwitz S.29

Arbeiterkampf

ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES

Jg. 15, Nr. 254, 14. 1. 85 — 4 DM Förderpreis DM 5,- — C 21734 E

wurde von seiner Ermordung gemunkelt. 1981 begann der

Massenprotest und Belagerungszustand



Frauen in Chile: „Gemeinsam verteidigen wir das Leben"

Chile

Der September und Oktober schienen Monate einer neuen „Öffnung" zu sein. Zwar gab es wie immer die Repression mit Verschwundenen, Ermordeten und Verhafteten, aber alles schien auf einen neuen Dialog und Verhandlungen hinauszulaufen. Selbst Pinochet rief zu einem Minimalkonsens aller verfassungstreuen Parteien auf. Die Verhandlungen zwischen Linken und bürgerlicher Opposition brachten ständig neue Ergebnisse, Gerüchte, Überraschungen.

In dieser Situation wurde Anfang Oktober der „Paro nacional", der nationale Streik- und Protesttag, immerhin schon seit April im Gespräch, mit großen Schwierigkeiten und vielen Gegenstimmen beschlossen, durchgeführt — und wurde zum größten Erfolg und Höhepunkt aller bisherigen Proteste. Die Freude darüber war kurz — sechs Tage später wurde der Belagerungszustand verhängt und die größte Säuberungsaktion seit Jahren, einige sagen, seit 1973, begonnen.

Hungerstreik politischer Gefangener

Der am 4.12.84 begonnene unbefristete Hungerstreik von Gefangenen der RAF und anderen politischen Gefangenen geht inzwischen in die sechste Woche. Obwohl der gesundheitliche Zustand einzelner bereits kritisch ist, scheinen die Hungerstreikenden entschlossen, ihre Forderungen unter allen Umständen durchsetzen zu wollen. Es sind dieselben Forderungen wie beim letzten kollektiven Hungerstreik im Frühjahr 81, dem achten in der Geschichte der RAF, der nach dem Tod von Sigurd Debus und dem danach gegebenen Versprechen der Justizbehörden, auf die Forderungen einzugehen, abgebrochen wurde:

— Zusammenlegung mit anderen politischen Gefangenen in großen Gruppen,
— Abschaffung der Einzel- und Kleingruppenisolation,
— Aufhebung der Kommunikationssperre,
— Anwendung der Mindestgarantien der Genfer Konvention.

Bekanntlich dachten die Justizbehörden der BRD nach Abbruch des Hungerstreiks 1981 nicht daran, ihre Zusage zu erfüllen. Die Gesellschaft nahm diese Entwicklung schweigend bis zustimmend hin. Auch die Linke fand sich weitgehend damit ab.

Gegen den Versuch, diese Situation jetzt mit einem erneuten Hungerstreik zu durchbrechen, kündigte die Bundesjustiz von Anfang an eine knallharte Linie an. Man sieht sich nicht veranlaßt, auf die Forderungen einzugehen. Wie schon bei früheren Hungerstreiks, werden Tote in Kauf genommen.

Die demokratische Öffentlichkeit hat Grund, sich Sorge um das Leben der Hungerstreikenden zu machen.

Ein Bericht über den aktuellen sowie eine Chronologie der bisherigen Hungerstreiks finden sich auf Seite 3.

Seit Beginn des Hungerstreiks häufen sich Anschläge und Sabotageakte. Sie gelten vornehmlich militärischen Einrichtungen der NATO und damit in Verbindung stehenden Rüstungs- und Versorgungszentren.

Politisch dienen sie nach eigener Darstellung dem Aufbau einer „antiimperialistischen Front". Die meisten stellen zudem ausdrücklich einen Zusammenhang zum aktuellen Hungerstreik her.

Die „Sicherheitsorgane" der BRD, allen voran General Rebmann, wittern Terror-Gefahr für die „Symbolfiguren" dieses Staates, geben sich aber trotzdem gelassen.

Eine Übersicht über die Anschlagserie auf Seite 4.

8. Mai: Lauter Streit um leise Töne

Eigentlich gäbe es am 8. Mai 1985 viel zu feiern. Die Niederlage des Faschismus und der Zerfall des großdeutschen Reiches am 8. Mai 1945 wären Anlaß genug hierfür. Nicht so bei den Herrschenden hierzulande. Wenn man schon mit großdeutschen Ambitionen keine Regierungspolitik betreiben kann, so soll doch zumindest der Gedanke an „unser Reich" wachgehalten werden. Derzeit spricht man lieber von der „Neuordnung Europas" und der „Unfreiheit im Osten". Doch mit „stillem Gedenken" und „leisen Tönen" zum 8. Mai ist nichts. Die Diskussion läuft schon auf vollen Touren.
Seite 9

Wer hat Angst vor Arthur Scargill?

Am 12. Januar sollte Arthur Scargill, Präsident der britischen Berarbeitergewerkschaft NUM, auf einer Solidaritätskonferenz in Essen sprechen. Die Konferenz ist nach massiver Intervention der IG Metall und des DGB geplatzt. Gemeinsam mit der IG Bergbau haben die Vorstände dieser Gewerkschaften sich öffentlich von den Streikzielen der Bergarbeiter und der NUM distanziert und einmal mehr ihre Ausgrenzungspolitik gegen klassenkämpferische Gewerkschafter praktiziert.

Die NUM habe, so erklärten sie, gegen zwei Grundsätze bundesdeutscher Gewerkschaftspolitik verstoßen:

— Sie praktiziere keine Sozialpartnerschaft, weil sie für den Erhalt aller Arbeitsplätze kämpft und nicht in *„Einsicht unvermeidbarer ökonomischer Zwänge bei Abwehr sozialer Härten"* Zechenstillegungen mittrage.

— Sie verweigere den Antikommunismus, weil sie mit den realsozialistischen Gewerkschaften in einem Verband zusammenarbeiten will, statt unter Führung des bundesdeutschen IG Bergbau-Chefs Adolf Schmidt pro-imperialistische Politik mitzutragen.

Feinsinnig, wie man im DGB ist, will man allerdings den notleidenden Familien der Bergarbeiter und selbstverständlich den Kindern, die unter der Politik ihrer Gewerkschaft zu leiden haben, die Solidarität nicht verweigern.

Brot für die Welt statt praktischer, politischer Solidarität.

So weit, so different. Doch dabei läßt man es in einer deutschen Gewerkschaft nicht bewenden. Die Stellungnahmen aus dem DGB sind auch eine massive Intervention in die britische Gewerkschaftsbewegung, die in gute europäische und schlecht klassenkämpferische Verbände eingeteilt wird. Über 600.000 DM, die von Aktiven Gewerkschaftern in der IG Metall gesammelt wurden, werden nicht an die Bergarbeitergewerkschaft, sondern an die als „zuverlässig" angesehene britische Stahlarbeitergewerkschaft weitergeleitet, damit auf diesem Weg sie an die Bergarbeiterfamilien kommen. Die NUM hat mitgeteilt, daß diese Gelder bisher nicht angekommen sind, und daß in einer Situation, wo jeder Pfennig gebraucht wird!

Verstehen kann man diese DGB-Führer. Es macht ein ausnehmend schlechtes Bild, sich den jovialen Papa Breit (immer um ein Gespräch mit Kohl bemüht), den drögen Hans Mayr (peinlichst auf die Rechtmäßigkeit gewerkschaftlichen Tuns, bedacht), den ewigen Kongreßredner Adolf Schmidt (verhinderter Minister in einer großen Koalition) neben Arthur Scargill vorzustellen, einem Gewerkschaftsführer, der die Stirn besitzt, nicht nur Sonntagsreden zu halten, sondern Thatcher Paroli zu bieten. Der notfalls auf das bürgerliche Recht pfeift, persönliche Risiken eingeht, mit Streikposten steht, zusammengeschlagen wird und Polizeiwachen von innen kennenlernt — nicht weil gerade wieder der Dialog Polizei / Gewerkschaften ansteht, sondern weil er seine Kumpels aktiv unterstützt hat. Kein Wunder, daß in den DGB-Führungsetagen Hektik ausbrach, als bekannt wurde: Arthur Scargill kommt.

Ein ausführlicher Bericht und die Distanzierungsbriefe der IG Metall auf Seite 14.



Verletzter Arthur Scargill nach der Schlacht vor der Zeche Orgreave

BVG-Urteil zur Raketenstationierung

DIE ERMÄCHTIGUNG

Aller Erfahrung nach war es nicht anders zu erwarten: Am 18. Dezember letzten Jahres urteilte das Bundesverfassungsgericht über die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles auf westdeutschem Boden. Die Zustimmung der Bundesregierung ohne ein besonderes Gesetzgebungsverfahren im Bundestag sei verfassungsgemäß. Die Grünen sehen in dem Urteil eine ,,gefährliche Erosion parlamentarischer Mitwirkungsrechte'' und klagen über ,,Argumentationsschwächen'' in der Urteilsbegründung.

Gegenstand des Verfahrens war eine sog. Organklage (Klage eines Staatsorgans gegen ein anderes, in diesem Fall der Bonner Fraktion der Grünen gegen die Bundesregierung). Die Grünen wollten das Recht des Parlaments festgestellt wissen, durch Gesetz über die Stationierung zu entscheiden (anstatt, wie es der Fall war, per Resolution die ,,Nachrüstung'' zu ,,begrüßen''). Ein solcher ,,Gesetzesvorbehalt'' ergibt sich nach Ansicht der Grünen aus zwei Artikeln des Grundgesetzes: Zum einen aus Art. 59 (2), wonach völkerrechtliche Verträge grundsätzlich nur dann ratifiziert werden dürfen, wenn ihnen zuvor durch Bundesgesetz zugestimmt wurde. Zum anderen aus Art. 24 (1), wonach der Bund ,,durch Gesetz'' Hoheitsrechte auf zwischenstaatliche Einrichtungen übertragen kann. Die Klage der Grünen vertrat die Auffassung, daß beim Entscheidungsverfahren über die Raketen-Stationierung diese Grundgesetz-Artikel hätten berücksichtigt werden müssen.

Gegen ein Minderheitsvotum von nur einer Stimme entschied das BVG, daß die Zustimmung zur Stationierung bereits durch den Beitritt der Bundesregierung zur NATO gedeckt sei. Zu diesem Beitritt sei die Regierung 1955 per Gesetz ermächtigt worden. Einer neuen gesetzlichen Regelung bedürfe es nicht, solange die damals festgelegten Bündnisziele (,,Verteidigung'') nicht verlassen und durch neue Ziele (Angriff) ersetzt würden. Eine solche Veränderung der Ziele der NATO — so sie denn jemals defensiv waren — vermochten die Richter selbstredend nicht zu erkennen. Insofern habe die Zustimmung der Bundesregierung keinen neuen Vertragsschließungs-Akt dargestellt, der eine besondere Gesetzgebung durch den Bundestag notwendig gemacht hätte. Die Bundesregierung habe also die Rechte des Parlaments nicht verletzt.

Natürlich folge aus dieser Sachlage eine Begrenzung der Mitwirkungsrechte des Bundestags in auswärtigen Angelegenheiten. Dies sei aber als Element der Gewaltenteilung hinzunehmen. Dem Parlament verblieben als Kontrollmittel immer noch die Möglichkeiten, einen neuen Kanzler zu wählen oder die Haushaltsmittel zu verweigern.

Das BVG gab der Klage der Grünen sogar recht darin, daß die Bundesregierung mit der Zustimmung zur Staionierung Souveränitätsrechte an die NATO übertragen habe, da der Einsatz der neuen Waffen nicht in die Entscheidungs-Befugnis der Bundesrepublik falle. Diese Befugnis sei aber nicht auf die USA schlechthin übertragen worden, sondern lediglich auf die USA in ihrer Eigenschaft als Bündnispartner. Hierbei gälten die Vereinbarungen, daß die Mitglieder des Pakts konsultiert werden müßten, und die Waffen nur zu Zwecken im Rahmen der NATO-Aufgabenstellung verwendet werden dürften. Wenn im akuten Spannungsfall allein der US-Präsident entscheidet, dann nur, weil er mit einer besonderen Bündnisfunktion betraut ist. So kann man's auch nennen. Es bestätigt sich, was man schon ahnte: Einem gut ausgebildeten Juristen ist auch der beste Journalist formulierungsmäßig hoffnungslos unterlegen.

In seinem Minderheitsvotum fand der überstimmte Verfassungsrichter Ernst Gottfried Mahrenholz überraschend klare Worte. So sagte er u.a.: ,,*Die Konstruktion des Senats läuft darauf hinaus, daß der Gesetzgeber der Zustimmungsgesetze zum Nordatlantikvertrag und zum Aufenthaltsvertrag* (ausländischer Streitkräfte in der BRD — Anm. AK) *im Jahre 1955 die Bundesregierung auf nicht absehbare Zeit ermächtigt hat, in einem von ihr zu bestimmenden beliebigen Umfang den USA das Recht zur Stationierung und zum Einsatz von Waffen zu übertragen. Dies gilt für alle denkbaren politischen Lagen, obwohl sie in ihrer Vielschichtigkeit und auch in ihrer Gefährlichkeit für die Existenz des deutschen Volkes nicht abschätzbar sind. Das betrifft auch jede Art von Waffen, also auch diejenigen, die in ihrer Qualität seinerzeit nicht einmal ausdenkbar gewesen sind (Raketen mit je mehreren sich selbst ins Ziel steuernden Gefechtsköpfen oder mit Flugzeiten, die praktisch keine Vorwarnzeit übrig lassen; Neutronenwaffen; Satellitenwaffen und Anti-Satellitenwaffen; binäre chemische Kampfstoffe). Die Ermächtigung umfaßt auch die Inkaufnahme eines möglicherweise gesteigerten atomaren Kriegsrisikos, das im Einzelfall in der Inanspruchnahme dieser Ermächtigung liegen kann.*''

Dagegen nimmt sich die Stellungnahme der Grünen selbst eher als naives Lamentieren aus. Es trieft geradezu von staatsbürgerlicher Besonnenheit und Zurückhaltung, wenn man etwa den folgenden Nonsens liest: ,,*Die vom Gericht im Hinblick auf die bisherige Rechtsprechung vorgenommene Gewichtsverschiebung zugunsten der Regierung erscheint umso problematischer, als die Begründung an entscheidenden Stellen nicht überzeugt.*'' So lernt man den Schily-ismus in der Pose der SPD von 1933 kennen ...

Nun ist es also höchstrichterlich: Rüstung und Kriegsvorbereitung sind nicht vom Willen der Bevölkerung, ja nicht einmal von dem seiner gewählten parlamentarischen Vertreter abhängig, sondern allein Sache der NATO.

In Existenzfragen erweist sich der Weg durch die Institutionen als kurz und unergiebig. NATO und Demokratie, und sei es auch nur bürgerliche, gehen nicht gut zusammen. Die Friedensbewegung wird nicht umhin können, daraus Konsequenzen zu ziehen. Nach Lage der Dinge kann es nur eine sinnvolle Antwort geben: raus aus der NATO! Nicht so sehr deshalb, weil man diese oder jene oder keine ,,Bündnis-Perspektive'' bevorzugt, sondern weil es einen anderen Weg zum Frieden schlicht nicht gibt.



Hinterhalt de luxe (Todenhöfer)



Einfache Panzer-Safari (Horacek)

diesem Beitritt sei die Regierung 1955 per Gesetz ermächtigt worden. Einer neuen gesetzlichen Regelung bedürfe es nicht, solange die damals festgelegten Bündnisziele (,,Verteidigung'') nicht verlassen und durch neue Ziele

darauf hinaus, daß der Gesetzgeber der Zustimmungsgesetze zum Nordatlantikvertrag und zum Aufenthaltsvertrag (ausländischer Streitkräfte in der BRD — Anm. AK) im Jahre 1955 die Bundesregierung auf nicht absehbare Zeit

volle Antwort geben: raus aus der NATO! Nicht so sehr deshalb, weil man diese oder jene oder keine ,,Bündnis-Perspektive'' bevorzugt, sondern weil es einen anderen Weg zum Frieden schlicht nicht gibt.

Genf: Es geht voran

Was ist Abrüstung? Wenn graue alte Männer ihre thermonuklearen Metastasen gesundbeten. Arteriosklerose zwo gegen Prostata zwoundzwanzig. Aber den pazifistischen Virus hat man voll im Griff. Der wäre ja beinahe zur Seuche geworden. Jetzt reden sie wieder, daß sie reden wollen. Die Welt wird wieder von Vernunft regiert. Die Gattung kann aufatmen.

,,Westliche Entschlossenheit'' und der ,,starke Mann'' im Weißen Haus haben es möglich gemacht. Weil der Iwan eben nur eine Sprache versteht: Die der knorrigen Faust am stahlglatten Revolver. Und das darf der deutsche Birnen-Michel als Moral von der Geschichte mitnehmen: Erst stationieren, dann ,,star wars'' vorbereiten, Verhandlungen anbieten und das Ganze Nulloption nennen.

Jubel, Trubel, Highterkeit bei der publizistischen Kanaille: Wo ist er denn, der Krieg? Wo der Weltuntergang? Solange verhandelt wird, wird nicht geschossen (weil: solange geschossen wird, wird ja auch nicht verhandelt!). Sollen sie also ,,Selbstkritik'' leisten, die Friedensbewegten, die ,,*Unterzeichner des Krefelder Appells und anderweitiger Unterschreibe-Listen, Mitmarschierer und Spruchbandträger von Friedensmärschen, nach ,Dialog' greinende Ankläger angeblicher amerikanischer Intransigenz*'', giftet die FAZ böse. Da sind sie doch, die Verhandlungen. Und die Sowjetunion sitzt mit am Tisch.

Dabeisein ist alles. Wo Schalmeien locken, ist die DKP nahe. ,,*Ein erster Schritt voran*'', heißt die frohe Botschaft, als ob Weihnachten und Ostern (und Pfingsten, würde Bahro sagen!) auf einen Tag gefallen sind. Raketen-Stopp und Weltraum-Hopp heißt das neue Ziel der Nachbeter sowjetischer Geriatrie. Die nächsten Aktionen heißen: Genf, Senf und Einhaltung des Senfs.

Man kann sich wieder sicher fühlen, weil wir mitten in der Stationierung sind. 60 von 108 Pershing II sind schon da, wöchentlich kommt wieder eine dazu. In Großbritannien sind es 32 von 160 Cruise Missiles, in Italien 16 von 112 Exemplaren des gleichen famosen Systems. US-Soldaten werden in Bad Tölz an ,,Tornister-Bomben'' ausgebildet — die handliche Atommine in der praktischen Tragetasche. Eine Pershing-Rakete gerät bei Heilbronn in Brand, tötet zwei und verletzt zehn weitere GI's — macht nix, dafür haben wir die freiwillige Feuerwehr. In der Karibik und in Mittelamerika stehen neue US-Großmanöver bevor, damit es dort noch friedlicher wird. Aber in Genf wird verhandelt, ob über Verhandlungen verhandelt werden soll. Peace, men, peace!

Die Show verspricht, ein Wahnsinns-Erfolg zu werden. Sensationelle Meinungsumfragen besagen: 55% der westdeutschen Bevölkerung — soviel wie nie in den letzten drei Jahren — blicken der Zukunft wieder hoffnungsfroh entgegen. Wie mag das erst in der DDR aussehen? Stärke, Vertrauen, Zuversicht! Jetzt kann es auch mit der Be-gattung wieder aufwärts gehen (damit wir nicht aussterben). Ja, es kommt uns schon, das Kotzen.

Winterhilfe für die Lakota

Die Pine Ridge in Süd-Dakota ist die zweitgrößte und gleichzeitig die ärmste Indianer-Reservation in den USA. Hier leben die Sioux, bekannt durch den Kampf um ihre heiligen Berge, die Black Hills. Die meisten in slum-ähnlichen Hütten und ohne Geld, um Heizmaterial oder warme Kleidung zu kaufen. Zur Zeit herrschen dort Temperaturen von bis zu 40 Grad minus. Wir haben durch eine Sammlung warme Kleidung und Decken erhalten. **Jetzt brauchen wir dringend Geld für den Transport in die USA. Gesellschaft für bedrohte Völker Postscheckamt Hamburg Kto.Nr. 7400 ,,Lakota-Winterhilfe''**

Die sowjetisch-amerikanische Erklärung

Die gemeinsame sowjetisch-amerikanische Erklärung von Genf hat folgenden Wortlaut:

Entsprechend der früher erzielten Vereinbarung fand am 7. und 8. Januar in Genf ein Treffen zwischen dem Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, dem Ersten Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Außenminister der UdSSR, Andrej Gromyko, und dem Außenminister der USA, George Shultz, statt. Während des Treffens wurde die Frage des Gegenstandes und der Ziele der bevorstehenden sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über nukleare und Weltraumwaffen erörtert.

Die Seiten stimmen darin überein, daß Gegenstand der Verhandlungen der Komplex von Fragen sein wird, die die Weltraum- und nuklearen Waffen, strategischer und mittlerer Reichweite, betreffen, wobei alle diese Fragen in ihrem wechselseitigen Zusammenhang erörtert und gelöst werden.

Ziel der Verhandlungen wird die Ausarbeitung effektiver Übereinkünfte sein, die auf die Verhinderung des Wettrüstens im Weltraum und seine Beendigung auf der Erde, auf die Begrenzung und Reduzierung der nuklearen Rüstungen und auf die Festigung der strategischen Stabilität gerichtet sind. Die Verhandlungen werden von jeder Seite durch eine Delegation geführt, die in drei Gruppen unterteilt ist.

Schließlich müssen, nach Meinung der Seiten, die bevorstehenden Verhandlungen wie auch alle Anstrengungen im Bereich der Begrenzung und Reduzierung der Rüstungen zur vollständigen und allseitigen Vernichtung der Kernwaffen führen.

Das Datum des Beginns der Verhandlungen und der Ort ihrer Durchführung werden im Verlauf eines Monats auf diplomatischem Wege vereinbart.

Afghanistan-Reisen

Der Osten ruft

Afghanistan-Reisen

Der Osten ruft

Zum fünften Jahrestag der sowjetischen Invasion in Afghanistan sahen sich namhafte westdeutsche Politiker vor Ort um. Unter der Führung islamischer Widerstandskämpfer drangen sie bis dicht an die sowjetischen Linien vor, um sich ein authentisches Bild zu machen. Dabei ergaben sich immer wieder Situationen höchster Lebensgefahr: Grüne Basiskämpfer (Milan Horacek, Uli Fischer, Ahmad Taheri) hätten sich um ein Haar im sowjetischen Granatfeuer der Sache des Friedens geopfert. CDU-Todenhöfer entging mit knapper Müh und Not einem Hinterhalt der sozialistischen Besatzer. Der AK sprach mit Uli Fischer (Bad Hersfeld), ,,Kommune''-Autor, der in der grünen Delegation den linken Flügel repräsentierte.

AK: Demnächst wird im Bundestag rotiert. Du bist dann der neue Fischer.

Fischer: Aber hallo! Dann geht die Post ab.

AK: Wie in Afghanistan?

Fischer: Das kann man wohl sagen. Die sind echt gut drauf.

AK: Was war am eindrucksvollsten?

Fischer: In einem dieser engen Täler zwischen wild zerklüfteten Felsen stießen wir einmal völlig überraschend auf einen Russen-Konvoi, wir prallten fast zusammen.

AK: Und?

Fischer: Der sowjetische Leutnant deutete in ca. 1 km Entfernung mit ausgestrecktem Arm direkt auf mich, offensichtlich um mich zu liquidieren. Durch einen Hechtsprung auf die Seite konnte ich mich retten.

AK: Auf Fotos sieht man Milan, wie er auf einem eroberten Russenpanzer steht.

Fischer: Alles gestellt. Du solltest mal mein Foto-Album sehen.

AK: Noch mehr scheinen es die Sowjets auf Todenhöfer abgesehen zu haben. ,,Wenn wir den kriegen, werden wir ihn auspeitschen, umbringen, am besten erschießen'' (Bild).

Fischer: Daß ich nicht lache. Der kommt doch als armer Mann zurück.

AK: Davon sind wir überzeugt. ,,Zwei Kugeln durchschlugen meinen Sack-Beutel'' (Bild). Hodentöter? Hoden — toter!

Fischer: Nein. Die Mudjaheddin sind inzwischen vom Tourismus versaut. Die haben jetzt verschiedene Reise-Kategorien eingeführt: Panzer-Fotos, Hinterhalte usw. gehen schwer ins Geld.

AK: Eine Art Militanz-Aufschlag?

Fischer: Seit Brzeczinski sind die Preise bei den Mullahs nicht mehr zu halten. Todenhöfer muß für sein Programm eine Irrsinns-Summe hingelegt haben. Schon für die Einkleidung in landesüblichen Rebellen-Look halten die die Hand auf.

AK: Was haben die Grünen aus der Reise gelernt?

Fischer: Wie? Ich versteh dich so schlecht ...

AK: Nimm doch mal die Pickelhaube ab.

Fischer: Wie? Wie bitte ...?

Impressum:

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlagskooperative GmbH, Lindenallee 4, Postfach 7685, 2000 Hamburg 20; Telefon: Redaktion/Verlag 040/43 53 20, Aboverwaltung 040/43 53 46; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementpreis jährlich DM 60,-, halbjährlich DM 33,- (als Förderabo jährlich DM 100,-, halbjährlich DM 50,-); Bezahlung im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 oder Dresdner Bank Hamburg, BLZ 200 800 00, Kt. 4 810 685 00; Einzelpreis DM 4,-; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.

Auflage dieser Ausgabe: 4.500

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. ,,Zur-Habe-Nahme'' ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Hungerstreik politischer Gefangener: Aufhebung der Kommunikationssperre! Zusammenlegung in große Gruppen!



Seit dem 4.12.84 sind Gefangene der RAF und aus dem antiimperialistischen Widerstand im unbefristeten Hungerstreik.

Sie fordern Zusammenlegung mit den Gefangenen aus dem Widerstand und allen kämpfenden Gruppen in große Gruppen; Abschaffung der Einzel- und Kleingruppenisolation und der akustischen und optischen Ausforschung und Kontrolle; Aufhebung der Kommunikationssperre, d.h. Besuche, Briefe, Bücher, freie politische Diskussion und Information; Haftbedingungen, wie sie in der Genfer Konvention als Mindestgarantien gegen Folter und Vernichtung festgehalten sind.

In „alter Tradition" zeigt die Bundesstaatsanwaltschaft Härte: „ ... *Rebmann schließt Anschläge auf „Symbolfiguren" der Bundesrepublik oder der NATO nicht aus ...: Zum Hungerstreik sagte der Generalbundesanwalt, es komme ‚überhaupt nicht in Frage', ihre Forderung nach Zusammenlegung zu erfüllen."* („taz", 7.1.85). „*Obwohl er ‚unruhige Wochen' befürchte, müsse man ‚die Entwicklung gelassen verfolgen'.*" („taz", 5.1.85)

Diese Äußerungen schließen sich nahtlos an Rebmanns Erklärungen zum Hungerstreik 1977 und 1981 an: „*Ich weiß, daß die Bevölkerung gar nicht daran interessiert ist, ob die Leute Hunger- oder Durststreik begehen. Die Bevölkerung will, daß man diese Leute hart anfaßt.*" (1977) und: „*Natürlich ist es immer schlecht, wenn ein Gefangener stirbt, aber es ist die Konsequenz, die den Gefangenen und Anwälten klar gemacht worden ist.*" (1981)

Die aktuelle Situation

Ganz im Sinne dieses „Auftrages der Bevölkerung" ist von der Bundesanwaltschaft für alle Hungerstreikenden die Anordnung der Zwangsernährung beantragt worden; beschlossen wurde sie bereits für neun Gefangene.

Zwangsernährt werden jetzt schon Helmuth Pohl und Rolf Clemens Wagner. Nach den Angaben seiner Verteidiger fühlt sich Helmuth Pohl seit Beginn der Zwangsernährung noch Stunden danach benommen und kann nachts nicht mehr schlafen.

Er äußerte den Verdacht, daß in die Lösung Psychopharmaka gemischt sein könnten. Durchgeführt wird die Zwangsernährung von einem externen Arzt." ... *Ein externer Arzt, Dr. Steeb, Scheidter Straße 48, 6600 Saarbrücken, Tel.: 0681-811259 hat sich schon vor der Verlegung bereit erklärt, die Zwangsernährung an allen drei Gefangenen* (Helmuth Pohl, Stefan Frey und Volker Staub ;Anm. AK) *vorzunehmen und ihnen dies bei einem Besuch in Frankenthal mitgeteilt.*" (Aus: Presseerklärung der Anwälte vom 20.12.84). Das Einschalten eines externen Arztes war notwendig geworden, weil sich der größte Teil der Knastärzte nicht bereiterklärt hat, eine Zwangsernährung durchzuführen.

20.12.84). Das Einschalten eines externen Arztes war notwendig geworden, weil sich der größte Teil der Knastärzte nicht bereiterklärt hat, eine Zwangsernährung durchzuführen.

Bei der Zwangsernährung geht es durchaus nicht um die Erhaltung von Gesundheit und Leben der Gefangenen. Holger Meins wurden bei seiner Zwangsernährung im Hungerstreik 1974/75 weniger Kalorien zugeführt, als sein Körper zur Verarbeitung der zwangsweise zugeführten Nahrung verbrauchte. Er starb an den Folgen der Zwangsernährung 1974 ebenso wie 1981 Sigurd Debus. Helmut Pohl wurde nun im jetzigen Hungerstreik bereits nach gut drei Wochen, vom 28.12.84 bis zum 4.1.85 dieser Maßnahme unterworfen und wird nach letzten Meldungen seit dem 8.1. wieder zwangsernährt.

Von den anderen Gefangenen sind bisher Christian Klar, Christa Eckes, Brigitte Mohnhaupt, Ingrid Jakobsmeier, Anne Holling, Barbara Ernst und Günther Sonnenberg in Haftkrankenhäuser verlegt worden. Christian wiegt — bei stolzen 1,82 — nur noch knapp 40 Kilo, steht aber nach Darstellung seiner Verteidiger immer noch auf und geht zu Verteidigergesprächen. Besonders kritisch ist der Gesundheitszustand bei allen Gefangenen in Celle: Karl-Heinz Dellwo, Knut Folkerts, Lutz Taufer und Andreas Vogel.

Repressionen gegen die Hungerstreikenden

Lutz Taufer und Andreas Vogel.

Repressionen gegen die Hungerstreikenden

— In Berlin wurden die Frauen aus der Klein-Einzelisolation verlegt und haben jetzt nur noch Einzelhofgang, Einzeldusche und keinen Umschluß mehr.

— Privatbesuche bei Helmuth Pohl und Stefan Frey wurden bei Erwähnung des Hungerstreiks abgebrochen.

— Der Brief von Christian Klar an seine Mutter, in dem er sich zum Hungerstreik äußert, wurde zu Beweiszwecken für sein laufendes Strafverfahren beschlagnahmt.

— Christa Eckes wurden nach ihrer Hungerstreikerklärung Kaffee und Zigaretten weggenommen. Begründung: das sei gesundheitsschädlich.

— Den vier Gefangenen in Celle sowie Günther Sonnenberg wird das notwendige Mineralwasser verweigert

— Der Anstaltsarzt in Bruchsal, Dr. Phahler, verweigert die Hinzuziehung eines externen Facharztes zur Untersuchung eines möglichen Leistenbruches mit der Begründung: „Was brauchen Sie eine Leistenoperation, Sie werden am Hungerstreik sowieso sterben."

— Obwohl Brigitte Mohnhaupt wegen Magenverschlusses keine Flüssigkeit mehr zu sich nehmen konnte, erklärte der Vorsitzende Richter Dr. Knospe, nach der Genehmigung eines externen Facharztes gefragt: „Dann soll sie eben wieder essen."

(nach der Presseerklärung der Anwälte vom 20.12.84)

Die Presse hetzt

Während noch beim Hungerstreik 1981 die Presse eine „selbstauferlegte Nachrichtensperre" durchführte, die erst mit der Besetzung der Spiegel-Redaktion in Hamburg durch Angehörige der politischen Gefangenen ansatzweise durchbrochen werden konnte, kommt die bürgerliche Presse jetzt nicht darum herum, über die fast täglich stattfindenden Anschläge und Aktionen zu berichten. Selbstverständlich wird das gleichzeitig genutzt, um eine offensive „Terroristen"hetze zu betreiben. Die Berichterstattung in der „Bild-Zeitung" läuft nach dem altbekannten Schema „erstmal behaupten und neue Terroristen schaffen, irgendwas wird schon hängenbleiben". So wird von den sechs Leuten, die vom BKA als angebliche „neue RAF-Mitglieder" gesucht werden, natürlich gleich unter der Überschrift „RAF: Das sind die neuen Terroristen" außer dem Foto auch noch die entsprechend dreckige Story veröffentlicht. Angeknüpft wird auch an die alten Hetzartikel und -serien über die besondere Gefährlichkeit der „Terrormädchen" (siehe Faksimile).

Jede Aktion, egal gegen welche Einrichtung oder welches Gebäude, wird sogleich der RAF zugeschrieben. Verschwiegen werden die Haftbedingungen: Isolation, verstärkte Besuchsverbote, Schreibverbote, Literaturverbote.

(siehe Faksimile).

Jede Aktion, egal gegen welche Einrichtung oder welches Gebäude, wird sogleich der RAF zugeschrieben. Verschwiegen werden die Haftbedingun-

SPD — Streit um Kontaktsperregesetz

Während sich der SPDler Holtfort (Landtagsabgeordneter in Hannover und Vorsitzender des Republikanischen Anwaltsvereins) für die Abschaffung des Kontaktsperregesetzes und des § 129a aussprach, verlangt der SPDler Wernitz (Vorsitzender des Bundesinnenausschusses), das Kontaktsperregesetz nicht, wie geplant, zu verändern, weil es wieder aktuell werden könnte. Baum bezeichnete diese Äußerung von Wernitz als „sehr unglücklich", und Schmude sah sich genötigt, sich von Wernitz' Äußerung zu distanzieren: „*Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende und frühere Bundesjustizminister Jürgen Schmude sagte am Mittwoch in Bonn, es solle sich **nicht wiederholen*** (Hervorhebung AK), *daß „Rechtsvorschriften unter dem Eindruck gerade begangener Straftaten, vielleicht gar in Erregung und Eile verschärft werden*". (FR, 10.1.85)

Die Forderungen der RAF

sind die gleichen, wie auch die Forderungen in den anderen Hungerstreiks seit 1974. Die Zusage der Bundesregierung, die sie 1981 über den Amnesty-Sekretär Helmut Frenz machen ließ: Keiner bleibt allein — es wurde sogar ein Vorschlag für jeden Gefangenen vorgelegt — ist nicht eingehalten worden. Am 15.9.81 kündigte Rolf Heißler einen erneuten Hungerstreik an, wenn die Zusagen nicht eingehalten würden. Mitte Oktober schrieben die FAU, der KBW, die GSI e.V. und der KB einen offenen Brief an die Gefangenen, sich ihren Entschluß zu einem neuen Hungerstreik noch einmal zu überlegen:

„*Bekanntlich ist euer Hungerstreik und der der anderen Gefangenen, die mit euch begonnen hatten, praktisch ohne jedes Echo begonnen worden. Zu Anfang ist er nur von wenigen Gruppen in wenigen Städten unterstützt worden, wobei sich diese Gruppen unserer Einschätzung nach nur wenig um Bündnispartner in der fortschrittlichen Öffentlichkeit bemüht haben. Die autonome Linke, die organisierte kommunistische Linke, die fortschrittlichen Kräfte in den Gewerkschaften hatten Schwierigkeiten, sich an der Unterstützungsarbeit zu beteiligen. Es gab weniger ‚Prominente' als je zuvor, die sich um eure Sache gekümmert haben ... Beim letzten Hungerstreik hat sich ein Teil der Linken noch dazu aufschwingen können, — mit politischen Bauchschmerzen — euch wenigstens verbal zu unterstützen.*" Ob eure politischen Einschätzungen der „Weltlage" richtig oder falsch sind, ob eure Forderung nach Zusammenlegung — Konzentration aller Gefangenen in einen Knast — richtig oder falsch sind, darüber will ich an dieser Stelle gar nicht streiten, das sollte — wenn es gewünscht wird — Teil einer politischen Auseinandersetzung sein. Ein gemeinsamer Kampf dagegen sollte sein — und zwar gemeinsam mit allen kommunistischen, demokratischen, liberalen und humanistischen Kräften, gegen die Isolation, die Trakte, die Kommunikationssperre, für freie Arztwahl und derartige konkrete Forderungen mehr. Forderungen, die an konkreten Mißständen erhoben werden können und müssen, von allen gemeinsam und zwar ohne den Versuch, die Unterstützer auf irgendeine politische Programmatik festzulegen. Wie in der Hungerstreikerklärung ausgeführt, die Forderung nach Zusammenlegung als Machtfrage stellen zu wollen, wird allein zeigen, daß die Macht heute nicht auf unserer Seite ist. Den Hungerstreik als Mittel einzusetzen, die politischen Machtverhältnisse ändern zu wollen, ist ziemlich absurd: „*aus einem festgefahrenen kräfteverhältnis die defensive durchbrechen — die suche, die anläufe, den willen in kampf verwandeln, und neue politische durchbrüche zu schaffen*" (aus der HS-Erkl. vom 4.12.84).

Wenn nicht schon 77 nach den „Selbstmorden" in Stammheim, dann müßte doch eigentlich endgültig während des Hungerstreiks 1981 klar geworden sein, daß es dem Staat um eine totale Vernichtung der politischen Gefangenen geht, dabei werden dann auch Tote in Kauf genommen.

Die Unterstützung, die jetzt draußen läuft, ist zusammengeschrumpft auf einen kleinen Kreis von Menschen, die in ihrer Verzweiflung über diese Haftbedingungen und in ihrer Angst um das Leben der gefangenen Genossen, mit Anschlägen und spektakulären Aktionen zumindest noch Öffentlichkeit über den Hungerstreik herzustellen versuchen. Ohne diese Aktionen als solche angreifen zu wollen, muß aber doch mit einigermaßen klarem Kopf gesagt werden, daß diese Anschläge real keine Unterstützung für die Forderungen sind. Dieser Staat war 1977 bereit, einerseits seine eigenen Leute über die Klinge springen zu lassen und andererseits — in einem durchaus noch kritischerem politischen Klima — in Stammheim Gefangene selbstzumorden. Wenn es gelingen soll, auch nur ansatzweise eine Veränderung der Haftbedingungen zu erreichen, und

Fortsetzung nächste Seite

Im Hungerstreik befinden sich:

Stand: 11.1.85

Berlin: Monika Berberich, Angelika Goder, Gabi Rollnik
Bielefeld: Ingrid Jakobsmeier, Anne Holling, Barbara Ernst
Celle: Karl-Heinz Dellwo, Knut Folkerts, Andreas Vogel, Lutz Taufer
Frankfurt: Gi sela Dutzi, Monika Krobs
Aichach: Helga Roos, Christa Eckes
Düsseldorf: Rolf Clemens Wagner
Frankenthal: Stefan Frey, Helmut Pohl, Volker Staub
Stuttgart: Manuela Happe, Christian Klar, Brigitte Mohnhaupt
Straubing: Rolf Heissler, Günter Sonnenberg, Bernd Rössner
Köln: Sieglinde Hoffmann, Adelheid Schulz
Lübeck: Hanna Krabbe, Inga Kreuzer, Christiane Kuby, Irmgard Möller
Bruchsal: Roland Meyer
Hamburg: Manfred Klein
Mühlheim: Dorothee Peters
Vechta: Michaela Ecklebe
Geldern: Klaus Goldenbaum
Wuppertal: Uwe Wiesler

In einem befristeten Solidaritätshungerstreik befinden sich in Münster seit dem 26.12.84 Jürgen Benken, Willi Lehmann und Holger Deilke.

Die neuen Terrormädchen Ihre Lieben

Die neuen Terrormädchen

Ihre Lieben, ihre Waffen, ihr Haß

aus: „BILD" 8.1.85

Vier Mädchen werden von der Polizei gejagt – als neue Terroristinnen der RAF.
● Sie hassen unseren Staat: Alle sind mit schweren Pistolen, Revolvern, MPs, sogar Spezialgewehren (bis 5000 Meter Reichweite) bewaffnet, sie werden jetzt wahrscheinlich im Irak für Terroranschläge in Deutschland ausgebildet.

● Sie gingen auch aus Liebe in den Untergrund, verließen fluchtartig ihre Wohnungen. „Im Kühlschrank von zwei Mädchen stand noch frischer Joghurt", berichtet ein Polizist.

Bei Annelie Becker (30) wär's die Liebe zur älteren Schwester: Verena Becker (32) war im Mai 1977 nach einer Schießerei an der Schweizer Grenze festgenommen und später wegen mehrfachen Mordversuchs zu lebenslänglich verurteilt worden.

Als RAF-Terroristen 1981 in Hungerstreik traten, besetzte Annelie Becker (zuletzt lebte sie in Frankfurt) mit anderen RAF-Sympathisanten die Hamburger „Spiegel"-Redaktion.

Auch ihre ältere Schwester Omega (37) gehört nach Ermittlungen des Bundeskriminalamtes zu den Sympathisanten der RAF.

Mutter Ruth Becker (sie hat 9 Kinder), Witwe, hatte nach der Verhaftung von Verena gesagt: „Wäre sie doch gleich erschossen worden – dann wäre jetzt wenigstens alles vorbei!"



Anneliese Becker: rotblondes, mittellanges Haar, schlank, 1,64 m groß.

Birgit ging mit dem Waffen-Chef

Birgit Hogefeld (28) war schon die Geliebte mehrerer RAF-Terroristen, gilt als „besonders gefährlich". Sie lebte bis zu dessen Verhaftung mit Rolf Heissler zusammen. Dann lernte sie Wolfgang Werner Grams (31) kennen, der für die RAF Waffen- und Gelddepots anlegte. Birgit, zuletzt in Wiesbaden gesehen, ist 1,68 m groß, schlank, hat braunes Haar, braune Augen.

Sabine-Elkes Vater weint

Sabine-Elke Callsen (23), Tochter eines Hamburger Ingenieurs, studierte in Hamburg Sozialpädagogik, lernte die Terroristin Barbara Ernst kennen. Ihr Vater, der in einem Reihenhaus am Stadtrand wohnt, weinend zu BILD: „Ich habe sie schon fünf Jahre nicht mehr gesehen. Ich leide darunter sehr." Sabine-Elke hatte sich eine Wohnung in der Hamburger City genommen. Sie ist 1,67 m groß, dünn, mittellanges, blondes Haar, blaue Augen.

Eva mit der Bomben-Skizze

Eva Haule-Frimpong (30) aus Wiesbaden, arbeitslos, seit zwei Jahren mit einem Ghanaer verheiratet. Sie verliebte sich in einen RAF-Terroristen, zeichnete eine Skizze der NATO-Anlagen in Oberammergau, die mit einer Bombe in die Luft gejagt werden sollte. Eva ist 1,61 m groß, schlank, hat braunes Haar, braune Augen, Warzen links neben Nase und Mund.

Anschläge, »Angriffe«, Sabotage - Versuch einer aktuellen Zählung

Nicht erst seit Beginn des gegenwärtig stattfindenden Hungerstreiks der RAF und anderer politischer Gefangener gibt es in diesem unseren Lande ,,direkte Aktionen'', wird gesprengt, gezündelt, sabotiert, werden zumindest Versuche dazu unternommen. Häufig geschieht das ohne vermittelbaren politischen Zusammenhang, zunehmend aber auch im ersichtlichen Bemühen, Zusammenhänge mit Zielsetzungen politischer Bewegungen zu finden, um diese zu polarisieren und die politische Auseinandersetzung zuzuspitzen.

Seit Beginn des Hungerstreiks am 4.12.84 allerdings hat sich die Zahl der Anschläge erheblich erhöht — ungeachtet der Tatsache, daß eine Reihe davon wegen Mängeln der technischen Durchführung nicht gelangen. Der folgende Artikel soll über Art, Umfang und Ergebnisse der gegenwärtigen Anschlagserie informieren. Wie immer mensch zu den in den diversen Bekennerbriefen übereinstimmend vorgebrachten Einschätzungen stehen mag, nach denen sich die anti-imperialistischen Kräfte mit der gegenwärtigen Anschlagserie gegenüber dem Imperialismus aus der Defensive in die Offensive vorkämpfen, so ist doch klar, daß die Entwicklung der Anschlagserie und der Reaktionen der Staatsorgane darauf unser ungeteiltes politisches Interesse verdient.

Am Anfang stand der gelungene Anschlag auf die **NATO-Pipeline in Belgien**. An fünf verschiedenen Stellen waren am Morgen des 11.12.84 Sprengsätze detoniert, die z.T. erhebliche Schäden anrichteten. An zwei Punkten brachen Brände aus. Personenschaden gab es nicht. In einem Bekennerschreiben an die wallonische Zeitung ,,La Cité'' bekannte sich eine Organisation ,,Kämpfende kommunistische Zellen'' zu den Anschlägen. Ihre Lebensaufgabe sei ,,Krieg gegen die NATO'', Ziel der Sabotage die Störung des Versorgungsnetzes der NATO, über das von Le Havre bzw. Antwerpen Treibstoff in die Bundesrepublik transportiert wird. Auch das NATO-Hauptquartier in Casteau (Belgien) wird aus der Pipeline versorgt. Schon im Juni '84 hatte es übrigens eine versuchte Sprengung an der **NATO-Pipeline bei Lorch in Baden-Württemberg** gegeben, die allerdings offenbar fehlschlug. Nach dem Anschlag am 11.12. zogen die ,,Sicherheitsbehörden'' sofort öffentlich Verbindungen zwischen den ,,Kämpfenden kommunistischen Zellen'' und der RAF. Bei der Verhaftung von sechs RAF-Angehörigen im Sommer in Frankfurt — bei der u.a. Rolf Pohle mitverhaftet wurde — seien Hinweise mit detaillierten Angaben über das Pipeline-Netz in Belgien sichergestellt worden. Im übrigen, so ließen ,,Experten'' in der ,,Welt'' verlauten, sei denkbar, daß die Lagepläne für die Pipeline vom DDR-Geheimdienst an die RAF lanciert worden seien. Überschrift: ,,Steuert Ost-Berlin die Saboteure?''. In dem Zusammenhang wurde zugleich kolportiert, wie sich der sowjetische und der DDR-Geheimdienst hierzulande nützliche Idioten als ,,Handlanger'' für aktuelle Manöver und zukünftige ,,Kampfhandlungen'' auf deutschem Boden schaffen. ,,Die Phantasie der Bürger reicht nicht aus für ein Bild davon, was schon heute an ‚schlafenden' Einsatztrupps für den Fall X unter ihnen lebt.'' (,,Welt'', 13.12.; ,,TSp'', 14.12.; ,,taz'', 15.12. — außerdem: ,,Welt'', 22.12.; ,,taz'', 15.12.; Bekennerbrief vom 14.6. zum Anschlag bei Lorch). (S.a. Anm. am Ende des Artikels.)

In der Nacht vom 10. auf den 11.12. setzte eine Gruppe ,,Macht Feua! Paranoia!'' den **,,Hof Hasselmann'' in Meißendorf/Celle''** in Brand. Eine Scheune und 19 Fahrzeuge der ,,Nothilfetechnischen Übungs- und Bereitschaftsstaffel e.V.'' (TENO) brannten vollständig aus. Weiterhin setzte die Gruppe auf dem **Gehöft ,,Adlerhorst'' in Hetendorf/Kreis Celle**, das dem ,,Freundeskreis Filmkunst e.V.'' und der ,,Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung'' gehört, zwei Gebäude und einen Schuppen in Brand. Schaden insgesamt: ca. eine halbe Million DM. Bei den Anschlagsobjekten handelt es sich um — inzwischen auch vom Staatsschutz zur Kenntnis genommene — Tagungs- und Organisationstreffpunkte der ,,WSG Jürgens'' und anderer neo-nazistischer Kräfte. In dem erst jetzt bekanntgewordenen Bekennerbrief der Gruppe ,,Macht Feua! Paranoia!'' hieß es — nach ausführlichen Informationen über den neofaschistischen Charakter der TENO und des ,,Adlerhorstes'': ,,*Klar ist, daß der imperialistische Staat ein Interesse am Aufbau verdeckt agierender faschistischer Verbände hat. Entwickelt die Kämpfe in allen gesellschaftlichen Bereichen zur Einheit des antiimperialistischen Widerstands! Übt praktische Solidarität mit dem Kampf der Gefangenen und dem Widerstand.*'' Der Anschlag fand fast keine Beachtung in der Presse, obwohl er der erste war, der sich ausdrücklich auf den Hungerstreik bezog (Bekennerbrief vom 11.12.84; ,,Innere Sicherheit'' 75, 2.11.84).



Schweres Kaliber: Sprengstoff, der in dem vor der NATO-Schule geparkten Auto gefunden wurde

So richtig losgehen sollte es am 18.12.84 um 13 Uhr mit einem Sprengstoffanschlag auf die **NATO-Schule in Oberammergau**. Dort werden seit 1953 Führungskräfte der NATO in ein- bis dreiwöchigen Lehrgängen in Organisationsfragen, Waffeneinsatz, Waffentechnik, elektronischer und atomarer Kriegführung ausgebildet, bisher ca. 24.000 Mann. Die Schule untersteht nicht Bonn, sondern dem Oberkommando der alliierten Streitkräfte in Europa, SHAPE, in Brüssel.

Der Anschlag war im großen Stil geplant: Von einem als US-Offizier getarnten Mann wurde ein mit Sprengstoff beladener PKW durch die Kontrollen bis nahe vor das Schulungsgebäude gebracht und dort abgestellt. Hier unterlief den Attentätern allerdings der erste Fehler: Der Fahrer betrat nicht wie andere Offiziere üblicherweise das Gebäude, sondern machte sich — auffallend ungewöhnlich — schleunigst davon, so daß eine Überprüfung des Wagens eingeleitet wurde.

Im Wagen wurde eine Plastikrohrbombe von 70 cm Länge und 30 cm Durchmesser gefunden, die mit einem elektronischen Zeitzünder verbunden war. Daneben sollen noch drei Campinggasflaschen und — lt. ,,BILD'' — ein Behälter mit losen Schrauben zur Verstärkung der Sprengwirkung gelegen haben. Selbst wenn man das Vorhandensein der Schrauben bezweifelt, hätte die direkt vor dem Eingang der Schule geplante Detonation tatsächlich, wie die Presse schreibt, ,,verheerende Wirkung'' gehabt. Daß die Detonation nicht stattfand, lag aber nicht etwa an der ,,Wachsamkeit'' des Wachpersonals, sondern an einem Versagen des Zeitzünders, der vor der für die Detonation bestimmten Zeit stehengeblieben war.

Einen Tag später meldete sich die RAF mit einem Bekenneranruf bei dem ehemaligen Chefredakteur der

Fortsetzung nächste Seite

Angehörige der politischen Gefangenen besetzten kurzfristig das Büro des Informationsbüro des Europaparlaments, weil sie wollten, daß ihre Erklärung über den Verteiler des Europaparlaments verteilt würde. Dieser Bitte wurde nicht nachgekommen.

Angehörige der politischen Gefangenen in der BRD

Erklärung: taz 12.1.85

Wir Angehörigen der politischen Gefangenen besetzen heute das Bonner Informationsbüro des Europaparlaments. Hier ist die Propagandazentrale für das „freie Europa". Dieses Informationsbüro benutzen wir, um gegen diese Propaganda die Wirklichkeit über die Situation der politischen Gefangenen in der BRD und anderen westeuropäischen Ländern zu setzen.
Seit dem 4.12.84 sind in der BRD 36 Gefangene aus der RAF und aus dem Widerstand in einem kollektiven unbefristeten Hungerstreik. (...)
Durch den Erfahrungsaustausch mit Angehörigen von politischen Gefangenen in anderen westeuropäischen Ländern, z.B. Spanien, Italien und Irland wissen wir, daß es ein Ziel des propagierten „vereinten Europa" ist, die Bekämpfung des Widerstands zu vereinheitlichen. Das heißt auch, daß konkret nach gemeinsamen Richtlinien und Gesetzen gegen die Gefangenen vorgegangen wird.
Nach BRD-Modell werden Hochsicherheitstrakte eingeführt, politische Gefangene isoliert, politische Verteidigung eingeschränkt, Prozesse entpolitisiert.
Aber wir wissen auch, daß viele Gefangene in anderen Ländern gegen diese Vernichtungsstrategie kämpfen, wie 1981 die irischen Gefangenen und die Gefangenen aus GRAPO und PCE(r) in Spanien mit ihrem Hungerstreik. Ende letzten Jahres haben die Gefangenen von action direct in Frankreich einen kollektiven Hungerstreik für ihre Zusammenlegung gemacht. Zur Zeit sind auch wieder über 100 Gefangene in den türkischen Gefängnissen im Hungerstreik für die Veränderung ihrer Haftbedingungen.
Ihnen, wie allen kämpfenden Gefangenen, gehört unsere Solidarität.

Wir sind besorgt um das Leben unserer Angehörigen
— weil sich der Gesundheitszustand einiger Gefangener sehr verschlechtert hat
— weil andere Gefangene zwangsernährt werden
— weil seit zwei Tagen BRD-Politiker öffentlich die „Einführung der Kontaktsperre in voller Schärfe" diskutieren. Es gab bis jetzt nur einmal eine Kontaktsperre, 1977. In dieser Kontaktsperre gab es vier tote Gefangene.
Wegen dieser Tatsachen sind wir der Meinung, daß der Tod von Gefangenen geplant wird.
Wir kämpfen dafür, daß sie leben und ihre politische Identität auch in der Gefangenschaft behalten können.
Der einzige Weg ist die Zusammenlegung in große Gruppen, deshalb unterstützen wir ihre Forderungen!

Fortsetzung von vorheriger Seite

wenn es den Gefangenen auch **darum** geht, dann werden wir gemeinsam versuchen müssen, Schritte in diese Richtung im Bündnis mit (vor allem!) kirchlichen, humanistischen und liberalen Kräften, hart an den Sachforderungen zu machen.

Eure Politik, entweder eure politische Einschätzung wird geteilt oder mensch ist counter, hat euch in den letzten Jahren immer mehr in die Isolation getrieben und macht auch jetzt eine Unterstützung des Hungerstreiks so schwer. Die meisten organisierten Linken, die sich nach wie vor nicht auf eure Parolen haben einschwören lassen, unterschreiben nochmal mit fast schon krampfartigen Bauchschmerzen total reduzierte Erklärungen oder beschränken sich auf die Veröffentlichung der aktuellen Informationen. Die demokratischen und liberalen Kreise sind für ein Ausfechten der Machtfrage, wozu ihr in eurer Hungerstreikerklärung aufruft, nicht zu gewinnen.

Wenn ihr uns auch schon öfter auf die andere Seite der Barrikade stellt, fühlen wir uns trotz aller politischer Differenzen mit euch verbunden und fürchten um euer Leben.

Wir unterstützen eure Forderung nach Abschaffung der Sonderhaftbedingungen und werden auch weiterhin versuchen, über eure Lage zu informieren.

ga., antirep

Chronologie der Hungerstreiks seit 1973

▶ Beim **1. Hungerstreik** treten am 17.1.73 erstmals 40 politische Gefangene mit der Forderung ,,Aufhebung der Isolation'' in den Hungerstreik. Der Hungerstreik wurde nach mehr als vier Wochen am 12.2. abgebrochen. Mit dem Hungerstreik war erreicht worden, daß die Öffentlichkeit erstmals über die Isolationshaftbedingungen informiert wurde. Ein wesentlicher Faktor in der Öffentlichkeitsarbeit war der Hungerstreik von sieben Anwälten, den sie vier Tage lang in Anwaltsroben vor dem Bundesgerichtshof in Karlsruhe durchführten. Ulrike Meinhof wurde aus dem Toten Trakt in eine Einzelzelle der Männerabteilung in Köln-Ossendorf verlegt. Weitere Zusagen zur Aufhebung der Isolation wurden nicht eingehalten.

▶ Am 8.Mai 1973 begann der **2. Hungerstreik** der Gefangenen. Diesmal beteiligten sich 80 Gefangene. Ihre Forderungen waren: Gleichstellung der Gefangenen mit allen anderen Gefangenen und freie poltische Information für alle Gefangenen auch aus außerparlamentarischen Medien. Die Aufhebung der Isolation von Carmen Roll und Siegfried Hausner wurde gerichtlich angeordnet. Der Hungerstreik wurde am 29.6., also nach fast sieben Wochen abgebrochen. — Wie auch im ersten Hungerstreik wurde massiv versucht, durch Wasserentzug, Verlegung in Trockenzellen, ,,Servieren'' von Mahlzeiten und Bier, den Hungerstreik zu brechen. Begleitet wurde der Hungerstreik von öffentlichen Erklärungen von Ärzten und Schriftstellern im In- und Ausland.

▶ Der **3. Hungerstreik** begann am 13.9.74. 40 Gefangene forderten die Aufhebung der Isolationshaft: ,,*der hungerstreik ist in der isolation unsere einzige möglichkeit zu kollektivem widerstand gegen die counterstrategie des imperialismus, gefangene revolutionäre und gefangene, die im gefängnis angefangen haben, sich organisiert zu wehren, psychisch und physisch, daß heißt politisch zu vernichten. entwaffnet, gefangen, isoliert ist er unsere einzige möglichkeit unsere physischen und geistigen kräfte, unsere identität als menschen einzusetzen, um den stein, den der herrschende staat als herrschende klasse gegen uns aufgehoben hat, ihm auf seine eigenen füße fallen zu lassen.*'' Wieder wird versucht, über Trinkwasserentzug den Hungerstreik zu brechen. Am 9.11.74 stirbt Holger Meins an den Folgen der Zwangsernährung. Ab dem 17.12.74 fordern die Gefangenen nicht mehr die Gleichstellung mit allen anderen Gefangenen, sondern Konzentration aller politischen Gefangenen in einer Anstalt bei Aufhebung der Isolation. Nach der Aufforderung der in Freiheit befindlichen RAF-Genossen, brachen die Gefangenen am 5.2.75 den Hungerstreik ab.

▶Die Hungerstreikerklärung vom 29.3.77 zum **4. Hungerstreik** enthielt als Forderungen: Eine Behandlung, die den Mindestgarantien der Genfer Konvention entspricht, Abschaffung der Isolation und der Gruppenisolation, Auflösung der Isolations-Trakte. Außerdem wird gefordert die Untersuchung des Todes von Holger Meins, von Ulrike Meinhof und von Siegfried Hausner durch eine internationale Untersuchungskommission und die Veröffentlichung der Untersuchungsergebnisse. Gudrun Ensslin wird bereits Ende April zwangsernährt. Weiteren Gefangenen wird die Zwangsernährung angedroht. Zu diesem Zeitpunkt sind über 100 Gefangene im Hungerstreik. In ihrer Erklärung vom 30.4.77 schreiben die Gefangenen aus der RAF zum Abbruch ihres Hungerstreiks: ,,*nachdem die gefängnisärzte in stammheim und die zugezogenen anästhesisten sich gestern geweigert haben, psychodrogen bzw. zwangsnarkosen gegen die gefangenen einzusetzen, teilt der gefängnisdirektor in stammheim uns heute, am 30. april 77 um 12 uhr, die verbindliche erklärung des justizministeriums mit, daß ‚unter berücksichtigung der forschungen der medizinischen gutachter sofort eine konzentration politischer — d.h. gefangener nach §129 — auch aus anderen bundesländern in stammheim und eine vergrößerung des haftraumes in die wege geleitet wird. ... damit ist die zentrale forderung des hungerstreiks erfüllt.*''

▶Eine im Juni gebildete Kleingruppe wird schon im August wieder zerschlagen. Daraufhin beginnt am 10.8. der **5. Hungerstreik**, der am 2.9. beendet wird, nachdem ihnen ein Amnesty International-Vertreter mitteilte, daß alle Versuche, Verhandlungen zur Veränderung ihrer Haftbedingungen zu erreichen, abgebrochen worden sind. Jan Carl Raspe erklärt dazu am 2.9.: ,,*Die Gefangenen haben daraufhin — um das Mordkalkül nicht zu erleichtern — am 26. Tag ihren Streik unterbrochen.*''

▶Mit dem **6. Hungerstreik** im März/April 1978 versuchen die Gefangenen, die Einzel- und Kleingruppenisolation aufzubrechen.

▶Ein weiterer Versuch wird am 20.4.79 unternommen. In ihrer Hungerstreikerklärung fordern die Gefangenen: Abschaffung der Isolationsbunker, Anwendung der Mindestgarantien der Genfer Konvention, Zusammmenlegung in interaktionsfähige Gruppen, Freilassung von Günther Sonnenberg aufgrund seiner Kopfverletzung und Überwachung der Haftbedingungen durch internationale humanitäre Gremien/Organisationen. An diesem **7. Hungerstreik** beteiligen sich Mitte Mai über 70 Gefangene. In der Erklärung zur Unterbrechung des Hungerstreiks schreiben sie am 26.6.79: ,,*Wir warten jetzt die Ergebnisse der Verhandllungen der von uns beauftragten internationalen Kommission ab, sowie die zwischen Amnesty International und dem Bundesjustizministerium geführten Verhandlungen*''. Diese Verhandlungen blieben ergebnislos.

▶Mit den selben Forderungen wie 1979 begann am 2.2.81 der **8. Hungerstreik**, an dem sich über 120 Gefangene beteiligten. Sigurd Debus, seit dem 10.2. im Hungerstreik, wird vom 16.3. an der Zwangsernährung unterworfen und stirbt an deren Folgen am — nach offizieller Verlautbarung — 16.4. — In der Nacht vom 15. auf den 16.4. handeln ein Verteidiger und ein Vermittler der Bundesregierung als Versprechen an die Gefangenen aus, daß kein Gefangener allein bleiben würde. Die Gefangenen brechen daraufhin den Hungerstreik ab. Die Zusage der Bundesregierung wird nicht eingehalten.

ga, antirep

Fortsetzung von vorheriger Seite

„Süddeutschen Zeitung", dem angeblich mitgeteilt wurde, man habe das Gebäude in die Luft jagen wollen. Der Zünder der Bombe sei auf 9.30 Uhr eingestellt gewesen, weil sich um diese Zeit die meisten Menschen dort befänden. In einem späteren Bekennerbrief formulierte die RAF: „*Ziel der Aktion war, die Militärs dort direkt auszuschalten*". Mensch mag diesen Bekenntnissen Glauben schenken wollen oder nicht, mag sie für inhuman oder taktischen Stumpfsinn halten — Tatsache ist: die RAF hat sich bisher nicht von diesen Meldungen und dem zitierten Bekennerschreiben distanziert. Also muß mensch es wohl für RAF-Meinung nehmen.

Da hilft es denn auch nichts, wenn eine Gruppe wie der BWK in seinen „Politischen Berichten" (26/84) die zweifellos vorhandenen „Merkwürdigkeiten" in der Berichterstattung über diesen mißglückten Anschlag aufzählt: die widersprüchlichen Angaben, wer den Alarm bzgl. des abgestellten PKWs auslöste — „Wachmannschaften", „US-Offizier" oder „deutscher Oberst". Oder die widersprüchlichen Angaben über die Zeit, wann der PKW auf das Gelände kam, auf welchen Zeitpunkt der Zünder gestellt war und wann der Wecker stehenblieb; tatsächlich sind die Angaben recht chaotisch. Oder die Feststellung, daß Rebmann schon morgens über die Urheberschaft der RAF für das versuchte Attentat Bescheid wußte, obwohl der Bekenneranruf erst abends stattfand. Zwar gibt es diese „Merkwürdigkeiten". Solange sich die RAF aber nicht von dem Anschlag distanziert, dürfte die BWK-Behauptung: „Nicht auszuschließen ist also, daß die Bundesanwaltschaft faschistische Umtriebe nutzen will, um eine öffentliche Hetze anzufeuern" jeglicher Grundlage entbehren, auch wenn es noch so verführerisch ist, sich die Problematik dieses Anschlagversuchs und besonders seiner Begründung in dem nachgereichten Bekenntnis auf diese Weise vom Hals zu schaffen.

Ähnliches gilt für Vermutungen der DKP, die — wie sollte es anders sein — wieder einmal die agents provocateurs am Werk sind, deren Nutznießer natürlich die „Rechtskräfte" sind. „*Schließlich kommen Boenisch die Terrorakte wie bestellt, um damit die Kritik an Reagans Konfrontationspolitik zu kriminalisieren*" („UZ", 2. und 3.1.85).

Wie immer also mensch zu den Anschlägen steht: so einfach kann es ja wohl doch nicht sein. Man wird schon genauer hinsehen müssen, was sich da abspielt.

Allerdings haben die „Sicherheitsbehörden" diesen Anschlag zum Anlaß einer massiven Hetzkampagne gegen den Hungerstreik gemacht. Schon vor und erst recht nach dem Bekenneranruf und -brief der RAF zum versuchten Anschlag im Oberammergau stellte Generalbundesanwalt Rebmann den Zusammenhang zwischen dem Hungerstreik und der „neuen Strategie" der RAF her. In seinem routinemäßigen Halbjahrespressegespräch am 20.12.84 sprach er von einer „Verschärfung der momentanen Sicherheitslage" und warnte vor „unfriedlichen Weihnachten".

Allzutief allerdings können Rebmanns Befürchtungen nicht gegangen sein, denn in derselben Konferenz gab er an, insgesamt sei die „Bedrohung durch den Linksterrorismus" im Vergleich zu 1977 zurückgegangen. Und in den Pressemitteilungen des Bundesministers des Inneren zur „Innere(n) Sicherheit", die am selben Tag erschienen, hieß es gar: „*Die in zurückliegender Zeit in den Anschlagsbekennungen der ‚RZ' vorgebrachten Begründungszusammenhänge wie ‚Starbahn West', Frauenprobleme und Kampf gegen die ‚NATO-Nachrüstung' wurden aktuell um die Konfliktbereiche ‚Computertechnik' und die Kritik an der Haftsituation erweitert*". Jedoch: „*Insgesamt zeigt der Vergleich aller in diesem Jahr verübten Brand- und Sprengstoffanschläge mit den Zahlen des Vorjahres einen nicht unbeachtlichen Rückgang. So wurden zwar noch im Jahr 1983 ca. 400 politisch motivierte Brand- und Sprengstoffanschläge registriert; von Januar bis 20. November 1984 waren es hingegen lediglich noch 200 Anschläge.*" („Welt", 22.12.84; „taz", 20.12.84; „Innere Sicherheit" 76, 20.12.84).

Hatte manche/r zunächst geglaubt, die „Befürchtungen" Rebmanns seien nicht mehr als seine übliche Halbjahrespropaganda, mit der er als amtlich bestellter Terroristen-Jäger seit Jahren regelmäßig vor der Öffentlichkeit seine Existenzberechtigung nachzuweisen bemüht ist, der/die mußte sich denn doch über Weihnachten und bis heute eines anderen belehren lassen.

Und so sieht die Liste seitdem aus:



Abgebrannte Lagerhalle von Siemens in Frankfurt

— In der Nacht vom **17. auf den 18.12.84**: Brandanschlag auf die Kundendiensthalle der Firma **Siemens** in der Rödelheimer Landstr. 5-10 in **Frankfurt**. Schaden: zwischen 10 und 20 Millionen DM. In einem Bekennerbrief wird die Hungerstreikerklärung der Gefangenen der RAF wiedergegeben. Handschriftlich ist u.a. der Satz hinzugefügt: „Siemens ist Teil der imperialistischen Machtstruktur" („FR", 20.12.84; „taz", 2.1.85).

— In der Nacht vom **22. auf den 23.12.84**: versuchter Sprengstoffanschlag auf eine Zweigniederlassung der **AEG Kabelwerke** in **Mühlheim-Ruhr**. Dort war eine selbstgebaute fünf Kilogramm schwere Bombe in einem Feuerlöscher abgestellt worden, auf die in einem Warnanruf hingewiesen wurde. In einem Bekennerschreiben einer „Antiimperialistischen Gruppierung" wird der Anschlagsversuch damit begründet, daß die AEG „maßgeblich am militärischen Ausbau der BRD, an der Realisierung der imp. Krisenlösungsstrategie beteiligt" und mit den größten US-Rüstungskonzernen verflochten sei (z.B. elektronische Anlagen, aber auch Aufstandsbekämpfungs- und Kontrolltechnologie). Es gehe darum, die „antiimperialistische Front real werden (zu) lassen". Der Hungerstreik werde zum „*Signal für den Widerstand in der BRD*". „*In dieser Situation, in der die Gefangenen aus der totalen Defensive der Gefangenschaft heraus für die neue Qualität antiimperialistischen Widerstands kämpfen, haben wir uns für die Offensive gemeinsam mit ihnen und der Guerilla entschieden. Wir haben keinen Grund, auf irgendetwas zu warten.*"

— **24.12.84**: versuchter Brandanschlag auf dem Gelände der **US-Luftwaffe** in **Wiesbaden, Camp Lindsey**, durch Deponierung eines Brandsatzes an einer Lagerhalle. Der Sprengsatz wurde vorzeitig gefunden. Es gab einen Bekennerbrief mit antiimperialistischen Parolen und Hinweis auf den Hungerstreik („FR", 31.12.84; „taz", 5.1.85).

— **24.12.84**: Von der Presse umstandslos als Mal-Anschlag in die Anschlagsserie eingereiht wird eine Aktion des zivilen Ungehorsams im „Friedenscamp" **Mutlangen**. Dort durchschnitten zwei Frauen den Sicherheitszaun und malten Friedenssymbole auf Container („FAZ" 31.12.84).

— In der Nacht vom **23. auf den 24.12.84**: Sprengstoffanschlag auf das **regionale Rechenzentrum in Reutlingen**, bei dem die Fensterfront des Gebäudes eingedrückt wurde. Sachschaden: mehrere 100.000 DM, kein Personenschaden. Die Innereien des Rechenzentrums blieben aber offenbar unbeschädigt. Anschließend ging ein Bekennerbrief einer Gruppe „Kämpfende Einheit Gudrun Ensslin" ein, der zur Unterstützung der Forderungen des Hungerstreiks und zum Aufbau einer „proletarischen Gegenmacht" gegen den Imperialismus aufrief („Welt", 31.12.84; „TSp", 29.12.84; „taz", 5.1.85).

— **25.12.84**: Brandanschlag auf die Sakristei der **Kirche der US-Peden-Kaserne in Wertheim** (Main-Tauber-Kreis). Sachschaden ca. 80.000 DM, kein Personenschaden. Vor dem Anschlag gab es mehrere Warnanrufe bei der Polizei und den US-Streitkräften. Ein Bekennerbrief ist nicht bekannt („TSp", 29.12.84).

— **25.12.84**: Sprengstoffanschlag auf das **türkische Generalkonsulat in Münster**. Die Wucht der Detonation riß nach Angaben der Polizei die mit Panzerglas gesicherte Eingangstür aus der Verankerung, richtete aber sonst keinen weiteren Schaden an. Der Sprengstoff war als einfache „Luntenbombe", ähnlich wie bei Feuerwerkskörpern, morgens um 4 Uhr zur Detonation gebracht worden. In einem Bekennerschreiben wird eine Zusammenlegung der Gefangenen aus der RAF gefordert. Keine Gruppenangabe („Welt", 31.12.84 und 3.1.85; „TSp", 29.12.84; „taz", 5.1.85).

— **25.12.84**: Brandanschlag auf ein **US-Zivilfahrzeug in Herzogenaurach**. Der Mercedes mit US-Kennzeichen brannte vollständig aus. Kein Personenschaden („TSp", 29.12.84; „Welt", 31.12.84).

— In den Weihnachtsfeiertagen zwischen **24.12. und 26.12.84**: In Fortführung des Brandanschlags vom 17./18.12. auf die Lagerhalle der Firma **Siemens/Frankfurt** Brandanschläge und Aktionen gegen diverse Firmenwagen der Firma Siemens. Bekennerbrief: siehe vorn („taz", 5.1.85).

— **28.12.84**: versuchter Brandanschlag auf dem Gelände der **US-Airforce in Wiesbaden**. Der Sprengsatz ging nicht hoch. Er wurde erst aufgrund des Bekennerbriefes in einer Lagerhalle gefunden, wo er in einer Aktentasche abgestellt war. Der Brief enthielt u.a. Forderungen zum Hungerstreik („FAZ", 31.12.84; „FR", 31.12.84; „taz", 2.1.85).

— **29.12.84**: Brandanschlag gegen eine **US-Sendeanlage in Edingen bei Mannheim**. Die Anlage befindet sich unbewacht auf freiem Feld. Sachschaden ca. 350.000 DM. In einem Bekennerbrief wurde ein Zusammenhang zum Hungerstreik hergestellt („Welt", 31.12.84; „FR", 31.12.84; „taz", 2.1.85; „TSp", 1.1.85).

— **29.12.84**: Brandanschlag auf eine Büro-Baracke der **US-Army** auf dem Gelände der britischen Rheinarmee im Norden **Düsseldorfs**. Es entstand ein Brand, der von der Feuerwehr gelöscht werden mußte. Sachschaden: ca. 50.000 DM. Nach Angaben der Presse soll sich die Büro-Baracke unabgesperrt inmitten eines Wohngebiets befinden. Personen kamen jedoch nicht zu Schaden. Ein Bekennerbrief stellte den Zusammenhang zum Hungerstreik her. Eine Gruppe wurde nicht benannt („Welt", 31.12.84; „FR", 31.12.84; „TSp", 1.1.85; „taz", 2.1.85).

— In der Nacht vom **30.12. auf den 31.12.84**: Sprengstoffanschlag auf die „**Technische Rüstungsmission**", eine Zweigstelle der **französischen Botschaft in Bonn-Mehlem**. Die „Mission technique" ist eine besondere Abteilung der französischen Botschaft, die zuständig ist für die Kooperation der Verteidigungstechnik zwischen Frankreich und der BRD. Durch die Explosion, die von der Rückfront des Gebäudes aus erfolgte, entstand ein Sachschaden von ca. 100.000 DM. Personen kamen nicht zu Schaden, da per Telefon zuvor zum Verlassen des Gebäudes aufgefordert worden war. In einem anschließenden Bekennerbrief heißt es, der Anschlag habe auf „eine der Nahtstellen zwischen NATO-Militärs und Rüstungsindustrie" gezielt. Im übrigen wurde zur Unterstützung des Hungerstreiks aufgefordert („FR", 2.1.85; „FAZ", 2.1.85; „taz", 4.1.85; Bekennerschreiben vom 8.1.85).

— **2.1.85**: versuchter Brandanschlag auf das Labor der **Universitätsklinik Eppendorf in Hamburg**. Eine petroleumgefüllte Flasch wurde durch das Fenster des Labors geworfen. Die Flasche brannte dort ab, ein Brand entstand jedoch nicht in dem Raum. — Vergeblich, schreibt die „BILD", suchte die Polizei nach einem Bekennerbrief. Vergeblich, muß mensch hinzufügen, suchen wir nach einem Sinn dieses Anschlagversuchs („Bild", 2.1.85).

— **2.1.85**: versuchter Brandanschlag auf das im Bau befindliche **Gen-Forschungs-Institut in Heidelberg**. Brandsatz und Zünder wurden im Keller des Gebäudes vorzeitig entdeckt. Allerdings richteten die nächtlichen Besucher/innen einen Schaden in Höhe von ca. 100.000 DM an, indem sie technische Einrichtungen des neu entstehenden Zentrums mit Bodenkleber und Motoröl übergossen. An den Wänden fanden sich Parolen zum Hungerstreik („taz", 4.1.85; „Welt", 4.1.85, „FR", 4.1.85).

— **3.1.85**: Brandanschlag auf das Wachhäuschen des **US-Militärflugplatzes in Heidelberg-Pfaffengrund**. Schaden: mehrere 1.000 DM. Urheber unbekannt („FR", 4.1.85).

— **3.1.85**: Brand- und Farb„anschläge" auf das **amerikanische und französische Generalkonsulat in Frankfurt**. Mehrere mit Farbe gefüllte Flaschen und ein Molotowcocktail wurden gegen die Gebäude geschleudert. Eine der Hauswände soll durch Rauchspuren beeinträchtigt sein. Als Urheber werden „in schwarzes Leder gekleidete Gestalten" angegeben („taz", 5.1.85; „FR", 5.1.85).

— 4.1.85: Intercity Amsterdam-München zwischen zwei Bahnhöfen in Amsterdam Ost per Notbremse gestoppt. Während des Stops wurden Flugblätter an die Fahrgäste verteilt, in denen zur Unterstützung des Hungerstreiks aufgerufen wurde. Der Zug wurde mit Protestparolen gegen die Isolationshaft bemalt („taz", 5.1.85; „FR", 5.1.85).

— **6.1.85**: versuchter Brandanschlag auf dem Gelände des **US-Fliegerhorstes in Erlensee bei Hanau** (Main-Kinzing-Kreis). Arbeiter hatten den Brandsatz, der mit einem Zeitzünder versehen war, gefunden, als sie am Zaun des Fliegerhorstes Festzelte errichten sollten. Der Anschlag war gescheitert, weil der Kurzzeit-Wecker für die Zündung — wie die „FR" vermutet: wegen der eisigen Kälte — stehengeblieben war. Wenige Tage später meldete sich eine Organisation „Partisanen der Nacht" mit einem Bekennerbrief, in dem der versuchte Anschlag damit begründet wird, daß Erlensee zum Hauptquartier des bevorstehenden Wintermanövers der Amerikaner ausgestattet werde. In der Tat, schreibt die „FR", dient der Erlenseer Fliegerhorst für das etwa von Mitte bis Ende Januar vor allem in Ost- und Mittelhessen stattfindende Manöver „Central Guardian" des 5.US-Armee-Korps als Sammelstelle für etwa 5.000 aus den USA eingeflogene Soldaten. Für diese Soldaten wurden in den letzten Tagen beheizbare Truppenzelte am Rande des Fliegerhorstes aufgestellt, denen der versuchte Anschlag galt („taz", 8.1.85; „FR", 11.1.85).

— **8.1.85**: Sprengstoffanschlag auf die **NATO-Pipeline bei Hohenahr** (Lahn-Dill-Kreis). Ziel war offenbar die Schaltstation der Pipeline. Es entstand jedoch nur geringer Sachschaden. Die Versorgungsleitung des NATO-Tanklagers wurde nicht beschädigt. Der mit einem Zeitzünder versehene kombinierte Brand-Sprengsatz wurde nach Darstellung der Polizei von den Urhebern des Anschlags offenbar in einen außerhalb des NATO-Lagers liegenden umzäunten Schacht geworfen. Bei seiner Explosion kurz vor 1 Uhr morgens habe er einen Sachschaden in Höhe von 3.000 bis 4.000 DM verursacht. Kurz nach der Explosion wurde eine Gießener Lokalzeitung durch Unbekannte telefonisch von dem Anschlag informiert. Ein Bekennerbrief liegt noch nicht vor. Von den „Sicherheitsbehörden" wird der Anschlag selbstverständlich der RAF zugerechnet, die damit die schon im Sommer '84 geplante und begonnene Serie von Anschlägen gegen das Pipelinenetz der NATO fortsetze („taz", 8.1.85; „FR", 8.1.85).

— Die vorläufig letzte Meldung im Zusammenhang der gegenwärtigen Anschlagserie stammt vom **10.1.85**: in unmittelbarer Nachbarschaft der **Startbahn West** wurden mehrere Masten der Stromleitung des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerks angesägt. Die Gruppe „Sägende Zellen", die sich in einem Schreiben zu der Aktion bekannte, ist dabei recht launig vorgegangen: An drei Strommasten sägte sie jeweils drei der vier Stützen in einem Meter Höhe zu 70% durch. Ohne den genauen Standort der angesägten Masten anzugeben, erklärten sie in ihrem Schreiben, sie hätten mehrere Masten so weit angesägt, „daß sie zur Vermeidung eines Sicherheitsrisikos ausgewechselt werden müssen". Zum Beweis legten sie ein Foto bei, das eine Metallsäge in einem mit dem Wort ‚Lebensgefahr' beschrifteten Metallteil zeigte. Bei der daraufhin von der Gesellschaft vorgenommene Überprüfung der Leitung stieß man auf die angesägten Masten.

Ob die seit Anfang Dezember erkennbare Serie sich in gleicher Weise fortsetzen oder gar noch steigern wird, bleibt abzuwarten. Dies dürfte nicht zuletzt vom weiteren Verlauf des Hungerstreiks abhängen. Andererseits wurde zwar fast in allen Bekennertelefonaten und -schreiben der infrage kommenden Zeit ein Zusammenhang zum Hungerstreik hergestellt. Die Propagierung des Hungerstreiks ist insofern durchaus der aktuelle Anlaß für die gegenwärtige Häufung der Anschläge und Sabotage-Aktionen. Ob aber der Grund ausreicht, kann bezweifelt werden. Immerhin signalisieren Art und Objekte der Anschläge eine bemerkenswerte Konzentration auf militärische Einrichtungen und Logistik im weitesten Sinne. Es muß einer genaueren Untersuchung überlassen bleiben, dieser äußerst interessanten Frage anhand gründlicher Fallstudien der letzten Zeit/Jahre nachzugehen. Jedenfalls dürfte es jeden mit den bisherigen Praktiken der Terroristen-Fahndung einigermaßen Vertrauten hellhörig machen, den Generalbundesanwalt Rebmann angesichts der gegenwärtigen Serie von Anschlägen auf der Seite derer zu sehen, die gegenüber einer übertriebenen Terrorismus-Hysterie a b w i e g e l n. Zwar müsse mit „Terroranschlägen" auf „Symbolfiguren" gerechnet werden und insofern seien auch die allgemeinen „Sicherheitsvorkehrungen" des Personen- und Objektschutzes zu verstärken, konkrete Anhaltspunkte für gezielte Attentate lägen ihm allerdings nicht vor. Und noch erstaunlicher ist Rebmanns Feststellung, ihm lägen auch keine Anhaltspunkte dafür vor, daß aus der Friedensbewegung, „*etwa aus einem Gefühl der Frustration und auch der Isolation*", Gruppen von Terroristen hervorgegangen seien. Der RAF und den Revolutionären Zellen sei es bisher nicht gelungen, die große Friedensbewegung zu unterwandern ...

Warum sagt gerade dieser Mann das? Dieser Frage lohnt es nachzugehen.

F.

Anmerkung:

In der „Internationalen Wehrrevue" 9/83 erschien ein Aufsatz über die sog. „Speznaz", sowjetische Spezialtruppen, die angeblich die Aufgabe haben, hinter den feindlichen Linien im gegnerischen Territorium Diversion und Sabotage zu treiben. Diese Diversionstruppen seien besonders auf die Führungsstrukturen und logistischen Nervenstränge ihres Gegners ausgerichtet. Sie seien als Killer-Truppen zu allem bereit. Schon zu Friedenszeiten seien sie aktiv, indem sie als getarnte Agenten die Schwachstellen des Gegners ausspähten und ein dichtes Agentennetz mit hiesigen Kollaborateuren und Saboteuren knüpften, mit dem die Verteidigungsbereitschaft ihres Gegners geschwächt werde. — Nur logisch, daß über diesen Weg der KGB militante Mitglieder der Friedensbewegung usw. zu nützlichen Idioten für eine Zersetzungs-Absichten macht!

Die Propaganda über die „Speznaz" und angeblich drohende sowjetische bzw. von der DDR gesteuerte Subversion dient ihrerseits dazu, den Aufbau eigener Spezialstruppen mit einem entsprechenden Spezialauftrag zu legitimieren. So erschien z.B. am 6.1.85 in der „FR" ein Bericht über die sog. „Tornister-Bomben". Das Pentagon „*bestätigte*", daß die US-Armee mit kleinen, tragbaren Atombomben ausgerüstet sei, die „*im Ernstfall hinter die feindlichen Linien getragen werden und ferngezündet werden können*".

Der Entwicklung von Sabotage und Sabotagebekämpfung scheint in letzter Zeit wieder mehr Bedeutung beigemessen zu werden. Dies dürfte eine eigene Untersuchung wert sein.

Interview mit Elard Biskamp und Wolfgang Kronauer Verteidiger von Christian Klar und Helmut Pohl

Der Verteidiger von Christian Klar, Elard Biskamp, und der Verteidiger von Helmut Pohl, Wolfgang Kronauer, äußern sich in dem folgenden AK-Interview u.a. zur Lage der Gefangenen im Hungerstreik, der Zwangsernährung, den Absichten der Bundesregierung und den Konstruktionen des Staates über die ,,Zellensteuerung''.

ARBEITERKAMPF: Der Hungerstreik läuft jetzt seit 4.12., wie seht Ihr als Verteidiger die Situation heute? Die politische und die gesundheitliche?

Elard: Ganz wichtig ist, das möchte ich hier nochmal sagen, weil das in der Presse immer verwischt und verfälscht wird: es handelt sich um den Hungerstreik von RAF Gefangenen und um den Hungerstreik von anderen Gefangenen aus dem Widerstand.

Wolfgang: Und das ist von den anderen auch keine Solidaritätsforderung, die Forderung nach Zusammenlegung ist für die eine ganz wichtige eigene Forderung.

Elard: Zur aktuellen Situation: momentan sind es noch 34 Gefangene, die den Hungerstreik machen, bei einigen von Ihnen spitzt sich die Situation mittlerweile deutlich zu. Bei Christian kann ich das als Verteidiger sagen, daß er aufgrund des erheblichen Gewichtsverlustes mittlerweile sehr geschwächt ist, wobei man da eines nicht vergessen darf, daß nämlich der Gesundheitszustand von Christian schon bei Beginn des Hungerstreiks aufgrund der Haftsituation nicht gut war. Christian ist mittlerweile ins Krankenhaus auf dem Hohenasperg verlegt worden, Günther Sonnenberg und Brigitte Mohnhaupt am 7.1.85. In Bielefeld liegen die dort inhaftierten Frauen schon seit mehreren Tagen in der Krankenstation. Das ist aber auch ein Teil der Taktik der zuständigen Stellen: das ganze soll nicht als politischer Vorgang sondern als ein medizinischer gesehen werden. Einige Gefangene haben auch Schwierigkeiten, das Wasser, das sie trinken, bei sich zu behalten und kotzen das aus — das führt natürlich auch nochmal zu einer zusätzlichen Schwächung.

Wolfgang: Dann muß man noch die Ausnahmesituation von Helmut sehen: er ist der einzige, der bisher tatsächlich zwangsernährt worden ist, und zwar vom 28.12.84 bis 4.1.85, wo die Zwangsernährung vorerst unterbrochen wurde. Die Zwangsernährung beim Helmut ist also zu einem Zeitpunkt erfolgt, als sie medizinisch überhaupt nicht geboten war und ist jetzt auch nur wegen Helmuts anhaltendem aktiven Widerstand und ihrer Veröffentlichung ausgesetzt worden. Das bestätigt die These, daß durch diese Zwangsernährung der Hungerstreik zu einem medizinischen Problem gemacht werden soll.

Wie erklärt ihr Euch, daß Helmut jetzt schon zwangsernährt wird?

Elard: An ihm soll wohl exemplarisch versucht werden, den Hungerstreik auf
versucht werden, den Hungerstreik auf
einer medizinischen Ebene zu brechen. Einerseits dadurch, daß die Zwangsernährung in jedem Fall eine Folter darstellt, andererseits aber dadurch, daß dem Hungerstreik, der ja eine Durchsetzungsmöglichkeit in einer zugespitzten Situation hat, die Spitze gebrochen werden soll.

Wolfgang: Daß das Exempel gerade bei Helmut statuiert werden soll wird vielleicht etwas klarer, wenn man sieht, daß fast zeitgleich mit dem Beginn seines Hungerstreiks ein langer Artikel in der ,,Zeit'' erschien, in dem versucht wird, ihn als den eigentlichen Urheber des Mai-Papiers 82 und der jetzigen Hungerstreikerklärung aufzubauen. In die gleiche Kerbe haut der ,,Spiegel'' in seiner neusten Ausgabe vom 7.1., in dem behauptet wird, Helmut habe aus der Haft heraus zu den Anschlägen aufgerufen und seine ,,Anhänger'' hätten entsprechend gehandelt. Was habt Ihr als Anwälte für eine Möglichkeit, gegen die Zwangsernährung vorzugehen?

Wolfgang: Juristisch praktisch keine. Es ist so, daß sich die meisten Ärzte weigern, Zwangsernährung durchzuführen, so daß sich die Bundesanwaltschaft spezielle Ärzte, Nicht-Anstaltsärzte heraussuchen muß, die die Zwangsernährung dann durchführen. Helmut ist dann auch extra von Frankenthal nach Zweibrücken in die Nähe des ihn zwangsernährenden Arztes Dr. Steeb verlegt worden.

Hungerstreik und westdeutsche Linke ...

Bisher war das Echo auf den Hungerstreik ja sehr gering. In der bürgerlichen Presse ohnehin, aber auch in der Linken. Was kann das für den Hungerstreik bedeuten oder andersherum: was müßte eigentlich getan werden?

Elard: Ich denke, daß es ganz wichtig ist, daß es jedem hier klar wird, daß im Moment Bundesanwaltschaft, Bundesregierung und Länderregierungen versuchen abzuchecken, inwieweit die Situation hier so ist, daß es ohne weiteres geht, die Gefangenen einfach sterben zu lassen! Das ist zu sehen an der Art und Weise, wie u.a. von der Bundesanwaltschaft die Frage der Zwangsernährung diskutiert wird. Zwangsernährung heißt, man kann es nicht oft genug sagen, gegen den Willen der Gefangenen Folter, und nichts anderes ist es, Zwangsernährung an den Gefangenen durchzuführen. Die Zwangsernährung nicht durchzuführen heißt: die Gefangenen verhungern, also sterben zu lassen. Deswegen ist die Diskussion Zwangsernährung oder keine Zwangsernährung der völlig falsche Punkt. Es kann in der Diskussion in der Linken nur darum gehen zu diskutieren, wie es gelingen kann, ein politisches Kräfteverhältnis herzustellen, in dem die Bundesregierung die Gefangenen nicht sterben lassen kann. Das kann nur passieren, wenn die Regierung über einen öffentlichen Druck gezwungen wird, die Forderungen nach Zusammenlegung zu erfüllen.

Wolfgang: Die Diskussion muß also von der Zwangsernährung wegkommen, hin zu deren Ursachen, nämlich den Haftbedingungen. Das mag für die Linke zwar ein altes Thema sein...

Elard: ...aber genau an dem Punkt muß man auch sagen, daß es zynisch und 'ne Sauerei ist, wenn Leute, wie bei der Veranstaltung im Berger Kino sagen, ,,Die RAF benutzt uns als Geisel ...''. (Siehe den Artikel ,,Pohrt gegen Hungerstreik'' in diesem AK — Anm. AK) Die Linke muß sich doch an die Nase fassen, daß es bis jetzt einfach nicht geschafft wurde, die eindeutig notwendige grundsätzliche Verbesserung der Isolationshaftbedingungen durchzusetzen.

Da muß man sich auch mal angucken, daß in Griechenland vor einigen Wochen ein Gesetz verabschiedet wurde, in dem die Folter unter Strafe gestellt wird und ganz explizit steht darin, daß unter Folter auch die Isolation eines Menschen über einen längeren Zeitraum hinweg in Haft als Folter zu verstehen ist. Das entspricht ja auch der UNO-Resolution gegen die Folter und da paßt es auch, daß sich die Bundesregierung zur Zeit weigert, einer europäischen Anti-Folter-Konvention beizutreten, mit der Begründung, hierzulande würde nicht gefoltert. Aber um nochmal auf die hiesige Linke zurückzukommen. Das ist jetzt der neunte Hungerstreik um die Forderung nach Aufhebung der Isolation der politischen Gefangenen. Und wenn jetzt von großen Teilen der Linken gesagt
von großen Teilen der Linken gesagt
wird: das bringt doch nichts, dann muß man feststellen, daß es der Linken eben nicht gelungen ist, ein politisches Klima zu erreichen, in dem die Aufhebung dieser Isolationsfolter hätte durchgesetzt werden können.

Die innenpolitischen Verhältnisse für die Durchsetzung dieser Forderung sind nun heute aber so schlecht wie nie zuvor, so daß die Durchsetzung fast aussichtslos erscheint.

Elard: Prognosen da an dem Punkt abzugeben ist wohl eine sehr heikle Sache. Der Punkt ist, und das war in dem toha-Kommentar in der ,,taz'' vom 5.1. sehr gut nachzulesen, daß im Unterschied zu 1981 heute sich etliche Gruppen in der BRD mit der Zusammenlegungsforderung und mit dem Frontkonzept der RAF auseinandersetzen. Seit dem Beginn des Hungerstreiks wurde ca. 20mal im europäischen Bereich gezündelt. Die Aktionen, die verschiedenen Anschläge sind sehr unterschiedlich...

...auch unterschiedlich erfolgreich...

Elard: ...auch, nur darf man nicht den Fehler machen, alles am Erfolg zu messen. Auf jeden Fall gibt es in einer ganz bestimmten Linken eine ganz andere Form von Echo, als es das z.B. 1981 gegeben hat.

Gibt's denn von Euch Kontakte z.B. zu den Bundestagsgrünen?

Elard: Nee, gibt es nicht. Was uns bekannt ist, ist, daß die Regenbogenfraktion im Europaparlament kurz vor Weihnachten einen Dringlichkeitsantrag eingebracht hat, dem sich auch drei sozialistische und zwei Drittel der kommunistischen Abgeordneten angeschlossen haben. Es ging darum, sich im Europäischen Parlament überhaupt erstmal mit dem Hungerstreik zu befassen. Das ist von den Sozialdemokraten und der geballten Rechten abgelehnt worden. Insofern kann ich die Ansicht, daß die politische Situation heute schlimmer als bei den letzten Hungerstreiks ist, nicht teilen.

Man muß da wohl zwei unterschiedliche politische Situationen unterscheiden: 1. Wie ist das Verhältnis zwischen Linker und RAF, das ist heute teilweise nicht mehr so von kompromißlosen Haltungen geprägt wie 1981; dann gibt es 2. aber das Verhältnis von Staat und RAF, und da denke ich, ist die Situation, sofern das möglich ist, schlimmer als 1981.

Elard: Insofern hast Du sicher recht. Rebmann und die Bundesregierung werden jetzt versuchen, die harte Haltung durchzuziehen und die Frage ist, wieweit sie das politisch heute schaffen können. Und das heißt: die Gefangenen durch den Hungerstreik loszuwerden. Denn eines kann man klipp und klar festhalten und ich möchte das mit den nötigen Ausrufezeichen versehen, weil wir da immer wieder drauf angesprochen werden. Wir wissen von sehr vielen Gefangenen, die sich jetzt im Hungerstreik befinden, daß sie diesen Hungerstreik nur dann beenden werden, wenn die Forderungen erfüllt werden. Auf Zusagen, die nicht eingehalten werden, wie 1981, wird sich heute nicht mehr eingelassen werden. Schon 1981 haben die Gefangenen gesagt: wenn die Zusagen nicht eingehalten werden, werden wir erneut in Hungerstreik gehen, das genau ist der heutige Hungerstreik.

Wenn die Situation aber so ernst ist, wie Ihr es beschreibt, reicht es doch nicht mehr aus, sich bloß hinter die Forderung zu stellen, oder sich gar nicht zu ihr zu verhalten, wie das die Bundestagsgrünen tun, es muß doch etwas in Gang kommen, aktiv für die Zusammenlegung der Gefangenen getan werden.

Elard: Das ist richtig. Das sollen sich die Leute auch mal überlegen, das erwarten wir, was das heißt, wenn eine Bundesregierung es darauf anlegt, hier politische Gefangene verhungern zu lassen, also umzubringen. Was das aber auch, in der Folge, heißt für diese bundesrepublikanische Linke. Das ist überhaupt kein moralischer Appell, das ist eine eminent politische Frage!

Wolfgang: Der Druck, der hier in der Bundesrepublik gemacht werden kann, wird allerdings vermutlich nicht ausreichen, es ist da auch ganz wichtig, den internationalen Zusammenhang zu sehen, zumal es ja nicht so ist, daß es politische Gefangene und eine derartige Behandlung nur hier in der BRD gibt. Es gibt jetzt Kontakte mit Anwälten aus anderen Ländern und die Frage, inwieweit die Mindestgarantien der Genfer Konvention auf die Guerilla anzuwenden sind, wird Thema einer größeren Konferenz sein, auf der auch Verteidiger von politischen Gefangenen aus anderen Ländern da sein werden.

Elard: Das ist wichtig, weil die Bekämfpung des politischen Gegners in Westeuropa zusehends gleichgeschaltet wird, und da spielen BRD und Frankreich die Vorreiter. Da muß man an Mitterands Vorschlag von 1983 denken, einen Europäischen Strafgerichtshof speziell auch für Fragen von Auslieferungen politischer Gefangener einzurichten.

Bürgerliche Presse und Hungerstreik

Wolfgang: Um jetzt mal auf die bürgerliche Presse zu kommen. Ich glaube schon, daß man sagen kann, daß die Linie ist, den Hungerstreik möglichst gar nicht zu erwähnen, oder, wie in der ,,Frankfurter Rundschau'' mal was unter der Rubrik ,,Personalien'' zu bringen. Das ist sicher auch mit der Bundesanwaltschaft abgesprochen. In einer Presssekonferenz hat sich Rebmann für dieses Ignorieren des Hungerstreiks in der Presse auch ausdrücklich bedankt.

Wenn überhaupt werden also die Anschläge in den Vordergrund gestellt, um dieses Konstrukt von der RAF-Gesamtstrategie zu belegen und weiter auszubauen. Damit dann weitere Verschärfungen, wie jetzt die Kontaktsperre, in der Öffentlichkeit vorzubereiten.

Elard: Es kommt da nicht von ungefähr, daß der justizpolitische Sprecher der SPD, Emmerlich, gefordert hat, daß präventive Maßnahmen ergriffen werden sollen und Wernitz von der SPD hat die Kontaktsperre ja direkt gefordert.

Wolfgang: Er hat sich sogar auf 1977 bezogen!

Elard: Damit soll dann der angebliche Kontakt zwischen Inhaftierten der RAF und deren ,,bewaffneten Kommandos draußen'' endlich mal zerschnitten werden. Diese behauptete Lenkung der Anschläge draußen durch die inhaftierten RAF-Leute hat natürlich eine ganz klare Funktion: die unmenschlichen Haftbedingungen, die totale Isolation kann nicht mit einer Ausbruchgefahr begründet werden: das ist bei den Hochsicherheitstrakten wirklich ausgeschlossen. Die Regierung kann aber natürlich auch nicht zugeben, daß die Haftbedingungen den Zweck verfolgen, die Gefangenen fertig zu machen, sie zu vernichten. Also behauptet man, sie würden aus dem Knast heraus Aktionen draußen lenken und müßten, damit das verhindert wird, vollständig isoliert werden. Diese behauptete Steuerung aus dem Knast, die Zellensteuerung steht dem politischen Selbstverständnis der RAF total entgegen. Das würde ja eine zentrale Bestimmung der Politik ,,von oben'' bedeuten, während für die RAF die Selbstbestimmung des Kampfes in den Metropolen für jede Gruppe und für jeden einzelne zum Selbstverständnis gehört.

Liest man in einer Broschüre des BMI aus dem Jahr 1983, daß die körperliche Unversehrtheit des politischen Gefangenen hinter dem Schutz der Allgemeinheit zurückstehen müsse, wird klar, wozu eine Gefahr durch Zellensteuerung konstruiert und verbreitet wird.

Haftverschärfung seit Hungerstreikbeginn

Wolfgang: Man muß sagen, daß seit zwei Jahren die Verteidigertätigkeit immer mehr behindert wird, immer mehr Verteidigerpost z.B. kommt nicht durch, wir schreiben dann seitenweise Beschwerden, die allesamt mit einem Satz abgelehnt werden. Dann wird der § 146 immer weiter ausgeweitet, so daß politische Gefangene manchmal einige Zeit gar keinen Anwalt haben.

Elard: Es ist nicht so, daß seit Beginn des Hungerstreiks die Verteidigerarbeit noch stärker behindert wird als in den letzten zwei Jahren ohnehin schon. Verschlechtert hat sich die Situation allerdings für unsere Mandanten. Besuche werden seit Beginn des Hungerstreiks immer häufiger abgebrochen, auf den Helmut haben sie es da wohl auch nochmal besonders abgesehen, bei dem wird alles, aber auch alles nach fünf Minuten abgebrochen. Bei den Celler Gefangenen, die ja nicht nach § 129a verurteilt worden sind, deshalb keine Trennscheibe haben, daß die sich am Anfang umarmen. Seit dem Hungerstreik gibt es ein Berührungsverbot. Wenn man dann allerdings so Sprüche wie die von SPD-Mann Emmerlich hört, dann wird auch klar, daß die Kriminalisierung der Verteidiger so weit auch nicht mehr ist. Da hat man wohl noch was in petto.

Für den AK sprach Fassanbass

Pohrt beleidigt.

Pohrt beleidigt:
Hungerstreik stört Amnestiekampagne

Das Leben als Polemiker ist hart, nicht jeder Tag bringt etwas, was eine gute Polemik wert ist, vieles hat man schon so oft gesagt, daß es nicht einmal die eingefleischtesten Fans mehr hören mögen. Was aber ist ein Polemiker, um den es wochen- und monatelang still ist?

Wolfgang Pohrt mag sich dies, das und anderes gedacht haben, bevor er sich an seinen Schreibtisch setzte, um einen Beitrag für eine Veranstaltung im Frankfurter Kino ,,Berger Straße'' zu verfassen. Im Anschluß an die Vorführung des US-Films ,,Underground'', einer Reportage über den bewaffneten Kampf der Weather Underground Organisation in den USA der 70er Jahre, sollte dort über politische Gefangene in Übersee und hierzulande, über Amnestie und Hungerstreik gestritten werden. Die Tendenz war nach kurzer Diskussionszeit klar: in dem Film ,,Underground'' wurde zwar sehr plastisch und anschaulich berichtet, daß es einen gewaltfreien Widerstand gegen einen imperialistischen Staat nicht geben könne, daß Militanz notwendig sei, aber nicht ohne eine solide Basis auskomme — für die geladenen Diskussionsredner K.D. Wolff (Stroemfeld/Roter Stern-Verleger) und Pohrt ging es aber nicht wirklich um den Film, sondern um die Tatsache, daß die Weather-Leute den bewaffneten Kampf mittlerweile aufgegeben und — nach Darstellung von Pohrt und Wolff — durch Agreements mit der Staatsanwaltschaft eine Art Amnestie für sich aushandeln konnten. Runde frei für eine Neuauflage der Amnestiekampagne vom Januar des letzten Jahres also — unterbrochen nur von ein paar heiseren Zwischenrufen und empörten bis fassungslosem Gelächter etlicher Aktiven aus dem antiimperialistischen Spektrum. Die Neuauflage einer uralten, schon zu ihren Gründungszeiten politisch verfehlten Kampagne allein bringt es natürlich auch nicht. Also griff Pohrt in den ,,Baukasten für den fortgeschrittenen Polemiker'' und braute ein Manuskript zusammen (s. ,,taz'', 8.1.85).

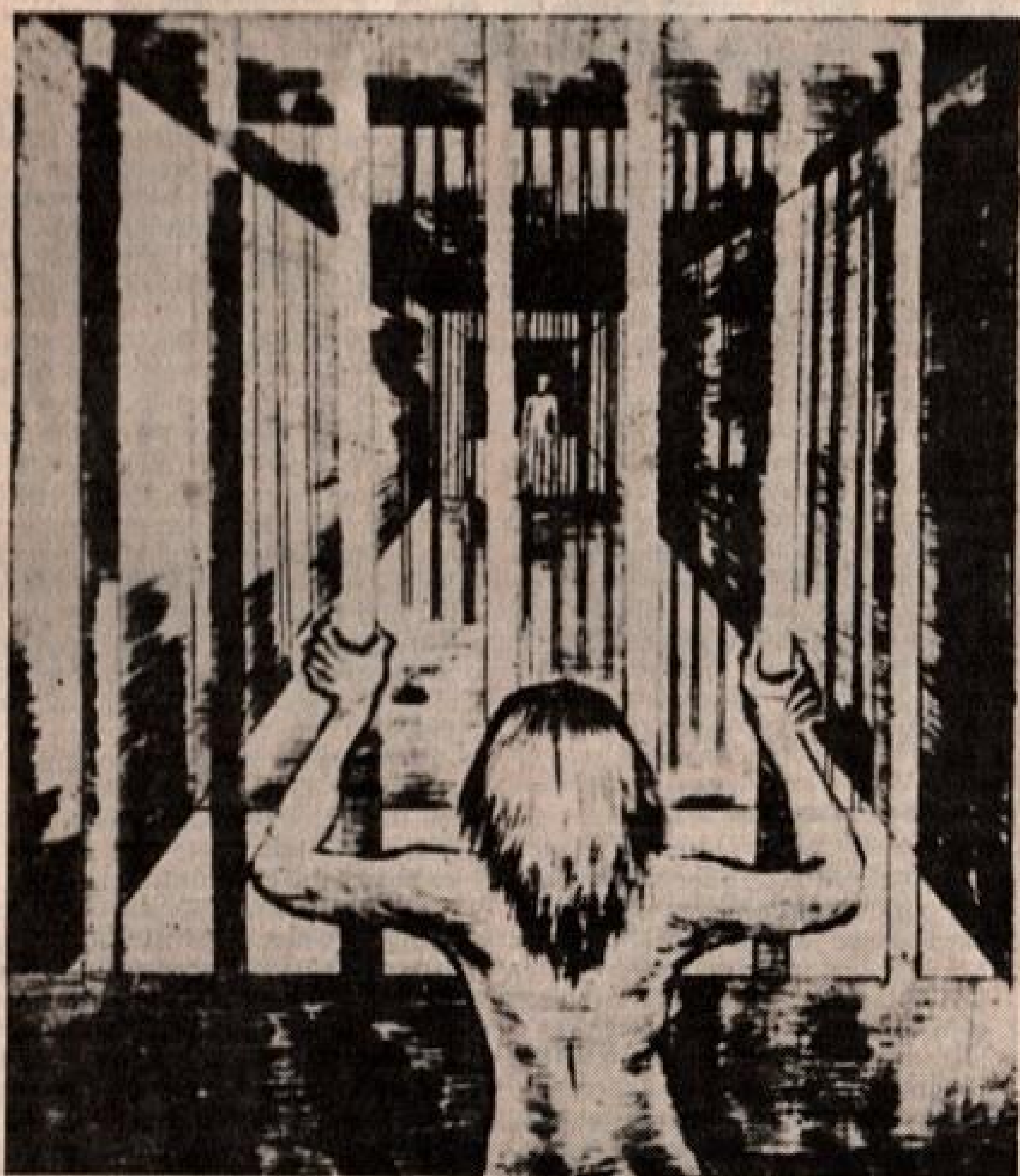
Pohrts Ausgangsanalyse: ,,Die RAF hat das Spielchen Einer gegen Alle gespielt, ein Spiel, in dem es keine Diskussion, keine Vernunftgründe, keine Kritik geben kann.''

Selbst, wenn die RAF zu Beginn dieses ,,Spielchens'' recht gehabt hätte, so Pohrt, wäre das heute nicht mehr vernünftig, weil man, selbst wenn man immer recht hat, man auf Dauer nicht schlauer ist als derjenige demgegenüber man recht hat. Eine erstaunliche Erkenntnis für einen, der sich für einen Aufklärer hält und der westdeutschen Linken, oft zu recht, ihren schlecht verbrämten germanischen Mystizismus unter die Nase reibt. Vernunft ist nämlich nach dieser Ausgangsanalyse vor allem eine quantitative Frage: Wieviele gegen wen? Wie oft vorgebracht?

Pohrts These 1: Gewalt wird hierzulande von den jeweiligen Extremisten ein ,,unentwirrbares Gefühlsgemisch aus heiliger Verehrung und tiefster Verachtung'' engegengebracht, deshalb liegt die Durchführung einer Amnestie auch ,,jenseits des Vorstellungshorizontes aller Beteiligten''. Den einen ist — nach Pohrt — der bewaffnete Kampf ein Heiligtum, den anderen ein Dämon. Pohrt als der Rationalist und Aufklärer (siehe Ausgangsanalyse) hält dagegen: der Staat sollte die Guerilla für einen ganz normalen Gegner halten, die RAF sollte ... ja, was eigentlich? Aber dazu später. Bleiben wir beim Staat. Pohrt setzt sich mit keiner Silbe damit auseinander, wie der Staat die politischen Gefangenen tatsächlich behandelt. Die Haftbedingungen sind sein Thema nicht. Sie könnten ihm ja sein schönes polemisches Puzzle kaputt machen: der Staat behandelt die Gefangenen nämlich nicht wie Dämonen, er behandelt sie wie Gegner: er will sie verschwinden lassen. Der Weg dorthin ist kein Exorzismus, kein gigantisches Austreibungsspektakel. Er läßt feststellen, ganz kühl, ganz nüchtern und nachvollziehbar: es gibt wichtigeres als die körperliche Unversehrtheit der Inhaftierten, die Sicherheit der Allgemeinheit zum Beispiel. In den Tod führen viele Wege. ,,Selbstmord'', Verhungern lassen ...

Pohrts These 2: Die RAF sollte ... aufgeben, stillhalten, lieb sein. Um argumentativ zu belegen, daß dies das Einzige ist, was ihnen noch übrig bleibt, ist Pohrt kein Griff zu tief, kein Vergleich zu unappetitlich. Die RAF solle doch nicht so tun, als kämpfe sie noch — das, so die allerletzte Schlußfolgerung, erinnere doch wirklich an Hitler. Aha! Weil: Kämpfen kann nur, wer eine Waffe und Bewegungsfreiheit besitzt. Wer das nicht vorweisen kann, bei dem ist eine ,,ganz allgemeine Sucht, jedwede Tätigkeit als Kampf zu deklarieren'' zu verzeichnen, und das erinnert, ganz klar, an ,,Mein Kampf'' und das ist von Hitler. Das ist die Ergänzung zur These von ,,Grün = Braun'': ,,Rot mit Knarre = Hitler''. Vielleicht bringt's Wolfgang Pohrt ja nochmal zu einem interessanten Posten im Geißler-Troß, ein Ministerialdirektor für Tiefschläge ...

Fassanbass



Exzessive Auslegung des Verbots der »Mehrfachverteidigung«

Fünf Wochen ohne Verteidiger im Knast

Etwa zehn Jahre ist es her, daß in der Bundesrepublik mit einer Welle von Anti-Terrorgesetzen und der Verschärfung von Haftbedingungen begonnen wurde, die Justiz gegen die neue Erscheinung eines bewaffneten Widerstands in der BRD zu rüsten. Und sie machte ihren Namen als dritte G e w a l t alle Ehre.

Als 1975 der erste Prozeß gegen Ulrike Meinhof, Gudrun Ensslin, Andreas Baader und Jan Carl Raspe begann, stellte der „Rechtsstaat" in aller Schnelle — gerade noch rechtzeitig vor Prozeßbeginn — auf das Programm Innere Sicherheit um: Verbot der kollektiven Verteidigung und Beschränkung auf drei Verteidiger. Der Begriff Stammheim — Symbol für das damals noch sozialliberale „Modell Deutschland" — fand Eingang in den internationalen Sprachgebrauch. Inzwischen haben viele Knäste „ihren", diesem Vorbild nachempfundenen Hochsicherheitstrakt.

Es folgte die gesetzliche Regelung zum Ausschluß von Angeklagten und Verteidigern aus dem Prozeß und dann als Kernstück der justiziellen Terrorismus-„Bekämpfung" der §129a (Bildung einer terroristischen Vereinigung). Er wurde die eigentliche Mehrzweckwaffe zur Bedrohung und Kriminalisierung eines wie immer gearteten „Umfeldes" — einschließlich der Angehörigen und Verteidiger der RAF-Gefangenen. Er erleichtert die Inhaftierung und erschwert die Haftbedingungen: Trennscheibe, Überwachung des Schriftverkehrs und wie die systematischen Schikanen alle aussehen. In dieser Hinsicht ist der BRD-Staat so außerordentlich phantasievoll — von wen er hat das nur...?

Heute sind etwa hundert politische Gefangene in den Knästen dieses unseres Landes. (Gezählt sind hier nur diejenigen, die Bürger desselben sind. Daß uns das Schicksal von Neofaschisten in diesem Zusammenhang nicht interessiert, mag man uns nachsehen: Liberale sind wir nicht). Die meisten sitzen seit Jahren in Isolation, viele lebenslänglich, manche ein paar Mal lebenslänglich. Acht von ihnen sind in den letzten zehn Jahren im Gefängnis umgekommen. Trotz mehrerer Hungerstreiks hat sich an der Situation nichts geändert.

Inzwischen ist das weitgehend zum Alltag geworden. Wer nicht betroffen ist oder Betroffene in seiner Bekanntschaft hat, hat die anfangs aufsehenerregenden Entwicklungen häufig vergessen — oder etwa nicht? Die „demokratische Presse" schweigt, Umwelt und Tiere sind aktueller. Weil man so menschlich geworden ist heutzutage. Der AK beginnt mit einer Artikelserie über die Lage politischer Gefangener, ohne ein Rezept anbieten zu können.

Wer heute ein Ermittlungsverfahren wegen Unterstützung, Mitgliedschaft oder Werbung für eine „terroristische Vereinigung" gegen sich laufen hat, hat große Schwierigkeiten, eine/n Verteidiger/in seines Vertrauens und seiner eigenen Wahl zu finden — eine/n erfahrene/n Verteidiger/in zu bekommen, ist schon gar nicht möglich.

Ohne Verteidiger im Knast

Der Fall von Christa Eckes ist allerdings bisher einmalig. Sie gehört zu der Gruppe von sechs Leuten, die am 2. Juli letzten Jahres in einer Frankfurter Wohnung festgenommen worden sind und unter dem Verdacht stehen, der RAF anzugehören. Gegen alle ist sofort Haftbefehl erlassen worden. Christa Eckes mußte mehr als fünf Wochen nach ihrer Verhaftung im Knast zubringen, ehe erstmals ein Verteidiger Kontakt zu ihr aufnehmen konnte.

Es gehört zu den elementarsten Rechten und vorrangigsten Interessen eines/r Beschuldigten, schnellstens eine/n Vertrauensanwalt/anwältin zu bekommen, vor allem, wenn er/sie in Haft genommen worden ist. Ohne Verteidigung ist mensch einigermaßen hilflos den Vorwürfen und Vernehmungsversuchen durch die Ermittlungsbehörden ausgeliefert. Nur ein/e Verteidiger/in hat das Recht, in die Akten Einsicht zu nehmen und sich so ein Bild über die Ermittlungsergebnisse und „Erkenntnisse" der Staatsanwaltschaft zu machen. Ohne diese Aktenkenntnis können Verunsicherungsversuche von Vernehmungsbeamten viel eher greifen. Die Ohnmacht und Orientierungslosigkeit, in die mensch nach einer Verhaftung sowieso leicht verfallen kann, werden gesteigert ohne die Möglichkeit, unüberwachte Besuche von einem/r Verteidiger/in des Vertrauens bekommen zu können. Andere Außenkontakte — soweit sie überhaupt bestehen — können das nicht ersetzen: In der Sache selber, wegen der mensch jetzt im Knast sitzt, können sie sowieso keinen Schutz bieten und außerdem finden solche Kontakte unter strenger Überwachung statt. Keine freie Äußerung ist möglich, z.B. über eigene Schwierigkeiten, mit der Haftsituation fertig zu werden, denn solche Äußerungen werden natürlich sofort registriert und gegen einen verwendet; keine Mitteilung über Schikanen und Mißhandlungen, denn solche Mitteilungen werden als „Störung der Anstaltsordnung" unterbunden, Briefe angehalten, Besuche abgebrochen; keine Frage über die Situation der gefangenen Freunde, die unter demselben Vorwurf verhaftet worden sind, denn solche Fragen können als „Verdunkelungsversuch" gewertet werden und die Unterbrechung des Besuchs- oder Briefkontaktes legitimieren.

Weil ein/e Gefangene/r ohne Verteidigung fast schutzlos dem Einfluß und der Gewalt der Strafverfolgungsbehörden ausgeliefert ist und selber keine Chance hat, den Gang des Ermittlungsverfahrens zu beeinflussen, gehört es in diktatorischen Regimes zur ständigen Praxis, besonders bei politischen Gefangenen anwaltliche Kontakte gerade in der ersten Zeit nach der Verhaftung zu unterbinden.

In der BRD kann nach dem Gesetz jede/r Beschuldigte/r *„sich in jeder Lage des Verfahrens des Beistandes eines Verteidigers bedienen"* (§ 137 Strafprozeßordnung). Daß dieses Recht für Christa Eckes nur auf dem Papier bestand, geht darauf zurück, daß der zuständige Ermittlungsrichter am BGH drei Mal hintereinander Anwält/inn/en, die sich um die Übernahme des Mandats bemüht haben, zurückgewiesen hat. Im Zusammenhang mit den sechs Verhaftungen in Frankfurt wurden in insgesamt neun Fällen Anwälte/innen, die ein Mandat übernehmen wollten, nicht zugelassen. Dadurch hatten auch Barbara Ernst erst am dritten und Volker Staub erst am vierten Tag nach der Festnahme den ersten Anwaltsbesuch. Stets wurden die Zurückweisungen damit begründet, der/die jeweilige Anwalt/Anwältin habe bereits eine Verteidigung in „derselben Sache".

Stammheimer Sonderrecht...

Diese Begründung ist an sich nicht neu. Kurz vor Beginn des ersten „Stammheim-Prozesses" gegen Ulrike Meinhof u.a. wurde ein Gesetz verabschiedet, das die *„Verteidigung mehrerer Beschuldigter durch einen gemeinschaftlichen Verteidiger"* verbietet (§ 146 StPO). In keiner Prozeßordnung eines vergleichbaren Landes gibt es dieses pauschale Verbot.

Kurzfristig hatte dieses Gesetz — zusammen mit der gleichzeitig in Kraft getretenen Beschränkung der Verteidigerzahl auf drei — zum Ziel, die Verteidigung im Stammheim-Prozeß empfindlich zu stören. Langfristig hat die Anwendung des § 146 durch die Justiz dazu geführt, daß es immer schwieriger wird, überhaupt noch Vertrauensanwält/e/innen für RAF-Angeklagte zu finden. in den praktischen Auswirkungen kommt also gerade das Gegenteil davon heraus, was das Gesetz nach dem erklärten Willen seiner Schöpfer angeblich erreichen sollte, nämlich einen Schutz für den Angeklagten. Es sollte — so die offizielle Begründung — verhindert werden, daß der Angeklagte durch „Interessenkollisionen", die bei einer gemeinsamen Verteidigung mehrerer Beschuldigter durch eine/n Anwalt/Anwältin entstehen könnten, um eine effektive, nur seinen Interessen gewidmete Verteidigung gebracht wird. So weit so gut. Tatsächlich ist dieser Paragraph als Waffe gegen RAF-Angeklagte benutzt worden, indem die Voraussetzungen für die Zurückweisung einer/s Verteidiger/s/in immer weiter ausgelegt worden sind.

Damit § 146 angewendet werden kann, müssen die Beschuldigten wegen „derselben Tat" angeklagt sein. Jeder normale Mensch würde darunter z.B. verstehen, daß die Angeklagten demselben Kommando angehört haben sollen, das eine bestimmte Aktion durchgeführt oder geplant hat. Die Justiz aber sieht diese Voraussetzung bei jedem/r, der/die wegen Mitgliedschaft, Unterstützung oder Werbung für dieselbe „terroristische Vereinigung" angeklagt ist, bereits als erfüllt an, egal um welchen konkreten Tatvorwurf es sich handelt. Entgegen dem Gesetzeswortlaut soll es auch nichts ausmachen, wenn die Beschuldigten in getrennten Verfahren angeklagt sind. Sogar wenn das eine Verfahren bereits rechtskräftig abgeschlossen ist, soll die Verteidigung in dem anderen § 129a-Verfahren nicht zulässig sein. Außerdem spielt es nach der Rechtsprechung für die Anwendbarkeit des § 146 auch keine Rolle, welchen Umfang die frühere Verteidigertätigkeit hatte.

Durch diese Auslegung des Gesetzes wurde das Kriterium des „sachlichen und zeitlichen Zusammenhangs", das für die Zuordnung zu „derselben Tat" und damit für die Anwendbarkeit des § 146 maßgeblich ist, ad absurdum geführt. Das Ergebnis davon ist, daß jemand, der/die einmal in einem RAF-Prozeß verteidigt hat oder auch nur irgendeinen anwaltlichen Kontakt zu einem RAF-Beschuldigten gehabt hat, für alle Zukunft von der Übernahme solcher Mandate ausgeschlossen ist. Die wenigen Anwälte, die überhaupt bereit sind, RAF-Angeklagte zu verteidigen, sind so früher oder später „verbraucht". Wie sehr sich die Situation für RAF-Angeklagte verschärft hat, wird durch einen Vergleich vorher/nachher erst richtig begreiflich: Noch in den ersten RAF-Verfahren war es bis zum Erlaß des § 146 und der Beschränkung der Verteidigerzahl möglich, durch eine Vielzahl von auch erfahrenen und bekannten Verteidiger/inne/n einen demokratischen Schutz für die Angeklagten herzustellen. Z.B. hatte Irmgard Möller in ihrem Hamburger Verfahren sechzehn Vertrauensanwälte/innen; im Stammheimer Prozeß gegen Ulrike Meinhof, Gudrun Ensslin, Jan Carl Raspe und Andreas Baader hatte jeder von ihnen zehn bis vierzehn Wahlverteidiger/innen (noch bevor die Prozesse anfingen, wurden dann allerdings die neuen Gesetze wirksam). Heute wird es zunehmend schwieriger, überhaupt noch eine/n Vertrauensanwalt/anwältin zu finden. Oft handelt es sich um Berufsanfänger/innen, die dann im Prozeß einem durch jahrelange Erfahrung in RAF-Prozessen geschulten Vertreter der Bundesanwaltschaft gegenüberstehen.

... wird extensiv ausgelegt

Daß bei der Anwendung des § 146 das Interesse — nämlich RAF-Angeklagte in ihrer Verteidigung zu behindern — die Erkenntnis — d.h. die „Auslegung" des Gesetzes — leitet, hat sich nun bei den sechs Frankfurter Verhaftungen aufs neue erwiesen.

Erstmals ergab sich hier die Frage, ob auch dann ein „sachlicher und zeitlicher Zusammenhang" zwischen den Tatvorwürfen besteht, wenn ein 129a-Beschuldigter erst zu einem Zeitpunkt zur RAF gestoßen sein kann, wo ältere RAF-Angehörige schon längst im Knast gesessen haben. So wollte die Verteidigerin von Brigitte Mohnhaupt, die Rechtsanwältin Brenneke-Eggers, das Mandat von Volker Staub übernehmen. Staub soll „zumindest seit Juni 1984" Mitglied der RAF ein, zu diesem Zeitpunkt war Brigitte Mohnhaupt längst in Haft. Die Verteidigung von Christa Eckes, die *„mindestens seit Anfang 1982"* sich wieder der RAF angeschlossen haben soll, wollten Rechtsanwalt Härdle und die Anwältin Brandt übernehmen. Härdle vertritt Roland Mayer, der seit 1976 in Isolationshaft sitzt, und Ute Brandt hat den seit 1979 inhaftierten Rolf Heißler gerade einmal im Knast besucht, um ein sogenanntes Haftmandat zu übernehmen. Rechtsanwältin Krause hatte eine Besuchserlaubnis bei Ingrid Jakobsmeier beantragt, die verdächtig ist, *„spätestens seit Sommer 1981"* Mitglied der RAF zu sein. Die Anwältin ist Pflichtverteidigerin von Rolf-Clemens Wagner, der Ende 1979 in Zürich verhaftet worden ist und später an die Bundesrepublik ausgeliefert wurde.

„Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung" im Knast?

Alle vier Anträge sind von dem zuständigen Ermittlungsrichter beim BGH abgelehnt worden, wegen Verstoß gegen das Verbot der gemeinschaftlichen Verteidigung. Hier noch einen „zeitlichen und sachlichen Zusammenhang" zu konstruieren, obwohl die jeweiligen Beschuldigten tatsächlich niemals zur selben Zeit der RAF angehört haben können, ist nur auf zwei Wegen denkbar: Entweder reicht es für die Mitgliedschaft in einer „terroristischen Vereinigung" aus, sich zu den Zielen dieser Gruppe zu **bekennen** — dann können natürlich auch Gefangene, die in Isolationshaft sitzen und keinerlei „terroristische" Aktivitäten entfalten können, nach wie vor Mitglieder der RAF sein; oder aber man geht davon aus, daß die inhaftierten RAF-Gefangenen sehr wohl noch Aktivitäten entfalten und die Aktionen „draußen" steuern — dann wäre natürlich ein **konkretes Zusammenwirken** von Leuten, die „draußen" für die RAF aktiv sind, und den RAF-Gefangenen „drinnen" möglich. Allein, dafür fehlen jegliche Beweise (daß Parolen wie „Drinnen und Draußen — ein Kampf" keine gerichtsverwertbaren Beweise darstellen, liegt auf der Hand). Zu allgemeinen Propagandazwecken wird diese Zusammenarbeit zwar immer wieder behauptet, auch werden mit dieser Behauptung Ermittlungsverfahren wegen eines angeblichen „illegalen Informationssystems" bald jahrelang dahingeschleppt, an stichhaltigem Beweismaterial hat es aber bisher gefehlt. Auch in dem konkreten Zusammenhang mit den sechs in Frankfurt Verhafteten gibt es selbstverständlich keinerlei Anhaltspunkte für eine „Steuerung aus den Gefängniszellen heraus".

Der Ermittlungsrichter beim BGH hat deshalb in seinen Zurückweisungsbeschlüssen diesmal die erste Variante von einem „Weiterbestehen der terroristischen Vereinigung in den Gefängnissen" bevorzugt. Es heißt dort ganz schlicht: *„Es ist allgemein bekannt, daß die inhaftierten ‚RAF'-Angehörigen ihren ‚Kampf' auch in der Haft nicht aufgegeben haben."* Umstandslos wird daraus eine *„sachliche und zeitliche Überschneidung der Sachverhalte, die bei Rolf Heißler Gegenstand der Verteidigung ... sind und die der Beschuldigten Barbara Ernst in diesem Verfahren angelastet werden"*, abgeleitet (Beschluß v. 30.7.84). In Bezug auf die RAF-Angeklagte Brigitte Mohnhaupt heißt es in einem weiteren Beschluß noch deutlicher: *„Ihr Verhalten und ihre Erklärungen in der noch andauernden Hauptverhandlung belegen ihre Zugehörigkeit zu dieser Vereinigung bis in die Gegenwart."* Und weiter: *„Wegen des engen zeitlichen und sachlichen Zusammenhangs besteht zwischen den der Brigitte Mohnhaupt und dem Beschuldigten Staub vorgeworfenen Taten Indentität ..., so daß ... die Voraussetzungen der unzulässigen gemeinschaftlichen Verteidigung gemäß § 146 StPO gegeben sind"* (Beschluß v. 23.7.1984). In einem weiteren Beschluß wird das Weiterbestehen der Mitgliedschaft von Rolf Heißler in der RAF mit dem lapidaren Satz begründet: *„Aus seiner Zugehörigkeit zur ‚RAF' macht er auch nach seiner Inhaftierung keinen Hehl"*, um auch hier den Schluß zu ziehen, daß *„die der Beschuldigten Christa Eckes und die dem Verurteilten Rolf Heißler angelasteten Straftaten nach § 129a StGB ... sich daher zeitlich wie sachlich (überschneiden)"* (Beschluß v. 24.8.1984).

Abgesehen davon, daß die RAF-Gefangenen sich während ihrer Gefangenschaft gerade nicht als Mitglieder der RAF begreifen, weil das mit ihrem Verständnis von einer den bewaffneten Kampf führenden Guerillaorganisation unvereinbar ist, können „Erklärungen" und Bekenntnisse für die **juristische** Zuordnung zu einer „terroristischen Vereinigung" sowieso keine ausreichende Grundlage sein. Selbst die verbindliche Auslegung des Bundesverfassungsgerichts setzt für eine „mitgliedschaftliche Teilnahme" voraus, daß Handlungen vorliegen, die zumindest die Grundlage für die Tätigkeit der Vereinigung schaffen oder erhalten sollen, und daß der Betreffende gewillt ist, sich am „Verbandleben" zu beteiligen (BVerfGE 56, 22 ff). Dazu finden sich in den Beschlüssen natürlich keinerlei Argumente. Aber der Bundesanwaltschaft, die die Argumentation in ihren Stellungnahmen zu den Anträgen der Anwälte/innen dem Ermittlungsrichter z.T. wörtlich vorgegeben hat, geht es ja ganz offensichtlich auch nur um das Ergebnis.

E. Anti-Repressionskommission Hamburg

Abbildung: Lea Grundig, aus dem Zyklus „Unter der Peitsche" (Dresden, 1936)

Italien: 15 Tote bei faschistischem Anschlag

»Wer wird diesmal freigesprochen?«

„Mörderstaat", „Gerechtigkeit", „P2", „Runter mit den Heuchlern von der Bühne" und „Wo ist Bettino" (Ministerpräsident Craxi; Anm. AK) — das waren einige der Parolen auf der offiziellen Trauerfeier am 27.12.84 in Bologna für die 15 Opfer des faschistischen Anschlags vom 23.12. auf den Schnellzug Florenz — Bologna. Diese Parolen machen klar, daß in weiten Teilen der italienischen Bevölkerung die Verantwortung für derartige Attentate, ja bis zum Beweis des Gegenteils auch die Urheberschaft, beim Staatsapparat selbst gesehen wird. Und in der Tat: Offener als in jedem anderen Land Westeuropas ist für Italien erwiesen, daß wesentliche Teile des Staatsapparates, der Geheimdienste und der Polizei bis über beide Ohren in derartige Umtriebe verwickelt sind und daß hier die Verantwortlichen sitzen.

Das Attentat

Die Bombe explodierte im viertletzten Waggon des Schnellzuges Neapel — Mailand, der mit Weihnachtsurlaubern voll besetzt war, gerade in dem Augenblick, als der Zug durch den mit 19 km zweitlängsten Eisenbahntunnel der Welt fuhr. Über 100 Personen wurden verletzt, 15 starben. Die Bergungsarbeiten waren so grauenvoll, daß ein Helfer sich unter dem Eindruck des Grauens selbst erschoß.

Die Auswirkungen hätten noch weitaus schlimmer sein können: Entgegen dem Fahrplan fuhr der Zug zu diesem Zeitpunkt nur 60 km/h (anstatt 140 km/h) und der Gegenzug, der fahrplanmäßig mit dem Schnellzug Neapel — Mailand mitten im Tunnel hätte zusammentreffen sollen, hatte soviel Verspätung, daß er gerade noch rechtzeitig gestoppt werden konnte. Nach dem bisher hier bekanntgewordenen Stand der Ermittlungen fertigte die Polizei 2 Phantombilder von zwei Männern an, die angeblich in Florenz den Wagen verlassen hatten, in dem die Bombe detoniert war — mehr konkrete Hinweise auf die Täter scheint es nicht zu geben. Die ganze Anlage des Attentats läßt auf Experten schließen und in der italienischen Öffentlichkeit besteht überhaupt kein Zweifel, daß dies ein faschistisches Attentat gewesen ist. Eine kurzfristig lancierte Meldung, die „Brigate Rosse" (Rote Brigaden) hätten sich dazu bekannt, wurde unmittelbar darauf von diesen selbst dementiert; als weitere „Bekenner" werden die „Ordine Nuovo"/„Ordine Nero" (Neue bzw. schwarze Ordnung, faschistisch) sowie die „Nuclei armati revolutionarii" (NAR, bewaffnete revolutionäre Zellen), „Rosa dei Venti" (Windrose; alle faschistisch) und „Terza Posizione" genannt. Doch wer auch immer genau dies Attentat begangen hat (wenn dies — was sehr unwahrscheinlich ist — je aufgedeckt wird), ein Stichwort taucht in Italien bei solchen Anlässen mit Recht immer wieder auf: „Strage die Stato" (Blutbad des Staates). Als die Democrazia Proletaria dieses Stichwort in die Diskussion brachte, flippte Innenminister Scalfaro (DC) aus: Wer davon spräche, der „reihe Verbrechen an Verbrechen".

Die braune Spur

Tatsächlich ist in Italien kein einziges der großen Attentate der letzten 15 Jahre wirklich aufgeklärt worden. Stattdessen hat es bei den Ermittlungen immer Beweise genug gegeben, daß Teile des Staatsapparates dazu beigetragen haben, die Ermittlungen zu behindern, wenn sie nicht sogar selbst die Auftraggeber gewesen sind:

12.12.69: In Rom und Mailand explodieren 2 Bomben, die zuerst der Linken in die Schuhe geschoben werden. Ein Anarchist (Pinelli) fällt bei der polizeilichen „Vernehmung" aus dem Fenster und stirbt. Erst auf öffentlichen Druck und konkrete Untersuchungen der Linken hin werden 2 Faschisten angeklagt, für die Bombe auf der Piazza Fontana in Mailand (16 Tote) verantwortlich zu sein. In diesen Tagen nun soll die 4. Auflage des Prozesses gegen Freda und Ventura eröffnet werden.

Frühjahr 74: In Brescia explodiert auf einer Gewerkschaftsveranstaltung eine Bombe; 6 Tote. Täter: unbekannt.

21.4.74: Das erste Attentat auf die Bahnlinie Florenz — Bologna; keine Opfer.

4.8.74: Attentat auf den Italicus-Expreß — wieder an demselben Tunnel; 12 Tote. Mitte '83 werden der Faschist Mario Tuti und 5 Komplizen aus Mangel an Beweisen freigesprochen (Tuti sitzt wegen eines anderen Mordes ein).

2.8.80: Eine Bombe legt den Bahnhof von Bologna teilweise in Schutt und Asche; 85 Tote, hunderte Verletzte. Bis heute haben die Ermittlungen kein handgreifliches Ergebnis gebracht. Unwidersprochen sind bisher aber folgende Einzelaussagen: So berichtete der Faschist (und Mitglied des Geheimdienstes) Elio Ciolini, daß der „Großmeister" der P2, Licio Gelli, in der Loge von Monaco mit führenden Faschisten, darunter Karl-Heinz Hoffmann und Stefano Della Chiaie, das Attentat geplant habe. Ähnliches (nämlich Hoffmanns Beteiligung) berichtete die englische Zeitschrift „searchlight" 1984. Im Zusammenhang mit dieser Aussage wurde der Faschist Pagliai von Bolivien an Italien ausgeliefert, wo er — ohne auszusagen — starb. In Bolivien war Pagliai Komplize von Della Chiaie und Joachim Fiebelkorn gewesen, die dort eine Nazi-Gruppe („Freunde des Todes") unter Klaus Barbie gegründet hatten und in den internationalen Rauschgifthandel sowie verschiedene Militärputsche in Bolivien verwickelt waren. Es gibt einen italienischen Haftbefehl gegen Fiebelkorn wegen Beteiligung an dem Attentat von Bologna. Seine Auslieferung an die italienischen Behörden wurde von westdeutschen Gerichten bisher aber abgelehnt.

13.1.81: Wiederum im Zug Florenz — Mailand wird eine Tasche mit Sprengsätzen und „Dokumenten" gefunden, die auf eine Verbindung zweier Hoffmann-Kumpane mit dem Attentat von Bologna hindeuten. Wie sich später herausstellte, war diese Tasche als falsche Spur vom SISMI-General Musumeci (SISMI — militärischer Abwehrdienst) und seinem Adjutanten Belmonte gelegt worden. Musumeci wurde im Oktober 84 festgenommen.

August 83: Ein erneuter Anschlag auf die Bahnlinie geht glimpflich aus. Vermutungen konstruieren einen Zusammenhang zwischen diesem Anschlag und der gleichzeitigen Flucht des P2-„Großmeisters" Licio Gelli aus Schweizer Haft, bevor er an Italien ausgeliefert werden konnte.

Der Schatten der P2

Als 1981 anläßlich einer Routinefahndung im Zusammenhang mit dem Finanzskandal um den Mafia-Bankier Michele Sindona und die Verwicklungen der Vatikanbank („Werk für gottgefällige Taten") die Mitgliederliste einer angeblichen Freimaurerloge „Propaganda 2" mit ihrem Großmeister Licio Gelli bekannt wurde, war der Skandal da. Aus allen Parteien mit Ausnahme der KPI, aus allen Repressionsapparaten und -Diensten, waren führende Vertreter Mitglieder dieser Geheimgesellschaft, über die u.a. intensiver Waffenhandel mit Militärregierungen Südamerikas finanziert wurde, die mit mehreren Morden in Verbindung gebracht wird, deren Mitglieder die „Waschanalagen" für Mafia-Geld aus dem Drogenhandel organisierten, und die sich insbesondere als Bollwerk gegen den Kommunismus verstand und dementsprechend handelte. Erst im letzten Jahr kam der offizielle Parlamentsausschuß zur Frage P2 zu dem Ergebnis, daß wesentliche Teile des Skandals immer noch nicht bekant seien. Klar ist nur, daß die P2 ständig intensivste Beziehungen zum rechten Terrorismus pflegte (was u.a. in einem Gerichtsurteil 1975 im Zusammenhang mit dem Italicus-Anschlag bestätigt wurde). Ein Ergebnis des offizellen Untersuchungsausschusses zur P2 aber ist, daß in der P2 wesentlich die diversen Geheimdienste und Sicherheitsdienste sich ein parasitäres Machtinstrument geschaffen hatten, das jeglicher öffentlicher Kontrolle entzogen war.

Die Vorsitzende des Ausschusses, Tina Anselmi (DC), hält sogar Spekulationen für begründet, daß im Entführungsfall Moro die P2 im Spiel war. Immerhin waren die Chefs der für die Fahndung zuständigen Geheimdienste sämtlich P2-Mitglieder und bis heute ist beispielsweise nicht klar, wer den Befehl zur Ermordung Moros gegeben hat und wo Moro zuletzt gefangen gehalten wurde. Die „pentiti" der „Roten Brigaden" konnten oder wollten zu diesen Fragen jedenfalls nichts aussagen.

Wenn heute bei der Trauerfeier für die Opfer des Attentats vom 23.12.84 die Parole „P2" gerufen wird, so deshalb, weil diese „Affäre" den Zusammenhang von Unterdrückungsapparat, bürgerlichem Staat, Terror und Kriminalität in einem Maße offengelegt hat, wie es in keinem anderen westeuropäischen Land der Fall ist. Aber für die These, daß es in den anderen Ländern nichts Vergleichbares gäbe, spricht leider nichts — im Gegenteil. Mensch denke „nur" an den französischen Faschisten Durand, der in der französischen Polizei selbst für die Aufklärung rechten Terrors zuständig war, oder an den Joachim Fiebelkorn, der in der BRD gerade wieder auf freien Fuß gesetzt wurde und von dem die FR (unwi dersprochen) berichtete, daß er für das Bundeskriminalamt arbeitete. Schließlich: Das Attentat auf dem Münchner Oktoberfest und die widersprüchlichen und mageren „Ergebnisse" der Ermittlungen sollten Anstoß genug zum Denken geben.

E., Antifa-Kommission KB, Gruppe Hamburg

Chile: Mit der Todesstrafe gegen Revolutionäre

Carlos Garcia Herrera ist zusammen mit Victor Zuniga der erste der politischen Gefangenen, gegen die das Todesurteil gefällt wurde. Insgesamt fordert die Militärstaatsanwaltschaft gegen 13 politische Gefangene das Todesurteil — zum Teil nicht nur einmal, sondern bis zu viermal. Drei der Gefangenen sollen vor den sogenannten „Consejos de Guerra" abgeurteilt werden, gegen die die Verteidiger Widerspruch eingelegt haben und über deren Anwendbarkeit der oberste Gerichtshof in Kürze entscheiden wird.

Carlos Garcia wurde 1953 in der Provinz Tallca, in einem ländlichen Gebiet geboren. Bis zu seinem 15. Lebensjahr lebte er dort und ging dort zur Schule. 1969 trat er in die Marine (Armada de Chile) ein, absolvierte dort seinen Militärdienst und spezialisierte sich als Elektromechaniker. Nach Beendigung der Ausbildung wurde er Anfang 1973 in die aktive Truppe abkommandiert und gehörte zur Mannschaft des Seekreuzers Prat. Dort schloß er sich einer Gruppe von Marinesoldaten an, die gegen das Offizierskorps opponierten, das bereits den Putsch gegen die Regierung Allende vorbereitete. Sie denunzierten die Putschpläne und verweigerten den Gehorsam.

„Wir hatten uns mit unserem Eid auf die Fahne verpflichtet, unser Land zu verteidigen, die Gesetze und die Verfassung zu respektieren. Die Beteiligung an einem Staatsstreich bedeutete für uns die Verletzung dieses Eides und bedeutete darüberhinaus einen Angriff auf unser eigenes Volk, das souverän eine Volksregierung gewählt hatte" (aus einem „Testimonio" von Carlos Garcia). Noch vor dem Putsch, in der ersten Septemberwoche 1973, wurden über 50 der Marinesoldaten verhaftet, des Aufstandes und der Meuterei angeklagt und zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt.

Carlos Garcia saß eine dreijährige Haftstrafe im Gefängnis von Concepcion ab, wo er auf gefangene Militante des MIR traf und sich 1974 dem MIR anschloss. 1976 wurde er freigelassen, beschloß in Chile zu bleiben und sein Recht auf Widerstand gegen die Diktatur wahrzunehmen. 1978 arbeitete er in Santiago mit einer Gruppe von Arbeitslosen für das Recht auf Arbeit und ein würdiges Leben. 1979 schloß er sich dem aktiven Volkswiderstand, d.h. den Kampfgruppen der Resistencia Popular an. Seine Aufgaben bestanden in verschiedenen Aktionen des bewaffneten Widerstandes gegen die Diktatur wie Sabotage, Angriffe auf den Repressionsapparat, Beschaffung von Geld und Waffen, Hinrichtung von führenden Agenten der Repression. (Wegen seiner Beteiligung am geglückten Anschlag auf General Roger Vergara, dem Chef der Counter-Insurgency-Schule des Heeres, wurde das Todesurteil gegen Carlos Garcia gefällt. Weitere Prozesse wegen seiner angeblichen Beteiligung an zahlreichen anderenDelikten sind noch nicht abgeschlossen, die Staatsanwaltschaft hat aber bereits zwei weitere Todesurteile gegen ihn gefordert.)

Am 25. Januar 1981 wurde er zusammen mit seiner Genossin Carmen Gloria und seiner Tochter, die damals 1 Jahr und 4 Monate alt war, von CNI-Agenten auf der Strasse verhaftet. Der 6 jährige Sohn wurde nicht verhaftet, weil er sich gerade im Haus der Großeltern aufhielt. Beide, Carlos Garcia und Carmen, wurden 23 Tage lang in einem Geheimgefängniss der CNI festgehalten, die ganze Zeit mit Handschellen und verbundenen Augen, Folter und ständigen Verhören. Die kleine Tochter wurde 10 Tage lang in einem dunklen Kellerraum festgehalten, um die Eltern zu „Geständnissen" zu zwingen. Nach 10 Tagen wurde sie mit schweren psychischen und physischen Schäden an die Großeltern „übergeben". Carmen wurde nach über zwei Jahren Haft 1983 mit Auflagen freigelassen, ein Prozeß gegen sie als Helfershelferin läuft noch.

Letzte Meldung: Am 13.12. wurde das Haus von Carmen Gloria durchsucht, ihr Bruder verhaftet. Carmen und ihr Sohn waren zum Glück nicht zu Hause, ihr derzeitiger Aufenthaltsort ist unbekannt.

**Spenden für politische Gefangene in Chile auf das Konto:
E.Haffner, Konto-Nr.: 570 980 - 209
Postscheckamt Hamburg, BLZ 20010020
Stichwort:„Libertad"**



„Retten wir ihr Leben"

Carlos Garcia Herrera: Ein Lebenslauf

Brief von Carlos Garcia und Victor Zuniga an das chilenische Volk und die internationale Solidarität

Am 28. September 1984 wurden wir vom ersten Militärgericht Santiagos zum Tode verurteilt wegen unserer angeblichen Beteiligung am Tod des Generals Roger Vergara, Direktor der counter-insurgency-Schule des Heeres (Escuela de Inteligencia del Ejército). Angesichts dieser Tatsache erklären wir:

1) Wir sind angeklagt als Terroristen und als solche wurden wir der Öffentlichkeit präsentiert. Wir betonen, daß der Terrorismus in Chile einzig und allein vom Militärregime und seinen Repressionskräften ausgeübt wird, vom ersten Augenblick der Diktatur am 11. September 1973 an. Als Beweis dafür können wir die Tausende von Verhaftet-Verschwundenen anführen, die Tausende von Ermordeten, die Tausende von Chilenen, die die Gefängnisse der Diktatur kennenlernten, das Klima von Terror und Elend, dem Millionen von Ausgebeuteten und Unterdrückten unseres Landes unterworfen sind.

2) Wir sind angeklagt, Gewalt ausgeübt zu haben. Wir sprechen diesem Regime das Recht ab, uns der Gewalttätigkeit anzuklagen; einem Regime, das ständig Gewalt anwendet mit der ganzen Palette von Verbrechen, Folter, Gefängnis, Exil und der allgemeinen Repression, mit der das ganze Land überzogen ist.

3) Weder die Diktatur noch die sogenannte Militärjustiz haben das Recht noch die Legitimität, uns zu verurteilen. Unser Kampf ist Teil des Kampfes des Volkes zur Eroberung seiner Rechte. Deswegen kommt es allein dem Volk zu, den Tausenden von Arbeitslosen, den Verfolgten, den Tausenden von Verhaftet-Verschwundenen, den Ermordeten und ihren Familien, den Frauen, der Jugend, den Volksmilizen, allein ihnen kommt es zu, unseren Einsatz und unsere Aktion zu beurteilen.

4) Als wir den Weg des revolutionären und konsequenten Kampfes gegen die Diktatur, für Volksdemokratie und Sozialismus wählten, wußten wir, daß damit Kosten verbunden sind. Aber wir ziehen es vor, diese Kosten in Kauf zu nehmen als passiv zu bleiben angesichts von soviel Ungerechtigkeit und Willkür.

Angesichts des wahrhaften Massakers, das die Diktatur seit ihrer blutigen und gewaltsamen Machtübernahme gegen unser Volk begeht, mußten wir unser legitimes Recht auf Rebellion ausüben. Deswegen schlossen wir uns dem Volkswiderstand an, um eine Antwort zu geben auf den Krieg, den die Diktatur gegen unser Volk ausübt, um die Kraft des Volkes gegen die Diktatur zu stärken, indem wir das legitime Recht des Volkes auf Ausübung der revolutionären Gewalt einklagen.

5) Wir sind immer überzeugter von der Richtigkeit unseres Handelns. Heute wird der Kampf, den wir begonnen haben, von grossen Teilen des Volkes aufgegriffen und weitergeführt. Ganz unabhängig von uns kann der konsequente und revolutionäre Kampf der Ausgebeuteten und Unterdrückten zur endgültigen Eroberung von Gerechtigkeit, Demokratie und Sozialismus nicht mehr gebremst werden.

6) Wir rufen fest und entschlossen alle Pobladores, Studenten, Arbeitslosen, Arbeiter, die Armen von Land und Stadt, die Jugend, die Frauen, die Kämpfer für die Menschenrechte und die internationale Solidarität auf, den Kampf zum endgültigen Sturz der Diktatur zu verdoppeln, für die Eroberung der Freiheit für unser Land.

**Carlos Garcia Herrera
Victor Zuniga Arellano
Cárcel Pública, Santiago, 29. September 1984**

Rund um den 8. Mai

Der ,,Spiegel'' hatte am 10.12.84 das erstemal von einer möglichen Begegnung Reagan/Tschernenko am 8. Mai 1985 in Berlin gesprochen. Dies wurde dementiert. Nach der Genfer Vereinbarung über neue Abrüstungsverhandlungen meldete das amerikanische Fernsehen, ein solches Treffen würde am 8. Mai in Wien stattfinden. Auch dieses ist vom ,Weißen Haus' dementiert worden.

Bundesregierung

Wieweit sich die Linie ,,*stillen Gedenkens*'' und ,,*leiser Töne*'' der Bundesregierung durchsetzen kann, hängt von der noch nicht entschiedenen Besuchsplanung Reagans ab. Die Spekulationen um einen KZ-Besuch am 8. Mai erhielten durch eine Meldung der ,,Welt am Sonntag'' vom 13.1.85 neue Nahrung, nach der ein solcher im ehemaligen KZ Dachau geplant sei. Kohl und der bayrische Ministerpräsident Strauß sollen Reagan dabei begleiten. Kohl soll, so andere Spekulationen, wenn so etwas schon nicht zu vermeiden ist, lieber einen Besuch auf einem Soldatenfriedhof vorziehen.

Die Bundesregierung möchte im Rahmen des Weltwirtschaftsgipfels eine ,,*Demonstration der Freundschaft im Westen*'' mit einer ,,*Botschaft aus Deutschland*'' durchführen.

Offensichtlich werden von der französischen und britischen Regierung keine Schwierigkeiten gemacht. Aus Frankreich wird berichtet, daß die Regierung alles unterlassen will, was das deutsche Seelenheil verletzen könnte. Eine Stellungnahme aus dem britischen Außenministerium vom 11. Januar erklärt den Verzicht auf Siegesfeiern, die ,,*bestenfalls als Nostalgie, schlimmstenfalls als anti-deutsch und unausgewogen erscheinen und der Sowjetunion Gelegenheit zu Geschichtsfälschung geben könnte*''. Sie widersprächen ,,*unserer hervorragenden Nachkriegspartnerschaft mit Deutschland, Italien und Japan*'' (Hamburger Abendblatt, 12.1.85).

partnerschaft mit Deutschland, Italien und Japan'' (Hamburger Abendblatt, 12.1.85).

Ziemlich sicher ist, daß es am Morgen des 8.5. einen Gottesdienst mit Kohl im Kölner Dom geben wird. Unklar ist, ob dies ein ökumenischer Gottesdienst wird (siehe unten).

Die künftige Regierungslinie, gleichgewichtige Betonung aller von Krieg und seinen Folgen Betroffenen, die Hervorhebung ,,deutschen Fleißes'' und die Einbindung in den ,,freien Westen'', dürfte Kohl in seiner Neujahrsansprache formuliert haben: ,,*Wir werden an diesem Tag in Trauner und Selbstbesinnung an die Opfer eines verbrecherischen, eines gottlosen Regimes erinnern: an die Opfer barbarischer Gewaltherrschaft in den Konzentrationslagern und Gefängnissen der nationalsozialistischen Diktatur, an das Leid und den Tod der Gefallenen auf den Schlachtfeldern des Zweiten Weltkrieges, an die Not und das Elend der vertriebenen und Flüchtlinge und an die Leiden der Männer und Frauen und Kinder in den zerstörten Städten und Dörfern der Heimat*'' ... ,,*Damals, in der Stunde Null deutscher Geschichte, haben unzählige Männer und Frauen mit Mut und Fleiß, im Glauben an die eigene Kraft und im Vertrauen auf eine bessere Zukunft einen neuen Anfang gewagt und zugepackt. Diese Generation hat die Bundesrepublik Deutschland geschaffen und die Lehre aus der Geschichte gezogen.*'' ... ,,*Wir haben die ausgestreckte Hand unserer ehemaligen Gegner angenommen und uns unwiderruflich für die Wertegemeinschaft der freiheitlichen Demokratien entschieden*''.

Weniger zurückhaltend und diplomatisch hat sich der CDU-Fraktionsvorsitzende Dregger geäußert, für den die Katastrophe 1945 das Verlieren des Krieges gewesen ist und ,,*Katastrophen kann man nicht feiern*'': ,,*Über die Niederlage Hitlers könne sich jeder Europäer und Demokrat freuen, über den Sieg Stalins nicht*''. Wichtig am Datum des 8. Mai 1945 ist laut Dregger:

— er ,,*besiegelt auch die Teilung Deutschlands und seiner alten Hauptstadt Berlins, die bis heute andauert*''.

— er bedeutet ,,*auch die Vertreibung von 14 Millionen Landsleuten aus ihrer ostdeutschen Heimat*'', ,,*wobei zwei Millionen Menschen umgekommen seien*'',

— es habe ,,*die Unterwerfung ganz Ostmitteleuropas unter eine kommunistische Zwangsherrschaft eingesetzt*'' (FAZ, 27.12.84).

Sondersitzung des Bundestags

am 8. Mai, darauf wollen sich die Fraktionen von CDU/CSU, FDP und SPD einigen, die Rede soll Bundespräsident von Weizsäcker halten.

Den Geist dieser Sondersitzung umschrieb Bundestagspräsident Jenninger (CDU) so: Es solle in Erinnerung gebracht werden, ,,*daß die Deutschen auch aus ihrer Geschichte gelernt hätten*''. Wünschenswert sei die Bezeichnung einer ,,*Zukunftsperspektive*'', die Verabschiedung ,,*einer europäischen Verfassung, eine europäische politische Union*'', des Bundestags in der Zeit um den 8. Mai 1985. Er wolle, daß die Deutschen ,,*nicht für alle Zeiten als diejenigen gebrandmarkt (werden), die im Büßergewand und mit der Asche auf dem Haupt herumlaufen müssen*''. Schließlich liegt ihm die Gnade für jene fünf Nazi-Kriegsverbrecher am Herzen, ,,*die 40 Jahre nach Kriegsende wegen Kriegsverbrechen in Gefängnissen sitzen*'' (ap, 6.1.85).

SPD

Die SPD hat am 9.1.85 eine 62seitige Dokumentation vorgelegt, mit der die Gefährdung der Ostpolitik Willi Brandts durch die CDU/CSU und die jetzige Bundesregierung belegt werden soll. Zur ,,Deutschen Frage'' heißt es: ,,*In jenem alten gegen die Realität der DDR gerichteten Sinn ... ist sie gewiß nicht mehr offen*''.

Für die Veranstaltung am 7. Mai in Nürnberg soll eine Parteivorstandskommission aus Eppler, Ehmke, Bahr und Glotz ein ,,*Nürnberger Manifest*'' der SPD vorbereiten.

Gewerkschaften

Am Abend des 8. Mai will der DGB-Landesbezirk NRW vor dem Aachener Rathaus eine Kundgebung mit Ernst Breit und Johannes Rau durchführen. Am Vormittag soll eine ,,*Historische*

Landesbezirk NRW vor dem Aachener Rathaus eine Kundgebung mit Ernst Breit und Johannes Rau durchführen. Am Vormittag soll eine ,,*Historische*

Konferenz'' zum Jahrestag der Kapitulation stattfinden. Als Redner sind der ehemalige Ministerpräsident Heinz Kühn (SPD) sowie die ehemalige DGB-Vorständlerin Maria Weber (CDU) als ,,*Gewerkschafter der ersten Stunde*'' geladen. Als Gäste Gewerkschaftsvertreter aus Frankreich, Belgien, Österreich, Ungarn, Jugoslawien, der Sowjetunion und Israel.

,,*Aachen war die erste deutsche Stadt, die Anfang 1945 von den Westmächten befreit wurde*'' und wo bereits im März 1945 ,,*die ersten freien Gewerkschaften in Deutschland wiedergegründet*'' wurden (WdA, 20.12.84).

Der historische Wettbewerb der DGB-Jugend — ,,*Leben nach der Stunde Null*'' — soll am selben Tag in Stollberg bei Aachen in Form einer ,,*historisch-politisch-literarischen Konferenz*'' gewürdigt werden.

Eine ,,*Friedensstaffette*'' per Fahrrade entlang einer 150 km langen Linie der Grenzen zur DDR und CSSR führt die DGB-Jugend vom 1.-11. Mai durch, verbunden mit Veranstaltungen in Orten auf der Strecke. Aus Anlaß des 40. Jahrestages soll damit auf den Vorschlag der Palme-Kommission für ein atomwaffenfreies Europa aufmerksam gemacht werden.



DGB-Wettbewerb

Die Grünen

haben sich am 3.1.85 in einem Offenen Brief der drei Sprecherinnen der Bundestagsfraktion an Kohl erstmals zum 8. Mai 1985 geäußert. Für die Bundestags-Grünen scheint dieses Datum vor allem Anlaß, ihre Sichtweise der ,,Überwindung der Blockkonfrontation'' darzustellen. ,,*Gefährliche Redereien von hochrangigen Politikern*'' der CDU forderten Revanchismus-Interpretationen geradezu heraus. Kohl würde durch seine Duldung ,,*damit die Falken hierzulande, aber auch in den osteuropäischen Ländern*'' stärken und schwäche dadurch ,,*die Friedensbewegung in Ost und West*''. Vorschläge der Grünen: ,,*Angemessen und richtig fänden wir es, anläßlich des 40. Jahrestags des Endes des Faschismus diesen innenpolitischen Kreuzzug*

schläge der Grünen: ,,*Angemessen und richtig fänden wir es, anläßlich des 40. Jahrestags des Endes des Faschismus diesen innenpolitischen Kreuzzug*

gründlich zu beenden. Mutig fänden wir es, die Vertriebenenverbände vierzig Jahre nach Kriegsende aufzufordern, den Ausdruck ,Vertriebene' endgültig abzulegen und sich zu Verbänden umzuwandeln, die die Sprache, die Geschichte, die Friedenssehnsucht und die Kultur von Regionen erhalten. Notwendig fänden wir es, die Diskussion um einen Friedensvertrag mit sicheren Grenzen zwischen den ehemaligen ,Feindstaaten' voranzutreiben und damit manchen Reden endgültig den Boden zu entziehen. Konsequent und ein Stück praktischer Friedenspolitik fänden wir es, wenn Sie den 8. Mai da begehen würden, wo er am meisten den Charakter von Befreiung trug: in den Konzentrationslagern der nationalsozialistischen Tyrannei — und zwar gemeinsam mit deren Opfern und den Mitgliedern der Friedensbewegung in Ost und West'', heißt es mit viel feinsinnigem Gespür. Es soll ehemalige KZ-Häftlinge geben, die um nichts in der Welt einen solchen Auftritt wünschten.

Kirchen

Die katholische Kirche hat den Vorschlag eines ökumenischen Gottesdienstes mit dem Bundeskanzler am 8. Mai begrüßt, aber noch keinen Beschluß gefaßt. Die EKD dagegen hat gegen Kohls Vorstoß protestiert: ,,*Ein solcher Gottesdienst müsse allein in der Verantwortung der Kirchen liegen und dürfe nicht im Auftrage des Staates stattfinden*'' (WamS, 13.1.85).

Unklar ist auch, ob beide Kirchen eine gemeinsame Erklärung zum 8. Mai herausgeben. In der EKD soll der Plan einer Erklärung mit der evangelischen Kirche in der DDR bestehen, worin für die ,,*endgültige Anerkennung*'' der nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen Grenzen plädiert werde. Die katholische Kirche, deren Zentralkomitee bereits einen Erklärungsentwurf fertiggestellt haben soll, sei nur zur Gemeinsamkeit bereit, wenn ,,*die Grenzfrage ausgeklammert werde*'' (nach WamS, 13.1.85).

„Schlesien bleibt unser"

„Schlesien bleibt unser"

Noch in dieser Woche soll über eine Änderung des Mottos für das Treffen der schlesischen Landsmannschaften vom 14.-16. Juni in Hannover gesprochen werden. Der Bundesregierung ist das derzeitige Motto ,,*40 Jahre Vertreibung — Schlesien bleibt unser*'' außenpolitisch zu heiß geworden, um den Bundeskanzler dort auftreten zu lassen. Zwei Favoriten gibt es: ,,*Schlesien bleibt unsere Heimat*'' (Dregger) oder ,,*Heimat Schlesien — Vaterland Deutschland — Zukunft Europa*'' (CDU-Bundestagsabgeordneter Helmut Sauer). Von Regierungsseite versuchte man die Wogen nach innen wie außen zu glätten. Regierungssprecher Boenisch interpretierte das provokatorische Motto: ,,*Die Schlesier wollten ja lediglich ausdrücken, daß ,Schlesien im Herzen bleibe'*'' (FR; 20.12.84). Minister Windelen appellierte an die Landsmannschaften, ,,*daß man das Motto mit Blick auf die Nachbarn weniger mißverständlich formulieren müsse*'' (FAZ, 13.12.84). Helmut Sauer befürchtete, daß das Motto ,,*der kommunistischen Polnischen Arbeiterpartei die Chance gebe, diese drei Worte in eine andere Richtung zu interpretieren*'', Revanchisten seien die Vertriebenenverbände nicht. ,,*Wir laufen doch nicht wie die Palästinenser mit Pistolen am Gürtel herum, und wir entführen auch keine Flugzeuge*'' (Hamburger Abendblatt, 11.1.85).

BILD-Kommentar

Das Recht auf Liebe zur Heimat

Mißverständlich war das Motto des Schlesiertreffens „Schlesien bleibt unser" schon. Gemeint ist natürlich: Schlesien bleibt unsere Heimat. Und dies müßte das Motto sein.

Natürlich ist Schlesien die Heimat der Schlesier: So zu denken ist weder verwerflich noch revanchistisch, es ist die blanke Selbstverständlichkeit. Wenn Reagan sagt, sein Vater sei irischer Handelsreisender gewesen, Irland also seine Heimat, dann muß Irland ja auch nicht damit rechnen, daß die US-Ledernacken kommen.

Kein Mensch hat das Recht, den Schlesiern ihre Liebe und Erinnerung an die Heimat zu nehmen. **e.v.l.**

Bestechende Logik

Der Vorsitzender der schlesischen Landsmannschaften, Hupka (CDU-Bundestagsabgeordneter), erläuterte das Motto allerdings noch einmal weniger mißverständlich: es meine ,,*ja nichts anderes, als daß Schlesien unsere Heimat bleibt, als daß Schlesien un-*

das Motto allerdings noch einmal weniger mißverständlich: es meine ,,*ja nichts anderes, als daß Schlesien unsere Heimat bleibt, als daß Schlesien un-*

ser Auftrag ist, daß wir historisch, geistig, kulturell und moralisch und politisch den Anspruch auf Schlesien nicht aufgeben dürfen und sollten'' (SZ, 31.12.84). Unter Hinweis auf das Potsdamer Abkommen und eine endgültige Grenzregelung in einem Friedensvertrag stellte er fest: ,,*Schlesien gehört heute rein rechtlich nach wie vor den Deutschen ... Der gegenwärtige Standpunkt ist der, daß die Polen eine Gebietshoheit besitzen. Sie sind gleichsam Besitzer Ostdeutschlands, aber sie sind nicht der Eigentümer*''. Die ,,*letzte Entscheidung könne erst ein gesamtdeutscher Souverän treffen*'' (FR, 27.12.84).

Dregger stellt dagegen auf eine ,,europäische Lösung'' ab. Der jetzt neu aufgeflammte Grenzstreit sei ,,*kontraproduktiv*'' und das ,,*Vermächtnis Stalins*'', ,,*weil die Westverschiebung Polens auch den Sinn gehabt habe, zwischen Deutschen und Polen ewige Feindschaft zu säen*''. Er plädiert dafür, statt über Grenzveränderungen ,,*die Einheit Europas und die Selbstbestimmung der europäischen Völker, des polnischen wie des deutschen Volkes, wiederherzustellen*'' FAZ, 7.1.85).

Bundeswehr- und NATO-Geburtstag

,,*Die Geschichte holt die Bundeswehr im Mai 1985 nicht ein*'', schreibt der bürgerliche Militärexperte Adelbert Weinstein am 6.1.85 in der WamS. Damit das ohne Zweifel auch so laufen kann, sind die Feierlichkeiten in den Herbst verlagert worden, womit der 30. Geburtstag der NATO (5. Mai 1955), die Umwandlung der Dienststelle Blank in das Bundesverteidigungsministerium (7. Juni 1955) und die Einziehung der ersten Freiwilligen (12. November 1955) zusammengezogen werden sollen.

Im Mittelpunkt soll dabei offensichtlich der 12. November stehen. ,,*Wir werden wahrscheinlich die Herbstmanöver nutzen, um der Bevölkerung eine Truppe zum Anfassen zu präsentieren*'' (Hundt, Sprecher im Bundesverteidigungsministerium).

Ausstellungen zur Geschichte der Bundeswehr sind eingeplant.

Die Bundespost wird eine 80-Pfennig-Briefmarke herausgeben: Schwarz-Rot-Gold mit eisernem Kreuz, angeblich bewußt nicht ,,anstößig'' ...



Nazis in der Klemme — Wo laufen sie denn?

Es deutscht so link, wenn deutsche Linke deutschen

Am 22.10.81 verkündete es der ,,Stern'': **,,Eine neue Bewegung formiert sich: pazifistisch, neutralistisch, patriotisch''**. In großer Schrift zierten die Worte **,,Deutschland — Vaterland''** die Titelseite. Dazu das Bild von sieben trutzig-blöd dreinblickenden Personen, die offenbar nichts Besseres zu tun hatten, als alle zusammen eine flatternde Fahne in den deutschen Nationalfarben Schwarz-Rot-Gold festzuhalten. Im Textteil las man: **,,Aus der Angst, Schlachtfeld der Supermächte im Atomkrieg zu werden, entwickelt sich ein neues nationales Selbstbewußtsein der Deutschen''**. Seither sind die wohl- und übelmeinenden, immer aber penetrant aufdringlichen Stimmen nicht verstummt, die der Anti-Nachrüstungs-Bewegung unbedingt eine neu-patriotische Identität aufschwatzen wollen. Was nicht ist, soll mit aller verbalen Gewalt herbeigeredet und herbeigeschrieben werden. Gut drei Jahre nach jenem ,,Stern''-Artikel kann immerhin festgestellt werden, daß der kecke Versuch, den Friedensbewegten die deutsche Fahne in die Hand zu drücken, keine bilanzierbaren Erfolge gebracht hat. Das Risiko, sich auf einer Friedensdemo plötzlich irgendwelchen Deppen mit Schwarz-Rot-Gold gegenüberzusehen, ist heute geringer als 1981. Der Eifer mancher Leute, die seit Stationierungsbeginn abbröckelnde und desorientierte Anti-Nachrüstungs-Bewegung doch noch auf den rechten Weg zu führen und sie zum Stoßtrupp für die Wiedervereinigung umzufunktionieren, hat indessen nicht nachgelassen. Was ihnen an Masse fehlt, ersetzen sie durch Einfallsreichtum, penetrante Hartnäckigkeit und einem gut gefüllten Kostüm-Fundus. Hat man mit der einen Briefkastenfirma keinen Erfolg gehabt, gründet man einfach eine neue. Der Kreis der Unterzeichner, Initiatoren und Träger der meisten neu-patriotischen Aufrufe ist bequem überschaubar und von öder Monotonie. Einige Unternehmungen aus den letzten Monaten sollen hier vorgestellt werden.

Initiativkreis Linke Deutschland-Diskussion

Sprecher dieses neuerlichen Sammlungsversuchs ist der unvermeidliche Rolf Stolz, deutschnationaler Alt-MLer und seit 1979 Grüner. Mit von der Partie ist der ebenso unvermeidliche Willi Becker, Kampfgefährte von Stolz aus ML-Zeiten und seit Anfang der 70er Jahre bei jeder Dummheit von Stolz dabei. Die beiden hatten Anfang November 1983 eine **,,Konferenz ,Grün-alternative Bewegung und deutsche Frage' ''** in Köln organisiert. Der Erfolg war äußerst mäßig (Wir berichteten in der Beilage zu AK 241, S.5). Beiprodukt der Konferenz war eine programmatische Plattform, betitelt **,,Kölner Erklärung''**, verfaßt vom eingespielten Team Stolz/Becker. Mit diesem stramm deutschnationalen Papier — Deutschland als *,,wehrloser Spielball und Opfer''* der Supermächte; Forderung nach einem *,,blockfreien Europa von Portugal bis zum Ural''* — sollten Prominenten-Unterschriften gesammelt werden. Das scheint so famos in die Hosen gegangen zu sein, daß man die ,,Kölner Erklärung'' schließlich wortlos dorthin beförderte, wo sie von Anfang an hätte plaziert werden sollen: in den Papierkorb. Stattdessen konstituierte sich die alte Firma am 20./21.10.84 unter neuem Namen als **,,Initiative Linke Deutschland-Diskussion''**. Man will, wie es in einer von Rolf Stolz namens des ,,Initiativkreises'' unterzeichneten Erklärung heißt, *,,einen handlungsfähigen Kreis von Leuten zusammenbringen, die Deutschland noch nicht verlorengeben. Wir müssen erreichen, daß eine kritische, wache Gegenöffentlichkeit entsteht, die die Blockstabilisierer und die pseudolinken Spaltungsverherrlicher abblitzen läßt''*. Natürlich hat man auch wieder eine programmatische Plattform verabschiedet, für die Promi-Unterschriften geworben werden sollen. Von der alten ,,Kölner Erklärung'' unterscheidet sich der neue Text (**,,Anstoß für eine deutsch-deutsche Alternative''**) durch linkere Töne. So will man jetzt *,,eine sozialistische Demokratie in Deutschland''* und grenzt sich pflichtschuldig gegen *,,deutsches Großmachtstreben''* ab. Ein *,,deutsch-deutscher konföderativer Staatenbund''* soll errichtet werden, und die anderen europäischen Völker sollen uns für diesen Schritt auch noch dankbar sein: Die deutsche Wiedervereinigung *,,dient ihnen''* (den europäischen Völkern!), *,,weil sie Europa vom deutschen Großmachtstreben und der Blockkonfrontation auf deutschem Boden befreien kann''*. Ist doch logisch: Je größer Deutschland ist, umso weniger haben die europäischen Völker von diesem Land zu befürchten. Das lehrt schließlich die Geschichte. Oder etwa nicht? Ihren Namen hergegeben für diesen ,,Anstoß'' haben außer Stolz und Becker u.a. Herbert Ammon aus Westberlin (Traditionsfigur der neupatriotischen Szene), Prof. Ossip Flechtheim, der einschlägige Völkerrechtler Theodor Schweisfurth und der nicht weniger einschlägige Journalist Wolfgang Venohr, ferner eine hübsche kleine Zahl von Prof's und Doc's.

,,Zur Weiterführung der inhaltlichen Diskussion und zur Entwicklung konkreter Aktionsvorschläge'' soll am 11.-13.1. eine Wochenendtagung in Bonn stattfinden bzw. bei Erscheinen dieses AKs bereits stattgefunden haben.

Aktion 100.000 Partnerschaften

Auch bei diesem Unternehmen mischt der unvermeidliche Rolf Stolz mit. Ansonsten kommt der Trägerkreis aber aus einem deutlich anderen Spektrum. Da hat es ein paar Grüne, darunter Gerd Bastian; ferner den DGB-Bundesjugendsekretär Klaus Westermann, den SPD-Landtagsabgeordneten Max von Heckel sowie den in seiner Art gleichfalls ziemlich unvermeidlichen Jo Leinen. Dieser Kreis beschränkt sich bisher auf das praktische Anliegen, ,,100.000 Partnerschaften'' zwischen Menschen in der BRD und in der DDR zustande zu bringen. 100.000 Möglichkeiten, Menschen in der DDR persönlich zu agitieren und von den Vorteilen des — natürlich kritisch gesehenen — freien Westens zu überzeugen. *,,100.000mal wollen wir damit gegenüber den Regierenden in Ost und West demonstrieren, daß wir nicht durch die Menschen des anderen Landes bedroht werden, sondern durch ihre Politik der Militarisierung. Uns, die Betroffenen dieser Politik in Ost und West, trennt nichts''*. Außer Mauer und Stacheldraht, versteht sich. Aber die überbrücken wir *,,mit Friedensfahrten zu dem vorgesehenen Partner — Stadt, Kirchengemeinde, Schule''*. Man kann es drehen und wenden wie man will: hier geht es im wesentlichen um optimale Möglichkeiten eines kapillaren Hineinwirkens in die DDR.

Am 15./16.12.84 hat in Heidelberg ein **,,Forum 100.000 Partnerschaften in West-Ost''** stattfinden sollen, um Erfahrungen mit der Partnerschaftsaktion zusammenzutragen und die nächsten Aufgaben zu diskutieren. Ob diese Konferenz stattgefunden hat und was ihre Ergebnisse waren, ist uns nicht bekannt. Aus der Einladung geht hervor, daß Arbeitskreise zu folgenden Themen stattfinden sollten:

- ,,Die Folgen der Militarisierung in Ost und West''. Der Hinweis auf die Referenten (,,ehemalige DDR-Bürger'') läßt eine gewisse Schwerpunktbildung bei der Behandlung dieses Themas vermuten.
- ,,Bereichspartnerschaften''.
- ,,Städtepartnerschaften'' (Ein örtlich auch von der SPD gefördertes Projekt).
- ,,Umweltzerstörung macht nicht vor der Grenze halt''.
- ,,Alliiertenrecht und Souveränität''. Der Arbeitstitel läßt das Schlimmste befürchten, handelt es sich doch um das bevorzugte Thema des Neo-Patriotismus (Als wäre z.B. die Raketenstationierung nicht eine direkte Folge der Politik von Schmidt und Kohl, sondern das Ergebnis ,,unserer eingeschränkten Souveränität'').
- ,,Partnerschaften von Betrieb zu Betrieb''.

Guter Wille kann vielen der Beteiligten wirklich nicht abgesprochen werden. Das ändert nichts an der Tatsache, daß Projekte wie dieses ein nützliches Pendant zum regierungsamtlichen ,,Offenhalten der deutschen Frage'' und zur Bewahrung bzw. Restaurierung der ,,Einheit der Nation'' sind.

Denkschrift zur Verwirklichung der europäischen Friedensordnung

Ein Papier dieses Titels, mit dem respektablen Umfang von 50 Manuskriptseiten, kursiert derzeit halböffentlich zwecks Einsammlung von Unterstützer-Unterschriften. Für den Trägerkreis zeichnen verantwortlich:

- **Herbert Ammon**. Er ist einer der beiden Verfasser des Papiers. Wir trafen ihn schon bei Rolf Stolz' ,,Initiativkreis Linke Deutschland-Diskussion''.
- **Theodor Schweisfurth** ist der zweite Autor der ,,Denkschrift''. Gleichfalls auch im ,,Initiativkreis Linke Deutschland-Diskussion''.
- **Peter Brandt** hat schon vor Jahren mit Herbert Ammon zusammen Neo-Patriotisches publiziert. Zur Denkschrift hat er jetzt *,,das Manuskript kritisch durchgesehen und einige Ergänzungen geliefert''*.
- Der immer noch unvermeidliche **Rolf Stolz** hat *,,die Idee der Denkschrift frühzeitig unterstützt''*, was sicher niemanden verblüffen wird.
- Die Schriftstellerin **Ingeborg Drewitz** hat ihrem alten Laster gefrönt: dem Unterschreiben von Erklärungen und Appellen, hinter denen sie eigentlich inhaltlich gar nicht voll stehen kann.

Der Inhalt der ,,Denkschrift'' wird an anderer Stelle dieser Zeitung ausführlich vorgestellt. Hier nur einige Stichworte. Die Autoren behaupten ganz einfach, daß die *,,Lösung der deutschen Frage''* die *,,zentrale europäische Friedensfrage''* sei. Mit dieser völlig unlogischen These läßt sich, konsequent zuende gedacht, ein wundervolles Erpressungsspiel beginnen: ,,Wiedervereinigung her, oder es knallt!''. Denn die ,,Lösung der deutschen Frage'', von der angeblich der Frieden in Europa abhängt, besteht für die Autoren der ,,Denkschrift'' selbstverständlich in der ,,Überwindung der deutschen Teilung''. Erster Schritt auf diesem Weg soll eine ,,deutsche Konföderation'' sein. Wozu das gut sein soll, außer zur Realisierung nationaler Ambitionen, wird nicht verraten: Die Neutralisierung von BRD und DDR (als solches gewiß ein nützlicher Schritt) erfordert jedenfalls ein Infragestellen des Status Quo der Zweistaatlichkeit nicht. Da die Neo-Patrioten nie damit zufrieden sind, nur die ,,deutsche Frage'' zu lösen, sondern immer gleich Pläne für die ,,friedliche Neuordnung Europas'' machen müssen, darf es in der Denkschrift nicht anders sein. Die Staaten ganz Europas sollen aus der NATO und Warschauer Pakt herausgelöst werden **und einen eigenen neuen Militärpakt (,,Europäisches Sicherheitssystem'') gründen**. Aufgabe dieses Paktes soll die **,,Verpflichtung zur Unterstützung eines Angegriffenen''** sein. Über die Konkretisierung dieses interessanten Punkts schweigen sich die Autoren leider total aus. Wenn die gegenseitige Unterstützung der europäischen Staaten gegen einen ,,Angreifer'' (an wen, bitteschön, wird da wohl gedacht?!) nicht nur in netten Worten bestehen soll, setzt das die Existenz eines integrierten strategischen Waffen- und Nachschubsystems voraus. Staaten, die — wie es in der ,,Denkschrift'' andererseits heißt — nur ,,defensiv'' zur Länderverteidigung gerüstet sein sollen, könnten einander im Kriegsfall nicht wirksam unterstützen. Im übrigen: wenn die Sowjetunion ersteinmal ihre europäischen Verbündeten aus dem Pakt entlassen hat, welche Garantien hätte sie dann, daß dieser riesige neuformierte gesamteuropäische Block sich nicht wieder an die Seite der USA (und gegen die Sowjetunion) stellt? Eindeutig ist, daß das von den Autoren der Denkschrift konzipierte ,,Gesamteuropa'' ein Europa unter der Herrschaft der kapitalistischen Konzerne wäre, die sich Osteuropa im Handumdrehen vollständig unterwerfen würden. Die Hauptnutznießer wären nach Lage der Dinge die bundesdeutschen Konzerne. Und dieses Großeuropa soll dann plötzlich eine völlig friedliche, defensive, gegenüber der Sowjetunion womöglich sogar freundschaftlich eingestellte Politik betreiben? So verkalkt und senil können die Herren im ZK der KPdSU überhaupt nicht sein, daß sie an Wunder zu glauben beginnen. Worin soll also die behauptete Realitätsfähigkeit der ,,Denkschrift'' bestehen? Etwa in der Hoffnung, daß durch die NATO-,,Nachrüstung'' und die Drohung mit den US-Weltraumwaffen endlich eine Situation gegeben sein könnte, in der der sowjetischen Führung das Risiko eines Großeuropas immer noch angenehmer als die Beibehaltung des Status Quo erscheinen könnte?

Kleine Lumpen, die am Rande einer großen Erpressung ein bißchen für sich Abstauben möchten? Wenigstens die Wiedervereinigung müßte dabei doch herausspringen? Die Verfasser solcher ,,Denkschriften'' sollten sich mit Kohl um den Titel ,,Enkel Adenauers'' streiten.



Nochmals: Es gibt keinen Revanchismus

Daß der Revanchismus nichts weiter ist als das Produkt einer üblen kommunistischen Kampagne, hat sich mittlerweile herumgesprochen. Was trotzdem wie Revanchismus klingt (z.B. das umstrittene Motto ,,Schlesien bleibt unser''), ist nichts weiter als ein dummes Mißverständnis, das von den gerissenen kommunistischen Agitatoren rücksichtslos ausgeschlachtet wird. Ein besonders bedauerliches Mißverständnis ist die hier nachgedruckte Karte, die uns ein Leser zugeschickt hat (Dankeschön!) und die nach seinen Angaben von der Landsmannschaft Ostpreußen verbreitet wird. Sie zeigt Deutschland nicht nur, wie von der Bundesregierung offiziell beansprucht, in den Grenzen von 1937, sondern in den ,,völkerrechtlich gültigen Grenzen'' vom 1.9.1939, mit dem kleinen Schönheitsfehler, daß Danzig eigentlich erst nach Kriegsbeginn annektiert wurde. Ansonsten ist alles korrekt, und historische Exaktheit hat schließlich nichts mit Revanchismus zu tun. Nur der Genauigkeit zuliebe sind außerdem durch punktierte Linien die Gebiete eingetragen, die wir (und Österrich) 1919 durch den Vertrag von Versailles bzw. St. Germain verloren haben.

Deutschland

Wie groß ist OSTDEUTSCHLAND?

Karte, die von der ostpreußischen Landsmannschaft verbreitet wird.

Eine Neudeutsche Denkschrift: Das Europa der Vaterländer

Unter Neupatrioten aus der linken Ecke und solchen, die es noch werden sollen, kursiert seit Ende 1984 eine 50-seitige ,,Denkschrift'' mit dem Titel: ,,Denkschrift zur Verwirklichung der europäischen Friedensordnung, Deutscher Friedensvertrag und Deutsche Konföderation — Europäisches Sicherheitssystem''. In dem Begleitschreiben der Initiatoren werden ,,kritische Einwände'' und ,,Änderungsvorschläge'' für diese Denkschrift geradezu erbeten. Daran wollen wir uns im ARBEITERKAMPF — nebst einer Dokumentation für den Leser — nach Kräften beteiligen. Eine Berücksichtigung solcher Kritiken wird in dem Begleitschreiben allerdings von der ,,grundsätzlichen Zustimmung'' zu dem Unternehmen abhängig gemacht. So ist ihr eigentlicher Adressat, wer *,,vor drei Jahren durch ... Unterstützung des Havemann-Briefes eine derartige friedenspolitische gemeinsame Zielorientierung bekundet''* hat (1).

Lesehilfe:
Die Länge dieses Artikels ergibt sich daraus, daß er sowohl eine gekürzte **Dokumentation** der „Denkschrift" als auch eine kritische **Auseinandersetzung** damit enthält. Beide Teile sind deutlich im Schriftbild voneinander abgehoben.
Der begleitende Text ist so gehalten, daß er (nicht unbedingt) das Detailstudium des Dokumentationsteils voraussetzt, aber auch zusammenhängend mit diesem gelesen werden kann.



„Wenn wir die Mauer Stein für Stein abtragen wollen, dann müssen wir Deutsche politische Phantasie und Mut zur politischen Initiative entfalten."

Zur Zielsetzung heißt es in der Einleitung der Denkschrift:

1. Einleitung: Die längst überfällige Debatte

Unser Kontinent Europa ist geteilt, mit ihm Deutschland und Berlin. 40 Jahre nun schon dauert dieser Zustand. Es ist an der Zeit, ihn zu beenden.

Daß die europäische Realität unfriedlich, unerträglich und veränderungsbedürftig ist — diese Erkenntnis setzte sich nicht zufällig in den letzten Jahren wieder gegenüber der zuvor weit verbreiteten Tendenz durch, sich in das vermeintlich Unabänderliche zu schicken. Denn wir erleben derzeit in Europa eine neue Phase des nuklearen Wettrüstens. Für alle Europäer, speziell die Deutschen beiderseits der Blockgrenze, haben die Aufstellung neuer Raketensysteme (Pershing II, cruise missiles) sowie die neuen strategischen Konzepte (Air Land Battle 2000) der einen Seite, welche entsprechende Gegenzüge der anderen Seite auslösten, die mörderischen Risiken im Konfliktfall potenziert.

Fragen wir nach den Ursachen für die zunehmende Gefährdung des Kontinents, so stehen wir noch immer vor dem politischen Trümmerfeld, das der Zweite Weltkrieg hinterlassen hat. Seit der neuen Ostpolitik, seit der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Helsinki 1975 hat man versucht, das Dasein in dieser europäischen Nachkriegslandschaft erträglicher einzurichten. Aber der Status quo der dreifachen Teilung kann auf Dauer nicht erträglich gemacht werden. Er ist unerträglich, weil er
— von den Militärblöcken definiert wird und somit kontinuierlich wachsende Kriegsrisiken in sich birgt,
— den Aufbau einer wirklichen Europäischen Friedensordnung hindert und
— die Teilung unseres Landes verewigt.

päischen Friedensordnung hindert und
— die Teilung unseres Landes verewigt.

Verfaßt wurde das Dokument von **Prof. Theodor Schweisfurth** und **Herbert Ammon**. ,,Wichtige Anregungen'' seien von **Walther Grunwald** und **Jürgen Graalfs** gekommen. **Rolf Stolz** habe die ,,Idee der Denkschrift frühzeitig'' unterstützt und Peter Brandt das ,,Manuskript kritisch durchgesehen''. Diese Autoren sind schon hinlänglich bekannt dafür, innerhalb und außerhalb der grün-alternativen Wahlbewegung die ,,ungelöste deutsche Frage'' zum Zentralthema erheben zu wollen (2). Zu diesem Kreis von Neopatrioten gesellte ich auch **Ingeborg Drewitz**, die ,,den Inhalt der Denkschrift voll befürwortet und das Unternehmen als Initiatorin mitträgt'' (3).

Der Status quo der dreifachen Teilung ist anachronistisch, weil
— die Völker Ost- und Westeuropas die in Kriegs- und Nachkriegszeit entstandenen Feindschaften leid sind und eine gemeinsame, friedliche Zukunft erstreben,
— ausländische Streitkräfte noch immer auf deutschem Boden stehen auf Grund ihrer 1945 erworbenen Siegerrechte,
— dem deutschen Volk der Abschluß des Friedensvertrages und damit die innere Selbstbestimmung vorenthalten wird,
— Berlin noch immer ein Gebiet unter Besatzungsstatus ist, zerteilt und zur Hälfte umringt von einem absurden Bauwerk. (...)

Die Einsicht in die negativen Wirkungen der Blockstruktur unter der Doppelhegemonie der beiden Weltmächte stand u. a. am Beginn der neuen Ost- und Deutschlandpolitik der Bundesrepublik, wie sie vor allem in der Berliner SPD seit dem Bau der Mauer konzipiert wurde. (...)

Es ist heute ein durch nichts begründeter Zweckoptimismus zu meinen, man könne einfach den Entspannungselan wiederbeleben und zugleich an der militärischen Blocklogik starr festhalten. (...)

Deutsche Friedenspolitik muß in Zukunft über das Konzept der Blockentspannung hinausgehen. Nur wenn die Blöcke und die ihnen innewohnenden

Konfrontationsmechanismen selbst abgebaut werden, kann die europäische

Konfrontationsmechanismen selbst abgebaut werden, kann die europäische Friedensordnung konkrete Gestalt annehmen. Ohne die Lösung dieses Fragenkomplexes bleibt die vielbeschworene ,,europäische Friedensordnung'' eine wohlfeile Formel ohne Substanz, ohne politischen Gebrauchswert außer dem der Beschwichtigung der von der Struktur des europäischen Unfriedens negativ Betroffenen.

Vor diesem Hintergrund erheben wir die Forderung nach einer Lösung der Deutschen Frage als zentraler europäischer Friedensfrage, und wir machen dazu konkrete Vorschläge. In Stichpunkten lautet unser Konzept: Deutscher Friedensvertrag — deutsche Konföderation — Auflösung der Militärblöcke und Errichtung eines Systems kollektiver Sicherheit in Europa. (...)

Wir wissen, daß diese Konzeption von den meisten berufenen und unberufenen Sprechern des politischen Establishments heute noch zurückgewiesen oder ignoriert wird. Wir sind aber aufgrund zahlreicher Hinweise davon überzeugt, für Millionen Menschen in Deutschland zu sprechen, die im politischen Leben jenseits und diesseits der Staatsgrenze zur Zeit faktisch keine Repräsentation besitzen. Solange sie sich nicht Gehör verschaffen, d. h. Druck von unten auf die deutschen politischen Verantwortungsträger, Institutionen, Organisationen ausüben, wird der Status quo mit seiner friedensgefährdenden Brisanz fortdauern. Daher verstehen wir unsere Ausführungen nicht als elitäre Absage an die Selbstartikulation der Bevölkerung, sondern als Argumentationsmodell, auf das sich sowohl an der ,,Basis'' engagierter Aktivisten als auch problembewußte ,,etablierte'' Politiker beziehen können. Erhebt diese Denkschrift keinen Anspruch auf Einzigartigkeit und Unangreifbarkeit, so liefert sie eine Grundlage für eine längst überfällige Debatte.

Während wir im Hinblick auf die Tagespolitik nach wie vor jeden ,,kleinen Schritt'' — auch wenn er unter ganz anderen konzeptionellen Prämissen getan wird — befürworten, so sind wir doch nicht länger gewillt, passiv an der deutschen Schweigemauer zu verharren. (...)

„Friedensfrage" und „deutsche Frage" — zwei paar Schuhe

In der Denkschrift wird eine Beziehung, ein Junktim zwischen der ,,Friedensfrage'' und der ,,deutschen Frage'' hergestellt. Die ,,deutsche Frage'' wird zum ,,Kernproblem'' und

zum ,,Schlüssel'' für eine ,,europäische Friedensordnung'' gemacht. Daß

zum ,,Schlüssel'' für eine ,,europäische Friedensordnung'' gemacht. Daß eine ,,europäische Friedensordnung'' dringend nötig ist und zu einer Überlebensfrage geworden ist, liegt auf der Hand und bedarf hier keines Nachweises. Wir können also auch auf die Ausführungen der ,,Denkschrift'' zu diesem Thema hier verzichten. Es sei hier soviel erwähnt, daß die ,,Lagebeschreibung: Struktur des Unfriedens'' sehr stark von einer Sichtweise zweier Supermächte, die Europa strangulieren, bestimmt ist, auch wenn den USA der Hauptteil der Kriegsrüstung und die Absicht eines ,,Totrüstens'' der Sowjetunion angelastet wird, während umgekehrt die Sowjetunion zum Konzept des atomaren Präventivschlages übergegangen sei. Kritisiert wird auch das Konzept einer WEU (Westeuropäische Union) bzw. Wiederbelebung europäischer ,,Verteidigungskonzeptionen''. Denn selbst unterstellt, die europäischen Bestrebungen würden auf eine europäische Streit- und Atommacht hinauslaufen, würden sie die Konfrontation und einen Rüstungswettlauf mit der Sowjetunion statt tatsächlicher ,,Sicherheitspartnerschaft'' in Europa beinhalten. In der Denkschrift wird nun das ,,brennende'' Problem der Verhinderung des Stattfindens eines

(Atom-)Krieges in Europa dazu benutzt, ein zweites Problem, das über-

(Atom-)Krieges in Europa dazu benutzt, ein zweites Problem, das überhaupt nicht derart evident und brennend ist, das Problem ,,Deutsche Frage'', in den Mittelpunkt zu rücken. Dieser Zusammenhang besteht aber ausschließlich in der Phantasie und in der Propaganda deutscher Nationalisten.

Es bedarf nicht im geringsten ,,besonderer Beziehungen'' zwischen der BRD und der DDR, und sicherlich nicht der Modifizierung der Zweistaatlichkeit zwischen BRD und DDR zugunsten einer Konföderation mit einer Staatsangehörigkeit, wie es die Denkschrift fordert, um hypothetische Vereinbarungen für eine ,,europäische Friedensordnung'' treffen zu können. Das würde schlicht und simpel den tatsächlichen Willen der in der NATO versammelten Staaten voraussetzen. Auch zwischen der BRD und der DDR könnten zur Abrüstung alle möglichen Vereinbarungen getroffen werden, sie wären sogar dringend erforderlich, weil hier die Grenzlinie zwischen Warschauer Vertragsorganisationen (WVO) und NATO liegt. Solche Vereinbarungen könnten aber mit der DDR genauso gut getroffen werden wie gegenüber Österreich, Frankreich oder der Schweiz. Voraussetzung wäre



jedoch die Abrüstungsbereitschaft in der BRD oder anders gesagt, wären gesellschaftliche Zustände, die gegebenenfalls auch einseitige Abrüstungsmaßnahmen ermöglichen.

Woher also kommt dieser konstruierte Zusammenhang zwischen ,,Friedensfrage'' und ,,deutscher Frage''!?

Supermächte und Souveränitätsfrage

Der Ansatz liegt in dem Erklärungsmuster der Kriegsgefahr, wie es heute in der Friedensbewegung vorherrschend ist. Danach befindet sich das kleine und arme Europa (in Ost und West) im atomaren Würgegriff der beiden Supermächte, eine ,,tiefverwurzelte Macht- und Systemrivalität der Hegemonialmächte'', mit deren Änderung nicht zu rechnen ist (S. 8) (4). Das Erklärungsmuster ist der ,,Globalkonflikt der Supermächte'', der ,,in die Katastrophenzone'' treibt (S. 8). Auch eine horizontale Eskalation (nach Europa) sei Folge des Konfliktes der beiden ,,Weltmächte'' im Nahen Osten oder anderswo. Das Erklärungsschema ist dem AK-Leser bestens bekannt und braucht hier nicht weiter erläutert zu werden.

Kernpunkt der Lösung wird damit auch der Rückzug der jeweiligen Supermachtstruppen ,,aus ihren Hegemonialbereichen'' in Europa (S. 10). Für ,,Deutschland'' wird in diesem Schema die bisher *,,willige Parteinahme der Deutschen auf seiten der jeweiligen Führungsmacht''* angeprangert (S. 14). Es wird dann Alfred Mechtersheimer zitiert:

,,Es gibt keinen Bereich der Sicherheitspolitik, der nicht potentiell mit völker- und verfassungsrechtlichen Normen kollidiert. In diesen Fragen steckt eine große politische Brisanz, weil der Bevöl-

und verfassungsrechtlichen Normen kollidiert. In diesen Fragen steckt eine große politische Brisanz, weil der Bevöl-

kerung der Bundesrepublik dabei klar werden könnte, daß die westdeutsche Sicherheitspolitik deshalb keine Sicherheit für die Deutschen schaffen kann, weil sich im Besatzungsstatut materiell seit 1945 fast nichts geändert hat.''

An diesem Zustand muß gerüttelt werden, damit der Weg frei wird für einen realen Friedenszustand für alle Völker Europas.

Die Aussagen zur Souveränitätsfrage in der Denkschrift sollen hier ein wenig dokumentiert werden:

3.4 Der modifizierte Besatzungszustand: die Souveränitätsproblematik

Nur scheinbar hat — um die Worte des Potsdamer Abkommens hier noch einmal zu wiederholen — das deutsche Volk ,,seinen Platz unter den freien und friedlichen Völkern der Welt'' wieder eingenommen. Deutschland als besetztes Land — diese Formel bezeichnet sicher nicht die ganze Wirklichkeit (heute noch weniger als vor 30 Jahren); sie kennzeichnet aber einen Aspekt der Wirklichkeit, ohne den die Lage unseres Landes nicht zu verstehen ist. Die Souveränität beider deutscher Staaten ist defizitär, gemessen an anderen europäischen Staaten.

Beide deutschen Regierungen betonen immer wieder, die von ihnen repräsentierten Staaten seien souverän. Beide Regierungen berufen sich auf die einschlägigen Dokumente, die Bundesrepublik auf den sog. Deutschlandvertrag von 1952/54, wonach die Bundesrepublik ,,die volle Macht eines souveränen Staates über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten haben'' werde, die DDR-Regierung auf die sog. Souveränitätserklärung der UdSSR vom 25.3.1954, wonach die DDR ,,die Freiheit besitzen (wird) nach eigenem Ermessen über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten einschließlich der Frage der Beziehungen zu Westdeutschland zu entscheiden''. Gewiß sind diese Regelungen Schritte gewesen zur Ablösung der 1945 erfolgten Besetzung Deutschlands, aber eben nur Schritte dazu und nicht die Ablösung selbst.

Jede echte Friedensregelung sieht vor, daß das Territorium des besiegten Staates bis zu einem bestimmten Zeitpunkt von den Truppen der Sieger geräumt wird, sei es durch eine Generalräumung oder stufenweise. Eben diese Regelung ist bis heute nicht erfolgt. Alle vier Siegermächte stehen noch heute mit ihren Streitkräften in Deutschland auf der

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

> Grundlage ihrer 1945 erworbenen Besatzungsrechte.
>
> Die Truppen der USA und der Sowjetunion in Deutschland haben nicht nur ein Präsenzrecht, sondern auch das Recht, über die Art der Bewaffnung ihrer de-facto-Besatzungsstreitkräfte nach eigenem Ermessen zu entscheiden. Für die Sowjetunion ergibt sich dies klar aus ihrem Truppenstationierungsvertrag mit der DDR von 1957, für die Bundesrepublik aus dem ,,Vertrag über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland'' vom 23.10.1964. Die USA und die Sowjetunion konnten daher aus eigener Macht in Deutschland Rakten aufstellen. Erleben wir heute in Deutschland eine qualitativ noch verschärfte Konfrontation der revalisierenden Supermächte, so liegt ein geographischer Cordon sanitaire in unserem ureigensten Interesse. Aber ein umfassendes militärisches Disengagement in Mitteleuropa ist ohne eine endgültige friedensvertragliche Ablösung des modifizierten Besatzungszustandes gar nicht möglich.
>
> **3.5 Der Status quo in Berlin**
>
> Politisches Stückwerk repräsentiert der Status quo Berlins, wo die groteske Situation Deutschlands vierzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs einzigartig hervortritt.
>
> Berlin ist nicht nur besetztes Gebiet wie alle anderen Gebiete Deutschlands auch, in Berlin ist noch nicht einmal das Besatzungsregime aufgehoben, wenn es nach 1945 auch mehrmals neu festgelegt wurde. Die verfassungsmäßigen Rechte der Bewohner von Berlin (West) können jederzeit von den Stadtkommandanten außer Kraft gesetzt werden. Es gibt weder Post- noch Telefongeheimnis. Deutsche Gerichtsbarkeit kann nur mit Genehmigung des jeweiligen Sektorenkommandanten ausgeübt werden, wenn ein Deutscher in einer Sache klagt, die die Interessen der Militärregierung berührt. Westberliner reisen in die Länder des Warschauer Paktes mit ihrem ,,behelfsmäßigen Personalausweis'', (...)

Es folgt eine Liste, was in Berlin noch alles nicht ,,normal'' ist.

Neu-patriotische Welle?

Der Versuch, der Friedensbewegung über das Bild vom Würgegriff der Supermächte ganz speziell an ,,Deutschlands'' Gurgel ein neues patriotisches Mäntelchen zu verpassen — obwohl die deutsche Frage mit dem Anliegen der Friedensbewegung eben n i c h t s zu tun hat —, konnte auf die wohlmeinende Unterstützung in den Medien rechnen.

Nachdem sich Albertz auf der ersten Bonner Großkundgebung im Bonner Hofgarten als ,,Patriot'' vorgestellt hatte, was in der Denkschrift gleich zu d e n ,,patriotischen Manifestationen

Bonner Großkundgebung im Bonner Hofgarten als ,,Patriot'' vorgestellt hatte, was in der Denkschrift gleich zu d e n ,,patriotischen Manifestationen

auf der Bonner Großdemonstration am 10.10.81'' (S. 4) aufgeplustert wird, folgten Titelstories zum Thema in ,,Stern'' und ,,Spiegel''. Immerhin ergab jetzt kürzlich eine Umfrage von Allensbach, daß 53 Prozent der Bundesbürger über 16 Jahren folgendem Vorschlag zustimmen würden: ,,Die DDR tritt aus dem Warschauer Pakt aus, die Bundesrepublik aus der NATO; das wiedervereinigte Deutschland könnte sein Gesellschaftssystem in freien und geheimen Wahlen selbst bestimmen, Neutralität und Bündnisfreiheit wären garantiert'' (5).

In diesem Sinne üben sich die Autoren in der ,,Denkschrift'' auch in patriotischen Tönen. Nicht von Schandmauer ist die Rede, aber doch so:

> ,,Wenn wir die Mauer Sein für Stein abtragen wollen, dann müssen wir Deutsche politische Phantasie und Mut zu politischer Initiative entfalten'' (S. 24).

Unter dem Stichwort ,,das Mißtrauen der Deutschen gegen sich selbst'' wird über die ,,Verdrängung'' der nationalen Ansichten pathetisiert:

> Auf dieser Ebene hat die Frage nach den Ursachen der deutschen Geschichtskatastrophe des NS-Regimes nichts mehr mit einem für die politische Vergangenheits- und Gegenwartsanalyse fruchtbaren Selbstzweifel, mit Selbstkritik zu tun. Alles Entsetzen über die Vernichtung des jüdischen Volkes in Europa, über die nationalsozialistischen Verbrechen an den osteuropäischen Völkern, aller Abscheu vor den vom Deutschen Reich gegangenen Aggressionen, alle in Erinnerung an diese dunkelste Phase der deutschen Geschichte nagenden individuellen Schuldgefühle dürfen uns nicht in einer passiven Dulderhaltung erlahmen lassen, für die das Jahr 1945 der Fix- und Endpunkt deutscher Geschichte ist und die gegenwärtige Lage unseres durch brutale Grenzen geteilten Volkes im Zentrum des potentiellen nuklearen Infernos als verdiente Strafe figuriert. Eine solche Haltung verspielt das Vermächtnis aller Gegner des Hitler-Faschismus von Kurt Schumacher (...) bis zu Claus Graf Schenk von Stauffenberg (...).
>
> Aus der Verantwortungsgemeinschaft der Deutschen für ihre Geschichte resultiert die Aufgabe einer gemeinsamen politischen Zukunft (...) (S. 33/34)

Keine Angst vor deutschem Patriotismus in Europa?

Eine deutsche Patriotismus-Welle in der Friedensbewegung, die die Autoren als Nährboden für ihre Ideen betrachten, hätte indes verheerende Folgen, über die sie sich jedoch hinwegzusetzen versuchen:

> ,,Es liegt an uns Deutschen, durch politisch verantwortliche Praxis noch bestehende und durch die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg auch völlig verständliche Besorgnisse und Ängste unserer Nachbarn auszuräumen'' (S. 33).

Es ist den Autoren aber keineswegs entgangen, daß genau das Gegenteil davon eintreten würde, wenn die ,,deutsche Frage'' wieder- bzw. in der Friedensbewegung neu belebt werden sollte. Solche ,,Ängste'' sind ja keineswegs nur in Osteuropa verbreitet, sondern genauso überall in Westeuropa anzutreffen, sieht man mal ab von den neuen französischen Philosophen, Alva Myrdal und einigen weiteren in der ,,Denkschrift'' angeführten Persönblichkeiten ab.

Es darf aber auch nicht die Ablehnung von Andreottis ,,politischem Zynismus'' (S. 30) fehlen und die besonders abschreckende Äußerung des französischen Sozialisten Huntzingers,



,,Tag der Heimat'' in der Waldbühne in West-Berlin am 4. September 1960.

der sich freute, daß mit der Pershing-Stationierung ,,für Frankreich das deutsche Problem für die nächsten 20 Jahre'' gelöst sei (S. 7).

der sich freute, daß mit der Pershing-Stationierung ,,für Frankreich das deutsche Problem für die nächsten 20 Jahre'' gelöst sei (S. 7).

Die militärischen Abrüstungspläne (die, wie gesagt, völlig ohne ,,Deutsche Frage'' verfolgt werden könnten) sollen Europa den ,,Profit'' bringen, um auch den Rest (das weitere Erstarken ,,Deutschlands'') hinzunehmen.

> Wenn ,,Nationalismus'' definiert wird als Durchsetzung nationaler Interessen auf Kosten der Interessen anderer Völker, dann kann nur durch eine Begriffsverdrehung unsere Weise des Aufgreifens der Deutschen Frage im gesamteuropäischen Kontext als Nationalismus diffamiert werden. Von einem Disengagement in Zentraleuropa würden alle europäischen Völker profitieren. (...)
>
> Das Plädoyer für den Nationalstaat ist kein Plädoyer für den international uneingeschränkten souveränen Machtstaat, für nationalistische Abschottung und Interessenegoismus (...) Wir wollen das ,,Europa der Vaterländer'' und in ihm Deutschland als unser ungeteiltes Vaterland.''

Gegenüber der These, daß ,,insbesondere unsere Nachbarstaaten (...) gegen jegliche Politik, die ,Bewegung' in die deutsche Frage bringt'' seien, heißt es schlicht patriotisch (S. 30):

> Die Gewohnheit, zunächst immer nach den Interessen anderer Staaten zu fragen, ist Ausdruck politischer Unmündigkeit. Jeder Staat definiert erst einmal seine eigenen Interessen und versuht dann, diese in die internationale Politik einzubringen. Die Deutschen sollten nicht anders verfahren.

Man müßte schon übersehen, daß alle europäischen Abrüstungspläne völlig losgelöst von der ,,deutschen Frage'' betrieben werden könnten, was ,,unsere Nachbarn'' ganz sicher nicht übersehen würden, zumal die hier angebotenen Pläne sogar ausdrücklich die Zustimmung zur Möglichkeit einer Wiedervereinigung beinhalten sollen (S. 37). Selbst einmal vorausgesetzt, die militärische Lage in Europa würde entschärft, so bleibt die BRD als imperialistische Macht bestehen. Die Absicht des Ausbaus dieser Macht sollte unsere Nachbarn nicht beunruhigen? Ganz sicher ist, daß die Übernahme der ,,deutschen Frage'' in der Friedensbewegung diese gegenüber anderen europäischen Friedenskräften isolieren und in Gegensatz bringen würde. Bislang gehörte es immer noch umgekehrt zum Grundverständnis der Friedensbewegung, andere europäische Bewegungen zu stärken bzw. sich umgekehrt dadurch Freiraum verschaffen zu können. Damit würden solche Vorstellungen aufräumen.

,,Befreiung'' des Ostens auf friedlichem Wege ?

Die Denkschrift kritisiert, wie erwähnt, die Politik der Blockkonfrontation durch die NATO, die WEU, als westeuropäischen Machtblock in ,,politischer Rivalität mit der Sowjetunion'' und die EG, weil sie ,,nicht Europa, sondern Westeuropa im Auge hat''. Die westliche Ostpolitik will auf dem Wege militärischer und ökonomischer Machtpolitik und Überlegenheit die Sowjetunion zur Preisgabe der DDR und Osteuropas zwingen. (6)

Die Denkschrift kritisiert diese Konfrontationspolitik, weil sie nicht gerade geeignet sei, eine ,,Bereitschaft der östlichen Vormacht'' zu ereichen, ,,ihren Zugriff auf Ostmitteleuropa zu lockern''. (S. 9/10):

> Eine wie immer bezeichnete friedliche Revision des Systems von Jalta, der Zweiteilung Eruopas, kann ohne politische Kooperation der Sowjetunion nicht durchgesetzt und nicht einmal anvisiert werden. (7) (...)
>
> Gibt es für die von uns verfochtene Alternative zur Blocklogik eine Realisierungschance ?
> (...)
> Ohne in sentimentaler Einseitigkeit oder

Gibt es für die von uns verfochtene Alternative zur Blocklogik eine Realisierungschance ?
(...)
Ohne in sentimentaler Einseitigkeit oder

> vorschnelle moralische Schuldzuweisung zu verfallen, geht es für die für das Schicksal Europas letztlich entscheidende Supermacht Sowjetunion darum, ihren Sicherheitsbegriff neu zu definieren.
> (...)
> Die sowjetische Einkreisungsangst hat — jenseits ihrer ideologischen Zweckdienlichkeit — einen rationalen Kern. Militärische Vorteile können zu politischen Nachteilen werden. Vor diesem Hinergrund ist daran zu erinnern, daß zu den politischen Instrumentarien der Sowjetunion seit jeher das System kollektiver Sicherheit gehört. An diesem Begriff ist im Interesse des europäischen Friedens und der friedlichen Emanzipation ganz Europas anzuknüpfen.

Die einzige politische materielle Grundlage für die Pläne der Denkschrift ist das politische Tauschgeschäft: militärische Sicherheit für die Sowjetunion in Europa einerseits, friedlicher, freiwilliger Selbstmord der Sowjetunion als politische Großmacht in (Ost-)Europa andererseits. Wenn man behauptet, dies sei mit den Interessen der Sowjetunion identisch, setzt man materiell darauf, daß die Bedrohung für die Sowjetunon durch die Kriegspolitik der NATO bzw. von Reagan & Co derartig groß sei, daß sie auf solch ,,Geschäft'' eingehen könnte. So wundert es überhaupt nicht, daß die gesamte Denkschrift als ,,einseitiges'' rüstungspolitisches Ziel lediglich einen Stationierungsstop für atomare Mittelstreckenraketen von den USA fordert, aber ansonsten überhaupt nicht daran will, e i n s e i t i g innerhalb der NATO abzurüsten, weil man mit der Drohung durch die NATO-Waffen politische Tauschgeschäfte machen und diesen ,,Vorteil'' nicht ohne ,,Gegenleistung'' einfach verschenken will.

Wir wollen in folgenden das angebotene Vertragswerk — Friedensvertrag mit beiden deutschen Staaten, europäische Sicherheitsordnung und deutsche Konföderation — vorstellen.

Deutscher Friedensvertrag

> Ein deutscher Friedensvertrag müßte vorrangig folgende Punkte zum Gegenstand haben:
> - die Festlegung des militärischen Status Deutschlands,
> - den zeitlich genau fixierten Abzug aller fremden Truppen vom deutschen Territorium,
> - das zeitlich genau fixierte Ausscheiden beider deutscher Staaten aus NATO/WEU und Warschauer Pakt,
> - die Verpflichtung zur Umrüstung der deutschen Streitkräfte auf Defensivwaffen; Rüstungsbeschränkungen bezüglich der für Offensivzwecke geeigneten Waffensysteme,
> - den bedingungslosen Verzicht auf ABC-Waffen,
> - die Verpflichtung der beiden deutschen Staaten zum Beitritt zu einer ABC-Waffen-freie Zone,
> - internationale Kontrolle zur Einhaltung der Rüstungsbestimmungen,
> - die Festlegung der Grenzen Deutschlands nach Maßgabe des derzeit tatsächlich bestehenden Zustands, so daß insbesondere das polnische Interesse an der Endgültigkeit der Grenze an Oder und Neiße befriedigt wird,
> - die Verpflichtung Deutschlands, am Aufbau eines europäischen Sicherheitssystem mitzuwirken und diesem beizutreten,
> - die Verpflichtung, keinerlei Militärbündnisse einzugehen, die sich gegen einen der Unterzeichnerstaaten des Vertrages richten.

Neben militärischen Abrüstungsmaßnahmen (ABC-Waffenfreie Zone, Neutralität beider deutscher Staaten und Truppenabzug ausländischer Truppen) kommt dann der eigentliche politische ,,Knüller'' mit rein, damit die ,,deutsche Frage'' der gewünschten Lösung zugeführt werden kann, nämlich die vertragliche Zusage für eine ,,Wiedervereinigung''. Damit es nicht so ,,revanchistisch'' klingen möge, beruft man sich auf alte sowjetische Vorschläge:

,,Wiedervereinigung''. Damit es nicht so ,,revanchistisch'' klingen möge, beruft man sich auf alte sowjetische Vorschläge:

> - die Erklärung, daß die Verbündeten und Vereinigten Mächte die Weiterentwicklung der Beziehungen der beiden deutschen Staaten untereinander einschließlich der Frage einer eventuellen Wiedervereinigung als eine innere Angelegenheit des deutschen Volkes betrachten. Günstig wäre auch eine Formulierung im Sinne des Art. 22 des sowjetischen Friedensvertragsentwurfs vom 10. Januar 1959:
>   ,,Die verbündeten und vereinigten Mächte erkennen das Recht des deutschen Volkes auf Wiederherstellung der Einheit Deutschlands an und bringen ihre Bereitschaft zum Ausdruck, den beiden deutschen Staaten jegliche Unterstützung zur Erreichung dieses Zieles auf der Grundlage der Annäherung und Verständigung zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland zu gewähren.
>   Beide deutschen Staaten, wie auch die Verbündeten und vereinten Mächte, betrachten den vorliegenden Vertrag als einen wichtigen Beitrag zur Vereinigung Deutschlands, entsprechend den nationalen Hoffnungen des deutschen Volkes sowie den Interessen der Gewährleistung der Sicherheit Europas und in der ganzen Welt.''
> - eine Erklärung über die Erledigung aller Reparationsforderungen,
> - eine Verpflichtung der Hauptsiegermächte, eine Revision der Satzung der Vereinten Nationen einzuleiten mit dem Ziel der ersatzlosen Streichung der Art. 53 Abs. 1 S. 2 u. 3 und Abs. 2 und Art. 107 (Feindstaatklauseln). (8)

Die ,,Deutsche Konföderation'' — der ,,Deutsche Bund''

Der Friedensvertrag soll die Tür zur Wiedervereinigung für die Neo-Patrioten öffnen, als ,,Zwischenlösung'' schwebt ihnen eine ,,Deutsche Konföderation'' vor. Auch dieses Konstrukt war Bestandteil des sowjetischen Friedensvertragsentwurfes vom 10.1.1959 und Element eines ,,Nationalen Dokuments'' des ,,Nationalkongresses der Nationalen Front'' der DDR vom 17.6.1962 neben der Forderung nach Neutralität. (9)

Man fühlt sich natürlich sehr viel freier von revanchistischem Gedankengut (wie es die Autoren bekunden), wenn man auf solche Pläne zurückgreift.

Der Vorschlag der Denkschrift stimmt in den Ausführungen im wesentlichen mit dem Dokument des ,,Nationalkongresses'' der DDR überein. Die Ausführungen dazu sind so liebevoll im Detail, so daß wir dies hier nur zusammengefaßt wiedergeben wollen:

> BRD und DDR bilden eine Konföderation namens ,,Deutscher Bund'' unter Einbeziehung Berlins, das wieder Hauptstadt wird. Beide Staaten sollen sich an der ,,Sicherheit'' Europas beteiligen. Eine Wiedervereinigung dürfe nicht mit Gewalt erfolgen. Selbst eine solche (gewaltsame) Propaganda sei als verfassungswidrig zu bestrafen. Volle Reisefreiheit werde garantiert, über die generelle Freizügigkeit solle später eine Einigung erzielt werden. Mit Rücksicht auf den BRD-Anspruch und die ,,provisorischen'' Pässe in Westberlin soll es ,,nur eine deutsche Konföderations-Staatsangehörigkeit'' geben. Denkbar sei zusätzlich die Beibehaltung der jeweiligen bisherigen Staatsangehörigkeit.
>
> Wir ersparen hier dem Leser alle weiteren Details (die Ausführungen erstrecken sich über 7 Seiten (S. 40-47)), die u.a. alle möglichen Organe, Ausschüsse, teilweise Sitzungsrythmen und die Immunität von deren Mitgliedern beschreiben.

Europäischer Sicherheitspakt

Eingebettet werden soll das ganze in einen europäischen Sicherheitspakt, mit dem die Auflösung der Militärpakte WVO und NATO und der Abzug der US-Truppen aus Westeuropa sowie der sowjetischen Truppen hinter ihre eigenen Grenzen (möglichst noch ein Stück darüber hinaus) einhergehen soll. Es heißt dort:

- einen ,,Europäischen Sicherheitspakt'', bestehend aus:

  Kapitel I: Verbot der Gewaltanwendung
  - Verpflichtung der Staaten, sich der Androhung und Anwendung von Gewalt zu enthalten;
  - Verpflichtung zur friedlichen Streitbeilegung;
  - Grenzgarantien und Verpflichtung, keine gewaltsamen Grenzänderungen vorzunehmen;
  - Verbot der Unterstützung eines Angreifers und Verpflichtung zur Unterstützung des Angegriffenen;
  - Bestimmungen über die Überleitung der derzeitigen Paktmitgliedschaften in die Mitgliedschaft der SKSE, Auflösung der NATO, WEU und Warschauer Pakt sowie der bilateralen Beistandspakte;

  Kapitel II: Rüstungsbeschränkungen und Rüstungskontrollen
  - zahlenmäßige Begrenzung der Truppenstärken, insbesondere der deutschen Streitkräfte (Übernahme der entsprechenden Bestimmungen aus dem Friedensvertrag);
  - Waffen- und Kriegsmittelbegren-

— zahlenmäßige Begrenzung der Truppenstärken, insbesondere der deutschen Streitkräfte (Übernahme der entsprechenden Bestimmungen aus dem Friedensvertrag);

  - Waffen- und Kriegsmittelbegrenzungen, z.B. Umrüstung bestimmter Mitgliedsstaaten der SKSE auf reine Defensivwaffen, Abbau der Nuklearwaffen;
  - Einrichtung von miliätirischen Sicherheitszonen; z.B. durch Truppenverdünnung in Grenzgebieten vor allem jener Staaten, die weiterhin über Offensivwaffen verfügen, insbesondere der Sowjetunion;
  - Verpflichtung zum einem Beitritt über eine europäische atomwaffenfreie Zone (Sonderabkommen);
  - Sicherung vor Überraschungsangriffen: neben Truppenverdünnung z.B. Kontroll- und Beobachtungsposten, Satellitenüberwachuung (Zuständigkeit beim SKSE-Rüstungskontrollamt);

  Kapitel III
  Einrichtung einer atomwaffenfreien Zone in Europa. Als Modell kann hier der Vertrag von Tlatelolco vom 14. Februar 1967 herangezogen werden (mit Garantieerklärung der Atomwaffenstaaten, keine Atomwaffen gegen die Zone einzusetzen). Verstärkung der bloßen Verhandlungspflicht der Kernwaffenstaaten nach Art. VI des Nichtverbreitungsvertrages vom 1. Juli 1968 in eine Pflicht zur nuklearen Abrüstung.

  Kapitel IV:
  Die Institutionalisierung der SKSE
  Einsetzung
  (...)

Hinzu käme:

> ein **Europäisches Vertragswerk über die wirtschaftliche Zusammenarbeit**, das ein Kooperationsabkommen zwischen EG, EFTA und RGW enthielte,
> ein **Europäisches Vertragswerk über die kulturell-wissenschaftliche Zusamenarbeit.**

Diesem ,,Sicherheitssystem'' sollen neben den europäischen Staaten unter Einschluß der Sowjetunion witzigerweise auch unbedingt die USA beitreten, obwohl sie gerade mit diesem Vertrag militärisch von der europäischen Bühne verschwinden sollen. Es bleibt

Neue Deutsche Welle

ihnen ein Hintertürchen, wozu es in der Denkschrift heißt:

> So wie die Staaten Mittel- und Südamerikas den amerikanischen „big stick" fürchten, so würde die Furcht der Klein- und Mittelmächte Europas vor der russischen „dubinka" (Knüppelchen) ihre Bereitschaft zur Ratifizierung einer SKSE ohne Beteiligung der USA nicht gerade fördern.

Die „deutsche" Hegemonie über Europa

Die gesellschaftlichen Verhältnisse in einem solchen Europa und einer solchen deutschen „Konföderation" werden nicht unter klassenmäßigen Gesichtspunkten erörtert, sondern allein von nationalistischen Standpunkten aus. Ausgeblendet wird aber auch die Tatsache, daß diese „europäische Friedensordnung" und dieser „deutsche Bund" automatisch — allen natürliche und sozialen Gesetzen zufolge — zu einem Europa der Monopole und insbesondere ein Hegemonialbereich der BRD werden müßten.

Schon jetzt (bei begrenzten Handelsbeziehungen über die Blockgrenzen hinweg) unterliegen Länder wie Ungarn, Rumänien und Jugoslawien den Kreditbestimmungen bzw. Auflagen des IWF. Man vergesse auch nicht die Rolle der westlichen Kredite und Lieferungen bei der polnischen Krise. Die Einwände in der Denkschrift sind überaus mager oder total daneben, sie tauchen überhaupt nur im Zusammenhang mit der deutschen Konföderation auf (S.42):

> Die Idee der Konföderation hat nichts mit Vorstellungen gemein, auf besonders subtile Weise die sozialökonomischen Verhältnisse der DDR an die der Bundesrepublik anzugleichen. Insbesondere die dann verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Ost- und Westdeutschland, zwischen Ost- und Westeuropa kann institutionell durchaus so konstruiert werden, daß sie die Wirtschaftsordnung des „realen Sozialismus" nicht gefährdet. Politisch erfordert die Konföderation zugegebenermaßen von der SED eine gewisse Bereitschaft zum Risiko, enthielte für sie aber zugleich auch ganz neue Chancen der innerstaatlichen Legitimation einerseits, gesamtdeutscher Initiativen andererseits.

Das angesprochene „Risiko" der SED ist nichts anderes, als die Tatsache, daß der westdeutsche Imperialismus über das Kapital und die Mittel verfügt, die Ökonomie des „realen Sozialismus" in kürzester Zeit aus den Angeln zu heben. Da gibt es auch geschichtliche Erfahrungen: Als unmittelbar nach der Währungsreform die damalige sowjetische Besatzungszone sehr schnell die Grenzen schloß, weil westdeutsche Devisen ein Währungs-Chaos anzurichten drohten. Auch heute würde bei einer Konföderation sehr schnell ein zweiter (schwarzer) Geldmarkt entstehen und ein entsprechender Warenmarkt.

drohten. Auch heute würde bei einer Konföderation sehr schnell ein zweiter (schwarzer) Geldmarkt entstehen und ein entsprechender Warenmarkt.

Wenn die DDR nicht entgegen den Verträgen dann wieder die Grenzen schließen wollte, wäre sie sehr schnell auf imperialistischer Grundlage verschluckt, wenn es zur Wiedervereinigung kommt.

Ein gesamtdeutscher und europäischer Hegemonialbereich für die BRD ist aber genau das, wofür „wir" (um es mal nationalistisch zu sagen) zwei Weltkriege in Europa angezettelt haben. Die Denkschrift macht allerdings von den Gesamtzielen dieser Kriege des deutschen Imperialismus auf dem militärischen Gebiet nicht unwesentliche, qualitative Abstriche (ABC-waffenfrei, rein defensive Bewaffnung). Es wird zwar von nationalistischer Seite und auch in der Denkschrift über das Ergebnis des Zweiten Weltkrieges und die totale Kapitulation Deutschlands als Katastrophe ganz furchtbar gejammert. Tatsächlich ist der Zweite Weltkrieg im Ergebnis eben nicht bis zur V e r n i c h t u n g des deutschen (oder des japanischen) Imperialismus geführt worden (allen Erklärungen in Potsdam zum Trotz). Insofern ist als Ergebnis nicht die Frage nach dem „Sieger" letztlich entscheidend, sondern das Kräfteverhältnis, das sich im Kriege gezeigt hat, bzw. dann nach dem Kriege restauriert worden ist. Danach kommt als Weltmacht Nummer 1 die USA aus diesem Krieg hervor und hinter der Sowjetunion kommen dann jeweils die „besiegten" Mächte Japan und der deutsche Imperialismus. Deutschlands Position während des Zweiten Weltkrieges als die Nummer 1 in Westeuropa ist „uns" erhalten geblieben.

Das „kollektive Sicherheitssystem"

Das eigentliche Zugeständnis an die Sowjetunion und ihr „berechtigtes Sicherheitsbedürfnis" soll das angebotene „europäische Sicherheitssystem" sein. Vergleicht man die Ausführungen der Denkschrift zu diesem Thema mit der Tatsache, daß die Autoren über alle möglichen strukturellen Details einer „deutschen Förderation" nachdenken, so ist auch dieses Kapitel von rekordverdächtiger intellektueller Anspruchslosigkeit. Es ist ein ziemlicher Unsinn, daß ein **tatsächliches** Sicherheitssystem unter Beteiligung sämtlicher Mächte der Welt (Europa, USA und Sowjetunion) geschlossen werden könnte (da ist es doch besser, dann gleich den gefährlichen Luxus von Waffen abzuschaffen). **Was bleibt, ist im Kern ein europäischer Militärpakt für das Sicherheitsbedürfnis des ideellen Gesamteuropäers.** Dieser Pakt soll ABC-Waffenfrei und „rein defensiv bewaffnet" sein.

Nun geht allerdings die „Denkschrift" davon aus, daß dieser Pakt „Europa" sich vor der Sowjetunion zu schützen habe. Immerhin wird jedoch die atomare Erpressung durch die Sowjetunion für unsinnig erklärt (S. 31).:

> Die These von der nuklearen Erpreßbarkeit entbehrt weithin der Rationalität. (...) Raubkriegsabsichten, die die Erpressungstheoretiker der Sowjetunion unterstellen, lassen sich durch die Zerstörung des deutschen ökonomisch-technischen Potentials nicht verwirklichen. Als nicht zu widerlegender spekulativer Rest bleibt die Warnung vor dem einmaligen nuklearen Erpressungsschlag.

chen. Als nicht zu widerlegender spekulativer Rest bleibt die Warnung vor dem einmaligen nuklearen Erpressungsschlag.

Ansonsten wird das Bild von der Sowjetunion als potentiell eroberungslüsterner Aggressor, der von einem solchen Angriff nur kraft militärischer Abschreckung zurückgehalten werden könne, in der Denkschrift überhaupt nicht in Frage gestellt (S. 31/32):

> Was heute über Umrüstung auf Defensivwaffen und „hinlängliche Streitkräfte" (für die Bundesrepublik) in der Diskussion ist, könnte für beide deutsche Staaten zum Gegenstand des Friedensvertrages gemacht werden. Sein unabdingbares Element wäre die militärische Selbstbehauptung des konföderierten Deutschlands mittels defensiv ausgerüsteter Streitkräfte. Wenn eine ähnliche Verteidigungsstruktur im Rahmen eines kollektiven Sicherheitssystems auch auf die östlich von Deutschland gelegenen Staaten Polen, Tschechoslowakei und Ungarn ausgedehnt werden würde, entstünde kein Machtvakuum, in das die Rote Armee auf einer Spazierfahrt eindringen könnte. Eingeordnet in ein europäisches Sicherheitssystem wäre eine angedrohte oder reale Aggression gegen Deutschland ein gegen alle Mitgliedsstaaten des Systems gerichteter völkerrechtswidriger Akt, der zum kollektiven Widerstand führen würde.

Ein kriegsmäßiger Beistand macht aber die Vorstellung einer „rein defensiven" Bewaffnung zur völligen A b s u r d i t ä t. Das nämlich setzt eine bestimmte bewegliche Truppe mit entsprechender Logistik und strategischen Angriffswaffen voraus. Für einen solchen Fall ist nun mal die NATO allemal noch besser geeignet und gerüstet als das angegebene Gebilde einer rein defensiven Armee.

So ergeben sich einige Probleme, wenn man meint, mit diesen Plänen schon mal für „Millionen von Deutschen", aber im Grunde auch schon für Großbritannien und Frankreich (einschließlich deren atomarer Rüstung) sprechen zu können.

— Wann ist denn nun der Bündnisfall in diesem Sicherheitssystem gegeben, was wäre bei einem Eingreifen französischer Truppen in Afrika, im Nahen Osten, was bei einem Eingreifen britischer Truppen im Malvinenkrieg?

— Was heißt in diesem Zusammenhang „Beistandspflicht"?

— Was wäre mit den USA, die ja sogar zu den Mächten des Vertrages als „Sicherheitsschutz" gehören sollen? Schon im 2. Weltkrieg haben die USA gezeigt, wie man unter dem offiziellen Mantel der „Neutralität" Großbritannien unterstützt hat. Niemand kann doch Zweifel hegen, daß die USA ihr volles Potential für einen Konfliktfall mit der Sowjetunion auf Seiten „Europas" bereitstellen würde.

— Wie wäre es umgekehrt bei Konflikten in der 3. Welt, in die auch die Sowjetunion (zumindest mit Waffenlieferungen — wie in Nicaragua zB.) einbezogen wäre. Würden die Europäer keine Unterstützung für die USA ökonomisch oder gar militärisch leisten?

Wenn man das „friedliche" Einverständnis der Sowjetunion für diese Pläne angeblich erreichen will und dafür sogar die Preisgabe Osteuropas fordert, wäre das wohl nicht ganz unwichtig.



Ein tatsächlich realistisches Modell?

Sehen wir mal davon ab, ob überhaupt

Ein tatsächlich realistisches Modell?

Sehen wir mal davon ab, ob überhaupt

ein Europa der Monopole bzw. dessen Ausdehnung nach Osteuropa wünschenswert wäre, dann bleibt die Frage der **Garantie** für das Angebot einer solchen militärischen Sicherheit für die SU. Die Hinweise der Denkschrift, sich doch auf alte sowjetisch inspirierte Vorschläge aus den 50er Jahren zu beziehen, besagen nun mal überhaupt nichts.

Immerhin soll die Sowjetunion bei diesem angestrebten Tausch ihr gesamtes osteuropäisches Glacis preisgeben. Der Preis der Sowjetunion im 2. Weltkrieg dafür war 20 Millionen Menschen, eine nicht zu berechnende Menge an Geld und nationalem Reichtum. Selbst einmal vorausgesetzt, der Sowjetunion stände das Wasser der Kriegsdrohung durch die NATO derartig bis zum Hals, um sich ggf. auf solche Tauschgeschäfte einlassen zu müssen, dann bleibt die Frage, wer garantiert ihr, daß es bei dieser vorgeschlagenen Reduzierung des Kriegs- und Rüstungsdrucks bleiben würde (abgesehen davon, daß damit noch der größte Rüstungsdruck, nämlich durch die USA, gar nicht wegfallen würde). Die Preisgabe Osteuropas wäre aller Voraussicht ein nicht wieder rückgängig zu machender Akt. Wie aber sieht das auf der westlichen Seite damit aus? Wie soll eine Garantie möglich sein, daß eine hypothetische großeuropäische Union sich nicht in wenigen Jahren erneut mit den USA zu einem antisowjetischen Pakt zusammenfinden würde (wobei dieser durch die Kassierung Osteuropas wieder einmal mehr direkt an den Grenzen der Sowjetunion vorgestoßen wäre)?

Man darf wohl sagen, daß ein kapitalistisches Großeuropa und die kapitalistische USA aufgrund ihrer gemeinsamen Interessen z.B. gegenüber den Ländern der 3. Welt sich nahezu gesetzmäßig wieder zusammenfinden würden. Die andere geschichtliche Variante, zur Abwechslung wieder einmal übereinander herzufallen, was die logische Entwicklung des Imperialismus wäre, wird heute durch die Existenz einer Großmacht Sowjetunion verhindert.

Da es solche Garantien für die Sowjetunion nicht gibt, müßte es der Sowjetunion schon extrem dreckig gehen, wenn sie dem Plan dieser Denkschrift zustimmen sollte, sie müßte schon dazu gezwungen werden. Je dreckiger es ihr ginge, je stärker der Kriegsdruck der NATO wäre, umso größere „Chancen" hätte ein solcher Plan. Das heißt aber, hier pokern die Neopatrioten im Grund „short of war" (Roosevelt), natürlich keineswegs direkt, sondern „nur" als Kiebitz von Regan.

Einen solchen Plan in der Friedensbewegung verankern zu wollen, würde diese völlig von ihrem eigentlichen Zweck entfernen.

HH und D./Westberlin

Anmerkungen

(1) Beim Havemann-Brief handelt es sich um einen „Offenen Brief" an Leonid Breshnev anläßlich seines letzten Bonn-Besuches 1981. Der Sowjetunion wurde in diesem Brief u.a. nahegelegt, einseitig abzurüsten. Die Kreise, die sich um den Havemann-Brief gebildet hatten, riefen auch zu einer Anti-Breshnev-Demonstration auf.

(2) Das Wirken und die Vorstellung dieser Kreise ist schon häufig Gegenstand der Berichterstattung des Arbeiterkampfes gewesen (s. insbesondere die letzte Beilage des AK dazu). In der „Deutschland AG" der Alternativen Liste in Westberlin sind solche Vorstellungen ganz besonders beheimatet.

(3) Die Zitate sind einem Anschreiben Herbert Ammons an interessierte Kreise, die zur Unterstützung gewonnen werden sollen, entnommen.

(4) Die hier und im folgenden angegebenen Seitenzahlen sind die der uns vorliegenden Version der „Denkschrift".

(5) Zitiert nach „Spiegel" v. 31.12.84. Dieses Ergebnis ist natürlich eine Mischung aus dem sehr breit in der Bevölkerung vertretenen Wiedervereinigungsanspruch, d.h. einerseits Eingemeindung der DDR in den „freien Westen" (wobei einige die Neutralität ggf. in Kauf nehmen würden) und andererseits dem zunehmenden Wunsch nach Neutralität wegen der Pulverfaßsituation der BRD, wobei einige auch eine Wiedervereinigung (in der Fragestellung) ggf. hinnehmen würden. So erklärt es sich, daß die Formel bei CDU-Anhängern 48% gegen 32%, bei den SPD-Anhängern 59% gegen 23% und bei den Grünwählern 73% Zustimmung gegenüber 8% Ablehnung erbrachten, obwohl bei der Frage nach Wiedervereinigung bei den CDU-Wählern die größte Zustimmung zu erwarten wäre, und daß bei den Grünen mehr als 8% Ablehnung verzeichnet würden.

(6) Die Konzeption der „Ostpolitik" der BRD beschreibt Oberst Hubatschek, Mitglied des Planungsstabes im Bonner Kriegsministerium so: „Jede Veränderung des politischen und militärischen Status der DDR setzt zwingend die Aufgabe der Offensivstrategie der Sowjetunion voraus. Nach dieser Aufgabe könnte das strategische Ost-West-Verhältnis, auch aus der Sicht des Westens, neu definiert werden. Erste und nicht zu umgehende Voraussetzung für einen erfolgversprechenden neuen Ansatz ist daher, die

Sowjetunion voraus. Nach dieser Aufgabe könnte das strategische Ost-West-Verhältnis, auch aus der Sicht des Westens, neu definiert werden. Erste und nicht zu umgehende Voraussetzung für einen erfolgversprechenden neuen Ansatz ist daher, die

Machthaber im Kreml zu der Erkenntnis zu zwingen, daß keine Aussicht auf Realisierung dieser Offensivstrategie besteht ... Die Erkenntnis von der Aussichtslosigkeit ihrer Offensivstrategie kann nur durch Entschlossenheit des Westens herbeigeführt werden, sein überlegenes Gesamtpotential zur Verstärkung der militärischen Kraft zu nutzen und seine geostrategischen Vorteile ebenso wie seine wirtschaftliche Überlegenheit gegen ... die Sowjetunion in die Waagschale zu werfen." (aus „Europäische Wehrkunde", 4/84) Andere Ideologen halten sich in der Öffentlichkeit etwas bedeckter, Barzel oder Feldmeyer in der „FAZ" sprachen davon, die SU zur „Einsicht" zu bewegen, ihr Glacis gewissermaßen aus eigenem Interesse abzutreten. Die militärische Kommponente äußert da ein Oberst schon offener.

(7) Wie in diesen Kreisen üblich wird hier der Begriff des „Systems von Jalta" angeführt, mit dem angeblich die Aufteilung in die Machtblöcke vorgenommen worden sei. Wir hatten seinerzeit in AK 251 (Jalta-Artikel) ausgeführt, daß dies eine Erfindung der Nazi-Propaganda war. Auch die Verfasser selbst wissen, daß dieser Begriff Unsinn ist. Sie schreiben:

> Rekapitulieren wir kurz die historische Ursachenkette des völkerrechtlichen Geflechts, das die Deutschen in beiden Staaten und ihre jeweiligen Bündnispartner in Blöcke einbindet.
> Gewiß steht am Anfang der Ursachenkette Hitlers Krieg. Es muß heute jedoch immer wieder in Erinnerung gerufen werden, daß die bestehende Lage nicht das Ergebnis eines 1945 von den Siegermächten gemeinsam beschlossenen Planes zur Teilung Deutschlands, sondern die Folge des Zerbrechens der Anti-Hitler-Koalition, der Entfaltung des Hegemonialkonflikts zwischen den USA und der Sowjetunion in Europa und der mehr oder weniger willigen Parteinahme der Deutschen auf seiten der jeweiligen Führungsmacht. Soweit die Siegermächte in Potsdam 1945 gemeinsame Beschlüsse über die Zukunft Deutschlands, die über unmittelbare Ziele der Besetzung — „Demilitarisierung", „Denazifizierung", „Dezentralisierung" und „Demokratisierung" — hinausgingen, gefaßt hatten, ließen diese erkennen, daß die Siegermächte weder die Absicht hatten, Deutschland jahrzehntelang militärisch besetzt zu halten, noch die Absicht, das um seine östlich der Oder und Lausitzer Neiße gelegenen Provinzen verkleinerte Deutschland noch weiter zu zerstückeln.
> Jedenfalls konnten sich Vertreter solcher Überlegungen nicht in der offiziellen Politik der Alliierten durchsetzen. (...) Wer sich somit die Mühe macht, das Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 zu lesen, wird die These, die Teilung Deutschlands sei die logische Konsequenz des Hitlerkrieges, als willkürliche Geschichtsinterpretation durchschauen. Im Gegenteil, die Siegermächte stellten dem deutschen Volk in Aussicht, „zu gegebener Zeit seinen Platz unter den freien und friedlichen Völkern der Welt einzunehmen". Daß es zu dieser Rehabilitierung Deutschlands in der europäischen Völker- und Staatengemeinschaft vermittels eines Friedensvertrages nicht gekommen ist, liegt in der nach Kriegsende aufbrechenden globalen Rivalität der beiden Weltmächte USA und Sowjetunion. In der Nachkriegsära wurde — geopolitisch scheinbar zwangsläufig — Deutschland das erste und wichtigste Objekt des Kalten Krieges.

Warum zum Teufel, werft ihr, wenn ihr es besser wißt, diesen Jalta-Begriff dann nicht endgültig auf den Müll, zumal er aus der Nazipropaganda stammt?

(8) Die Verfasser der Denkschrift haben sich auch Gedanken gemacht, wie denn überhaupt ein solcher Vertrag abgeschlossen werden könnte angesichts der Tatsache, daß es ja die BRD ist, die den Anspruch stellt, alleinige Rechtsnachfolgerin des „Deutschen Reiches" zu sein.
Die Verfasser, wie häufig die Linke, berufen sich ständig auf die Verfassung, in diesem Fall das revanchistische Wiedervereinigungsgebot und gehen sogar so weit, das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 31.7.1973 für ihre Ziele in Anspruch zu nehmen (Das BVG war von Revanchisten angerufen worden, um die Ostverträge zu Fall zu bringen. Das BVG hat dem nicht entsprochen, sondern alle möglichen Wiedervereinigungsziele per Urteil in den Verfassungsrang erhoben. S. dazu AK 252).
Als (verfassungsgemäße) Lösung wird vorgeschlagen:

> — das Argument, man wisse nicht, wer auf deutscher Seite überhaupt Partner des Friedensvertrages sein solle, da weder die DDR noch die Bundesrepublik sich mit den Siegermächten im Kriegszustand befunden hätten. Wir sehen in diesem Einwand ein formalistisches Ausweichen vor der Problemstellung. Wir halten eine Formulierung noch heute für verwendbar, die die Sowjetunion in ihrem Friedensvertragsentwurf vom 10. Januar 1959 vorgeschlagen hat: Der Friedensvertrag kann abgeschlossen werden durch „die verbündeten und vereinigten Mächte einerseits und Deutschland, gegenwärtig vertreten durch die Deutsche Demokratische Republik und die Bundesrepublik Deutschland (oder — falls zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des Friedensvertrages eine deutsche Konföderation gebildet sein wird — durch die deutsche Konföderation sowie durch die Deutsche Demokratische Republik und die Bundesrepublik Deutschland) andererseits".

(9) Für „Interessenten" dokumentieren wir hier Auszüge aus dem „Nationalen Dokument", das vom „Nationalkongreß der Nationalen Front" am 17.6.1962 einstimmig in Berlin (Ost) angenommen wurde (zitiert nach der Denkschrift), auf das sich die Neu-Patrioten berufen wollen. Abgesehen davon, daß dieses Dokument n i c h t s über die heutige Interessenlage aussagt, unterscheidet sich dieses in einem Detail sehr kraß von der Vorlage in der Denkschrift, es sah die v ö l l i g e Abrüstung in beiden deutschen Staaten vor: nach den Ausführungen zum Friedensvertrag auf der Basis der Neutralität heißt es dort:

> „Unter den geschichtlichen Bedingungen, wie sie sich nun einmal auf dem Gebiete des früheren Deutschen Reiches und in dem gespaltenen Deutschland

vertrag auf der Basis der Neutralität heißt es dort:
„Unter den geschichtlichen Bedingungen, wie sie sich nun einmal auf dem Gebiete des früheren Deutschen Reiches und in dem gespaltenen Deutschland

> entwickelt haben, ist die geeignetste Form für die friedliche Koexistenz der beiden deutschen Staaten eine deutsche Konföderation (...). Die Konföderation würde ein Maximum der Verständigung über alle wirtschaftlichen und kulturellen Fragen, über internationale und nationale Fragen ermöglichen, jede Gefahr eines bewaffneten Konflikts ausschalten und eine weitere Vertiefung des Grabens zwischen den beiden deutschen Staaten verhindern. Wir meinen, daß alle Deutschen in Ost und West daran interessiert sein sollten. Natürlich ist eine solche deutsche Konföderation nicht für die Ewigkeit gedacht. Sie hätte die Zeit zu überbrücken, in der es zwei deutsche Staaten gibt. Sie würde also mit der Wiedervereinigung Deutschlands erlöschen. Besonders wichtig wäre es, im Rahmen einer solchen Konföderation den Frieden für das deutsche Volk in der ganzen Übergangsperiode zu sichern. Die beiden deutschen Staaten — in einer Konföderation miteinander verbunden — brauchten keine Rüstung. Die Konföderation könnte die völlige Abrüstung in Deutschland, das Verbot von Atom- und Kernwaffen auf deutschem Boden die Neutralität der deutschen Staaten vereinbaren. (...) Im Handel, Geldverkehr, Transportwesen, Güterverkehr und Kulturaustausch könnte mit Großzügigkeit vorangegangen werden. Im Rahmen einer solchen Generalbereinigung würde auch die vernünftige Regelung des Reiseverkehrs zwischen den deutschen Staaten auf der Grundlage der selbstverständlichen Anerkennung der staatlichen Reisepässe kaum Schwierigkeiten bereiten."
> „Die Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten in einer deutschen Konföderation würde auch die völlige Sinnlosigkeit des Aufenthalts ausländischer Truppen auf deutschem Boden erkennen lassen. (...) Wenn die westliche Bundesrepublik aus den Fesseln der NATO entlassen wird, dann wäre auch die Deutsche Demokratische Republik bereit, auf die Mitgliedschaft im Warschauer Verteidigungspakt der europäischen sozialistischen Staaten zu verzichten. So würde die deutsche Konföderation eine Annäherung zwischen beiden deutschen Staaten herbeiführen, ein Maximum an sachlichen Beziehungen zwischen ihnen sichern und damit den Weg zur völligen Wiedervereinigung vorbereiten. Die Konföderation ist der einzig noch verbliebene reale Weg, die Einheit des deutschen Volkes schrittweise wiederherzustellen."

Ein bundesdeutsches Trauerspiel

DGB-Gewerkschaften verhindern Solidaritätsveranstaltung mit den britischen Bergarbeitern

Seit dem 12. März 1984 — also seit über zehn Monaten — stehen die britischen Bergarbeiter im Streik gegen den Plan der nationalen Kohlebehörde, zwanzig Zechen zu schließen und (im ersten Zug) 20.000 Arbeitsplätze zu vernichten. Dieser längste Streik in der Geschichte der englischen Arbeiterbewegung wird mit beispielloser Härte und Opferbereitschaft der Bergarbeiter und ihrer Familien geführt. In dem Bewußtsein, daß sie nichts mehr zu verlieren haben, stehen mehr als zwei Drittel der Bergarbeiter diesen Kampf gegen die Kohlebehörde, die britische Regierung, permanente Polizeipräsenz, den größten Teil der Medien, die alle vierzehn Tage präsentierten Vollzugsmeldungen vom bevorstehenden Zusammenbruch des Streiks und seit einiger Zeit auch den harten Winter durch. Möglich war dies auch durch die solidarische Hilfe eines Teils der britischen Gewerkschaften und öffentlicher Unterstützungskomitees und der Gewerkschaften aus anderen Ländern.



Verhafteter Arthur Scargill

Verhafteter Arthur Scargill

Die bundesdeutschen Gewerkschaften haben sich schwer mit der Unterstützung getan. Erst auf Druck und als Reaktion auf Solidaritätsaktionen linker Gewerkschaftsgruppen reagierten die DGB-Gewerkschaften — und das mit deutscher Gründlichkeit. Wenn schon Solidaritätsarbeit, dann von oben kontrolliert und in ‚sauberen' politischen Bahnen. Ver- und Gebote an die Basis bestimmen das Bild ebenso wie die auffällige politische Distanz zur radikal-reformistischen Politik der britischen Bergarbeitergewerkschaft NUM, der man das offensive Werben für die eigenen Ziele und die Aufklärung hierüber so schwer wie möglich macht. Treibende Kraft hierfür ist die bundesdeutsche Bergarbeitergewerkschaft IG Bergbau und Energie (IGBE), die politisch rechts vom rechten Rand des DGB angesiedelt ist, aber dennoch viel Einfluß besitzt. Um die Jahreswende hat sich die IGBE mit ihrer distanzierenden Haltung gegenüber der britischen NUM in den Führungsetagen der DGB-Gewerkschaften durchgesetzt. Humanitäre Hilfe Ja und in Maßen, die Unterstützung der notleidenden Bergarbeiterfamilien ist erlaubt, aber die Streikziele der NUM, keine Zechenschließungen und kein Abbau der Arbeitsplätze werden abgelehnt. Dies haben nacheinander der Vorstand der IGBE, Vorstand und Beirat der IG Metall und der DGB-Bundesvorstand erklärt.

Scargill kommt — Klassenkampf? Niemals!

Auslöser für die Distanzierung im DGB war die geplante Veranstaltung eines großen Solidaritätstreffens, das für den 12. Januar in Essen geplant war. Veranstalter hierfür war das Wuppertaler „Koordinationsbüro britische Bergarbeiter", das, von der örtlichen GEW eingerichtet, seit Juni 1984 maßgeblichen Anteil an der Solidaritätsarbeit in der BRD hat. Die GEW Wuppertal hat dem Beauftragten der NUM in der BRD, Joe Holmes, ein Büro zur Verfügung gestellt, koordiniert Aktivitäten, hat ein Spendenkonto eingerichtet, plant Rundreisen mit Holmes und hat bislang zwei ausführliche Infos zum Streik und seinen Hintergründen herausgegeben. Zur Essener Konferenz waren in Absprache mit Joe Holmes alle DGB-Gewerkschaften eingeladen worden ebenso wie die bestehenden Solidaritätsgruppen in der Bundesrepublik. Das allein dürfte im DGB noch nicht besonders beunruhigend gewesen sein, wurden doch bislang die Wuppertaler Aktivitäten zwar argwöhnisch beobachtet, aber geduldet. Man kann vermuten, daß insbesondere der geplante Auftritt des Präsidenten der NUM, Arthur Scargill, in Essen hektische Betriebsamkeit verursacht hat. Das ging offensichtlich zu weit. Mit Scargill wäre ein Gewerkschaftsführer auf bundesdeutschem Boden zu Wort gekommen, der in Worten und Taten überhaupt nicht in das Bild der hiesigen Schönredner und Sozialpartner hineinpaßt. Klassenkampf, hierzulande verpöntes Fremdwort, gehört nicht nur zu seinem verbalen Repertoire, sondern auch zur Praxis seiner Gewerkschaft, die mit dem Kampf um den Erhalt der Arbeitsplätze ernst macht. Ein Gewerkschaftsführer wie Scargill, in England zum „Mann des Jahres" gekürt, nötigt zweifelsohne Respekt ab. Und bevor man sich daran messen läßt, sorgt man besser für ein erpreßtes Auftrittsverbot, nichts anderes bedeuten die offiziellen DGB-Erklärungen.

Ein Trauerspiel in mehreren Akten

Nach etwa drei Monaten Streik in Großbritannien übernahm die GEW Wuppertal die gewerkschaftliche Initiative für Solidaritätsarbeit in der Bundesrepublik und richtete im Juni 1984 ihr Koordinationsbüro ein. Veranstaltungen wurden organisiert und Gewerkschaftsverbände auf unterer Ebene begannen sich zu interessieren. Die DGB-Gewerkschaften waren derweil noch im „Jahrhunderkampf" um die 35-Stunden-Woche engagiert, entweder aktiv oder beobachtend.

Die IG Bergbau, die Gewerkschaft, der das britische Geschehen eigentlich am nächsten stehen müßte, meldete am 15. Juni 1984 das erstemal in einem Nebensatz in ihrer vierzehntägig erscheindenden Zeitung „einheit", daß in Großbritannien gestreikt wird. In einem Hetzartikel *„IBV auch ohne Briten voll funktionsfähig"* hieß es lapidar: *„Die ungebrochene Solidarität des IBV mit den streikenden britischen Bergleuten machte der 45. IBV-Kongreß in einer Entschließung deutlich, mit der alle Kohleländer in Ost und West aufgefordert wurden, ihre Kohleexporte nach Großbritannien einzustellen"*. Mehr war über den Streik und seinen Anlaß nicht zu erfahren. Dafür um so mehr über die *„Verteidigung der freien Gewerkschaften durch den IBV-Kongreß"*. Die Internationale Bergarbeitervereinigung (IBV), ein Spaltprodukt der westlichen Gewerkschaften nach dem zweiten Weltkrieg (1947 war der Weltgewerkschaftsbund — WGB — unter Federführung der amerikanischen Gewerkschaften in einen „freien" Teil — den Internationalen Bund freier Gewerkschaften (IBFG) — und einen „unfreien", kommunistischen Teil — den WGB — gespalten worden) steht heute unter dem Vorsitz des IG Bergbau-Vorsitzenden Adolf Schmidt und wird von dem auf stramm antikommunistischen Kurs getrimmt. Die NUM unter Arthur Scargill hat dies nicht akzeptiert und wurde 1983 Doppelmitglied in IBV und WGB. Ab da war die NUM für die IGBE nicht mehr tragbar und Schmidt setzte alles dran, sie aus dem IBV rauszudrängen wegen ihrer Absicht, *„zusammen mit kommunistischen Gewerkschaften eine neue Berarbeiterinternationale zu gründen. Dies wäre das Ende einer freien und demokratischen internationalen Bergarbeiterbewegung"* gewesen („einheit", 15.6.84). Der IBV habe, so Adolf Schmidt, den erzwungenen Austritt der NUM *„inzwischen überwunden und (ist) aus dieser Krise nicht geschwächt, sondern eher gestärkt hervorgegangen"*. Entsprechende Meldungen zur Verteidigung der Freiheit gegen Scargill, *„der sich selbst als Marxisten bezeichnet"* — wie wiederholt empört festgestellt wird — brachte die „einheit" am 15.5. und 1.6.84.

Entsprechend sabotierte die IGBE die Arbeit von Joe Holmes in der BRD. Als die Aktivitäten über das Wuppertaler Büro sich ausweitete, versuchte sie sich selbst das Monopol für die Solidaritätsarbeit in der BRD zu erkaufen. Unter Hinweis auf eine erste Spende von 20.000 DM wurde Holmes bedeutet, seine weitere Arbeit zu unterlassen und ihm die Legitimation für seine Tätigkeit in der BRD abgesprochen. Daraufhin schickte NUM-Generalsekretär Peter Heathfield am Generalsekretär Peter Heathfield am 15. August 1984 einen Brief an Adolf Schmidt, in dem er erklärte, daß *„Mr. Joe Holmes der einzige beglaubigte Delegierte in der Bundesrepublik"* sei. *„Seien Sie bitte so gut und bitten unsere Kollegen in der deutschen Bergarbeitergewerkschaft, alle Spenden in Scheckform über unseren Joe Holmes zu leiten"* (nach Beilage zur „Arbeiterpolitik", September 1984). Unter Abhandelung des Versprechens, keine Kontakte zu Bergarbeitern in der BRD an der IGBE vorbei aufzunehmen, gab es zunächst einen ‚Waffenstillstand'.

Die IG Metall reagiert

Die sich ausdehnende Solidaritätsarbeit linker Gewerkschafter hinterließ auch in der IG Metall Spuren. Häufige Anfragen beim IGM-Vorstand veranlaßten diesen Anfang September zu einer Reaktion. Gewerkschaftsvorsitzender Mayr riet zunächst einmal davon ab, aktiv zu werden. *„Im Vorstand der IG Metall finden zur Zeit Überlegungen statt, auf welche Weise den Familien der streikenden Bergarbeitern geholfen werden könnte. Die Meinungsbildung des Vorstandes ist jedoch noch nicht abgeschlossen, ein Beschluß wurde noch nicht gefaßt"* hieß es in einem Brief Mayrs an die Bezirksleitungen, Verwaltungsstellen und Bildungsstätten der IGM. Joe Holmes, so Mayr weiter, *„reist weder mit Billigung noch etwa im Auftrage der IG Metall, gleiches gilt für die Versuche, Spenden für die britischen Bergarbeiter einzusammeln. Solltet Ihr in nächster Zeit auf Veranstaltungen, Spendenaktionen etc. angesprochen werden, bitten wir dies zurückzustellen, bis der Vorstand eine Entscheidung getroffen hat"*.

Dreimal darf man raten, mit wem im DGB der IGM-Vorstand sich absprechen mußte. Immerhin erschien im selben Monat ein IGM-Spendenaufruf (veröffentlicht in „metall" 19/84). Als erstes zahlte der IGM-Vorstand 50.000

Fortsetzung nächste Seite

Vorstand

National Union of Mineworkers
St. James' house, Vicar Lane

Sheffield, South Yorkshire S 1 2 EX

6000 Frankfurt am Main 11

01/My-Kn-ve 2647-555/681 13. Dezember 1984

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

Über Euren Kollegen Holmes erhielten wir eine Einladung zu einer nationalen Informations- und Koordinierungskonferenz am 12. Januar 1985 in Essen.

Der Vorstand der Industriegewerkschaft Metall hat in seiner Sitzung am 10. Dezember 1984 hierüber beraten und beschlossen, daß die IG Metall zu dieser Konferenz keine Delegierten entsenden wird. Es ist auch niemand autorisiert, im Namen der IG Metall dort zu reden bzw. Erklärungen abzugeben.

Da uns ein weiterer Brief bezüglich der Verwendung von Spendengeldern zugegangen ist, möchten wir Euch mitteilen, daß der Vorstand der IG Metall festgelegt hat, daß alle Gelder, die im Namen und im Auftrag der IG Metall gesammelt werden, an das zentrale Spendenkonto der IG Metall in Frankfurt am Main abzuführen sind und von dort aus an unsere Mitgliedsgewerkschaft im IMB, die Iron & Steel Trades Confederation, weitergeleitet werden. Die Stahlarbeiter haben in unserem Auftrag die Unterstützung notleidender Bergarbeiterfamilien übernommen.

Aus dieser Unterstützung britischer Bergarbeiterfamilien kann nicht geschlossen werden, daß sich der Vorstand der IG Metall mit den politischen Zielen der N.U.M. identifiziert.
Der Beirat der IG Metall - das höchste Gremium zwischen den Gewerkschaftstagen - hat diese vom Vorstand vorgetragene Auffassung in seiner Sitzung am 11. Dezember 1984 vollinhaltlich gebilligt.

Mit freundlichen Grüßen
INDUSTRIEGEWERKSCHAFT METALL
für die Bundesrepublik Deutschland
- VORSTAND -

Hans Mayr

D/Koll. Joe Holmes

Vorstand

An alle
Verwaltungsstellen, Bezirksleitungen
und Bildungsstätten der IG Metall

den Mitgliedern des Vorstandes und den
Sachbearbeitern der Vorstandsverwaltung z.Kts.

6000 Frankfurt am Main 11

01/My-Kn-ve 2647-555/681 13. Dezember 1984

Betr.: Bergarbeiterstreik in Großbritannien

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

internationale Solidarität war für die IG Metall immer eine Selbstverständlichkeit. Um die Not englischer Bergarbeiterfamilien, die ohne Streikunterstützung auskommen müssen, zu lindern, hat der Vorstand beschlossen, hierauf so schnell und unbürokratisch wie möglich zu reagieren.
Deshalb wurde das Spendenkonto

"IG Metall Frankfurt Bergarbeiter England"
Konto-Nr. 2oo, Bankleitzahl 5oo 1o1 11
Bank für Gemeinwirtschaft Frankfurt am Main

eingerichtet. Auf dieses Konto sind alle Gelder, die im Namen und im Auftrag der IG Metall gesammelt werden, zu überweisen. Dieses Geld wird in wöchentlichen Raten von je DM 1oo.ooo,-- an die englische Stahlarbeitergewerkschaft, eine unserer Bruderorganisationen im IMB, überwiesen.
Das gilt auch für Mittel, die vom Jugendausschuß der IG Metall für seine mit dem Vorstand der IG Metall abgestimmte Spielzeugaktion für die Kinder der Bergarbeiterfamilien gesammelt werden.

Die Stahlarbeiter haben bereits seit längerem eine sehr wirksame Unterstützung für die notleidenden Familien der streikenden Bergarbeiter organisiert. Sie werden in diesem Rahmen auch für die Verteilung der von uns überwiesenen Mittel in Form von Sachspenden sorgen und uns regelmäßig über die Verwendung der Spendenmittel im einzelnen informieren. Überweisungen auf das Konto des Miners' Solidarity Fund in Sheffield, auf das Konto Raphaela Kruppe, Bank für Gemeinwirtschaft Wuppertal bzw. auf sonstige Konten sind nicht zulässig.

Die britische Bergarbeitergewerkschaft N.U.M. ist in diesem Jahr aus dem Internationalen Bergarbeiterverband ausgetreten. Sie hat Mitte 1983 auch entschieden, den Montanausschuß, in dem sich die europäischen Stahl- und Bergarbeitergewerkschaften zusammengeschlossen haben, zu verlassen, da der Montanausschuß zu viele Verbindungen zum Internationalen Bergarbeiterverband unterhalte.

Dieser Austritt wurde nicht formell, sondern nur faktisch vollzogen, indem die N.U.M. seit 1983 ihren Beitragsverpflichtungen nicht mehr nachgekommen ist.

Damit wurde offenkundig, daß die N.U.M. die politischen Ziele der im Internationalen Bergarbeiterverband und der im Montanausschuß zusammengeschlossenen Gewerkschaften - dem auch die IG Metall angehört - nicht teilt.

Mit freundlichen Grüßen
INDUSTRIEGEWERKSCHAFT METALL
für die Bundesrepublik Deutschland
- VORSTAND -

Hans Mayr

Anlage
Schreiben an die N.U.M.
vom 13. Dezember 1984

Betrieb & Gewerkschaft

Fortsetzung von vorheriger Seite

DM auf ein eigenes eingerichtetes IGM-Konto in Frankfurt ein. Gleichzeitig wurden 325.000 DM aus Spendengeldern des Streiks um die 35-Stunden-Woche zweckgebunden für britische Bergarbeiterkinder bereitgestellt.

Es ist wohl nicht nur Spekulation, daß der für die NUM positive, mit überwältigender Mehrheit gefaßte Beschluß des britischen Gewerkschaftsdachverbandes TUC — zu dem der DGB gute Beziehungen unterhält — vom 3.9.84, das Tauwetter im DGB mitbeeinflußt hat (vergleiche AK 250). Am 24.9.84 veröffentlichte die IG Druck das Spendenkonto der NUM in Sheffield, und am 27.9. erschien in der ,,Welt der Arbeit'' das Konto des Wuppertaler Koordinationsbüros. Diese Konten gewähren im Gegensatz zum IGM-Konto die eigenverantwortliche Verwendung der Spendengelder durch die NUM. In der Folge nahmen die Unterstützungsaktivitäten gewerkschaftlicher Untergliederungen zu, die Einladungen an Joe Holmes häuften sich. Der DGB Hamburg rief Anfang November 1984 sogar öffentlich zu einer Aktion ,,Ein Stundenlohn für die britischen Bergarbeiter'' auf (bislang mehr als 60.000 DM), die Eingänge auf den Spendenkonten der IGM nahmen rapide zu (heute über 600.000 DM).

Das Sheffielder NUM-Konto tauchte am 15.9.84 sogar in der ,,einheit'' auf, die sich erstmals genötigt sah, auch Informationen über den Streik zu geben. Tenor: Der Streik finde keine ungeteilte Zustimmung, weil der ,,*marxistisch-militante Gewerkschaftsführer*'' Scargill in ,,*der sowjetischen Gewerkschaftszeitung TRUD selbst erklärte ...Es geht um die Änderung der britischen Gesellschaftsordnung*''. Aber den Familien müsse geholfen werden (siehe AK 250).



Arthur Scargill während einer Bergarbeiter-Kundgebung

,,Wir können uns mit den Streikzielen der NUM nicht identifizieren''

schrieb der IG Bergbau-Vorstand am 24.10.84 in einem Brief an alle DGB-Vorstände. Alles andere wäre auch ver-

identifizieren''

schrieb der IG Bergbau-Vorstand am 24.10.84 in einem Brief an alle DGB-

Vorstände. Alles andere wäre auch verwunderlich. Kämpft die NUM doch nicht nur um jeden Arbeitsplatz, sondern auch gegen die Kernenergie in Großbritannien (vergleiche dazu AK 249), ganz im Gegensatz zur Pro-Kernenergie-Politik der IGBE. Dieser Brief hat es in sich. Diese Abgrenzung von der NUM erfolgt, weil diese, anders als die drei übrigen Montan-Gewerkschaften in Großbritannien und der BRD — die britische Stahlarbeitergewerkschaft, die IG Metall und die IG Bergbau — gegen Arbeitsplatzabbau kämpft. Denn die anderen drei ,,*haben in Einsicht unvermeidlicher ökonomischer Zwänge mitverantwortet und mitgetragen, daß bei Abwehr sozialer Härten für die betroffenen Arbeitnehmer zahlreiche betriebliche und überbetriebliche Rationalisierungsmaßnahmen griffen, durch die die Beschäftigung in beiden Industrien erheblich reduziert wurde*''. Die drei Gewerkschaften seien daher einen Weg gegangen, ,,*gegen den die jetzige NUM-Führung streiken läßt: Stillegung von Betrieben oder Betriebsteilen bei zufriedenstellender Bewältigung der damit verbundenen sozialen Probleme. Es mußten partielle Eingriffe erduldet werden, um nicht das Ganze zu gefährden*'' (siehe AK 252 und voller Wortlaut des Briefs in AK 253). Die politische Ausgrenzung wird zusätzlich zum Antikommunismus auf die Frage der Mitwirkung am Arbeitsplatzabbau ausgedehnt. Der NUM wird das Ausscheren aus dieser ,,Solidarfront'' vorgeworfen, das aber sei, so die IG Bergbau, ,,*für die eigenen Mitglieder nicht zumutbar*''.

Mit der Adressierung dieses Briefes an die DGB-Vorstände hat die Bergbaugewerkschaft unmißverständlich deutlich gemacht, daß sie von allen anderen Gewerkschaften verlangt, in der Solidaritätsarbeit nichts zu unternehmen, was den vorgegeben politischen Rahmen des Antikommunismus und der Ablehnung der Klassenkampf-Position der NUM sprengt.

Dieser Brief wurde am 15.11.84 in der ,,einheit'' veröffentlicht. Gleichzeitig wurde die antikommunistische Hetze gegen Scargill verschärft und mit ,,*seinen direkten Kontakten zum Terrorismus-Finanzier Ghaddafi*'' zusätzlich gewürzt.

Auf dem Gewerkschaftskongreß der IG Bergbau am 27.11.84 wiederholte Adolf Schmidt die Abgrenzung: ,,*Unter Gewährleistung der sozialen Sicherheit für unsere Mitglieder und ihre Familien ertragen wir operative Eingriffe in Teile, um das Ganze zu sichern und zu retten. Diese Politik hat sich bewährt. Es besteht kein Grund, sie zu ändern*'' (,,einheit'', 15.12.84) und schleuderte den Bannstrahl gegen die NUM, indem er erklärte, die Gewerkschaft der Steiger und technischen Angestellten, die nicht im Streik stehende kleine NACODS, ,,*vertritt für uns die Stimme der Bergarbeiter Großbritanniens*'' (FR, 28.11.84). Kein Wort fiel auf diesem Kongreß zum Streikbruch in der BRD. NUM-Generalsekretär Peter Heathfield hatte am 23.11.84 einen Brief in die BRD geschickt, in dem er von zunehmenden Kohleimporten aus der BRD berichtete: ,,*Die Einfuhren aus der BRD sind zehnmal so hoch wie gewöhnlich und fast alles wird über Amsterdam, Rotterdam und Antwerpen nach Großbritannien verschifft*'' (wo es zumeist in den nicht gewerkschaftlich organisierten Häfen entla-

wie gewöhnlich und fast alles wird über Amsterdam, Rotterdam und Antwerpen nach Großbritannien verschifft'' (wo es zumeist in den nicht gewerkschaftlich organisierten Häfen entla-

den wird). ,,*Es ist schwer diese Situation zu verstehen, wo deutsche Gewerkschafter auf der einen Seite großzügige Unterstützung leisten, während auf der anderen Seite Kohle weiterhin exportiert wird, welches wiederum unsere Schwierigkeiten erhöht, da es den Streik in bezug auf seine Wirkung verlängert*''. Heathfield nannte auch konkret Namen von Schiffahrtsgesellschaften: Heinrich Schepers Rhein-Sealine in Duisburg und Peter Dohle Schiffahrts KG in Hamburg. Die bundesdeutschen Verschiffungshäfen sind Hamburg, Duisburg und Emden. Immerhin kam am 15.12.84 in London ein Treffen der NUM, unter der Obhut des TUC mit dem DGB und der ÖTV sowie Transportarbeitergewerkschaften aus Belgien und den Niederlanden zustande. Auf diesem Treffen wurde unverbindlich die Zusage gemacht, nach ,,*praktischer und wirkungsvoller Unterstützung*''. Der DGB-Vertreter erklärte später gegenüber der ,,Frankfurter Rundschau'' ohne weitere Begründung hierzu, ,,*daß es nicht möglich sein werde, die Verschiffung durch Boykottmaßnahmen zu begrenzen*''. Daher sei die Vereinbarung ,,*entsprechend flexibel formuliert*''. Sie solle ,,*als Schützenhilfe für die britischen Gewerkschaften dienen in der öffentlichen Auseinandersetzung um den Streik der Bergarbeiter*'' (FR, 2.1.85).

IG Metall und DGB distanzieren sich von der NUM

Am 13.12.84 wurde der gewerkschaftliche Eiertanz um die Stellung zum britischen Bergarbeiterstreik im DGB eindeutig zugunsten der Position der IG Bergbau im DGB entschieden. Der Vorsitzende der IG Metall wandte sich in zwei Schreiben an die britische NUM und die Untergliederungen der IG Metall in der BRD (siehe Faksimiles).

Im Brief an die NUM wird unmißverständlich festgestellt:

— Keine Beteiligung im Namen der IG Metall am Essener Solidaritätskongreß,

— Distanzierung von den Streikzielen der NUM,

— und keine Spendengelder für den Streik in Großbritannien, sondern nur für die ,,*notleidenden Bergarbeiterfamilien*''. Um dieses zu gewährleisten, erhält die Britische Stahlarbeitergewerkschaft von der bundesdeutschen IG Metall den ,,*Auftrag*'', die Gelder in diesem Sinne zu verwenden.

Damit niemand in der IG Metall die Weisungen des Vorstandes mißversteht, wurde dies noch einmal erläutert: Die NUM sei aus der Front der antikommunistischen westlichen Gewerkschaften ausgeschert, sie unterstütze die Ziele, wie die IG Bergbau sie formuliert hat, nicht und könne daher nicht unterstützt werden. Und schließlich: Überweisungen auf die Konten, die der NUM zugänglich sind, in Sheffield und Wuppertal ,,*sind nicht zulässig*'', heißt es da in der bekannten Sprache der Gewerkschaftsausschlußbürokraten mit dem drohend erhobenen Zeigefinger an die unbotmäßigen Teile der Basis.

bürokraten mit dem drohend erhobenen Zeigefinger an die unbotmäßigen Teile der Basis.

Es ist geradezu eine Verhöhnung, wenn darauf hingewiesen wird, Internationale Solidarität sei für die IGM immer eine Selbstverständlichkeit gewesen, wenn gleichzeitig versucht wird, die britische Bergarbeitergewerkschaft politisch zu isolieren und zu gängeln. Die IG Metall mischt sich damit auch direkt in die Auseinandersetzungen im britischen TUC ein, in dem die Stahlarbeitergewerkschaft zu den rechten Teilen gehört. Über das Verhalten der Stahlarbeitergewerkschaft zum Bergarbeiterstreik schrieb das Wuppertaler Koordinationsbüro in einem Info von Mitte November 1984 u.a.:,,*Eine besondere Enttäuschung ist im bisherigen Verlauf des Arbeitskampfs die Haltung der Stahlarbeitergewerkschaft ISTC gewesen, die während ihres 13wöchigen Arbeitskampfs 1980/81 besonders stark von der N.U.M. unterstützt worden ist. Weil der Druck der kampfunerfahrenen Stahlarbeiter auf ihre Gewerkschaftsführung unter Bill Sirs nicht stark genug war, ihre Kraft nicht ausreichte, konnten sie ihre Führung damals nicht an der Aushandlung eines faulen Kompromisses hindern, der in eine schwere Niederlage führte und schließlich in der Vernichtung der Hälfte aller Arbeitsplätze und einer Schwächung der Gewerkschaft gipfelte. Von dieser Niederlage haben sich die Stahlarbeiter bis heute nicht wieder erholt. Die widerstandsbereiten Teile unter ihnen haben es bis jetzt nicht verhindern können, daß der Vorstand der ISTC nicht bereit war, mit der N.U.M. Absprachen zur Unterstützung einzugehen.*

Die N.U.M. hatte angeboten, den beiden besonders von Schließung bedrohten (von den fünf großen) britischen Stahlwerken — Port Talbot in Süd-Wales und Ravenscraig in Schottland — während des Streiks genügend Kokskohle zum Erhalt der Hochöfen zu liefern. Sirs und sein Anhang forderten aber unter Berufung auf die Sicherung der Arbeitsplätze volle Lieferungen zur Aufrechterhaltung der Produktion, nahmen also eine Streikbrecherhaltung ein und lieferten so der Regierung Propagandamunition: Die N.U.M. gefährde mutwillig die Arbeitsplätze der Stahlarbeiter. In Wirklichkeit sind die Arbeitsplätze der Stahlarbeiter gerade in diesen beiden Werken durch die Beschlüsse der EG-Kommission bedroht, die zwingend eine Reduzierung der britischen Stahlproduktion verlangen.''

Die identischen politischen Argumente des IGM-Vorstandes und der IG Bergbau sind mittlerweile auch vom DGB-Bundesvorstand übernommen worden, wie die ,,FR'' am 19.12.84 meldete. Daß die Solidarität gegenüber der NUM verweigert wird, stellte auch der DGB-Bundesvorstandssekretär Beck klar, als er darauf hinwies, daß die DGB-Kontakte nach England über den TUC, nicht aber über die NUM liefen:,,***Der TUC stellt sicher, daß die auf dieses Konto eingezahlten Spenden ausschließlich zur Unterstützung von hilfsbedürftigen Familien verwendet werden***''. (FR, 2.1.85).

Und die DGB-Einzelgewerkschaften, auch die ,,linken'', beugten sich: Die HBV-Zeitung ,,Ausblick'' hat in ihrer Dezemberausgabe erstmals das neue Konto des TUC in London veröffentlicht. Die Gewerkschaft Holz und Kunststoff publizierte noch im Dezember in der ,,Holzarbeiterzeitung'' so-

neue Konto des TUC in London veröffentlicht. Die Gewerkschaft Holz und Kunststoff publizierte noch im Dezember in der ,,Holzarbeiterzeitung'' so-

wohl das TUC-Konto als auch as Wuppertaler Konto mit der Bemerkung:,,*Wo eingezahlt wird, ist egal. Wichtig ist, daß den Bergarbeiterfamilien in ihrem Kampf und in ihrer Not geholfen wird.*'' In der Januar-Ausgabe 1985 wurde dann nur noch das TUC-Konto veröffentlicht.

Wieder einmal wird die Praxis (west)deutscher Gewerkschaften offenkundig, Solidaritätsarbeit zu massiver politischer Einflußnahme in anderen Ländern zu benutzen. Basis dafür ist der relative Reichtum dieser Gewerkschaften, der schon in Spanien und Portugal benutzt wurde, sozialdemokratische, antikommunistische Gewerkschaftsverbände aufzubauen. Im aktuellen Fall liegt die Besonderheit darin, daß man sich das humanitäre Mäntelchen desjenigen umhängen kann, der den tatsächlich in Not befindlichen Familien und Kindern großzügig hilft. Der Gestus und die politische Absicht allerdings tragen eindeutig imperialistische Züge und enthüllen, wie hier Außenpolitik im Gleichklang mit Zielsetzungen des westdeutschen Kapitals bei der Befriedung der westeuropäischen Arbeiterbewegung betrieben wird. Wer es angesichts des vordergründigen Geklappers um die 35-Stunden-Woche vergessen haben sollte: Vor die Alternative gestellt, sich zwischen einem antikapitalistischen, klassenkämpferischen Kurs, wie ihn die NUM vertritt, zu entscheiden oder für den Sozialpartner im eigenen Land, oder ,,das Ganze'', wie Adolf Schmidt das nennt, entscheiden sich die bundesdeutschen Gewerkschaften nach wie vor für das letztere.

Scargill muß kommen!

Die NUM hat offensichtlich unter dem Eindruck dieses Vorgehens der DGB-Gewerkschaften Anfang Januar ihre Teilnahme am Essener Kongreß abgesagt, sie ließ sogar Terminschwierigkeiten von Scargill erklären. Eine NUM-Erklärung für die BRD-Solidaritätsarbeit ist angekündigt, liegt uns aber noch nicht vor.

Wer will es der britischen Gewerkschaft verdenken, daß sie bei allen Differenzen, die sie zum DGB Vorgehen haben dürfte, ihrerseits kein Interesse an einer Konfrontation hat? Immerhin sind über die IG Metall mehr als 900.000 DM für die Bergarbeiterfamilien zusammengekommen, über die IG Bergbau eine Viertelmillion DM und weitere Spenden gehen laufend ein (auf dem Wuppertaler Konto, das zu benutzen wir dringend empfehlen, sind bislang mehr als eine halbe Million DM eingezahlt worden), Gelder, die dringend benötigt werden. Und schließlich ist die politische Asueinandersetzung um die Schweinereien der DGB-Vorstände ein Problem der Gewerkschaftsarbeit hierzulande. Die NUM kennt zwar ähnliche Probleme aus dem eigenen Dachverband, dem TUC, mit denen sie umzugehen hat, aber sie hat sich bislang von keinem solcher Versuche in ihrem Kampf für den Erhalt der Arbeitsplätze beirren lassen.

Die politische Solidaritätsarbeit in der Bundesrepublik zur Unterstützung des Streiks muß auf jeden Fall intensiviert werden. Die größte Gefahr besteht momentan darin, daß der NUM und ihrem Vertreter Joe Holmes die Arbeitsmöglichkeit über das Wuppertaler Büro verunmöglicht wird. Laut ,,taz'' vom 5.1.85 hat mittlerweile der GEW-Vorsitzende Wunder in einem persönlichen Brief an die GEW Wuppertal vorgewarnt, da er ,,*die Gefahr eines Eingriffs in die internationale Arbeit des Hauptvorstandes*'' sieht. Und es gehört nicht viel Phantasie dazu sich vorzustellen, daß der DGB-Druck auf die GEW zunehmen könnte, die erfolgreiche Solidaritätsarbeit in Wuppertal namens der GEW einzustellen.

Wer den politischen Druck im DGB kennt, der versteht, warum der nordrheinwestfälische Landesvorsitzende Hammelrath erklärt, ,,*ich möchte nicht, daß der Eindruck entsteht, die GEW arbeite in einer Bergarbeiterfrage gegen die Politik der IGBE*'' (taz, 8.1.85). Nur, in der Zentrale der IGBE wird man das mit Sicherheit ganz anders sehen und auf entsprechende Maßnahmen drängen.

Wie wäre es, wenn Solidaritätsgruppen, Gewerkschaften, gewerkschaftliche Untergliederungen und Unterstützer-Komitees gemeinsam dafür sorgen, daß Arthur Scargill in der Bundesrepublik reden und den Kampf der britischen Bergarbeiter und die Ziele ihres Streiks hier propagieren kann?

Kommission Betrieb und Gewerkschaft

,,Rausschmiß — ach nee! Solidarität mit Rainer, Hans und Peter von BMW!''

Dokumentation

über den Kampf der drei fristlos entlassenen Gewerkschafter vom Berliner BMW-Werk seit April 84 für Weiterbeschäftigung und die Neuwahl des Betriebsrats — auf jeweils aktuellem Stand (mit Interviews der Betroffenen und des Betriebsrats in einer Radio-Sendung, Flugblättern bei BMW, Solidaritätsbriefen und -Aktionen, Protestschreiben an Werksleitung und Betriebsrat, Berichten aus Zeitungen und Zeitschriften, Presseerklärungen über die Arbeitsgerichtsprozesse um Kündigungsschutz, Weiterbeschäftigung und die Anfechtung der Betriebsratswahlen).

Zusendung gegen 5,- DM (in Briefmarken) für Selbstkosten und Porto an das Solidaritätskomitee:
Bodo Zeuner
Habelschwerdter Allee 10
1000 Berlin 33

Solidaritätskomitee für die entlassenen BMW-Gewerkschafter
Januar 1985

Berichtigung zu AK 253

Im AK 253 haben wir im Artikel ,,Wie sitzt man einen Konflikt aus? Elf Kündigungen für die Kollegen bei BMW'' einen Fehler gemacht. Wir haben geschrieben, daß die gekündigten Betriebsräte Rainer Knirsch und Peter Vollmer erst 1984 in den Betriebsrat gewählt wurden. Knirsch zog erstmals 1978 als Listenführer der Liste ,,Einheit'' in den Betriebsrat (40 % der Stimmen) und 1981 als Listenführer der IGM-Liste. Vollmer 1981 als Listenführer der Liste ,,Metaller für Demokratie''. Wir bitten den Fehler zu entschuldigen.

Kommission Betrieb und Gewerkschaft

Gepoker um den EG-Beitritt Spaniens und Portugals

Die Regierungschefs der zehn Mitgliedsländer der „Europäischen Gemeinschaft" (EG) bekräftigten auf ihrem letzten Gipfeltreffen Anfang Dezember in Dublin erneut ihre Absicht, zum 1.1.86 den Beitritt Spaniens und Portugals zu vollziehen. Vor allem die Politiker der BRD legten großen Wert auf die Erweiterung der EG und arbeiteten wiederholt mit dem Mittel der Erpressung: Sie wollen der Erhöhung der Mehrwertsteuer-Abgaben an den EG-Haushalt von 1 auf 1,4% nur unter der Bedingung des gleichzeitigen EG-Beitritts der beiden iberischen Staaten zustimmen. Daß insbesondere Kanzler Kohl so vehement auf einen fristgemäßen EG-Beitritt drängt, hat mehrere Gründe. Da spielen die ökonomischen Interessen des westdeutschen Kapitals ebenso eine Rolle wie die volle Mitgliedschaft Spaniens in der NATO. Dennoch scheint der EG-Beitritt der beiden Mittelmeerländer keineswegs gesichert, denn eine Vergrößerung des Wirtschaftsraumes EG bedeutet immer auch eine Zunahme der jeweiligen nationalen Kapitale. Mit dem künftigen Beitritt Spaniens und Portugals in die EG verschärfen sich insbesondere die Widersprüche im Bereich des gemeinsamen Agrarmarktes der EG; vor allem gegenüber Frankreich, Italien und Griechenland. Die großen Industriekapitale, vor allem aus der BRD, Frankreich und Großbritannien sehen da schon optimistischer in die Zukunft, denn sie werden sehr profitable Bedingungen vorfinden hinsichtlich steuerlicher Vorteile und vor allem der sehr billigen Arbeitskräfte. Für die Arbeiter und für viele Kleinbauern und Landarbeiter der iberischen Halbinsel wird der EG-Beitritt alles andere als ein Fortschritt sein: Sie sind in jeder Hinsicht die Gebeutelten bei den zu erwartenden „Anpassungsprozessen" und „Strukturmaßnahmen", die ihnen durch den EG-Beitritt aufgezwungen werden.

Produktions- und Beschäftigungsstruktur in der EG und den neuen Beitrittsländern in Prozent (1978)

	Portugal	Spanien	EG
Produktionsstruktur			
Landwirtschaft	12,8	9,4	4,3
Produzierendes Gewerbe	45,3	37,9	44,3
Dienstleistungen	42,0	52,7	51,7
Beschäftigungsstruktur			
Landwirtschaft	32,5	20,0	7,6
Produzierendes Gewerbe	33,2	36,7	39,7
Dienstleistungen	34,3	40,6	52,8

(Aus: Wolf/Capron, Spätkapitalismus in den achtziger Jahren)

Spanien und Portugal als „Hinterhöfe"

Spanien und Portugal gehören eher zu den „peripheren" Ländern Westeuropas, zu den „Hinterhöfen" der Großen in der EG. Beide Länder zeichnen sich als Lieferanten billiger Arbeitskräfte aus; dies gilt nicht nur für die inländischen Produktionsbedingungen, beide Länder stellen eine beträchtliche industrielle Reservearmee zur Verfügung: Millionen portugiesischer und spanischer Arbeitskräfte sind gezwungen, in den „reicheren" EG-Ländern zu arbeiten.

Die beiden Länder gehören zu den eher unterentwickelten Staaten im Vergleich zur EG; Produktions- und Beschäftigungsstruktur entsprechen etwa dem Entwicklungsniveau einiger „Schwellenländer" Lateinamerikas. Insbesondere Portugal mit dem niedrigsten Pro-Kopf-Einkommen im Vergleich zu den EG-Staaten ähnelt in vieler Hinsicht einem Entwicklungsland und unterliegt den berüchtigten Roßkur-Rezepten des Internationalen Weltwährungsfonds (IWF). Aus nebenstehender Übersicht geht hervor, daß der Grad der landwirtschaftlichen Produktivität weit hinter der der übrigen EG-Länder hinterherhinkt. Die Industrien in beiden Ländern gelten größtenteils als veraltet und für Weltmarktbedingungen als nicht konkurrenzfähig.

Unter diesen genannten Voraussetzungen werden Spanien und Portugal im Falle des EG-Beitritts gravierende „Strukturmaßnahmen aufgezwungen.

— Rationalisierungsmaßnahmen großen Ausmaßes werden in der Landwirtschaft dazu führen, die Produktivität mittels landwirtschaftlicher Maschinenimporte bei gleichzeitiger gewaltiger Freisetzung von Landarbeitern, den Ruin von nicht-konkurrenzfähigen Kleinbauern usw. zu steigern.

— Ausländische Industrien werden entweder in Form von Produktionsverlagerungen oder aber als Kapitalbeteiligungen an zukunftsträchtigen einheimischen Industriesektoren Einfluß gewinnen (z.B. die Beteiligung von VW an der spanischen Automobilfabrik SEAT). Bei diesem Prozeß werden nur die konkurrenzfähigen großen Konzerne in diesen Ländern überleben, viele Kleinbetriebe und veraltete Industrien werden ruiniert.

Die EG-Integration ist in der oben skizzierten Richtung durchaus gewollt. Die Großbourgeoisie Spaniens und Portugals erhoffen sich Vorteile für die Produktion im Gemeinsamen Markt ebenso wie die Großgrundbesitzer.

Dennoch sind die Widersprüche und Probleme vor allem beim EG-Beitritt Spaniens beträchtlich.

Landwirtschaftliche Probleme

Das größte Hindernis für einen EG-Beitritt Spaniens und Portugals besteht zweifellos im Bereich des Agrarmarktes. Die beiden iberischen Länder treten als zusätzliche Konkurrenten vor allem gegenüber Frankreich, Italien und Griechenland auf bei den für die Mittelmeerländer so typischen Waren wie Obst, Gemüse, Zitrusfrüchte, Oliven, Wein und der Fischerei.

Die Sache wird dadurch kompliziert, weil der schon bestehende EG-Agrarmarkt nicht ausschließlich nach den Gesetzen des Marktes funktioniert, sondern gewisse planwirtschaftliche Züge aufweist: Im Kern besteht die EG-Agrarmarktordnung aus einem System festgesetzter Preise, verbunden mit garantierten Abnahmebedingungen. Daraus resultiert u.a. das Problem der riesigen Milch-, Wein-, Rindfleisch- und sonstiger Seen und Berge in der EG, denn anders als unter den Bedingungen „freier" Märkte wird die Überproduktion aus dem EG-Haushalt bezahlt. 37 Mrd. DM oder zwei Drittel des EG-Haushalts gingen für derartige Zahlungen drauf. Allerdings liegen die bezahlten Preise im Durchschnitt 10% unter den Erzeugerpreisen der EG, was den Großen zugute kommt.

Beim Obst und Gemüse, einschließlich der Zitrusfrüchte, konnte sich der EG-Agrarministerrat bereits im Oktober 1983 darauf verständigen, im wesentlichen das Interventionssystem zu verstärken, d.h. es wurden gewisse Produktionsquoten festgelegt, für die die Produzenten auch den garantierten Abnahmepreis erhalten. Als Schutz gegen ein noch größeres Überangebot und gegen einen Preisverfall wurden die protektionistischen Maßnahmen gegen Obst- und Gemüseeinfuhren aus Nicht-EG-Ländern erhöht; dies geschieht vor allem mit erhöhten Schutzzöllen, wobei die Finanzmittel aus diesen Zollmehreinnahmen den Obst- und Gemüseproduzenten der EG zufließen sollen.

Da die EG-Preise für Obst und Gemüse höher liegen als in Spanien und Portugal, bedeutet dies auf der einen Seite, daß die reichen Bauern in diesen Ländern noch reicher werden, auf der anderen Seite aber werden sich diese Lebensmittel stark verteuern.

Um die ohnehin schon gewaltige Überproduktion zu minimieren, setzte sich Frankreich mit einem 2-Stufen-Plan durch: Bis 1990 bleibt Spanien ohne Vergünstigungen aus dem EG-Haushalt und muß auch die hohen Einfuhrzölle aus der EG „schlucken". In den darauffolgenden 6 Jahren soll der gemeinsame Markt dann für Spanien geöffnet werden, allerdings bei Kontrolle des Obst- und Gemüsestroms aus Spanien in die EG. De facto bleibt Spanien also bis 1990 der gemeinsame Agrarmarkt auf diesem Sektor versperrt.

Portugal hat überdies noch eine besonders schwere Kröte zu schlucken: Es führte bislang Mais, Weizen und Rindfleisch zu niedrigen Weltmarktspreisen aus N i c h t -EG-Staaten ein — nach dem EG-Beitritt hat sich Portugal verpflichtet, diese Agrarprodukte zu überhöhten Preisen aus EG-Ländern einzuführen. Die Kosten dafür liegen so hoch, daß Portugal per Saldo mehr in die EG-Kassen einzahlen muß als es herausbekommt!

Portugal mußte sich außerdem verpflichten, die Rohrzucker-Importe aus ihren ehemaligen afrikanischen Kolonien drastisch zu reduzieren und stattdessen den teuren EG-Zucker einzuführen. Dies kommt nicht nur Portugal teuer zu stehen, sondern erst recht den afrikanischen Ländern, die auf Deviseneinnahmen dringend angewiesen sind.

Ein anderer Streitpunkt, nämlich die Produktion des Olivenöls, wude in der EG vertagt. Italien und Griechenland produzieren 750.000 Tonnen Olivenöl pro Jahr und kassieren dafür 2,1 Mrd. DM aus dem EG-Haushalt. Bisher gibt es keine Überproduktion in diesem Bereich. Kommt Spanien hinzu, werden 570.000 Tonnen dieses Öls zusätzlich auf den Markt geworfen, was Zusatzkosten von 1,6 Mrd. DM verursachen würde. Es liegt auf der Hand, daß Spanien und Portugal ihre Olivenölproduktion noch erheblich erhöhen werden, um zunächst die Überproduktion noch zu steigern, und um dann in der EG möglichst hohe garantierte Abnahmemengen zu festen Preisen herauszuschlagen. Der EG-Ministerrat strebt in diesem Bereich eine „EG-Fettordnung" an, aber erst nach 1986.

Im Bereich des Fischfangs konnte sich die EG mit Spanien darauf einigen, sich nicht zu einigen. Bekanntlich verfügt Spanien über die größte Fischfangflotte der EG mit einem 70%-Anteil und fängt auch zwei Drittel aller Fische in der EG. Spanien verlangte zunächst völlige Neuverhandlungen über die Fangquoten in der EG, was aber für die EG-Länder unannehmbar war. Denn die 10 EG-Länder haben nach langem Tauziehen die Fischfangquoten für 8 Fischarten festgeschrieben und diesen Konsens will niemand wieder in Frage stellen. Frankreich, Großbritannien und Irland verlangten von Spanien, nicht mehr vor britischen und französischen Gewässern zu fischen, sondern sich auf das Mittelmeer zu beschränken. Dies lehnte Spanien strikt ab. Der bisherige Kompromiß sieht nunmehr vor, Spanien bis zum Jahre 2001 vom gemeinsamen „EG-Meer" fernzuhalten, d.h. Spanien bleibt bis zur Jahrhundertwende „normaler" Konkurrent der EG. Da kann es dann durchaus noch mehrere Male passieren, daß französische Kriegsschiffe auf baskische Fischerboote feuern.

Hoch ging es her bei den Beitrittsverhandlungen Spaniens und Portugals in die EG, als man zum Tafelwein überging. Schon ohne die iberischen Länder gibt es für 1984 eine Tafelwein-Überproduktion von 35 Mio. Hektolitern, die mit 2,3 Mrd. DM aus der EG-Kasse subventioniert werden. Beim Tafelwein handelt es sich um keinen Qualitätswein, mit dem sich dennoch beim EG-Preissystem gut verdienen läßt. Vor allem Frankreich und Italien gehören zu den Hauptproduzenten dieses Getränks. Das Problem besteht nun darin, daß mit Spanien ein Land in die EG einziehen soll, das über die größte Weinanbaufläche der Welt verfügt. Zwar sind die Weinerträge Spaniens und Portugals aufgrund der niedrigen Produktivität bislang noch relativ niedrig, aber im Zusammenhang mit dem EG-Beitritt werden die Erträge erheblich gesteigert, um sich die hohen Überschüsse aus der EG-Kasse bezahlen zu lassen. Neun der zehn EG-Staaten schlugen daher eine Quotenregelung — ähnlich wie bei der Milch — vor, die aber zunächst von Italien abgelehnt wurde. Die Quotenregelung sah vor, daß bei Überschreiten der Überproduktion über eine bestimmte Weinmenge hinaus nur noch die Hälfte des vereinbarten Preises an die Winzer bezahlt werden sollte. Das Problem wurde vertagt und erst Anfang Dezember 1984 nahmen sich die Regierungschefs der 10 EG-Länder höchst persönlich der Sache an. Es kam zu einer Einigung, in der dann doch noch der Abbau der Überschußproduktion vereinbart wurde. Der Teufel steckt bekanntlich im Detail und so bleibt abzuwarten, ob über die Modalitäten dieser Vereinbarung noch nachverhandelt werden muß.

Zusätzliche Brisanz birgt jedoch noch die Einigung über den gemeinsamen EG-Haushalt, vor allem den Agrarhaushalt. Schon ohne die beiden Beitrittskandidaten gibt es chronische Finanzierungsschwierigkeiten des EG-Haushalts, die sich dadurch verschärfen, daß die landwirtschaftlichen Erzeugnisse nach dem Motto: „Wer mehr produziert, kriegt auch mehr Geld" weiter auf die gesättigten EG-Märkte strömen. Umgekehrt weigern sich die Haupt-Einzahler in die EG-Kasse — die BRD und Großbritannien — hartnäckig, diese sinnlose Überproduktion noch weiter zu subventionieren. (Dabei geht es hier nur um die direkten staatlichen Subventionen; nicht eingerechnet ist dabei der Umstand, daß die Agrarerzeugnisse selbst viel zu teuer sind, die Endverbraucher bzw. Konsumenten also ebenfalls dieses Preissystem mit subventionieren).

Diesen gordischen Knoten zu durchschlagen, käme dem Zerfall des EG-Agrarmarktes gleich, denn eine Quotierung und bewußte Kontrolle der Mengen landwirtschaftlicher Erzeugnisse würde an den nationalen Interessen, speziell an den Interessen der agrarischen Großproduzenten, scheitern. Eine Preissenkung würde die Bauern und Winzer ebenso auf die Straße bringen und innenpolitische Auseinandersetzungen produzieren.

Die BRD macht sich diese Probleme — nicht nur in der Frage des EG-Beitritts der iberischen Länder — zunutze: Als größter Einzahler in die EG-Kassen verfügt sie über ein hervorragendes Druckmittel gegenüber den übrigen EG-Ländern. Während es Frankreich, Italien und Griechenland zunächst überhaupt nicht so eilig hatten, sich zusätzliche Konkurrenz ins EG-Haus zu holen, spielte die BRD ihre ökonomische Trumpfkarte aus. Während Großbritannien kategorisch erklärte, keine zusätzlichen Zahlungen an die EG zu leisten (im Gegenteil, sie kriegen noch ein paar Milliarden DM zurück), stellte die BRD ein Junktim her zwischen der Erhöhung der Mehrwertsteuer-Abgaben-Erhöhung von 1 auf 1,4% und dem gleichzeitigen Beitritt Spaniens und Portugals in die EG. Kanzler Kohl: „*Wenn es keinen Beitritt gibt, dann gibt es auch nicht mehr Geld, Sonst geht's hier grad so weiter wie bisher*" (Wirtschaftswoche Nr. 50/84).

Und das zog, denn ohne Beitragserhöhungen für den EG-Etat läßt sich allein der bisherige EG-Agrarmarkt kaum noch finanzieren.

Die „Gastarbeiter"-Frage

Die EG-Ideologen, die so sehr die „Freizügigkeit" des Gemeinsamen Marktes rühmen, wurden wieder einmal Lügen gestraft, als es um die spanischen und portugiesischen Arbeitsemigranten ging. Vereinbart wurde nämlich eine 5-jährige Übergangszeit für den Nachzug von Familien sowie eine Wartezeit von 7 Jahren für ausreisewillige Spanier und Portugiesen. Ausserdem setzte die BRD durch, daß in den nächsten 7 Jahren das Kindergeld für Arbeitsemigranten-Familien nach den Sätzen der Herkunftsländer bezahlt werden soll.

„Neo-koloniale" Verhältnisse

Die „Wirtschaftswoche" (41-84) läßt den neu ernannten Präsidenten des „Instituts für Auslandsinvestitionen", Viana Baptista, zu Worte kommen. Er erklärte: „*Ich habe diesen Posten angenommen, weil ich glaube, daß wir nur mit Hilfe ausländischer Investitionen unsere Wirtschaft modernisieren und an den EG-Stand anpassen können. Portugal benötigt nicht nur Kapital, sondern vor allem Know-how und moderne Technologien. Andernfalls werden wir auf internationalen Märkten niemals konkurrenzfähig*".

Und Portugal tut seit geraumer Zeit einiges dafür, es dem ausländischen Kapital so profitabel wie möglich zu machen. Dafür sorgen u.a. auch die Auflagen des IWF aus dem Herbst 1983, die bewirkt haben, daß

— die Löhne noch weiter gesunken sind,
— die Inlandsnachfrage zurückging,
— die Staatsausgaben gedrosselt wurden,
— die Steuern auf niedrige Einkommen erhöht wurden,
— die Importe sanken und die Exporte stiegen.

„*Ganz ohne Zweifel stellen die niedrigsten Lohnkosten in Europa immer noch ein schwer zu verdrängendes Motiv für ausländische Investoren in Portugal dar*", vermeldet die „Wirtschaftswoche"; 1982 lagen die durchschnittlichen Stundenlöhne der portugiesischen Arbeiter bei 1,86 US-Dollar, der westdeutschen Arbeiter bei 10,43 Dollar. Das wissen westdeutsche Unternehmer zu schätzen. Firmen wie Siemens und Grundig, die Textil- und Schuhbranche lassen dort produzieren: „*Der größte Teil der portugiesischen Produktion fließt zurück in die Bundesrepublik und leistet dort über die Mischkalkulation einen erheblichen Beitrag, um die mit wesentlich höheren Lohnkosten operierenden deutschen Werke ... konkurrenzfähig zu halten*" („Wirtschaftswoche" 41-84).

Dennoch steht Portugal wohl erst noch eine stärkere Durchdringung mit ausländischem Kapital bevor. In den letzten 5 Jahren wurden insgesamt nur 1 Mrd. DM investiert, allerdings mit stark steigendem Aufwärtstrend. Gegenüber 1982 sind die ausländischen Direktinvestitionen um 64,4% gestiegen, offensichtlich im Zusammenhang mit den genannten Auflagen des IWF. Dabei flossen die Investitionen zu 58% in den sogenannten Dienstleistungssektor, vor allem in Kapitalbeteiligungen bei den — erst kürzlich privatisierten — Banken. Die Investitionen in der verarbeitenden Industrie besaßen nur einen Anteil von 38,8%.

Das bislang relativ geringe Investitionsvolumen ausländischer Kapitale ist vor allem damit zu erklären, daß Maßnahmen während der portugiesischen Revolution 1974/75 noch immer nicht restlos beseitigt sind. Das betrifft zum einen die hohe Rate der verstaatlichten Unternehmen, die erst jetzt zunehmend reprivatisiert werden (z.B. die Banken). Zum anderen bietet die portugiesische Arbeitsgesetzgebung den Arbeitern noch immer einen recht guten Kündigungsschutz und einige Sozialleistungen, die für ausländische Investoren hinderlich sind.

Das westdeutsche Kapital nimmt im übrigen hinsichtlich der Investitionen nur einen Mittelplatz ein. Von der einen Mrd. DM, die ausländische Kapitale im Zeitraum von 1978-1983 in Portugal investierten, stammen 20% aus Frankreich, 15% aus den USA, 13% aus der Schweiz, 8% aus Spanien und nur 7% aus der BRD.

IWF-Auflagen sowie der EG-Beitritt Portugals dürften entscheidend mit dazu beitragen, daß die Kapitalexporte in dieses Land noch erheblich zunehmen werden.

Dafür spricht auch, daß ausländischen Investoren — neben den niedrigen Löhnen — allerlei steuerliche Vorzüge genießen: so etwa die Transfermöglichkeit der Gewinne ins Ausland in voller Höhe, Zollbefreiung für Produktionsmaterial, Steuerbefreiungen bei Warenexporten usw. Doch damit nicht genug. Das ausländische Kapital möchte weitere Exportanreize erwirken, fordert den Ausbau des Verkehrsnetzes sowie die Anpassung der Arbeitsgesetzgebung an die EG-Richtlinien.

Unter diesen Gesichtspunkten ist zu erwarten, daß Portugal zu einer Exportplattform ausländischer Kapitale, vor allem aus anderen EG-Ländern,

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

ausgebaut wird, die in vielerlei Hinsicht Ähnlichkeiten mit südostasiatischen ,,Billiglohnländern'' aufweisen wird. Die westdeutsche Firma Leitz, Herstellerin von optischen Geräten, läßt ihre Waren neuerdings in Portugal herstellen und hat ihre Produktionsstätten in Taiwan oder Singapur aufgegeben bzw. stark reduziert. Keine neue Qualität wird der EG-Beitritt Portugals hinsichtlich der Handelsbeziehungen mit der EG erreichen. Der Anteil des portugiesischen Außenhandels mit den Ländern der EG beträgt schon jetzt über 50%. 1983 gingen allein 42% der portugiesischen Exporte in die drei EG-Länder BRD, Großbritannien und Frankreich.

Die Hürde Spanien

Spanien unterscheidet sich in vielerlei Hinsicht von Portugal. Die EG findet hier einen relativ großen Binnenmarkt vor, und es sollte nicht vergessen werden, daß die spanische Bourgeoisie aus historischen Gründen sehr enge Beziehungen zu vielen lateinamerikansichen Ländern pflegt, von denen auch andere EG-Staaten zu profitieren hoffen. Nach einer EG-Studie sind nur rund 30% der spanischen Industrie auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig. Die spanische Bourgeoisie hat sich jedoch vor ihrer ausländischen Konkurrenz mit hohen Schutzzöllen abgesichert. Im Schnitt liegen diese Zölle bei 17%, für die Importe ausländischer PKWs werden gar 37% Zollabgaben erhoben. Es ist daher kein Wunder, daß die hohen Schutzzölle ein wesentlicher Streitpunkt bei den Verhandlungen um den EG-Beitritt waren. Vereinbart wurde, die hohen Zölle gegenüber den EG-Staaten in einem Zeitraum von 6 Jahren schrittweise zu senken und den spanischen Markt für ausländische weiter zu öffnen. Wohin das führen soll, liegt auf der Hand: Ausländische Unternehmen wollen neue Absatzmärkte in Spanien erschließen und damit teilweise die einheimischen Industrien verdrängen.

Aber das ist bei weitem nicht alles, was von Spanien gefordert wird. Die EG verlangt von Spanien eine drastische ,,Sanierung'' der Stahl- und Werftenindustrie, da hier im EG-Rahmen neue Überkapazitäten entstehen würden und die spanische Industrie in diesen Bereichen ohnehin nicht konkurrenzfähig ist. Die sozialdemokratische Gonzáles-Regierung möchte allein im Stahlbereich 15.000 Arbeitsplätze abbauen, insgesamt stehen durch ,,Strukturanpassungsmaßnahmen'' in der Stahl- und Werftenindustrie sowie der Haushaltsgeräte-Branche rund 60.000 Arbeitsplätze (= 3% der spanischen Industriearbeiter) zur Disposition. Da spielen jedoch vor allem die baskischen Werftarbeiter nicht mit, die mit zahlreichen Streiks und Demonstrationen den sozialdemokratischen Regierungschef vorerst zwangen, die Stillegung der Werften in Bilbao aufzugeben. Aber die sozialdemokratische Regierung Spaniens ist gewillt, Spanien den Weg in die EG zu ebnen. Die Wirtschaftsprüfer der OECD haben den *,,restriktiven Kurs''* der spanischen Wirtschaftspolitik ebenso gelobt wie die *,,späte Einsicht Spaniens''*, aktiven Strukturwandel zu betreiben, anstatt ihre Märkte nach außen hin abzuschotten (,,FR'', 12.11.84). Die wirtschaftspolitischen Schwerpunkte der Gonzáles-Regierung liegen u.a.

— in einer Verminderung der hohen Inflationsrate auf derzeit etwa 8%,

— in einer Förderung der ,,Gesundschrumpfung'' staatlicher Betriebe im Bereich der Werften, der Stahlindustrie, im Kohlenbergbau und der staatlichen Eisenbahngesellschaft mit dem Ergebnis von Massenentlassungen,

— in einem Abbau der hohen Staatsverschuldung durch Einsparungen vor allem im Sozialetat einerseits und durch den Versuch einer neuen Steuergesetzgebung, denn rund die Hälfte der Freiberufler und Kapitalisten zahlen keinen Peso Steuern. Außerdem geht es bei der Sanierung des Staatshaushalts auch darum, die Kredite vom staatlichen in den privaten Sektor umzulenken,

— in einer Art ,,Sozialpakt'' zum Einfrieren der Löhne, die in den letzten zwei Jahren durch die hohe Inflationsrate zu Reallohnsenkungen geführt haben,

— in einer Inangriffnahme der spanischen Arbeitsgesetzgebung in Richtung auf mehr Mobilität und ,,Flexibilisierung'' der Arbeitszeiten einschließlich Teilzeitarbeiten,

— in einer Erleichterung der steuerlichen Exportabgaben.

In einer 1981 erschienenen Studie des spanischen Unternehmerverbandes über die Folgen des EG-Beitritts werden im wesentlichen genannt, daß viele Kleinbetriebe verschwinden werden, andererseits aber mehr ,,Rentabilität'', mehr Forschung und Technologie aus dem Ausland erheblich dazu beitragen, die spanische Produktionsstruktur an Weltmarktbedingungen anzupassen. Der Konkurrenzdruck werde die spanischen Betriebe dazu zwingen, die Produktivität bedeutend zu erhöhen, die im Vergleich zur BRD um etwa die Hälfte geringer ist.

Die restriktive Wirtschaftspolitik Spaniens hat dazu geführt, daß zwar die inländischen Investitionen real sanken, die Auslandsinvestitionen aber einen Boom erlebten: Allein in den ersten 6 Monaten 1984 stiegen die Auslands-Investitionen um 38%. Die BRD investierte allein 280 Millionen DM und liegt an zweiter Stelle hinter den USA. Interessant ist auch die Struktur ausländischer Investitionen. Der größte Anteil (26%) ausländischer Gelder fließt in Kapitalerweiterungen bei spanischen Banken, Versicherungen — also in den Dienstleistungsbereich, 12% werden in Aktien angelegt und nur 8% gehen in Unternehmensgründungen. Vor allem Japan hat kräftig Kapital nach Spanien exportiert und liegt bereits an vierter Stelle der ausländischen Investoren.

Die EG-Länder nehmen und nahmen im spanischen Außenhandel eine dominierende Position ein; knapp 50% der spanischen Exporte fließen in Länder der EG, vor allem nach Großbritannien und Frankreich, während die BRD weit zurückliegt. Die USA verfügen — aus historischen Gründen — über eine relativ starke Position in Spanien, was u.a. mit der relativen Isolierung der Franco-Diktatur zusammenhing und der militär-strategischen Bedeutung Spaniens für die USA. Ergebnis des EG-Beitritts Spaniens wird es sein, daß sich diese dominante US-Position gegenüber der EG verschlechtern wird.

Quellen:

,,Wirtschaftswoche'' 20, 41, 49, 50 und 51/1984; ,,FAZ'', 19.10.83, 9.7.84, 12.11.84; ,,FR'', 9.3.84, 27.8.84, 29.9.84; ,,Spiegel'', 29.10.84, sowie Wolf/Capron: ,,Spätkapitalismus in den achtziger Jahren'' (isp-Verlag)

D./Westberlin

Drin bleiben in der NATO!

Zum Kongreß der spanischen Sozialisten

Die Sozialistische Arbeiterpartei Spaniens (PSOE) hat sich Mitte Dezember auf ihrem Parteitag mehrheitlich dafür ausgesprochen, an der Mitgliedschaft in der NATO festzuhalten. Anträge auf Durchführung einer NATO-Nein-Kampagne vor dem für Februar 1986 vorgesehenen Referendum zu dieser Frage wurden ebenso abgelehnt wie der Austritt aus der NATO bei gleichzeitigem Bekenntnis zum Westen und erst recht bei spanischer Neutralität zwischen den Blöcken.

Partei- und Regierungschef Felipe González setzte seine Positionen auch unangefochten in allen anderen Punkten durch: Zustimmung zur restriktiven, arbeiterfeindlichen Wirtschaftspolitik, zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel bis hin zur Auswahl der Kandidaten für die neu zu wählende Exekutivkommission (ähnlich SPD-Parteipräsidium). ,,Der Kongreß des Präsidenten'', bilanzierte zum Schluß die PSOE-nahe Zeitung ,,El Pais''. Der folgende Artikel versucht, einen Einblick in den Prozeß der jüngsten Rechtsentwicklung dieser bedeutenden Sozialistischen Partei zu geben.

Schon vor Beginn des Parteitages konnte sich die Führungsriege der PSOE weitgehend sicher sein, daß das Thema NATO nicht zu einer tiefgreifenden Fraktionierung führen würde. Die entschiedensten Gegner der NATO-Mitgliedschaft von der Strömung der ,,Sozialistischen Linken'' bekamen nur 14 % der Delegiertensitze und schafften es damit nicht, offiziell den Status einer ,,Parteiströmung'' zu erhalten. (1)

Insgesamt konnte gerade ein Drittel der Delegiertenplätze von ,,Anti-Atlantistas'', also NATO-Gegnern, besetzt werden. Sie kommen z.T. aus der sozialistischen Gewerkschaft UGT, die auf ihrem letzten Gewerkschaftstag gegen den Verbleib in der NATO stimmte, und aus linken Regionalverbänden der Partei wie Katalonien oder Madrid. Von den übrigen zwei Dritteln kam ein Teil aus Regionalverbänden, die mehrheitlich den Verbleib in der NATO wünschten (darunter der weitaus stärkste andalusische Verband der PSOE), oder die sich nach der Entscheidung des Parteikongresses richten wollten. Angesichts immer deutlicherer Pro-NATO-Stellungnahmen von Felipe González vor dem Parteitag leisteten viele einfach mit der Formel ,,seine Gründe wird er schon haben'' ihrer Parteiführung Gefolgschaft. (2)

In seiner Eröffnungsrede ließ González dann auch keinen Zweifel an seiner Treue zum Bündnis mit den westlichen imperialistischen Ländern aufkommen. Die NATO bezeichnete er als Garantiefaktor der internationalen Stabilität, der aber auch der innenpolitischen Stabilität Spaniens diene.

Nicolas Redondo, Generalsekretär der UGT mit viel politischem Gewicht in der Partei, kritisierte u.a. das Eintreten von González für die NATO in der Öffentlichkeit und vor dem Parlament, ohne die Beschlüsse des Parteikongresses abgewartet zu haben. Er habe damit die Entscheidungen des letzten Kongresses gegen die NATO mißachtet. Die Vertreter der ,,Izquierda Socialista'' (IS, Sozialistische Linke) schlugen in die gleiche Kerbe wie Redondo.

Obwohl dann der wirtschaftspolitische Teil des Rechenschaftsberichtes ebenfalls hart kritisiert wurde (Anstieg der Arbeitslosigkeit, Schließung zahlreicher staatseigener Betriebe), stimmten ihm 95,3% der Delegierten zu, die anderen enthielten sich — keine Gegenstimme! (4)

Ihren Höhepunkt fand die Debatte um die NATO-Mitgliedschaft am zweiten Tag in der Sitzung des 110-köpfigen ,,Außenpolitischen Ausschusses''. Vertreter der IS forderten in ihrem Antrag eine ,,aktive Neutralität'' Spaniens, d.h. NATO-Austritt und Politik der Blockfreiheit. Der Antrag wurde zwar abgelehnt, erhielt aber immerhin genügend Zustimmung, um in das Plenum eingebracht werden zu dürfen. Einen gemäßigten Anti-NATO-Antrag brachte der Führer eines kastilischen Regionalverbandes ein, den UGT-Chef Redondo unterstützte: Der Parteitag solle jetzt keine endgültige Entscheidung treffen, sondern sie dem für 1986 angekündigten Referendum über die NATO-Mitgliedschaft überlassen; vor diesem Referendum solle die Partei jedoch eine NATO-Nein-Kampagne durchführen. Ergänzend solle der Parteitag ein klares pro-atlantisches Bekenntnis ablegen und als Alternative zur NATO-Mitgliedschaft zweiseitige Militärbündnisse mit einzelnen westeuropäischen Ländern vorschlagen. (5)

Nach der schon harten Debatte über den Neutralitätsantrag der IS, heftigem Beifall für den ,,gemäßigten'' Anti-NATO-Antrag im Anschluß und absehbarer taktischer Unterstützung desselben durch die IS gerieten die Verfechter der NATO-Mitgliedschaft um den Parteivorstand doch in Unruhe. Felipe González der sich sonst kaum bei den Ausschuß-Beratungen blicken ließ, erschien auf der Rednertribüne. In fast einstündiger Rede polemisierte er vorwiegend gegen die bereits gescheiterten Vertreter des Neutralitätskonzepts: ,,Neutralität geht einher mit der Isolierung, und diese potenziert die nationalistischen Gruppen der extremen Rechten.'' Gegen die NATO zu sein, heiße nicht unbedingt, links zu sein. (6) Er berief sich auf sozialdemokratische oder sozialistische Regierungen westeuropäischer Länder, die der NATO beigetreten oder nicht aus ihr ausgetreten wären. (7) Die Abstimmung ergab eine unvorhergesehen knappe Niederlage der NATO-Gegner mit nur 5 Stimmen Unterschied.

Im folgenden Parteitags-Plenum war nun zwar keine Gefährdung der Regierungsposition mehr zu erwarten, trotzdem entbrannte die Debatte aber wieder mit großer Heftigkeit. González fühlte sich erneut zum Eingreifen veranlaßt und gab Zeugnis von seinen demagogischen Fähigkeiten. Hier nochmal einige Kostproben: ,,Ich bin ein wahrer Pazifist und ich werde eine Verteidigungspolitik der Ernsthaftigkeit betreiben.''

,,Wenn ich Spanien in die Atlantische Allianz zu integrieren gehabt hätte, hätte ich es nicht getan. Aber, in den zwei Jahren sozialistischer Regierung hat Spanien nicht ein Atom seiner außenpolitischen Unabhängigkeit verloren.'' Nach Hinweisen von IS-Sprechern auf die Dominanz der USA in der NATO, deren 20-jährige Unterstützung für die Franco-Diktatur bis zum Tod des Diktators und ihre anhaltende Unterstützung für tyrannische Regimes (das alles werde man mit der beabsichtigten Konsolidierung des Westens ebenfalls konsolidieren) empörte sich Gonzáles, eine solche Haltung disqualifiziere die ganze europäische Linke. Und weiter: ,,Mich ärgert es, wenn man mich einen NATO-Befürworter tadelt. (...) Ich bin gegen die Militärblöcke.'' Der Preis für den Verbleib in der Allianz sei jedoch niedriger als für den Austritt. (8) Das Ergebnis der entscheidenden Abstimmung fiel recht eindeutig zugunsten des Regierungskurses für den Verbleib in der NATO aus. Der Antrag der ,,gemäßigten'' NATO-Gegner wurde mit 394 gegen 266 Stimmen bei 26 Enthaltungen abgelehnt. Die Vorlage des Parteivorstandes für NATO-Mitgliedschaft, aber (zunächst) ohne militärische Integration, erhielt dann mit 412 gegen 126 Stimmen bei 42 Enthaltungen eine umso klarere Mehrheit. Die oppositionellen Strömungen erklärten sofort, den Beschluß des Parteikongresses zu akzeptieren. (10)

Nach recht radikal klingender, zentraler Anti-NATO-Propaganda der PSOE — auch aus dem Munde des heutigen Regierungschefs — bis zu den Wahlen von 1982 und massenhafter Teilnahme auch der PSOE-Basis an den Anti-NATO-Manifestationen Anfang der 80er Jahre ist der Parteiführung nun ohne allzuviel Mühe gelungen, eine politische Kehrtwendung durchzusetzen. Hilfreich mag ihr dabei gewesen sein, daß seit dem letzten Parteitag 1981 etwa 50.000 Mitglieder in verschiedenste öffentliche Ämter in Kommunen, Regionen und Staat aufgerückt sind. ,,Der direkte Kontakt zur Macht ist ein wesentlicher Faktor, um die Unterschiede dieses 30. Kongresses zum vorherigen zu verstehen. Reife und Verantwortung sind die meistwiederholten Begriffe, wenn man ältere Mitglieder nach ihrem Eindruck von dem Kongreß fragt.'' So schreibt die Zeitung ,,El Pais'', (11) als sie der Frage nachgeht, ob es eine Rechtsentwicklung auf diesem Kongreß gebe. Nach angaben der ,,Neuen Züricher Zeitung'' vom 18.12.84 waren 60 % der Delegierten Inhaber öffentlicher Ämter auf allen Regierungsebenen.



Felipe Gonzáles und Alfonso Guerra

Bekanntlich hat die BRD-Regierung bei Androhung der Verweigerung erhöhter Zahlungen für den EG-Haushalt von den übrigen EG-Partnern verlangt, daß Spaniens EG-Beitritt bis zum 1.1.1986 zu bewerkstelligen sei. Als Argument wurde u.a. angeführt, daß ansonsten auch eine NATO-Mitgliedschaft Spaniens gefährdet sei. (12) (13)

Wie man sehen kann, war das für die PSOE völlig überflüssig — aber da bleibt noch die mehrheitliche Stimmung der spanischen Bevölkerung gegen die NATO. Da mußten natürlich auch die BRD-Vertreter mahnende Worte in Spanien verlieren. Bei einem ,,Arbeitsbesuch'' von Kanzler Kohl im Mai 84 in Spanien klärte er in gutdeutscher Arroganz die versammelten Journalisten über den Zusammenhang von EG und NATO auf: ein NATO-Austritt sei ein sehr schwerer Irrtum; man könne nicht den Rahm von der Milch abschöpfen und den sauren Teil stehenlassen, und man könne nicht in Europa Oliven verkaufen wollen, ohne zur europäischen Verteidigung beizutragen. (14)

Sicher, in der Parteibasis der PSOE findet sich nach wie vor ein gesunder Anti-Amerikanismus. Aber weder in Bonn noch in Washington braucht sich jemand über mangelnde Bereitschaft zur Mitarbeit der Chefetage der Partei zu sorgen. Sie war eigentlich noch nie aus Überzeugung gegen die NATO, sondern hat sich zeitweilig an die Spitze der Anti-NATO- und antimilitaristischen Bewegung gestellt, womit der Aufbruchsstimmung in der Linken und der Arbeiterbewegung am Ende des Franco-Faschismus Rechnung getragen wurde. In der FAZ vom 20.11.1982, also unmittelbar nach dem Wahlsieg der PSOE, wird die außenpolitische Sprecherin der Partei wie folgt zitiert: ,,Bei einem Konflikt zwischen West und Ost besteht kein Zweifel darüber, auf welcher Seite Spanien, ob nun in der NATO oder nicht, stehen wird. Gerade ein von der Spanischen Sozialistischen Arbeiterpartei regiertes Land wird bei einem hypothetischen Angriff des Warschauer Paktes auf die westlichen Länder diese Länder mit verteidigen.'' Und in der FAZ-Ausgabe vom 23.5.84 verkündet Felipe González bereits entschieden: ,,Spanien wird sich nicht vom Westen loslösen. Das wäre absurd. Spanien ist fest in die westliche Welt eingebaut. (...) Spanien wird seinen Beitrag zur gemeinsamen Verteidigung Europas leisten; das wissen unsere europäischen Partner und darüber machen sie sich auch keine Sorgen.''

Obwohl bis zu diesem Parteitag der PSOE noch ihr Anti-NATO-Votum vom letzten Parteitag — vor der Regierungsübernahme — galt, obwohl Anfang 1986 das spanische Volk noch in einem Referendum über die NATO-Mitgliedschaft entscheiden können soll, sind längst Fakten geschaffen orden.

— Spanien erwägt inzwischen sogar den Beitritt in die WEU.

— Spanien beteiligt sich an der Planung für das europäische Jagdflugzeug für die 90er Jahre (mit Großbritannien, Frankreich, Italien und der BRD).

— Spanien hat den Vorsitz in der Arbeitsgruppe Fregatte 9 übernommen.

— Anfang 1985 trat Spanien der Logistik-Organisation der NATO bei und soll nun entsprechende Waffensysteme erhalten können. (15) (16)

— Spanien arbeitet ständig im Militärausschuß der NATO mit.

— Spanien hat nicht nur einen Beistandspakt im Rahmen der Überlassung von Stützpunkten an die USA, sondern hat in den letzten Jahren die höchste US-Militärhilfe erhalten.

Das Referendum als letzte Hürde soll nun zügig angegangen werden, schon lange gibt es Überlegungen, eine klare NATO-Austritts-Forderung gar nicht mehr abstimmen zu lassen. Man sieht, wie gut die SPD für die PSOE mit ihren Erfahrungen (aus den 50er Jahren) Pate gestanden hat.

ar/KB Bremen

Anmerkungen

1. FAZ 13.12.84, Weser-Kurier (WK) 11.12.84. Für die Institutionalisierung einer Strömung sind 20 % der Delegierten erforderlich.
2. El Pais, 16.12.84
3. entfällt
4. El Pais, 16.12.84
5. FAZ, 17.12.84, El Pais 15.12.84
6. El Pais, a.a.O.
7. FAZ, a.a.O.
8. El Pais, 16.12.84
9. entfällt
10. El Pàis, 16.12.84
11. ebenda
12. Europäische Wehrkunde 11/84; FAZ 17.5.84
13. vergl. WK, 29.2.84; FAZ, 17.5.84; 20.11.84
14. FAZ, 17.5.84
15. Europäische Wehrkunde 11/84
16. Weserkurier, 3.1.85

Spanien/Baskenland:
Verhandelt die ETA mit der Regierung?

Der spanische Innenminister Barrinuevo forderte am 22.8.1984 die ETA öffentlich zur Kapitulation auf. Angeboten wurde eine individuelle Wiedereingliederungshilfe in die Gesellschaft.

Am 20.11.1984 wird der Präsident der ml-Organisation HASI und führendes Mitglied von Herri Batasuna, der 63jährige Santiago Brouard von bislang Unbekannten in seiner Arztpraxis in Bilbao erschossen. Viele sprechen von einer Aktion der Rechten.

Es stellt sich heraus, daß der Ermordete als Bote zwischen dem französischen Botschafter in Madrid, Pierre Guidoni, und der ETA fungierte.

Über diesen Zusammenhang wird von regierungsnaher Presse der Eindruck suggeriert (z.B. gesamte ,,El Pais''-Berichterstattung ab 22.11.1984), die politische Rechte würde die zaghaft begonnene Kontaktaufnahme zwischen PSOE-Regierung einerseits und ETA andererseits nicht dulden. Und — das ist die Crux — es wird so getan, als hätte die Regierung ihrerseits schon reelle Angebote zu Verhandlungen gemacht, die über die Kapitulationsforderung vom 22.8.84 hinausgingen. Auch die ,,taz'' vom 22.11.84 versucht diesen Eindruck zu vermitteln; ihr Madrid-Korrespondent überschreibt seinen Bericht ,,Provokation statt Verhandlungen''. Am 30.11.84 beendet ETA vorläufig alle Spekulationen und Medienmanöver mit der Veröffentlichung eines Kommuniqués und insbesondere mit einschlägigen Dokumenten — in der Herri Batasuna-nahen Zeitschrift ,,punto y hora''. Trotzdem versucht die regierungsfreundliche ,,El Pais'' am 30.11.84 das Bild einer verhandlungsbereiten PSOE-Regierung zu unterstreichen: die Veröffentlichung der Geheimkontakte durch die ETA sei ein Vorpreschen des ,,harten Flügels'' um Txikierdi. Dadurch sollte das Konzept der ,,weichen Fraktion'' um den ETA-Führer Txomin zunichtegemacht werden. Allein die Tatsache jedoch, daß die Regierungs-PSOE selbst die geringste Kontaktaufnahme mit der ETA vor der spanischen Rechten verheimlichen muß, läßt nicht vermuten, daß sie in der Lage wäre mehr zuzugestehen, als von der ETA die Kapitulation zu fordern.

Im folgenden ist das Kommuniqué der ETA v. 30.11.84 (gekürzt um den Abschnitt ,,Chronologie der Verhandlungen'') abgedruckt.



E.T.A. spricht über die Verhandlungen

Kommunique der ETA
veröffentlicht in »punto y hora« vom 30.11.84

E.T.A. spricht über die Verhandlungen

Kommunique der ETA
veröffentlicht in »punto y hora« vom 30.11.84

Die baskische Organisation für die nationale Befreiung erachtet es für notwendig, das baskische Volk über verschiedene Vorschläge zu einer Kontaktaufnahme zu informieren, die durch verschiedene Mittelsmänner der spanischen Regierung angeregt worden sind. Diese Vorschläge sind durch Personen und Institutionen aus dem politischen und kirchlichen Bereich vorgetragen worden. Sogar solch randständige Elemente in der baskischen Gesellschaft wie es die spanische Polizei ist, wurden dafür verwendet.

Es ist ein Versuch der sozialdemokratischen spanischen Regierung, den baskischen Widerstand gefügig zu machen; und einmal mehr läßt sie keine polizeilichen Mittel aus, die weit entfernt davon sind, einen demokratischen Ausweg zu eröffnen. Im Gegensatz dazu, wie er durch die Alternative KAS (1) gegeben ist. Sie nimmt dadurch eine repressive Position ein, genau wie die früheren spanischen Regierungen. Aber, durch die Sozialistische Arbeiterpartei Spaniens (PSOE) entwickelt, hat sie neue Elemente aufgenommen, die es zu beachten gilt: systematische Hetzjagd gegen das Umfeld der ETA und Angebote zur gesellschaftlichen Wiedereingliederung bzw. Kapitulation einzelner ETA-Kämpfer.

Um diese Elemente verstehen zu können, muß man die Bedingungen sehen, unter denen die PSOE in die spanische Regierung kam, wie sie ihre Offensive vorbereitet und wie sie das mit Hilfe des Planes ZEN (Spezialzone Nord) macht (2).

Der Staat der spanischen Reform

Wir alle wissen, daß es die Faktischen Mächte (3) waren, die die Kise der spanischen Regierung beschleunigten, die damals von der Demokratischen Zentrumsunion UCD gebildet wurde. Zuerst löste die spanische Finanzoligarchie die UCD auf, damit der Regierung später die Militärs am bekannten 23. Februar 1981 den endgültigen Schlag versetzen sollten (auch bekannt als ,,Tejerazo''), als sie das spanische Parlament bewaffnet besetzten. Schließlich gibt es keinen Zweifel darüber, daß die Faktischen Mächte, angesichts der Notwendigkeit, die Reforma Espanol zu stabilisieren, sich für die Option PSOE entschieden, die die historisch günstigsten Voraussetzungen dafür mitbrachte. Einer der zentralen Punkte in der 2. Phase der Reform ist von daher die definitive Integration in die NATO, was mit einer PSOE an der Regierung am machbarsten erscheint.

Heute stellen wir fest, daß die PSOE während ihrer Oppositionszeit gegen den Eintritt in die NATO opponierte, heute, wo sie regiert, sich jedoch geneigt zeigt. In der Tat, die PSOE war mit den geeigneten Bedingungen ausgestattet, um die 2. Phase der Reform einzuleiten. Außerdem ist sie Mitglied der Sozialistischen Internationale, die ihr helfen kann, Spanien in den Institutionen einzuführen, ohne wegen ihrer franquistischen Vergangenheit abgelehnt zu werden. Die PSOE kann mit der Gewerkschaft UGT (Union General de Trabajadores) rechnen, um die ökonomische Reform sicher durchführen zu können.

Heute stellen wir fest, daß die spanische Finanzoligarchie vorsah, diese wie den Rest der reformistischen Gewerkschaften zur Demobilisierung der Arbeiterklasse der Völker des spanischen Staates zu benutzen. Und auf der Linie gibt es einen Druck ohnegleichen: Stahlwerke, der Schiffsbaubereich, die Hochöfen, der Fischereibereich ... Tausende und Abertausende von Arbeitsplätzen werden abgebaut. Die UGT fügt sich den Anweisungen der Firmenbesitzer.

In der 1. Phase der Reform war vorgesehen, daß ETA und die gesamte MLNV (die baskische nationale Befreiungsbewegung) allmählich ins Abseits gedrängt werden oder zumindest sehr geschwächt bleiben sollten, was ausreichen sollte, um ihnen in der 2. Phase den Rest zu geben. Aber wir — die Organisationen der MLNV — setzen vertrauensvoll den Prozeß der nationalen Befreiung fort, trotz Ausnahmegesetzen und ständiger Repression, trotz des Status von Gernika, das der spanische Unterdrückerstaat und die baskische Bourgeoisie in die Wege leiteten. Ja, obwohl die PNV (4) für den Weg des Autonomiestatuts votierte, hielten die Organisationen der MLNV an den minimalen Punkten fest, um zu einer Lösung zu kommen: die Alternative KAS (5).

Die Offensive

Unter diesen Bedingungen startet die spanische Regierung eine politisch-militärische Vernichtungsoffensive gegen die Organisationen der MLNV. Eine spanische Regierung unter der Federführung des Sozialdemokraten Felipe Gonzales, der die Wahlen gewonnen hatte und mit den Faktischen Mächten übereinstimmt in der Verteidigung des ,,Einen Großen Freien Spaniens'', wie es auch Franco verteidigte. Die Strategie dieser Offensive ist die polizeiliche und psychologische Hetzjagd gegen die baskischen Aktivisten: mit polizeilichen, sozialen, legalen und politischen Mitteln soll Druck auf den Widerstand ausgeübt werden, um ihn zu untergraben. Die Aktion richtet sich in erster Linie gegen diejenigen Bereiche, die der ETA unterstützend und positiv gegenüberstehen; insbesondere diejenigen, die ihr auch über familiäre Beziehungen verbunden sind, die Familienangehörigen, die Gefangenen und Exilierten. Weil es ihnen unmöglich ist, mit der ETA politisch fertig zu werden, bleibt ihnen nichts anderes übrig, als zu versuchen, deren Umfeld zu untergraben, um die ETA schließlich zu isolieren und von ihr die Kapitulation zu fordern.

werden, bleibt ihnen nichts anderes übrig, als zu versuchen, deren Umfeld zu untergraben, um die ETA schließlich zu isolieren und von ihr die Kapitulation zu fordern.

Einige Aspekte des taktischen Planes: der „Plan ZEN"

Bei der Planung dieser Offensive — als Teil des Planes ZEN - versuchte die Leitung der Nationalen Sicherheit und des spanischen Innenministeriums, die Staatsinteressen aufrechtzuerhalten. In unserem Fall bedeutet dies, um weiterhin in Süd-Euskadi mit Gesetzen, Notwendigkeiten und Interessen der spanischen Oligarchie einzuwirken — das ist der Plan ZEN. Hinter diesem Plan steckt die Absicht des spanischen Staates, kurzfristig die Initiative in der Auseinandersetzung zu erlangen, wie der Chef der Guardia Civil General Casinello dies als ,,Nordkrieg'' gegen die ETA bezeichnete, es also darauf ankommt, die militärische Besetzung Südeuskadis zu sichern. Zur Aufrechterhaltung der Initiative gegen die MLNV sah man sich veranlaßt, die Kenntnisse über die ihr angehörigen Organisationen zu vertiefen. Dies ist u. a. ein Grund für verstärkte Verhaftungen, Verhöre unter Folter und gelegentliche Entführungen baskischer Aktivisten.

Die Informationsvergiftung

Im ,,Plan ZEN'' gibt es eine 1. Phase der Informationsvergiftung über die Medien, wobei es keine Rolle spielt, auch mal einen Journalisten samt seines Mediums zu kaufen. Es kommt jedenfalls darauf an, in der Öffentlichkeit ein Bild entstehen zu lassen, daß die gesamte MNLV und insbesondere die ETA eine sektiererische, dekadente, frustrierte, faschistische und mit Drogen handelnde Gruppe sei. Unser Kampf sei dazu da, um weder politische, noch soziale Ziele zu erreichen, Produkt einer Krankheit, die uns andererseits daran hindert, in einer modernen Gesellschaft zu leben. Das Wort ,,gudari'' (Kämpfer), das vom baskischen Volk gebraucht wird, um seine Sympathie für die Kämpfer der ETA zu zeigen, wird durch den Plan ZEN zu einem Kennwort für ,,terroristisches Umfeld'' (Plan ZEN, Kap. IV-2.5.).

Man beabsichtigt kontinuierlich auf die Medien einzuwirken, die öffentliche Meinung dahingehend zu beeinflussen, den nationalen Befreiungskampf des baskischen Volkes als einen Kampf gegen die ,,junge spanische Demokratie'' gerichtet darzustellen.

Die französische Kollaboration

In den ausführlichen Vorhaben des Planes ZEN spielt der Punkt des Aufbaus der Kollaboration eine wichtige Rolle. In der Hinsicht hat die sozialdemokratische spanische Regierung ein neues Moment eingeführt: die Verwendung der Sozialistischen Internationale. Während in Süd-Euskadi das soziopolitische Umfeld der ETA größten Repressionen ausgesetzt ist — härtere Bedingungen für die baskischen Gefangenen in den spanischen Knästen, vermehrte Verhaftungen, Verabschiedung von Ausnahmegesetzen —, schickt die Regierung von Spanien ihre

le. Während in Süd-Euskadi das sozio-politische Umfeld der ETA größten Repressionen ausgesetzt ist — härtere Bedingungen für die baskischen Gefangenen in den spanischen Knästen, vermehrte Verhaftungen, Verabschiedung von Ausnahmegesetzen —, schickt die Regierung von Spanien ihre

Minister in die Länder, in denen baskische Flüchtlinge leben, um dadurch die Offensive zu vervollständigen. Die französische Regierung sieht eine einmalige Gelegenheit, die Situation zu nutzen: Verhandeln auf Kosten der baskischen Flüchtlinge, um daraus Vorteile gegenüber der spanischen Regierung zu ziehen. Die Vorstufen dieser Zusammenarbeit gehen zurück auf Ende 1982, blutige Realität wird sie jedoch erst im Oktober 1983 mit dem Auftauchen der GAL (antikommunistische Befreiungsgruppe): Zwei baskische Flüchtlinge verschwinden in Bayonne (Südfrankreich), neun werden ermordet, drei schwer verletzt, 26 von den französischen Behörden des Landes verwiesen und drei an die spanische Regierung ausgeliefert. Von nun an konnten keine Zweifel mehr darüber bestehen, daß Paris mit Madrid seit der Auslieferung der drei Flüchtlinge zusammenarbeitete.

Das Angebot zur Wiedereingliederung und Kapitulation

Von größter Bedeutung für die spanische Polizei im Kampf gegen die MLNV sind die Kollaboration und die Zeugenaussagen von Mitgliedern der baskischen Organisationen. Die Kollaboration, von der wir sprechen, ist die der Verhafteten und Eingesperrten. Diesen baskischen Aktivisten bietet man Strafnachlaß, vorläufige Freilassung etc. für ihre Zusammenarbeit. In diesem Falle ist es unumgänglich, dies geheim zu halten (Plan ZEN Kap. III-1.3.). Für den Fall, daß etwaige Informationen bei gerichtlichen Verfolgungen verwendet werden, müssen sie auch nicht als Zeugen aussagen (Kap. III-2.2. des Plan ZEN).

Die Angebote zur sozialen Wiedereingliederung sollten also das einzige Angebot und der Ausweg für uns sein, die wir für die Befreiung Südeuskadis kämpfen. Für sie ist es ein taktisches Moment innerhalb der Generaloffensive: Sie soll den individuellen Ausstieg aus der ETA ermöglichen, um sie zu isolieren. Ganz in diesem Sinne forderte der spanische Innenminister Barrionuevo in einer Presseerklärung die Niederlegung der Waffen durch unsere Organisation (am 23.8.1984).

Damit war auch gesagt, daß die Repression gegen diejenigen zunehmen wird, die den Kampf fortsetzen. Die spanische Regierung versucht damit letztendlich nichts anderes, als die baskischen Organisationen auseinanderzudividieren und auszulöschen, indem sie den einen die Möglichkeit zur Wiedereingliederung gibt und von den anderen die Kapitulation fordert (6). (...)

Schlußfolgerungen

(...) Was den Inhalt der ,,sozialen Wiedereingliederung'' und der Kapitulation betrifft, wäre zu sagen, daß dies einer der vielen Versuche ist, sich weiterhin problemlos unter unser Volk zu mischen. Ein Angebot, das andererseits auch ganz klar im Plan ZEN konkretisiert ist (Gesetz zur sozialen Wiedereingliederung). Dessen Inhalt ließe sich kurz wie folgt zusammenfassen: Sie fordern uns auf, daß wir unsere Ziele zurücknehmen. Die Ziele, wegen derer ETA sich gründete und sich deswegen im Volk verwurzelt hat. Als Zeichen ihrer Großzügigkeit bieten sie uns als Gegenleistung die soziale Wiedereingliederung an. Akzeptieren wir das nicht und kämpfen weiter, stellt uns der spanische Unterdrückerstaat sein allmächtiges Ultimatum.

Dies ist kein gerechter Weg, um die zahllosen Ungerechtigkeiten lösen zu wollen, die gegen unser Volk begangen wurden. Ohne Zweifel befindet sich dies auf der gleichen Linie der Unterdrückung wie bei den vorhergehenden spanischen Regierungen.

Ohne in Triumphalismus verfallen zu wollen können wir heute sagen, daß die MLNV stärker ist als je zuvor. Ursache dafür ist die Vervollständigung des politisch-militärischen Kampfes durch die ETA und die politische Ausgestaltung unter Führung des Blockes KAS, die Volkseinheit Herri Batasuna und der verschiedenen Volksorganismen. Sie haben erreicht, daß diejenigen Alternativen aus dem Pakt zwischen den Faktischen Mächten, den reformistischen Parteien und der baskischen Bourgeoisie scheitern sollten. Unsere Aufgabe heute ist es, daß die fünf Punkte des Programms KAS als einzige politische Alternative für die Normalisierung in Südeuskadi akzep-

gen Alternativen aus dem Pakt zwischen den Faktischen Mächten, den reformistischen Parteien und der baskischen Bourgeoisie scheitern sollten. Unsere Aufgabe heute ist es, daß die fünf Punkte des Programms KAS als einzige politische Alternative für die Normalisierung in Südeuskadi akzep-

tiert werden. Dazu müssen wir die Bedingungen schaffen, daß die Faktischen Mächte und insbesondere die spanische Armee diese Alternative akzeptieren müssen.

Diese Linie werden wir weiterverfolgen: mit unseren bewaffneten Aktionen die Alternative KAS unterstützen und u.a. den Widerspruch aufzeigen, indem sich die gegenwärtigen Repräsentanten des baskischen Volkes befinden; d.h. zu zeigen, daß sie nicht mehr sind, als eine aufgezwungene Institution von seiten der spanischen Faktischen Mächte mit einem Konsens, der unter Säbelrasseln hergestellt worden ist.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß über ihre Manöver, ihr falsches Gerede und ihre Vergiftungskampagne die Faktischen Mächte ihren absolut fehlenden Willen zu Verhandlungen demonstriert haben. Auf diese Tatsache beziehen wir uns, wenn wir die bewaffnete Auseinandersetzung weiterführen mit all den Umständen, die das mit sich bringt. Wir halten andererseits das Angebot eines Waffenstillstands aufrecht unter der Bedingung, daß die Faktischen Mächte über die taktische Alternative KAS verhandeln wollen. Dies ist eine unabdingbare Bedingung für politische Verhandlungen. Dies sind die Minimal-Bedingungen, um ein wirkliches Zusammenleben und eine demokratische Normalisierung zu erreichen.

Anmerkungen

1) Alternative KAS ist das Minimalprogramm, unter dem die ETA seit Jahren den Waffenstillstand anbietet: 1. Amnestie und Legalisierung der verbotenen Unabhängigkeitsparteien; 2. Demokratisches Selbstbestimmungsrecht; 3. Rückzug der Repressionskräfte; 4. Verbesserung der Lebensbedingungen der Klasse der Werktätigen; 5. Ein echtes Autonomiestatut, das Euskadi den Vorzug gibt, der baskischen Regierung die Kontrolle über die Armee in ihrem Territorium erteilt und Navarra als Teil Euskadis anerkennt.
2) Im April 1982 wird Euskadi vom spanischen Innenminister zur „Spezialzone Nord" (ZEN) erklärt. Der Plan mit einem Finanzierungsvolumen von über 15 Mrd. Peseten umfaßt auch den Aufbau eines Spitzelnetzes und einer Datenverarbeitungsanlage zur Erfassung aller radikalen Basken. Indirekt wird durch den Plan ZEN die Zugehörigkeit Navarras zu Euskadi zugegeben.
3) Faktische Mächte: So werden Armee, Polizei, Kapital und Kirche genannt.
4) PNV = Baskische Bürgerlich-Nationalistische Partei.
5) siehe Anm. 1.
6) In der gleichen Ausgabe veröffentlicht ETA einen Abschwörerbrief, der an den baskischen PNV-Senator J. Azkarraga gerichtet ist. In „El Pais" v. 4.12.84 bestreitet dieser einen oder solche Briefe jemals erhalten zu haben.

NRW: Tolerierung unwahrscheinlich

Am 12. Mai stehen in Nordrheinwestfalen Landtagswahlen an. Der Entwurf einer Landespolitischen Erklärung (LPE), die grüne ,,Überlebensforderungen'' — hinter die die Partei in Verhandlungen mit der SPD nicht zurückgehen will — auf den Tisch bringt, beherrschte vollständig die Debatte auf der Landesdelegiertenkonferenz am 15./16.12. in Niederaußem bei Köln.

Schon im November war ein Textentwurf dieser LPE durch die Landtagswahlkommission mit einigen Zusatz- und Veränderungsanträgen an alle Parteimitglieder verschickt worden. Damit schien eine breitere Diskussion in den Kreisverbänden über das Verhalten der NRW-Grünen angesichts einer möglichen rechnerischen Mehrheit von SPD plus Grünen nach der Landtagswahl gesichert. Absicht: einer unter Ereignisdruck liegenden Klärung grüner Essential, wie vormals in Hessen, ist vorgebeugt; die SPD weiß, was auf sie zukommt.

Infolge der jüngsten Ereignisse in Hessen und der Tatsache, daß die NRW-SPD weitgehend unter der Regie der Kanalarbeiter geführt wird, war längst abzusehen, daß bei den Grünen Vertreter einer Koalition ebenso wie Vertreter einer butterweichen Tolerierungslinie als Hessen einen schweren Stand haben würden.

Die Strategie des „pragmatischen Realismus"

Norbert Kostede (KV Bielefeld, seit neuestem Bundesvorstandsmitglied) hält eine Tolerierungsstrategie überhaupt nur für ein Übergangsrezept und Beruhigungsmittel unsicherer Nerven der grünen Basis (so in seinem Papier zur LDK). Er meint feststellen zu können, daß in letzter Zeit eine klare Annäherung grüner und sozialdemokratischer Standpunkte in den Bereichen Ökologie, Frieden und Technologiepolitik zu verzeichnen sei. Daraus leitet er eine klare Linie in Richtung Koalition ab.

Dagegen haben andere Vertreter aus dem Lager des ‚pragmatischen Reformismus' (dem unter Abstrichen auch die ökolibertäre Strömung zuzurechnen ist) weniger Eile auf dem Weg an die Schalthebel grüner ,,Macht''beteiligung. Das schon in AK 251/252 mit Aufmerksamkeit bedachte Strategiepapier von Müller / Wiesenthal / Falkenberg / Herbers, dessen Grundtenor auch dem ökolibertären Lager die Türen offenhält, orientiert eher auf Regierungsbeteiligung nach Ablauf einer Periode, in der die Kreisverbände ihre Nerven in konkreter Zusammenarbeit mit der SPD bereits haben stählen kön-

gierungsbeteiligung nach Ablauf einer Periode, in der die Kreisverbände ihre Nerven in konkreter Zusammenarbeit mit der SPD bereits haben stählen kön-

nen. Denn: *,,Auf lange Sicht ist es unvernünftig, wenn wir uns einer Regierungsbeteiligung entziehen: da stechen die Argumente von Norbert Kostede. (Übrigens gibt es hierüber, wie wir behaupten, zwischen verschiedenen Strömungen der GRÜNEN einen weitgehend verschwiegenen Konsens)''* (ebd.). Sollte dieser verschwiegene Konsens auch die Ökosozialisten einschließen? Habt Ihr am Biertisch mehr vernommen, als diese offiziell verlauten lassen?

Die Orientierung auf ein Regierungsbündnis könnte den Autoren nach schon Ende der 80er Jahre in Erfüllung gehen.

Eine Regierungsbeteiligung soll der Schlüssel für die praktische Umsetzung grüner Positionen sein, sofern — wie das Strategiepapier ausführt — ,,ministrable Personen'' vorhanden sind, die SPD die Grünen als ernstzunehmende Kraft begreift, die Grünen programmatisch sicherer auftreten und die Wählerbasis sich verbreitert hat. Daß dabei stets der schon notorische Rekurs auf die Selbstverpflichtung gegenüber der fundamentalen Identität der Grünen wiedergekäut wird und die außerparlamentarischen Bewegungen gestreichelt werden, soll zur Beruhigung der schwachen Nerven grüner Skeptiker vollauf reichen. Zudem sind solche Sprüche bei der derzeitigen ideologischen Verfassung der Partei noch Eintrittsbillet für jede Strömung, die mehr als ein Randdasein fristen will. Auf der einen Seite setzt dieser ,,pragmatische Reformismus'' allerdings strategisch längerfristige Entwicklungsperspektiven, die bei aller Flachheit und Unbekümmertheit staatsmännischer Attitüden (,,eine Politik der verändernden Gestaltung'') im Trend grüner Entwicklung zu liegen scheinen. *,,Die Entwicklung unserer Landespartei wird sehr weitgehend in den Kommunalparlamenten entschieden werden, von den 1023 frischgebackenen grünen Parlamentariern, weniger von einer Handvoll Landtagsabgeordneter.''* (ebd.) man setzt auf die ,,stille Revolution'' der Kommunalfraktionen, die, eines Verharrens in der Oppositionsrolle müde, bald auf das Pferd setzen werden, *,, ... durch Absprachen mit der SPD konkrete Einfluß- und Gestaltungsmöglichkeiten in der Kommune zu bekommen.''* (ebd.) Bis die Auswirkungen dieser Praxis der ,,reformorientierten Machbarkeit'' in der Partei voll durchschlagen, geht es für die pragmatischen Realisten darum, unnötige Festlegungen (wie z.B. ein BuVo-Antrag in Hamburg) fortzuräumen oder aufzuweichen, auf die Selbstheilungskräfte der Verparlamentarisierung zu vertrauen und ansonsten mit den Wölfen zu heulen.

Und die Ökosozialisten?

Mit dem Wind der Alltagspraxis grüner Parlamentarier im Rücken könnten diese Strategen bald durchaus am längeren Hebel sitzen als die Ökosozialisten. Sie appellieren an Reformillusionen in den Köpfen vieler Mitglieder und Parlamentarier, die, wenn sie morgen mit dem Traum der Initiierung einer ,,anderen Entwicklungslogik'' per Tolerierung der SPD auf die Nase fallen (wie in Hessen), dann der Weisheit letzten Schluß im Ministersessel suchen, weil ihr geschliffener Realismus sie zunehmend die Grenzen bürgerlicher Realität als die Grenzen von Realität überhaupt erahnen läßt. Karl Kerschgens deutete ja jüngst an, daß das Drama um Alkem/Nukem in Hessen mit einem grünen Minister nicht passiert wäre (FR, 3.12.84). Natürlich kann man aus diesem Schlamassel auch ganz andere Schlüsse ziehen als die mit Option auf Regierungsbeteiligung. Die vorsichtige Andeutung von Trampert, Bahro u.a. im BuVo-Antrag der Bundesdelegiertenkonferenz in Hamburg, die Anbindung an außerparlamentarische Kräfte zu forcieren, damit in die Grünen ein Schub radikalerer Kräfte aus dem Widerstand einfließen zu lassen und in der Parlamentsarbeit mit wechselnden Mehrheiten zu operieren, statt Verantwortung für die Regierbarkeit des Landes zu deklarieren (was die Realos zumeist als Verantwortung für die Lösung der ökologischen und sozialen Krise verkaufen), ist zwar noch keine Alternative, würde aber den Grünen die Luft verschaffen, sich eine längerfristige strategische Linie zu erarbeiten, die nicht zwangsläufig im Sumpf der Systemkonformität mündet.

Eine überzeugende Strategie aus dem ökosozialistischen Lager ist des-

ten, die nicht zwangsläufig im Sumpf der Systemkonformität mündet.
Eine überzeugende Strategie aus dem ökosozialistischen Lager ist des-

halb mehr als nötig, weil die ,,pragmatischen Realisten'' ganz richtig den Finger auf die Wunde legen, daß die Alternative, sich bis zum Ende des Jahrhunderts totzutolerieren, weniger ,,Machbares'' umzusetzen erlaubt als eine Koalition.

Der Kampf um die Überlebensforderungen

Mit den Wölfen heulten in Niederaußem auch die Realos aus NRW. Beinahe alle erteilten sie jedweder Koalitionsabsicht in Richtung SPD eine Absage und beharrten auf Kompromißlosigkeit: wenn Rau & Co die ,,Überlebensforderungen'' nach 1. Stillegung bzw. Nichtinbetriebnahme aller Atomanlagen / mittelfristigem Ausstieg aus der Braunkohle und 2. Entgiftungsprogramm für die Chemieindusrie (Bestandsaufnahme aller Umweltchemikalien, Sanierung der Altlasten, generelle Veröffentlichung aller Untersuchungsergebnisse und umfassende Verbraucheraufklärung) — so die LPE — nicht vorbehaltlos, d.h. mit einem klaren JA akzeptiere, könne er sich von der CDU oder beim dritten Wahldurchgang mit einfacher Mehrheit von den eigenen Genossen zum Ministerpräsidenten wählen lassen.

Bis hierhin schien breiteste taktische Einheit zu herrschen. Zumindest sollte die gemeinsame Abfassung der LPE mit diesen zwei ,,Überlebensforderungen'' durch R. Boch und die Ritter der Realpolitik (Wiesenthal / Falkenberg / Happe) eine solche Einheit widerspiegeln.

Der eigentliche Dissens begann beim letzten Passus der LPE, nämlich der inhaltlichen Ausformulierung, was denn nun als ,,Umkehr der Entwicklungslogik'' gelten könne. Daß in der Kompromißformulierung der LPE die ,,Überlebensforderung'' No. 1 im **sofortigen** Ausstieg des Landes NRW aus der Atomenergie bestehen sollte, war den pragmatischen Realisten nun doch zu heiß. Ihr Änderungsantrag ,,.... *Für den Ausstieg des Landes NRW aus allen Verpflichtungen, Engagements und Planungen auf dem Gebiet der Atomenergie ...''* (so Änderungsantrag 1 zur LPE, den auch R. Boch unterschrieben hatte) hätte der SPD bei entsprechender zeitlicher Streckung (bis ins Jahr 2000 ?) und dem Einbau einiger Jein-Formulierungen zwar harten Tobak vor die Nase gehalten, aber die Kooperation bei der Wahl des Ministerpräsidenten mit der SPD als Einstieg in eine Tolerierung u.U. möglich gemacht. Dieser Möglichkeit einen Riegel vorzuschieben, war Ziel des ökosozialistischen Antrags von E. Stratmann (MdB), Drabiniok (MdB) und L. Volmer (Nachrücker).

Die darin enthaltene Forderung nach **sofortigem** Ausstieg aus der Atomenergie und nach Ausweitung der ,,Überlebensforderungen'' auf die Gebiete Technologie / Neue Medien (Verkabelung, Rundfunkprivatisierung etc.) plus Arbeitslosigkeit / Neue Armut (35-Std.-Woche im öffentlichen Dienst, Landeszulage für Erwerbslose, Rentner, Sozialhilfeempfänger) ging davon aus, daß in NRW auf Grund seines bundesdurchschnittlich überproportionalen Anteils an Industriearbeitern (Rhein- / Ruhrgebiet) und seiner besonderen Betroffenheit vom Sozialabbau die Grünen hier nur wirklich Fuß fassen können, wenn es ihnen gelingt, im Bewußtsein der Öffentlichkeit die Identifikation mit einer reinen Ökopax-Partei zu durchbrechen.

Im Vordergrund stand dabei die Überlegung, daß eine öffentlichkeitswirksame Publizität dieser breitgefächerten Positionen im Zusammenhang mit der Wahl des Ministerpräsidenten wirksam wird, nicht aber bei den folgenden Haushaltsverhandlungen als den eigentlichen Tolerierungsverhandlungen, die angesichts der ,,harten'' Formulierung dieser ,,Überlebensforderungen'' sowieso unwahrscheinlich sind. Die ,,Härte'' erklärt sich einzig aus der Einsicht der ökosozialistischen Autoren dieses Antrags, daß gemeinsam mit Rau und seinen Kanalarbeitern der *,,Einstieg in eine andere Entwicklungslogik''* (was immer das auch heißen mag) nur um den Preis zu haben ist, daß die ,,andere Entwicklungslogik'' zu einer leicht grün getünchten Reparaturlogik pervertiert würde.

Die ,,Überlebensforderungen'' so zu formulieren, daß eine Ministerpräsidentenwahl durch die Grünen zumindest möglich wird, das ist als der eigentliche Herzenswunsch der pragmatischen Realisten nur zu verständlich. Verständlich im Zusammenhang mit ihrer Strategie, auch in NRW eine Tolerierung als Durchlauferhitzer für einen langfristig angelegten Einstieg in eine Regierungskoalition auf Landes- und Bundesebene möglich zu machen. So wird davor gewarnt, ,,.... *unseren Einfluß ... nicht dadurch zu verschenken, daß wir als Preis für eine Tolerierung das totale Einschwenken auf unsere Ziele verlangen. **Das hieße nichts gegen die ökologische und soziale Krisenentwicklung zu tun und außerdem noch als ‚Verweigerer' dazustehen.**''* (s. Erläuterung zur LPE). Wobei unterstellt wird, daß politische Veränderungen nur über parlamentarische Kompromisse zu haben sind und der dominierende Eigenwert des Kompromisses von vornherein die Veränderbarkeit der politischen Landschaft begrenzt (was dann im Zirkelschluß das ,,Machbare'' ergibt).

Da die pragmatischen Realisten davon ausgehen, daß ihre ,,Überlebensforderungen'' es zumindest möglich machen, bei der Ministerpräsidentenwahl mit der SPD ins reine zu kommen, wollen sie in den folgenden Tolerierungsverhandlungen, die sich um die Haushaltsfrage drehen werden, ,,.... *auch in anderen für uns wichtigen Politikfeldern wie Bildungs-, Sozial-, Wirtschafts-, Verkehrs- und Medienpolitik zentrale grüne Forderungen* ...'' (s. Erl. zur LPE) erfüllt sehen. Daß diese politisch zentralen Forderungen dann, wenn Rau einmal mit grüner Hilfe wieder den Ministerpräsidentensessel erklommen hat, à la Hessen von den grünen Realisten (weil Sachzwanglogik) für ein Butterbrot verscherbelt werden, ist so sicher wie das Amen in der Kirche.

Soweit zu den inhaltlichen Positionen der beiden Hauptströmungen in der LDK.

Einen ersten Sieg errang die ökosozialistische Strömung mit E. Stratmann als Hauptsprecher bei der Abstimmung darüber, ob eine Ausweitung der ,,Überlebensforderungen'' außer Chemie / Energie auch auf die Bereiche Technologie / Neue Medien und Arbeitslosigkeit / Neue Armut überhaupt wünschenswert sei.

Je später der Abend, desto müder die Delegierten. Welche inhaltliche Ausformulierung der nun auf 4 Forderungen angewachsene Katalog für die SPD erfahren sollte, wurde auf den nächsten Tag verschoben. Beide Strömungen sollten dann je einen abstimmungsreifen Entwurf vorlegen. Am Sonntag knallten die Fronten aufeinander. Die harten Vorwürfe vor allem von Happe (Landesvorstand) und Wiesenthal, der Stratmann-Antrag erschöpfe sich — bar jeder Vernunft fürs Machbare — in Verbalradikalismus, mündeten in einer stundenlangen (aber spannenden) Redeschlacht ohnegleichen, die dem Beobachter deutlich werden ließ, daß hier in der Klammer einer Partei zwei antagonistische Fraktionen aufeinanderstießen.

Die letztendliche Abstimmung erbrachte eine gute Mehrheit für den Stratmann-Antrag der glasklaren Absage an jegliche Koalition ,,.... für die Dauer der gesamten Legislaturperiode ...'', den sofortigen Ausstieg von NRW aus der Atomenergie (THTR-Hamm, Schneller Brüter Kalkar), die Ausschöpfung aller landespolitischen Spielräume mit dem Ziel der Stillegung / Nichtinbetriebnahme / Nichtgenehmigung aller anderen Atomanlagen.

Zum Punkt Technologie / Neue Medien hielt es die LDK für brauchbarer, eine knappe Formulierung der Realos gegen ,,.... *Unterzeichnung (bzw. Aufkündigung) der bereits beschlossenen Staatsverträge zum Privatrundfunk / -fernsehen sowie zum Bildschirmtext* ...'' zu verabschieden. Die Punkte ,,Chemie in Produktion und Umwelt'' plus ,,Erwerbslosigkeit / Neue Armut'' wurden schließlich auf die nächste LDK (im Januar) vertagt.

Fazit: was immer die nächste LDK beschließen wird, schon heute steht fest, daß die Chancen für ein rosagrünes NRW denkbar schlecht ausfallen.

Zum TOP Rotation der zukünftigen Landtagsabgeordneten wurde eine landesweite Urabstimmung (Einsendeschluß 18. Januar) beschlossen. Dabei können die Parteimitglieder wählen zwischen 1. Mandatsausübung bis zum Ende der Legislaturperiode, 2. Mandatsausübung bis zum Ende der Legislaturperiode ohne Möglichkeit der Wiederwahl und 3. Rotation während der Legislaturperiode, deren Einzelheiten die nächste LDK regeln wird.

Alfred/Witten

Beschluß der Landesdelegiertenversammlung der GRÜNEN NRW vom 16.12.84

Die Grünen haben sich zum Ziel gesetzt, eine grundlegend andere gesellschaftliche Entwicklungslogik durchzusetzen. Statt uns industriekapitalistischen Zwängen zu beugen, orientieren wir uns an ökologischen, sozialen und basisdemokratischen Entwicklungsnotwendigkeiten. Für die gegenwärtige Lage in NRW — Umweltzerstörung und überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit — ist die von SPD und CDU gemeinsam getragene Industriepolitik mitverantwortlich.

Wir sind jedoch weit davon entfernt, die zwischen SPD und CDU bestehenden Unterschiede zu übersehen. Viele gesellschaftliche Zielvorstellungen der CDU sind von den Zielen und Prinzipien der GRÜNEN noch weiter entfernt als die der SPD. Wir gehen davon aus, daß es mit einer CDU-Regierung in NRW zu einer Verschärfung der schon existierenden ökologischen und sozialen Probleme kommen würde.

Auf diesem Hintergrund sind wir bereit, mit anderen Parteien zusammenzuarbeiten, wenn mit ihnen der Einstieg in eine andere Entwicklungsrichtung gewährleistet werden kann. Wir sind bereit einen Ministerpräsidenten mitzuwählen, wenn zuvor in folgenden zentralen Bereichen der Landespolitik unverzichtbare Kurskorrekturen verbindlich vereinbart werden. Wir betrachten die Kurskorrekturen als Mindestforderungen an eine Politik, die wir mitverantworten können.

Während wir bereit sind, über die mögliche Tolerierung einer SPD-Regierung zu verhandeln, schließen wir eine Regierungsbeteiligung (Koalition) der GRÜNEN für die Dauer der gesamten Legislaturperiode aus.

Eine kontinuierliche parteipolitische Zusammenarbeit in Form der Tolerierung wäre allerdings nur möglich, wenn **außer** einer Vorabzusage der **Schlüsselforderungen** in weiteren Politikfeldern entsprechend dem grünen Landesprogramm Übereinstimmung erzielt wird.

1. Energiepolitik

Wir fordern den sofortigen Ausstieg des Landes NRW aus der Atomenergie und die schrittweise Verringerung der Braunkohleförderung als Einstieg in eine dezentrale Energieerzeugung auf der Basis regenerativer Energiequellen.

Entscheidend für die Durchsetzungschancen des Ausstiegs aus der Atomenergie ist die politische Konflikbereitschaft der Landesregierung gegenüber den AKW-Betreibern und gegenüber der Bundesregierung. Im Rahmen dieser politischen Konfliktbereitschaft müssen alle gesetzgeberischen, vertragsrechtlichen, finanz- und ordnungspolitischen Handlungsspielräume voll genutzt werden.

Die GRÜNEN betonen unmißverständlich:
Bezüglich der beiden in Bau befindlichen Reaktorlinien — Schneller Brüter in Kalkar und Hochtemperaturreaktor in Hamm sowie der Urananreicherungsanlage in Gronau hat die Landesregierung die Möglichkeit, auch gegen die Bundesregierung den Weiterbau und die Inbetriebnahme zu verhindern.

Wir verlangen von der Landesregierung die Ausschöpfung aller landespolitischen und rechtlichen Handlungsspielräume mit dem Ziel
— des Baustoppes und der Nichtinbetriebnahme des Brennelementelagers in Ahaus
— der Verweigerung der Genehmigung eines Brennelementezwischenlagers in Würgassen
— der sofortigen Stillegung des Siedewasserreaktors in Würgassen, so daß auch die Erweiterung des dortigen Brennelementeabklingbeckens (Zwischenlager) überflüssig wird.

Ebenso fordern wir:
— Keine Genehmigung von Frimmersdorf West-West und anderer Tagebaue.
— Keine Bau- und Betriebsgenehmigung von Großkraftwerken, insbesondere nicht für die geplanten Braunkohlegroßkraftwerke in Neurath und Goldenberg, weil eine vollständige und sinnvolle Abwärmenutzung nicht zu gewährleisten ist.
— Die damit verbundene schrittweise Verringerung der Förderung und Nutzung von Braunkohle muß einhergehen mit einer Änderung der Energiepolitik, hin zu einer umweltverträglichen, ressourcenschonenden, dezentralen Energiewirtschaft, um nicht der Atomenergie Tür und Tor zu öffnen.

2. Technologie und Medien

Keine Unterzeichnung bzw. unverzügliche Kündigung des Staatsvertrages zum privaten Rundfunk und keine Zulassung privater Rundfunkveranstalter in NRW.

3. Chemie in Produktion und Umwelt

4. Erwerbslosigkeit / Armut

Zu den Punkten 3 und 4 formulieren DIE GRÜNEN NRW ihre Schlüsselforderungen auf der Landesversammlung 19./20. Januar 85 in Quadrath-Ichendorf.

Die Arbeitsgruppe „Berlin und Deutschlandpolitik" der Alternativen Liste Westberlin rief bisher bei manchen Linken einen leichten Anfall des Horrors hervor. Mit ihren nationalistischen Positionen gelang es ihr nicht nur, blockübergreifende und antisozialimperialistische Positionen (so hieß das früher mal) in breite Teile der Westberliner Friedenbewegung zu tragen. Über ihre „Spitzenfunktionäre" und mit ihrem Wirken in den GRÜNEN galten sie auch als bundesweite Trendsetter. Damit scheint es aber zunächst einmal aus zu sein. Durch haufenweise abgegebene Presseerklärungen, die überall den Eindruck hochoffizieller AL-Positionen hinterließen und durch personelle Verquickungen mit dem nationalrevolutionären Magazin „wir selbst" begann dieser Stern zu sinken. Denn auch wohlwollenden Kameraden aus alten „KPD"-Zeiten wurde der Tobak zu stark. „Europäisierende" Ideologieversatzstücke verbreiten auf modischen Wellen eben einen seriöseren Eindruck.

Alternative Liste Westberlin

Berlin- und Deutschlandpolitik mit neuen Akzenten

Der Weg zum Programm

Der ursprüngliche Entwurf zur Berlin- und Deutschlandpolitik der gleichnamigen AG war derart überladen mit nationalistischen und staatsbejahenden Elementen, daß es außer in der AG selber nirgends in der AL eine Chance auf Annahme gehabt hätte. Daraufhin gab es von den selben Verfassern einen nur unwesentlich entschärften Neuentwurf. Rechtzeitig genug, um in der AL breit diskutiert zu werden, reagierte die Tiergartener Bezirksgruppe mit einem Gegenentwurf. Moderat formuliert und klar antiimperialistisch in Aussage und Argumentation konnten viele ALer/innen von der Notwendigkeit der vorbehaltlosen Anerkennung der „Vier Geraer Forderungen" überzeugt werden (Anerkennung der DDR, Respektierung der DDR-Staatsbürgerschaft, Staatsgrenze in der Mitte der Elbe, Auflösung der Erfassungsstelle Salzgitter). Eine Woche vor der entscheidenden Programm-MV tauchte ein als Kompromiß formulierter Mittel-Entwurf auf. Dieser wurde unter Mitarbeit führender Köpfe der Berlin- und Deutschland AG erweitert, die dafür ihren eigenen Entwurf fallen ließ. Außerdem wurden in den vom „Europagedanken" geprägten Entwurf Teile des Tiergartener Entwurfs eingebaut. Damit stand ein Text, der von ehemaligen „KPD"-Kräften, AL-SO und eher linkssozialdemokratischen Menschen verfaßt war, einem linken Antrag gegenüber. Daß ersterer hegemoniefähig war, zeichnete sich deutlich ab. Dennoch waren ca. 40% der Anwesenden auf der MV dafür, den Tiergartener Entwurf als Diskussionsgrundlage zu nehmen. 1981, anläßlich der letztem Senatswahlen, wäre ein solches Ergebnis noch nicht möglich gewesen.

Die Maßstäbe

Die bisherigen ideologischen Kernpunkte des Neo-Patriotismus lassen sich vereinfachend in drei Schwerpunkten beschreiben:
a) Zwei *äquidistante Blockführungsmächte* gewinnen die *Hegemonie* im geteilten Europa/Deutschland und produzieren eine *Wodka- bzw. Coco Cola-Kultur* . Das Leben ist *fremdbestimmt*.
Cola-Kultur . Das Leben ist *fremdbestimmt*.
b) Die deutsche *Wiedervereinigung*, ob als *Konföderation* oder in anderen Formen, ist das angemessene Mittel, um die *Identität* (der Deutschen) wieder zu erlangen.
c) Entkrampfung und *Überwindung der „Blockstrukturen"* müssen Ziel und Zweck der Politik sein. Anerkennung der DDR und ihrer Staatsbürgerschaft etc. würden hingegen die „Blockstrukturen" verfestigen und die Kriegsgefahr eher vergrößern.

Im folgenden wird versucht zu zeigen, wieweit diese Elemente wieder Eingang in das neue Berlin- und Deutschlandprogramm der AL gefunden haben.

Nationalismus ade?

Das Hervorheben nationaler/völkischer Besonderheiten oder abstrakter Werte einer „Kultur" gegenüber anderen Völkern oder Staaten unter Vernachlässigung klassenanalytischer Sichtweisen machen das Wesen des Nationalismus aus. *„Als Konsequenz der historischen Entwicklung verzichten wir klar und deutlich auf jede Anknüpfung an nationalistische Motive"* (Alle Zitate, soweit nicht anders gekennzeichnet, sind aus dem Programm). Für jeden Linken ist das normalerweise eine Selbstverständlichkeit. In der AL hingegen muß es anscheinend extra betont werden. *„Wenn die bundesdeutsche Staatsmacht heute wieder die stärksten Streikräfte Westeuropas unterhält, ist das für uns kein Anlaß zu neu erwachtem Stolz und Nationalgefühl, kein Beitrag zur Verteidigung von Werten und Freiheiten, sondern Anlaß für uns, eine grundlegende Änderung der westdeutschen Außen- und Militärpolitik zu fordern"* (Hervorheb. ab). Hier scheint die AL die Existenz von Werten und Freiheiten anzunehmen, kritisiert aber die A r t u n d W e i s e ihrer Verteidigung. Unter außenpolitischen Gesichtspunkten stellt sich jedoch die Frage, w e r die Werte und Freiheiten bedroht. Um die Antwort, die Roß und Reiter nennt, drückt sich das AL-Programm herum. Nur eine indirekte Antwort wird gegeben: *„Wir sehen aber auch, wie die DDR-Regierung ihr Land immer weiter militarisiert und zu einer wesentlichen Stütze im sowjetischen Hegemoniebereich entwickelt hat; ... so folgt die DDR-Regierung der sowjetischen Doktrin einer ‚gleichgewichtigen Abschreckung' und legitimiert damit weitere Aufrüstung im eigenen Land."* Zunächst einmal zeigt diese Passage, daß ihr der Grundgedanke einer **symmetrischen Weltsicht** mit zwei gleichwertigen Polen der Schlechtigkeit (die beiden „Blockführungsmächte") zugrunde liegt.

Läßt man sich auf diese Argumentationsweise konsequent ein, wird es einem verunmöglicht, die wirklich Schuldigen für Krieg und Elend zu benennen und zu bekämpfen. Läßt sich Nicaragua auch auf die „Logik der Abschreckung" ein, indem es so aufrüstet, daß der Preis für eine US-Intervention zu hoch wird? Folgt es damit „der sowjetischen Doktrin"?

Diese Art Kritik an den Regierungen der beiden deutschen Staaten führt folgerichtig zu dem Schluß, sie seien beide *„Musterknaben der Führungsmächte des jeweiligen Blocks."*. In der Betonung dieses angeblichen gesamtdeutschen Mißstands wird wenigstens die Basis einer immer noch „nationalbewußten" Haltung deutlich. Die oben erwähnte Gleichgewichtigkeit und Symmetrie kommt aber ins Rutschen, wenn die angesprochenen Kritikpunkte in den beiden deutschen Staaten noch einmal vor Augen geführt werden. In der BRD sind die zu starken Streitkräfte kein Beitrag zur Verteidigung von Werten und Freiheiten, während der Hauptkritikpunkt an der DDR ist, daß sie sich total der „russischen Knute" unterwirft. Preisfrage: Wer kommt besser weg?

Von Deutschland nach Europa

Immerhin gesteht die AL zu, daß bei der Überwindung der „Blockkonfrontation" deutsch-deutsche Alleingänge ausscheiden: *„Insofern richten wir unsere Hoffnungen nicht auf die Wiedervereinigung Deutschlands, sondern auf die Einigung der Europäer in West und Ost."* Hoppla, rief das Kind und fiel die Treppe rauf. Aber wer sind eigentlich die Europäer? In allen Versuchen von Konkretionen oder Fallbeispielen für das Zueinanderrücken der „Gesamteuropäer" und das Aufbrechen der „verkrusteten Blockstrukturen" taucht die Sowjetunion nicht auf. Konsequenterweise d a r f das auch nicht sein. Die holzschnittartige Ideologie der „Blocklogik" läßt nämlich nur eine g l o b a l e Supermacht Sowjet-
der „Blocklogik" läßt nämlich nur eine g l o b a l e Supermacht Sowjet-
union zu, die, was den Grad der Gefährlichkeit für die Völker angeht, genauso schlimm ist wie die USA. Doch für jeden, der sich mit Außen- und Militärpolitik beschäftigt, sollte klar sein, daß es eine ganz entscheidende Disparität zwischen den USA und der SU gibt. Nicht nur, was die realen militärischen Möglichkeiten angeht. Die SU steht im Gegensatz zu den USA unter der Last, dem Imperialismus global (d.h. den USA) Paroli zu bieten u n d sie steht als wichtige europäische Kontinentalmacht an ihrer westlichen Peripherie einem Block von sie und ihre Verbündeten bedrohenden imperialistischen Staaten gegenüber. Während also der Imperialismus seine Kräfte auf e i n e n Gegener konzentrieren kann, steht die SU zwei Hauptblöcken gegenüber. Wird der (ost-)asiatische Raum hinzugerechnet, sind es sogar drei Fronten.

Die AL macht es sich in ihrer Sandkasten-Diplomatie zur Aufgabe, an der europäischen Front Veränderungen — wie sie meint positive — zu fordern und fördern. Dem Grundsatz der Symmetrie (als moralische Legitimationsbasis) folgend, werden Veränderungsansätze in West- u n d Osteuropa gesehen: Da gibt es Versuche von westeuropäischen Ländern wie Dänemark und den Niederlanden, *„eine eigene Position gegenüber dem Führungsanspruch der USA zu bestimmen."* Im Osten hätten angeblich einige Staaten versucht, *„die Stationierung der SS 23 Raketen auf ihrem Territorium zumindest zu verzögern"*. Selbstverständlich findet auch die Solidarnosc lobende Erwähnung.

Unter dem Leitgedanken der (östlichen) Blockauflösung hätte folgerichtig auch der IWF seinen Platz gehabt, zumal sein Beitrag der größte sein dürfte. Unter Auslassung der SU (siehe oben) fordert die AL eine Intensivierung des Handels zwischen den Staaten der beiden Blöcke. Zum Gefälle zwischen kapitalistischen und realsozialistischen Ökonomien sagt sie: *„Erst wenn diese Dimension von agressiver Wirtschaftpolitik seitens des Westens zur Disposition gestellt wird, kann sich*

Fortsetzung nächste Seite

Erklärung des Bundesvorstandes der GRÜNEN zu den Aktivitäten von Neonazis im Westberliner Landesverband



Grüner von Nemenyi (Pfeil) bei einer Feierstunde der „Heidnischen Gemeinschaft" am Tegeler See: Geraune um Runen
Der SPIEGEL vom 7.1.85 über das Landesvorstandsmitglied der GRÜNEN

Die Grünen — Pressedienst vom 7. 1. 1985

Der Bundesvorstand der GRÜNEN hat sich auf seiner Sitzung am 5./6. Januar 1985 eingehend mit den Aktivitäten von Rechtsradikalen im Landesverband DIE GRÜNEN BERLIN befaßt und dazu folgende Erklärung beschlossen:

Der Landesverband DIE GRÜNEN BERLIN wurde von einer Gruppe Neonazis und Umfeld unterwandert. Dieser Gruppe war es im Laufe des letzten halben Jahres gelungen, in relevante Positionen des Landesverbandes zu kommen, unter anderem in den Landesvorstand, in das Schiedsgericht und in den Bundesfinanzrat.

Zu der Gruppe gehören Personen,
— die wegen Besitzes von Waffen und NS-Propagandamaterial rechtskräftig verurteilt wurden;
— die Mitglieder der rechtsradikalen „Heidnischen Glaubensgemeinschaft" sind;
— die gemeinsam mit dem Gründer der militanten Neonazi-Organisation „Kampfgruppe Priem" faschistische Flugblätter verteilt haben;
— etc.

Einige dieser Neonazis sind nach der Intervention des Bundesvorstandes im Dezember letzten Jahres aus dem Landesverband ausgetreten, andere sind weiterhin Mitglied. Offen ist, wieviele Anhänger sich außer den bekannten Rechtsradikalen noch im Landesverband befinden.

Der Bundesvorstand hat nach einem Gespräch mit einigen Vertretern des Landesverbandes (Mitglieder des Landesvorstandes und des Landesschiedsgerichtes) am 5. Januar 1985 nicht den Eindruck, daß die anwesenden Vertreter des Landesverbandes den ernsten Willen haben, ihrer Aufgabe nachzukommen, Rechtsradikalen die Basis ihrer Arbeit in den Berliner GRÜNEN zu nehmen. Die Vertreter klagten vielmehr diejenigen als „Inquisitoren" an, die auf eine schnelle Bereinigung der Verhältnisse drängten, und ließen jede antifaschistische Grundüberzeugung vermissen. Dies wird auch aus einem anderen Zusammenhang deutlich:

Zwischem dem Bundesvorstand und den Mitgliedern des Landesvorstands wurde am 29. Dezember 1984 u.a. vereinbart, daß der Landesvorstand innerhalb der nächsten zwei Wochen eine außerordentliche Mitgliederversammlung einberufen werde mit dem zentralen Thema:

„Umfassende Information der Berliner Mitglieder der GRÜNEN über den Versuch der Einflußnahme neonazistischer Kräfte auf die Arbeit der GRÜNEN BERLIN und die notwendigen Konsequenzen."

In der tatsächlichen Einladung formulierte der Landesvorstand dann diesen Tagesordnungspunkt folgendermaßen um: „Rechtsradikale Aktivitäten bei den GRÜNEN BERLIN? — Zu den von Jochen Lange angekündigten »Enthüllungen« im Falle eines grünen Wahlantritts".

Rechtsradikale Aktivitäten, obwohl zu dem Zeitpunkt längst erwiesen, wurden somit in Frage gestellt, das Problem auf eine persönliche Auseinandersetzung zwischen einzelnen Mitgliedern reduziert, und infolgedessen wurden Konsequenzen gar nicht erst in Erwägung gezogen. Es ging dem Landesvorstand offenbar nur noch um ein Tribunal gegen antifaschistische Aufklärungsarbeit.

Der Bundesvorstand der GRÜNEN ist davon überzeugt, daß der Landesverband Berlin mit dem Problem nicht fertig wird. Grüne Strömungen, die bisher den Landesverband politisch getragen hatten — Doppelmitglieder bei der Alternativen Liste (AL) und den GRÜNEN, die Ökolibertären und andere — haben den Landesverband verlassen und arbeiten inzwischen in der AL. Es ist so zu der Situation gekommen, daß politisch weitreichende Entscheidungen von nur wenigen Mitgliedern getroffen werden, von denen einige der Neonazi-Szene oder ihrem Umfeld angehören. An einer Befragung der Mitglieder des Landesverbandes, ob der Landesverband in Konkurrenz zur AL bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus am 10. März 1985 kandidieren solle, beteiligten sich nur 40 Mitglieder. Der Beschluß, zu kandidieren, der sich eindeutig gegen den Willen und gegen einen Beschluß der Bundesversammlung der GRÜNEN richtet, wurde nur mit einem Stimmenverhältniss von 18:10 Mitgliedern gefaßt.

Der Bundesvorstand befürchtet, daß in Berlin auch in Zukunft politische Beschlüsse im Namen der Grünen von einer kleinen Gruppe unter dem Einfluß rechtsradikaler Ideologien gefaßt werden. Um dauerhaft zu verhindern, daß grüne Willensbildung in diesem Landesverband unter brauner Beteiligung geschehen kann, und unter Benutzung des Namens DIE GRÜNEN neofaschistische Propaganda verbreitet wird, beschließt der Bundesvorstand folgende Schritte:

1. Wir fordern den Landesverband DIE GRÜNEN BERLIN auf, alle Neonazis und Mitglieder, die deren ideologischem Umfeld zuzurechnen sind, sofort auszuschließen. Der Bundesvorstand wird von sich aus ein Ausschlußverfahren gegen vier Mitglieder des Landesverbands einleiten und schließt diese vier Mitglieder mit sofortiger Wirkung von der Ausübung ihrer Rechte aus. Darunter befinden sich drei Mitglieder der „Heidnischen Glaubensgemeinschaft".
2. Der Bundesvorstand prüft die rechtlichen Möglichkeiten, den Landesverband aufzulösen und wird dem Bundeshauptausschuß (BHA) für dessen nächste Sitzung einen Vorschlag zur Entscheidung vorlegen.
3. Der Bundesvorstand wird alle Mitglieder des Landesverbandes DIE GRÜNEN BERLIN umfassend über die Vorgänge unterrichten.
4. Der Landesverband DIE GRÜNEN BERLIN wird aufgefordert, seine Kandidatur für die Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordnetenversammlungen zurückzuziehen.
5. Dem Landesverband DIE GRÜNEN BERLIN wird jede politische und organisatorische Unterstützung von seiten der Bundespartei entzogen. Wir betonen noch einmal, daß der Bundesverband DIE GRÜNEN mit der Alternativen Liste Berlin zusammenarbeitet und ausschließlich zu deren Wahl aufruft.
6. Mit der AL wird erneut darüber gesprochen, ob sie sich bereit erklären kann, rechtlich abgesichert in Berlin Landesverband der GRÜNEN zu werden. Dabei könnte — ähnlich wie die Regelung mit der GAL Hamburg — die Bezeichnung „AL" erhalten bleiben.

Fortsetzung von vorheriger Seite

das Verhältnis zwischen europäischen Staaten des Westens und Ostens entkrampfen.'' Ein traditioneller Vorschlag für die „Entkrampfung'' ist die einseitige Herstellung sozialistischer Verhältnisse; im AL-Programm bleibt hier nur eine Lücke im Text, bestenfalls wohlformulierte Fragezeichen. Das folgende Zitat aus der Arbeit eines holländischen Freundes unterstreicht das Problem, daß eine „europäische Neuordnung'', sei es auch im Namen des Friedens, nicht losgelöst von den realen ökonomischen Verhältnissen betrachtet werden darf: *„In einem Briefwechsel zwischen dem niederländischen Journalisten Brugsma und Georgi Arbatow, dem Leiter des Nordamerika-Instituts der sowjetischen Akademie der Wissenschaften und als ZK-Mitglied einer der wichtigsten Berater in Sachen Westpolitik für die Führung der UdSSR, macht er Brugsma auf die besondere Position der Niederlande aufmerksam, indem er die Namen von drei Instituten erwähnt: königlich niederländische Shell, Phillips, Unilever. Würden etwa die Niederlande aufhören, diese und andere, kaum weniger interessanten Institute zu beherbergen, wenn die USA sie aus der Abhängigkeit entläßt? Nein, die Niederlande würden als kleiner, aber wichtiger und moderner Industriestaat fortfahren, die Interessen in aller Welt zu haben, die sie während der Abhängigkeit hatten. Es werden die gleichen Interessen sein, die sie mit ihren ehemaligen Bündnispartnern verbunden hatten — und weiterhin verbinden werden. Die Belgier würden ihre Union Minièré behalten, die Deutschen ihre Farbwerke Höchst, die Engländer ihre BP usw. All diese Institute stehen miteinander in einer Konkurrenz, die sofort zurücktreten wird, wenn die Gesamtinteressenlage bedroht werden würde. Sie würden sich auf diesen Fall vorbereiten, Kooperation vereinbaren, militärische Absicherung fordern, entsprechende politische Strukturen notwendig machen; das ganze würde nicht mehr NATO heißen, das ist wahr. Aber die weltweiten Interessen und ihre Sachzwänge würden bleiben.''*

Und im Osten? Eine Reihe ökonomisch weniger entwickelter Staaten würde dem Imperialismus zum Fraß vorgeworfen. Zusätzlich zum Mittelmeerraum entstünde eine zweite ökonomische und wahrscheinlich instabile Peripherie — für die SU völlig unakzeptabel.

Deutsche Teilung

In einer Kampfabstimmung gelang es, den folgenden Passus gegen die Positionen der Berlin- und Deutschland AG durchzusetzen: *„Die Aufrechterhaltung der staatlichen Souveränität der beiden deutschen Staaten''* sei *„eine Voraussetzung für die Entkrampfung der Blocklogik ...''* Für die AL ist eine solche Position sicherlich ein Fortschritt. Aber die Alternative, im Programm klar als Minderheitenposition ausgewiesen, ließ vielen Alern auch keine andere Wahl. Die abgewiesene Position der Berlin- und Deutschland AG enthält Punkte wie: Paktfreiheit,
ausgewiesen, ließ vielen Alern auch keine andere Wahl. Die abgewiesene Position der Berlin- und Deutschland AG enthält Punkte wie: Paktfreiheit,
defensive Bewaffnung, friedensvertragliche Regelung.

Im angenommenen Programm heißt es weiter: Die BRD solle gegenüber der DDR *„alle Rechtsansprüche, die die staatliche Souveränität der DDR in Frage stellen, zur politischen Disposition stellen''*. Gemeint sind damit das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes und der Artikel 116 des Grundgesetzes („Deutscher im Sinne des Grundgesetzes''), der auch die Bürger der DDR als BRD-Bürger definiert. Im Gegensatz zur DDR will die BRD Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches sein, , für das in den Grenzen von 1937 eine friedensvertragliche Regelung noch ausstehe, einschließlich des Alleinvertretungsanspruchs für alle Deutschen. Die DDR hingegen sieht sich (zu recht) als etwas historisch Neues und lehnt daher jegliche Kontinuität, ob in rechtlicher, politischer oder moralischer Hinsicht, als potentieller Nachfolgestaat des Dritten Reiches ab. Da die BRD sich in ihrem Wahnsinnsanspruch als für alle Deutschen zuständig wähnt, führt sie in der sogenannten Erfassungsstelle Salzgitter eine Kartei, wo alle in der DDR begangenen Verbrechen registriert werden. Im Falle der Wiedervereinigung werden die Schuldigen eben nach den dann gültigen Gesetzen verurteilt. — Statt die Auflösung dieser Einrichtung und die Vernichtung der gesammelten Akten zu fordern, will die AL, daß für a l l e vorliegenden Fälle die Akten an Amnesty International zur Auswertung übergeben werden sollten. Mit der Forderung nach Verlegung der Elbgrenze in die Flußmitte sind die vier Geraer Forderungen im wesentlichen erfüllt. Doch bei der Forderung nach Akzeptierung der DDR-Staatsbürgerschaft verlangten einige eifrige Aler in Großmachtmanier entsprechende „Gegenleistungen'' der DDR. Nach zähem Ringen konnte von dieser Bedingung Abstand gewonnen werden. Jetzt heißt es in einer parallel gesetzten Formulierung, daß die AL die Beschneidung individueller politischer Rechte und die Verletzung von Menschenrechten in der DDR genausowenig wie in einem anderen Land toleriere.

... und die alte Reichshauptstadt

Von der DDR umgeben, mit der BRD verbunden und von den Alliierten regiert — kurz als „anachronistisch'' bezeichnet die AL die Lage Berlins. Daher fordert sie die Westalliierten auf, ihre Rolle als Souverän Westberlins zugunsten einer deutschen Verwaltung und Regierung abzugeben. *„Sinnvolle Rechtsvorschriften wie das Verbot von Rüstungsproduktion und -forschung oder das Verbot der NPD in West-Berlin sollen in der Verfassung verankert werden.''* An die nicht bestehende Wehrpflicht und Bundeswehr in Berlin haben die Igel leider nicht gedacht.

Interessantes gibt es zum *„äußeren Status''* zu vermelden. Ihn sollen die Alliierten auch weiterhin „garantieren''. Gegen wen, wird verschwiegen. Dieses Garantieersuchen spricht die AL unter Anlehnung an das Viermächteabkommen von 1971 zwischen den drei Staaten der Anti-Hitler-Koalition und Frankreich aus. (Um alle Rechtsansprüche offenzuhalten, forderten die westlichen Mächte ein Abkommen für das „gesamte Berlin'', während die Sowjetunion nur eine Gültigkeit für Westberlin zugestehen wollte. Da Berlin (Ost) Hauptstadt der



DDR sei.) Im Abkommen ist nur die Kompromißformel vom „betreffenden Gebiet'' zu finden. Der zweite konkrete Teil des Abkommens bezieht sich ausdrücklich auf Westberlin. Diese Feinheiten berücksichtigt die AL (absichtlich?) nicht, da sie ihre Vorstellungen auf ganz Berlin projeziert. In bester gesamtdeutscher Weise wird daher zum Verzicht auf militärische Übungen und Paraden in „b e i d e n Teilen der Stadt'' aufgerufen.

Lieblos an den Schluß des Programms geknallt findet sich noch ein umfangreicher Appendix mit vielerlei humanen Forderungen, die — wie könnte es anders sein — sich fast ausschließlich an und gegen die DDR richten.

Neben der Betonung der Solidarität mit der *„demokratischen und sozialistischen Opposition''* (von letzterem hätte die AL selbst bitter nötig!), besonders mit den „unabhängigen Friedensgruppen in der DDR'', wird gefordert: freier Informationsaustausch; ungehinderte Berichterstattung; freier Reiseverkehr; Aufhebung des Mindestumtausches; volle Freizügigkeit zwischen BRD, DDR und Berlin; wissenschaftliche, kulturelle und sportliche Kontakte unabhängig von staatlichen Programmen. Desweiteren Kontakte auf staatlicher und gesellschaftlicher Ebene zu Problemen des Umweltschutzes, der Verkehrspolitik etc.

Fazit: Insgesamt wird dem Leser ein geschliffeneres und stromlinienförmigeres Programm als zu früheren Zeiten geboten. Schwerverdauliche Klumpen sind geblieben — nur springen sie nicht mehr so unmittelbar ins Auge.

ab

Buchbesprechung

Joschkas Kraft und Herrlichkeit

Die von Freimut Duve herausgegebene Reihe „rororo-aktuell'' überzeugte von jeher weniger durch die Qualität ihrer Publikationen als durch die Schnelligkeit, mit der zu gerade diskutierten Themen irgendein dünnes Büchlein auf den Markt gebracht wurde. Gleichzeitig mit dem vom Konkret-Verlag als sensationell angekündigten Werk des Gespanns Trampert/Ebermann (vgl. AK 253, S. 17), bringt Rowohlt ein Buch von deren Kontrahenten Joschka Fischer heraus, das drei wesentliche Wettbewerbsvorteile hat: es ist billiger, dünner und enthält eine Reihe von Fotos. Der selbstkritisch-ironische Titel — „Von grüner Kraft und Herrlichkeit'' — und der Werbetext des Verlagslektors tun ein Übriges: ***„So sind Beiträge entstanden, die (u.a.) die tiefe Identitätskrise der Spontiszene und die geborgten Utopien der Linken selbstkritisch reflektieren, Abschied nehmen von klassisch-linken — marxistisch-anarchistisch geprägten — Gesellschaftsannahmen und die Anfänge einer ökologischen Neuorientierung ahnen lassen, den Verlust des utopischen Überschwangs nicht verschweigen auf dem Weg von der ‚Bürgerinitiative Chaos' zum grünen (Real-)Politiker, aber auch den Zugewinn an praktischen Einfluß- und Gestaltungsmöglichkeiten sehen.''***



Das klingt bedeutend und interessant, das muß man gelesen haben. Nun ja. Auch für Linke ohne „Pflasterstrand''-Abo sind die meisten der Artikel nur mäßig originell. Enttäuschung über die „Realpolitik'' (jawohl!) vormals in der Szene heroisierter Befreiungsbewegungen haben vor Fischer schon andere ausgekotzt; und Abschiedsbriefe ehemaliger Proletkultler an die lahmarschigen Arbeiter haben auch schon die Seiten so mancher alternativer Presse-Erzeugnisse gefüllt.

Bemerkenswert ist das ganze vor allein als politische Biographie: Fischers *„Entwicklungsprozeß von der Frankfurter Spontiszene bis hin zur grünen ‚Realpolitik' ''* (J.F., S. 7), die zudem — wie der von dem Buch ob seiner *„Offenheit und Aufrichtigkeit''* sehr angetane Rezensent der „FAZ'' weiß — *„repräsentativ für einen großen Teil seiner Generation''* ist. Wer sich weniger für Politik als für Psychologie interessiert, wird von dem Buch nicht enttäuscht sein.

Ein „scharfzüngiger Abgeordneter" (der Verlag)

Schreiben kann der Joschka — und vor allem reden. Die drei an den Schluß des Buches gestellten Bundestagsreden — „Die Schuld an Auschwitz'', zum Tode von Kemal Altun und zur Kießling-Affäre — empfehlen ihn für den — noch zu stiftenden — Herbert-Wehner-Preis für antichristdemokratische Polemik. Die offiziellen Wortprotokolle vermerken bei seinen Reden immer wieder heftige Ausfälle der attackierten CDU/CSU-Parlamentarier. Für sie ist Fischer ein „widerlicher Schreihals'' und „unverschämter Lümmel''.
seinen Reden immer wieder heftige Ausfälle der attackierten CDU/CSU-Parlamentarier. Für sie ist Fischer ein „widerlicher Schreihals'' und „unverschämter Lümmel''.
Der Spaß an den Formulierungskünsten beider Seiten entschädigt für einige staatsmännische Unappetitlichkeiten, auf die Fischer nicht verzichten mag, z.B. den Appell an des Kanzlers „Amtseid'', „christliche Grundüberzeugung'' und „Menschlichkeit'' in der Debatte um die Auslieferung türkischer Oppositioneller.

Drei große Grundthemen ...

... behandelt Joschka Fischer nach eigener Aussage in seiner Artikelsammlung: die „Auseinandersetzung um die Tolerierungspolitik der hessischen Grünen'' bzw. das Verhältnis der Grünen zur Sozialdemokratie schlechthin — während der vergangenen Monate *„Sturmzentrum der innerparteilichen Auseinandersetzung''* (S. 7). Zweitens das, *„was sich vielleicht als deutsches Identitätsproblem bezeichnen läßt — zugegeben, ein vager Begriff''* (S. 8). Was er damit meint, deutet Fischer in einem Seitenhieb gegen *„manche Hamburger Freunde aus der GAL''* an, *„die diesem Problem zu entkommen glauben, indem sie rhetorisch die Friedensbewegung allein auf ihren ‚antistaatlichen Charakter' umbiegen wollen, weil alles andere nicht in die verengten Denkschemata erstarrter sozialistischer und kommunistischer Sektentraditionen paßt.''* Als drittes werden Aussagen angekündigt zu den „Perspektiven'' der Grünen *„oder gar ihrer Philosophie''*, wo die Grünen besonders augenfällige Lücken hätten: *„Die instinktive Erkenntnis dieser Lücke läßt weite Teile der Partei gegenwärtig mehr und mehr in die alten antikapitalistischen Positionen wiedereinrücken.''*

Abschied vom Internationalismus

Der Aufsatz „Durchs wilde Kurdistan'' entstand Ende 79, zur gleichen Zeit, als im „Kursbuch'' (Nr. 57) der „Mythos des Internationalismus'' entdeckt und zerstört wurde (Teilnehmer eines in dem Band dokumentierten Streitgesprächs: Joschka Fischer). Der „Kurdistan''-Artikel beginnt mit den Worten: *„Ja, ja, der Antiimperialismus, der gute alte, bis vor kurzem machte er noch die Hälfte meines neulinken Lebens aus.''* Kein Wochenende ohne Demo, die revolutionäre Weltreise führte (im Kopf) über Persien, Vietnam, Kuba, Chile, Portugal und Nordirland. Zwar war für Joschka der Antiimperialismus *„Geburtshelfer meiner Politisierung''* (S. 14); kritisch beurteilt er aber die Auswahl der Reiseländer nach *„antiimperialistischem Egoismus''*; man *„solidarisierte sich eher mit jenen antiimperialistischen Kämpfen, wo man selbst etwas davon hatte''*. Dennoch hat die Spontiszene, zu deren Wortführer er sich macht, *„niemals gesiegt oder zumindest mitgesiegt. Unsere Revolution gab es einfach nicht''* (S. 19). *„So verließen wir die jeweiligen Kämpfe schon im Vorfeld möglicher Siege; bei einer Niederlage, wie in Chile, harrten wir dagegen tapfer, weil gefahrlos für unsere Identität, aus''* (S. 21). Die siegreichen Befreiungsbewegungen und Revolutionen kollidierten allesamt mit den Sponti-Utopien: *„Nach innen konservativ bis in die Knochen, und gleichzeitig von industrieller Fortschrittsgläubigkeit beseelt, nach außen den jeweiligen Interessen ihres Nationalstaats gehorchend''* (S. 23). Da sich das ständig wiederholt, ist die Fortsetzung der
seelt, nach außen den jeweiligen Interessen ihres Nationalstaats gehorchend'' (S. 23). Da sich das ständig wiederholt, ist die Fortsetzung der
Reise sinnlos geworden. Antiimperialismus führt zu nichts, außerdem versteht man die Welt sowieso nicht mehr: das *„Auftauchen eines revolutionären Islam''* weist auf eine *„Rückgewinnung des Religiösen''* (S. 26) hin. Den Verdacht, ihm schwebe nunmehr *„die Rückkehr in den Schoß der Mutter Kirche''* oder der *„Einstieg ins Sektenwesen''* vor, weist er entschieden zurück: *„Ich will hier lediglich die Richtung meiner geistigen Verunsicherung durch die persische Revolution skizzieren''* (S. 27).

In dem zweiten Artikel zur Abrechnung mit dem Antiimperialismus ist von Verunsicherung nichts zu spüren. Geschrieben wurde er während der Bombardierung Beiruts durch die israelische Armee (September 82), als — geht das schon wieder los? — *„Solidarität wieder groß angesagt (war) in der jüngeren westdeutschen Linken''* (S. 30). Zur Sache selbst schreibt Joschka Fischer einiges, über das sich diskutieren ließe: er kritisiert die *„auf immer neue Katastrophen und Niederlagen zusteuernde Politik der PLO''*, fordert die staatliche Anerkennung Israels und lobt Sadats „Friedensinitiative''.

Sein eigentliches Anliegen ist aber (politische) Psychoanalyse: wie kommen westdeutsche Linke dazu, sich über Jahre hinweg mit immer neuem Schwung für die Sache der Palästinenser zu engagieren? Warum sind einige gar *„palästinensischer als die PLO''*? Wegen des eigenen verdrängten *„nationalen Elends''*: *„Überhaupt kann man sich des Verdachts nicht erwehren, daß Teile der westdeutschen radikalen Linken in Palästina ihre verdrängte nationale Identitätsfindung als Deutsche austragen. Als Deutscher und Linker eine nationale Identität im Jahre 1982 zu finden, heißt vor allem, mit einem gespaltenen Bewußtsein zu leben. Als Linker hat man hierzulande zu verzichten, auf die Ostgebiete nämlich, auf die deutsche Tradition, auf ein nationales Selbstbewußtsein überhaupt. (...) als Deutscher allerdings denkt man lieber nicht an all das nationale Elend, sondern verdrängt es besser''* (S. 37).

Wie gut, daß es Palästina gibt, wo man seinerseits gegen „Verzichtspolitiker'' und „Verräter'' vom Leder ziehen kann. Kein Witz: er meint es wirklich so.

Die „deutsche Identität'' geistert auch durch die „Antipolemik zu Karl Heinz Bohrer'' („FAZ''-Kommentator, der sich an der heldenhaften britischen Falklandschlacht berauscht und die schlappe und ehrlose deutsche „Händlergesinnung'' geißelt): *„ ... zweifellos trifft die konservative Kulturkritik, wenn sie behauptet, daß noch jedes Volk, jeder Staat, jede Generation ohne Traditionen, ohne Ehre, nationale Zwecke und eine, meinetwegen, ihr zugeordnete Spiritualität nicht auskommt. Nur, woher nehmen in diesem Land? Syberberg war es wohl, der in seinem Hitlerfilm jene Worte fand: ‚Sechzig Millionen ohne Identität, welch eine Zeitbombe!' Man kann dem nur fröstelnd zustimmen''* (S. 49). Mit konkreten Vorschlägen zur Wiedergewinnung von nationaler Identität und Ehre hält Fischer sich immerhin zurück.

„Lebt wohl, Verdammte dieser Erde"

„Lebt wohl, Verdammte dieser Erde"

Noch ein Abschied, diesmal vom Proletariat. Als einer derjenigen *„heutigen Spontis, die nach 1969 eine Betriebsintervention versucht hatten''* (S. 64), würdigt Fischer das André-Gorz-Buch „Abschied vom Proletariat'' als Auseinandersetzung *„mit jenen vergangenen Mythen von Sozialismus, Proletariat, kollektiver Aneignung und Arbeitermacht (...), Mythen, die viele von uns zwar längst abgetan, aber eben nicht bewältigt haben''* (S. 65). Die schlimmsten Gorzschen Überspanntheiten — die *„Reinkarnation''* des historischen Subjekts in der *„Nicht-Klasse der Nicht-Produzenten''* — erklärt er für *„geschichtsphilosophischen Unfug''* (S. 73), dessen Ursache er in Gorz' angeblich nur halbherziger Abkehr vom Marxismus sieht: erhalten habe er sich die marxistische „Fortschrittsgläubigkeit'' und die Befreiungserwartung. Das ist Joschka Fischer zu wenig pragmatisch. Nichts rechtfertigt seiner Meinung nach das „Marxsche Vorurteil, daß die entscheidenden Veränderungen in der Geschichte von unten kommen'' (S. 79). Gefordert sei die *„Absage an jene optimistischen Utopien''* (S. 81) und das Eingeständnis, daß es *„keinen großen politischen Entwurf mehr gibt''* (S. 82): *„Wieso nicht einmal eine pessimistisch-pragmatische Utopie formulieren, die nicht ein glanzvolles Morgen verspricht, sondern von ihrer notwendig schmutzigen, repressiven, unfreien Kehrseite ausgeht?''* (S. 81). Wer es darauf anlegt, findet überall Begründungen für grüne „Realpolitik'': weg vom „glanzvollen Morgen'', hinein in die „schmutzigen'' Niederungen der Tagespolitik!

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite



Grüne Kraft und Herrlichkeit?

An die Gorz-Rezension schließt sich der innergrüne Teil an. Verblüffend daran ist vor allem das Tempo, mit dem hier Positionen geändert werden. Der Artikel ,,Warum eigentlich nicht?'' von Ende 78 bekräftigt noch einmal die alten Sponti-Ideale. Noch kann Fischer die ,,*Politik in erster Person nicht so schnell vergessen*'' (S. 91). Und: ,,*Das Problem der Parlamentarisierung wurde von Anfang an gewaltig untertrieben*'' (S. 94). Eindringlich warnt er seine Mit-Spontis vor dem überstürzten Einstieg in die Wahlbewegung: ,,*Warum bleiben wir bei diesen abgefuckten JA-NEIN-Kampagnendiskussionen stehen? Nur*

überstürzten Einstieg in die Wahlbewegung: ,,*Warum bleiben wir bei diesen abgefuckten JA-NEIN-Kampagnendiskussionen stehen? Nur*

wegen der Wahltermine? Aha, TERMIN! Die Politik ruft, Genosse, wir müssen Entscheidungen treffen, sonst findet die Wahl ohne uns statt. Wieso hören wir mit dieser Katastrophe in unseren Köpfen nicht endlich auf?'' (S. 98).

Zwei Jahre später erfolgt dann ,,Der Widerspenstigen Zähmung'' (S. 99). ,,*Es gibt sie nicht, die Spontis,*'' alle sind von den Grünen im höchsten Maße verunsichert. Für Fischer bleibt es ein ,,*kühnes politisches Unterfangen, fortschrittsgläubige Umstürzler (wenn auch von gestern) in Reformer mit konservativer Grundrichtung zu verwandeln*'' (S. 107). Noch einmal warnt er vor der Integrationskraft der Institutionen Parlament und Partei. Um die Grünen (für die er erstmals stimmen will) nicht ,,*Funktionären zu überlassen, für die man dann halt die Gefolgschaft abgegeben hat*'' (S. 107), empfiehlt er die Nominierung möglichst unprofilierter Kandidaten: ,,*Besser einer, dem es schwerfällt, wird Vertreter, wenn es schon sein muß, als einer, der immer nur vertreten hat*''. Aus heutiger Sicht wirkt das ziemlich skurril: als wessen Vertreter begreift sich der Abgeordnete Fischer/Frankfurt?

Es schließt sich ein Streitgespräch mit Milan Horacek an, in dem Fischer die Hilflosigkeit des prinzipiellen ,,Fundamentalismus'' vorführt und klassische Tolerierungspositionen vertritt: ,,*Ich hätte es gut gefunden, wenn die Partei schon in der Wahlnacht (Oktober 82; Anm. AK) gesagt hätte: Keine Startbahn ist uns einen Börner wert. (...) Ein Sachprogramm der SPD vorgeknallt und gesagt: Wir sind bündnisbereit, ihr könnt von uns die Mehrheit haben: Das sind unsere Bedingungen, jetzt streitet euch mal schön in eurer Partei*'' (S. 113).

Das war es dann weitgehend. Der aktuellste Aufsatz ,,Für einen grünen Radikalreformismus'' — Zwischenüberschrift ,,Von grüner Kraft und Herrlichkeit'' — hält nicht, was er verspricht. Er liefert einige Betrachtungen über die ,,*ersten Gehversuche*'' der Spontis in der Grünen Partei, über die dort herrschende ,,*bürokratische Anarchie*'' und Zynismen über grüne Basisdemokratie: ,,*Da führt die Öffentlichkeit aller Parteiversammlungen und das damit einhergehende strikte Rauchverbot dazu, daß die Profis und was sich dafür hält die politischen Entscheidungen rauchend, flüsternd vor der Tür ausmachen, während die Basis sich bei gesunder Luft und nunmehr zwei Stunden erbittert über Plakatekleben streitet.*''

Konkretes über den Inhalt des ,,Radikalreformismus'' enthält der Artikel kaum, stattdessen viel Einerseits und Andererseits. Die Grünen dürften sich nur nicht ,,*von ihren Grundlagen abschneiden lassen, sei es aus Gründen*

kaum, stattdessen viel Einerseits und Andererseits. Die Grünen dürften sich nur nicht ,,*von ihren Grundlagen abschneiden lassen, sei es aus Gründen*

des kurzfristigen Machterhalts oder aus Gründen der Reinheit der Lehre'' (S. 133). Ja sogar: ,,*Sie müssen in allen wesentlichen Entscheidungen ihrer Politik die Bindung an die außerparlamentarischen Bewegungen zum Maßstab ihres Handelns machen*'' (S. 133). Das klingt fundamentalistisch, ist aber nicht so gemeint. Joschka möchte immerhin austesten, wie groß die Integrationskraft der ,,*alten Mutter Sozialdemokratie*'' (S. 134) tatsächlich ist. ,,*Mag sein, daß die Hoffnung auf wirkliche Veränderungen trügt, daß die alternativen Kräfte noch zu schwach und zu unpolitisch sind, um sich dem Integrationssog widersetzen zu können*''. Wenn es so kommt, ist das auch nicht so schlimm: ,,*Was politisch bleibt und lebt, ist die schleichende Aneignung bescheidener Größen von unten, ist das zersetzende Termitenwerk jener ominösen Basis, die sich systematischem Zugriff entzieht, ist eine Pluralität von Kulturen, Lebensformen und Produktionsmöglichkeiten, welche nach einem neuen, Unabhängigkeit garantierenden Konsens von unten drängt.*''

Eigentlich sind sie nicht zu beneiden, unsere grünen ,,Realpolitiker'': Müssen sich mit den Sozis rumärgern, während die ahnungslose Basis ihr — historisch viel bedeutsameres — ,,Termitenwerk'' verrichten darf. Und dann noch das Mißtrauen. Woher kommt das bloß?

Js./Hamburg



Grüne Kulturpolitik

Bis zum bitteren Allerlei

Gelegentlich kommt auch ins Gerede, was es nicht gibt: grüne Kulturpolitik ist so ein Fall. Stattgefunden hat sie bisher bestenfalls als Karrikatur ihrer selbst: neue politische Kultur sollte in die bundesdeutsche parlamentarische Landschaft Einzug halten, penetrant nach außen gekehrt wurde (zugegebenermaßen von TV-Teams und grünen Parteitagsdelegierten gleichermaßen) eine sanfte Alltagskultur des Sockenstrickens und verbalen Liebkosens. Mit einer Politik, die sich zum Ziel setzt, dem bürgerlichen Umgang mit Kultur das Programm einer Kultur der offenen Auseinandersetzung entgegenzuhalten (um mal eine Richtung anzudeuten, in die eine grüne Kulturpolitik weisen könnte, wenn sie können wollte ...), hat das und alles andere, was über kulturpolitische Vorstellungen der Grünen an die Öffentlichkeit gedrungen ist (und das ist wenig genug) nichts zu tun hat.

Hier deshalb zwei Beiträge, die versuchen sich, auf das fremde Terrain vorzuarbeiten: ein Bericht über ein Gespräch mit Tom Koenigs, Haushaltsexperte der grünen Landtagsfraktion in Wiesbaden, beliebter Scene-Realo und Kandidat auf Listenplatz Nr. 2 in Frankfurt, obendrein noch Übersetzer vornehmlich lateinamerikanischer Literatur. Als Zugabe dann ein paar Überlegungen zum Thema nebst einiger kritischer Anmerkungen zum traurigen Abschied eines Teils der Altspontis von ihren Visionen einer neuen Kultur am Bockenheimer Südhang.

Abschied vom Zentrum

Frohe Kunde aus Manhattan
wie in allen großen Städten
wurde dort das Wohnen abgeschafft
...
welch ein Treiben in den Gassen
Jubel, Trubel, Essenfassen
Wäschewaschen, Liebe und Musik
Schluß mit dem Familienleben
dem dumpfen Aneinanderkleben
der letzte Spießer wird zum Straßenfreak
...
endlich Platz für Kommunarden
die in engen Dachmansarden
hausten wie die Würstchen in Aspik

Nächtens an den Straßenecken
brennen Feuer bis zum Wecken
leise zieht ein Schnarchen durch die Stadt
(Tommi und das Mobile Einsatzorkester)

Eine autofreie Stadt, das kann mensch sich in grünalternativen Kreisen gerade so noch vorstellen, die Abschaffung des Wohnens, wie sie von Tommi und dem Mobilen Einsatzorkester als Grundvoraussetzung für eine kulturre-

so noch vorstellen, die Abschaffung des Wohnens, wie sie von Tommi und dem Mobilen Einsatzorkester als Grundvoraussetzung für eine kulturre-

volutionäre Umwälzung des Alltags propagiert wird, steht nicht auf dem Katalog möglicher Tolerierungsbedingungen. Weder Fundamentalos noch Realos haben ein Interesse daran, die visionären Scenarien von einst, als mensch sich Bockenheim als ein Meer aus Hängematten und Rutschbahnen vorstellen konnte auf den Verhandlungstisch zu knallen. Das naßkalte Metropolenklima wird als gegeben hingenommen, die luftige Lebensart im Urlaub in Italien, Spanien oder Portugal praktiziert.

Die kulturpolitischen Programme heute haben anderes zum Inhalt: darf Politik in die Kultur, in künstlerische Prozesse eingreifen? Wie soll sich das Verhältnis von Zentrum und Peripherie (oder grüner: Basis, Dezentrale) gestalten? Eng damit verknüpft: wie wird das Verhältnis von professioneller Kunstproduktion zur selbstgemachten gesehen?

stalten? Eng damit verknüpft: wie wird das Verhältnis von professioneller Kunstproduktion zur selbstgemachten gesehen?

Den grünen Kulturbegriff, das muß bei der Beschäftigung mit dem Thema dabei gesehen werden, gibt es nicht. Zwar meint der scheidende Mitarbeiter der grünen Bundestagsfraktion Paul F. Pauly in einem Gespräch mit der taz, daß sich ,,neben Frieden und Umwelt ... Kultur auch als drittes Standbein der Grünen anbieten (würde)'', aber wie das mit dritten Standbeinen und fünften Wagenrädern nun mal so ist: man kann auch gut auf sie verzichten. Das enthebt dann auch der Verpflichtung, sich über die mögliche Beschaffenheit eines solchen Gedanken zu machen.

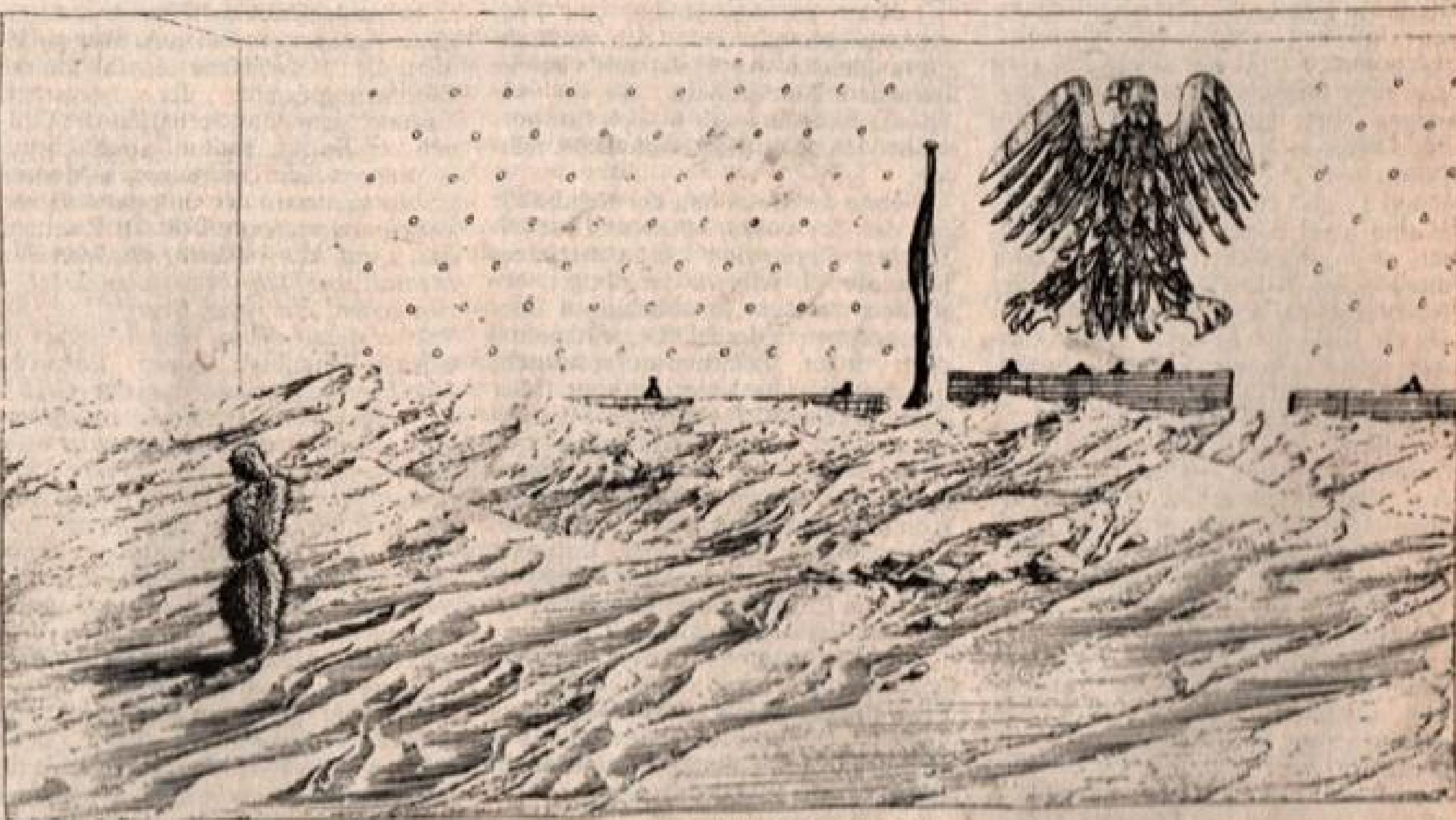
Immerhin: der Abschied vom Zentrum, die Verlagerung von Gelder und Kulturangeboten in die Stadtteile wird sowohl von Realos, als auch von Fundamentalos in der Regel gewünscht, und auch Paul F. Pauly hält es für nötig, daß ,,die innerstädtischen Kulturschwerpunkte ... verlagert, dezentralisiert werden, zugunsten einer Stadtteil- und ländlichen Kultur''. (taz, 27.11.84) Was aber macht die so herbeigewünschte Stadtteilkultur tatsächlich aus? Um am Beispiel Frankfurt zu bleiben: wäre das in einen äußeren Stadtteil, zum Beispiel nach Hausen, verlagerte Deutsche Filmmuseum bereits ein Hort der Stadtteilkultur? Oder würde es das erst, wenn auch seine Konzeption insgesamt verändert würde: ,,Statt Filmgeschichte in der Vitrine für wenige, Werkstätten zum Selbermachen von Filmen für alle'', wie es der Etatantrag 76 E 133, den die Römer-Grünen am 30.1.84 zustandegebracht haben, fordert. Daß eine Einrichtung wie das Deutsche Filmmuseum auch strukturell, nicht nur aufgrund seiner räumlichen Lage, bestimmte Besucherschichten ausgrenzt wird auch in der ,,Diskussionsvorlage'' von Tom Koenigs kritisiert, wenn es dort heißt, daß sich die Kulturverwaltung in den letzten Jahren zu stark auf die Förderung zentraler Museen, ,,die sich der öffentlichen Diskussion, Mitwirkung und Gestaltung durch ein breites Publikum entzogen haben'', konzentriert habe. Wird bei den Römer-Grünen also anstelle der Museen die Einrichtung von ,,Werkstätten zum Selbermachen'' gefordert, setzen andere grüne Kreise auf Museen, die von den Besuchern mitgestaltet werden. Die Forderung nach Dezentralisierung von Kultureinrichtungen beinhaltet in aller Regel also mehr als die bloße örtliche Verlagerung von Kulturinstitutionen in die Stadtteile. Gemeint ist mindestens noch die Erhöhung des Publikumseinflusses auf die Ausstellungen, andernfalls sogar der Verzicht auf eine Institution zugunsten von Laienwerkstätten, Orten der Freizeitkultur also. Beide Vorstellungen müssen heute ausgesprochen problematisch erscheinen, zumal wenn sie im Kontext mit anderen kulturpolitischen Vorstellungen betrachtet werden.

Selbstverwaltete Avantgarde ...?

Selbstverwaltete Avantgarde ...?

,,Wir glauben, daß der Funke zum Überspringen kommt, wenn Kultur sich in den Stadtteilen, in den Gebieten, wo sich Konflikte abspielen, zum Tragen kommt und nicht in den Museumsvitrinen.'' An die Stelle der Auseinandersetzung mit Kunstwerken vergangener Epochen, aber auch in der Gegenwart entstandener, soll eine Kultur Aller treten: notwendigerweise eine Hobby- und Freizeitkultur. So eine Kultur muß nicht unbedingt den bornierten Vereinscharakter haben, wie das heute bei vielen Freizeitkulturvereinen (z.B. Chören) der Fall ist — von

Fortsetzung nächste Seite



Deutsche Kulturdebatte: wüst und leer

Fortsetzung von vorheriger Seite

einer professionell produzierten Kunst unterscheidet sie sich dennoch enorm und zwar nicht nur bezüglich der notwendigerweise geringeren handwerklichen Qualitäten.

Die Kunst zum Selbermachen ist in einer erdrückenden Mehrzahl von Fällen (und zwar nicht nur von Seiten der Spießbürger mit denen wir ja soooooogar nichts zu tun haben) Produkt eines gesunden Kunstverstandes, eines guten Geschmacks, wie er mit gutem Grund und zornigem Blick auf die Geschichte (und zwar nicht „nur" die jüngere deutsche ...) gefürchtet werden kann. Das so leichthin ausposaunte: „Das kann ich auch ...", das angesichts, sagen wir mal, kubistischer Gemälde, quäkender Saxophone oder konkreter poetischer Texte nicht nur gelegentlich und nicht nur von CDU-Bundestagsabgeordneten zu hören ist, ist eben nicht auf die enorme, bisher nur nicht zum Ausdruck gekommene künstlerische Potenz bundesdeutscher Passanten zurückzuführen, sondern eher auf ihr Unvermögen, auch anderes als eindeutig Identifizierbares, Erklärbares und Wiederzuerkennendes für „künstlerisch wertvoll" zu halten.

Selbst in den seltenen Fällen, in denen selbstproduzierte Kunst ein anderes Niveau erreicht hat, ist es an bestimmten Punkten an seine Grenzen gestoßen. Die Geschichte des „Sogenannten Linksradikalen Blasorchesters" (s. dazu auch AK 226, S. 39 — Interview mit Heiner Goebbels) liefert so ein Beispiel. Das heißt nicht, daß Selbstgemachtes an sich schlecht, verwerflich oder sinnlos ist — es taugt nur keinesfalls als Alternative zur sogenannten etablierten Kultur, die so etabliert, wie das behauptet wird, gar nicht mal unbedingt ist: die Besucherzahl des Deutschen Filmmuseums in den ersten drei Monaten seiner Existenz lag deutlich über 100.000, darunter dürften zahlreiche Besucher aus dem grünalternativen Wählerspektrum gewesen sein. Die Kulturschranke grenzt ganz andere Bevölkerungsgruppen aus — die allerdings nach Schichtwechsel auch kaum ein selbstverwaltetes Filmzentrum aufsuchen würden.

Was eine Freizeitkultur, im selbstverwalteten Umfeld, leisten kann, ist einen Spaß an Kunst zu vermitteln, ein Verständnis von Techniken moderner Kunst (sei das nun Oper, Theater, Malerei ...) — so kann eine Basis geschaffen werden, um allen (d.h. allen, die wollen) einen Zugang zu Kultur zu ermöglichen. Beethovens Neunte von der Bockenheimer Liedertafel gesungen und dem Batschkapp Symphony Orchestra gespielt ist für die Agierenden eine spannende, das Werk in gewisser Weise erschließende Arbeit, eine Interpretation desselben Stücks durch Michael Gielen und das SWF Sinfonieorchester kann dadurch sicher nicht ersetzt werden.

Die Förderung dezentral selbstproduzierter Kunst nicht als Gegensatz zu zentral zu findender professioneller Kunst, sondern als notwenige und sinnvolle Ergänzung — eine solche

Die Förderung dezentral selbstproduzierter Kunst nicht als Gegensatz zu zentral zu findender professioneller Kunst, sondern als notwenige und sinnvolle Ergänzung — eine solche

Forderung würde kulturpolitischen Sinn ergeben, würde sie doch auch die Selbstproduktion nicht nur als notwendiges Freizeitangebot in einer kapitalistischen Gesellschaft sehen, wie beispielsweise bestimmte sozialdemokratische Kulturpolitiker, sondern als selbst schon streitbare Grundlage für eine Kultur der Herausforderung, die sich dem bloßen Konsum verschließt.

Glückauf der Marktwirtschaft!

Die grünen realpolitischen Vorstellungen sind neben der als Schlagwort übernommenen Forderung nach Dezentralisierung des Kulturangebots, gekennzeichnet durch einen Glauben an die Marktgesetze. Die Vielfalt soll gefördert werden, die Kulturpolitik sich darauf beschränken, Auftritts- und Produktionsmöglichkeiten zu schaffen: ohne Ansehen der ästhetischen Qualitäten, der politischen und sozialen Substanz der so geförderten Kulturrichtungen. Wenn aber jeder kulturell aktiv werden soll, und jeder von politischen Institutionen gefördert werden soll, verzichtet die Kulturpolitik auf eine ihrer wichtigsten Möglichkeiten: gegen die kapitalistischen Marktgesetze tätig zu werden. Um einer Kunst zur Wirkung zu verhelfen, die Konsumgewohnheiten der Mehrheit unterläuft, persifliert oder angreift, bedarf es weitaus mehr als des Zur-Verfügung-Stellens von Räumen oder Auftrittsmöglichkeiten. Kunst wird hierzulande ja nicht in ein gesellschaftliches Vakuum hinein produziert, sie muß sich in einer Landschaft durchsetzen, die durch Marktgesetze strukturiert ist. Die Machtverhältnisse finden ihren Niederschlag nicht nur, aber doch auch, in der Zusammensetzung der Feuilltonredaktionen und wer eine Zeitung ins Leben rufen will, muß sich mit der Konkurrenz von Springer bis Burda auseinandersetzen, die nicht nur über weitaus größere Geldmittel sondern auch über erhebliche Beeinflussungsmittel nicht nur im Bundestag verfügt. Eine „multinationale Alternativkultur", wie sie von Tom Koenigs in seiner „Diskussionsvorlage" gepriesen wird, hat auch Durchsetzungsschwierigkeiten, wenn sie Auftrittsmöglichkeiten zur Verfügung gestellt bekommt. Das 1. Internationale Theaterfestival der Arbeitsemigranten, das im Sommer in Frankfurt stattgefunden hat, belegt das eindrücklich: die Städtischen Bühnen und die Ausländerkulturvereine waren mit ihrem Apparat eingespannt: im Schauspiel, Kammerspiel und im Gallustheater standen Auftrittsmöglichkeiten bereit: was fehlte, war das Interesse der Öffentlichkeit. Das hätte einerseits durch eine großzügige Informationskampagne gewonnen werden können, mittelfristig bedürfte es aber gerade in diesem Bereich einer sehr viel umfassenderen Förderung, die versuchen müßte, durch regelmäßiges Angebot ausländischer Theater- oder Musikgruppen in Zusammenhang mit einer anderen Ausländerpolitik ein kulturell aufgeschlosseneres Klima zu bewirken: Das aber muß ein politisches, ein kulturpolitisches Ziel sein, das sich nicht erreichen läßt, wenn im gleichen Zuge zum Beispiel die Einrichtung neuer Heimatliedertafeln gefördert würde. Eine Kulturpolitik, die darauf verzichtet Akzente zu setzen, Front zu machen gegen eine saturierende, berieselnde Kultur a la ZDF, ARD, Privatfernsehen, Gremlins oder Nena macht wirklich nur verbal Front gegen „Objekte bourgeoiser Begierden", tatsächlich überläßt sie ihnen, den finanziell besser ausgestatteten, aufgrund ihrer leichteren Konsumierbarkeit schneller auf Zustimmung stoßenden das Feld. Die Öffentlichkeit wird sachverständig und kritisch nicht allein aus Gewohnheit; um Kunst beurteilen zu können, bedarf es Erfahrungen, Kenntnisse, die in der BRD eher Mangelware sind, Mangelware bleiben werden, wenn es nach dem Willen der derzeit Regierenden aber auch der Hobby-Kunst-Verfechter in der SPD geht. Koenigs ist dem Dilemma auf der Spur, wenn er in seiner Diskussionsvorlage feststellt: „Die Grünen sind jedoch kulturpolitisch vor allem Partei der Minderheiten", und im Interview mit dem AK nachdrücklich darauf besteht, daß „Kultur nie mehrheitsfähig sein wird. Jede Avantgarde bricht aus. Wir Grünen sind in einem anderen Bereich auch Ausbrecher, deswegen ist Mehrheitsfähigkeit von Kunst für uns ein falsches Kriterium." Um einer widersprechenden, streitbaren Kultur zur Wirksamkeit gegen die berieselnde, allgegenwärtige zu verhelfen, bedarf es aber eines orientierenden politischen Eingriffes, der, in welcher Form auch immer, von den politisch Agierenden ausgehen muß — da hilft kein verschämtes sich zurückziehen auf die alleinige Kompetenz von Publikum und Künstlern.

Wie wichtig aber eine genauere, eine entschiedenere Bestimmung dessen ist, was grüne Kulturpolitik will, wird deutlich, wenn mensch sich die Ergebnisse des „kulturpolitischen Parteitags" der Frankfurter SPD 1984 vor Augen führt: Nicht nur, daß Hilmar Hoffmann dort auf sein neues, im Entstehen begriffenes Werk „Kultur von allen" hingewiesen hat, es wurde dort beschlossen, das Hauptaugenmerk der SPD auf die Schaffung von „Kulturellen Kleinzentren" (sprich: Stadtteilkultur, Büchereien, Werkstätten, Räume für Ausländer, ...) zu richten. Wie sich die Ziele gleichen ...

Fassanbass

Kulturrevolutionäre Verkehrsberuhigung — Interview mit Tom Koenigs —

Am Anfang war der „Pflasterstrand": „Stadt—Teil—Kultur" war ein Artikel von Frank Wolf, früher SDS-Funktionär jetzt Solo-Cellist und Kur-Orchester-Aktivist, überschrieben, der sich das in Etatanträgen u.a. zum Filmmuseum ausgedrückte Kulturverständnis der Römer-Grünen vornahm: „Kunst schrumpft zur alternativen Folklore" war sein vernichtendes Urteil, das zwar beleidigte Gesichter, aber keine qualifizierte Gegenrede provozierte. Am 18. September wurde dann im Kreisverband Frankfurt zum großen Nachschlag ausgeholt: Matthias Beltz, ehemals Opelarbeiter, heute Kabarettist mit verzeihlichen Neigungen zum provokatorischen Tiefschlag und Tom Koenigs hatten Thesenpapiere vorgelegt, die Römer-Grünen waren, gar nicht erst erschienen und nachdem neun neue Mitglieder aufgenommen worden waren, war man sich stundenlang weitestgehend einig. Die Politik, so das beachtenswerte Ergebnis des Abends, habe sich jedweder Einmischung in die Kultur zu enthalten. Soll heißen: Geld her und zwar sofort und viel — ansonsten: es lebe die Autonomie... Das klingt einerseits nicht schlecht, andererseits recht undurchdacht. Am 19. Oktober also fand das Gespräch zwischen Tom und dem freien AK-Mitarbeiter statt.

„Wir wollen keine Politikerdenkmäler: weder grüne noch solche für die CDU", der Einfluß der Politiker auf die Kultur müsse, so Tom Koenigs, schon deshalb zurückgedrängt werden,

„Wir wollen keine Politikerdenkmäler: weder grüne noch solche für die CDU", der Einfluß der Politiker auf die Kultur müsse, so Tom Koenigs, schon deshalb zurückgedrängt werden,

um eine an den Interessen der Öffentlichkeit orientierte Kultur entstehen zu lassen, und keine, die Selbstbeweihräucherung dient, „wie das Wallmann macht, der sich hier in Frankfurt durch die Postmoderne, wie zum Beispiel den Messeneubau darstellt. Das ist eine Architektur, die die Öffentlichkeit verbietet und unmöglich macht." Der Kunst (1) die Möglichkeit zu geben, sich einen Weg nach außen, zum Publikum zu bahnen, ist für Koenigs ohnehin eine der zentralen Aufgaben grüner Kulturpolitik: „Die GRÜNEN (wollen) den ständigen freien Zugang aller zu allen Kulturgütern und Kulturereignissen und zum Kulturschaffen selbst aktiv fördern und den Kulturschaffenden und dem kulturellen Ausdruck allenthalben Freiräume zur Entfaltung anbieten.", heißt es in der „Diskussionsvorlage" zur KV-Sitzung vom 18.9. Konkret heißt das für Koenigs, daß Räume gefunden, gemietet und geöffnet werden müssen." Ich finde es nicht sinnvoll, jetzt global ‚Punk' zu fördern, aber Punk-Bands müssen Räume bekommen, in denen sie proben und Konzerte machen können." Etwas grundsätzlicher: „Von einer umfassenden Verkehrsberuhigung könnten kulturrevolutionäre Impulse ausgehen. Durch die Aufhebung von Verboten, durch die Erlaubnis, zum Beispiel Wände zu bemalen, würde sich, ganz ohne Kosten, sehr viel tun." Die andere Seite dieser Argumentation: „Kulturförderung kann nicht als Sozialhilfe wirken." Die personen- oder gruppen bezogene Subventionierung von Kulturangeboten erscheint Koenigs problematisch: Auftrittsmöglichkeiten, auch kostenlose, schaffen — ja; darüberhinausgehende Unterstützungszahlungen, die beispielsweise Defizite, die durch zu geringen Publikumszuzlauf erwachsen, decken könnten, findet er grundsätzlich nicht gut. „Mann muß die Möglichkeit haben, sich darzustellen, aber die Garantie, davon auch leben zu können, werden wir als Politiker nicht geben können. Ein guter Teil des Kulturangebots wird nebenberuflich erbracht werden, wie immer." Das ist für ihn nicht einmal eine Frage der finanziellen Möglichkeiten, eher eine des Prinzips, denn die Forderung, den Frankfurter Kulturetat zu verdoppeln, könnte, würde sie realisiert, durchaus eine personen- und gruppenbezogene Subventionierung des städtischen Kulturangebots möglich machen. Das würde aber bedeuten, daß die Politiker entscheiden und gewichten müßten, welchen Gruppen und Projekten sie Gelder zukommen

des städtischen Kulturangebots möglich machen. Das würde aber bedeuten, daß die Politiker entscheiden und gewichten müßten, welchen Gruppen und Projekten sie Gelder zukommen

lassen. Dem steht aber als Forderung entgegen: **„Alle Förderung, Preisung, Hofierung und Absegnung bestimmter Träger oder Richtungen der Kultur (auch als ‚engagierte Kunst', ‚Massenkultur', ‚Avantgardekultur', ‚realistischer Kultur' oder ‚sozialistische Kultur' etc.) oder deren Verdammung, Behinderung oder gar Verbot durch Politiker oder politische Institutionen lehnen DIE GRÜNEN als Einmischung in die kulturelle Freiheit ab."** („Diskussionsvorlage") Das heißt auch: **„Jede kulturelle Initiative soll sich der Öffentlichkeit, dem Publikum stellen, jeder kulturell aktiv werden können."** (ebd.) Da ist die Nähe zum Stadtteilkulturkonzept der Römer-Grünen nicht zu leugnen, auch für diese ist eine selbstbestimmte Kultur abseits der Zentrale, in den Quartieren, in denen der Alltag stattfindet ein unabdingbares Essential. „So groß sind die Unterschiede da oft wirklich nicht" meint auch Koenigs, der eine stadtteilnahe Kultur für außerordentlich wichtig hält. An der bemerkenswertesten kulturpolitischen Aktivität der Römer-Grünen, ihren Protesten gegen die Verleihung des Goethe Preises an Ernst Jünger, übt Koenigs heftig Kritik: die Fraktion hätte Jünger kritisiert, anstatt in der Öffentlichkeit einen breitangelegten Diskurs über Jünger und seinen Antisemitismus zu initiieren. Dem Diktum rechter Politiker über Jünger — „der ist toll" — hätten die Grünen nur ein grünes Politikerdiktum — „der ist schlecht" — entgegengesetzt, anstatt die Anmaßung der Jury, überhaupt soetwas zu entscheiden, zu kritisieren und das Jünger'sche Werk eben auf breiter Ebene von Nicht-Politikern debattieren zu lassen. Dieses Versäumnis habe sich bei der Auseinandersetzung um Fassbinders Stück „Der Müll, die Stadt und der Tote" (s.Ak) wiederholt, in der die Grünen überhaupt eine sehr schwache Position gehabt hätten. Die politischen Forderungen und Strategien unterscheiden sich dann auch: während die Römer-Grünen in ihrem Etatantrag E 132 fordern, die Haushaltsansätze für Oper, Schauspiel und Kammerspiel um 10% zu kürzen und das eingesparte Geld für ein städtisches Programm „Theater in den Stadtteilen" zu verwenden (2) setzt Koenigs auf die Verdoppelung des Kulturetats, der mit einem Anteil vonn 11,4% am Gesamthaushalt (3) allerdings ohnehin einer der höchsten in der BRD ist. „Die restriktive Zurückschraubung von Mitteln kann nicht unsere Sache

der mit einem Anteil vonn 11,4% am Gesamthaushalt (3) allerdings ohnehin einer der höchsten in der BRD ist. „Die restriktive Zurückschraubung von Mitteln kann nicht unsere Sache

sein." Symptomatisch sind auch die Differenzen in der Beurteilung des gigantischen Museumsuferkonzeptes (4) von Kulturdezernent Hilmar Hoffmann. Koenigs will klar festgehalten wissen, daß er gegen den Abriß der Bauten ist: „Vor das Museumsufer gehört aber der Flohmarkt (5), die Straßen dort gehören für den Autoverkehr gesperrt, die Museumsportale müssen geöffnet werden — dann verschwindet dort die unselige ‚heilige Atmosphäre' und es kann kulturell etwas entstehen." Vor Neuinvestitionen in diesem Bereich schreckt Koenigs aber zurück: „Für das Museum für Moderne Kunst besteht nicht die Priorität wie für Kulturangebote in den Stadtteilen. Damit kann man gut noch warten."

Ebenso denken die Römer-Grünen, sie wollen aber das Museumsufer auch insgesamt nicht erhalten wissen, setzen auf die Umgestaltung auch der inneren Räume etwa: Werkstätten zum Selbertöpfern anstelle eines Museums für Kunsthandwerk. Ein interessanter Unterschied besteht in der Frage der Eintrittsgelder. Während die Römer-Grünen in all ihren Anträgen auf die Nichteinführung von Eintrittsgeldern für Museen z.B. gepocht haben, hält es Tom Koenigs eher, wenn auch nicht ganz endgültig entschieden, mit Frank Wolff: „Man muß etwas geben, um etwas mitzunehmen."

Die Frage, was für kulturpolitische Forderungen die Grünen auf jeden Fall durchsetzen müßten, wenn sie im Komunalwahlkampf 15% erhielten, wird von Tom Koenigs zögerlich beantwortet. Klar ist: „Einen grünen Kulturdezernenten werden wir nicht fordern, ich wüßte da auch niemand Kompetenten. Hilmar Hoffmann ist zwar die Pest, aber er ist für uns als Dezernent durch die SPD sicher festgeschrieben." Der Flohmarkt soll am ersten Samstag nach der Wahl allerdings wieder an seinem alten Platz stattfinden. Eine Forderung, die auch jetzt schon von der SPD Fraktion getragen wird. Über die Mitbestimmung im künstlerischen Bereich im Schauspiel (6) müße auf jedem Fall geredet werden, ebenso über eine andere Nutzung verschiedener kultureller Instiutionen, angefangen mit der Alten Oper, endend bei der neuzueröffnenden Austellungshalle „Kulturschirm".

Fassanbass

ANMERKUNGEN

Fassanbass

ANMERKUNGEN

1): Kunst und Kultur werden hier als quasi-Synonyme verwendet, was zweifellos ungenau ist, angesichts der unterentwickelten Debatte über einen linken Kunst- bzw. Kulturbegriff aber hoffentlich verziehen werden kann.
2): Grüne Römerpost, April 1984, S. 80
3): nach O. Tolmein, Elite- oder Massenkultur, DLF-Feature, 10.10.84. Zum Vergleich: der Anteil des Kulturetats am Hamburger Haushalt beträgt weniger als 1%.
4): Das Museumsufer ist das kulturpolitische Prestigeobjekt von SPD Kulturdezernent Hilmar Hoffmann und CDU Magistrat. Am Mainufer entlang soll eine ganze Kette von Museen teils neuerrichtet, teils restauriert werden. Im Sommer 84 wurde als erste das Deutsche Filmmuseum und das Deutsche Architekturmuseum eröffnet.
5): Im Rahmen einer Sicherheits- und Ordnungspolitik wurde der große Frankfurter Flohmarkt vom Mainufer auf das abgesperrte Gelände des ehemaligen Schlachthofes verbannt, gegen den Protest der Beteiligten.



Sechs GRÜNE unterwegs in Nahost

Vom 16. bis zum 29. Dezember bereiste eine sechsköpfige grüne Delegation den Nahen Osten: die MdBs Jürgen Reents und Gabi Gottwald, der Fraktionsassistent und Reise-Koordinator Uli Tilgner, der frisch gekürte Bundesvorständler Ali Schmeissner, die Europa-Parlamentarierin Brigitte Heinrich, AFI („Arbeitskreis Frieden und Internationales") - Mitglied Muchammad Azazme sowie der „Stern"-Journalist Eugen Schild.

Im Zentrum der „Informations- und Erkundungsreise" sollten die Situation im besetzten Südlibanon, die Lage der Palästinenser und Gespräche mit der israelischen Friedensbewegung stehen. Die seit 18 Monaten geplante Tour hatte zum Ziel, „Lösungsvorschläge der Palästinenser für den Nahost-Konflikt" zu erörtern, und man hoffte, „gerade durch die (grünen) Gespräche mit Israelis und Palästinensern einen Beitrag zum Abbau der Spannungen leisten zu können" (Presse-Erklärung der Grünen im Bundestag vom 12.12.84). Schließlich sollte das Projekt einer internationalen Untersuchungskommission — im Rahmen des Europa-Parlaments — zur Situation im Südlibanon vorgestellt werden.

Bekanntermaßen haben die Grünen in der Vergangenheit bei außenpolitischen Aktivitäten nicht immer die glücklichste Hand bewiesen.

Diesmal sorgte die unbeabsichtigte Veröffentlichung eines Vorbereitungspapiers noch vor Beginn der Reise für ungünstige Publizität. Nachträgliche Dementis und Richtigstellungen („rein individuelles Papier von Tilgner", „schon längst passe" etc.pp) waren vergebens: westdeutsche wie israelische Medien nutzten die drin enthaltenen groben Patzer weidlich aus. um die Dementis und Richtigstellungen („rein individuelles Papier von Tilgner", „schon längst passe" etc.pp) waren vergebens: westdeutsche wie israelische Medien nutzten die drin enthaltenen groben Patzer weidlich aus, um die Grünen insbesondere in der israelischen Öffentlichkeit zu diskreditieren. Anders in den arabischen Ländern: dort hatten sie durchweg eine gute Presse.

Hier führten die Grünen Gespräche in beträchtlicher Zahl:

In Beirut mit dem Staatsminister für den besetzten Südlibanon und Chiiten-Führer Berri, mit Ministerpräsident Karame, Parlamentspräsident Husseini und Drusen-Führer Junblatt. Die Grünen besuchten auch die Lager von Sabra und Shatila. In Damaskus sprachen sie einerseits mit dem syrischen Außenminister, andererseits mit Vertretern der Demokratischen Allianz (Hawatmeh) und der Nationalen Allianz (Habach). In Amman trafen sie mit dem jordanischen Außenminister sowie mit Yassir Arafat zusammen. Arafat bekräftigte die Bereitschaft der PLO zur Teilnahme an einer internationalen Friedenskonferenz (die bislang am Veto der USA und Israels scheitert) und sprach sich für die gegenseitige Anerkennung eines jüdischen und eines palästinensischen Staates aus. Gegenüber der arabischen Zeitung „Al Fajr" (27.12.84) berichtete Delegations-Mitglied M.Azazme von dem *„ausgezeichneten Eindruck, den Arafat bei der Delegation hinterließ, besonders was seine Offenheit und umfassende Information betrifft und seine Fähigkeit, die Verschwörungen zu vereiteln"* (gemeint sind Versuche zur Spaltung der PLO).

Danach fuhr die Delegation weiter nach Israel — allerdings ohne Brigitte Heinrich. Ihr verweigerten die israelischen Behörden die Einreise, wie es eine gemeinsame israelisch-deutsche Pressekampagne im Vorfeld empfohlen hatte („Kontakte zur internationalen Terroristen-Szene", „Waffenschmuggel" bzw. „Unterstützung der PLO"). In Israel trafen sich die restlichen Grünen mit der „Progressiven Friedensliste", dem „Israelisch-Palästinensischen Friedensrat", der „Bewegung Frieden jetzt", dem Reservisten-Komitee „Es gibt eine Grenze", dem israelischen Solidaritätskomitee mit der palästinensischen Universität Bir Zeit, der Shelli Partei und mit der Rakach.

In die BRD zurückgekehrt appellierte MdB Jürgen Reents an die Bundesregierung, die PLO als einzige legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes anzuerkennen, sowie Druck auszuüben im Hinblick auf das Zustandekommen einer internationalen Nahost-Friedens-Konferenz. Die Forderung nach Rückzug Israels aus allen besetzten Gebieten wurde bekräftigt, wobei MdB Gabi Gottwald *„davor warnte, die israelische Politik zu unterschätzen. Die Mehrheit der israelischen Bevölkerung sei für die Einverleibung der bisher besetzten Territorien". „Bei allem Verständnis für die eigenen Sicherheitsinteressen Israels könnten die Grünen nicht einer Politik zustimmen, die auf die Eroberung anderer Gebiete abziele"*, erklärte J. Reents weiter (Zitate aus „taz", 4.1.85).

Ein daneben geratenes Papier und seine Folgen

Vier Tage vor der geplanten Abreise, am 12.12.. veröffentlichten zeitgleich

Ein daneben geratenes Papier und seine Folgen

Vier Tage vor der geplanten Abreise, am 12.12., veröffentlichten zeitgleich israelische wie westdeutsche Presseorgane Auszüge aus einem Vorbereitungspapier, datiert vom 30.11. und unterzeichnet von Reise-Koordinator Uli Tilgner. Man solle sich um eine Einreise-Genehmigung in den Südlibanon bemühen, heißt es dort beispielsweise. Falls es nicht klappe, sei es auch nicht schlecht. Denn: *„So bekommen wir frische Argumente in die Hand, auf Grund derer wir dagegen protestieren können, daß die Israelis uns nicht in den Südlibanon hineinlassen"*. Falls es doch klappe — kein Grund zur Verlegenheit: dann sollten die grünen Delegierten sich bemühen, „Anzeichen für die Israelisierung des Gebietes" aufzutreiben bzw. zu sammeln. Dazu wird gleich ein Tip gereicht: *„Schilder mit Ortsnamen auf Hebräisch"*. Bei der geplanten Pressekonferenz in Beirut solle der „Akzent auf den israelischen Terror im Süden des Landes" gelegt werden. Sowas sieht als Organisierung spontanen Protestes nicht sehr gut aus. Außerordentlich kurios mutet die Passage zur Gesprächsplanung mit dem syrischen Außenminister an: *„Dieses Gespräch ist nicht problematisch... In den meisten Fragen wird Übereinstimmung zwischen uns herrschen"*. Bitte? Und die syrischen Truppen im Südlibanon? Tripoli '83? Ganz zu schweigen von der massiven Repression in Syrien selber...

Ein ähnlich heftiger Internationalismus spricht aus den folgenden Zeilen: *„Der Appell zugunsten der Einheit des libanesischen Volkes und die Erklärung der Grünen zugunsten des Rechtes des Libanon auf Souveränität ist demgegenüber* (gemeint ist die israelische Besatzungspolitik - Anm. AK) *von sekundärer Bedeutung"*. Der lieben Radikalität wegen trifft sich mensch mit absolut gewaltfreien syrischen oder jordanischen Außenministern, mit offiziellen Vertretern Israels allerdings nicht: *„Ich persönlich halte (ein Zusmmentreffen mit ihnen) für sinnlos... Die Begründung: solange die israelische Regierung die PLO nicht anerkennt, müssen wir unsere Kontakte mit offiziellen israelischen Vertretern so weit wie möglich einschränken"*. Ferner stellt der Autor fest: *„Die israelische Friedensbewegung ist sehr heterogen und zum größten Teil zionistisch"*. Von daher wohl soll *„unser Hauptkontakt der 'Progressiven Friedensliste' gelten, die neben 'Mazpen' den progressivsten Faktor in Israel darstellt"*. Bei der 'Mapam' (Peres-Partei) wird ein Treffen erwogen - allerdings nur mit der „arabischen Minderheit" in der Partei.

Ironischerweise schließt das Papier mit dem Satz: *„Dieses Papier sollte aus taktischen Gründen nicht weiterverbreitet werden, damit wir bei Visa und auch bei Terminen keine Probleme bekommen"* (Quellen u.a.: „Maariv", 12.12.84; „Bonner Generalanzeiger", 12.12.84 etc.pp). Nicht zufällig reagierte die gewöhnlich gut informierte israelische Botschaft in Bonn als Erste. Itzhak Ben Ari erklärte u.a. in einem Interview mit der „Augsburger Allgemeinen" noch am gleichen Tag: *„Wir lebten in der Illusion, Rassismus und Antisemitismus seien in der Bundesrepublik ohne Bedeutung. Das sogenannte Strategiepapier belehrt uns eines Besseren"*. In einem Interview mit meinen" noch am gleichen Tag: *„Wir lebten in der Illusion, Rassismus und Antisemitismus seien in der Bundesrepublik ohne Bedeutung. Das sogenannte Strategiepapier belehrt uns eines Besseren"*. In einem Interview mit der israelischen Tageszeitung „Maariv", ebenfalls am 12.12., erklärte Jürgen Reents, das Papier sei „nur ein Vorschlag" gewesen, der „nicht repräsentativ" sei. Und sowieso schon längst abgelehnt. Nun ja — es war immerhin von einem maßgeblichen Planer der Reise verfaßt. (In der Zwischenzeit ist zu hören, die Empfehlung, offizielle Kontakte in Israel zu vermeiden, sei umgekehrt zu verstehen gewesen: Man habe dies geschrieben, um genau die gegenteilige Beschlußfassung zu provozieren. Das mag taktisch brillant sein. Aber was tun, wenn solche Rechnungen daneben gehen...). Im gleichen Interview betont J.Reents, die Grünen hätten sich um die Arrangierung eines offiziellen Kontaktes in Israel bemüht. Allerdings erst am Vortag, dem 11.12. (An diesem Tag war den Grünen schon klar, daß ein Skandal ins Haus stand. Natürlich waren alle arabischen Termine längst festgelegt). Vom „Maariv"-Journalisten nach dem Grund für die späte Termin-Planung befragt, antwortete Reents: *„Wir haben einfach nicht genügend Verbindungen mit Israel"*. Wohlgemerkt handelte es sich schlicht darum, bei der israelischen Botschaft anzufragen, um sich ein Treffen vermitteln zu lassen. Diese sitzt bekanntlich in Bonn. Wie die grüne Bundestagsfraktion auch.

Zur bestenfalls quatschigen Passage a propos Syrien, erklärte er: *„Wir haben die Syrer früher kritisiert, weil sie sich in die Führung der palästinensischen Organisationen einmischen... Auch meiner Ansicht nach müssen die Syrer aus dem Libanon rausgehen, doch ohne Zusammenhang mit Israel, das den Libanon im Jahre 1982 gewaltsam angriff."* Am 13.12. betonte Reents nochmals gegenüber der „Haaretz": *„Das Papier habe nicht ich, sondern Tilgner verfaßt...Ich kann dem Inhalt nicht in allen Punkten zustimmen"*. Tags zuvor lag der Presse eine Erklärung der Grünen im Bundestag vor: *„Ausdrücklich erklären wir, daß Meldungen, die Grünen halten Gespräche mit der israelischen Regierung nicht für 'erstrebenswert', nicht zutreffen. Derartige Überlegungen wurden von der Fraktion zurückgewiesen. Bereits vor der Veröffentlichung anderslautender Meldungen hat es Gesprächsersuchen über das Auswärtige Amt gegeben"* (die Presseerklärung ist auf den 12.12. datiert; mit „bereits zuvor" ist wohl der 11.12. gemeint). Zwei Tage später meldete sich Otto Schily in der „Wetzlarer Zeitung" zu Wort (14.12.) und merkte befriedigt an, die grüne Delegation habe die israelische Regierung um ein Treffen mit Sharon ersucht. Wenn schon, denn schon. *„Wer sich im Nahen Osten um eine Friedensregelung bemühen und die Konfliktursachen erforschen will, muß selbstverständlich auch Gespräche mit Vertretern der israelischen Regierung führen."*

Im bereits erwähnten „Haaretz"-Interview ging es auch um einen antisemitischen Kalender, der von einigen Grünen vor ca. 2 Jahren erstellt worden war, sowie um teilweise in der Partei erhobene Forderungen nach Streichung der Wiedergutmachungsgelder an die jüdischen Opfer des Nationalsozialismus zugunsten der palästinensischen Flüchtlinge. *„Von dem Kalender weiß ich nichts. Auch* in der Partei erhobene Forderungen nach Streichung der Wiedergutmachungsgelder an die jüdischen Opfer des Nationalsozialismus zugunsten der palästinensischen Flüchtlinge. *„Von dem Kalender weiß ich nichts. Auch* *die Erklärungen, die Sie zitieren, liegen mir nicht vor"*, antwortete J.Reents und weiter: *„Warum sprechen Sie nicht von den Nazis, die in den etablierten Bonner Parteien sitzen? In unserem Falle zwangen wir einen ehemaligen Nazi zum Rücktritt"* (Fall Vogel).

Auf die wilden Attacken der konservativen israelischen Presse — „Grün gleich Braun" — reagierten die Delegierten oft mit einem knappen „lächerlich" oder „absurd" bzw. mit dem Hinweis auf jüdische Freunde, die mensch habe (so erklärte B.Heinrich, sie kenne jüdische antizionistische Intellektuelle in Frankfurt, die Israel sehr kritisch gegenüber stünden; „Haaretz", 17.12.) oder auch mit der Beteuerung der „klaren antifaschistischen Linie der Partei..."

Ali Schmeissner indes fiel etwas Unkonventionelles ein:„ *Befragt, ob die deutschen Grünen Schwierigkeiten mit der israelischen Anschuldigung des Antisemitismus hätten, antwortete Schmeissner: 'Nein, einfach weil wir gegen Macht sind'* "(Beiruter „Daily Star", 21.12.). **„We are simply against force"**...Der Rest von Schmeissners Aussage ist ebenfalls „very simply": *„Wir müssen gegenüber solchen Anschuldigungen sehr souverän bleiben"* (englisch: **„We have to be very cool"**, *„da unsere Partei gegen jegliche Art Neonazismus eintritt. Und wenn uns libanesische Journalisten nach Gemeinsamkeiten zwischen der israelischen Politik im Südlibanon und dem Nazi-Verhalten gegenüber den Juden befragen, müssen wir hier auch sorgfältig herausstellen, daß wir einfach gegen Gewaltanwendung sind"* (**„We must also carefully point out, that we are simply against violence"**). Wahrscheinlich hat sich der Gute nichts Böses dabei gedacht. Und hier soll ihm auch nicht in einer deplazierten Polemik Sympathie für einen gewaltfreien NS angehängt werden. Aber very simply gehts bei ihm schon zu.

Auf einer abschließenden Pressekonferenz in Tel Aviv betonte Delegationschef Reents, die Beschuldigungen, wonach die Grünen antisemitisch seien, hätten „ihnen weh getan". Im Gegensatz zu den übrigen bundesdeutschen Parteien hielten die Grünen die Rechnung mit der Nazi-Vergangenheit nicht für beglichen. Es sei aber gerade für die antifaschistischen Kräfte in der BRD eine Verpflichtung, für eine Wiedergutmachung an den Palästinensern, „den Opfern der Nazi-Opfer", einzutreten. All denjenigen, die in Israel für Gespräche mit der PLO und für das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes eintreten, sagte Reents die „Hilfe der Grünen" in ihrem Kampf zu. Bekräftigt wurden zwei „vorgefaßte" Meinungen: *„Kein Staat hat das Recht, einen anderen anzugreifen und zu erobern. Daher fordern wir den sofortigen Rückzug Israels aus dem Südlibanon"*, und: *„Ein unabhängiger jüdischer und ein unabhängiger palästinensischer Staat müsse ein friedliches Zusammenleben von Juden und Arabern ermöglichen"* (dpa-Meldung, 30.12.).

Israelische Pressekampagne: „Nein zu den Grünen"

Israelische Pressekampagne: „Nein zu den Grünen"

Eröffnet wurde die Medienhetze gegen die Grünen mit dem ominösen (Tilgner-)„Dokument": *„Ein zynisches Zeugnis für den Mangel an politischer Aufrichtigkeit in den Reihen derjenigen Partei, deren Mitglieder angeblich neue Wert- und Moralmaßstäbe in ihrem Land einführen wollen"* („Maariv", 12.12.). In der „Haaretz" vom 13.12. wird auf die Mitgliedschaft ehemaliger Nazis bei den Grünen, wenn's auch weniger wären als in den anderen Parteien, hingewiesen, während die „Maariv" vom gleichen Tag auf Brigitte Heinricht abhebt. Der Leitartikel dieser Ausgabe (**„Nein zu den Grünen"**) erklärt markant: *„Der Zionisten-Staat hat keinerlei Ursache, Zionistenfeinde freundlich zu empfangen... Die Grünen, die Frieden und 'Gerechtigkeit' als ihre Parole ausgeben, sind für uns nichts als Rassisten"*. Einen gemäßigteren Ton schlägt die „Davar" (Histradut) ein: Man solle nicht vergessen, daß sie heute *„die drittgrößte politische Kraft in der BRD sind und einen beträchtlichen Teil der besten Intelligenz der jungen Generation enthalten"*.

„Ein entschiedenes 'Nein' " titelt die „Yedioth Achtonoth" vom 17.12.: *„Man kann sogar von ihnen sagen, sie seien antisemitischer als die Nazis, denn die Nazis repräsentierten nur die antisemitische Rechte, während die Grünen die antisemitische Rechte und Linke zusammen repräsentieren"*. Die „Haaretz" hält den Grünen zugute, daß es auch andere Kreise in der Partei gebe, die gegen das „antiisraelische" Papier zu Felde ziehen wollten.

„Maariv" empfiehlt, die Delegierten in den Südlibanon hineinzulassen: *„Vielleicht werden ihnen die Kugeln, die hier und dort an ihren Ohren vorbeipfeifen, sogar einen heilsamen Schock verpassen"*. Die Regierung solle sie auch offiziell empfangen, denn: *Man sollte die Tatsache ausnutzen, daß sie sich in einer prekären Situation*

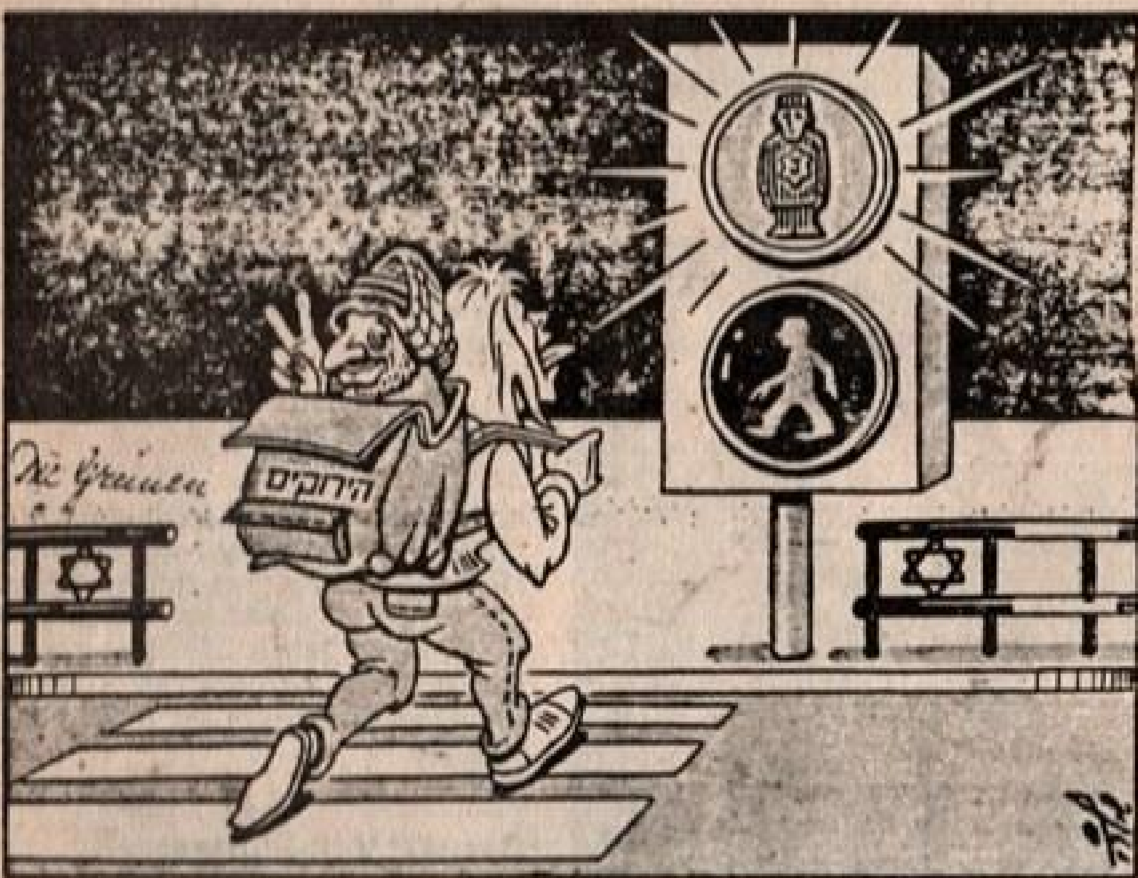
Fortsetzung nächste Seite





DAV 6, der tägliche Comic-Strip von Amnon Dankner und Avi Katz, „Die Grünbergers": Ein Familienmitglied der „Grünbergers" sitzt vor dem Fernsehschirm, auf dem die Ankunft der Grünen in Israel gezeigt wird und sagt: „Was wir brauchen könnten, das sind ein paar Grüne aus Amerika — nicht aus Deutschland" („Grüne" steht in der hebr. Umgangssprache für Dollars).

(Aus „Davar", 27.12.1984)



Israelische Pressekarikaturen zum Grünen-Besuch (aus „Maariv" vom 27.1.84)

Fortsetzung von vorheriger Seite

befinden, weil sie 'ertappt' worden sind". Gleichzeitig werden zionistische Kreise und Parteien (wie „Mapam", die Bürgerrechtspartei „RAZ" oder die Shelli-Partei) aufgefordert, ihre Verbindungen zu den Grünen zu überprüfen. „Maariv": *„Wir sollten dafür sorgen, wenigstens im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Besuch der Grünen, daß wir auch zukünftige Nazis so empfangen, wie es ihnen gebührt"*. Einige Tage später (21.12.) berichtet „Maariv" über den Hamburger Parteitag der Grünen und hebt Joschka Fischer lobend hervor, *„den Haß, den ein wesentlicher Teil der Grünen Israel entgegen bringt, mit offenen Augen betrachtet"*. Hingewiesen wird auf einen Artikel Fischers: „Israel — der Alptraum der deutschen Linken" (während des Libanon-Krieges veröffentlicht). In ihrer Wochenend-Beilage setzt sich „Davar" mit grüner Ideologie auseinander: *„Doch die Grünen stellen nicht nur für Israel, sondern auch für die Demokratie als solche eine Gefahr dar. Wer eine ihrer Demonstrationen erlebt hat und das Feuer in ihren Augen sah, den Rausch, der sie ergriff, kann nicht umhin, sich erschaudernd an frühere Bewegungen zu erinnern, die in Deutschland existierten. Ideologisch existiert zwar ein großer Unterschied zwischen den grünen Pazifisten und den Nazis, doch ihr Mystizismus und ihre Exaltiertheit können sehr schnell in etwas anderes umschlagen"* (21.12.).

Am 25.12. weiß „Davar" zu melden, aus welcher Ecke die „aggressive antiisraelische Linie" stamme: *„Das Ergebnis des Siegs der 'Fundis' auf dem letzten Parteitag der Grünen..."*

Der stellvertretende Außenminister

sehr schnell in etwas anderes umschlagen" (21.12.).

Am 25.12. weiß „Davar" zu melden, aus welcher Ecke die „aggressive antiisraelische Linie" stamme: *„Das Ergebnis des Siegs der 'Fundis' auf dem letzten Parteitag der Grünen..."*

Der stellvertretende Außenminister

R.Milo erklärte: *„Die Grünen können einreisen, doch ohne die Delegierte, die den Terroristen half... Man sollte sich ins Gedächtnis rufen, daß heute in Erez-Israel noch Menschen leben, die Opfer der Nazi-Greuel waren, zehntausende von Bürgern, die die eintätowierte Nummer auf dem Arm tragen. Man sollte sich vor Augen halten, daß der Staat Israel besteht, damit Juden in Zukunft nicht mehr völlig schutz- und wehrlos dastehen"* („Hazote", 25.12.). In der „Jerusalem Post" vom 26.12. weist ein westdeutscher „Volontär" auf die zahlreichen Kommunisten innerhalb der Grünen hin. Er schlägt vor, Israel solle sich den Grünen nur zur Durchreise (Transit) anbieten. Endstation: „Khomeini's Iran". In der „Yedioth Achtonoth" schlägt der Verfasser des Artikels vom 17.12. wieder zu: *„Daß wir den Grünen gestattet haben, herzukommen, um unsere 'Verbrechen' zu untersuchen, ist einer der schlimmsten psychologischen Fehler, die wir machen konnten... Denn wie die Sowjets, die ihre Pogrom-Gier von den Zaren erbten, diese jetzt als Anti-Zionismus hinstellen, wollen die Grünen, die ihr Nazi-Empfinden von Hitler erbten, dies als 'Fortschritt' hinstellen"* (26.12.).

Eine der „Mapam" nahestehende Journalistin, S.Hattis-Rolef, schickt sich in der „Jerusalem Post" (27.12.) an, die Grünen differenzierter zu betrachten. Sie seien keine homogene Partei. Zwischen den beiden Extremen — einerseits sie als Neonazis darzustellen, andererseits sie übertrieben freundlich zu behandeln wie Uri Avneri — müsse ein Mittelweg eingeschlagen werden. Es seien nur wenige Grüne, die hinter dem „Nahost-Papier" stünden. Diese hätten eben Kontakte zur „PLO, zur Friedensliste in Israel und zu einigen in Frankfurt wohnenden antizionistischen Juden". Ohnehin sei eine Übernahme grüner Positionen wie Abrüstung und Ähnliches mehr in Israel reiner Selbstmord.

Am gleichen Tag gibt es Tumult in der Knesset. Die Abgeordnete Geula Cohen von der ultrarechten „Hatechiya"-Partei hielt ein kleines Transparent hoch: „Braune Grüne raus!" in deutscher und hebräischer Schrift. Als der arabische Abgeordnete der Chadash versuchte, ihr das Plakat zu entreißen, kam es zum Handgemenge. Ihm selber wurde zugerufen: „Sie sind auch nur ein Gast".

In der „Haaretz" und in der „Maariv" wird das Vorgehen der „Hatechiya"-Abgeordneten dezent kritisiert. Am nächsten Tag wird die „Yadva-Shem"-Affaire durch Presse und Rundfunkanstalten groß hochgezogen: Behauptet wurde, die Grünen weigerten sich, die Gedenk-Stätte für die Opfer des Nationalsozialismus zu besuchen. Was dann, nach Protesten der Grünen beim Außenministerium etwa so verarbeitet wurde: *„Die Grünen änderten ihre Meinung nicht — besuchten aber Yad-va-Shem"* („Hazote", 28.12.).

In der „Haaretz"-Ausgabe vom 28.12. schreibt jemand über eine vorausgegangene TV-Reportage über die deutschen Grünen: *„ All dies vage Gerede über eine Veränderung der Welt und über eine Rückkehr zur Natur und Reinheit ist gefährlich. Die Romantik ist die deutsche Kitsch-Romantik, die Unglücke und Katastrophen nach sich zog"*. Allerdings wird ein pragmatisches Vorgehen empfohlen, *„auch weil sie die drittgrößte Partei in Deutschland sind"*. Ähnliches in der tags drauf erscheinenden Ausgabe: *„Etwas macht einen nervös bei den Grünen. Ihre Frechheit, Moral zu predigen. Ihre Unverschämtheit"*. Wer allerdings von der Gerechtigkeit des Zionismus überzeugt sei, brauche die Diskussion mit ihnen nicht zu fürchten.

land sind". Ähnliches in der tags drauf erscheinenden Ausgabe: *„Etwas macht einen nervös bei den Grünen. Ihre Frechheit, Moral zu predigen. Ihre Unverschämtheit"*. Wer allerdings von der Gerechtigkeit des Zionismus überzeugt sei, brauche die Diskussion mit ihnen nicht zu fürchten.

Die guten, alten Freunde in der BRD...

Viele und gute und alte Freunde besitzt das jüdisch-israelische Volk hierzulande. Vom „Bonner Generalanzeiger" hin zur Springers „Welt", renommierte Organe wie die „Augsburger Allgemeine" oder „Rhein-Neckar Zeitung" und und und nicht zu vergessen. Alle waren sie zutiefst besorgt: die Nahostreise der Grünen könnte *„die Beziehungen der BRD zu Israel belasten"* („Bonner Generalanzeiger", 12.12.84). Die „Welt" konzentrierte sich thematisch auf biographische Daten aus dem Leben Brigitte Heinrichs. Hierbei ging es nicht nur um angebliche Geschichten aus der Vergangenheit. Springers Blatt weiß nämlich von den „französischen Sicherheitsbehörden", daß *„im Umfeld der 'Regenbogenfraktion' eine Häufung ehemals wegen terroristischer Verbrechen verurteilter Linksextremisten aus Deutschland"* registriert wird („Welt", 13.12.).

Die „Augsburger Allgemeine" orakelte von „Zoff" und „Turbulenzen" anläßlich des Israel-Aufenthalts der „unbekümmerten Grünen" (13.12.).

Alle Blätter sahen in Tilgners Papier die Drohung eines „Konfliktes mit Israel" enthalten. So auch die „Stuttgarter Nachrichten" (13.12.), die eine „schwere Belastungsprobe" ankündigten. Denn bekanntlich kann keiner das westdeutsche Volk in Israel so schön vertreten wie unser Kanzler.

Die „Bild" (Hamburger Ausgabe) kam in ihrer Berichterstattung auch etwas durcheinander. So zitierte sie den Satz **„Wir kennen die Vergangenheit"** als angeblich von Jürgen Reents stammend (der damit einen Besuch von Yad-va-Shem abgelehnt hätte), wo doch jeder weiß, daß der von Kohl ist („Bild-Hamburg", 28.12.).

Scharf pointiert warf ein „Welt"-Editorialist die Frage auf, warum sich die Grünen nicht um das Selbstbestimmungsrecht unserer Brüder und Schwestern im Osten bekümmerten (31.12.). Die „Süddeutsche Zeitung" befand die grüne Reise als *„ungeheuer deutsch." „Wer mit soviel Selbstgerechtigkeit, Borniertheit, und Gefühlslosigkeit auftritt, hat jedes Recht verloren, sich zu Hause zum Lehrmeister aufzuschwingen. Jürgen Reents unterscheidet plötzlich nicht mehr all zu viel von Helmut Kohl... Reents scheint auch entgangen zu sein, daß weder die Grünen, noch die Deutschen eine Großmacht sind, die im Nahen Osten irgend etwas zu sagen hat"* (2.1.85).

Auch die „FAZ" verzeichnete „wilde Attacken der Grünen gegen Israel" (4.1.85). Merkwürdigerweise befaßte sich diese Sparte der bundesdeutschen Presse nicht mit dem Konservativen israelischen Vergleich „Grüne gleich Nazis". Das wäre doch spannend gewesen, berührt es doch, wenn nicht intime, doch recht delikate Bereiche. Immerhin verglich der „Spiegel" dies mit „Minister Geißlers antigrünen Tiraden" (1/85).

Die „taz" begleitete die Reise, wenn auch von „schlechter PR-Abteilung" die Rede war bzw. eine mangelhafte Betonung des Existenzrechtes Israels beklagt wurde (2.1.85), alles in allem (kritisch-) solidarisch. Anders das „Metropolen-Magazin" „Pflasterstrand", wo mit geballten Fäustchen Jo Müller und ein Peter Zollinger loswüten (Nr.201). Hätte man beide vorher gefragt, hätten sie gleich sagen können, daß es schief geht. Befinden sich nicht unter den „Reisekadern" zwei „gute Bekannte"? „Jürgen Reents, MdB, der einst den 'Arbeiterkampf' herausgab und Brigitte Heinrich, MdEP, die westdeutsche Passionaria des antiimperialistischen Kampfes", schreibt Zollinger. Und dann kommt noch der Ulrich Tilgner dazu, „Reents parlamentarischer Knecht". Alle drei Figuren eines „ausrangierten Internationalismus"- einfach „zum Gähnen". Kosmopolit Jo Müller ist mit sich selbst nicht ganz im Reinen: Ist die mangelnde „Sensibilität für die Geschichte des jüdischen Volkes" der „beiden Fraktionsantiimpis vom Dienst" (Gabi Gottwald und natürlich Reents) primär auf ihren deutschen Paß zurückzuführen, oder auf ihre ergebene Verbundenheit zur Sowjetunion. Immerhin pflegt Joschka Fischer den letztgenannten als „Russenknecht" zu bezeichnen. Und wenn der das sagt, muß ja was dran sein. Überhaupt: *„Daß Reents und Gottwald die Gnade ihrer Solidarität immer schon nur entlang der Linie der Blockkonfrontation und der immer als richtig eingeschätzten Seite zuteilkommen ließen, ist verhältnismäßig egal, weil es noch keinen öffentlichen Schaden angerichtet hat"* (armer Jürgen, wo du doch mit der Afghanistan-Resolution deinen guten Willen so nett demonstriertest!).

Jetzt allerdings wird es ernst. Nicht nur, daß speziell Reents unterstellt wird, *„hier wieder einmal einen a n d e r e n J u d e n "*zu fordern, *„einen nicht aggressiven, der mal wieder die Backe hinhält, der Kulturjude ohne Staat."* Nein, Gottwald und Reents bereinigten ihr historisches Gewissen, indem sie „die Juden Israels mit den Nazis" gleichstellten. *„Diese zynische Ungeheuerlichkeit kommt in der Reents'schen Formel zum Ausdruck: 'Die Palästinenser seien Opfer der Opfer'."* Da fällt's dem Müller schwer, „den Antisemitismus-Vorwurf zurückzuweisen". Zumal sich die „deutsche orthodoxe Linke" nicht in gleicher Weise (wie für die Palästinenser) „für die Rechte der Schwarzen in Südafrika oder der von allen Blöcken verratenen Eritreaner" engagiere.

„Die Grünen sind die besten Deutschen"

Dies teilte Ure Avneri (von der Progressiven Friedensliste) der „FAZ" (31.12.84) mit. Anders als Zollinger, Müller, die „Welt" oder die „Rhein-Neckar-Zeitung" verurteilte beispielsweise Adam Keller, Sprecher der „Progressiven Friedensliste" die *„wilde Hetzkampagne, die der israelische Botschafter in Bonn zusammen mit faschistisch-rassistischen Elementen in Israel gegen die Grünen führt. Solche Angriffe werden schon seit Jahren systematisch lanciert und sollen faschistischen und nationalistischen Kreisen in Deutschland in die Hände spielen, Leuten wie Franz-Josef Strauß, die mit israelischen Regierungskreisen verbunden sind. Ziel der Angriffe auf die Grünen ist es, alles, was in der jungen Generation von Deutschen gut, fortschrittlich und friedensliebend ist, zu diskreditieren, weil die Grünen es wagen, israelische Regierungspolitik zu kritisieren, wie jede andere Regierung auch kritisierbar ist"* („taz", 15.12.).

Ähnlich klar äußerte sich der Sprecher des Solidaritätskomitees mit der palästinensischen Bir Zeit Universität, Gideon Spiro: *„Das Antisemitismus-Argument soll jedwede Kritik zum Schweigen bringen. Natürlich gibt es Antisemitismus und Rassismus, aber gerade Israels Führer sind die engsten Verbündeten dieser Rechtsextremen und ihrer Regimes in allen Kontinenten. Der Vorwurf des Antisemitismus gegenüber deutscher Kritik ist natürlich besonders effektiv"* (ebda.). Uri Avneri erklärte gegenüber einer israelischen Tageszeitung: *„In Deutschland entstand eine Partei der Jugend. Eine Generation, die den Fortschritt repräsentiert... Wie kann die israelische Regierung und ihr Außenministerium der jungen Generation den Krieg ansagen, um Franz-Josef Strauß und der Rechten zu helfen, deren Leute Nazis waren und der SA und SS angehörten?"* („AHM", 14.12.).

Die Diskussion geht weiter. Vermutlich am 5. Februar findet zum Thema „Nahost-Reise" eine mehr oder weniger öffentliche Fraktionssitzung in Bonn statt.

E./Ffm.



DIE GRÜNEN IM BUNDESTAG · Bundeshaus · 5300 Bonn

DIE GRUNEN IM BUNDESTAG

5300 Bonn
Bundeshaus
Fernruf 16-7583
Telex 885589 gruen d

Grüner Alltag in Bonn

Geschichten aus dem alltäglichen Leben des Parlamentarismus

Grüner Alltag in Bonn

Geschichten aus dem alltäglichen Leben des Parlamentarismus

Die in AK 252 begonnene Übersicht über Aktivitäten der Grünen im Bundestag soll hier fortgesetzt werden. Selbstverständlich stellen die dokumentierten Anfragen und Erklärungen nur einen kleinen Ausschnitt des parlamentarischen Alltags der Grünen dar.

Radikalenerlaß gegen die Grünen

Weil sie nicht die „entwicklungspolitischen Grundsätze" der Bundesregierung mittragen, sollen die Grünen auch in Zukunft vom Zugang zum Verwaltungsrat des Deutschen Entwicklungsdienst (DED) ferngehalten werden. Zur diesbezüglichen Ankündigung der Bundesregierung vom 12.12.84 erklärten die grünen Vertreter im Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit, G. Gottwald und W. Schwenninger: *„Die GRÜNEN IM BUNDESTAG protestieren gegen diesen politischen Radikalenerlaß der Bundesregierung und weisen darauf hin, daß es schließlich nicht Aufgabe einer Oppositionspartei sei, die Regierungspolitik mitzutragen. Zensur oder Selbstzensur könne doch wohl nicht Voraussetzung für die Präsenz in Aufsichtsgremien oder Verwaltungsräten sein.*

Mit der intendierten Entscheidung der Bundesregierung, mit der Anfang Januar zu rechnen ist, die unter ausdrücklicher Mißachtung des Grundrechtes auf freie Meinungsäußerung zustande kommen soll, wird ein Präzedenzfall für weitere Gremienbesetzungen geschaffen: In Kontrollgremien dürfen nur solche Kontrolleure, die die Bundesregierung in einem ihr erträglichen Maß kritisieren."

Firma NUKEM in verbrecherische Aktionen verwickelt

In einer Presserklärung vom 13.12.84 heißt es:

Die hessische Firma NUKEM hat versucht, Brennstäbe mit angereichertem Uran an den Irak zu liefern, die zur Gewinnung waffentauglichen Plutoniums besonders geeignet sind. (...) Sie behauptet aber bewußt irreführend, „abgereichertes und Natururan sind nicht dazu geeignet, Waffen daraus herzustellen". Denn gerade Brennstäbe mit abgereichertem Uran und Natururan bieten die beste Möglichkeit, waffentaubliches Plutonium zu gewinnen. NUKEM wollte dafür 12 T abgereichertes Uran als Brennstoffrohlinge von US-amerikanisch-kanadischen Lieferanten beziehen, ohne den Endverbraucher Irak zu nennen. Als deren Regierungen auf Nachfrage den Sachverhalt erfuhren, verweigerten sie die Ausfuhrgenehmigung. (Spiegel Nr. 25/1981, S. 124)

Auch die Angabe von NUKEM, Irak habe nach Unterzeichnung des Sperrvertrages alle seine nuklearen Einrichtungen vertraglich der Kontrolle der Internationalen Atomenergie-Kommission (IAEO) unterworfen, ist irreführend, da Irak nur die Anlagen im Lande kontrollieren läßt, die es selber als nukleare Anlagen bezeichnet. So besitzt Irak eine Plutoniumextraktionsanlage im Labormaßstab sowie eine leicht umzurüstende Demonstrationsanlage im halbindustriellen Maßstab, die es nicht kontrollieren läßt.

Der Empfänger der verhinderten NUKEM-Lieferungen sollte dieselbe irakische Regierung sein, die Monate später den Grenzvertrag mit Iran durch einen Angriffskrieg beiseite fegte, die völkerrechtswidrig Giftgas in diesem Krieg einsetzt und der Bundesregierung die Besichtigung der von der Firma Pilot Plant gelieferten „Schädlingsbekämpfungsmittelfabrik" untersagt, in der chemische Kampfstoffe hergestellt werden können.

Die GRÜNEN kritisieren scharf die Desinformationspolitik der Firma NUKEM und erwarten von der Hessischen Landesregierung, daß sie den genannten Praktiken der Firma NUKEM auf den Grund geht.

Geheimplan Geisslers: Dioxin-Produktion soll schrankenlos weitergehen

Am gleichen Tag heißt es in einer Presseerklärung:

„Hinter verschlossenen Türen wurden in seinem Ministerium in Zusammenarbeit mit dem sogenannten Bundesgesundheitsamt und der chemischen Industrie Dioxingrenzwerte ausgemauschelt, die bedeuten, daß die chemische Industrie weiterhin dioxinverseuchte Produkte ohne Einschränkung produzieren kann (siehe STERN 51/84). So wird der Dioxingehalt in Abfällen auf 0,1 ppm festgesetzt. Er beschränkt höher chlorierte Supergifte aus der Dioxin-Klasse überhaupt nicht, obwohl diese Gifte selbst vorliegen. Bisher gibt es keine wirkliche Entsorgungsmöglichkeit für diesen Industrieabfall.

Dioxingrenzwerte, wie sie in der Produktion von Fabriken künftig erlaubt sein werden, machen stillgelegte Dioxin-Schleudern wie die Firma Boehringer geradezu zu Musterbetrieben, und sie könnten wieder eröffnet werden. Umweltkriminalität soll gesetzlich sanktioniert werden.

Es ist ein Skandal, daß selbst hohe Umweltschutzbehörden nicht von den beabsichtigten Werten, die in die geplante Gefahrstoff-Verordnung aufgenommen werden sollen, in Kenntnis gesetzt wurden. Wie inzwischen aus

Fortsetzung auf Seite 27



Mahnwache für AIDS-Opfer im New Yorker Central Park

AIDS

,,Fünf Jahre in Quarantäne?'' — ,,Hunderttausende sterben — Nur ein Wunder kann noch helfen!'' — ,,Eine Epidemie, die erst beginnt'' — ,,Die Bombe ist gelegt'' — ,,Tödliche Seuche AIDS'' — Liebesverbot für AIDS-Kranke: bis 3 Jahre Gefängnis''. Viel Geld läßt sich verdienen mit Schlagzeilen wie diesen:

,,AIDS-Kranker im Bus — Angst in Hamburg'' (Bild, 14.11.84). Der Bus wurde desinfiziert. Der Mann hatte aber nur einen Kreislaufkollaps, wie in derselben Ausgabe noch zu lesen war.

Warum stürzen sich alle Medien so plötzlich so lustvoll auf diese Krankheit? Diese Krankheit ist eine besondere Krankheit. Diese Krankheit hat nämlich auch etwas mit Sexualität zu tun. Diese Krankheit eigent sich vorzüglich auch in den locker-flockigfreien Liebesbeziehungen unserer Bundesbürger ,,die Wende'' herbeizuführen. Lang genug hat man's sich angeschaut. Panikmache gegen Pille, Herpes und allerlei Liebes-Mikroben hatte nichts gefruchtet. Aber AIDS, das bringt's. AIDS kann töten. AIDS ist noch unheilbar. Und AIDS ist eine besondere Krankheit, die sich gut dazu eignet, auf die Homosexuellen und ihre Lebensweise einzudreschen. Denn noch sind die Homosexuellen von der Krankheit am meisten betroffen. *,,Der Virus muß im Ghetto der Homosexuellenszene bleiben!''* — so gehört in der ,,Brennpunkt''-Sendung zu AIDS im November '84. Die Familie steht wieder ,,im Mittelpunkt des gesellschaftlichen Lebens''. Die ,,Unschuldigen'' soll es nicht dahinraffen. *,,Die weitverbreitete Hoffnung, AIDS werde nur die Schwulen, die Fixer und die Kriminellen ausrotten, ist eine fromme Illusion'',* bedauert ein SPIEGEL-Redakteur (5.11.84). Die hart erkämpfte Duldung schwuler Lebensweise in den letzten 15 Jahren läßt sich schnell zunichte machen.

Aber inzwischen weiß man, daß AIDS keine Geschlechtskrankheit ist. Der Virus kann durch Blut und Blutprodukte auf alle Menschen egal welchen Geschlechts und Alters übertragen werden. Bundesminister Heiner Geißler hat bereits im Mai 1983 *,,der gefährlichen Krankheit''* den Kampf angesagt. Nun, anderthalb Jahre hat er wohl an anderen Fronten gekämpft. So groß war die Angst wohl doch nicht? Die Zahl der in der BRD an AIDS Erkrankten hat in dem Zeitraum auch nur geringfügig zugenommen. AIDS kam erst wieder ins Gerede, seit der umstrittene Bluttest erfunden wurde.

Auslöser der Kampagne ist das Bundesgesundheitsamt (BGA). Professor Meinrad Koch, Leiter der Abteilung Virologie im BGA, testete 444 Personen und entwickelte daraus eine Hochrechnung, die den *,,Durchseuchungsgrad''* der Homosexuellen-Szene und der BRD-Bevölkerung angeben sollte. Darauf kochte dann ein Teil der Presse

rechnung, die den ,,Durchseuchungsgrad'' der Homosexuellen-Szene und der BRD-Bevölkerung angeben sollte. Darauf kochte dann ein Teil der Presse

ihr Süppchen der *,,Hunderttausend Infizierten''* und tausend zukünftig Toten. Inzwischen mußte Koch zugeben, daß seine Zahlen wohl nicht repräsentativ sind.

Geißlers weihnachtliche Vorschläge für ein AIDS-Gesetz zur Erfassung, Kontrolle und Isolierung AIDS-Infizierter und der strafrechtlichen Verfolgung ihrer Intim-Kontakte konnten sich bei den Länderministern für das Gesundheitswesen noch nicht durchsetzen. Glücklicherweise. Horst Jaunisch, Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Gesundheitsausschuß zu *,,Geißlers Schnellschuß in Sachen AIDS'': ,,Daß diese Regierung und insbesondere der Bundesgesundheitsminister einen ausgeprägten Hang zum Überwachungsstaat hat, ist bekannt. Es überrascht deshalb nicht, daß der Gesundheitsminister die berechtigte Besorgnis der Bevölkerung vor dem weiteren Vordringen dieser neuen Viruskrankheit dazu nutzt, ein diffamierendes und diskriminierendes Instrument der Repression zu präsentieren. Zur Bekämpfung von AIDS ist nicht Repression, sondern zielgerichtetes politisches Handeln erforderlich. Dies aber unterläßt der Bundesminister. Statt dessen präsentiert er der Öffentlichkeit einen Vorschlag, der auf infame Weise eine Minderheit (die Homosexuellen) indirekt zu ,,Schuldigen'' macht, die bestraft werden müssen. Er schürt Hysterie, wo ein klarer Kopf erforderlich ist.''*

Die Tagung der Minister und Senatoren der Bundesländer am 29./30.11.84 in Berlin hat ergeben: Für die Bevölkerung der Bundesrepublik besteht *,,kein generelles AIDS-Risiko''* und auch *,,eine Gefährdung im täglichen Umgang ist nicht gegeben.''* Also noch keine neues Gesetz. Aber wenn AIDS als ,,Seuche'' eingestuft wird, dann gilt das Bundesseuchengesetz! Hier müßte nur ein entsprechender Paragraph eingefügt werden. *DER SPIEGEL: ,,Schon nach dem heute geltenden Bundesseuchengesetz kann jedes Gesundheitsamt eine Fülle einschneidender Maßnahmen im Zusammenhang mit AIDS anordnen. Der Gesundheitsstadtrat, sagen wir von Tübingen, könnte sich auf das Gesetz berufen und Ermittlungen auf eigene Faust anstellen: Grundstücke, Räume, Anlagen und Fahrzeuge betreten, Gegenstände untersuchen, Blutproben entnehmen lassen, Betroffene zu Auskünften verpflichten, sich von ihnen Sachen herausgeben lassen, Schleimhautabstriche anordnen — alles das ist jetzt schon zulässig, wenn so ein Stadtrat erklärt, AIDS ist bei uns eine Gefahr für die Bevölkerung.''* Darauf antwortete Manfred Steinbach, Leiter der Abteilung Gesundheitswesen des Bonner Ministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit: *,,Das ginge tatsächlich alles (...) Im Grunde ist das Seuchengesetz so beschaffen, daß eigentlich alle notwendigen Maßnahmen ergriffen werden könnten, mit Ausnahme der Meldepflicht.''* Schwulenbars, Homokinos und Gay-Saunen könnten nach diesem Gesetz geschlos-

ergriffen werden könnten, mit Ausnahme der Meldepflicht.'' Schwulenbars, Homokinos und Gay-Saunen könnten nach diesem Gesetz geschlos-

sen werden (Spiegel 52/1984). Steinbach und viele seiner beamteten Kollegen halten eine ,,Repression'' eigentlich für ,,angemessen''. Nur: ,,Sie ist nicht praktikabel'' (Spiegel, 19.11.84). Mit einer Regelung wird im Frühjahr dieses Jahres gerechnet.

Wieviele in der BRD haben AIDS?

Stand der AIDS-Erkrankten in der BRD am 4.12.84 laut Bundesgesundheitsamt Berlin: 124. Davon sind 52 Erkrankte verstorben. In Hamburg sind lt. Gesundheitsbehörde am 10.12.84 15 an AIDS erkrankt. Davon sind 4 gestorben. In den USA sind lt. SPIEGEL vom November 84 6.620 AIDS-Fälle registriert. 3.089 Erkrankte sind gestorben.

Ein paar Todeszahlen zum Vergleich: 1982 begingen 13.000 Menschen in der BRD Selbstmord, 150.672 Menschen starben an Krebs, 360.582 Menschen starben an Herz-Kreislaufkrankheiten, 715.857 Menschen starben an Krankheiten und Unfall. Bei ,,nur'' 124 Erkrankten kann man nicht von einer ,,Seuche'' sprechen. Seuchen sind lt. gesetzlicher Definition sich schnell und leicht ausbreitende Infektionskrankheiten. Die Politiker, Wissenschaftler und Medien sprechen von einem hohen ,,Durchseuchungsgrad'' unserer Bevölkerung. Das macht Angst bei Unwissenden. Die Krankheit darf andererseits keinesfalls verharmlost werden. Das ist richtig. Denn sie ist gefährlich, bisher unheilbar und sie verläuft bei 90% der schwer Erkrankten tödlich. Aber nicht alle, die sich mit dem Virus angesteckt haben, bekommen diese Krankheit.

Was ist AIDS?

AIDS ist die Abkürzung für ,,Acquired Immune Deficiency Syndrome'' — also etwa Syndrome der erworbenen Immunschwäche. (Der folgende Text ist einem Informationsblatt der Deutschen AIDS-Hilfe e.V. (Berlin) entnommen, an einigen Stellen gekürzt, verändert und ergänzt worden).

Immunschwäche bedeutet, daß die körpereigene Abwehr gegen Infektionen und gegen das Entstehen von Krebserkrankungen vermindert ist oder völlig fehlt (T-Helfer-Zellen).

Erworben steht im Gegensatz zu angeboren oder durch Medikamente zur Krebsbehandlung oder zur Unterdrückung der Abwehr z.B. nach Transplantationen gezielt und rückbildbar ausgelöst. Man erwirbt diese Krankheit wahrscheinlich durch einen Virus.

Syndrom heißt es deshalb, weil durch die verminderte Abwehr ganz unterschiedliche Krankheitsbilder entstehen können — meist handelt es sich um seltene Krebsarten und/oder um Infektionen mit Erregern, die zwar sehr verbreitet sind, mit denen aber der gesunde Organismus ohne Krankheitszeichen fertig wird (sog. opportunistische

tionen mit Erregern, die zwar sehr verbreitet sind, mit denen aber der gesunde Organismus ohne Krankheitszeichen fertig wird (sog. opportunistische

Infektionen). Besonders häufig trat bisher das Karposi-Sarkom auf, ein Hautkrebs, der sonst nur bei alten Männern vorkommt, und eine Lungenentzündung, die von einem Erreger hervorgerufen wird, der sonst keine Krankheit verursacht. AIDS-Kranke sind auch anfälliger für Pilz-Infektionen (besonders im Mund), Toxoplasmose, Cytomegalie-Virus-Infektionen, Tuberkulose und verschiedene Krebserkrankungen.

Was ist der AIDS-Related-Complex?

Das mit ARC bezeichnete Krankheitsbild beruht ebenfalls auf einem Immundefekt. ARC kann — muß aber nicht — in AIDS übergehen und begründet lediglich einen AIDS-Verdacht. ARC kann vorliegen, wenn zwei der folgenden klinischen Symptome und gleichzeitig mindestens zwei der derzeit möglichen Labor-Befunde vorliegen:

— chronische Lymphknotenschwellung an mindestens zwei Körperpartien (Hals, Achsel, Leiste), die länger als zwei Monate anhält,
— Durchfälle, die länger als 7 Tage andauern,
— Gewichtsverlust von mehr als 10% des üblichen Gewichts,
— andauernde oder schubweise auftretende erhöhte Körpertemperatur,
— Nachtschweiß,
— Leistungsabfall.

Ursache und Übertragung von AIDS

Amerikanische und französische Wissenschaftler haben den sog. HTLV-III-Virus (Human T-Cell-Leucemia (Lymphotropic)-Virus) entdeckt, den sie für den Erreger von AIDS halten. Nachgewiesen wurde der HTLV-III-Virus bei der überwiegenden Zahl der an AIDS bereits manifest Erkrankten. Ob dieser Virus die alleinige Ursache für die AIDS-Erkrankung ist, konnte bisher nicht bewiesen werden.

Die Inkubationszeit (Zeitraum von der Ansteckung bis zum Ausbruch der Krankheit) beträgt in der Regel zwischen sechs Monaten und 4 Jahren. Wissenschaftler vermuten, daß sich der Virus vorwiegend über Blut, Blutprodukte und Sperma verbreitet. Neuerdings wird auch eine Verbreitung über Speichel vermutet (Science, 26.10.84). Diese infizierten Körperflüssigkeiten des einen Menschen müssen irgendwie in das Blut eines anderen gelangen. (Also beim Küssen muß man sich schon die Lippen blutig beißen!) Es wird auf verschiedene Übertragungsmöglichkeiten geschlossen:

— Geschlechtsverkehr, insbesondere Analverkehr (mit kleinen Hautverletzungen),
— bei Fixern das gemeinsame Benutzen einer Nadel,
— bei ungeborenen Kindern durch die Mütter,
— bei Blutern durch Blutprodukte gegen Gerinnungsstörungen (Sofern sie noch nicht hitzebehandelt wurden),
— durch Frischblutkonserven.

Durch alltägliche soziale Kontakte (Händeschütteln, zusammen arbeiten, essen, etc.) wird AIDS nicht übertragen.

Wer ist von AIDS betroffen?

Wer ist von AIDS betroffen?

Die bisher bekannt gewordenen AIDS-Erkrankungen treten vorweigend bei folgenden sog. ,,Risikogruppen'' auf: 80% der Erkrankten sind homo-/bisexuelle Männer, 4% sind Fixer, 2% sind Afrikaner, 7% sind Bluter und 7% andere. (Zahlen für die BRD und Westberlin vom 25.9.84, Quelle: Bundesgesundheitsamt).

Die Bluter

Seit Anfang der siebziger Jahre werden die Bluter (die Bluterkrankheit ist erblich und befällt nur Männer) mit gerinnungsfördernden hochkonzentrierten ,,Faktor VIII''-Blutpräparaten behandelt. 90% dieser Präparate werden aus dem AIDS-Land USA importiert. Bei einem beträchtlichen Anteil der Bluter hat der HTLV-III-Test schon ein positives Ergebnis gezeigt. Da der Test nichts über eine zukünftige Erkrankung aussagt, hofft man, daß auch nur wenige Bluter erkranken werden.

Ist AIDS eine Schwulenkrankheit?

AIDS kann jeden betreffen, dessen Blut mit infiziertem Blut in Verbindung kommt. AIDS ist keine Krankheit, die speziell Homosexuelle betrifft. Unter Schwulen hat sich die Krankheit wahrscheinlich deshalb so schnell ausgebreitet, da ein Großteil der Homosexuellen viele anonyme sexuelle Kontakte hat.

Homosexuelle sind für diese Krankheit nur eine sogenannte **Indikatorgruppe**, d.h. aufgrund schnell wechselnder Sexualpartner (Promiskuität) läßt sich der Ausbreitungsmechanismus einer Infektionskrankheit beobachten. Es könnte ja auch sein, daß Homosexuelle inzwischen eher von Ärzten auf AIDS hin untersucht werden. Es könnte auch sein, daß bei Heterosexuellen AIDS-Anzeichen nicht ,,entdeckt'' werden, weil die Hausärzte erstmal wegen Grippe oder Magen-Darm-Verstimmung behandeln. Es könnte auch sein, daß Homosexuelle, die häufig mit Infektionskrankheiten fertig werden müssen, schon ein dadurch geschwächtes Immunsystem haben (geschwächter Körper durch Antibiotika) und deshalb anfälliger für AIDS sind.

Ist AIDS heilbar?

Bisher gibt es kein medizinisches Verfahren, um AIDS-Patienten zu heilen. Die Entwicklung eines Impfstoffes gegen AIDS wird wahrscheinlich noch fünf bis zehn Jahre auf sich warten lassen, und den bis dahin an AIDS Erkrankten wird der nicht mehr helfen können.

Der HTLV-III-Bluttest

Wie bereits von der Presse berichtet, steht den Medizinern seit wenigen Wochen ein Bluttest zur Verfügung, der den Nachweis von Antikörpern ermöglicht, die sich aufgrund des HTLV-III-Virus im Blut bilden. Wer diese Antikörper in seinem Blut hat, erhält das Untersuchungsergebnis ,,HTLV-III-positiv'', sind keine Antikörper im Blut vorhanden, dann ,,HTLV-III-negativ''.

Was nutzt der Test?

Die Wissenschaftler können derzeit nicht erklären, was ein positives Testergebnis für den Untersuchten medizinisch bedeutet:

— Wissenschaftler schätzen, daß nur ca. 2-10% der Infizierten auch manifest an AIDS erkranken;
— Es wird diskutiert, daß ein positives Testergebnis auch auf eine bereits stattgefundene Auseinandersetzung mit dem Virus hinweisen, d.h. Immunität anzeigen könnte;
— Man weiß nicht, ob durch eine eventuelle Immunität eine Übertragung des Virus noch möglich ist oder ob Infizierte, auch wenn sie nicht manifest erkranken, den Erreger an andere weitergeben können. Aber auch wer keine Antikörper gegen das HTLV-III-Virus im Blut hat, kann bereits an AIDS erkrankt sein oder noch daran erkranken! Ein positives Testergebnis ist also gegenwärtig nicht interpretierbar und von keinerlei Nutzen für den einzelnen! Personen mit positivem Testergebnis sind der Gefahr ausgesetzt, per Verordnung als Ansteckungs- und Krankheitsverdächtige Zwangsuntersuchungen bis hin zur Absonderung unterworfen zu werden, obwohl entsprechende medizinische Erkenntnisse durch den Test nicht erbracht werden können. Anläßlich des Gesamtergeb-

unterworfen zu werden, obwohl entsprechende medizinische Erkenntnisse durch den Test nicht erbracht werden können. Anläßlich des Gesamtergeb-

nisses eines HTLV-III-Tests wäre die Einführung einer namentlichen Meldepflicht nach dem Bundesseuchengesetz möglich. Aufgrund ähnlich zu befürchtender Folgen und der Aussageschwäche des jetzigen Tests haben Wissenschaftler in den USA empfohlen, den Test vorerst nur zur Untersuchung von Blut und Blutprodukten, die für Transfusionen bestimmt sind, einzusetzen.

Unter den amerikanischen Schwulenorganisationen besteht Einigkeit darüber, an dem Test nicht teilzunehmen, solange Garantien zur Anonymität und Vertraulichkeit nicht bestehen. Dieselben Forderungen hat die Aktionseinheit der Hamburger Schwulengruppen veröffentlicht.

Von Ämtern, Ärzten und Finanzen

Professor Koch vom Bundesgesundheitsamt befürchtet das Schlimmste, wenn es mit den Homosexuellen so weitergeht ...

,,Nur wenn es gelingt, die promisken Homosexuellen zu Verhaltensänderungen zu bewegen, wird sich die Situation bessern.'' (Spiegel, 5.11.84)

Koch zur ,,taz'' (HH, 3.11.84): *,,Wenn jemand Krebs hat, dann ist das sein privates, persönliches Schicksal. Jemand, der von einem Erreger infiziert ist, braucht ja selber gar nicht krank zu werden, er kann aber diesen Erreger an irgendeinen anderen weitergeben, der aber dann stirbt. Da sind die Konsequenzen doch schon ganz anders.''* Hautarzt Dr. von Preyss, Sprecher der niedergelassenen Ärzte: *,,Ob wir unsere Patienten anzeigen, bleibt noch unter uns zu diskutieren. Ich meine, daß die ärztliche Schweigepflicht*

Fortsetzung nächste Seite



AIDS-krankes Kind

Fortsetzung von vorheriger Seite

leichter wiegt — denn schließlich bringt einer den anderen um, wenn er AIDS hat. Es bleibt zu überlegen, ob man AIDS-Kranke nicht isolieren sollte." (Bild, 4.12.84)

Gesundheitsämter haben an die „Risikogruppen" der Schwulen und Fixer appelliert, kein Blut mehr zu spenden.

Professor Manfred Dietrich, Leitender Krankenhausarzt im Hamburger Tropeninstitut auf die Frage, was man gegen AIDS tun könne: *„Wichtig wäre es, etwas an der Hand zu haben, Saunen, Bars und Clubs, in denen sexuelle Kontakte auf promiskuitiver Basis stattfinden, zu schließen (...). Man muß alles unterlassen, was die direkte Übertragung von Mensch zu Mensch zuläßt. Dazu gehören auch die in Risikogruppen gepflegten Sexualpraktiken."* (Morgenpost, 6.11.84)

Die Schuld an der Ausweitung dieser Krankheit sieht er vor allem bei den Homosexuellen. *„Völlig Unschuldige"*, denen unkontrollierte Blutkonserven verabreicht werden, müssen geschützt werden. Auf einer Veranstaltung zu AIDS in der Hamburger Uniklinik (10.12.84) sprach er sich gegen anonymisierte Blutuntersuchungen aus: *„Ich will **Roß und Reiter** kennen!"* Er läßt umfangreiche Fragebögen zum persönlichen Lebensstil ausfüllen. Dietrich betonte dagegen, daß er weder an das BGA noch an die örtlichen Gesundheitsämter personenbezogene Daten herausgebe. Professor Dietrich ist die von der Hamburger Behörde ernannte „Anlaufstelle" für alle AIDS-Fragen in Hamburg. Das Hamburger Tropeninstitut beteiligt sich als eines von 6 Zentren in der BRD an der AIDS-Studie des Bundesgesundheitsamtes. Diese zusätzlichen Aufgaben müssen nebenher geleistet und aus laufenden Mitteln bezahlt werden.

Erst jetzt, ab 1985, werden ganze zwei Millionen DM für die AIDS-Forschung in der BRD zur Verfügung gestellt!

Mit AIDS beschäftigen sich im Bundesgesundheitsamt full time ein Wissenschaftler aus dem Institut und zwei Ärzte, die auf Teilzeitstellen beschäftigt sind. Zum Vergleich:

Die Schuld an der Ausweitung dieser Krankheit sieht er vor allem bei den Homosexuellen. „Völlig Unschuldige", denen unkontrollierte Blutkonserven verabreicht werden, müs-

Mit AIDS beschäftigen sich im Bundesgesundheitsamt full time ein Wissenschaftler aus dem Institut und zwei Ärzte, die auf Teilzeitstellen beschäftigt sind. Zum Vergleich:

... Als wir die Macht im Jahre 1933 übernahmen, fanden wir auch die homosexuellen Vereine vor. Die eingetragenen Mitglieder betrugen zwei Millionen; die vorsichtigen Schätzungen der bearbeitenden Beamten gehen auf zwei bis vier Millionen Homosexueller in Deutschland. Ich persönlich greife diese Zahl nicht so hoch, weil ich nicht glaubt, daß alle, die in diesen Vereinen waren, wirklich persönlich homosexuell waren. Anderenteils bin ich natürlich überzeugt, daß nicht alle Homosexuellen in den Vereinen eingetragen waren. Ich schätze zwischen ein bis zwei Millionen. Eine Million ist aber wirklich das Minimum, das wir annehmen müssen, das ist die allergeringste und mildeste Schätzung, die auf diesem Gebiet zulässig ist ...

... Wenn ich ein bis zwei Millionen Homosexuelle annehme, so ergibt das, daß ungefähr 7-8-10 % der Männer in Deutschland homosexuell sind. Das bedeutet, wenn das so bleibt, daß unser Volk an dieser Seuche kaputtgeht. Ein Volk wird es auf die Dauer nicht aushalten, daß sein Geschlechtshaushalt und Gleichgewicht derartig gestört ist ...

... Wir müssen uns darüber klar sein, wenn wir dieses Laster weiter in Deutschland haben, ohne es bekämpfen zu können, dann ist das das Ende Deutschlands, das Ende der germanischen Welt. Wir haben es leider nicht mehr so einfach wie unsere Vorfahren. Bei denen waren diese einigen Wenigen Einzelfälle so abnormer Art. Der Homosexuelle, den man Urning nannte, wurde im Sumpf versenkt. Die Herren Professoren, die diese Leichen im Moor finden, sind sich bestimmt nicht dessen bewußt, daß sie jeweils in neunzig von hundert Fällen einen Homosexuellen vor sich haben, der mit seinem Gewand und allem im Sumpf versenkt wurde. Das war nicht eine Strafe, sondern das war einfach das Auslöschen dieses anomalen Lebens. Das mußte entfernt werden, wie wir Brennesseln ausziehen, auf einen Haufen werfen und verbrennen. Das war kein Gefühl der Rache, sondern der Betreffende mußte weg ...

aus:
Heinrich Himmler, Geheimreden 1933-1945
Hrggbn: Smith/Peterson mit einer Einführung von J.C. Fest, Propyläen Verlag

Die USA stellen 35 Millionen Dollar zur Verfügung. Allein die Stadt San Francisco (wo viele Schwule leben) mit 700.000 Einwohnern gibt 7 Millionen Dollar für die AIDS-Forschung aus!

In Hamburg wurde noch vor zwei Monaten großartig getönt, die jährlich gespendeten 120.000 Blutkonserven sollten **alle** auf HTLV-III getestet werden. Aber das ist nun doch zu teuer. Und der geplante Vortest ist nicht ganz sicher, d.h. es gibt HTLV-III-Träger, die er nicht anzeigt. Die Planung sieht nun so aus, daß ab Januar die Blutspender nach einem Zufallsprinzip (wer sieht drogig aus, wer sieht homosexuell aus?) ausgewählt und getestet werden. Mit diesem Wechsel des Untersuchungszieles von der Überprüfung aller Blutspenden zur Überprüfung ausgewählter Blutspender geht auch einher, daß man die bisher geplante **Risikovermeidung** durch eine **Risikoverminderung** ersetzt hat!

— Es gibt kein Geld für die Forschung, um die Krankheit in den Griff zu bekommen!
— Menschenfeindliche Gesetze kosten nichts!
— Gute Ratschläge sind umsonst: geht früh ins Bett, möglichst allein und ernährt Euch ausreichend, dann haltet Ihr Euer Immunsystem in Ordnung!

Was bleibt im bundesdeutschen Hirn nach all dem Geschrei um AIDS hängen? Die AIDS-Risikogruppen werden noch weiter an den Rand unserer Gesellschaft gedrückt!

Die Schwulen wehren sich!

Viele Schwulenzentren der BRD haben inzwischen Presseerklärungen und Aufklärungsblätter zu AIDS verfaßt. Von einigen Gruppen wird die Promiskuität in Frage gestellt, um eine weitere Verbreitung der Krankheit in der Schwulenszene zu verhindern. Anonyme Sexkontakte sollten gemieden werden. Die Gruppen rufen dazu auf, kein Blut zu spenden, um erstens nicht andere eventuell zu gefährden und zweitens um nicht als Homosexueller erfaßt zu werden. Ohne persönliche Einwilligung sollte keiner diesen Bluttest durchführen lassen. Solange der Staat und die Behörden ihre Seuchen- und Gesetzespläne nicht ersatzlos aufgegeben haben, sollte man sich nicht zu Forschungsprojekten zur Verfügung stellen, bei denen es um AIDS geht.

Es geht auch anders: Niederlande

Die Bonner Pläne zur Eindämmung

Es geht auch anders: Niederlande

Die Bonner Pläne zur Eindämmung der AIDS-Epedemie haben in den Niederlanden scharfe Kritik ausgelöst. Die Organisation für die gesellschaftliche Eingliederung von Homosexuellen (COC) bezeichnete die Vorschläge Geißlers als „skandalös, diskriminierend und ungerecht". In einem Protestschreiben wurde die Bundesregierung aufgefordert, sich an den Niederlanden ein Beispiel zu nehmen (FR, 14.11.84)

In den Niederlanden gibt es 26 AIDS-Kranke, alle sind schwul oder bisexuell. Seit April 1982, als man mit dem ersten Patienten konfrontiert wurde, ist es zu einer Zusammenarbeit vieler niederländischer Organisationen gekommen. Gesundheitsbehörden, Blutbanken, Bluterorganisationen, Forschungseinrichtungen der Universität Utrecht, Zentren für die Behandlung der Geschlechtskrankheiten, Organisationen für Drogenabhängige und Organisationen der Schwulenbewegung arbeiten zum Problem AIDS zusammen.

Für 1984/85 liegt der Etat für die AIDS-Forschung bei über vier Millionen Gulden (ca. 4 Millionen DM), was für so ein kleines Land eine respektable Summe ist. In den Niederlanden wird gegenwärtig nach einer nicht diskriminierenden Blutspendepraxis gesucht, so daß auch Homosexuelle weiterhin Blut spenden können. Möglich scheint, daß alles gespendete Blut dem Test unterzogen wird und HTLV-positive Konserven vernichtet werden. Der Spender dieser Konserve soll nicht über das „positive" Ergebnis unterrichtet werden, solange dieser Test noch so aussageunsicher ist.

Zu keinem Zeitpunkt wurde in den Niederlanden von irgendeiner Seite der Vorschlag gemacht, bestimmte Orte der Subkultur zu schließen. In den Niederlanden gibt es kein Gesetz, welches Geschlechtsverker unter Strafe stellt, wenn einer dabei eine Geschlechtskrankheit weiterträgt.

Die Öffentlichkeit wird sachlich und breit über AIDS informiert. (Informationen aus GAY-Express Nr. 3/Dez. 84).

gu.

Grüner Alltag in Bonn

Geschichten aus dem alltäglichen Leben des Parlamentarismus

Fortsetzung von Seite 25

dem Bundesarbeitsministerium verlautet, sind die Grenzwerte „nicht mehr strittig". Schon Anfang nächsten Jahres soll die Verordnung im Kabinett verabschiedet werden und erst danach sollte die Presse informiert werden."

Finanzierung von Frauenhäusern

Die Bundestagsgrünen haben einen Gesetzentwurf zur Errichtung einer Bundesstiftung „Finanzierung von Frauenhäusern" eingebracht und erklären dazu:

„Frauenhäuser, die geschlagenen Frauen und Kindern vorübergehend Unterkunft gewähren, befinden sich zur Zeit in einer finanziellen Notlage. Ihre Finanzierung ist nicht bundeseinheitlich geregelt und hängt sowohl von der jeweiligen Belegung des Hauses als auch der Finanzierungsbereitschaft der zuständigen Länder und Kommunen ab. Es zeichnet sich bereits jetzt ab, daß ein Teil der Frauenhäuser in Zukunft aus Kostengründen den Betrieb einstellen muß.

Dieser Notlage soll mit einer zu errichtenden Bundesstiftung, die jährlich 50 Mill. DM zur institutionellen Förderung von Frauenhäusern zur Verfügung stellt, abgeholfen werden. Mit den Stiftungsmitteln könnten Frauenhäuser die anfallenden Raum- und Personalkosten abdecken. (...)

Die Bundesregierung, die sich mit der Stiftung „Mutter und Kind" so tatkräftig für den Schutz des ungeborenen Lebens eingesetzt hat, wird Farbe bekennen müssen, wieviel ihr der Schutz von geborenem Leben, nämlich: mißhandelte Frauen und Kindern, wert ist."

Für autofreie Sonntage

Als Beitrag zur Verringerung der Luftverschmutzung wird in einem Antrag „des Abgeordneten Drabiniok und der Fraktion DIE GRÜNEN" die Einführung von zwölf autofreien Sonntagen im Jahr gefordert — unter ausdrücklicher Berufung auf die Fahrverbote im Herbst 1973 („Ölkrise"):

„Der Bundestag möge beschließen: Die Bundesregierung wird aufgefordert, ein gesetzliches Fahrverbot an 12 Sonntagen eines jeden Jahres zu erlassen. Ausnahmeregelungen werden analog der Sonntagfahrverbote 1973 gehandhabt.

Begründung: Im November/Dezem-
„Der Bundestag möge beschließen: Die Bundesregierung wird aufgefordert, ein gesetzliches Fahrverbot an 12 Sonntagen eines jeden Jahres zu erlassen. Ausnahmeregelungen werden analog der Sonntagfahrverbote 1973 gehandhabt.

Begründung: Im November/Dezember 1973 wurden als Reaktion auf die sogenannte Energiekrise in der Bundesrepublik autofreie Samstage (richtig: Sonntage; Anm. AK) eingeführt. Die katastrophale ökologische Krise unseres Waldes birgt mit allen ihren Folgeschäden ein wesentlich höheres Gefahrenpotential für unsere Volkswirtschaft sowie die langfristige Sicherung der Lebensgrundlagen. Die Bekämpfung der Luftvergiftung als Ursache für das Waldsterben und zunehmende Erkrankungen der Atemwege in den Ballungszentren der Bundesrepublik Deutschland erfordert eine Vielzahl von einzelnen Gegenmaßnahmen. Von **entscheidender** *(Hervorhebung AK) Bedeutung sind hierbei kurzfristige Entlastung bewirkende Sofortmaßnahmen, wie Geschwindigkeitsbegrenzungen und Fahrverbote."* Im folgenden werden die laut Statistik des Umweltbundesamtes durch die Fahrverbote voraussichtlich bewirkten Reduzierungen der Schadstoffmengen, der Unfallopfer und des Benzinverbrauchs aufgelistet. Zur Frage der Popularität von Sonntagsfahrverboten heißt es weiter: *„Die autofreien Sonntage 1973 fanden in der Bevölkerung breite Zustimmung. Meinungsumfragen haben seinerzeit ergeben, daß rund 60-70% der Bevölkerung autofreie Sonntage ‚ziemlich' bis ‚sehr sympathisch' fanden. Nicht zuletzt wird das Erleben von autofreien Sonntagen die gesellschaftliche Einstellung zum umweltfeindlichen Auto mitverändern und eine verstärkte Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel bewirken."*

„Europäisierung" und „Konventionalisierung" der NATO bedeuten Aufrüstungsschub

„Eine Europäisierung der Sicherheitspolitik", die mit einem gewaltigen Aufrüstungsschub verbunden wäre, wird von den westeuropäischen Friedensbewegungen entschieden abgelehnt. Dies ist das Ergebnis eines internationalen Arbeitstreffens zur „Europäisierung und Konventionalisierung der NATO", das von der Fraktion der GRÜNEN IM BUNDESTAG am Wochenende in Bonn durchgeführt wurde. Mitglieder der Bundestagsfraktion und der Regenbogenfraktion des Europaparlaments sowie Mitglieder der bundesdeutschen Friedensbewegung diskutierten mit Friedensforschern und Repräsentaten der nationalen Friedensbewegungen aus den Niederlanden, Belgien, der Schweiz, Italien, Frankreich, Spanien, Großbritannien, Dänemark und den USA über die friedensgefährdenden Folgen einer „Europäisierung" der Sicherheitspolitik und einer „Konventionalisierung" der NATO-Strategie, wie sie aus den Kreisen der etablierten Politik in Westeuropa seit einiger Zeit verstärkt propagiert wird. Themen waren die Krise der NATO, die verschiedenen Modelle, die in herrschender Politik für eine „Europäisierung" verfolgt werden und die friedenspolitischen Alternativen, die die westeuropäischen Friedensbewegungen einer solchen „Europäisierung" entgegensetzen können: ein Europa der Abrüstung anstelle eines Europas der Rüstung, eine Zivilmacht statt einer Militärunion.

Einig war man sich darin, daß die Bestrebungen zur „Stärkung des europäischen Pfeilers der NATO" von den Friedensbewegungen abzulehnen sind. Denn diese Bestrebungen fügten sich einerseits in eine aggressive militarisierte Globalpolitik der USA, die von den westeuropäischen Staaten eine „gerechtere Lastenteilung" — sprich verstärkte Mehraufwendungen für Militär und Rüstung — verlangen. Andererseits besteht darüber hinaus die Gefahr, daß sich Westeuropa zu einer eigenständigen nuklearen militärischen dritten Supermacht entwickle." (17.12.)

„Aufrüstung und Kriegsvorbereitung"

... sehen die Grünen auch in dem geplanten Zivilschutzgesetz. Fraktionssprecherin Waltraud Schoppe erklärte dazu am 28.12.:

„Der Entwurf des Zivilschutzgesetzes stellt einen verschleierten Akt der Aufrüstung und Kriegsvorbereitung dar. Alle Vorwände, im Kriegsfall die Zivilbevölkerung schützen zu wollen, täuschen nicht darüber hinweg: Der nächste Krieg in Mitteleuropa gibt niemandem die Chance zum Überleben.

Die GRÜNEN IM BUNDESTAG fordern die Bundesregierung auf, diesen Entwurf schnellstens ad acta zu legen. Andernfalls muß davon ausgegan-

bevölkerung schützen zu wollen, täuschen nicht darüber hinweg: Der nächste Krieg in Mitteleuropa gibt niemandem die Chance zum Überleben.
Die GRÜNEN IM BUNDESTAG fordern die Bundesregierung auf, diesen Entwurf schnellstens ad acta zu legen. Andernfalls muß davon ausgegan-

gen werden, daß die Bundesregierung einen Atomkrieg auf dem Gebiet der Bundesrepublik für möglich hält, wie es in der Begründung für den Zwangsbunkerbau zu lesen ist:

„Die Bundesregierung geht vielmehr davon aus, daß ein Krieg in Mitteleuropa mit konventionellen Waffen geführt wird. Dabei kann allerdings eine Eskalation, die zu einem begrenzten Einsatz atomarer oder chemischer Waffen führt, nicht ausgeschlossen werden. Aber auch im letzteren Fall könnte der weitaus überwiegende Teil der Bevölkerung durch Schutzräume, die Schutz gegen radioaktive Niederschläge und chemische Kampfstoffe bieten, wirksam geschützt werden."

Wir stellen fest:
- *Mit dem neuen Gesetzentwurf (§44) sollen die Grundrechte eingeschränkt werden können und durch Beamtenrechtsänderungen Beamte erfaßt und zivilen Stellen der NATO verfügbar gemacht werden.*
- *Nach §45 soll der Bundesverband für Selbstschutz zu einer Bundesanstalt aufgewertet werden und damit staatliche Machtbefugnisse bekommen.*
- *Katastrophenschützer sollen den Verteidigungsfall üben.*
- *Der Entwurf stellt die Voraussetzungen in materieller, personeller und zeitlicher Sicht her, durch rechtlich abgesicherte Organisationsformen registrierte und mobil gemachte Helfer übergangslos zu verpflichten.*

Der Entwurf aus dem Innenministerium ist ein Skandal ersten Ranges. Allen Friedensgesängen der Unionschristen entgegen soll hier der dritte und letzte Weltkrieg als beherrschbare, naturkatastrophenähnliche Situation verharmlost werden mit dem kleinen Nebeneffekt, daß einige Baufirmen noch ein dickes Geschäft mit der Angst machen."

Für den Januar werden „parlamentarische Schritte" der Grünen angekündigt, „um dieses Machwerk zu problematisieren."

Kühnen vor Gericht
oder
Wenn ein Arier auf schlau macht

Nur wenigen Neonazis ist eine Medien-Resonanz wie dem Michael Kühnen vergönnt. Seine Person animiert die Journalisten offenbar zu immer neuen Charakterstudien. Nicht daß uns das Thema besonders reizen würde. Aber als Kommunist muß man sich halt in die aktuellen Debatten einschalten. Wir meinen: Keiner kann für die milden Gaben, mit denen die Natur ihn ausgestattet hat. Da aber die arische Rasse in Kühnens Kreisen als besonders edel gilt, scheint es berechtigt, deren Vorzüge an der Person eines Führers zu studieren. Wir finden also einen Fleischball vor, der aber stämmig gebaut ist. Glieder nach dem Motto kurz, aber rund. Beachtlicher, vom Lederkoppel stramm gefaßter Bierbauch. Zwei Fingerbreit hohe Stirn über dem feisten babyface. Dichter Haarwuchs an der Stelle, wo bei sog. minderwertigen Rassen das Gehirn sitzt. Wenn er ein Bulle wäre, würde man sagen: Das wandelnde Beispiel dafür, warum der Bulle Bulle heißt. So aber müssen wir auf landesübliche Attribute zurückgreifen wie z.B. ein *ganzer Kerl*. Ein gerader Typ, der seine Knobelbecher nicht mal im Bett ablegt. Wo der hinhaut, wächst kein Gras mehr. Liebt aber Kameradschaft und Gemütlichkeit (die echte, wie sie an der Front zu haben ist). Haßt alles Abartige. Kühnen zeigt uns, warum wir wieder stolz sein dürfen, ein Deutscher zu sein. Schon darin ist der kleine Adolf seinem großen Vorbild durchaus ähnlich.

Der Neonazi-Führer von der ANS (Aktionsfront Nationaler Sozialisten), der nach einem halbjährigen Frankreich-Aufenthalt im Oktober unfreiwillig ins „Reich" heimkehrte, steht zur Zeit in Frankfurt vor Gericht. Mitangeklagt ist Arndt Heinz Marx, früher Wehrsportgruppe Hoffmann, dann die Nr. 2 bei Kühnens Sammlungsversuchen am äußersten rechten Rand der nationalen Szene. Marx sitzt zur Zeit eine Gefängnisstrafe ab, weil er einen seiner „Kameraden" namens Andreas Sachse einer „Strafaktion" unterzog, die man auch als Freiheitsberaubung und Folterung bezeichnen kann. Praktiken dieser Art sind durchaus nicht unüblich, weder in Hoffmanns (WSG Libanon) noch in Kühnens Truppe (Ermordung eines schwulen Hamburger ANSlers).

Im Frankfurter Prozeß geht es jedoch nicht um Taten, sondern um Worte. Die Staatsanwaltschaft wirft Kühnen als Autor und Marx als presserechtlich Verantwortlichem Verbreitung von NS-Propaganda vor. Hauptsächlich werden Forderungen nach Wiederzulassung der NSDAP beanstandet. Als Beweismittel liegen dem Gericht entsprechende Passagen aus einschlägigen Schriften vor: ein sog. „Frankfurter Appell", ein Flugblatt „Man nennt uns Neonazis — na und" und die Publikation „Die innere Front" sowie „Das Corps". Hinzu kommt ein Beitrag Kühnens in der „Bauernschaft", dem Organ des zur Zeit inhaftierten Altnazis Christophersen, und ein als unveröffentlicht bezeichneter Text „Die 2. Revolution" alias „Das 4. Reich", den Kühnen

zeichneter Text „Die 2. Revolution" alias „Das 4. Reich", den Kühnen

während seiner Knastzeit (1979) verfaßt haben will. Tatsächlich ist dieser Text ab Sommer 1983 als Serie im „NS-Kampfruf" von Gary Lauck (USA) erschienen.

Kühnen war zunächst einmal besorgt, Marx als potentiellen Mitbewerber um den Posten des Leithammels in die Schranken zu weisen. Einerseits soll dieser wegen seiner eigenmächtigen (?) Bestrafungspraktiken aus der „Front" ausgeschlossen (?) worden sein. Andererseits nimmt Kühnen mannhaft die Alleinverantwortung für die inkriminierten Schriften auf seinen muskulösen Rücken. Das macht sich bei den Kameraden gut und ist auch für das Strafmaß unerheblich.

Sodann berief sich Kühnen auf die staatlichen Instanzen selbst als Zeugen für die Legalität der NS-Propaganda. Die Programme der diversen Wahllisten „Aktion Ausländer-Rückführung" (AAR) seien nicht einmal vom Bundeswahlleiter beanstandet worden, obwohl sie auf Ausarbeitungen der ANS beruhen. Auf diesen Vorstoß ging das Gericht zwecks Vermeidung von Peinlichkeiten für die FdGO lieber nicht ein.

Die gesamte Auseinandersetzung konzentriert sich also auf Kühnens Verhältnis zum Nationalsozialismus. Der ehemalige Bundeswehr-Leutnant versucht dabei den Anschein zu erwecken, als vertrete er einen irgendwie „neuen", „differenzierten" oder „entschärften" Faschismus, für den er Legalität beansprucht, wie sie seinerzeit der KPD/AO ebenfalls gewährt worden sei. Zwar bekennt er sich weiterhin zu „Kern und Sinn des 25 Punkte-Programms der NSDAP von 1920". Doch sei die ANS „kein simpler Abklatsch der NSDAP". Der Nationalsozialismus, wie Kühnen ihn den Richtern präsentiert, beziehe sich auf einen angeblich „revolutionären, sozialistischen Flügel" seines Vorbilds und schlage einen „dritten Weg zwischen Kapitalismus und Kommunismus" ein. „In der Tradition der SA" steuere er, Kühnen, ein „unabhängiges Großdeutschland" an.

Diese eher läppischen und gewiß nicht neuen oder originellen Sprüche haben dem Mann, der es so trefflich wie heute kaum einer versteht, den rechten Arm zum zackigen Gruß hochzureißen, bei einigen Publizisten sogleich den Ruf eines „klugen Kopfes" eingetragen. Eine Zeitung mit zugegeben bescheidenen geistigen Ansprüchen urteilt: *„Kühnen ist zweifellos der einzige Kopf in der robusten Riege der Neonazis. Er ist auch der einzige, der solche diffizilen politischen Themen reflektiert und sie verständlich vorzutragen weiß"* (FAZ, 14.11.84). Klar — für die FAZ ist Faschismus ein diffiziles, um nicht zu sagen delikates Thema, zumal 40 Jahre danach.

Ein gelegentlicher freier Mitarbeiter des „Spiegel" muß da noch was draufgeben, um mit seiner hochinteressanten Meinung aufzufallen. Sebastian Cobler, der die Marktlücke des schriftstellerisch ambitionierten Links-Anwalts tapfer verteidigt, äußert in einem Gespräch mit dem „Pflasterstrand" (Nr. 198): *„Kühnen ist diesen Juristen*

Gespräch mit dem „Pflasterstrand" (Nr. 198): „Kühnen ist diesen Juristen

dort nicht nur rhetorisch, sondern auch vom historischen Wissen her haushoch überlegen". Da die Frankfurter Szene (deren Qualifikation außer Frage steht, weil sie noch bei Adorno in die Vorlesung ging) ihren „Coli" heiß liebt, bleiben solche profunden Einschätzungen nicht ohne Wirkung. In einem „taz"-Kommentar aus Frankfurt (22.12.84) wird berichtet: *„Ich wundere mich immer wieder, wenn innerhalb der Linken (?), der Biertischrunden (!), der Kantinengespräche* (natürlich: —Das Proletariat muß hier einfach dazugedichtet werden — Anm. AK) *mit leicht gedämpfter Stimme gemurmelt wird: ‚Aber der ist doch ein Intellektueller, der Kühnen, nicht wahr?'* " Was die Bourgeoisie kann, kann die Alternativ-Bourgeoisie noch lang.

Die verschrobene Debatte um Kühnens Intelligenzquotienten (dessen Meßbarkeit überhaupt noch nie nachgewiesen wurde) verdeckt nur, daß die Genannten Grund zum Jubel sehen. Je mehr der Neonazi über eine angeblich „sozialistische" oder „revolutionäre" Seite des NS zusammenphantasiert, desto mehr fühlt sich der Salon-Liberale in seiner Lieblingsthese bestätigt, daß Rechts- und Linksextremismus miteinander verschwägert seien. Wer diesem Essential der herrschenden Ideologie Nahrung gibt, wird dankbar zur bedeutenden Persönlichkeit hochstilisiert. Wobei die Anerkennung einem SA-Schläger ebenso zuteil wird wie einem Deutschnationalen aus einer ehemaligen K-Gruppe.




Die Peinlichkeiten, die der Prozeß zutage fördert, sind damit keineswegs erschöpft. Beim Verlesen des Textes „Die 2. Revolution" steigerte sich der beisitzende Richter Ulrich Fidora in ein derart gekonntes Pathos hinein (FAZ: *„...mit soviel Gespür für Sportpalastreden"*), daß eine Schulklasse unter Protest den Zuhörerraum verließ. Auf Antrag des Staatsanwalts wurde die Sitzung unterbrochen, um die fortschreitende Entblößung der „unabhängigen Gewalt" abzuwenden. Es bleibt Richtern und/oder erlesenen Publizisten vorbehalten zu erklären, weshalb die in dieser Schrift enthaltenen Everbrowns von „Führer befiehl..." bis zum „Widerstand gegen das Judentum" etwas „Neues" oder „Gemäßigtes" sein sollen. Kühnen jedenfalls distanzierte sich, um seine Verteidigungsstrategie zu retten, so vorsichtig und so allgemein wie nur irgend möglich. Er sei damals wegen seiner Gefängnisstrafe erzürnt gewesen (warum nur ist es ständig das Judentum, an dem so etwas abreagiert wird?). Andererseits unterließ er es, diejenigen Punkte konkret zu benennen, die er angeblich nicht mehr aufrecht erhält. Ein Arier macht auf schlau. Kühnen möchte von Le Pen lernen: *Lege dich erst mit den Schwächsten an, das sind heute die Ausländer. Werde dabei stark. Dann kommt alles andere dran, was der Art zuwider läuft.* Ein glänzendes Beispiel für das nordische, soldatische Wesen...

Was heißt das eigentlich: Ein bißchen weniger Faschismus? Auf jüngsten Plakaten der Kühnen-Gruppe heißt es ungemein differenziert: *„Für Rassenstolz, Volksgemeinschaft, deutsche Einheit"*. Wir dachten bisher immer, das reicht, um in diesem unseren Lande zu wissen, woran man ist. Aber wir sind ja auch Dogmatiker.

Cobler plädiert tatsächlich auf Freispruch für Kühnen. Eine republikanische Gesellschaft müsse auch gefährlichen Schwachsinn aushalten, anstatt ihn strafrechtlich zu verfolgen und zu verbieten. Diese Grundsatzposition sollte dann aber auch an zugespitzten Beispielen diskutiert werden, anstatt bei wohlformulierten Allgemeinheiten stehenzubleiben. Einer der Ziehväter Kühnens, Erwin Schönborn, der z.Zt. eine Strafe in der JVA Butzbach absitzt, wurde am 30.11.84 erneut verurteilt. Er hatte einige Schmierblätter verfaßt, die er durch Kumpane aus dem Knast herausschmuggeln, vervielfältigen und verbreiten ließ. Wörtliche Zitate: *„Die Vergasungsmannschaft lustvoll stöhnt, wenn früh am Morgen die KZ-Sirene tönt". „Simon Wiesenthal durch die Länder rast, er wurde 17 mal vergast."* Dafür bekam Schönborn noch einmal zehn Monate. Ein Terrorurteil, gegen das zu protestieren wäre?? Oder der Beweis dafür, daß Worte nicht nur gefährlicher Schwachsinn, sondern auch Gewalt sein können?

Leider hat sich auch Erich Fried dazu hinreißen lassen, sich dem Gericht brieflich als Zeuge zugunsten Kühnens anzubieten (was abgelehnt wurde). Fried, der einmal ein längeres Gespräch mit Kühnen geführt hat, verurteilt dessen „irrige Ansichten". Dennoch habe er von ihm einen „günstigen Eindruck" gewonnen. Kühnen sei subjektiv ehrlich und weder verstockt noch unbelehrbar. *„Ich würde nach dieser Begegnung mit Kühnen jederzeit ihm mein Leben anvertrauen"* (zitiert nach FR, 13.12.84). Lieber nicht!

Frieds (und Coblers) Hauptfehler besteht darin, aus einer — und sei es nur minimalen — Relativierung faschistischer Worte sogleich auf eine Veränderung faschistischer Taten zu schließen. Man möchte wissen, wann sich diese Hoffnung einmal erfüllt hat. Aber man muß nicht erst in die Geschichte zurückgehen, um dieses Problem zu diskutieren. Das Zugattentat am 23.12.84 in Italien hat der Welt auf fürchterliche Weise erneut die Präsenz, Handlungsfähigkeit und den unveränderten Charakter des Neofaschismus klargemacht. Und was ist mit den mindestens 23 Opfern des Nazi-Terrors in der BRD, die in einem halben Jahrzehnt ermordet wurden? Es ist die Absurdität dieses Prozesses, daß über eine angebliche Wandlung Kühnens verhandelt wird, ohne daß der Angeklagte darauf überhaupt angesprochen wird. Kühnen aber ist es (neben Hoffmann, Roeder, Fiebelkorn und natürlich Marx), der darüber manches, wenn nicht alles berichten könnte, wenn er sich wandeln wollte.

Hörst du nur auf ihre Worte, so wirst du durch ihre Taten umkommen.

Zwei Frankfurter Genossen

Begleiterscheinungen

* Am ersten Prozeßtag waren ca. 70 ANS-Anhänger im Zuhörerraum. Trotz anfänglicher Ermahnungen seitens des Richters konnten sie „Sieg-Heil" gröhlen und den Hitler-Gruß vorlegen, ohne belangt zu werden.

* Nur das NS-Paar Müller (Mainz) erhielt an einem späteren Tag wegen unflätigen Verhaltens Ordnungshaft, er vier Tage, sie einen Tag.

* Ebenfalls am ersten Tag beschlagnahmte die Polizei 1000 Flugblätter „Freiheit für Kühnen" vor dem Gerichtsgebäude.

* Drinnen scheinen einige Justizwachmeister ein inniges Verhältnis zu verschiedenen Neonazis zu haben, Schulterklopfen, Lachen u.ä. machen den Ton aus.

* Verschiedentlich ist der Gebäudetrakt mit NS-Klebern „verziert".

* Neonazi P. Müller konnte einmal Einblick nehmen in die Besucherliste, sie war angeblich ohne Aufsicht gelassen worden.

* Etliche antifaschistische Besucher müssen sich dreiste Pöbeleien durch Nazis gefallen lassen.

Taten

Die Tatsache, daß eine Reihe führender Neonazis z.Zt. inhaftiert ist oder vor Gericht steht, könnte zu der Annahme verleiten, diese Kreise seien geschwächt oder relativ untätig. Das Gegenteil ist der Fall:

* Am 28.10. verhaftete die Polizei fünf Wehrsportler auf einem Bauernhof in der Nähe von Schwerte (NRW). Munition, Revolver, Handgranaten, 9 kg Sprengstoff und NS-Propaganda wurden kistenweise gefunden und abtransportiert.

* In Aachen wurde Anfang November das Wohnhaus eines stadtbekannten VVN-Mitglieds beschmiert. Im DKP-Büro wurden die Scheiben eingeworfen und neonazistische Parolen hinterlassen.

* In Westberlin führte die Polizei am 1.11. Durchsuchungen bei 15 Neonazis durch, wobei auch Waffen gefunden wurden.

* In Bremen wurden am 23.11. die Fenster des VVN-Büros eingeschlagen. Als Visitenkarte hinterließen die Täter Hakenkreuz-Schmierereien und NSDAP-Parolen.

* Andreas Sachse, ehemals „Kommando Totenkopf" unter der speziellen Betreuung von A.H. Marx (siehe Artikel) lieferte sich zusammen mit seiner Freundin und dem ANS-Mann Grimmelhäuser am 2.11. in Stade eine Schießerei mit der Polizei. Während das Paar einen Polizisten anschoß und zunächst fliehen konnte, wurde Grimmelhäuser gestellt. Bei ihm fand die Polizei 4 Gewehre, 3 Pistolen, über 1000 Schuß Munition, Funkgeräte und andere Ausrüstungsgegenstände. Sachse und Freundin wurden am 13.11. bei einem Einbruchversuch in Emmerich (NRW) ertappt. Die Waffen soll das Trio u.a. von einem Hamburger Polizisten bezogen haben, der seit 7.12. vom Dienst suspendiert ist.

* Die inhaftierte Nazi-Größe Roeder zeigt leider auch keine Anzeichen von Wandlung oder Resozialisierung. Stattdessen fertigt er NS-Propaganda an, die er über Helfer an seine Frau (die dumme Kuh ist ein so braves Weib — oder das brave Weib ist eine so dumme Kuh, daß sie anscheinend gar nicht gecheckt hat, wie ihr Gatte mit einer anderen Gans auf Terror-Reisen war; Gott zum Gruß!) und eine Coburger Druckerei weiterleiten ließ. 40 kg Material und Druckplatten wurden beschlagnahmt.

Die Wehrsportgruppe Jürgens

Die Wehrsportgruppe Jürgens

Seit September 1984 hat es nun auch das niedersächsische Innenministerium anscheinend begriffen: Die „Nothilfstechnische Übungs- und Bereitschaftsstaffel" des Arztes Uwe Jürgens aus Celle ist die Tarnung für die wohl größte neonazistische Wehrsportgruppe seit dem Verbot der WSG-Hoffmann. Mit rund 2 Dutzend Fahrzeugen, Übungsgelände und Stützpunkt in der Heide bei Celle und über 100 „Aktiven" trieb diese Bande seit mindestens 1978 ihr Unwesen. Die Ursprünge reichen aber noch viel länger zurück.

Schon Mitte der 70er Jahre hatte Jürgens in Berkenthin bei Lübeck eine Praxis und ... seine Wehrsportgruppe, die u.a. des öfteren mit Uwe Rohwer zusammen ins Manöver ging, eben jenem Uwe Rohwer, der für seine diversen Überfälle 1977/78 im Zusammenhang mit der Kühnen-Bande für mehrere Jahre in den Knast wanderte.

Es ist wohl kein Zufall, daß Jürgens seinen Verein mit dem seriös klingenden Namen dann gründete, als die Rohwer-Gruppe aufflog. Immerhin war er selbst nahe davor, ebenfalls einzufahren und trat im Bückeburger Prozeß gegen Rohwer und Co. „nur" als Zeuge für Beschaffungs- und Kundschaftsfahrten der Angeklagten auf.

Und nicht nur Rohwer gehört zu den guten Freunden des Uwe Jürgens. Mit zum Gründungskreis seines Vereins gehören auch Mitglieder des Freundeskreises um den Forstmeister Lembke, der als angeblicher „Einzeltäter" und „Waffennarr" 30 Kisten mit Waffen verbuddelt hatte und tot in seiner Zelle aufgefunden wurde, bevor er — auf seinen Wunsch hin — mit der Bundesanwaltschaft sprechen konnte.

Bis auf einige Ausnahmen blieb es ruhig um die WSG Jürgens. Manche Übung auf Bundeswehrgelände wurde registriert und das wars denn auch, was außer ein paar ganz eingefuchsten Antifa-Spezis die sonstige Öffentlichkeit erfuhr.

Bis dann im Sommer '84 bekannt wurde, daß eben diese WSG-Jürgens ganz offenbar die logistische Basis für diverse ANS-Kader abgibt: Mehrere Male fuhren so prominente Nazis wie Christian WORCH oder Gunnar PAHL mit Jürgens-Fahrzeugen durch die BRD, ANS/NA Mitglieder aus Hannover fahren TENO-Fahrzeuge und auf dem Gelände in Suroide üben ANS-Mitglieder aus Hannover einträchtig gemeinsam mit Jürgens-Leuten.

Fotografen, die diese Übungen beobachteten, wurden von den Nazis mit einer Leuchtkugel beschossen. Jürgens — ganz auf Ehrbarkeit erpicht — hat inzwischen die Flucht nach vorn angetreten: Er erstattete Strafanzeige wegen Hausfriedensbruch gegen die eigenen Leute — ein auf die Dauer recht selbstmörderisches Verfahren, den eigenen Laden aufzulösen.

TENO abgebrannt
Antifaschistische Selbsthilfe

In der Nacht vom 10. auf den 11. Dezember wurde der „Hof Hasselmann" in Meißendorf/Kreis Celle durch einen Brandanschlag zerstört. Der Hof diente der „Nothilfstechnischen Übungs- und Bereitschaftsstaffel" (der WSG Jürgens) als Stützpunkt. Neben der Scheune, die völlig ausbrannte, wurden insgesamt 19 Fahrzeuge zerstört und der Sachschaden dürfte gar eine halbe Million betragen.

In derselben Nacht brannten im Gehöft „Adlerhorst" in Hetendorf/Kreis Celle zwei Gebäude und ein Schuppen aus. Dieser „Adlerhorst" war Stützpunkt der rassistischen „Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung", des „Freundeskreises Filmkunst" (zeigt Nazi-Filme) und diente weiteren Nazi-Vereinen wie dem Bund Heimattreuer Jugend oder der Wehrsportgruppe Blankenese als Übungsgelände. Ebenfalls im „Adlerhorst" ansässig ist die „Freiwillige Werksfeuerwehr Adlerhorst" (angeblich mit Kontakten zum THW Harburg und Winsen/Luhe), aus deren weitgehend aufgelösten Fuhrpark die Jürgenstruppe ihren Wagenpark aufgebaut hat.

Wer genaueres über die „Nothilfstechnische Übungs- und Bereitschaftsstaffel", die „Wehrsportgruppe Jürgens" wissen will, sollte sich unbedingt die gerade erschienene Broschüre dazu besorgen.

16 Seiten, DM 2,- , zu beziehen über
Antifaschistische Initiative Hannover
c/o Pavillon
Lister Meile 4
3000 Hannover 1
Geld bitte in Briefmarken beilegen.

Kampf dem Faschismus

Das Lager

Ende 1939 stellte der Inspektor der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes (SIPO und SD), SS-Oberführer Arpad Wigand, einen Antrag auf Errichtung eines Konzentrationslagers zur Unterbringung von Verhafteten, da die Gefängnisse in Oberschlesien und im Revier von Dabrowa überfüllt seien. Wigand, der dem SS-Gruppenführer Erich von dem Bach-Zelewski, der Chef im Amt des Höheren SS- und Polizeiführers Südost in Breslau war, unterstand, schlug Auschwitz als Ort für dieses Projekt vor. Kasernen außerhalb der eigentlichen Stadt, die eine Isolierung von der Außenwelt möglich machen würden, waren bereits ebenso vorhanden wie günstige Eisenbahnverbindungen nach Schlesien, dem Generalgouvernement, der Tschechoslowakei und Österreich. Eine am 21. Febr. 1940 entsandte Inspektionskommission unter SS-Oberführer Glücks nach Auschwitz bestätigte die Eignung des Ortes, und am 8. April gab der General der Flieger Halm seine Zustimmung zur Verpachtung des Lagergebietes Auschwitz und zur Übergabe an die Leitung der SS. Zum Abschluß der Verhandlungen untersuchte eine Kommission unter Leitung von SS-Hauptsturmführer Rudolf Höß (2) am 18./19. April mit Wigand, dessen Pläne zur Organisierung eines Quarantänelagers für polnische Häftlinge in Auschwitz. Der Inspektionsbericht von Höß veranlaßte den Reichsführer-SS Himmler am 27. April den Befehl zu geben, in Auschwitz ein Konzentrationslager mit Hilfe von Häftlingen auszubauen. Höß, der am 4. Mai offiziell zum Kommandanten von Auschwitz ernannt wurde, wurden vom Bürgermeister von Auschwitz für anderthalb Monate 300 ortsansässige Juden zur Gebietsbereinigung zur Verfügung gestellt. Um das Lagergebiet von der Bevölkerung zu isolieren, schuf die SS durch Aussiedlung einen Gürtel um das KZ. Das über einen län-

fügung gestellt. Um das Lagergebiet von der Bevölkerung zu isolieren, schuf die SS durch Aussiedlung einen Gürtel um das KZ. Das über einen län-

geren Zeitraum entvölkerte Gebiet von 40 qkm wurde das „Interessengebiet" des Lagers genannt und ständig von SS-Männern, örtlicher Gestapo und Polizei kontrolliert. Die Bauarbeiten im Lager wurden von polnischen Häftlingen ausgeführt.

Am 20. Mai wurden 30 Häftlinge, sog. Berufsverbrecher (BV), deutscher Nationalität aus dem KZ-Sachsenhausen auf Befehl von Höß nach Auschwitz gebracht. Sie bekamen die ersten Nummern von 1 bis 30 und wurden zu Funktionshäftlingen ernannt, die die Verlängerung des SS-Apparates bildeten und ihnen somit eine Machtstellung gegenüber den restlichen Häftlingen sicherte. Sie wurden mit einem grünen Dreieck gekennzeichnet und fungierten später als Kapos (Konzentrationslagerpolizei), die viele Häftlinge grausam ermordeten. Damit gehörten sie zur Lagerleitung, die aus SS-Mannschaft, Angehöriger der Politischen Abteilung und diesen Kapos bestand. Am 14. Juni wurden aus dem Gefängnis in Tarnów die ersten 728 Polen — politische Häftlinge — nach Auschwitz gebracht.

An diesem Tag begann die offizielle Existenz des KZ-Auschwitz. Diese Häftlinge erhielten die laufenden Nummern von 31 bis 758. Ebenfalls zu dieser Zeit trafen SS-Männer und Offiziere verschiedener Dienstgarde ein, die leitende Funktionen übernahmen: Adjutant von Höß wurde der SS-Obersturmführer Karl Fritsch (abkommandiert aus dem KZ-Dachau) und SS-Untersturmführer Franz Xaver Maier (abkommandiert von der SS-Totenkopf-Division), Leiter der Verwaltung war SS-Untersturmführer Max Meyer (abkommandiert vom Inspektorat der Konzentrationslager), Kassenleiter war SS-Oberscharführer Herbert Minkos (abkommandiert aus dem KZ-Buchenwald), Sachbearbeiter für Verpflegung war SS-Untersturmführer Willi Rieck (abkommandiert aus dem KZ-Dachau), die Unterkunftsverwaltung unterstand SS-Hauptscharführer Otto Reinicke (abkommandiert aus dem KZ-Dachau), Lagerärzte waren zunächst SS-Hauptsturmführer Max Popiersch und SS-Obersturmführer Robert Neumann. Leiter der politischen Abteilung (Gestapo) wurde SS-Obersturmführer Maximilian Grabner (4) zugeteilt von der Gestapo aus Katowic).

Neben der SS gab es noch verschiedene Machtstellungen innerhalb der Häftlinge, die von der SS fast immer an Häftlinge deutscher Nationalität vergeben wurden. Die höchste Stellung im Lager hatte der Lagerälteste inne, direkt unter ihm stand der Blockälteste, der als Hilfe einen Stubenältesten zugewiesen bekam. Die Kontrolle beim Arbeitskommando teilten sich die bereits erwähnten Kapos: Lagerkapo, Oberkapo, Unterkapo und Vorarbeiter.



Sinowi Tolkachew, Ohne Worte (Auschwitz, 1945)

Am 27. Januar 1945 wurde das größte faschistische Menschenvernichtungslager in der Zeit des deutschen Faschismus von der sowjetischen Armee befreit. In der Zeit des Bestehens von Auschwitz, vom 14.6.1940

Am 27. Januar 1945 wurde das größte faschistische Menschenvernichtungslager in der Zeit des deutschen Faschismus von der sowjetischen Armee befreit. In der Zeit des Bestehens von Auschwitz, vom 14.6.1940 bis zum 27.1.1945, wurden in dem Lager etwa 4,5 Mio. Menschen umgebracht. Die Gesamtzahl der Personen, die innerhalb der zwölfjährigen NS-Herrschaft durch die KZs gingen, ist wegen der ständig wechselnden Belegschaft schwer festzustellen. Jedoch kann die Zahl auf mindestens 8 - 10 Mio. geschätzt werden. Insgesamt existierten etwa 2.352 KZ-Außenlager, Haftanstalten usw. im Machtbereich des deutschen Reiches („EUROMED", 27.5.1961). Die Konzentrationslager waren in der Phase der Vernichtung der Gegner des Faschismus die wichtigsten Einrichtungen zur Liquidation von Menschen. Sie waren der stärkste Ausdruck des autoritären Charakters des faschistischen Kontroll- und Willkürapparates, die Menschen absondern, diffamieren und mit den brutalsten Methoden zu Tode quälen sollte. Dabei werden qua NS-Definition alle Menschen, die aufgrund ihrer bloßen Existenz nicht in die Arieridealkategorie fielen, und die aufgrund ihrer politischen Überzeugung in Opposition zum NS-Staat standen, nach dem Motto: Lieber zehntausende zuviel, als einer zu wenig, zu Tode geschunden, erschossen, vergast. Hitler: *„Ich wünsche nicht, daß man aus Konzentrationslagern Sanatorien macht. Terror ist die wirksamste politische Waffe. Jeder wird es sich vorher überlegen, etwas gegen uns zu unternehmen, wenn er erfährt, was ihn im Konzentrationslager erwartet ... Ich brauche Leute, die hart durchgreifen und sich nicht erst überlegen müssen, wenn sie jemand umbringen sollen ... Jede Tat hat ihren Sinn, genauso jede Untat ... Das Gewissen ist eine jüdische Erfindung."* (1)

Im folgenden soll die Geschichte des KZ-Auschwitz — als Beispiel für den größten organisierten kaltblütigen Massenmord — beschrieben werden.

Ursprüngliche Pläne zum Bau des Konzentrationslagers

Bevor mit dem Ausbau des Stammlagers in Auschwitz begonnen wurde, kam bereits in einem Plan Ende 1940 der Erlaß zur Schaffung eines zweiten Lagers. Den endgültigen Befehl dazu gab Reichsführer-SS Himmler nach seinem ersten Besuch in Auschwitz am 1. März 1941, bei dem ihn auch Konzernleiter von IG-Farben begleiteten. Der Befehl Himmlers an Höß lautete: 1. Das Lager in Auschwitz für 30.000 Häftlinge auszubauen; 2. auf dem Gebiet des Dorfes Brzezinka (Birkenau) ein Lager für 100.000 Kriegsgefangene zu errichten; 3. den IG-Farben 10.000 Häftlinge für den Bau von Industriewerken in Dwory bei Auschwitz zu liefern; 4. das Gebiet landwirtschaftlich zu nutzen; 5. Lager-Werkstätten einzurichten.

Im Sommer 1941 wurde schließlich mit dem Ausbau des Stammlagers begonnen. Bis zum Herbst 1944 wurden Straßen, Kanalisation, Wasserwerk, Fernheizung und über 30 Gebäude erbaut. Der Bau der Bunawerke in Dwory wurde schon im April von Häftlingen, nach Vereinbarungen von WVHA, Lagerkommandantur und IG-Farben angefangen. Die vom Lager in Auschwitz bereitgestellten 8.000 billigen Arbeitskräfte in dem Werk für synthetischen Kautschuk und Benzin kamen jeden Tag vom Stammlager in die Bunawerke. Als jedoch Schwierigkeiten beim Transport der Häftlinge auftauchten, wurde beschlossen, im ausgesiedelten Dorf Monowice in der Nähe der Bunawerke ebenfalls ein Lager zu errichten. Seit dem Oktober 1942 wurden die Häftlinge dort untergebracht und das Lager in KZ-Monowitz, zugehörig zu Auschwitz III, umbenannt. Der Kommandant des KZ Auschwitz III wurde SS-Hauptsturmführer Heinrich Schwarz. Der Bau des Lagers in Birkenau begann im Oktober 1941. Lagerkommandant von Auschwitz II wurde SS-Sturmbannführer Fritz Hartjenstein. Während dieser Zeit stieg die Häftlingszahl in Auschwitz auf 20.000 an, denn vom 7. bis zum 25. Oktober wurden dort etwa 10.000 sowjetische Kriegsgefangene eingeliefert, die aus dem Gefangenenlager in Lamsdorf (heute Lambinowice) kamen. Zwischen März 1941 und Februar 1942 sind beim Bau der Bunawerke und des Lagers in Birkenau etwa 18.000 Häftlinge gestorben, die verhungerten oder umgebracht wurden. Das Lager in Birkenau wurde in äußerster Eile, ohne Kanalisation usw. gebaut, weil das Stammlager bereits überfüllt war. Der SS-Sturmbannführer Karl Bischoff wurde als Bauleiter in Birkenau von der Amtsgruppe C im SS-WVHA in Berlin abkommandiert. Er war zunächst Bevollmächtigter der Sonderbauleitung für die Errichtung eines Kriegsgefangenenlagers der Waffen-SS in Auschwitz, deshalb wurde das Lager nach dem ersten Plan für den Bau eines Kriegsgefangenenlagers in Birkenau vom 14. Oktober 1941, der von Bischoff bestätigt und von Höß unterzeichnet wurde, gebaut.

Der Vernichtungslager-Plan

Himmler hatte jedoch bereits im Sommer 1941 Auschwitz zur Massenvernichtungslager für Juden bestimmt, was eine Veränderung der Pläne nach sich zog. Höß schlug das Lager Birkenau für die Durchführung des Vernichtungsplanes vor, er berichtete darüber in seinen Aufzeichnungen: *„Im Sommer 1941, den genauen Zeitpunkt vermag ich z.Zt. nicht anzugeben, wurde ich plötzlich zum Reichsführer-SS nach Berlin befohlen, und zwar direkt durch seine Adjudantur. Entgegen seiner sonstigen Gepflogenheiten eröffnete er mir ohne Beisein eines Adjudanten, dem Sinne nach folgendes: Der Führer hat die Endlösung der Judenfrage befohlen, wir — die SS — haben diesen Befehl durchzuführen. Die bestehenden Vernichtungsstellen im Osten sind nicht in der Lage, die beabsichtigte Aktion durchzuführen. Ich habe daher Auschwitz dafür bestimmt, einmal wegen der günstigen verkehrstechnischen Lage, und zweitens läßt sich das dafür zu bestimmende Gebiet leicht absperren und tarnen... Nähere Einzelheiten erfahren Sie durch Sturmbannführer Eichmann von RSHA, der in nächster Zeit zu Ihnen kommt... Wir fuhren ins Gelände, um den geeigneten Platz festzulegen. Wir hielten das Bauerngehöft an der Nord-West-Ecke des späteren Bauabschnittes III Birkenau für geeignet. Es war abgelegen, gegen Einsicht durch umliegende Waldstücke und Hecken geschützt und nicht zu weit von der Bahn entfernt. Die Leichen sollten auf dem angrenzenden Wiesenplan in langen Gruben untergebracht werden. An ein Verbrennen dachten wir zu diesem Zeitpunkt noch nicht. Wir errechneten, daß man in den dort vorhandenen Räumlichkeiten ungefähr 800 Menschen gleichzeitig nach Gasdichtmachung durch ein geeignetes Gas töten könne. Dies entsprach auch der späteren Kapazität. Den Zeitpunkt des Beginnes der Aktionen konnte mir Eich-*

chung durch ein geeignetes Gas töten könne. Dies entsprach auch der späteren Kapazität. Den Zeitpunkt des Be-

ginnes der Aktionen konnte mir Eichmann noch nicht sagen, da alles noch in Vorbereitung wäre und der RFSS (Reichsführer SS — Anm.AK) noch nicht den Anfang befohlen hätte."(5)

Die Ausrottung der Juden in Birkenau begann im Januar 1942. Am 17./18. Juli 1942 inspizierte Himmler Auschwitz zum zweiten Mal, dabei sah er sich *„nach der Besichtigung in Birkenau... den gesamten Vorgang der Vernichtung eines gerade eingetroffenen Juden-Transportes an. Zu dem Vernichtungsvorgang äußerte er sich in keiner Weise, er sah nur ganz stumm zu."* (6) Zu diesem Zeitpunkt waren in Birkenau bereits zwei Bunker zur Tötung mit Zyklon B in Betrieb genommen. Himmler besichtigte ebenfalls das IG-Farben Bunawerk, das bereits ca. 30.000 Fachkräfte besaß und das Frauenlager im Stammlager, das aus zehn ausgesonderten Blocks bestand. Sie wurden eingerichtet, nachdem am 1. März 1942 die sowjetischen Kriegsgefangenen liquidiert und die noch verbliebenen 945 Gefangenen zusammen mit anderen Häftlingen nach Birkenau verlegt wurden. Dieser neu angelegten Frauenabteilung wurden am 26. März 1942 die ersten 999 deutschen weiblichen Häftlinge aus dem KZ Ravensbrück, sowie 999 jüdische weibliche Häftlinge aus Poprad in der Slowakei, zugeführt. Diese Frauen bekamen die laufenden Nummern von 1 bis 1998. Die ersten 127 Polinnen — politische Häftlinge — kamen am 27. April 1942 aus dem Montelupich-Gefängnis in Krakau und dem Gefängnis in Tarnow. Sie erhielten die Nummern von 6784 bis 6910. Rudolf Höß berichtet weiter über Himmlers Besuch: *„Im Frauenlager ließ er sich die Durchführung einer Prügelstrafe an einer Berufsverbrecherin (Prostituierte), die laufend einbrach und stahl, was sie erreichen konnte, vorführen, um die Wirkung festzustellen. Die Genehmigung von Prügelstrafen an Frauen hat er sich persönlich vorbehalten."*(7)

Am 19. Juli, nach der Inspektion in Auschwitz gab Himmler an Höß folgenden Befehl: *„Die von mir angeordneten sicherheitspolizeilichen Aktionen dürfen auf keinen Fall gestoppt werden... Eichmanns Programm geht weiter und wird von Monat zu Monat gesteigert. Sehen Sie zu, daß sie mit dem Bau von Birkenau vorwärtskommen. Die Zigeuner sind der Vernichtung zuzuführen. Ebenso rücksichtslos vernichten Sie die arbeitsunfähigen Juden... Ihre Arbeit und Leistung habe ich gesehen, ich bin zufrieden, ich danke Ihnen, ich befördere Sie zum Obersturmbannführer."*(8)

Zur Durchführung dieses Befehls entstand der nächste Plan zum Ausbau des Lagers in Birkenau am 15. August 1942, der einen Lagerkomplex für 200.000 Häftlinge vorsah. Mit der Realisierung des Planes wurde aber schon im Juli begonnen, in dem die Firma J.A. Topf und Söhne aus Erfurt mit dem Bau von Verbrennungsöfen in den vier vorgesehenen Krematorien, sowie der Installierung und Montage von Anlagen in den Gaskammern beauftragt wurde. Die Krematorien und Gaskammern wurden im März/Juni 1943 fertiggestellt und sofort in Betrieb genommen.

Der Aufbau des Lagers

Das gesamte Lager bestand aus drei Bauabschnitten, von denen der Abschnitt I (BI), der in die Lager BIa und BIb eingeteilt war und wo das Krematorium II stand (das Krematorium I befand sich im Stammlager) bereits fertiggestellt war. Im Laufe des Jahres 1943 wurde der Bauabschnitt II (BII) fertiggestellt, in dem das Krematorium III und sechs Wohnlager, von BIIa bis BIIf, errichtet wurden; ebenso wie das Effektenlager („Kanada"), das mit Kleidung etc. der Gefangenen gefüllt war, die an verschiedene Nazidienststellen verschickt wurden (Wertgegenstände an die Reichsbank), die Entlausungs- und Badeanstalt („Sauna") usw. Als erstes wurde das Lager BIIe eröffnet und dort im Februar 1943 ein Lager für Sinti und Roma eingerichtet. Zwischen dem 26. Februar 1943 und dem 21. Juli 1944 wurden insgesamt in der Baracke 20.967 Menschen untergebracht. Etwa 1.700 wurden sofort, wegen angeblichem Flecktyphusverdacht, vergast und tauchen nicht in der Lagerkartei auf. Ungefähr am 5. April 1944 waren noch 9.000 Sinti und Roma, von denen ein Teil in andere Lager verlegt wurde (die letzten sind am 2. August 1944 in das KZ Buchenwald transportiert worden), die in Birkenau verbliebenen wurden vergast: *„2. Aug. 1944: Um 19 Uhr wurde im Zigeunerlager BIIe in Birkenau Lagersperre angeordnet. Gleichzeitig kamen Lastautos und eine Gruppe SS-Männer vorgefahren, die die Zigeuner zu liquidieren hatte. 2.897 wehrlose Frauen, Kinder und Männer wurden in die Krematorien gebracht, wo man sie verga-*

dieren hatte. 2.897 wehrlose Frauen, Kinder und Männer wurden in die Krematorien gebracht, wo man sie verga-

ste."(9) Mit dieser Aktion wurde das Sinti- und Roma-Lager beseitigt, nachdem zuvor von der SS etwa 20.000 Sinti und Roma umgebracht wurden.

Das Lager BIIf war als Häftlingskrankenbau vorgesehen und galt als „Wartesaal zum Krematorium". Das Lager BIId war für männliche Häftlinge, die in verschiedenen Arbeitskommandos beschäftigt waren, errichtet. Die Durchschnittsbelegschaft betrug dort in den Jahren 1943/44 etwa 13.000 Häftlinge. Im Lager BIIb wurde ein Familienlager für Juden aus dem Ghetto in Theresienstadt eingerichtet. Von diesen jüdischen Familien wurden alle vergast, die letzten 7000 Männer, Frauen und Kinder am 11./12. Juli 1944; außer 75 Menschen, die Ärzte oder Zwillinge waren, an denen der Lagerarzt SS-Hauptsturmführer Josef Mengele Experimente durchführte, und 3.080 junge Männer und Frauen, die in andere KZ überführt wurden.

Im Juni 1944 wurde im Bau des Lagers BIIe und auf dem noch nicht fertiggebauten dritten Bauabschnitt (BIII), „Mexiko", in dem das vierte und nicht mehr ganz beendete fünfte Krematorium entstand, ein Durchgangslager für jüdische Frauen eingerichtet, die vergast oder in Arbeitslager gebracht werden sollten. Die SS-Ärzte Josef Mengele und Heinz Thilo führten dort wöchentlich Selektionen durch, von denen kleinere Gruppen neben den Öfen der Krematorien II und II erschossen wurden. Ende September 1944 wurde dieses Lager von der SS liquidiert, indem innerhalb von 10 Tagen in den Gaskammern über 40.000 jüdische Frauen umgebracht wurden.

Die Beteiligung der deutschen Konzerne an den Verbrechen in Auschwitz

In den Jahren 1942 bis 1944 wurden 40 Nebenlager des KZ-Auschwitz errichtet, die für wirtschaftliche Zwecke des Deutschen Reiches genutzt wurden. Sie unterstützten die Tätigkeit von Fabriken, Bergwerken und Hütten deutscher Konzerne, wie z.B. der IG-Farben, Berghütte, Oberschlesische Hydrierwerke AG, Energieversorgung Oberschlesien AG, Hermann-Göring-Werke, Siemens-Schuckert, Rheinmetall-Borsing, Deutsche Reichsbahn.

28 der 40 Nebenlager arbeiteten direkt oder indirekt für die Rüstungsindustrie. *„Neun Lager entstanden neben Werken der Hütten- und Metallindustrie, sechs bei Steinkohlegruben, sechs bei Werken der chemischen Industrie, drei bei Fabriken der Leichtindustrie, zwei beim Bau von Elektrokraftwerken, eins bei einem Werk der Bauindustrie und eins bei einer Fabrik der Lebensmittelindustrie."* (10)

Fortsetzung nächste Seite

Kampf dem Faschismus

Fortsetzung von vorheriger Seite

Die Außenlager in Babice, Budy, Hermeze, Pawy und in Rajsko verrichteten auf Anordnung Himmlers landwirtschaftliche Arbeiten. Die im Stammlager befindlichen Handwerksbetriebe wurden im Jahre 1941 zum Unternehmen der SS unter dem Firmennamen Deutsche Ausrüstungswerke (DAW) ausgebaut, die Reparaturaufträge der Wehrmacht erhielten.

IG-Farben

Die wohl umfangreichste Ausbeutung der Häftlinge aus Ausschwitz wurde von dem IG-Farben-Konzern mit seinem 1941 aufgebauten Bunawerk betrieben, das etwa 30.000 Häftlinge zur Zwangsarbeit aufkaufte. Dabei zahlte der Konzern bei einer 10-bis 12stündigen Arbeit pro Tag und Häftling nur 3 bis 4 Mark an die Lagerleitung. Da die Häftlinge bei Krankheit nur bis zu 14 Tagen von dem Werk weiter bezahlt wurden, sorgte die SS-Lagerführung dafür, daß alle Arbeiter/innen, die länger als 14 Tage krank waren, vergast wurden, um die Profite nicht zu senken. Das Gas Zyklon B war ein IG-Farben Patent und wurde von den Firmen Tesch und Stabenow (Hamburg) und Degesch (Dessau) an das KZ-Auschwitz geliefert. Aus den Schreiben eines Angestellten der IG-Farben an das KZ-Auschwitz wird deutlich, daß der Konzern zu Experimenten mit Medikamenten regelrecht Frauen als Sklavinnen aufkaufte: ,,... *Im Hinblick auf Experimente mit einem neuen Schlafmittel wären wir Ihnen dankbar, wenn Sie uns eine Anzahl Frauen besorgen wollten ... Wir erhielten Ihre Antwort, sehen jedoch den Preis von 200 Mark pro Frau als übersetzt an. Wir schlagen Ihnen einen Preis von höchstens 170 Mark pro Frau vor. Wenn Sie damit einverstanden sind, werden wir die Frauen kommen lassen. Wir benötigen annähernd 150 ... Die bestellten 150 Frauen erhalten. Trotz ihrem kümmerlichen Gesundheitszustand werden sie als genügend erachtet ... Die Versuche sind vorgenommen worden. Alle Versuchsobjekte sind gestorben. Wir werden Sie in Kürze betreffend einer neuen Lieferung benachrichtigen.*'' (11)

Zusätzlich zu den Bunawerken unterhielten die IG-Farben in den Außen-
objekte sind gestorben. Wir werden Sie in Kürze betreffend einer neuen Lieferung benachrichtigen.'' (11)

Zusätzlich zu den Bunawerken unterhielten die IG-Farben in den Außenlagern des KZ-Auschwitz die Fürstengrube, die Grube Heidebreck, die Janinagrube (Libiaz) und die Günthergrube (Ledziny).

Krupp

Im Juni 1943 wurde für den Krupp-Konzern eine Halle zur Produktion von Flugzeugteilen und Zündern für Granaten im Stammlager fertiggestellt. Im Oktober 1943 übernahm die Firma Weichsel-Union-Metallwerke die Fabrikhalle und begann eigene Maschinen und Zünder für Artilleriemunition herzustellen.

Firma J.A. Topf & Söhne

Die vier Krematorien und Gaskammern in Birkenau wurden seit dem Juli 1942 von der Erfurter Firma J.A. Topf und Söhne erbaut.

Siemens

Außer in den KZ Groß-Roosen, Buchenwald, Ravensbrück und dem Lager Uckermark richtete sich der Konzern Siemens in dem KZ-Auschwitz-Außenlager Bobreck eine Produktionsstätte ein.

In einem Bericht des Siemens-Konzerns heißt es hierzu: ,,*Infolge der starken Schäden, die das Kleinbauwerk der SSW (Siemens-Schuckert-Werke) bei den Luftangriffen vom 3. und 4. September 1943 und vom 22. und 23. November 1943 erlitt und bei denen besonders die gesamten Werkzeuglager vernichtet wurden, war das Werk nicht mehr in der Lage, die ihm zugewiesenen Fertigungsprogramme zu erfüllen. Der Sonderbeauftragte für Verlagerungen innerhalb der Elektroindustrie im Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion wies dem Werk deshalb mit Schreiben vom 26. November 1943 als Ausweichbetrieb die ehemalige Super-Phosphat-Fabrik Auschwitz zu, so daß die Einrichtung des Ausweichbetriebes im Dezember 1943 von den Siemens-Schuckert-Werken in Antriff genommen werden mußte ...*'' (12). Außerdem hat Siemens die großen Exhaustoren mit umfangreichen Blechanlagen geliefert, die das schnelle Absaugen des Gases aus den Gaskammern möglich machten. Nur damit konnten zeitlich hintereinander Massen von Menschen vergast werden. Aus einem Brief der beiden ehemaligen Auschwitzhäftlinge, Roger Pelisson und Georges Gallot, an einen Freund vom 20.8.1947 wird ersichtlich, daß noch mehr Anlagen in den Gaskammern von Siemens stammten: ,,.... *Ja, mein Kamerad Georges Gallot und ich haben in den Krematorium III und IV gearbeitet und können versichern, daß sowohl für die Gaskammern als auch für die gesamten elektrischen Anlagen der Lager Auschwitz und Birkenau viel Siemens-Material benutzt worden ist, so z.B. vergitterte Wandarmaturen, Schalt-Tafeln, Schalter, Transformatoren, Verteilungsdosen, Rohrschellen usw. ...*'' (13). Ebenfalls wurde eine im Jahre 1944 in Auschwitz errichtete Desinfektionsanlage von Fachleuten des Siemes-Konzerns erbaut.



Ernst Janko, Juden im Konzentrationslager (Jassy, 1942)

Die Ankunft der Häftlinge im Lager

Die Ankunft der Häftlinge im Lager

Die meisten in das KZ-Auschwitz eingelieferten Menschen waren vorher Insassen anderer KZ, Ghettos, Durchgangslager und Gefängnisse gewesen, was Spuren von Hunger, Torturen und Krankheiten hinterließ. Die mit Eisenbahntransporten angekommenen Häftlinge stiegen an der Lagerrampe aus, die sich in der Nähe der Wohnblocks des KZ-Auschwitz I befand. 1942 wurde eine zweite Rampe für Transporte von zur Vernichtung bestimmten Juden eingerichtet, die ,,Judenrampe''. Von diesen Transporten kam nur ein geringer Teil nach der Selektion ins Lager und wurde dort registriert, die meisten wurden sofort vergast. Ab Mai 1944 wurden Eisenbahntransporte auf einer besonderen Rampe entladen, die sich im KZ-Birkenau, zwischen dem Abschnitt BI und BII, befand. Die Transporte in Laftkraftwagen wurden gewöhnlich am Lagertor an die SS übergeben. Die Transporte trafen zu unterschiedlichen Zeiten, am Tag und in der Nacht, ein, fortwährend seit der Existenz des Lagers und auch als bereits ab August 1944 die verstärkte Liquidierung des Lagers begann.

Ein jüdischer Arzt, Gordon Jakub aus Wilna, ehemaliger Häftling in Auschwitz mit der Nr. 92627, berichtete über die Fahrt nach und die Ankunft in Auschwitz: ,,*Die Liquidierung des Ghettos in Grodnie wurde am 19.1.1943 begonnen und dauerte 5 Tage. Am frühen Morgen des 21.1. kamen deutsche Gendarmen in meine Wohnung und trieben mich samt meiner Familie auf die Straße. Dort fand sich bereits eine größere Gruppe von Juden. Auf der Straße, rundherum, war eine riesige Menge Leichen zu sehen, erschossen von Deutschen — Männer, Frauen und Kinder. Wir wurden zu dem großen Gebäude der Synagoge geführt, wo sich bereits einige tausend Personen befanden. Kurz danach wurden wir aus dem Gebäude geführt, in Fünfer-Reihen aufgestellt und mit starkem Konvoi zu der Station Losośna geführt, wo bereits ein Zug wartete, zusammengesetzt aus rund 35 Warenwaggons. Wir wurden zu je 120 Personen in ein Waggon geladen. Es war so eng, daß nur ein Teil der Leute sitzen konnte, die Restlichen mußten stehen. Im Waggon fanden wir einige Laibe Brot und etwas Wurst. Auf jeden entfiel mehr oder weniger 1/2 kg Brot und 25 g Wurst. Wasser gab es dagegen nicht. Auf dem Weg litten wir sehr aufgrund des Durstes. Die Deutschen im Konvoi schossen auf die Bauern, welche uns Wasser oder Schnee reichen wollten. In der Nacht des 22.1.43 kamen wir in Auschwitz an. Der Zug hielt an der Rampe in Birkenau. Unter unmenschlichen Schreien — ‚raus, los, schneller!' und schrecklichen Schlägen wurden wir zum Verlassen der Waggons gezwungen. Päckchen, Koffer, Ranzen mußten sofort auf den Boden fallen gelassen werden.*

Alle Neuankommenden wurden in einer Kolonne hingestellt, die sehr schnell in 4 Gruppen einsortiert wurden: Erstens waren es junge und gesunde Männer, vorgesehen zur Arbeit im

Alle Neuankommenden wurden in einer Kolonne hingestellt, die sehr schnell in 4 Gruppen einsortiert wurden: Erstens waren es junge und gesunde Männer, vorgesehen zur Arbeit im Lager. Die zweite Gruppe setzte sich aus jungen Mädchen im Alter von 16 - 20 Jahren zusammen, ebenfalls zum Arbeiten im Lager vorgesehen. Die dritte Gruppe setzte sich aus zu alten oder zu jungen Männern zusammen. Die vierte endlich, die größte Gruppe, setzte sich aus Frauen mit Kindern und älteren Frauen zusammen. Unser Transport zählte 3.650 Personen. Aus ihm wurden in die erste Gruppe ausgewählt: Männer zum Arbeiten im Lager — 265 Personen; in die zweite Gruppe: Frauen zum Arbeiten im Lager — rund 80 Personen. Die restlichen über 3.000 Leute wurden in Lastwagen geladen und, wie sich später herausstellte, zum Krematorium gefahren, wo sie vergast und verbrannt wurden. Unter den sofort nach der Ankunft Vergasten waren meine Frau, Sohn, Mutter und Vater. Ich und mein Bruder trafen im Lager ein'' (14).

Die Einteilung der Häftlinge im Lager und der Tagesablauf

Hanna Kampel, ein weiblicher Häftling aus Auschwitz, berichtete in ihren ,,Erinnerungen'', was mit den zur Arbeit ausgesuchten Menschen weiter geschah: ,,*Es folgte das ‚Baden'. Das ging so, daß die nackten, frierenden Menschen, ohne Rücksicht auf die Jahreszeit, die ganze Nacht hindurch draußen oder in den Baracken gehalten wurden und von Zeit zu Zeit mit kaltem Wasser übergossen wurden. Handtücher gab es nicht, man mußte an der freien Luft ‚trocknen'. Die Folgen so eines Badens waren unzählige Erkältungen, Lungenentzündungen und andere Krankheiten. Danach folgte das Rasieren. Die Friseure, in der Mehrzahl keine Fachkräfte, rasierten ungeschickt, vor allem mit stumpfen, verrosteten und dreckigen Werkzeugen. Rasiert wurde sehr genau, nicht nur die Kopfhaare, sondern auf dem ganzen Körper, ohne die Schamhaare auszulassen. Die Frauen mußten sich diese Prozedur von den männlichen Friseuren gefallen lassen. Da ebenfalls Rasierseife fehlte, hatten alle Rasierten am Körper lauter schmerzende Wunden und Kratzer. Zusätzlich folgte nach dem Rasieren noch die ‚Desinfektion' — das Zwangswaschen in der dreckigen chemischen Lösung ‚Sagrotan'; als nächstes das Abwischen der rasierten Stellen mit schmutzigen Lappen, vollgesogen mit dem ätzenden Mittel ‚Cuprex'. Als Resultat so einer Desinfektion entstanden bei den Unglücklichen schmerzende Enzyme und ansteckende Hautkrankheiten.*'' (15)

Nachdem die Häftlinge verlauste Kleider und Holzpantinen bekamen, wurden ihnen Nummern eintätowiert. Anschließend kam die Einteilung nach Winkel-Farben. Die wesentlichsten dieser Kennzeichnungskategorie waren: ein rotes Dreieck kennzeichnete politische Häftlinge; ein grünes Dreieck bekamen sog. Berufsverbrecher; das schwarze Dreieck stand für sog. ,,asoziale'' Häftlinge (ASO), zu denen z.B. Prostituierte, Sinti und Roma gehörten; die Bibelforscher bekamen einen violetten und Homosexuelle einen rosa Winkel. Juden erhielten bis Mitte 1944 einen gelben Stern, danach einen gelben Streifen. Auf diese Winkel wurde der erste Buchstabe der Nation der jeweiligen Person geschrieben. Die Nationalitäten der Häftlinge waren sehr unterschiedlich, darunter u.a. Belgier, Bulgaren, Deutsche, Franzosen, Griechen, Italiener, Jugoslawen, Polen, Russen, Tschechen, Ungarn. Die größte Gruppe stellten Juden und Polen.

Nach diesen gesamten Maßnahmen wurden die Häftlinge in die sog. Quarantäne gebracht, die angeblich vor Epidemien schützen sollte, jedoch bei dem mehrwöchigen Aufenthalt nichts anderes als einen zweiten Selektionsort darstellte. Diejenigen, die von dort ins Lagerhospital im Block BIIf kamen, wurden auch früher oder später in die Gaskammern geschickt. Das Krankmelden war somit eine Vorstufe zum Krematorium. Die Selektion in der Quarantäne BIIa wurde von den SS-Ärzten Helmerson, Thielo, Koenig und Mengele durchgeführt. Als Resultat dieses Quarantänebesuches überlebten dort nur 10% aller Häftlinge, um bei der nächsten Gelegenheit doch in die Gaskammern geschickt zu werden oder auf eine andere Weise zu sterben. Jeder folgende Tag im Lager konnte den Tod bringen.

Die miserablen Wohnverhältnisse waren mit eine Ursache für viele Epidemien und Infektionskrankheiten. In Mauer- und Holzbaracken und Pferdeställen schliefen die Häftlinge auf dreistöckigen Holzpritschen mit je drei Strohsäcken (oft auch direkt auf den Holzbrettern), auf denen wiederum zwei und mehr Häftlinge schliefen. Die

Baracken wurden im Durchschnitt mit der doppelten Anzahl an Häftlingen als vorgesehen vollgestopft, in z.B. Baracken für 700 Personen wurden 1.400

Baracken wurden im Durchschnitt mit der doppelten Anzahl an Häftlingen als vorgesehen vollgestopft, in z.B. Baracken für 700 Personen wurden 1.400 untergebracht. ,,*Durch die in den Baracken herrschende Feuchtigkeit, die undichten Dächer und das von den an ständigem Hungerdurchfall leidenden Häftlingen verunreinigte Stroh verschlechterten sich die ohnehin schon unerträglichen Wohnbedingungen noch mehr. Das war umso schlimmer, da es aufgrund bestehender Vorschriften nicht erlaubt war, nachts die Türen zu öffnen und zu lüften. In den Baracken wimmelte es von Ungeziefer und die im Lager grassierenden Ratten belästigten die Schlafenden und nagten an den Leichen. Hinzu kam ein ständiger Wassermangel und das Fehlen entsprechender sanitärer Einrichtungen.*'' (16)

Die nichtpassenden Holzpantinen als Schuhwerk hatten an den Füßen, wegen Avitaminose und allgemeiner Auszehrung, eiternde Wunden zur Folge, an denen die Häftlinge starben oder wegen Arbeitsunfähigkeit selektiert wurden.

Die Lebensmittelrationen waren auf jeder Ebene, quantitativ und qualitativ, zum Leben unzureichend. Die täglichen Mahlzeiten setzten sich z.B. aus dünner wässriger Kohlrübensuppe und Kaffeeersatz zum Mittagessen und saurem harten Brot mit etwas Marmelade und Kräuteraufguß zum Abendessen zusammen. Morgens erhielten die Häftlinge lediglich etwas zu trinken. Nicht nur, daß die Lebensmittel oft verschimmelt und alt waren, hinzu kam noch das Stehlen der Nahrung durch SS-Männer und Funktionshäftlinge, die damit den Häftlingen die sowieso kargen Normrationen kürzten.

Der Tagesablauf begann mit dem Wecken um 4 Uhr morgens und dem ,,Frühstücken''. Es folgte der Lagerappell, bei dem ebenfalls Selektionen stattfanden. Danach ging es, unter Begleitung des sich in allen drei Teilen des KZ-Auschwitz befindlichen sog. Lagerorchesters, zu der etwa elfstündigen schweren Arbeit, bei der SS-Männer mit scharf dressierten Hunden Wache hielten und zum schnelleren Arbeiten antrieben. Von diesem Arbeiten kamen viele nicht mehr lebend zurück. Ab ca. 21 Uhr war Nachtruhe und keiner durfte die Baracke verlassen.

Die Ausrottung

Ein wirksames Mittel zur Vernichtung von Häftlingen war Arbeit. Die Zahl der von Industriebetrieben aufgekauften Häftlinge stieg von 6.000 1942 auf 41.000 1944. Die Norm der täglichen Arbeit überschritt bei weitem die physischen Möglichkeiten der Häftlinge, die dabei noch ständig geschlagen wurden. Von 25.000 Arbeitern, welche im Frühjahr 1944 in Buna arbeiteten, starben 1.223 durch Erschießen beim Bunawerk, 11.547 kamen nach Birkenau in die Gaskammern, weil sie nicht mehr arbeitsfähig waren.

Alle Häftlinge, die während des Arbeitens oder an anderen Orten etwas taten, was den SS-Männern je nach Laune nicht paßte, bekamen eine Palette von ,,Strafen'', die nichts anderes als Folterungen waren und zur Abschreckung der anderen Häftlinge oft öffentlich auf dem Appellplatz durchgeführt wurden. Es gab die Prügelstrafe, die auf einem Bock mit Knüppeln ausgeführt wurde und beim Geschlagenen eitrige und faulige Platz- und Schlagwunden hinterließ. Beim sog. Pfahlbinden, bei dem der Häftling mit nach hinten gedrehten Armen, ohne den Boden zu berühren, an einen Pfosten gehängt wurde, war Schultersehnenriß die Folge. Im Block 11 von Auschwitz I waren Steh- und Wasserzellen eingerichtet, in denen tagelang ohne Bewegung und mit minimaler Luftzufuhr, ausgeharrt werden mußte. Beim Einschließen von mehreren Häftlingen in eine Zelle waren Erstickungen oft die Todesursache. Auch beim Strafexerzieren, dem ,,Sport'', starben viele Häftlinge aufgrund ihres völlig erschöpften Zustands.

Eine weitere Variante der Strafe war die Isolierung der Häftlinge durch Verlegung in die ,,Strafkompanie'' für mehrere Wochen und Monate. Das Aufsichtspersonal der Kompanie, die SS-Männer Gerlach, Sternberg, Moll, Ruf und Umlauf samt den Kapos, sorgte dafür, daß es um Verpflegung, Wohnen und Arbeiten dort noch schlimmer bestellt war als im restlichen Lager, daß dort noch mehr schikaniert wurde. Józef Kret schilderte in seinem Bericht: ,,Ein Tag in der Strafkompanie'' die dortigen Zustände: ,,*In Fünferreihen standen wir vor dem Block. Ein SS-Mann gab den Befehl zum Abmarsch. Man brachte uns nach Birkenau, wo sich seit April die Strafkompanie befand ... Der SS-Mann Moll war ein Fachmann der Zermürbungspsy-*

chologie. Einer so großen Gruppe mußte er eine breit angelegte Methode der Zerrüttung anpassen. Er bemühte sich, die einen körperlich zu zerbre-

chologie. Einer so großen Gruppe mußte er eine breit angelegte Methode der Zerrüttung anpassen. Er bemühte sich, die einen körperlich zu zerbrechen, die anderen seelisch. Es war dies eine ganz eigenartige Experimentalpsychologie, deren sich die SS im Lager bediente, mit dem Ziel, die Häftlinge zu Tode zu quälen ... Auf der anderen Seite (des Grabens) ging Moll vorüber. Sein Erscheinen bei der Arbeit zeigte Schlimmes an ... Kurz darauf erhoben sich auf dem ganzen Arbeitsabschnitt von 400 Meter Länge schreckliche Schreie. Alle Stöcke, Stangen und Ochsenziemer waren in Bewegung ... Rasende Wut hatte die von Moll aufgehetzten Kapos' erfaßt ... Bestürzung und Todesangst lagen auf den Gesichtern aller Häftlinge, die die letzten Kräfte aus sich herausholten, um das rasende Tempo auszuhalten, das ihnen die Kapos aufzwangen, und so den schmerzenden Hieben zu entgehen ... Wieder macht ich mich an die Arbeit. Der Blick versuchte jene schrecklichen Bilder zu meiden, um keine Peiniger und Gepeinigte zu sehen. Alles war einem hier verekelt, was mit den Menschen in Verbindung stand ... Aber wie konnte ich meinen Blick abwenden, da man doch neben mir die Toten aus dem Teich und aus dem Graben vorbeischleppte? .... Sein größtes Vergnügen (des Kapo Sepp) nach der Arbeit war, Häftlinge mit dem Lasso zu fangen und sie im Hof herumzuziehen. Heute hatte er sich einen von den Häftlingen ausgesucht, die Ziegel zerschlugen. Er warf ihm die Schlinge um den Hals und brachte ihn in solchen Schwung, daß er die Kameraden mit dem Fuß stieß. Nach einigen solchen Umdrehungen schmiß er die Häftlinge in die Leichenkiste neben der Latrine. Heute ging es mit dem Häftling zu schnell zu Ende, folglich fing er einen zweiten und begann mit diesem das gleiche Spiel ...'' (17).

Die härtesten Strafen waren der Tod durch Verhungern, der oft nach Fluchtversuchen verhängt wurde, und die Hinrichtungen nach Fluchtversuchen, Fluchthilfe und vor allem bei politischer Arbeit im Lager. Etwa 20.000 Menschen wurden in Auschwitz erschossen — oft wurden sie davor noch gefoltert. Frauen wurden dabei z.B. in Benzin getauchte Tampons eingeführt und angezündet. Die Hinrichtungsstätte war ein durch zwei Mauern abgeschirmter Hof zwischen den Blocks 11 und 10 im Stammlager. Vor einer schwarzen Wand war Sand zum Aufsaugen des Blutes gestreut. Die Hinrichtungen durch Erhängen wurden im Gegensatz zum Erschießen öffentlich

Fortsetzung nächste Seite

Kampf dem Faschismus

Fortsetzung von vorheriger Seite

vorgenommen. Alle Hingerichteten wurden in den Krematorien verbrannt. Aufgrund der unzureichenden Hygiene und unzureichender Ernährung waren viele Krankheiten unter den Häftlingen verbreitet, von denen die häufigste der Hungerdurchfall war, von dem im Winter 1942 und 1943 80% der Häftlinge in Birkenau betroffen waren. Die Erscheinungsformen dieser Krankheit waren der Schwund von Verdauungsfunktionen, Auszehrung des Organismus und rapider Gewichtsverlust. Die skelettähnlichen Häftlinge starben oft noch vor der Selektion. Außerdem starben die Häftlinge massenhaft an Flecktyphus (monatlich mehrere hunderte und tausende), Malaria, Krätze, Flegmonen usw. Die „Beseitigung" der Krankheiten erfolgte, in dem die Kranken vergast wurden.

Medizinische Experimente

Zusätzlich waren die Menschen im Lager Experimenten — im Namen der Wissenschaft — von SS-Ärzten und deutscher chemischer Industrie ausgesetzt. Im Block Nr. 10 von Auschwitz I führte der SS-Arzt Carl Clauberg Sterilisationsversuche an Frauen durch, um Methoden zur Massensterilisierung von zur Vernichtung vorgesehenen Völkern zu testen. Dazu wurden Experimente an 400-500 jungen jüdischen Frauen zwischen dem 16. und 30. Lebensjahr ausgeführt. Bei den Frauen wurde mit chemischen Substanzen von den Schering-Werken eine Verstopfung der Eileiter hervorgerufen und die Wirkung von eingespritzten Kontrastmitteln in der Gebärmutter und den Eileitern untersucht, was zu starken Schmerzen führte. Der SS-Arzt Schumann sterilisierte Frauen durch Verbrennung der inneren Organe mit Röntgenstrahlen und kastrierte sie anschließend, indem er die Eileiter entfernte. Im Block Nr. 21 machte der SS-Arzt Wirthus diese Operationen. Röntgenstrahlen wurden auch Männer mit nachfolgender Entfernung der Hoden ausgesetzt. Nur wenige der Häftlinge überlebten diese Experimente. Ein Teil starb sofort, die anderen wurden mit Phenol abgespritzt oder in die Gaskammern geschickt. Weitere Versuche machte der SS-Arzt Josef Mengele an lebenden sowie an eigens mit Phenol getöteten Zwillingen aus den Familienlagern der Sinti und Roma und Juden aus Theresienstadt, in dem er die Organe miteinander verglich. Er arbeitete dabei mit dem Institut für Rassenbiologische und Anthropologische Forschung in Berlin zusammen. Im Auftrag von Arzneimittelfirmen erprobten die SS-Ärzte neue Medikamente an oft extra infizierten Personen, z.B. an den an Flecktyphus erkrankten Menschen.

Gaskammern und Krematorien

Gaskammern und Krematorien

Die Gaskammern in den Krematorien IV und V bestanden aus der „Garderobe", der Gaskammer, den Einrichtungen für die Friseure und Zahnärzte und einem Buffet für die SS-Männer. Die Gaskammern sollten einem Duschraum gleichen und hatten an der Decke Öffnungen, in die das Zyklon B geschüttet wurde. Der Tod erfolgte, in dem die Blausäure den Sauerstoffaustausch zwischen Blut und Gewebe unterbrach. Die Zeitdauer der Vergasung konnte auf fünf Minuten beschränkt werden. Im Jahr 1944, als die meisten Transporte mit Menschen zur Vergasung nach Auschwitz geschickt wurden, erreichte die Zahl der Vergasten an einem Tag, dem 28.6.1944, 24.000. In dem gesamten Jahr 1944 wurden vergast: 600.000 Juden aus Ungarn, 690.000 Franzosen (auch Juden), 70.000 Juden aus dem Ghetto in Lódz, 40.000 Juden aus Bedzin, 30.000 Juden aus Theresienstadt, 43.000 Juden aus Saloniki, 50.000 Juden aus Athen. (18)

Nach der Vergasung wurden den Frauen die Haare abgeschnitten und die Leichen nach Gold- und Platinzähnen, sowie Schmuck durchsucht. Die Haare wurden zu 50 Pfennig pro Kilo an deutsche Textilfirmen als Material zur Herstellung von sog. Roßhaarfutter verkauft. Die Firma „Alex Zink" in Roth befand sich ebenfalls unter den Abnehmern. Gold- und Platinzähne wurden sofort in Stäbe geschmolzen und nach Berlin geschickt.

Nach dem Fleddern kamen die Leichen zur Verbrennung in die Krematorien, in denen pro Stunde mindestens 750 Menschen verbrannt werden konnten. Der Leiter der Krematorien war von 1942 bis 1945 SS-Hauptscharführer Otto Moll (im Dachau-Prozeß zum Tode verurteilt). Viele Hilfsarbeiten, wie das Entfernen der Leichen aus den Gaskammern usw. wurde den Häftlingen eines zusammengestellten



Pierre Mania, Der Transport (Buchenwald, 1943)

„Sonderkommandos" aufgezwungen. Diese Häftlinge wurden nach einer gewissen Zeit umgebracht, weil sie zu viel gesehen hatten und damit für die SS zu gefährlich wurden.

Falls die Zahl der Vergasten, wie im Sommer 1944, die Kapazitäten der Krematorien überstieg, wurden die Menschen in Gruben — oft noch lebend — draußen verbrannt. *„Schreien und Weinen der lebendig Verbrannten verbreitete sich im ganzen Lager. Nachts war es im Lager von den hochbrennenden Flammen aus den Öfen der Krematorien und den unten in Flammen stehenden Gräben hell. Die Last der brennenden Körper drückte auf die Luft in der Brust, das Schreien der Vergasten und Verbrannten, dicke Rauchwolken über dem ganzen Lager, und zwischen dem allem, im Vordergrund der roten Feuerflammen — wilde Bestiengebärden, tobende SS-Männer, in welchen sich die Blut-Raserei ausbreitete — das Bild des Inferno, das sich für immer in die Gedanken der Zeugen, dieser furchtbaren germanischen ‚Walpurgisnächte' einprägte ... Ein Zeuge dieser Szenen, Arbeiteraktivist aus Krakau, Cyrankiewicz, beschrieb so im Rapport an die PPS (Polnische Sozialistische Partei — Anm. AK) seine Erlebnisse in dieser Hölle: Henker der Hitler-SS geraten außer sich, werden zu bestialischen, halbwahnsinnigen, wilden Tieren — falls wilde Tiere so überhaupt beleidigt werden können — morden mit fieberhafter Schnelligkeit, bevor noch die Nachricht in Ungarn und hinter der Grenze ankommt, verlieren völlig das Bewußtsein über die Verantwortung."* (19)

Widerstand in Auschwitz

Jede nur geringste politische Betätigung wurde in Auschwitz mit dem Tod bestraft, so daß es nur sehr schwer möglich war, organisierten Widerstand aufzubauen. Dennoch gelang es im Laufe der Jahre, trotz ständig wechselnder Lagerhäftlinge (wegen Tod oder Verlegung), mehrere Kampfgruppen zu errichten.

Eine der ersten organisierten Gruppen bildeten polnische politische Häftlinge in der zweiten Hälfte des Jahres 1940. In der Gruppe waren Mitglieder der Polnischen Sozialistischen Partei (PPS), der „Roten Pfadfinder" und der Kommunistischen Partei Polens (KPP), die über Zivilarbeiter im „Interessengebiet" mit einigen polnischen Städten Verbindung herstellen konnten. Die meisten Aktivisten dieser Gruppe starben oder wurden in den Jahren 1941-43 ermordet. Aktivitäten entwickelten auch ehemalige polnische Berufsoffiziere etc., die Kleidung und Nahrungsmittel organisierten und einigen Häftlingen zur Flucht verhalfen. Seit dem Herbst 1941 organisierten sich auch rechte polnische Anhänger der „Nationaldemokratischen Partei" und des „Nationalradikalen Lagers", deren zwei Hauptinitiatoren 1942/43 von der SS umgebracht wurden. Ende 1941 wurde von diesen Gruppen die Bildung einer gemeinsamen vereinigten Kampfgruppe mit einheitlicher Leitung beschlossen. Die Leitung übernahmen Rybarski, Dubois, Mosdorf, Pilecki und Rawicz (im August 1942 nach Mauthausen überführt), den später Juliusz Gilewicz (1943 erschossen) ersetzte. Als die Lagerbehörden 1943 eine Reihe von Offensivaktionen gegen die Organisierung des Widerstands unternahmen, wurde die gesamte Leitung zerschlagen. Bei Massenexekutionen von Personen, die illegaler Tätigkeit verdächtigt wurden, erschoß die SS am 25. Januar 1943 51 und am 11. Oktober 54 Häftlinge. Dennoch entstand im Stammlager 1943 wieder eine linke polnische Gruppe mit u.a. Jósef Cyrankiewicz und Tadeusz Holuj. Auch in Birkenau formierte sich eine Gruppe mit u.a. Alfred Fiderkiewicz und Tadeusz Borowski, die Kontakte zu der Gruppe im Stammlager hielten und durch verstärkte Medikamentenversorgung im Krankenbau vielen Häftlingen das Leben retteten. Im Frauenlager bildete sich im Sommer 1943 ebenfalls eine Untergrundorganisation mit Stanislawa Rachwalowa, Antonia Piatkowska, Helena Hofman usw., die mit den Gruppen im Männerlager in Verbindung standen. Trotz der Gruppen, die oft große politische Widersprüche untereinander hatten, bestand unter den vielen polnischen Häftlingen ein auffallend starker Antisemitismus und Chauvinismus gegenüber anderen Nationalitäten. Tadeusz Holuj (Mitglied der KPP) berichtete: *„Es gab in Auschwitz keine französischen, belgischen, norwegischen oder andere Faschisten, — es gab dagegen polnische Faschisten. Der Hitlerismus, wie jeder Imperialismus, bediente sich der Methode der Gewinnung der einen Nationalitäten gegen andere. Das passierte überall, sehr oft im Lager ..."* (20).

Seit 1942/43 entstanden auch andere nationale Gruppen. Als eine der ersten begann 1942 die österreichische Gruppe mit Mitgliedern der Internationalen Brigaden, Kommunisten und Sozialdemokraten zu wirken. Den Kern bildeten Hermann Langbein, Ernst Burger, Alfred Klehr, Heinz Dürmayer, Ludwig Soswinski u.a., die vor allem im Lagerkrankenbau tätig waren. Ebenfalls seit 1942 konstituierte sich eine französische Gruppe mit Georges Varennes, Roger Abada, Eugène Garnier und Roger Pelissou in der Leitung. Seit Januar 1943 gehörten dazu auch die Französinnen im Frauenlager, Danielle Casanova (Mai 1943 an Typhus gestorben), Maie Politzer, Raymonde Salez u.a. Mit der französischen Gruppe arbeitete eine belgische Zelle unter der Leitung des Kommunisten Berliner.

Eine russische Gruppe in Birkenau und im Stammlager bestand aus dem Kern Wiktor Iwanow, Walentin Sitnow, Iwan Mironow u.a., mit denen die Frauen Nina Gusewa, Anna Trynda, Shenja Sarytschewa u.a. zusammen arbeiteten. Eine jüdische Gruppe bestehend aus etwa 300 Personen setzte sich im Sonderkommando aus u.a. Zalmen Gradowski, Jankiel Handelsmann und Kaminski zusammen, die am 7. Oktober 1944 einen Aufstand organisierten. Seit 1943 existierte auch eine deutsche Gruppe mit Mitgliedern der KPD und SPD und anderen Antifaschisten. Ihre Aktivisten waren Bruno Baum, Ludwig Wörl, Karl Lill, Stefan Heymann u.a. Im Frauenlager waren Orly Reichert, Judith Dürmayer, Gerda Schneider u.a. tätig. Auch eine tschechische Gruppe mit den Mitgliedern Emil Panevic, Jan Cespivy, Milos Nedved u.a. und den Frauen Hertha Sosvinska, Vera Foltynowa, Vlasta Kladivova u.a. arbeitete im Lager. Genauso wie die jugoslawische Gruppe mit den Frauen Norka Vuksanoic, Stefka Stibler, Jelena Vasiljevic u.a.

Im Mai 1943 wurde beschlossen, eine interantionale Organisation, die „Kampfgruppe Auschwitz", zu gründen. Die Initiative ging von der österreichischen Gruppe aus, in die Leitung wurden aufgenommen: Józef Cyrankiewicz, Tadeusz Haluj, Ernst Burger, Hermann Langbein. Heinz Dürmayer und Ludwig Soswinski kamen, nach der Überweisung Langbeins am 25. August 1944 in das KZ-Neuengamme, hinzu. Nach der mißglückten Flucht von Burger (am 30. Dezember 1944 im Lager gehängt) wurde Bruno Baum in die Leitung aufgenommen. Die Widerstandsgruppe in Monowitz hatte eine eigene Leitung mit u.a. Stefan Heymann.

Die „Kampfgruppe Auschwitz"

Die Formen des Widerstandes in Auschwitz waren:
— Beschaffung von Medikamenten und Lebensmitteln,
— Dokumentation faschistischer Verbrechen, die an den Häftlingen verübt wurden,
— Vorbereitung von Fluchtversuchen aus dem Lager,
— Sabotageakte,
— Überzeugung der Häftlinge zum aktiven Widerstand,
— Bemühungen, Funktionsposten im Lager mit politischen Häftlingen zu besetzen,
— Liquidierung von Spitzeln, die für die Lagerführung arbeiteten,
— Vorbereitung eines Aufstandes im Lager. (21).

Eine Losung, die als erste im Stammlager verbreitet wurde, war, alle zur Vergasung gefahrene Menschen, an der Eisenbahnkreuzung Oberschlesien-Krakau, zur Massenflucht zu bewegen, da sie sowieso nichts mehr zu verlieren hätten. In den Reihen von Juden fand sie Anklang und führte zur Sammlung neuer Aktivisten. Um die Mitkämpfer zu richtigen Folgerungen zu bewegen, wurden Nachrichten aus Presse und Rundfunk (darunter ausländische Sender) gesammelt und mündlich weitergegeben, die beim Vorrücken der sowjetischen Armee auch neuen Mut geben konnten.

Hilfsaktionen wurden auf der Ebene von Nahrungsbeschaffung aus der SS-Küche, SS-Lazarett, Truppenversorgungslager, Schlachthof usw. organisiert, die mit dem Auftrag alles zu stehlen, was nur möglich war, durchgeführt wurden. So konnten viele Verhungernde mit etwas mehr Nahrung versorgt werden. Polen und Tschechen, u.a. Nichtjuden, die Pakete empfangen durften, wurden Hungernde zugeteilt, die sie verpflegten. Trotz des lange nicht gedeckten Bedarfs an Lebensmitteln, konnten einige Häftlinge noch erleben, daß es auch in diesem Todeslager so etwas wie Solidarität gab.

Um Selektionen (vor allem an Juden vorgenommen) zu vermeiden, die oft gerade die über 50 Jahre alten Häftlinge trafen, wurde der Blockschreiber beauftragt, die Karteikarten dieser Häftlinge zu fälschen. Bei der Sammlung zur Selektion konnten durch Hilfe einige Häftlinge über das Desinfektionsgebäude entwischen, was u.a. dem Kapo in der Desinfektion, Alfred Ponthius, einem deutschen Kommunisten, zu verdanken war. Zur Organisierung von bewaffnetem Widerstand wurden aus den Metallbetrieben Zangen mit isoliertem Handgriff zum Zerschneiden des elektrischen Lagerzauns beschafft. Schußwaffen wurden von draußen oder von korrupten SS-Leuten besorgt. Wichtig war Sprengstoff, der von den in der Union-Werkhalle arbeitenden Frauen, in Brot geschmuggelt, beschafft wurde. Dieses Material wurde unter dem Dach des Desinfektionsgebäudes aufbewahrt. Die Wäscherei diente während der Wäscheverteilung der Informationsvermittlung, indem Aufträge in z.B. Zahnpasta oder in Sicherungspatronen versteckt wurden.

Da bekannt war, daß die Häftlinge des „Sonderkommandos" regelmäßig vergast wurden, organisierten jüdische und russische Häftlinge dort im August 1944 einen bewaffneten Aufstand. Monatelang wurden Waffen beschafft. *„Eines Tages verbeitete sich im Sonderkommando die Nachricht, daß wieder ein großer Teil von ihnen vergast werden sollte. Die Leitung unserer Gruppe im Sonderkommando trat im Krematorium III zusammen, um zur Lage Stellung zu nehmen. Der Oberkapo — ein deutscher krimineller Bandit — kam dazu und drohte mit einer Anzeige bei der SS. Nach einem Wortwechsel wurde kurzerhand der Bandit ergriffen und in die Flammen geworfen. Nun gab es kein Zurück mehr. Das Krematorium wurde in Brand gesteckt, die Waffen aus dem Versteck geholt — und in wenigen Minuten raste der Aufstand von 600 Häftlingen durch diesen Teil des Lagers. Kaum eine Viertelstunde dauerte es und die Postenkette war durchbrochen, wobei einige Posten getötet, andere geflohen waren ... Eine große Verwirrung herrschte in einem Teil des Lagers. In einer solchen Situation gelang es den Aufständischen bis in den Raum von Budi vorzustoßen, was etwa 6 km vom Lager entfernt liegt. Erst hier wurden sie von größeren SS-Verbänden gestellt und bei diesem Kmapf, bis auf wenige, die entkommen konnten, vernichtet ... Das mutige Sterben der Kämpfer vom Sonderkommando trug — abgesehen von seiner symbolischen Bedeutung — mit dazu bei, daß die Zusammenarbeit zwischen Juden und nichtjüdischen Häftlingen aus den verschiedenen Ländern vertrauensvoller wurde, denn hier war ein sichtbares Beispiel gegeben, daß Juden kämpfen können. Viele von der Rassenhetze der Nazis infizierte Polen und Deutsche hatten das bisher nicht geglaubt."* (22)

Verbindungswege gab es nach draußen meistens nur einseitig aus dem Lager hinaus über heimlich angeschickte Briefe. Aber auch indem die Nachrichten in besonders präparierte Kerzen eingeschmolzen, in Zigaretten eingerollt, in Füllfederhalten, Schlüssel usw. gesteckt wurden. Mit einem selbstinstallierten Kurzwellengerät wurden Nachrichten über die Massenmorde an die Öffentlichkeit gesendet. Jedoch erst Mitte 1944 wurde in einem ausländischen Sender ein Aufruf der KZ-Häftlinge veröffentlicht. Von diesem Zeitpunkt an wurden im Lager verstärkt Artikel und Berichte über die Zustände verfaßt. In Krakau veröffentlichten mit der Gruppe in Auschwitz in Kontakt stehende Widerständler, die Zeitung „Auschwitzer Echo", die im Lager geschrieben wurde. Sie berichtete über Morde von SS-Männern.

Insgesamt wurde etwa 700 Häftlingen zur Flucht verholfen, von denen 400 aber wieder gefaßt wurden. Als die Liquidierung des Lagers auf vollen Touren lief und die Häftlinge massenhaft umgebracht oder in andere Lager gebracht wurden, beschloß die Auschwitzer Gruppe, einigen Personen zur Flucht zu verhelfen, um außerhalb des Lagers und an der sowjetischen Front Nachrichten zu verbreiten. Am 29. Oktober 1944 fuhren Ernst Burger, Zbyszek Raynoch und Benedikt Brzezina in einem Lastwagen mit einem SS-Fahrer, den sie vorher für sich gewonnen hatten, aus Auschwitz hinaus. Dann aber sogleich wieder ins Lager zurück, zum Bunker 11. Dort wartete die Gestapo bereits, denn der SS-Fahrer war ein Verräter und erhielt dafür das Kriegsverdienstkreuz mit zusätzlich 14tägigem Urlaub. Die beim Fluchtversuch ergriffenen Widertändler nahmen alle noch am gleichen Tag Gift (Überhaupt gab es in Auschwitz viele Selbstmorde). Raynoch starb daran und die anderen wurden am 30. Dezember öffentlich gehängt. *„Noch während der Verlesung des Urteils führte man den ersten Kameraden, einen Polen, unter die Schlinge. ‚Es lebe Polen!', rief er. Der Henker schlug ihm ins Gesicht. ‚Es lebe der Sozialismus!', rief der zweite, ‚Es lebe die Sowjetunion!' der dritte ... Der letzte .. war Viktor Wesseley. Als stiege er auf eine Rednertribüne trat er auf den Schemel und rief mit seiner jugendlichen Stimme: ‚Nieder mit der braunen Mordpest! Es lebe die Freiheit!' "* (23). Am 6. Januar 1945 hängte die SS noch vier jüdische Frauen aus Polen, die von Spitzeln verraten wurden, aus der Betriebs-Union für den Aufstand des Sonderkommandos Sprengstoff entwendet zu haben.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

„Daß es selbst in Auschwitz Widerstand gab, zeigt die Schwäche des menschenfeindlichen Nationalsozialismus selbst dort, wo dieser am stärksten war.“ (24) *„Auschwitz war für uns alle eine harte Schule, wohl die härteste, die je Menschen durchgehen mußten. Als wir das Lager verließen, konnten wir es selbst nicht begreifen, daß wir lebend davon gekommen waren. Aber viele, nur zu viele haben wir dort lassen müssen. Sie sind dem Profit der IG-Farben, der Krupp, der Siemens und vieler anderer monopolistischer Unternehmen zum Opfer gefallen, und sie starben furchtbarsten Todes. Daran sollten wir, die der Hölle von Auschwitz entronnen sind, immer denken und nicht ruhen, bis die Urheber der Verbrechen ihre gerechte Strafe erhalten haben und ihre Unternehmen in die Hände des Volkes überführt sind.“* (25)

Die Befreiung des Lagers

Aufgrund der Niederlagen der deutschen Wehrmacht an der Ostfront und dem Vorrücken der sowjetischen Armee wurde von zentralen Behörden des Dritten Reiches eine Liquidierung des Lagers verordnet. Die Befreiung des Konzentrationslagers Majdanek (in Lublin) am 24. Juli 1944 durch die sowjetische Armee und die Verhaftung von SS-Leuten führte dazu, daß bereits Ende Juli 1944 die Politische Abteilung des Lagers in Auschwitz mit der Verbrennung von Namenslisten von in Gaskammern umgebrachten Personen, Karthoteken und Dokumenten anfing. Im August 1944 wurde von der SS-Lagerleitung die Liquidierung des Lagers begonnen, was bedeutete, daß die Häftlinge in Gaskammern umgebracht und teilweise in andere KZ transportiert wurden. Im Oktober wurde der Ausbau des Stammlagers in Auschwitz und des Bauabschnittes III in Birkenau (die Baracken des BIII kamen ins KZ Groß-Rosen) unterbrochen und der geplante Ausbau des Abschnittes BIV nicht angefangen. Die Demontage des Krematoriums IV setzte ein. Bis zum Jahresende 1944 wurden die Gaskammern demontiert und die Ofenanlagen der Krematorien I und III ins KZ Groß-Rosen transportiert.

Die Vergasungen wurden im November eingestellt und die Gräben mit verbrannten Leichen mit Grassoden bedeckt.

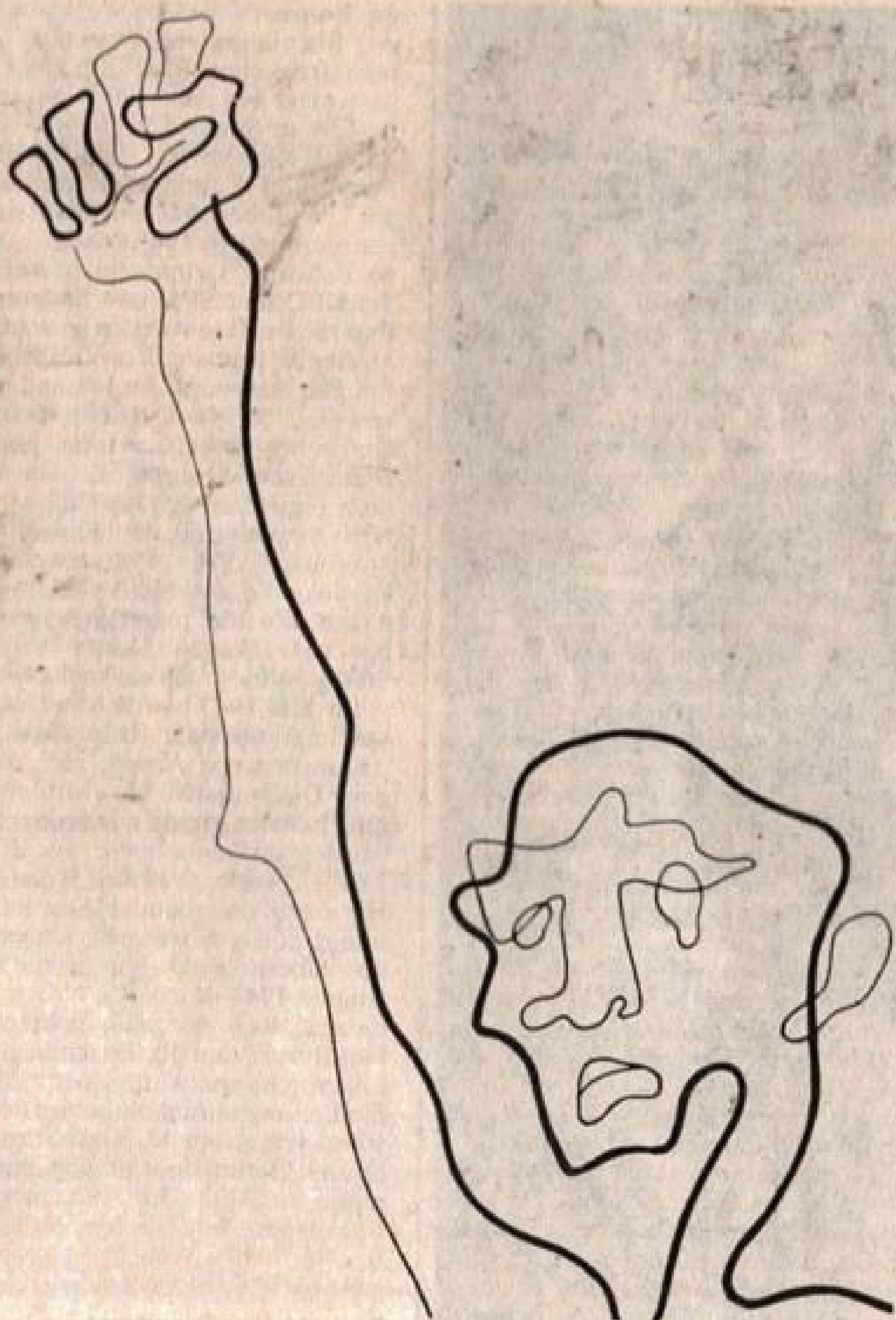
Am 17. Januar 1945 traten 67.012 männliche und weibliche Häftlinge zum letzten Appell an. Davon 39.894 Personen in Birkenau und 35.118 Personen in den Lagern von KZ Monowitz. Am 18. Januar wurde im Stammlager die letzte Nummer (202.499) an einen deutschen sog. Berufsverbrecher

sonen in den Lagern von KZ Monowitz. Am 18. Januar wurde im Stammlager die letzte Nummer (202.499) an einen deutschen sog. Berufsverbrecher

vergeben. Alle zum Fußmarsch fähigen Häftlinge aus Auschwitz und Birkenau wurden bis zur Ortschaft Wodzislaw Slaski getrieben und dann in andere KZ gebracht. Auch Häftlinge aus dem KZ Monowitz mußten Strapazen über sich ergehen lassen. Von den insgesamt 58.000 evakuierten Personen starben viele auf dem Weg vor Erschöpfung oder wurden gleich erschossen. Im Lager wurden ca. 8.000 kranke Häftlinge ohne Nahrung zurückgelassen. Es bestand der Plan, das Lager mit den Kranken in die Luft zu sprengen. Da aber der sowjetische Vormarsch schnell herannahte, zog es die SS vor, sich aus dem Staub zu machen. Trotzdem wären die Zurückgebliebenen fast noch ermordet worden, weil am 25.1.1945 um 16 Uhr herum noch eine Gruppe von etwa 120 Gestapo-Leuten im Lager auftauchte mit dem Vorhaben, alle Häftlinge zu erschießen. Im letzten Augenblick wurden sie aber von zwei Gestapo-Offizieren zum schnellen Verlassen des Lagers aufgefordert, da ein sowjetischer Panzerverband die hinteren deutschen Linien durchbrochen hatte und die Wege zu versperren drohte. So verließen diese 120 Gestapo-Leute zwei Stunden früher als vorgesehen das Lager. Nur deshalb überlebten die Häftlinge.

Am 27. Januar 1945 befreite die 60. Armee der 1. Ukrainischen Front das KZ Auschwitz und fand 1.230 Menschen im Stammlager, etwa 4.000 Frauen und 1.800 Männer in Birkenau sowie 650 Personen in Monowitz, d.h. etwa 7.650 Menschen, noch lebend vor. Insgesamt hat die Lagerkartei des KZ Auschwitz über 400.000 Personen erfaßt, von denen höchstens 60.000 überlebten (darunter in andere KZ Überwiesene und die in Auschwitz befreiten Personen) — 1,3% der insgesamt etwa 4,5 Millionen ermordeten Menschen...

Do./Ffm.



Stefan Wagner, Auschwitz (Polen, 1946)

Die Abbildungen dieses Artikels stammen aus: Janet Blatter, Sybil Milton, Art of the Holocaust, New York 1981

Anmerkungen

(1) Danuta Czech, Tadeusz Iwaszko u.a., Auschwitz, Hamburg 1980, S.102

(2) Am 1. Dezember 1934 wurde Rudolf Höß zum Dienst in Konzentrationslagern berufen. Innerhalb von vier Jahren wurde er vom SS-Unterscharführer zum SS-Hauptsturmführer befördert. Zunächst Leiter des KZ Sachsenhausen, wurde er am 4. Mai 1940 zum Kommandanten des KZ Auschwitz ernannt. Diesen Posten verließ er als Oberstumbannführer im November 1943. Er wurde kommissarischer Chef des Amtes D I in der Gruppe Ämter D in der SS-WVHA. Am 2. April 1947 wurde er durch ein Urteil des Obersten Nationalgerichtshofes in Warschau zum Tode verurteilt.

Am 11. November 1943 wurde SS Oberstumbannführer Arthur Liebehenschel Kommandant im KZ Auschwitz. Am 8. Mai 1944 übernahm er die Kommandantur des KZ Majdanek. Am 22. Dezember 1947 wurde er vom Obersten Nationalgerichtshof in Krakau zum Tode verurteilt.

Seit dem 11. Mai 1944 bis zur Befreiung des Lagers war SS-Sturmbannführer Richard Baer Kommandant von Auschwitz. Später wurde er Kommandant des KZ-Mittelbau. Bis

Seit dem 11. Mai 1944 bis zur Befreiung des Lagers war SS-Sturmbannführer Richard Baer Kommandant von Auschwitz. Später wurde er Kommandant des KZ-Mittelbau. Bis

Dezember 1960 lebte er unter falschem Namen als Waldarbeiter bei Hamburg. Nach seiner Verhaftung im Juli 1963 starb er im Untersuchungsgefängnis in Frankfurt.

(3) Josef Kramer wurde vom KZ Mauthausen abkommandiert und behielt den Posten in Auschwitz bis zum November 1940. Im April 1941 wurde er Leiter des KZ Dachau, im Oktober 1942 Kommandant des KZ Natzweiler, vom 8. Mai bis 25. November 1944 war er Kommandant des KZ Auschwitz II und dann des KZ Bergen-Belsen. Am 13. Dezember 1945 wurde an ihm das Todesurteil des britischen Militärgerichtes in Lüneburg vollstreckt.

(4) Grabner behielt diesen Posten bis zum Dezember 1943 (danach SS-Untersturmführer Hans Schurz). Am 22. Dezember 1947 wurde er laut Urteil des Obersten Nationalgerichtshofes in Krakau zum Tode verurteilt.

(5) Kommandant in Auschwitz — Autobiographische Dokumente des Rudolf Höß, Hrsg. Martin Broszat, München 1983, S. 157/58

(6) ebenda, S. 182

(7) ebenda, S. 184

(8) ebenda, S. 184/85

(9) Hefte von Auschwitz Nr. 8, Wydawnictwo Panstwowego Muzeum w Oswiecimiu 1964, S.55

(10) Danuta Czech, Tadeusz Iwaszko u.a., Auschwitz, Hamburg 1980, S. 33/34

(11) Bruno Baum, Widerstand in Auschwitz, Berlin 1957, S.50/51

(12) ebenda, S. 57

(13) ebenda, S.60

(14) Filip Friedman, Tadeusz Holuj, Oswiecim, Bydgoszcz 1946, S.31/32 (Übersetzung aus dem poln. von d. Verf.)

(15) ebenda, S. 39/40

(16) Danuta Czech, Tadeusz Iwaszko u.a., Auschwitz, Hamburg 1980, S.74

(17) H.G.Adler, Hermann Langbein, Ella

(16) Danuta Czech, Tadeusz Iwaszko u.a., Auschwitz, Hamburg 1980, S.74

(17) H.G.Adler, Hermann Langbein, Ella

Lingens-Reiner, Auschwitz, Köln/Frankfurt 1979, S.23-43

(18) Filip Friedmann, Tadeusz Holuj, Oswiecim, Bydgoszcz 1946, S.96

(19) ebenda, S. 86

(20) ebenda, S.123/24

(21) Danuta Czech, Tadeusz Iwanszko u.a., Auschwitz, Hamburg 1980, S.158

(22) Bruno Baum, Widerstand in Auschwitz, Berlin 1957, S.77/78

(23) ebenda, S.101

(24) H.G.Adler, Hermann Langbein, Ella Lingens-Reiner, Auschwitz, Köln/Frankfurt 1979, S.238

(25) Bruno Baum, Widerstand in Auschwitz, Berlin 1957, S.107

Das Verbrechen hat Name, Anschrift und Gesicht (oben) 40 Jahre danach: Der ehemalige Zyklon B-Hersteller wirbt am Frankfurter Flughafen, Gate B, damit das internationale Publikum weiß, wo es angekommen ist. (rechts)

(Fotos: AK)

Der Fall des SS-Judenvernichters Alois Brunner, mit dem sich das britische antifaschistische Magazin „searchlight“ in seiner Dezember-Nummer (1984) beschäftigt, gehört in die Reihe hochrangiger Nazi-Verbrecher, die in den 50er und 60er Jahren in arabischen Staaten in einigen Fällen sehr freundlich von den entsprechenden Regierungen aufgenommen, mit Posten und Schutz versehen wurden. Neonazistische Kontakte, die etwa der libanesischen Falange oder Teilen der PLO nachgesagt wurden und werden, stehen, soweit etwas daran ist, in dieser Tradition. Ein gesuchter und verurteilter NS-Kriegsverbrecher bis heute regierungsgeschützt in Syrien — das allerdings ist außergewöhnlich und gleichrangig skandalös wie das Unterschlüpfen eines SS-Verbrechers Mengele in Paraguay (oder wo sonst er sich gerade aufhalten mag). Das im Artikel erwähnte Schreiben der „searchlight“-Redaktion an die Adresse der syrischen Regierung ist im übrigen bis heute — einen Monat später — unbeantwortet. Sollte die syrische Regierung sich auch gegenüber Anfragen aus der BRD so taub stellen?

NS-Verbrecher von Syrien geschützt?

Eichmann-Gehilfe Alois Brunner in Damaskus vermutet

Brunners SS-Verbrechen

Ein Nazi-Kriegsverbrecher lebt unbehindert in Damaskus und steht unter Schutz der syrischen Regierung. Der gebürtige Österreicher Alois Brunner war Adolf Eichmanns rechte Hand bei der Durchführung der „Endlösung“ an den europäischen Juden. Während Eichmann selbst als größter Schreibtischtäter der Welt gelten muß, waren Brunners Hände viel direkter blutbeschmiert.

Während der NS-Besetzung der Sowjetunion gehörte Brunner einem der Sonderkommandos der SS an, im Range eines Obersturmbannführers. Seine Brutalität in Minsk und anderen osteuropäischen Städten verschaffte ihm in den Augen seiner SS-Vorgesetzten einen Ruf, so daß er 1943 auf die jüdische Einwohnerschaft von Saloniki (Griechenland) losgelassen wurde. Als Ergebnis wurden 46.091 Juden in die Todeslager verfrachtet, die nur wenige überleben sollten. Augenzeugen erinnern sich an ihn als einen Mann, der leicht zur Peitsche griff. Oft hatte er eine Pistole in jeder Hand, um auf schutzlose Frauen und Kinder zu schießen.

1944 wurde Brunner nach Frankreich versetzt, in das Konzentrationslager in Drancy in der Nähe von Paris. Dort übernahm er die gesamte Lagerleitung. Die Tausende französischer Juden, welche dorthin geschickt wurden, um nach Auschwitz weitertransportiert zu werden, wurden von Brunner in Empfang genommen. Klaus Barbie, dem zur Zeit in Frankreich wegen Kriegsverbrechen der Prozeß bevorsteht, war einer der besten Judenfänger in den französischen Provinzen, als die Alliierten in der Normandie landeten und auf Paris vordrangen.

So sehr war Brunner von der Erfüllung seiner humanen Aufgabe für die

und auf Paris vordrangen.

So sehr war Brunner von der Erfüllung seiner humanen Aufgabe für die Gaskammern besessen, daß er, als die Alliierten ostwärts vorrückten, SS-Offiziere, die nur noch daran dachten, sich aus dem Staub zu machen und ihre Haut zu retten, bestochen haben soll, die verbliebenen Juden in Drancy in drei Viehwaggons zu pferchen, die an den letzten SS-Zug gehängt wurden, der noch die Region Paris verlassen konnte. Diese Deportation dürfte wohl niemand überlebt haben.

Während andere längst dabei waren, sich zu verstecken oder unterzutauchen, eilte Brunner nach Ungarn, wo die jüdische Bevölkerung es durch gewagte Manöver jüdischer Widerstandskämpfer erreicht hatte, bis in die letzten Monate des Krieges zu überleben. Brunner und Eichmann waren durch die Warnung vor zu erwartenden Vergeltungsmaßnahmen der Alliierten bestochen, beschwatzt und eingeschüchtert worden; schließlich aber blieb Brunner seinem SS-Gelöbnis treu und schickte die Juden Ungarns doch in den Tod in polnische KZs.

Geschäftsmann in Ägypten

Nach dem Krieg war Brunner denen, die Kriegsverbrecher aufspürten, besser bekannt, als sein Vorgesetzter Eichmann, weil er sich nicht wie dieser hinter einem Schreibtisch verschanzt gehalten hatte.

1946 wurde sein älterer Bruder, ebenfalls Angehöriger eines SS-Mordkommandos, in Österreich zum Tode verurteilt. Alois dagegen war verschwunden, um Anfang der 50er Jahre zusammen mit dem **Ex-General Otto Ernst Remer** in Ägypten wieder aufzutauchen. Gemeinsam, und mit Hilfe eines Dritten in der BRD, gründeten sie die Orient Trading Company (Otraco), die — oft illegal — mit Waffen handelte. Remer stand in der BRD bereits wegen Neonazi-Aktivitäten auf der Fahndungsliste. Beide siedelten bald nach Damaskus über, wo Brunner sich im Dienst des damaligen syrischen Präsidenten Amin Hafez nützlich machte.

Als „George Fischer“ in Damaskus

Zu dem Zeitpunkt hatte Brunner den Namen George Fischer angenommen den er bis heute führt.

In Syrien soll er für den Staatssicherheitsdienst gearbeitet und für diesen eine teuflische Folterungsmaschinerie entwickelt haben.

1962 wurde er mit einem geplanten Mordanschlag auf den Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses, Nahum Goldmann, in Verbindung gebracht. Brunner soll einen Libanesen nach Wien geschickt haben, der den Anschlag organisieren sollte. Das Eingreifen des westdeutschen Geheimdienstes vereitelte den Plan; eine Reihe von BRD-Neonazis war in die Affäre verwickelt. Im Sommer 1982 versuchten Serge und Beate Klarsfeld, auf der Spur des Nazis, ihn zu stellen, indem sie in Damaskus seine Auslieferung an Frankreich verlangen wollten (wo er in Abwesenheit wegen seiner Beteiligung an den Deportationen zum Tode verurteilt worden ist). Serge Klarsfeld, der für die Aufspürung Klaus Barbies verantwortlich war und dessen Vater einer der durch Brunner Deportierten war, wußte, daß Brunner mit Sicherheit noch in Syrien war. Die syrische Regierung erteilte Klarsfeld keine Einreisegenehmigung.

Anfang 1983 reiste ein Reporter der Londoner „Times“, Robert Fisk, nach Damaskus und versuchte Brunner persönlich zu sprechen. Laut Fisk bestritt die syrische Regierung jegliche Kenntnis von Brunner oder „Fischer“. Als Fisk Brunner schließlich jedoch telefonisch erreichte, erklärte der ihm, daß er eine Vereinbarung mit der syrischen Regierung getroffen habe, keine Interviews zu geben.

Brunner wohnt in der George Haddad Straße in einem ruhigen Viertel

views zu geben.

Brunner wohnt in der George Haddad Straße in einem ruhigen Viertel

von Damaskus. Sein Haus wird rund um die Uhr von paramilitärischer Polizei bewacht, die mit Maschinenpistolen bewaffnet ist. Wenn er sich aus dem Haus wagt, wird er stets von bewaffneten Leibwächtern begleitet. Vor einigen Jahren erhielt er eine Briefbombe, abgeschickt in Wien, die in seiner Hand explodierte. Er verlor vier Finger und ist angeblich seitdem auf einem Auge blind. Heute scheint das Assad-Regime jedoch sehr gut auf ihn aufzupassen — trotz der Behauptung, daß er nicht für die Regierung arbeite.

Nachfragen zwecklos?

„searchlight“ wollte von dem syrischen Presseattaché in London wissen, warum seine Regierung diesen Kriegsverbrecher beschützt. Als Antwort wurde verlangt, daß die Frage in schriftlicher Form eingereicht werden müßte, damit sie nach Damaskus geschickt werden könnte. Obwohl auf den Redaktionsschluß hingewiesen und der Presseattaché gebeten wurde, die Antwort per Telex einzuholen, bestand er darauf, daß die von ihm verlangte Form eingehalten würde. Zu hoffen steht, daß eine Antwort im nächsten Monat veröffentlicht werden kann. Mittlerweile tritt Brunners früherer Kompagnon, Otto Ernst Remer, in der westdeutschen rechtsextremen Szene zunehmend an die Öffentlichkeit. In einer Serie von Artikeln im **Neonazi-Organ UN („Unabhängige Nachrichten“)** propagiert er unbeirrt eine Renaissance des deutschen Nationalismus, attackiert Amerika und fördert eine stärkere Hinwendung zum russischen Volk. Seine Gruppe **„Die deutsche Freiheitsbewegung — Der Bismarck-Deutsche“** ist aus seinem kleinen Dorf im Bayrischen nach München übergesiedelt. Darüber, wieviel Unterstützung er aus weiter östlicher Ferne und von seinen alten Freunden in Syrien erhält, kann einstweilen nur spekuliert werden. (Übersetzt aus „searchlight“ Dez. 84; Zwischenüberschriften: AK)

Der Verteidigungsauftrag der Bundeswehr
»Überall und von Beginn an angreifen«

Ende 1983 hatte das „Heilbronner Schriftstellermanifest", verfaßt von Günter Grass, zur Kriegsdienstverweigerung aufgerufen und damit in der bürgerlichen Presse für Wirbel gesorgt. Die Argumentation des Manifests spiegelt ein Denken in Teilen der Friedensbewegung wider, das ebenso wegweisend wie fragwürdig ist: Die Stationierung der Pershings II und Cruise Missiles mache die Bundeswehr zum Bestandteil eines Offensivkonzepts, sie werde damit einer aggressiven US-Strategie unterworfen und um ihren Verteidigungsauftrag „betrogen". Dies grenze an „nationalen Verrat", jedenfalls sei die Frage, ob das „derzeitige NATO-Konzept überhaupt noch im deutschen nationalen Interesse liege." An diesem aber müsse der Widerstand anknüpfen. (1)

Dieser Artikel versucht nachzuweisen, daß die Bundeswehr keineswegs erst jetzt in eine aggressive Strategie „eingebunden" oder gar ihr „unterworfen" wird. Sie ist von vornherein mit einer aggressiven Konzeption entworfen worden und hat in der NATO aggressive Komponenten vorangetrieben.

Auf „nationale Interessen" haben sich stets auch die Herrschenden berufen. Und es hat sich gezeigt, daß die „nationalen Interessen" der BRD in ihrer Geschichte stets expansiv begriffen worden sind — vor allem in Hinblick auf die DDR.

Eine nähere Beschäftigung mit der Bundeswehr kann sich nur lohnen und — hoffentlich — einer nationalistisch angefärbten Optik in der Friedensbewegung entgegenarbeiten.

Die Schwarze Bundeswehr

Die Schwarze Bundeswehr

Die Geschichte der Bundeswehr beginnt nicht mit den 50er Jahren, geschweige denn mit ihrer offiziellen Gründung 1955. Während Nachkriegspolitiker wie Strauß noch pazifistische Reden hielten, redete kein Mensch davon, daß die Westalliierten unmittelbar nach Kriegsende damit begonnen hatten, deutsches militärisches Potential zusammenzuhalten — und zwar so weit, daß sie die Erfahrungen der Wehrmacht auswerten konnten und sich eine Basis für eine spätere Reaktivierung einer deutschen Armee erhielten.

Bekannt ist die Tatsache, daß der gegen den Osten errichtete Nachrichtendienst Gehlen direkt übernommen wurde. Weniger bekannt ist, daß in den sogenannten „Dienstgruppen" bei den westlichen Besatzungsmächten deutsche Kader und Spezialisten zusammengehalten wurden. Diese Dienstgruppen wurden später vom Bundesgrenzschutz übernommen oder konnten als geschlossene Einheiten in die Bundeswehr übertreten. Sie erreichten zeitweilig eine Stärke von über 200.000 Mann. Fast 1/2 Million Deutsche sind durch diese Dienstgruppen gegangen. Die Truppen hatten einen deutschen Kommandostab , stellten Wacheinheiten, Minensucheinheiten, Bodenpersonal der Luftwaffe u.a. Es entbehrt nicht eines gewissen Reizes, daß im deutschen Generalstab — als er die Niederlage absah — ein solches Dienstgruppenkonzept diskutiert worden war — um für bessere Zeiten „überwintern" zu können.

Vor allem aber gab es die sogenannte HISTORICAL DIVISION beim Headquarter der US-Army. Dort zog die Army 500 hohe Wehrmachtsoffiziere zusammen. Wie man an den Namen sieht, wurde hier ein zukünftiger deutscher Generalstab zusammengehalten: Die Liste wird angeführt von Hans **Speidel**, Offizier bei Rommel, mit dem er zusammen den Plan einer sogenannten „Westlösung" entworfen hatte, d.h. Waffenstillstand (keine Kapitulation!) mit Eisenhower und Montgomery, Rückführung der deutschen Westtruppen hinter einen „Westwall". Briten und Amerikaner sollten dann Deutschland vor der Sowjetunion besetzen können; Teile der Westarmee sollten dann an die Ostfront geworfen werden. Ein weitsichtiger Plan, der auf solche Kräfte wie Churchill spekulierte: „Wir haben das falsche Schwein geschlachtet" (nämlich Deutschland statt die Sowjetunion). Während Rommel zum Selbsmord gezwungen wurde, wurde Speidel 1944 von der Gestapo verhaftet und konnte deshalb später in der BRD als „Widerstandskämpfer" gehandelt werden. Ein idealer Mann also für einen westdeutschen Verteidigungsbeitrag! Speidel hat in der Tat die wichtigsten Memoranden für Adenauer geschrieben und wurde 1957-63 NATO-Befehlshaber im Bereich Europa-Mitte (CINCENT). Dann waren in der Historical Division versammelt die späteren Generalinspekteure der Bundeswehr Adolf **Heusinger** (57-61), Heinz **Trettner** (64-66) und Ulrich **de Mazière**. De Mazière war Offizier im Polen- und Rußlandfeldzug, dann 44/45 direkt im Führerbunker beschäftigt gewesen, 1951 wurde er von dem Duo Heusinger/Speidel ins Amt Blank geholt (Vorläufer des Bundesverteidigungsministerium), wurde Kommandeur der Führungsakademie der Bundeswehr (62), Inspekteur des Heeres (64) und der Bundeswehr (66). Ferner begegnen wir den späteren Inspekteuren der Luftwaffe, Josef **Kammhuber** (57-62) und Werner **Panitzki** (62-66), den Inspekteuren des Heeres Hans **Röttiger** (57-60) und Albert **Schnez** (68-71), den Inspekteuren der Marine Karl Adolf **Zenker** (61-67) und Friedrich **Ruge** (57-61), der an dem Plan der Speidel-Rommelschen Westlösung beteiligt war; dem späteren Inspekteur des Bundesgrenzschutzes Gerhard **Matzky**. Auch Graf **Baudissin**, der Erfinder der „Inneren Führung" (Originalton:„*Die Erziehung muß führen zu dem hochqualifizierten harten Kämpfer, der sich aus Einsicht ein- und unterordnet*"), war als früherer Wehrmachtsoffizier dabei. Ein Glanzlicht ist auch Johann Adolf Graf von **Kielmannsegg**, 1963-68 CINCENT. Von ihm stammt das Buch „Panzer zwischen Warschau und Atlantik" (1941) Darin heißt es über den Krieg in Frankreich:

„*...Im Herzen nur den einen Gedanken, daß dieser Kampf der letzte und entscheidende sein müsse, daß das deutsche Schwert gezogen wurde, um Frankreich den Todesstoß zu versetzen*"

Zum Schluß bekennt er:

„*Uns erfüllt das überwältigende Bewußtsein, an dieser wahrhaft geschichtlichen Entscheidung kämpfend mitgewirkt zu haben. Wir können melden, daß wir den Auftrag, den die Geschichte, Deutschland und der Führer uns gestellt haben, durchführten bis zum letzten, und wir können melden, daß wir bereit sind, genauso den Auftrag durchzuführen, der als einziger noch zwischen uns und der Freiheit steht, die Vernichtung Englands. Keine Anerkennung kann uns aber stolzer machen als die des Führers.*"(2)

Kielmannsegg hat auch für seinen Chef Heusinger im OKW die „Gesamtberichte" zusammengestellt, z.B. „*Stand 3.4.44, 12.00 Uhr, 1. Frankreich... 80 Einwohner erschossen, 20 festgenommen... mehrere Lager und Häuser zerstört, 24 Terroristen erschossen, 107 festgenommen.*"

Um dieser Horrorgalerie ehemaliger Wehrmachtsoffiziere eine Zukunft zu geben, setzten die USA vor dem Nürnberger Militärgerichtshof durch, daß das Oberkommando und der Generalstab der Wehrmacht nicht als verbrecherische Gruppe oder Organisation zu bewerten sei! Für die SS wäre dies nicht möglich gewesen, und so wurden auch keine SS-Offiziere in die Historical Division aufgenommen.

Worin bestand nun die Tätigkeit dieses Generalstabs ohne Truppen? In der Auswertung der Wehrmachtserfahrungen, vor allem im Rußlandfeldzug, d.h. des Blitzkriegskonzepts mit beweglichen Angriffsoperationen des Heeres, besonders von Panzerverbänden. Diese Erfahrungen wurden so der US-Army zugänglich und z.B. von TRADOC bei der Erstellung von AirLand Battle verwertet (AirLand Battle nennt ausdrücklich das Blitzkriegskonzept als Vorbild).

Natürlich zerbrach man sich in diesen Kreisen auch den Kopf über einen zukünftigen deutschen Wehrbeitrag. Als der Weg zur Wiederbewaffnung frei war, hatte Adenauer einen kompletten Generalstab zusammen, der zudem schon das grundlegende Konzept der Bundeswehr entwickelt hatte: in der „Himmeroder Denkschrift".

Die Himmeroder Denkschrift

Im September 1950 ließ Adenauer unter strenger Geheimhaltung ein Gremium militärischer Experten in dem abgelegenen Eifelkloster Himmerod zusammentreten.

In der frommen Idylle des Klosters begegnen wir wieder den nun uns schon bekannten alten Wehrmachtsoffizieren, darunter die unvermeidlichen Heusinger, Speidel, Kielmannsegg Ruge und Baudissin. Die Gruppe von 15 Offizieren sollte für Adenauer die Bedingungen und Erfordernisse eines westdeutschen Wehrbeitrages analysieren. Ihr Produkt, eben die „Himmeroder Denkschrift", gilt als „Magna Charta" der Bundeswehr. Die Denkschrift enthält politische, psychologische und militärische Forderungen und Konzepte. (3)

Politisch forderten die Offiziere und Generäle

ken, daß dieser Kampf der letzte und d.h. des Blitzkriegskonzepts mit be- Generäle

— die volle Souveränität der BRD;
— das Einverständnis der Sozialdemokratie und des DGB, denn: „*Das Ethos der Landesverteidigung muß das gesamte Volk umfassen,*"
sowie
— „*Kraftvolle Bekämpfung der die Demokratie zersetzenden Elemente, innerer Schutz der anlaufenden Aufbauarbeit, planmäßiger Beginn der Aufklärungsarbeit im deutschen Volke*".

Auf psychologischem Gebiet ging es um die Ehrenerklärung und Rehabilitierung der Wehrmacht und Waffen-SS:„Einstellung jeder Diffamierung des deutschen Soldaten (einschließlich der im Rahmen der Wehrmacht seinerseits eingesetzten Waffen-SS) und Maßnahmen zur Umstellung der öffentlichen Meinung im In- und Ausland", denn: „Es fehlt in weiten Kreisen noch der Wehrwille." (Die Ehrenerklärung erfolgte durch Eisenhower 1951 und durch Adenauer mehrfach). Das **operative Konzept** der Denkschrift betont Offensive und Beweglichkeit. Natürlich geht auch die Denkschrift dabei von einem Verteidigungsszenario aus.

„*1. Der westeuropäische Raum muß soweit ostwärts wie möglich verteidigt werden...*
4. Die Verteidigung muß, wo immer möglich, offensiv geführt werden. Das bedeutet, daß überall und von Beginn an angegriffen werden muß, wo es durchführbar ist...Daß diese Kampfhandlungen möglichst bald auf ostdeutsches Gebiet vorgetragen werden, muß mit allen Mitteln angestrebt werden. — Zugleich sollten die ersten Einsätze der anglo-amerikanischen Luftwaffe mit Schwerpunkt der Unterstützung des Erdkampfes dienen durch

den. — Zugleich sollten die ersten Einsätze der anglo-amerikanischen Luftwaffe mit Schwerpunkt der Unterstützung des Erdkampfes dienen durch

Zerschlagung der über die Weichsel laufenden Verbindungen, Niederkämpfen der feindlichen Luftwaffe und Angriffe auf die angreifenden sowjetischen Divisionen selbst. Dagegen werden großangelegte Angriffe nach Rußland mit Ausnahme vom Einsatz der Atomwaffe und Vernichtung des Ölgebietes von Baku voraussichtlich erst erfolgen können, wenn das russische Vorgehen zu Lande zum Stehen gebracht ist. Denn darauf kommt zunächst alles an. — Auch U-Boote, Schnellboote und Landungsverbände sollten von vornherein im Bereich des nördlichen Eismeeres, vor allem aber auch in der Ostsee und im Schwarzen Meer auftreten, um auch ihrerseits den offensiven Charakter zu betonen."

Dies sind keine Auszüge aus dem Rogersplan. Die Himmeroder Denkschrift zeigt vielmehr, daß strike deep, Air interdiction, Offensive, Counter Air usw. alte Planungen der NATO sind und keineswegs von den USA der Bundeswehr aufgedrückt wurden.

Das Bewaffnungskonzept für das Heer sah dementsprechend 12 Divisionen vor, die sämtlich gepanzert sein sollten. Für weiträumige schnelle Vorstöße gibt es keine bessere Waffe als den Panzer. Die 12 Divisionen des Heeres waren sozusagen ein „Planungsvolltreffer" und sind noch heute Maßstab. Die totale Panzerung war aber selbst der NATO, besonders Frankreich, damals zuviel, und sie ließ nur eine Kombination von 6 Panzer- und 6 Infanteriedivisionen zu. Die Panzerdivisionen wurden also auch von der NATO als offensiv begriffen!

Erst die Sozialdemokratie mit Apel als BMVtg ist dem Traumziel von 1950 so nahe wie möglich gekommen. Mit der „Heeresstruktur 4" von 1978 wurden 10 Panzer- bzw. Panzergrenadierdivisionen beschlossen (die Bundeswehr hat zudem immer eine Luftlande- und eine Gebirgsjägerdivision), zudem wurde das Territorialheer gepanzert.

Nach dem Motto „Angriff ist die beste Verteidigung" argumentierte auch das taktische Lehrbuch der Bundeswehr. Ferdinand Maria **von Senger und Ezterlin** (CINCENT 1979 - 83) schrieb 1959 in „Der Gegenschlag":

„*Der Gegenschlag schließt normalerweise an die Verteidigung an. Diese Kampfform ist aber auch selbständig oder nach vorhergehendem Verzögerungskampf denkbar... Sie ist das Ziel, welches es zu erreichen gilt. Ihre Beherrschung wird im Atomkrieg das Unterpfand des Sieges sein.*"(4)

Die offensive Militärdoktrin der Bundeswehr wurde von dem SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher ausdrücklich unterstützt und gefordert. **Schumacher** im September 1950 (!) vor Spitzengremien seiner Partei:


Admiral Ruge


... und Zenker


Heeres-Chef Röttiger (links)


General Speidel


General Schnez


Bundeswehrchef Trettner


General de Maiziere

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

„Alle die kleinen Schieber mit der ‚partiellen Aufrüstung' und mit der ‚Verteidigung der Elblinie', das sind doch die Abschreiber von Ostdeutschland und Berlin. Das Nichtabschreiben ist nur möglich in der Form der Defensive, die zur Offensive übergeht und die Entscheidung zwischen der Weichsel und dem Njemen sucht. (Also in Polen und Weißrußland, d.Verf.) ...Die deutsche militärische Leistung hat dann einen Sinn, wenn die Weltdemokratie Deutschland offensiv nach dem Osten verteidigt, das heißt Deutschland vor den schwersten Zerstörungen bewahrt und als Antwort auf einen russischen Angriff östlich von Deutschland die Kriegsentscheidung suchen will. Das ist die erste und materiell die einzige Voraussetzung für das Ja und Nein zur deutschen Aufrüstung. Das große Können und Wollen der USA und der anderen Demokratien muß hier in Deutschland eindrucksvoll sichtbar werden, das heißt, es muß nicht die Vermehrung der Besatzungstruppen um ein oder zwei Panzerdivisionen kommen, sondern die große Zentralisierung der Kräfte...“(5)

Wenn wir noch einen Moment auf der Ebene rein militärischer Überlegungen bleiben, dann fällt auf:

— Die besondere geographische Lage der BRD als „Frontstaat“ macht sie nicht gerade zu einem besonders defensiv gesonnenen Staat; im Gegenteil, Kampfhandlungen sollen früh, schnell und weit in den Osten getragen werden;

— Die Argumentation läuft in ihrer Logik deutlich auf einen Präventivschlag hinaus. Wenn es keinen Verlust an Boden geben soll, wenn die Verbindungen über die Weichsel zerstört werden sollen, bevor sie überschritten sind, wenn die gegnerische Luftwaffe (am Boden?!) zerschlagen werden soll, dann wird dies umso leichter möglich sein, je überraschender man zuschlägt (diese logische Konsequenz haben die USA mit AirLand Battle gezogen). Es wird einer militärischen Führung in einer Spannungssituation auch die Argumentation nicht schwerfallen, daß nur in dem überraschenden Angriff die Rettung liege — sozusagen als „Verteidigung“ auf einen gedachten Angriff in dem überraschenden Angriff die Rettung liege — sozusagen als „Verteidigung“ auf einen gedachten Angriff des Ostblocks.

Hierfür gibt es historische Vorbilder. Die Kriegseröffnung durch Deutschland 1914 wurde so begründet; die SPD stimmte für die Kriegskredite, da Deutschland sich verteidigen müsse und selbst Hitler erklärte zum Überfall auf Polen am 1. September 1939: „Seit 4.45 Uhr wird zurück(!)geschossen“. Deutschland hat sich eben immer nur verteidigt.

In Wirklichkeit geht es aber nicht nur um die Logik, die sich aus einer derartigen militärischen Konzeption ergibt. Die politischen Ziele der BRD trugen erklärtermaßen einen offensiven Charakter, als die Bundeswehr konzipiert und aufgebaut wurde.



Die Bundeswehr: Eine traditionsreiche Armee

Die Bundeswehr: Eine traditionsreiche Armee

Annexionsziel DDR

Die expansiven Ziele der BRD, die in den 50er Jahren offen ausgesprochen wurden und heute wieder zunehmend öffentlich proklamiert werden, können hier nur schlaglichtartig aufgezeigt werden (s. den kleinen Zitatenschatz in diesem Artikel). Es hat aber nicht nur Sprüche für die Öffentlichkeit gegeben. Es gab ganz konkrete Planungen. (6)

Am 10. März 1952 hatte die sowjetische Note die deutsche Einheit angeboten mit einer eigenen deutschen Armee bei außenpolitischer Neutralität — von Adenauer als ein „Fetzen Papier“ bezeichnet.

Am 24. März wurde beim Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen der „Forschungsbeirat“ gegründet. Das war die Antwort. Dieser Rat arbeitete an detaillierten Richtlinien zur Einführung der Marktwirtschaft in der DDR nach vollzogener Annexion. So lagen z.B. in der Schublade des Ministeriums „Richtlinien zur Reprivatisierung der Apotheken“ und anderes, zusammengefaßt im sogenannten „Grauen Plan“. "Die vorrangige Aufgabe besteht darin, Alternativen zu dem zu finden, was im anderen Teil Deutschlands als Volkseigentum bezeichnet wird.“

Im 4. Tätigkeitsbericht des Forschungsbeirats 1961/65 hieß es unter anderem:

„Es ist bei der zweifachen Aufgabe geblieben...die Wirtschaft und Gesellschaft Mitteldeutschlands freiheitlich zu formen, um sie so mit Westdeutschland zu einem einheitlichen deutschen Wirtschafts- und Sozialkörper zu integrieren,...vorbereitende wirtschafts- und sozialpolitische Überlegungen müssen deshalb davon ausgehen, daß die deutsche Wirtschaft nach der Wiedervereinigung entsprechend den Grundsätzen der Markt- und Wettbewerbswirtschaft zu ordnen sein wird...Die Dauer dieser Transformation und Integration ist nicht vorauszusagen, sie soll so kurz wie möglich sein.“(Grauer Plan, S. 16-18)

„In diesem Sinne hat sich der Forschungsbeirat vor allem mit den ‚Volkseigenen Betrieben' der Industrie befaßt. Sie sollen nach seinen Vorschlägen mit der Wiedervereinigung zu rechtlich und wirtschaftlich selbständigen Unternehmen werden...In vielen Fällen wird es zweckmäßig sein, sogenannte Betriebsnutzungsverträge abzuschließen, da auf diese Weise die private unternehmerische Initiative besonders wirkungsvoll zur Geltung kommen kann.“ (Grauer Plan, S. 20f.)

„Im Zeitpunkt der Wiedervereinigung werden verantwortungsvolle und ohne vergleichbares Vorbild zu lösende Aufgaben allein aus der Überführung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) in privatwirtschaftliche Betriebsformen entstehen... Mit der Wiedervereinigung werden die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften mit dem vorhandenen Bestand an Mitgliedern kraft Gesetzes ‚Landwirtschaftliche Übergangsgemeinschaften'...Die Regelung der wirtschaftlichen und sozialen Fragen hat davon auszugehen, daß die Übergangsgemeinschaften zwar aktionsfähige, aber nur vorübergehend bestehende Einrichtungen sein sollen, die dem Zweck dienen, die ehemaligen LPG in einem geordneten Verfahren der Auflösung entgegenzuführen... Personen, die am 8. Mai 1945 als Eigentümer im Grundbuch eingetragen waren und das Eigentum auch nach den in der SBZ geltenden Bestimmungen behalten haben, können von der Übergangsgemeinschaft die Herausgabe der im Grundbuch verzeichneten Grundstücke verlangen. Der Herausgabeanspruch kann von dem Rechtsnachfolger des Eigentümers geltend gemacht werden, wenn er die Rechtsnachfolge durch Erbschein oder öffentliches Testament nachweist... Bewerben sich mehrere Personen, die die Voraussetzungen des Buchstaben c) erfüllen, um den Abschluß eines Bewirtschaftungsvertrages, so sollen diejenigen, die zu dem Vertragsobjekt in einer der folgenden Beziehungen stehen, bevorzugt werden: —Personen, denen durch die sowjetzonale Bodenreform der Besitz entschädigungslos entzogen worden ist...“ (A.a.O., S.265-273)

„Die Arbeitsbedingungen sind wieder primär durch Tarifparteien und individuelle Vereinbarungen zu gestalten. Dies setzt voraus, daß ...Arbeitgeberverbände gebildet werden.“(A.a.O., S.22)

„Soweit die ‚Deutsche Notenbank' nach den in der SBZ bestehenden Regelungen Geschäftsbankentätigkeit auszuüben hat, soll dies unter organisatorischer Trennung weiterhin geschehen. Es ist aber dafür zu sorgen, daß wieder private und öffentliche Kreditinstitute errichtet und unbehindert tätig werden können, damit die Aufgaben voll erfüllt werden, die in einer Marktwirtschaft dem Bankenapparat zukommen.“(A.a.O., S.22)

„Die Wirtschaft der Bundesrepublik wird seit dem 1. Januar 1958 schrittweise in den gemeinsamen Markt der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft eingegliedert. Geht man davon aus, so wird Mitteldeutschland durch die Wiedervereinigung nicht nur mit Westdeutschland, sondern auch mit den anderen Partnern der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft integriert werden.“(A.a.O., S.19)

„Natürlich muß die Entwicklung weiter systematisch verfolgt und anhand dessen das bisherige Arbeitsergebnis laufend überprüft werden...Im ganzen aber läßt sich jetzt schon feststellen, daß im Bereich des Wirtschaftlichen und Sozialen für den reibungslosen Gesamtablauf der Wiedervereinigung gedanklich und planend vorgesorgt ist... In dem wiedervereinigten Deutschland soll eine im Grundsatz marktwirtschaftliche Ordnung bestehen.“ (A.a.O., S.20)

„Es wird noch dahin kommen, daß in der Sowjetzone bis zu 90 Prozent aller im Staatsapparat tätigen Personen in den ersten Wochen ausgewechselt werden müssen. Schon jetzt ist eine listenmäßige Erfassung aller Menschen notwendig, die für die Übernahme von Ämtern in Frage kämen.“

Von der Schild- zur Schwertstreitmacht

Aus dem, was wir mit „Annexionsziel DDR“ überschrieben haben, ergab sich für die BRD ein starkes Interesse an konventioneller Aufrüstung — damit aber auch eine immer deutlicher werdende Unzufriedenheit mit der NATO-Doktrin der „Massiven Vergeltung“. Die Massive Vergeltung wies den konventionellen Streitkräften le-

Fortsetzung nächste Seite

Ostpolitik damals ...

„Wir waren der Meinung, daß die freie Welt durch ihren Zusammenschluß und durch den Druck ihrer NATO-Klammer es erreichen könnte, daß die Sowjets sich aus Mitteldeutschland und aus den osteuropäischen Staaten zurückziehen.“

Der FDP-Vorsitzende Mende 1958 vor dem Bundestag (zit. nach U. Albrecht, Die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik Deutschland, S. 28f)

„Es hat noch niemand zeigen können, wie ohne ein starkes und einiges Europa die deutsche Einheit in Freiheit zu verwirklichen wäre ... Erst wenn der Westen stark ist, ergibt sich ein wirklicher Ausgangspunkt für friedliche Verhandlungen mit dem Ziel, nicht nur die Sowjetzone, sondern das ganze versklavte Europa östlich des Eisernen Vorhangs zu befreien, in Frieden befreien.“

Adenauer am 5.3.1952 im Nordwestdeutschen Rundfunk

„Wir sind auf dem Wege, die Sowjetzone zurückzuholen, wenn die westliche Welt eine entsprechende Stärke erreicht haben wird.“

Adenauer Ende 1954 (DPA v. 16.11.1954)

„Was östlich von der Elbe und der Werra liegt, sind Deutschlands unerlöste Provinzen. Daher heißt die Aufgabe nicht Wiedervereinigung, sondern Befreiung ...“

Adenauer 1961 (Rheinischer Merkur v. 20.6.1961)

„Unser Ziel ist die Befreiung unserer 18 Millionen Brüder und Schwestern in den Ostgebieten ... Wir sollten sagen „Befreiung“, denn sie leben in Ostdeutschland in Sklaverei und Knechtschaft.“

Adenauer am 7.9.1953, einen Tag nach seinem Bundestagswahltriumph (Die Neue Zeitung v. 9.9.1953)

Es gilt, „nicht nur die Sowjetzone, sondern das ganze versklavte Europa östlich des Eisernen Vorhanges zu befreien.“

Adenauer im März 1952 (Der Spiegel, 9.10.1963)

„Verwüstetes Niemandsland, auf dem kein Halm und keine Ähre wächst, das die Polen weder volklich, noch politisch, noch organisch auszugestalten in der Lage sind, das ist das Terrain, um das wir kämpfen“.

Kurt Schumacher über die Gebiete jenseits von Oder und Neiße (Sozialdemokrat und Sozialismus heute, Köln 1968, S. 63)

„Unsere Gebietsforderungen gehen bis weit hinter die Oder-Neiße-Linie; wir wollen die alten deutschen Herrschaftsgebiete wiederhaben. Das Jahr 2000 darf nicht zum 83. Jahr der Oktoberrevolution in der Welt werden.“

Vertriebenenminister von Hassel 1960 (Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 21.8.1961)

... und heute

... und heute

„Die Bundesregierung hat die Überwindung der deutschen Teilung wieder zu einem realistischen Ziel ihrer Politik gemacht.“

Der Minister für innerdeutsche Beziehungen, Windelen, am 10.6.1984 auf dem Schlesiertreffen

BRAUNSCHWEIG, 2. September. Bundeskanzler Helmut Kohl hat am Sonntag in Braunschweig beim „Tag der Heimat“, den der Bund der Vertriebenen (BDV) veranstaltete, Vorwürfen aus dem Osten widersprochen, in der Bundesrepublik gebe es revanchistische Kräfte. Zugleich bekräftigte der Kanzler unter starkem Beifall der versammelten Vertriebenenfunktionäre, daß die deutsche Frage offen bleibe. Für die Lösung dieser Frage brauche das deutsche Volk allerdings einen langen Atem. „Was ist vor dem, was die Geschichte bringen kann, die Amtszeit eines Bundeskanzlers?“ wog Kohl ab. Er versicherte, die Bundesregierung stehe zu den Ostverträgen. Die Verträge seien verfassungsgemäß zustande gekommen und rechtskräftig. Die Bundesrepublik sei an die Feststellung gebunden, daß Oder und Neiße die Westgrenze Polens bilden. Ein späteres, wiedervereinigtes Deutschland sei daran aber nicht gebunden. „Unser Vaterland“, sagte Kohl, „ist nicht nur die Bundesrepublik Deutschland, sondern das Land, wo unsere Kultur in Jahrhunderten gewachsen ist.“ Der Kanzler unterstützte das vom BDV proklamierte „Recht auf Heimat“ und erklärte: „Heimat ist ein in keine andere Sprache übersetzbares deutsches Wort.“

BDV-Präsident Herbert Czaja (CDU/MdB) dankte Kohl dafür, daß erstmals seit Jahrzehnten wieder ein Bundeskanzler bei einem solchen Treffen spreche und sich „durch das Revanchismusgeschwätz nicht einschüchtern“ lasse. Es sei nicht etwa so, daß die Deutschen polnisches Gebiet forderten, vielmehr fordere Polen deutsches Gebiet.

(aus: Frankfurter Rundschau v. 3.9.1984

Politische Bildung in der Bundeswehr damals ...

Da die Möglichkeiten des Westens erschöpft scheinen, vom Osten auf friedlichem Wege ein Nachgeben zu erzwingen, bleiben nur die Möglichkeiten einer gewaltsamen Änderung des status quo oder die Aufgabe eigener Prinzipien. Die gewaltsame Änderung heißt Krieg mit dem Ziel, die latente Gefahr des Bolschewismus für die Freiheit der westlichen Welt auszuschalten.

Wehrwissenschaftliche Rundschau 3/1961

Jenseits der Oder-Neiße-Linie befinden sich einst blühende Landstriche, die früher Lebensmittelüberschüsse für die Ernährung vieler Millionen Menschen hervorbrachten, im Zustande des Verfalls. Die dort angesetzten polnischen Siedler betrachten ihre Anwesenheit in den deutschen Ostgebieten als vorübergehend.

Information für die Truppe, Sonderheft „Die deutschen Ostgebiete“ (1966)

Nein, in dieser deutschen Schicksals- und Lebensfrage ist volle Klarheit und Aufrichtigkeit umso mehr vonnöten, als unter dem Schlagwort „Wiedervereinigung“ bereits in Teilen des westlichen Auslands, aber auch schon bei uns, nur noch die Zusammenführung von West- und Mitteldeutschland verstanden wird. Hier wird durch ungenügende Aufklärung die erste Etappe, Mitteldeutschland, mit dem Endziel der Reichseinheit, einschließlich der deutschen Ostgebiete, verwechselt.

Deutsches Soldatenjahrbuch 1966

... und 1984

Unser Staat

Unser Staat ist die **Bundesrepublik Deutschland**. Sie ist Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches und steht für das gesamte Deutschland.



(aus „Taschenbuch für Wehrausbildung, Ausgabe Heer")

Versteht man darunter eine Festigung, ein Sichabfinden mit dem Status quo, dann hat man unsere Entspannungspolitik allerdings nicht verstanden.

(Regierungsbulletin v. 31.1.1967)

Worte des Vorsitzenden Strauß in „Entwurf für Europa" (1966):

„Unsere Aufgabe muß es heute sein, einen Gürtel zwischen Rußland und Westeuropa zu schaffen, ein 'Zwischeneuropa'."(S.55)

zu den wirtschaftlichen Beziehungen:

Der Westen „muß Mittel und Wege suchen, die dazu beitragen, diese Situation in unseren politischen Vorteil umzumünzen, d.h. er sollte nur solche Projekte unterstützen, die mehr der Auflockerung Europas als der wirtschaftlichen Stärkung des osteuropäischen Regimes dienen". (S.42)

„Eine solche Politik der gesamteuropäischen Auflockerung kann nur Schritt für Schritt zum Erfolg führen. Man wird kaum eine rasche Lösung erwarten können, sondern eher in Dimensionen eines historischen Prozesses denken müssen. Während dieser Periode müssen wir die ost- und südosteuropäischen Völker durch kulturelle und wirtschaftliche Bindungen stärker an Westeuropa heranziehen: durch Jugend- und Akademikeraustausch, durch Tourismus, Sportveranstaltungen und viele andere passende Mittel."

„Die einzige Hoffnung für die Osteuropäer, ihre Freiheit wiederzugewinnen, besteht im Aufbau eines starken und vereinigten Europas." (S.84)

„Jeder Europäer muß das Recht haben, seine Heimat in einem freien und rechtsstaatlichen Europa, das vom Atlantik bis zum Bug und zum Schwarzen Meer reicht, frei zu wählen." (S.83)

„Das Problem ist nicht, wie man (West-)Deutschland wirtschaftlich stark, politisch aber schwach halten soll — das ist eine falsche Prämisse. Das Problem ist vielmehr, wie man seiner wirtschaftlichen Stärke einen politischen Einfluß verschaffen kann... Auf die Dauer kann es kein Deutschland geben, das wirtschaftlich ein Riese und politisch ein Zwerg ist. Deshalb braucht die deutsche Politik einen europäischen Rahmen". (S.149f)

Fortsetzung von vorheriger Seite

diglich die Aufgabe eines Schildes zu, eines Stolperdrahtes, der den nuklearen Schlag auslösen sollte. Das „Schwert", mit dem die Sowjetunion geschlagen werden sollte, war also die amerikanische Nuklearstreitmacht.

So kam insbesondere von deutscher Seite Kritik an der Rollenverteilung zwischen Schild und Schwert und — dazu später — der Versuch, die Bundeswehr atomar zu bewaffnen und damit die Schildstreitkräfte aufzuwerten.

Die Kritik an der Massiven Vergeltung wurde vor allem von Heusinger und Speidel vorgetragen (7). Der Argumentationsgang von Seiten der Bundeswehr läßt sich wie folgt darstellen:

— mit Aufnahme der BRD in die NATO und der Einführung taktischer Atomwaffen (als Ersatz für die nicht aufgestellten NATO-Divisionen) ist die Stärke der Schildstreitkräfte gewachsen;

— und zwar so stark, daß Europa-Mitte nicht mehr am Rhein, sondern an der äußersten östlichen Grenze verteidigt werden kann;

— das Heer ist so stark, daß es keine automatische Eskalation zu strategischen Atomwaffen mehr geben muß!

— aufgrund des atomaren Patts, also einer strategisch-nuklearen Schwäche, hat die Bedeutung der konventionellen Streitkräfte zugenommen. Dies hat nun wichtige Konsequenzen:

— der konventionelle Krieg wird wieder denkbar und führbar. Lokal begrenzte Konflikte können auch ohne strategische Kernwaffen bewältigt werden.

— die Vornestationierung der NATO entlang der DDR-CSSR-Grenze muß durchgeführt werden. Zu dieser Zeit waren 2/3 des Heeres bereits in einem 150 km breiten Streifen entlang dieser Grenze stationiert. D.h., was die US-Army mit dem Master Restationing Program heute plant, hat die Bundeswehr schon vor über 20 Jahren durchgeführt!

So war es die BRD, welche in der NATO die damals noch ehrlicher „Vorwärtsverteidigung" genannte Doktrin durchsetzte. Nachdem sie 1963 offizielle NATO-Doktrin geworden war, schrieb **de Maizière**:

„Mit dem Durchsetzen der Vorwärtsverteidigung hat die Bundesregierung einen entscheidenden Erfolg errungen, der nur durch den Aufbau der Bundeswehr und ihre Eingliederung in die NATO möglich geworden war." (8)

Nicht der amerikanische Luftkrieg, sondern eine **„kontinentale Offensivstrategie"**, so das Bundeswehr-Schlagwort, sollte im Mittelpunkt der NATO-Konzeptionen stehen. Damit sollte die Rollenverteilung zwischen Schwert und Schild gerade umgedreht werden. Während die nuklearstrategischen Kräfte einen Atomschild bildeten, sollten die konventionellen Kräfte (mit taktischen Atomwaffen allerdings) und damit die Bundeswehr als Kernstück den entscheidenden Schwertstreich führen.

Diese Tendenzen kamen auch der SPD entgegen, die beim Stichwort „Konventionalisierung" ja stets Morgenluft wittert. 1961 schrieb Helmut Schmidt sein Buch „Verteidigung oder Vergeltung" und mehrere ZEIT-Artikel zum Thema. Schmidt plädierte angesichts des atomaren Patts (eine atomare Überlegenheit schien damals anders als heute nicht möglich) für konventionelle Aufrüstung, eine sogenannte „abgestufte Abschreckung" (was nichts anderes ist als die flexible response), da die Drohung mit der Atombombe als Erpressungsmittel unglaubwürdig geworden sei.

„Das nuklear-strategische Patt hat auch nachteilige Konsequenzen. Wegen der Einrichtung der Schandmauer in Berlin kann man nicht mehr glaubwürdig mit der Wasserstoffbombe drohen ... (wie schade, die Bombe ist als Mittel der Ostpolitik verloren, d. Verf.) ... Was die NATO in Europa braucht, sind mehr Soldaten, besser ausgebildete Soldaten, mehr Panzer, bessere Panzer, mehr taktische Flugzeuge zur Luftverteidigung und zur Unterstützung des Heeres, Feldraketenwerfer à la Stalinorgel, Einheitlichkeit der Ausrüstung und des Nachschubs insgesamt." (9)

Der Atomkurs

1960 trat die Bundeswehrführung — mit stillschweigender Unterstützung der Bundesregierung — mit einer Stellungnahme „zur atomaren Bewaffnung der Bundeswehr" an die Öffentlichkeit. (10)

Durch die Bewaffnung der Bundeswehr mit taktischen Atomwaffen sollte die „Eskalationslücke" geschlossen werden:

„Bei einem einseitigen Verzicht auf atomare Bewaffnung der Schildstreitkräfte kann die Bundesrepublik nicht verteidigt werden.

Die Bundeswehr muß dieselbe wirkungsvolle Bewaffnung haben wie die verbündeten Schildstreitkräfte.

Die Schildstreitkräfte der NATO müssen ein Ganzes sein. Sonst wählt der Gegner die in ihrer Bewaffnung unterlegenen Verbände als Angriffsschwerpunkte.

Die Soldaten der Bundeswehr haben Anspruch auf Waffen, die denen des Gegners mindestens ebenbürtig sind.

Die Verantwortung für die anvertrauten Soldaten zwingt die Truppenführer, in der heutigen Situation die für Schildstreitkräfte unentbehrliche atomare Bewaffnung zu fordern. Andernfalls besteht die Gefahr, daß die Soldaten vor unlösbare Aufgaben gestellt und in ihrem Selbstvertrauen erschüttert werden.

Die Rüstung des Gegners macht eine abgestufte Abschreckung unerläßlich."

Tatsächlich hatte die Bundeswehr nach dem Pariser NATO-Beschluß von 1954 zur Bewaffnung der Schildstreitkräfte mit taktischen Atomwaffen schon in den 50er Jahren Trägersysteme für Atomsprengköpfe erhalten (Honest John, Nike, Matador, in den 60er Jahren folgten Starfighter und Pershing I). 1961 schon gab sich das Heer sogenannte „Führungsgrundsätze des Heeres für die atomare und nichtatomare Kriegsführung", die Heeresdienstvorschrift (HDV) 100/2 (11), die man für einen Auszug aus AirLandBattle halten könnte:

„Atomwaffen haben eine Flächenwirkung. Sie können mit ihrer gewaltigen Feuerkraft schlagartig und überra-

„Atomwaffen haben eine Flächenwirkung. Sie können mit ihrer gewaltigen Feuerkraft schlagartig und überraschend Ziele aller Art vernichten und mit wesentlich geringerem Aufwand weit größere Verluste und Schäden herbeiführen, als nichtatomare Waffen dies vermögen ..."

„Durch ihre gewaltige Wirkung in Verbindung mit ihrer Beweglichkeit sind Atomwaffen das wichtigste Kampfmittel in der Hand der militärischen Führung. Je mehr Einsatzmittel und Atomsprengkörper zur Verfügung stehen und je bessere Aufklärungsergebnisse vorliegen, desto stärker können diese Waffen die gesamte Gefechtsführung bestimmen ..."

„.... durch den Einsatz von Atomwaffen kann das Gefecht entschieden oder die Freiheit des Handelns wiedergewonnen werden. Auch der Unterlegene vermag mit ihrer Hilfe eine schwierige Lage plötzlich und grundlegend zu seinen Gunsten zu ändern, vor allem dann, wenn er die Möglichkeit, den Feind zu überraschen, ausnutzt.

Durch die Atomwaffen kann die Führung freier, unabhängiger und beweglicher werden und größere Handlungsfreiheit erhalten. Krisen können leichter entstehen, aber auch rascher gemeistert werden, da die Atomwaffen durch ihre vernichtende Wirkung die Lage blitzschnell zu verändern vermögen."

Die HDv wurde 1973 durch die neue HDv 100/2 abgelöst (12):

1116. Durch rechtzeitigen Einsatz von Atomsprengköpfen an entscheidender Stelle kann der Truppenführer auch mit sonst unterlegenen Kräften Überlegenheit erzielen und seine Handlungsfreiheit erweitern. Wirkungsbereite atomare Einsatzmittel und freigegebene Atomsprengkörper sind auch die stärkste Reserve des Truppenführers; sie können das letzte Mittel sein, Krisen zu meistern und die Freiheit des Handelns wiederzugewinnen.

1117. Atomsprengkörper sind das stärkste Mittel, einen Schwerpunkt zu bilden. Ihr Einsatz spart Kräfte und beansprucht oft auch weniger Zeit als der von Truppen. Sie können Truppen jedoch nur vorübergehend ersetzen.

Trotz aller Dienstvorschriften:

Das Problem der Bundeswehr ist bis heute die fehlende Verfügungsgewalt über die Atomsprengköpfe geblieben.

Besonders der ehemalige Atomminister Strauß (Kriegsminister 1956-63) hielt dieses Ziel für realisierbar. Dabei spielten zwei Motivationen eine Rolle:
1. das Mißtrauen gegenüber den USA, deren atomare Garantie nicht sicher erschien, d.h. der alte Abkoppelungsalptraum der Europäer;
2. der Versuch, die Ostpolitik auf ein zeitgemäßes technisches Niveau zu heben. Eine „Politik der Stärke" war in den 60er Jahren ohne Besitz von Atomwaffen nicht mehr denkbar. Die Bonner Generalität hatte 1961 in einer geheimen Denkschrift deshalb erklärt:

„Ohne den Besitz der Atomwaffe ist nicht daran zu denken, daß Deutschland in seinen geschichtlichen und nationalen Grenzen wiederhergestellt werden kann." (13)

Insofern nahm die Flut von Äußerungen zu, die darauf hinwiesen, daß die Bundesrepublik nach dem Protokoll zum WEU-Vertrag zwar keine Atomwaffen herstellen, wohl aber besitzen dürfe! Nur mußte man jemand finden, der sie lieferte.

Der projektierte Weg war deshalb der einer europäischen Atomstreitmacht. Der nationale Alleingang (zu dem die BRD technisch sehr wohl fähig wäre) galt nur als Notlösung.

Außenminister Schröder drängte in der ZEIT vom 16.7.1946 auf eine atomare Organisation:

„Wenn dies durch die Schaffung einer multilateralen atlantischen Abschreckungsmacht oder eine gleichwer-

„Wenn dies durch die Schaffung einer multilateralen atlantischen Abschreckungsmacht oder eine gleichwertige Lösung geschehen ist, könnte Deutschland seinen Alliierten gegenüber auf den Erwerb eigener Atomwaffen verzichten."

Und Strauß schrieb in seinem weitplanenden Werk „Entwurf für Europa" 1966:

„Nach meiner Überzeugung gibt es ... auf die Dauer nur eine Lösung, die der Bundesrepublik die wirkliche Gleichberechtigung mit vergleichbaren Partnern bringt, nämlich ein europäisches Atomwaffenpotential." (14)

Der wichtigste Vorstoß in diese Richtung war der Plan einer MLF (Multilaterale Flotte bzw. Multilateral Force). Die MLF sollte aus einer Flotte von 25 großen Handelsschiffen gebildet werden, die mit 300 Polaris-Raketen bestückt werden sollten.

Militärisch wäre die MLF ziemlich wertlos gewesen — leicht zu entdecken und zu überwachen — aber die BRD hätte das Eis gebrochen und erstmals einen Zugang zu Atomwaffen erhalten.

Der SPD-Parteitag von 1964 stimmte dem MLF-Plan übrigens bis auf wenige Stimmen zu. Ihr Wehrexperte Erler schob ein nicht gerade sehr mutiges Argument vor: Dadurch werde die BRD an der Fortentwicklung der Technik teilhaben, was auch der Industrie zugute komme (15).

Das Pech war nur: Die BRD war letztlich der einzige Staat, der dem Plan zustimmte. Der Plan scheiterte an Frankreich, an Großbritannien, das um seine atlantische Sonderrolle fürchtete und schließlich ging F.J.S. selbst der Plan damals nicht weit genug. Über ein Testschiff ist die MLF nie hinausgelangt. Die „Lösung", die mehr einem Trostpflaster glich, war die Einrichtung der NPG, der Nuklearen Planungsgruppe der NATO 1966, in der die BRD neben den USA, GB und Italien ständiges Mitglied ist.

Trotzdem blieb die BRD in ihrer zweitklassigen Rolle — eine auf Dauer unbefriedigende Lösung.

Hinzu kam, daß im Zuge der amerikanischen „Entspannungspolitik" die BRD gedrängt wurde, dem Atomwaffensperrvertrag beizutreten (1969 durch die sozialliberale Koalition). Adenauer sprach von einem „Todesurteil". Schlagzeile der BILD: „So sollen die Kleinen fertig gemacht werden". Und BDI-Präsident Berg wußte genau:

„Wenn dieser Vertrag unverändert akzeptiert würde, dann könne man sich ausrechnen, wann die Bundesrepublik auf das Niveau eines Agrarstaates zurückgeworfen würde" (16).

Heute tauchen die Pläne für eine europäische Atommacht (und zeitgemäß auch Weltraummacht) erneut wieder auf: Strauß und Dregger werden nicht müde, eine Art Mitbestimmung über die Force de Frappe einzuklagen. Jüngst forderte Todenhöfer in der „Europäischen Wehrkunde" eine europäische Atomstreitmacht:

„Gewiß gibt es zwischen den drei genannten Entscheidungszentren (Washington, Paris, London) vielfältige Konsultationen, und es gibt in der NATO Absprachen institutionalisierter Gremien wie der 'Nuklearen Planungsgruppe'. Es gibt Kontakte in Form bilateraler Gespräche, wie sie zur Zeit zwischen Frankreich und der Bundesrepublik stattfinden. Aber das genügt nicht und kann nicht die Tatsache verdecken, daß wir in Europa Nuklearstaaten mit anachronistischen Sonderrechten haben. Der Gedanke liegt nahe, alle in Europa vorhandenen französischen, britischen und amerikanischen Nuklearwaffen zusammenzufassen und einem gemeinsamen Kommando zu unterstellen und damit die bisherigen nationalen Lösungen schrittweise in eine Gemeinschaftslösung zu überführen." (17)

Todenhöfer stellt sich einen „Europäischen Nuklearen Verteidigungsrat"

Todenhöfer stellt sich einen „Europäischen Nuklearen Verteidigungsrat" vor, in dem die BRD über Ziel und Einsatzplanung mitbestimmen kann. Ein solcher Weg, so Todenhöfer pfiffig, würde die Zahl der Atommächte verringern und darum auch nicht gegen den Atomwaffensperrvertrag verstoßen.



April 1965: Eine Panzerdivision wird der NATO unterstellt

H.U.W.
Westberliner Unabhängigen Plenum (WUP) (18)

Anmerkungen
1. VGl. Frankfurter Rundschau vom 21.12.83 und 27.2.84
2. zit. nach Graubuch, Berlin (DDR) 1967, S. 367
3. Denkschrift in: Die Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. von Klaus von Schubert, Bd. 2 S. 91 ff und 262 ff und 338 ff
4. S. 142 und 143
5. Rede in: Die Sicherheitspolitik ... Bd. 2 S. 83 ff
6. Vgl. hierzu das Graubuch S. 57 ff und: Karl-Heinz Roth, Nicolaus Neumann, Hajo Leib, psychologische Kampfführung. Invasionsziel: DDR. Vom Kalten Krieg zur neuen Ostpolitik. Hamburg 1971, S. 17 ff
7. Texte in: Die Sicherheitspolitik ... S. 114 ff und 118 ff
8. Ulrich de Maiziere, Die Landesverteidigung im Rahmen der Gesamtverteidigung, 1964
9. Die Sicherheitspolitik ... Bd. 2 S. 137
10. ebenda S. 206 f
11. zit. nach Mechtersheimer in: Unsere Bundeswehr? Frankfurt/Main 1981, S. 238
12. Militärpolitik Dokumentation Nr. 1/1977, S. 20
13. Deutsche Woche vom 1.1.1962
14. S. 101
15. Die Welt vom 27.11.1964
16. AP vom 11.2.1967
17. Europäische Wehrkunde 3/1984
18. Der Genosse ist Mitglied der „Revolutionären Sozialisten", einer Gruppe, die sich vor einigen Jahren von der GIM abgespalten hat.



Sri Lanka und die Tamilen:
Pogrom gegen eine nationale Minderheit

Tausende von Jahren lebten Singhalesen und Tamilen auf Ceylon, heute Sri Lanka friedlich nebeneinander. Seit 1956 jedoch ist die tamilische Bevölkerung Ziel der Aggression und Diskriminierung der singhalesischen Bevölkerungsmehrheit. Die Mehrheit der tamilischen Bevölkerung strebt heute einen eigenständigen Staat im Nordosten der Insel an und unterstützt dabei die Aktivitäten der Guerillabewegung. Der folgende Artikel soll die Hintergründe des nur vordergründig ethnischen Konfliktes aufzeigen.



Das koloniale Erbe

73% der ca. 15 Mio. Einwohner Sri Lankas gehören zur singhalesischen Bevölkerungsgruppe buddhistischen Glaubens, sie besiedelten bereits vor 2500 Jahren die Insel. Vor ca. 1000 Jahren folgte die tamilische Bevölkerungsgruppe, die von Südindien aus einwanderte. Im wesentlichen kam sie aus dem Gebiet des heutigen indischen Bundesstaates Tamil Nadu.Die Tamilen unterscheiden sich in Sprache und Religion (Hinduismus) von den Singhalesen. In der Folgezeit wurden mehrere Königreiche gegründet, unter anderem im Norden, auf der Halbinsel Jaffna das hinduistische Königreich ,,Eelam''. (Die heutige Forderung

len unterscheiden sich in Sprache und Religion (Hinduismus) von den Singhalesen. In der Folgezeit wurden mehrere Königreiche gegründet, unter anderem im Norden, auf der Halbinsel Jaffna das hinduistische Königreich ,,Eelam''. (Die heutige Forderung

nach einem unabhängigen Tamilenstaat ,,Tamil Eelam'' lehnt sich an den Namen dieses Königreiches an.) Das tamilische Königreich blieb bis ins 16. Jahrhundert unabhängig, wurde jedoch dann von der portugiesischen und später niederländischen Kolonisation überrollt.

Das singhalesisch - buddhistische Königreich im Innern der Insel konnte bis zur Machtübernahme durch die Engländer Anfang des 19. Jahrhunderts unabhängig bleiben. Aufgrund der längeren Kolonisationsgeschichte der tamilischen Bevölkerungsgruppe und dem jahrzehntelangen ,,erfolgreichen'' Wirken christlicher Missionschulen, fanden die Engländer bei der Eroberung der Insel eine ihren singhalesischen Nachbarn gegenüber gebildete tamilische Oberschicht vor. ,,Teile und herrsche'' nach dieser Devise die beiden ethnischen Gruppen gegeneinander ausspielend, besetzten die Engländer in der Folgezeit fast den gesammten Verwaltungsapparat des Kolonialreiches mit der tamilischen Elite. Während der Kolonialzeit ,,verfrachteten'' die Engländer hunderttausende indischer Tamilen nach Sri Lanka, um sie in der ausgedehnten Plantagenwirschaft des Hochlandes für sich arbeiten zu lassen. Die Bevölkerungsgruppe der indischen Tamilen (im Gegensatz zu den alteingesessenen ca. 1.5 Mio. Ceylon-Tamilen im Nordosten des Landes) umfaßt heute 1.2 Mio. Menschen. Obwohl die Indien-Tamilen ganz wesentlich zum materiellen Reichtum der Insel beitragen (sie produzieren u.a. das wichtige Exportgut Tee), gehören sie sozial und materiell zur deklassiertesten Bevölkerungsgruppe. (1)

1948 wurde Sri Lanka unabhängig. Und 1956 gewann die Sri Lanka Freedom Party (SFLP) mit einem singhalesisch-chauvinistischen Programm die Wahlen. ,,Sinhala only'' war das Motto dieses Programms und es wurde konsequent in die Tat umgesetzt. Singhalesisch wurde zur Staatssprache erhoben, die tamilische Elite ihrer kolonialen Privilegien enthoben, desgleichen aber die gesamte tamilische Bevölkerungsgruppe am Zugang zum Staatsdienst und zu den Bildungsinstitutionen behindert. So werden in den 50er Jahren auch die ersten Forderungen nach einer autonomen Verwaltung für den tamilischen Nordosten der Insel laut. Seit dieser Zeit hat es zahlreiche blutige Pogrome gegen die tamilische Bevölkerung gegeben, den ersten 1958, im Sommer 1983 war der jüngste Vorfall dieser Art. Aufgrund der Erfahrungen mit der ,,Sinhala only'' -Politik und diesen blutigen Pogromen, entwickelt die tamilische Linke in den 70er Jahren die Forderung nach einem eigenständigen, sozialistischem Tamil Eelam. 1976 vereinigen sich unter dieser Forderung Tamilenorganisationen der Nord- und Ostprovinzen zur Tamil United Liberation Front (TULF). Die TULF gewann bei den Wahlen 1977 bis auf eine Ausnahme alle für die Nordostprovinzen vorgesehenen Sitze.

Allparteiengespräche

Die Wahl des Jahres 1977 gewann die rechtsgerichtete United National Party (UNP). Die UNP war unter anderem mit dem Wahlversprechen angetreten, die verfeindeten Bevölkerungsgruppen miteinander zu versöhnen. Heute weiß jedes Kind in Jaffna, daß Teile des Staats- und Parteiapparates der UNP an der Vorbereitung und Durchführung des Pogroms von 1983 beteiligt waren. Mit von der Partie war auch die regierungstreue ,,Gewerkschaft'' J.S.S. Diese ,,Gewerkschaft'' machte bereits 1981 von sich reden, als ihre Mitglieder in Jaffna die Bibliothek in Brand setzten. Hier lagerte der größte Teil des nationalen Kulturgutes der Tamilen. Tausende alter Handschriften und Bücher wurden verbrannt. (2)

Vorsitzender Cyril Matthew, landesweit einer der prominentesten Tamilenhasser, ist gleichzeitig Industrieminister des Landes. Die Organisatoren des Pogroms waren mit Adressenlisten der tamilischen Familien und Geschäfte ausgerüstet (genauer gesagt waren es von staatlichen Stellen zur Verfügung gestellte Wählerverzeichnisse). Dieser sechste Tamilenpogrom seit 1956 kostete mehr als 1000 Tamilen das Leben, 130.000 wurden obdachlos und 40.000 flohen ins Ausland oder in den Norden.

Während der Tage des Pogroms gab es keinen öffentlichen Aufruf der Regierung in Radio oder Fernsehen an die singhalesische Bevölkerung, die Ausschreitungen einzustellen. Armee und Polizei sahen dem Massaker tatenlos zu oder halfen beim Brandschatzen auch mal mit vollen Benzinkanistern nach. Nach dem Massaker fand die Regierung keine Wort des Bedauerns, stattdessen machte sie die kleine trotzkistische NLSSP, die maoistische JVP, die KP-Sri Lankas sowie dunkle Mächte des Auslandes für die Ausschreitungen verantwortlich. Danach verpflichtete sie per Gesetz jeden Parlamentsabgeordneten auf die Einheit des Landes zu schwören, später wurde diese Schwurverpflichtung auf alle höheren tamilischen Regierungsangestellten ausgedehnt. Der Schwur auf die Einheit des Landes kam dem faktischen Verbot der TULF gleich, sie kann seitdem ihre Parlamentssitze nicht mehr wahrnehmen.

Doch die Regierung holte noch weiter aus, sie ließ die Äußerung der Forderung nach einem unabhängigen ,,Tamil Eelam'' unter Strafrecht stellen. ,,*Wir werden nicht nur jedem Propagandisten der Teilung des Landes die bürgerlichen Ehrenrechte entziehen, sondern auch die gesetzlichen Grundlagen dafür schaffen, sein Eigentum zu konfiszieren. Nicht einmal mehr im Ausland werden die Betreiber der Teilung des Landes darüber sprechen können. Nach ihrer Rückkehr nach Sri Lanka werden wir sie bestrafen.*'' (Premier-Minister Premadasa in einer Parlamentsrede am 28.Juli 83).(3)

Ein halbes Jahr nach dem ,,schwarzen Juli'' berief Präsident Jayewardene auf Druck der internationalen Öffentlichkeit, sowie der indischen Regierung, eine Allparteienkonferenz ein. Diese Konferenz sollte jedoch nicht etwa die Hintermänner des Juli-Pogromes aufdecken, oder über die Autonomieforderungen der tamilischen Bevölkerungsgruppe verhandeln, stattdessen sollten dort die hinlänglich bekannten Ursachen des ,,Terrorismus'' untersucht werden sowie die Probleme aller ethnischen Gruppen Sri Lankas. (Neben Singhalesen und Tamilen gibt es auch noch eine moslemische Minderheit mit sieben Prozent Bevölkerungsanteil.)

Die radikale singhalesische Linke weigerte sich an diesen Scheinverhandlungen teilzunehmen, nach anfänglichem Zögern trat die TULF den Verhandlungen jedoch bei. In diesen Verhandlungen hat und hatte die singhalesische Regierung außer ein wenig lokaler Selbstverwaltung (Distrikträte) nichts anzubieten. Im Laufe der Verhandlungen, die immer wieder ergebnislos vertagt oder ausgesetzt wurden, rückte die TULF von ihrer Forderung nach einem unabhängigen ,,Tamil Eelam'' ab und will sich heute auch mit einer Teilautonomielösung zufriedengeben. Das opportunistische Lavieren der TULF-Führung, ihr Eintritt in die Allparteienkonferenz und die Aufgabe eines unabhängigen ,,Tamil Eelam'', hat heute ihren ehemals vorhandenen Masseneinfluß auf die tamilische Bevölkerung gegen Null minimiert. Damit ist auch die Hoffnung, die politische und nationale Souveränität auf friedlichem Verhandlungswege zu erreichen, unter den Tamilen kaum noch vorhanden. So dient die Allparteienkonferenz, und das muß mittlerweile auch die TULF zugeben, letztendlich der singhalesischen Regierung nur dazu, Zeit zu gewinnen: Zeit zu gewinnen das ,,Tamilenproblem'' militärisch zu befrieden.

Armeeterror in den Nord- und Ostprovinzen

Der Nord- und Ostteil Sri Lankas ist besetztes Land, seit 1961 wurde die Armeepräsenz kontinuierlich erhöht. Mittlerweile sind an die 6000 Soldaten dort stationiert. Die Gesamtstärke der lankanischen Armee umfaßt 18.000 Soldaten. Zu 99 % sind die Soldaten singhalesischer Herkunft. Nach offizieller Darstellung dient die Armeepräsenz der ,,Terroristenbekämpfung''. Dazu ist die Armee mit weitestgehenden Vollmachten ausgestattet, ,,Vergeltungsschläge'' gegen die Zivilbevölkerung zu führen sowie die Opfer dieser ,,Vergeltungsschläge'' zu verstümmeln, um deren Identifizierung zu verhindern. So erinnert das Agieren der lankanischen Armee sehr an die Praktiken der Todesschwadrone in Mittelamerika. Aufgrund der Vielzahl der Terroranschläge der lankanischen Armee können diese hier nicht chronologisch vollständig dargestellt werden. Für das Jahr 1984 seien nur ein paar Beispiele genannt (4):

— Am 28.3.84 nahm die lankanische Luftwaffe, auf der Jagd nach Terroristen, den Marktplatz der Kleinstadt Chunnakam unter Feuer. Der Marktplatz war zu diesem Zeitpunkt dichtbevölkert, zahlreiche Passanten und Marktbesucher wurden verletzt und getötet.

Luftwaffe, auf der Jagd nach Terroristen, den Marktplatz der Kleinstadt Chunnakam unter Feuer. Der Marktplatz war zu diesem Zeitpunkt dichtbevölkert, zahlreiche Passanten und Marktbesucher wurden verletzt und getötet.

— Eine Bombe tötete am 9.4.84 sechs Soldaten eines Armeekonvois in Jaffna. Die Überlebenden Soldaten des Konvois eröffneten daraufhin das Feuer auf die umstehende Zivilbevölkerung und ermordeten 20 Zivilisten . Danach setzten sie das größte Kaufhaus Jaffnas sowie zahlreiche Geschäfte, eine Tankstelle und mehrere Privatwagen in Brand und nahmen eine katholische Kirche unter Beschuß. In der darauffolgenden Nacht fielen trotz Ausgangssperre 60 Tamilen dem Racheakt der Armee zum Opfer. Am Morgen des 11.4.84 entdeckte man in einem Abwassergraben 20 weitere, von der Armee ermordete Tamilen, die durch Verbrennen unkenntlich gemacht worden waren.

— Die lankanische Armee operiert auch von See aus gegen die tamilische Bevölkerung, in Singapur hat sie sich mit mehreren schnellen Patrouillenbooten eingedeckt. Diese sollen den Seeraum zwischen Indien und Sri Lanka kontrollieren, um zu verhindern, daß die tamilische Guerilla vom indischen Festland übersetzt. Allein im August 84 nahm die Marine sechsmal Küstenorte des Nordostens unter Granatfeuer, am 4.8. machten sie den Küstenort Valvettiturai beinah dem Erdboden gleich. Ca. 5000 Bewohner wurden obdachlos. Valvettiturai ist der Geburtsort zahlreicher tamilischer Revolutionäre, sowie des Führers der LTTE (s.u.) und hat damit einen hohen politischen Symbolwert.

— Als letztes Beispiel mag das auch international starkes Aufsehen erregende ,,Busmassaker'' vom 11. September gelten. Uniformierte hielten einen Privatbus an, selektierten die singhalesischen Reisenden und ermordeten daraufhin 15 tamilische Fahrgäste. Weitere sechs wurden verletzt.

Ingesamt hat die tamilische Bevölkerung 1984 mehr als 800 Opfer des Armeeterrors zu beklagen. Faustregel: Für einen toten oder verletzten Armeeangehörigen werden vier Tamilen getötet oder verwundet — so berichtet ein Arzt des Krankenhauses in Jaffna. Dazu kommen Tausende von Festnahmen junger Tamilen. Mittlerweile gilt jeder junge männliche Tamile in der Altersgruppe von 16-30 Jahren als potentiell verdächtig, der Untergrundbewegung anzugehören, oder sie zu unterstützen. Ca. 500 der Festgenommen wurden in den Süden des Landes verschleppt. Diese Massenverhaftungen haben den Charakter von Geiselnahmen, sie sollen die Angehörigen der Verhafteten nachhaltig einschüchtern, um die Unterstützung der tamilischen Bevölkerung für die Guerilla zu brechen. Der momentane Ausnahmezustand im Nordosten beeinträchtigt auch die materiellen Lebensgrundlagen der Küstenbewohner. Seit Oktober letzten Jahres ist das Fischen zwischen 18.00 und 6.00 Uhr verboten. Wer sich mit seinem Boot weiter als vier Meilen von der Küste entfernt, setzt sich der Gefahr aus, als ,,Terrorist'' behandelt zu werden. Mehrfach haben Marineangehörige auf See befindliche Fischer geplündert.

Die Guerilla

Die revolutionäre Linke der Tamilen Sri Lankas ist in eine Vielzahl von Organisationen zersplittert. Alle Versuche zu einer gemeinsamen politischmilitärischen Führung zu gelangen sind bislang gescheitert. Was jedoch alle Organisationen eint, ist das Ziel eines unabhängigen,sozialistischen und antiimperialistischen Staates im Nordosten Sri Lankas, der freundschaftliche Beziehungen zum Nachbarn Indien un-

militärischen Führung zu gelangen sind bislang gescheitert. Was jedoch alle Organisationen eint, ist das Ziel eines unabhängigen,sozialistischen und antiimperialistischen Staates im Nordosten Sri Lankas, der freundschaftliche Beziehungen zum Nachbarn Indien un-

terhält. Die verschiedenen Organisationen können hier nicht vollzählig erwähnt werden, es seien nur die wichtigsten genannt (5):

— Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE), 1972 gegründet ist sie die älteste aller Guerillaorganisationen. Sie gilt als die am straffesten organisierte und aktivste Gruppe und wird im Volksmund meist nur kurz ,,Tigers'' genannt. Ihr werden 500 Kämpfer zugeschrieben. 1979 spaltete sich von der LTTE die

— Peoples Liberation Organisation of Tamil Eelam (PLOT). Sie ist mit 2800 geschätzten Kämpfern die größte Organisation und betrieb längere Zeit einen schwimmenden Radiosender vor der Küste Indiens. Im Mai 1982 trugen die beiden leitenden Kader Prabakaran (LTTE) und Maheswaran (PLOT) auf einer belebten Straße in Madras / Südindien ihre strategischen Differenzen mit dem Revolver aus. Beide wurden unverletzt verhaftet.

— Eelam Peoples Revolutionary Liberation Front (ERPLF). Ihr werden 600 Kämpfer zugeschrieben.

— Tamil Eelam Liberation Organisation (TELO), ca. 900 Bewaffnete. Die Gesamtstärke der tamilischen Guerilla, die im Nordosten Sri Lankas zum Einsatz kommen könnte, wird auf 5000-6000 geschätzt, sie gelten allesamt als gut ausgebildet, sind jedoch nur unzureichend bewaffnet. Die letztgenannte Organisation (TELO) leitete im November 84 mit einem großangelegten Angriff auf eine Polizeikaserne nördlich von Jaffna die Offensive ein. 24 Stunden vorher flog ein Armeekonvoi in die Luft.



Ermordete Tamilen

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Siedlungspolitik

Die tamilische Guerilla (in diesem Fall LTTE) griff im November/Dezember 1984 erstmals singhalesische Zivilisten an. Vorherige Aktionen zielten ausschließlich auf Repräsentanten und Einrichtungen des singhalesischen Staats- und Militärapparates. Ziel der jüngsten Anschläge waren singhalesische Neu-Siedler im Grenzgebiet des tamilischen Nordens und des singhalesischen Südens. Nach Angaben des Tamil Information Centers London waren ein Teil der singhalesischen Siedler ehemalige Strafgefangene, die vor ihrer Ansiedlung in der mehrheitlich von Tamilen bewohnten Region auf die Vertreibung der ansässigen Bevölkerung vorbereitet wurden. Sie sollen bewaffnet gewesen sein. Mittlerweile ist die Regierung dazu übergegangen, auch Teile der singhalesischen Küstenbevölkerung zu bewaffnen. Ziel der Siedlungspolitik scheint es zu sein, die ethnische Struktur im tamilisch- singhalesischen Grenzgebiet nachhaltig zu verändern. In diesem Grenzgebiet siedelten sich nach den Vertreibungen von 1977 und 1981 viele tamilische Flüchtlinge aus den Teeplantagen des Hochlandes an. In einem roll back versucht die Regierung Sri Lankas nun dieses Grenzgebiet weiter in den Norden zu verlegen, um den von der singhalesischen Mehrheit kontrollierten Raum zu vergrößern. Gleichzeitig wurden mehrere traditionell tamilische Dörfer in singhalesische Verwaltungsbezirke ,,eingemeindet''.

Die Internationalisierung des Konfliktes

Jahrzehntelang bewegte sich Sri Lanka im außenpolitischen Fahrwasser des großen Nachbarn Indien. Indien ist Wortführer der Blockfreien und durch einen Freundschaftsvertrag mit der Sowjetunion verbunden. Das hat sich in den letzten Monaten verändert. Präsident Jayewardene bereiste die USA und schloß dort einen wissenschaftlich-technischen Kooperationsvertrag ab. Eine Relay-Station für ,,Voice of America'' ist im Gespräch. Im Juni 84 holte die lankanische Regierung auf amerikanische Empfehlung den israelischen Geheimdienst MOSSAD und die britische Spezialtruppe SAS ins Land. Sie sollen sich bei der Ausbildung von ,,Anti-Terror-Spezialisten'' nützlich machen. Wo der MOSSAD auftaucht, ist der CIA nicht weit. Der Ex-Vize-Direktor des CIA, General Walters, heute unter der Bezeichnung ,,Sonderbeauftragter für Sicherheitsfragen'' tätig, traf im Dezember 84 in Colombo ein. Auch er soll die Regierung in der ,,Terrorbekämpfung'' beraten. Die strategischen Interessen des US-Imperialismus liegen im Nordosten der Insel. Die Stadt Trincomallee (sie liegt in dem für ,,Tamil Eelam'' beanspruchten Gebiet), besitzt den besten Naturhafen des indischen Pazifiks, ausgestattet mit einer Treibstofflagerkapazität von einer Mio. Tonnen. Bislang hat sich die US-Flotte vergeblich darum bemüht hier eine Militärbasis einzurichten. Nun steigen die Chancen wieder.

Ma., KB Hamburg

Anmerkungen:

Sofern nicht anders angegeben, sind die verwendeten Zahlen, Daten und Fakten der deutsch- und englischsprachigen Presse 1983/1984 entnommen.
(1) Die Bevölkerungsgruppe der Indien-Tamilen (5,5% der Gesamtbevölkerung) lebt räumlich getrennt von den Tamilen der Nordostprovinzen. 400.000 von ihnen sind staatenlos, ohne politische Rechte. Die Indien-Tamilen sind in den Kampf um ein unabhängiges „Tamil Eelam" bislang kaum einbezogen. Die Gewerkschaft Ceylon Workers Congress (CWC), die einen Teil ihrer Anhängerschaft unter den Indien-Tamilen rekrutiert, unterstützte bei den Wahlen 1977 sogar die UNP. Auf der Flucht vor Zwangs-„Repatriierung" nach Südindien und nach den Pogromen 1981/83 scheint sich dies etwas verändert zu haben, die Indien-Tamilen flohen massenweise in den Norden des Landes und ließen sich dort nieder (ca. 50.000).
(2) FR, 3.8.83
(3) Zitiert nach „Political violence and the future of Democracy in Sri Lanka", Internationales Asienforum, Vol.15 (1984). Ein lesenswerter Artikel, der die mafiaähnlichen Verquickungen von Staats-, Partei- und Gewerkschaftsapparat bei der Tamilenhatz darstellt.
(4) Die folgenden Bsp. sind der Zeitschrift Pogrom Nr.111 entnommen. Eine wesentlich ausführlichere Darstellung findet sich in der Dokumentation „Zeugenaussagen aus" des Südasienbüros e.V./Wuppertal.
(5) Die folgenden Zahlenangaben sind Grobschätzungen der bürgerlichen Presse, im einzelnen: Financial Times 19.9.84, Far Eastern Economic Review 26.4.84, FAZ 3.12.84

Südafrikas »Homelandpolitik«

Ausbürgerung der schwarzen Mehrheit

Unruhen und neue Repressionen haben in den letzten Monaten wieder mehr Aufmerksamkeit auf die Lage in Südafrika gelenkt. Durch die Verleihung des Friedensnobelpreises an Bischof Tutu, einen prominenten Vertreter der kirchlichen Opposition, konnte sich der Widerstand eine zeitlang Gehör in der Weltöffentlichkeit verschaffen. Boykotts, Streiks, Erhebungen in den Ghettos — das ist nur eine Seite der gegenwertigen Situation. Millionen Ausgebürgerte und Zwangsumgesiedelte, die zusammengepfercht unter unmenschlichsten Bedingungen in den ,,homelands'' dahinvegetieren müssen, können kaum noch ihre Stimme erheben.

Als Senator Kennedy kürzlich aufgrund des Drucks in der amerikanischen Öffentlichkeit Bischofs Tutus Einladung zu einer Reise nach Südafrika annahm, nahm eine Reihe führender Wirtschaftsverbände diesen Besuch zum Anlaß, einen Reformkatalog zu veröffentlichen, in dem umfassende demokratische Rechte für die schwarze Bevölkerung gefordert wurden. 80% der südafrikanischen Arbeitgeber stünden dahinter, meldete die FR unter dem vielversprechenden Titel ,,Wirtschaft will Apartheit nicht mehr'' (9.1.85) Diese Forderungen sind gegenwärtig so irrelevant wie sie alt sind; seit mindestens 30 Jahren tauchen sie sporadisch immer wieder auf.

Die Apartheit wird häufig als ein abstruses Relikt des burischen Nationalismus betrachtet, das zwar in der Kolonialzeit und für die industrielle Entwicklung ungeheure Profite gebracht habe, im Prinzip aber für die Aufrechterhaltung eines ,,modernen Kapitalismus'' überflüssig sei. Tatsächlich gehören seit Jahrzenten etliche Vertreter des Kapitals, vor allem der Multis, die nicht mit dem Staatskapital verflochten sind, zur politischen Opposition innerhalb des weißen Systems. Diejenigen Kräfte, denen eine Stabilisierung der Verhältnisse mittels Integration und Reformen zweckdienlicher erscheint, haben jedoch seit der Machtübernahme der Nationalen Partei (NP) 1948 keinen direkten Einfluß auf die Herrschaftsausübung. Die (vor allem in den 70er Jahren, einer Zeit des Wirtschaftsaufschwungs) vieldiskutierte These, wonach der Rassenantagonismus die freie Entfaltung der Produktivkräfte hemme und durch die kapitalistische Entwicklung gesprengt würde, hat mit der südafrikanischen Wirklichkeit gegenwärtig nichts gemein. Die NP hat einen massiven Ausbau staatlicher Wirtschaftsmonopole betrieben und stützt sich zusätzlich auf das nationale Privatkapital. Sie braucht sich keinem Druck zu beugen, zumal — auch wenn die Reformvorschläge durchaus ernst gemeint sind — keine Gefahr besteht, daß die Multis das Land verlassen. Das ,,homeland''-Konzept, offiziell ,,getrente Entwicklung'' genannt, wie es die Rassisten entwickelt haben, zielt auf eine viel effektivere ,,Lösung'' des ,,Schwarzen-Problems'', indem es nicht neutralisiert, sondern schlicht abgeschafft werden soll.

Ausländer im eigenen Land

Als 1936 gesetzlich festgelegt wurde, welche Gebiete Schwarze bewohnen und bebauen dürfen und entsprechende ,,Eingeborenen-Reservate'' definiert wurden — in 13% des Landes —, ging es vorrangig um die Sicherung billiger schwarzer Arbeitskraft für die Industrie. Die Möglichkeit, sich durch landwirtschaftliche Produktion selbst zu versorgen, wurde Millionen geraubt; sie mußten massenhaft in die Städte strömen und unter elendem Konkurrenzdruck irgendwie überleben und ihre zurückgelassene Familie versorgen.

Heute sind die Reservate weniger Arbeitskräftereservoirs, sondern vor allem Müllabladeplatz für menschliche Wracks. Die fortschreitende technologische Entwicklung und Rationalisierung haben immer mer ungelernte Arbeitskräfte überflüssig gemacht — eine Facharbeiterausbildung ist fast ausschließlich Weißen vorbehalten; Arbeitsplätze werden zuerst für Weiße reserviert. Um Unruheherde auszuschalten und den Forderungen nach politischen Rechten endgültig den Boden zu entziehen, werden seit 1970 sukzessive alle diejenigen Schwarzen ausgebürgert, die nicht effektiv und planmäßig ,,verwendbar'' sind. Eine Zeitlang sollte die Möglichkeit der Daueraufenthaltsberechtigung gänzlich abgeschafft werden; dies scheiterte jedoch am Protest der weißen Mittel- und Oberschichten, die auf ihre Bediensteten nicht verzichten wollten.

Von den ca. 22 Millionen Schwarzen (gegenüber ca. 4,4 Mio Weißen, von denen ca. 1090 keine südafrikanischen Staatsbürger sind) des Landes besitzen heute nur noch ca. 1,7 Millionen eine Daueraufenthaltsberechtigung für eng begrenzte Zonen in den 87% ,,weißem'' Gebietes (prescribed areas), ca. 2/3 haben früher dort gelebt. Daueraufenthaltsberechtigt ist, wer entweder von Geburt an legal in solchen Zonen lebt oder seit 10 Jahren bei einem Arbeitgeber beschäftigt ist und ,,angemessenen'' Wohnraum nachweisen kann. Daneben leben ca. 1,3 Millionen südafrikanische Wanderarbeiter mit Verträgen über jeweils ein Jahr meist zusammengepfercht in Barackenlagern der Firmen, für die sie arbeiten. Niemand darf sich länger als 72 Stunden in diesen ,,prescribed areas'' aufhalten, ohne mit Geld- und Haftstrafen rechnen zu müssen.

Die Mehrheit der schwarzen Bevölkerung wurde 1970 offiziell auf zehn verschiedene Reservate der verbliebenen 13% des Landes verteilt — zumeist die ärmsten und unfruchtbarsten Regionen. Die Zuteilung zu diesen ,,Bantu homelands'' oder ,,Bantustans'' — heute regierungsoffiziell ,,schwarze Staaten'' genannt — erfolgt nach Sprachgruppen — völlig unabhängig davon, ob die betroffenen Menschen tatsächlich aus den jeweiligen Gebieten stammten oder sonst irgendeine Beziehung dazu haben.

Das Regime bezweckt die Errichtung von angeblich ,,unabhängigen'' Staaten mitten im ,,weißen'' Gebiet und behauptet, diese seien selbstständig und überlebensfähig. Teilweise sind sie aus völlig unzusammenhängenden, oft mehrere hundert Kilometer voneinander entfernten Landstücken zusammengesetzt. Bislang sind die Transkei, Ciskei, Venda und Bophuthatswana zu selbständigen ,,Republiken'' ernannt worden. Die übrigen sechs (Kwazulu, Qwa Qwa, Kwa Ndebele, Lebowa, Gagankulu und Kangwane) heißen ,,selbstregierte Nationalstaaten''. Infolge dieser ,,getrennten Entwicklung'' in ihren ,,Ursprungsländern'' — wie es das südafrikanische Regime nennt — wurden seit 1970 ca. 8,5 Millionen Menschen ausgebürgert, davon 3,5 Mio. zwangsumgesiedelt; ca. 2 Mio. Menschen steht dieses Schicksal unmittelbar bevor. Die Wohnsiedlungen der jeweils neu definierten ,,Staatsbürger'', die in ,,falschen'' Gebieten per Dekret ,,illegal'' lebten, wurden und werden brutal niedergewalzt... Menschen wurden in Massen deportiert und in ihren ,,Ursprungsländern'' irgendwo abgeladen, wo sie kaum ein Überlebenschance haben. (Auch diejenigen, die von den Deportationen nicht erfaßt werden, verlieren die südafrikanische Staatsbürgerschaft und leben illegal.)

Teile und hungere

Obwohl die vom weißen Regime deklarierten ,,Republiken'' international nicht anerkannt sind, bemühen sich die Rassisten — besonders in den Vorzeigegebieten Transkei und Ciskei — ein Image von formaler Eigenständigkeit und Demokratie zu schaffen. Verwaltungen und ein parlamentarisches Regierungssystem wurde eingerichtet, Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen für einige wenige geschaffen. Durch die Privilegierung einer kleinen Minderheit soll das Bild eines funktionierenden Staatswesens vermittelt werden, während die Merheit langsam vor sich hinstirbt. Die ,,Regierungen'' der ,,homelands'' werden von den meisten Bewohnern boykottiert — im Durchschnitt beteiligen sich höchstens ein Viertel der dortigen Bevölkerung an den Wahlen. Mindestens die Hälfte der Regierungsmitglieder ist ohnehin ernannt; zur Wahl stehen nur Parteien, die von den Rassisten ausgehalten werden und mit ihnen kollaborieren. In der Ciskeio wurde beispielsweise eine erfolgreiche Oppositionspartei mitten im Wahlvorgang verboten; seit der ,,Unabhängigkeit'' 1981 herrscht dort fast ständiger Bürgerkrieg von oben: Proteste gegen Arbeitslosigkeit, hohe Preise und Steuern wurden brutal niedergeknüppelt, streikende Gewerkschafter verhaftet und gebannt.

Von der Lebensfähigkeit der ,,homelands'' zu sprechen, ist selbst nach den beschönigenden — teils widersprüchlichen — Statistiken offizieller südafrikanischer Stellen absurd. Einige Schlaglichter:

— die Haushalte der ,,Regierungen'' werden von Pretoria zu 80% finanziert,
—lediglich 3% des Bruttosozialproduktes wird in den ,,homelands'' erzeugt; nach der ,,Unabhängigkeit'' entdeckte Rohstoffquellen bleiben in weißer Hand;
—70% der männlichen Bevölkerung sind Wanderarbeiter und bestreiten 70% des Nationaleinkommens;
—höchstens 15% der Zwangsumgesiedelten findet eine neue Arbeit, 1980 waren von 6,2 Mio. 5,2 Mio. Menschen in den ,,selbstregierten Nationalstaaten' ohne irgendein Einkommen. Das pro-Kopf Einkommen der ,,homeland'' Bevölkerung ist, soweit bekannt, das geringste der Welt.
—der Anteil der nutzbaren Bodenfläche, der nicht von Erosion bedroht und absehbar verwüstet ist, wird auf 23 bis 25% geschätzt; (In Kwandebele wurden z.B. 20 000 Menschen auf ein Gebiet umgesiedelt, auf dem vorher nur fünf Familien gewohnt hatten. In Qwa Qwa stieg durch die Deportation die Bevölkerungszahl von 1975 bis 1980 um 972%; 2746 Menschen pro Quadratkilometer müßten dort leben, wenn alle offiziellen Staatsbürger dort zusammengepfercht sind.)
—offiziell stirbt jährlich allein 0,7% der Bevölkerung an typischen Mangelkrankheiten; andere Untersuchungen vermuten, daß die Zahl **viermal** so hoch ist. Die Kindersterblichkeit liegt bei 50 bis 60%; 90% der Überlebenden sind unterernährt.

Ein kürzlich erlassenes Gesetz schränkt die benötigte Zahl der Wanderarbeiter weiter ein. Wer der hoffnungslosen Lage in den ,,homelands'' zu entfliehen und in den Städten der ,,weißen'' Gebiete Arbeit sucht, landet meistens im Gefängnis und wird auf eigene Kosten zurückverschleppt. Immer noch leben Millionen lieber illegal in den Ghettos der großen Städte — jeden Tag von einer unsicheren Zukunft bedroht.

Ein ,,rein weißes'' Südafrika — das ist die Perspektive der Rassisten; ein Südafrika, in dem die Schwarzen keine Rechte mehr fordern können, weil es sie offiziell in diesem Staat nicht mehr gibt. Die Forderung nach Abschaffung der Diskriminierung hat man möglicherweise in ein paar Jahren auf ein ,,schlichtes Ausländerproblem''reduziert.

Wie es der Mehrheit in den ,,homelands'' ergeht, ist den Rassisten dabei nicht nur einfach egal. Es gehört zum Konzept, daß Teile verhungern oder nur noch dumpf dahinvegetieren. Alle Versprechen, die Landflächen zu erweitern und Zugang zu Ressourcen und Industrien zu ermöglichen, waren nie mehr als Beschwichtigungen, um Zeit für die Durchsetzung zu gewinnen. Bilder wie sie uns aus Katastrophengebieten wie gegenwärtig Äthiopien gezeigt werden, sind dort der ,,Normalzustand''. Wer ständig vom Verhungern bedroht ist, kann nicht kämpfen; Kinder, die nie etwas anderes als Mehl und Wasser zu essen bekommen, verblöden. Nur unter der Perspektive, daß ernsthafter Widerstand gar nicht erst aufkommen kann, daß die Schwarzen immer schwächer und immer weniger werden, erfüllt dieses Modell seinen brutalen Zweck.

bt., Hamburg

Quellen:

— Reinhardt Brückner,: Südafrika 1984, Herrschaftssystem und Befreiungskampf, Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 9/1984
— Heribert Adam, Südafrika: Soziologie einer Rassengesellschaft 1977
— Südafrika heute, Weltmission
— issa, Nr 7/1984, 10/11 1983
— Buthelezi Report, IIS, KAS, 1982



Armut und Mangel am Notwendigsten sind für viele Schwarze die unmittelbaren Folgen der ungerechten Güterverteilung im Lande.

Der »kritische Dialog« der Bundesregierung

Gegen Apartheit ist selbstverständlich jeder. Unsere Regierung auch. Sagt sie jedenfalls. Soweit ist es schließlich noch nicht, daß man einem solchen Regime ganz offen seine Freundschaft zeigen kann. Aber gleich eine richtige Demokratie? Schließlich ist die BRD die zweitwichtigste Stütze des Rassistenregimes im Bereich des Handels und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit; als einziges Land der Erde unterhält sie mit Südafrika ein Kulturabkommen, daß im wesentlichen dem (militär- und polizei)technischen Austausch dient; und das Uran aus Namibia...! Und außerdem wollen das die Schwarzen auch gar nicht. Das Modell, das die CDU für zukunftsweisend und den Wünschen der schwarzen Bevölkerung für angemessen hält, heißt ,,Konkordanzdemokratie'' (consociational government). 1982 veröffentlichte das Institut für Internationale Solidarität (kein Witz; heißt wirklich so!) zusammen mit der deutschen Afrikastiftung (diese arbeitet zusammen mit der Deutsch — Südafrikanischen Gesellschaft, einem Propagandaverein der Rassisten, der wiederum mit der NPD Kontakte pflegt ... usw. usf.) den sog. ,,Buthelezi — Report''. Dies ist der Abschlußbericht einer aufwendigen Kommission unter Beteiligung von Unmengen Wissenschaftlern und Experten, die die Probleme des ,,homelands'' Kwazulu beleuchtet, das verstreut in der ,,weißen'' Provinz Natal liegt. Der Begriff ,,Konkordanzdemokratie'' steht für ein Modell, in dem eine Art gemeinsamer Regierung/Verwaltung empfohlen wird, ohne daß die Mehrheitsverhältnisse berücksichtigt werden sollen. Ohne repräsentative Wahl solle sich jede Gruppe, sei sie religiös, kulturell, ethnisch o.ä. bestimmt — ihre Führer bestimmen, die dann gemeinsam beraten Solche Modelle sind ohnehin eher Beschäftigungsprogramme, an die Adresse solcher schwarzen Führer wie Gatsha Buthelezi gerichtet, die immer noch friedliche Verhandlungen mit den Rassisten propagieren. Hans-Hugo Klein (neben Mitglied der CDU und der Deutschen Afrika-Stiftung auch Vorsitzender der Namibia-Kommission des Bundestages) empfiehlt dies in seinem Vorwort als Konzept, um ,,das augenfällige Defizit der supranationalen Gemeinschaft ... zu beheben''. (1) und verweist so nebenbei vielsagend auf die Probleme europäischer Staaten mit Ausländern und Minderheiten. Der Vorteil einer ,,Konkordanzdemokratie'' ist nämlich, daß nicht durch Mehrheiten entschieden wird, sondern ,,durch gütliches Einvernehmen und ständige Kompromisse''. (2) Wer nicht gleich ist, braucht auch keine gleichen Rechte.

Anmerkungen:
(1) Buthelezi Report, S. XXV
(2) Buthelezi Report, S. XXIII



Kubakrise 1961 - 1963

2. Teil



Nach dem vergeblichen Versuch des US-Imperialismus, die kubanische Revolution mit der Invasion in der Schweinebucht zu Fall zubringen, setzten die USA im folgenden Jahr 1962 fast alles ein, um doch zum Ziel zu kommen. Daß der Imperialismus bereit ist, auch wenn es „nur" um eine kleine Insel geht, einen Atomkrieg vom Zaun zu brechen, beweist der Oktober 1962.

Das Scheitern der Invasion in der Schweinebucht verwies den US-Imperialismus in mehrfacher Hinsicht sowohl auf seine „historische Schwäche" als auch seine taktische Stärke. Geplant war im Rahmen der Schweinebucht-Invasion zunächst die Bildung eines Brückenkopfes auf Kuba. Die Lösung dieses ersten militärischen Problems war der Truppe von Exilkubanern übertragen worden. Sodann sollte die in den USA getaufte kubanische Exilregierung in diesen Brückenkopf eingeflogen werden, die dann ihrerseits einen Hilferuf an die USA senden sollte. Gleichzeitig — so lautete die Einschätzung der CIA — würde die Revolutionsregierung der Insel durch die Bekämpfung konterrevolutionärer Gruppen im Inland gebunden sein (1). Die Niederlage des US-Imperialismus im April 1961 bewies, daß erstens die Revolutionsregierung das Vertrauen und die Unterstützung der überwältigenden Mehrheit der Menschen auf Kuba besaß, und zweitens nur eine direkte militärische Intervention der USA selbst zum „Erfolg" führen würde. Aus der Sicht der USA mußte jedes kurzfristige Konzept zur Niederwerfung der Revolution militärischer Natur sein: Entweder eine Invasion oder die Liquidierung der politischen Führung. Langfristig angelegte Konzepte zur Unterstützung einer Konter-„Revolution" auf Kuba sind uns nicht bekannt.

Für eine mögliche Invasion begannen die Planungen ein halbes Jahr nach der Niederlage in der Schweinebucht. „Im Oktober 1961 ließ Präsi-
nen die Planungen ein halbes Jahr nach der Niederlage in der Schweinebucht. „Im Oktober 1961 ließ Präsi-
dent Kennedy, der noch immer von der Katastrophe gezeichnet war, an die Vereinten Stabschefs die geheime Weisung ergehen, einen Invasionsplan für Kuba auszuarbeiten — zwecks Verwendung wann und wenn erforderlich. Die Ausarbeitung des streng geheimen Kriegsplanes dauerte Monate, doch als die Strategen und Computer endlich zu Ende überlegt hatten und jedes Flugzeug, jedes Kriegsschiff und jede Angriffseinheit gleichsam etikettiert, markiert und festgelegt war, nahm man an, daß die ersten Gruppen acht Tage nach dem Signal zum „Zuschlagen" die Küste von Kuba erreichen könnten" (2/S. 334). Die Pläne offenbarten aber auch, daß eine solche Aktion politisch und militärisch sehr kostspielig war: Moralisch, so kalkulierte z.B. Robert Kennedy im Oktober 1962, würde ein Luftangriff auf ein kleines Land wie Kuba „unserem Ansehen in der Welt schaden" (2/S. 365). Und militärisch war eine Invasion der Insel nur mit dem Verlust von 20.000 bis 40.000 US-Soldaten zu haben.

Ein anderes Kapitel dieser Politik der Waffen schrieben die zahlreichen Versuche, mit direkter oder indirekter Unterstützung der CIA Fidel Castro oder andere Revolutionäre zu töten. Bewaffnete Angriffe oder vergiftete Zigarren und Zyankali im Trinkwasser aus Fidels Privatwasserhahn, darüber ließen sich abendfüllende Erzählungen zusammenstellen. Aber auch hier mußte der US-Imperialismus mit der Zeit erkennen, daß auch ein mächtiger Apparat keinen Blankoscheck auf den Erfolg ausstellen konnte.

Die verdeckten und gescheiterten Angriffe gegen Kuba führten dazu, daß der Revolution immer mehr Sympathie der lateinamerikanischen Völker zukam. Die Herrscher von US-Gnaden mußten dies ihrerseits anerkennen, und mit jedem Triumpf des kubanischen Volkes wuchs die Besorgnis der lateinamerikanischen Bourgoisie, daß die Völker das ermutigende Beispiel nachmachen könnten. Demzufolge waren die lateinamerikanischen Staaten nicht gewillt, in der Frage der Isolation Kubas jeder Verhaltensanweisung aus Washington zu folgen. Auf den Wirtschaftskonferenzen der Organisation amerikanischer Staaten (OAS) in Punta del Este hatte Kuba zwar die Mehrheiten gegen sich, aber bis zum Herbst 1962 konnten die USA die OAS auf keine geschlossene Linie bringen. Im August 1961 hatte Ernesto Che Guevara dort einen erfolgreichen Auftritt, als er auf die Erfolge der wirtschaftlichen Entwicklung Kubas und auf die Errungenschaften des Volkes im alltäglichen Leben hinwies. Darüberhinaus versuchte Guevara den Anwesenden deutlich zu machen, daß die „Allianz für den Fortschritt" ein Versuch sei, Kuba zu isolieren. Und er warb um die Unterstützung des Kubanischen Volkes im Kampf gegen den US-Imperialismus. *„Propagandaerfolg Guevaras in Punta del Este"* betitelte die Zürcher Zeitung ihren Bericht über diese Konferenz. Der Finanzminister Brasiliens gratulierte Guevara zu seiner Rede, der Staatspräsident Uruguays lud ihn zum Mittagessen ein.

Im Januar 1962 anläßlich der nächsten Konferenz in Punta del Este lag den Außenministern der amerikanischen Länder eine Resolution vor, die den Ausschluß Kubas aus diesem Verbund beinhaltete. 14 der 21 Mitgliedsstaaten sprachen sich für den Ausschluß aus, aber die großen Länder wie Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Equador und Mexico nahmen an der Abstimmung nicht teil. Erst auf der Oktober Konferenz der amerikanischen Außenminister wurde unter massivem Druck der USA eine Resolution verabschiedet, die das Vorgehenen der USA im Oktober 1962 billigen sollte und die lateinamerikanschen Staaten auf eine offensive Anti-Kubahaltung einschwor (3).

Die erste Eskalation

Die erste Eskalation

Die Revolutionsregierung mußte nach den Äußerungen der US-Regierung, den militärischen Vorbereitungen und der Propaganda der USA davon ausgehen, daß der US-Imperialismus nicht gewillt war, die Souverenität der Insel anzuerkennen. Die Revolution auf Kuba tat infolgedessen das einzig richtige: Sie rüstete sich gegen einen Angriff der US-Armee aus. Raul Castro und Ernesto Guevara reisten nach Moskau und Peking, und im Sommer 1962 begann die Sowjetunion Kuba im großen Maße mit Waffen zu versorgen: MiG-21, Düsenbomber mit einer Reichweite von 800 Meilen, Schnellboote mit Abwehrraketen und Luftabwehrraketen von dem Typ, mit dem über der Sowjetunion 1960 ein Spionageflugzeug U-2 abgeschossen worden war. Dazu reisten 3.000 bis 4.000 Bürger der sozialistischen Staaten nach Kuba, um dort wissenschaftliche und militärische Ausbildung und Unterstützung zu leisten.

Bis Anfang September vertrat die US-Regierung öffentlich die Meinung, daß die Ausrüstung der kubanischen Armee rein defensiven Charakter trage. Wenn dies jedoch anders werde, würden ernsteste Konsequenzen daraus erwachsen. „Dem Castro-Regime wird nicht erlaubt werden, seine agressiven Ziele mit Gewalt oder mit der Drohung von Gewalt nach außen zu tragen. Es wird — welche Mitteln auch immer nötig sein werden — daran gehindert werden irgendeine Aktion gegen irgendeinen Teil der westlichen Hemisphäre zu unternehmen." (New York Times, 5.9.62). Mitte September ermächtigte der Senat Kennedy einstimming, 150.000 Reservisten wegen der bedrohlichen Lage einzuberufen. Gleichzeitig erklärte der Präsident, daß „eine einseitige Intervention der Vereinigten Staaten in Kuba (...) unter den heutigen Umständen weder erforderlich noch gerechtfertigt" ist (NZZ, 15.9.62).

In dieser „Kuba-Deklaration" wurden jedoch die Bedingungen umrissen, unter denen die USA auch vor einer militärischen Aktion gegen Kuba nicht zurückschrecken würden: 1. Wenn die Sicherheit des amerikanischen Stützpunktes Guantanamo bedroht ist; 2. wenn die Sicherheit des Panama-Kanals in Frage gestellt ist; 3. wenn die Raketenversuchsstation auf Kap Canaveral in Florida gestört wird; 4. wenn Menschenleben auf dem Gebiet der Vereinigten Staaten gefährdet werden; 5. wenn Kuba aggressiv gegen anderen lateinamerikanische Nationen vorgeht; 6. wenn die Insel zu einer offensiven Basis für die Sowjetunion wird. Auch zu diesem Zeitpunkt vertrat die US-Regierung die Auffassung, daß auf Kuba lediglich Defensiv-Waffen vorhanden seien, und Staatssekretär Dean Rusk erklärte, daß das Pentagon dank ausgedehnter Überwachungsmaßnahmen über den militärischen Aufbau in Kuba ziemlich gut Bescheid wisse (NZZ, 22.9.62). Gleichzeitig wurde der Präsident durch den Senat ermächtigt, gegen Kuba militärisch vorzugehen um: „1. die Ausbreitung des Kommunismus von Kuba auf Nachbarstaaten, wenn nötig, mit Waffengewalt zu verhindern; 2. den Aufbau oder die Anwendung militärischer Machtmittel zu verhindern, die mit Hilfe einer auswärtigen Macht erfolgen und die Sicherheit der USA bedrohen; 3. mit der Organisation der amerikanischen Staaten (OAS) und mit „freiheitliebenden" Kubanern zusammenzuarbeiten, um das Selbstbestimmungsrecht des kubanischen Volkes zu verwirklichen" (FAZ, 22.9.).

Angesichts dieser offenen Drohungen gegen Kuba hatte die Sowjetunion am 11. September erklärt, daß sie bereit sei, Kuba gegen eine Agression seitens der USA zu verteidigen. Die SU nahm in dieser Erklärung auch Stellung in der Frage der Stationierung von Kernwaffen auf Kuba. Die SU erklärt, daß sie „es nicht nötig hat, die ihr zur Verfügung stehenden Mittel zur Abwehr einer Aggression, für einen Ge-
daß sie „es nicht nötig hat, die ihr zur Verfügung stehenden Mittel zur Abwehr einer Aggression, für einen Ge-
genschlag, in irgendein anderes Land, zum Beispiel nach Kuba, zu verlagern. Unsere Kernmittel sind in ihrer Sprengkraft so mächtig, und die Sowjetunion verfügt über so starke Raketenträger für diese Kernladungen, daß es sich erübrigt, einen Platz für deren Stationierung irgendwo außerhalb der Sowjetunion zu suchen. Wir sagten und wiederholen es, daß die Sowjetunion, wenn ein Krieg entfesselt, wenn ein Aggressor diesen oder jenen Staat überfallen und dieser Staat um Hilfe ersuchen wird, die Möglichkeit hat, von ihrem Territorium aus jedem friedliebenden Staat Hilfe zu leisten, und nicht nur Kuba. (...) in einem Moment, da die USA Maßnahmen zur Mobilisierung ihrer Streitkräfte durchführen und eine Aggression gegen Kuba und andere friedliebende Staaten vorbereiten, möchte die Sowjetunion darauf aufmerksam machen, daß man heute Kuba nicht überfallen und darauf rechnen kann, daß dieser Überfall für den Aggressor straflos ausgehen wird. Wird ein solcher Überfall unternommen, so wird das der Beginn der Entfesselung eines Krieges sein. (4)

Die zweite Eskalation

All dies spielte sich bis grob gesagt Ende September 1962 ab. Trotz der ganzen Dramatik war das Feld der internationalen Politik von den USA noch nicht so bestellt, daß eine wesentliche Änderung der bisherigen Kuba-Politik möglich war. In den USA selbst war nach verschiedenen Umfragen einschließlich einer Gallup-Befragung noch keine Mehrheit für eine Invasion geschaffen. Lediglich 24 Prozent stimmten für eine Invasion, 63 Prozent waren dagegen und 13 hatten keine Meinung (2/S. 360). International schätzte die New York Times die Lage folgendermaßen ein: „Die USA finden keine große Unterstützung in Lateinamerika, und noch weniger bei der NATO, für eine starke Aktion gegen Kuba. Außer den Zentralamerikanischen Republiken ... sind die lateinamerikanischen Regierungen nicht nur gegen starke Aktion gegenüber Kuba, sondern sind sogar unwillig gegenüber milderen Maßnahmen." (24.9.) In der Tat hatte sich bis dahin die US-Regierung bei nahezu allen europäischen Regierungen eine Abfuhr eingehandelt, als sie wegen eines Boykotts europäischer Schiffe gegen Kuba vorstellig wurde.

Großbritannien erklärte einfach, daß es sich dieses Geschäft nicht entgehen lassen wolle, schon wegen der großen Konkurrenz im Schiffahrtsgeschäft. Auch die Bundesregierung ging lediglich so weit, künftige Schiffsfrachten nach Kuba von einer Regierungserlaubnis abhängig zu machen.

Mitte Oktober beginnt dann das Drama, das heute noch als eigentliche „Kuba-Krise" präsent ist. Fotos der US-Aufklärung identifizieren am 15. Oktober Raketenbasen auf Kuba, und daneben die MiGs und Düsenjäger, von denen die USA schon lange wußten. Am 18. Oktober findet ein Treffen zwischen Kennedy und dem sowjetischen Außenminister Gromyko statt, in dem Gromyko nochmals auf den rein defensiven Charakter der kubanischen Waffen hinweist. Kennedy läßt den Außenminister bewußt im Unklaren darüber, daß die US-Regierung über diese Waffen zu einer grundsätzlich anderen Einschätzung gekommen ist. Gleichzeitig beraten US-Regierung und Militärs den nunmehr einzuschlagenden Kurs. Wichtiger Bestandteil der nun folgenden Politik der USA war die rasche Eskalation der internationalen Situation, und der in der Öffentlichkeit vermittelte Wille, bis zum buchstäblich letzten zu gehen.

Am 22. Oktober tritt Kennedy mit einer dramatischen Rundfunk- und Fernsehansprache an die Öffentlichkeit: „Viele Jahre haben beide, die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten ... die standortmäßige Verteilung von strategischen Kernwaffen mit großer Vorsicht gehandhabt, damit niemals
... die standortmäßige Verteilung von strategischen Kernwaffen mit großer Vorsicht gehandhabt, damit niemals
der prekäre status quo gestört würde, der sicherstellte, daß diese Waffen nur im Falle einer lebensentscheidenden Herausforderung eingesetzt würden. ... (Die) Raketen auf Kuba (verschärfen) lediglich eine bereits eindeutige und vorhandene Gefahr — allerdings waren die lateinamerikanischen Länder, das sollte betont werden, niemals zuvor einer potentiellen nuklearen Bedrohung ausgesetzt."

„Aber dieser geheime, rasche und außergewöhnliche Aufbau kommunistischer Raketen in einem Gebiet, das dafür bekannt ist, eine besondere und historische Beziehung zu den Vereinigten Staaten und den Nationen der westlichen Hemisphäre zu haben, und zwar unter Verletzung sowjetischer Zusicherungen und unter Mißachtung der amerikanischen Politik der westlichen Hemisphäre, diese plötzliche insgeheim getroffene Entscheidung, ... ist eine bewußte provokatorische und ungerechtfertigte Änderung des status quo ..." (4). Auf diese Weise rechtfertigte Präsident Kennedy das extreme Vorgehen der USA, nämlich die Verhängung einer Seeblockade, die eigentlich eine kriegerische Handlung war, gegen den Versuch der Sowjetunion, auf der Insel Raketen zu stationieren.

Im Süden der USA wurden 100.000 Soldaten zusammengezogen, desweiteren 100.000 der Air Force, 85.000 der Marine und 12.000 Marines. Die Verwandten der auf Guantanamo stationierten Soldaten wurden aus-, stattdessen zwei weitere Marine-Divisionen eingeflogen. Neunzig Schiffe, darunter acht Flugzeugträger, kreuzten während der Krise im Atlantik, die strategische Bomberflotte mit Atomwaffen an Bord war rund um die Uhr in der Luft, und 156 Intercontinental-Raketen wurden auf Ziele in der SU gerichtet. Um Kuba wurde eine Blockade errichtet mit dem Ziel, kein Schiff zur Insel durchzulassen, das Offensiv-Waffen (nach US-Definition) an Bord habe.

Am 23. Oktober antwortete die sowjetische Regierung ihrerseits mit einer Erklärung: „Die Völker aller Länder müssen sich klar vorstellen, daß die Vereinigten Staaten von Amerika, indem sie auf ein solches Abenteuer eingehen, einen Schritt auf dem Wege zur Entfesselung eines thermonuklearen Weltkrieges tun. Indem sie die Völkerrechtsnormen für das Verhalten der Staaten und die Prinzipien der UN-Charta dreist mit den Füßen treten, haben sich die Vereinigten Staaten das Recht angemaßt und verkündet, Schiffe anderer Staaten auf offener See zu überfallen, das heißt, sich mit Piraterie zu befassen. (...)

Die führenden Staatsmänner der Vereinigten Staten sollten endlich begreifen, daß jetzt andere Zeiten sind. Nur Wahnsinnige können heute auf eine Politik der Stärke setzen und glauben, daß diese Politik ihnen irgendeinen Erfolg bringen könnte, ihnen erlauben würde, ihre Ordnung anderen Staaten aufzuzwingen. Wenn die Vereinigten Staaten sich früher als militärisch stärkste Mach betrachten konnten, so gibt es jetzt dafür keinerlei Grund. Es gibt in der Welt eine andere Kraft, die nicht minder stark ist und die dafür eintritt, daß die Völker ihr Leben so gestalten, wie sie es wünschen. Heute ist es mehr denn je zuvor erforderlich, daß die Staatsmänner Kaltblütigkeit und Vernunft beweisen und kein Waffengeklirr zulassen." (4)

Der Schritt zurück ...

Tagelang eskalierte nun die Situation. Ganz allgemein bestand eine Haltung unter den Menschen, von einem Tag auf den anderen den großen Knall zu erwarteten. Bis dann am 28. Oktober die Sowjetunion die Bedingungen der USA akzeptierte, die Waffensysteme aus Kuba unter Aufsicht der UN abzuziehen, und den weiteren Transport solcher Systeme nach Kuba abzubrechen. Weiterhin erklärte Kennedy in einem Brief: „Wir unsererseits wären bereit, nach Schaffung hinreichender
chen. Weiterhin erklärte Kennedy in einem Brief: „Wir unsererseits wären bereit, nach Schaffung hinreichender
Vorkehrungen für die Durchführung und das Andauern dieser Verpflichtungen durch die Vereinten Nationen a) alsbald die gegenwärtigen Quarantänemaßnahmen aufzuheben und b) Zusicherungen gegen eine Invasion Kubas zu machen" (FAZ,31.10.62). Die Sowjetunion zog die Raketen aus Kuba ab, und nach einigen Tagen hoben die USA die Blockade gegen Kuba auf. Während dieser ganzen Zeit konferierten nur noch die Sowjetunion und die USA miteinander, und auch über die Entscheidung, die Raketen aus Kuba abzuziehen, wurde Castro später als Kennedy informiert.

Im Nachgeplänkel dieser Konfrontation ging es für Kuba darum, sich einer Inspektion durch die USA oder deren Stellvertreter zu unterziehen. In einer Rundfunkerklärung am 28. Oktober forderte Fidel Castro neben der Aufhebung der Wirtschaftsblockade die Einstellung jeglicher Art subversiver Handlungen gegen Kuba, die Beendigung aller Piratenangriffe, die von Stützpunkten in den Vereinigten Staaten und Puerto Rico aus geführt würden, Beendigung aller Verletzungen des Luftraums und den Rückzug des Flottenstützpunktes in Guantanamo. Die USA weigerten sich jedoch, in direkte Verhandlungen mit der Revolutionsregierung zu treten. Die US-Regierung ging einfach davon aus, daß die Raketen und Flugzeuge, die die Sowjetunion aus Kuba abgezogen hatte, immer Eigentum der SU waren und so die Klärung der Kuba-Krise lediglich einer Regelung zwischen der SU und den USA bedurfte. Und so gab es auch niemals eine Garantieerklärung der USA für die Achtung der Souveränität Kubas der Revolutionsregierung gegenüber. Ihrerseits war die kubanische Regierung inoffiziell verpflichtet worden, von jeglicher offensiven Unterstützung revolutionärer Kräfte in Lateinamerika abzusehen. Dies konnte nur noch auf inoffiziellen Wegen geschenen. Die USA betreiben auch heute noch die Verletzung des Kubanischen Luftraums, und die letzten Maßnahmen einer Wirtschaftsblockade gegen die Insel bestehen noch fort.

Imperialismus-Kommission

Quellen: Tagespresse von 1961 bis 1963;
1) vgl. Magnus Enzensberger, „Das Verhör von Habana"
2) David Horowitz, Kalter Krieg
3) H.M. Pachter, Collision Course
4) Europa Archiv, 23. Folge, 1962

Chile

Massenprotest und Belagerungszustand

Dialog und Pacto Constitucional

Christdemokraten, Teile der Rechten und auch Teile des Sozialistischen Blocks hatten seit Mitte des Jahres an unterschiedlichen Vorschlägen zu erneuten Verhandlungen und einem neuen Dialog mit der Regierung, oder zumindest mit Teilen der Streitkräfte, gearbeitet. Der Vorschlag mit der größten Resonanz war der sogenannte ,,Pacto Constitucional'', der von der ,,Gruppe der 24'' (eine Gruppe von Persönlichkeiten verschiedener Parteien) ausgearbeitet, dann vom Sozialistischen Block übernommen und schließlich von der Demokratischen Allianz (AD) als Verhandlungsgrundlage für die Opposition verbreitet worden war.

Ende September gab General Matthei, Mitglied der Junta, ein Interview, in dem er zur Versöhnung und nationalem Konsens aufrief. Anfang Oktober hielt Pinochet eine Rede, die eine gewisse Verhandlungsbereitschaft (zumindest mit dem rechten Spektrum) vorgab. Auch die Kirche, in der Person Bischof Fresnos, stimmte öffentlich in den Chor mit ein und rief zu Frieden und nationaler Übereinstimmung auf. All dies bildete den Hintergrund für eifrige, wenn nicht fieberhafte Aktivitäten der AD, um den Sozialistischen Block in einen gemeinsamen Pakt einzubinden, die KP zu einer Absage an die Unterstützung aller Kampfformen, einschließlich des bewaffneten Kampfes, zu bringen, und die radikale Linke (insbesondere den MIR und die Patriotische Front Manuel Rodriguez, FPMR) politisch zu isolieren. Nach zahllosen Verhandlungen innerhalb und zwischen den verschiedenen Sektoren der Opposition schien sich der ,,Pacto'' als große nationale Übereinkunft durchzusetzen, ohne allerdings eine Richtung zur Lösung der grundsätzlichen Probleme (Abschaffung der Diktatur, Neustrukturierung der Armee, Auflösung der CNI etc.) aufzuzeigen.

All diese Dinge sind inzwischen vollständig von den Tatsachen überholt: Mit der Verhängung des Belagerungszustands und der folgenden umfassendsten Repressionswelle seit Jahren sind alle Hoffnungen auf Dialog und Verhandlung zunächst völlig vom Tisch.

Der Paro Nacional

Dem Belagerungszustand vorausgegangen war aber der ,,nationale Streik'', nach einhelliger Meinung der gesamten Opposition der größte Erfolg aller bisherigen Proteste.

Entsprechend dem politischen Klima und Kräfteverhältnis innerhalb der Opposition, war der schon Anfang des Jahres beschlossene Streik zunächst nicht durchsetzbar. Wichtige Bereiche der Gewerkschaften zögerten, weil befürchtet wurde, daß die Arbeiterklasse angesichts der hohen Arbeitslosigkeit nicht für einen Streik (der den Verlust des Arbeitsplatzes bedeuten kann) mobilisierbar sei.

Anfang Oktober wurde der Streik-

nicht für einen Streik (der den Verlust des Arbeitsplatzes bedeuten kann) mobilisierbar sei.

Anfang Oktober wurde der Streik-

beschluß von der Gewerkschaftszentrale CNT (erneut) gefaßt, vorangetrieben im wesentlichen von den Kräften des MDP-Spektrums (MDP = Volksdemokratische Bewegung). Dies nicht mit der Illusion, daß derzeit ein vollständiger Generalstreik durchführbar sei, aber mit dem Ziel, einen Prozeß einzuleiten, der die bisherigen Protesttage auf eine neue Ebene des Widerstands hebt. Trotzdem blieb eine schwankende Haltung der Gewerkschaften vorherrschend, einige Einzelgewerkschaften sprachen sich gegen einen Streik aus, so daß es wirklich so aussah, als habe allein eine konsequente Minderheit den Aufruf beschlossen. Im Laufe des Oktober lief die Entwicklung jedoch für den Streik. Die enormen Preissteigerungen, verschiedene Mobilisierungen gegen die Preise und den Hunger, und viele Aktivitäten an der Basis der Gewerkschaften und in den Elendsvierteln, stärkten den Streikbeschluß. Auf politischer Ebene war die Haltung der Christlichen Linken, einer der wesentlichen Kräfte innerhalb des Sozialistischen Blocks, von Bedeutung. Sie beschloß eindeutig, die Linie der ,,sozialen Mobilisierung'' und den Streik zu unterstützen. Damit wurden heftige Diskussionen innerhalb des Sozialistischen Blocks ausgelöst, die schließlich zu einer Unterstützung des Streikaufrufs führten. Die bürgerliche Opposition, d.h. die AD, geriet immer mehr unter Druck. Sie gab schließlich ihre verbale Zustimmung zum Streik, ohne sich dem Aufruf direkt anzuschließen. Ihre Erklärungen gingen in die Richtung: Wir haben Verständnis, wenn das Volk friedlich gegen Hunger und Unterdrückung protestiert, das ist sein Recht usw., der Aufruf zum Streik- und Protesttag wurde aber nicht unterzeichnet.

Und dann kam der 30. Oktober, von allen mit Spannung erwartet, vom Regime mit massenhaften Präventivverhaftungen und Verbannungen vorbereitet, und schlug alle Erwartungen. Verkehr und Geschäftsleben waren in Santiago schon in den Morgenstunden fast vollständig, in den anderen Städten des Landes zu großen Teilen, lahmgelegt. In den Elendsvierteln fand ein großer Festtag statt, alle und jeder waren gegen Abend auf der Straße, in den kämpferischen Zonen wurden Anschläge auf öffentliche Einrichtungen, Supermärkte etc. durchgeführt. Gütertransport und Personenverkehr waren landesweit stark behindert, aus mehreren Stadtteilen Santiagos wurde berichtet, daß kein einziger Paco (= Bulle) in die Elendsviertel reinkam usw. usw. So umfassend landesweit und unter so breiter Beteiligung hatte bisher kein Protesttag stattgefunden. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die starken und erfolgreichen Protesttage vom September sicher eine wichtige Voraussetzung für den Streikbeschluß und seine Durchführung waren. Die besondere, neue Qualität bestand aber darin, daß der Streik tatsächlich auch im Produktionsbereich stattfand. Ungefähr 900 Fabriken des Landes waren in unterschiedlicher Weise vom Streik betroffen. Von ,,langsam arbeiten'', über

tionsbereich stattfand. Ungefähr 900 Fabriken des Landes waren in unterschiedlicher Weise vom Streik betroffen. Von ,,langsam arbeiten'', über

Protestversammlungen in den Betrieben bis zur tatsächlichen Stillegung der Fabriken gab es unterschiedlichste Formen der Streikbeteiligung. Nach der Einschätzung von CODEPU (Komitee zur Verteidigung der Rechte des Volkes) war der Produktionsapparat des Landes natürlich nicht lahmgelegt. Aber es hat sich mit diesem Streik eine Avantgarde innerhalb der Arbeiterklasse herausgebildet, die bereit ist, nicht nur als Poblador, sondern auch als Arbeiter im Betrieb Protestformen zu entwickeln. Dies wird als wesentlicher Schritt und besonders wichtig für alle weiteren Protest- und Widerstandsaktionen gesehen.

Die Antwort der Diktatur

Auch das Regime hatte offensichtlich nicht mit einer so breiten Beteiligung für den Streik gerechnet. Innerhalb der Regierung und der Streitkräfte gab es offensichtlich — wie auch schon in den Wochen zuvor — eine Reihe von Widersprüchen über das weitere Vorgehen. Mit dem, nach allgemeiner Einschätzung, inszenierten Rücktritt des gesamten Kabinetts, und dem anschließend am 6.11. verhängten Belagerungszustand setzte sich jedenfalls die ,,harte Linie'' durch. Inneminister Jarpa, im vorigen Jahr als Manager der Öffnung und des Dialogs angetreten, wurde zum Chef der Repression. Pinochet begründete die Verhängung des Belagerungszustands und die Ausgangssperre für die Regionen Santiago und Valparaiso mit der Notwendigkeit, den entschlossenen Kampf gegen den internationalen Terrorismus und die Subversion zu führen und die Ruhe im Land wiederherzustellen. Explizit nannte er den Bombenanschlag gegen einen Polizeibus in Valparaiso, bei dem sechs Polizisten starben, den Anschlag auf eine Polizeikaserne im Süden Santiagos (beide Anfang November) und die Bombe, die direkt gegenüber dem Regierungsgebäude Diego Portales explodierte (im Oktober).

Der Belagerungszustand, der jetzt gültig ist (Estado de Sitio), herrschte von 1973 bis 1978. Seitdem waren andere, z.T. etwas abgemilderte Formen von Ausnahmezuständen in Kraft. Im Rahmen der geltenden Verfassung hat der Präsident das Recht, den Belagerungszustand für 90 Tage zu verhängen; er kann danach verlängert werden. Mit dem Belagerungszustand können alle Repressionsmaßnahmen — die bisher auch durchgeführt wurden, sich aber nach der Verfassung und bestimmten Gesetzen richten mußten — **ohne jegliche Kontrolle** durch Beschluß des Präsidenten durchgeführt werden: Verbannung, Hausarrest, Ausweisung, Einreiseverbot, Einschränkung der Bewegungsfreiheit, Aufhebung des Versammlungsrechts, Zensur. Verhaftete können von der CNI ohne Begründung und Benachrichtigung festgehalten werden, Häuser können durchsucht werden usw.

Entsprechend wurde vorgegangen.

CNI ohne Begründung und Benachrichtigung festgehalten werden, Häuser können durchsucht werden usw.

Entsprechend wurde vorgegangen.

Alle Nachrichten, die die Bevölkerung beunruhigen könnten, sind verboten, mehrere Zeitungen vollständig suspendiert, d.h. dürfen nicht erscheinen. Am 7.11. wurden die Büros von MDP und Sozialistischem Block überfallen und 26 Leute verhaftet. Am 15.11. ,,besuchte'' die CNI die AD, ohne jedoch Verhaftungen vorzunehmen. Und so ging es weiter, Überfälle auf verschiedene Gewerkschaftssitze, Ad-Mapu, die Mapuche-Organisation in Temuco, dabei immer Verhafungen, Relegationen, tagelang bei der CNI Verschwundene.

Am 10.11. wurden die Campamentos (besetztes Land) Raul Silva Henriquez und Juan Francisco Fresno überfallen. Rund 3.000 männliche Bewohner wurden in ein Militärlager verschleppt, 300 von ihnen ausgesondert und verhaftet. Die CNI drapierte ausgewählte Verhaftete mit Fahnen des MIR und der FPMR, mit Sprengstoff und Propaganda, und der nationale Fernsehkanal filmte dann das ganze.

Am 15.11. fand praktisch dasselbe in dem Elendsviertel La Victoria statt (wo im September der französische Priester Jarlan ermordet worden war). Darüberhinaus gab es quasi flächendeckende Durchsuchungen in ganz Santiago; jedes Viertel war in irgendeiner Weise betroffen, sei es durch gezielte Verhaftungen, sei es durch Durchsuchungen in unmittelbar benachbarten Vierteln. Tagelang patroullierten Militärs auf offenen Lastwagen mit Maschinengewehren im Anschlag und Panzern vorneweg durch die Straßen. Genaue Zahlen über die Verhafteten liegen nicht vor; man schätzt, daß vorübergehend rund 5.000 Menschen verhaftet wurden, daß mehr als 500 auf längere Sicht in Haft bleiben. Im KZ in Pisagua im Norden sitzen inzwischen fast 500 Verbannte, 100 weitere sind in andere Teile des Landes verbannt. Der Vorsitzende der ,,Vicaria de Solidaridad'', einer kirchlichen Menschenrechtsorganisation, erhielt ein Einreiseverbot nach Chile, verschiedene Priester wurden als angebliche Agitatoren verhaftet, ein Bericht des Erzbischofs Fresno über die Zustände in Pisagua durfte nicht veröffentlicht werden. Diese Konfrontation gegenüber der Kirche hat den Erzbischof, einst sehr freundlich im Umgang mit der Diktatur, veranlaßt, deutlich kritische Töne anzuschlagen.



,,Nein zu den Kriegsgerichten''

Auswirkungen auf die Opposition

Auswirkungen auf die Opposition

Die Entwicklung der letzten Monate hat die Einschätzung der Linken und die Politik der MDP in mindestens zwei wesentlichen Punkten bestätigt. Die Reaktion des Regimes auf den erfolgreichen Streik, die Verhängung des Belagerungszustands und die neue Repressionswelle haben gezeigt, daß es mit Pinochet und unter seiner Verfassung keinen Dialog oder nationale Übereinkunft geben kann. Es hat sich zugleich gezeigt, daß es die Linie der ,,sozialen Mobilisierung'' der Proteste und des aktiven Widerstands ist, die die Diktatur destabilisieren. Die letzten Protesttage, einschließlich des Streiks, sind Beweis dafür, daß der massenhafte und aktive Widerstand wächst, daß ein neues Niveau der Proteste ohne und z.T. sogar gegen die bürgerliche Opposition durchgesetzt werden kann. Ihr gegenüber hat die Linke mit diesen Aktionen deutlichen Spielraum gewonnen. Die ,,linea rupturista'', die Politik des radikalen Bruchs mit der Diktatur, war am Streiktag von großen Teilen des Volkes aufgegriffen und aktiv umgesetzt worden.

Die aktuelle Repressionspolitik der Regierung zielt ganz offensichtlich darauf ab, diese Entwicklung aufzuhalten; sie richtet sich in erster Linie gegen die kämpferischsten Bereiche — die sozialen Massenorganisationen, die politische Linke und die Studenten. Viele der Maßnahmen zielen auf die ,,Enthauptung'' der Organisationen und grundlegende Einschüchterung, sollen Angst verbreiten und die politischen und Massenorganisationen bremsen und desorientieren. Nach Einschätzung der MDP will das Regime damit den Aufschwung der radikalen Kräfte stoppen und die bürgerliche Opposition ,,auf die Knie zwingen'', damit sie dann zu einem späteren Zeitpunkt auf eine Farce von Verhandlungen eingeht, unter Bedingungen, die das Regime diktiert.

Aus gut unterrichteten Kreisen verlautet, daß es auch innerhalb der Streitkräfte Zweifel gibt, ob der Belagerungszustand und die Repressionspolitik diese Ziele durchsetzen können. Die Befürchtung ist, daß vielmehr eine weitere Zuspitzung und Polarisierung das Ergebnis sein könnte, und damit auch die letzten Illusionen in Dialoge und Verhandlungen zerschlagen werden. Offensichtlich hat auch das State Department seine Zweifel bezüglich der jetzigen Linie der Diktatur. Bei einem kürzlichen Chilebesuch äußerte der Lateinamerikabeauftragte die Befürchtung eins ,,zweiten Nicaraguas in Chile''. Tatsächlicher Druck wird allerdings nicht ausgeübt — gegenüber der wachsenden Massenbewegung ist Pinochet immer noch das kleinere Übel.

Für den Zusammenschluß und die Einheit der gesamten Opposition (d.h. von MDP bis AD) waren die Bedingungen nie günstiger als im Augenblick. Der Aufruf zum Protest gegen den Belagerungszustand am 27./28. November wurde von dem gesamten Oppositionsspektrum unterzeichnet auf der Grundlage der ,,sozialen Mobilisierung''. Ein weiterer Aufruf, ebenfalls von allen Kräften getragen, erging inzwischen für den 15. Dezember. Trotzdem sind die traditionellen Widersprüche natürlich nicht verschwunden. Teile der bürgerlichen Opposition haben ihre Bedenken gegen eine zu tiefgreifende und konsequente Mobilisierung nicht aufgegeben und werden jede minimalste ,,Öffnung'' benutzen, um wieder und erneut an einem bürgerlich-demokratischen Übergang zu basteln. Die MDP-Kräfte halten trotzdem ein höheres Niveau der Einheit der Opposition für möglich und für unumgänglich. Ein Zusammenschluß, ein Zentrum aller Oppositionsgruppen, das die immer noch starren

trotzdem ein höheres Niveau der Einheit der Opposition für möglich und für unumgänglich. Ein Zusammenschluß, ein Zentrum aller Oppositionsgruppen, das die immer noch starren

Grenzen der bisherigen Blöcke aufbricht (MDP, Sozialistischer Block, AD) und weitere Gruppierungen und Persönlichkeiten einschließt. Als Minimalkonsens dieses Oppositionszentrums gilt die Fortführung der ,,sozialen Mobilisierung'' mit folgenden Zielen: Schluß mit dem Belagerungszustand, Schluß mit dem Regime, Verfassunggebende Versammlung, sozialer und wirtschaftlicher Notplan, volle Respektierung der Menschenrechte. In diesem Sinn hat der MIR im November eine Aufforderung an alle Oppositionsgruppen, zu schnellen Gesprächen zu kommen, gerichtet.

Es ist nicht zu bestreiten, daß das Regime mit seinen Maßnahmen ein hohes Maß an Einschüchterung durchsetzen konnte. **Militärisch** hat sich die Diktatur diesmal wieder durchgesetzt, so die Einschätzung von CODEPU, aber **politisch** ist ihr Scheitern nicht mehr zu verbergen. Die Lage unterscheidet sich grundsätzlich von der in den ersten Jahren der Diktatur. Fast zwei Jahre regelmäßiger Proteste, mehr als ein Jahr legale oder halblegale Arbeit der linken Organisationen sind durch den Belagerungszustand nicht wegzuwischen, wenn auch jetzt wieder stark eingeschränkt. Es wird sehr hoch bewertet, daß trotz Belagerungszustand der Protesttag am 27. und 28. November durchgeführt wurde, ständig kleinere Aktionen stattfinden, immer wieder Anschläge auf die Metro, auf Elektrizitätsmasten und Polizeikasernen durchgeführt werden. Die Einschüchterung, die das Militärregime zunächst verbreiten konnte, wird nicht wieder jahrelang vorhalten.

Lateinamerika-Kommission



Liberale Post-Moderne

Kleine Enzyklopädie der Neuen Rechten

Diese Serie gibt einen stichwortartigen Überblick über die aktuellen Strömungen des Neokonservativismus in Westeuropa und den USA. Wer sich gelegentlich wundert, etwa in der „taz" Personen oder Begriffe (umstandslos und zuweilen durchaus positiv) zitiert zu finden, auf die ansonsten nur „FAZ"/„Welt" in ihren Innenseiten abonniert sind, kann hier in kürzestmöglicher Form nachschlagen, um welche edlen Ausprägungen der bürgerlichen Elite es sich handelt. Die ersten beiden Teile der Serie, die mit dem Folgenden schließt, erschienen in AK 253/254. Der Text wurde aus der belgischen Zeitschrift „La Revue Nouvelle" (Ausgabe v. März 1984) übersetzt.
Frankreich-Kommission

Popper, Karl-Raimund (geb. 1902)

Wissenschaftsphilosoph österreichischer Herkunft, emigrierte zunächst nach Neu-Seeland, später nach Groß-Britannien. Weltruhm erreichte er 1959 durch die englische Übersetzung von „Logique de la découverte scientifique", das er 25 Jahre zuvor, in deutscher Sprache, geschrieben hatte.

Popper verteidigte als einer der Ersten das Prinzip des methodologischen Individualismus*. Er veröffentlichte weiter „La société ouverte et ses ennemis", sowie mehrere Artikel zur politischen Philosophie. Dort greift er entschieden jede Form des Totalitarismus an, vor allem marxistischer Prägung, und tritt für eine liberale* Gesellschaft ein.

Friedrich Hayek* widmete ihm eines seiner Bücher. (Das Zeichen * weist auf weitere Stichworte in dieser Liste hin; Anm. AK).

Posner, Richard (geb. 1939)

Jurist, Mitglied der chicago-Schule*. In seiner „Analyse économique du droit" (1972) versucht er nachzuweisen, wie die Förderung der Effizienz konstitutiv im „common law" (Privatrecht) sei. Als letztlich Entscheidendes Kriterium, im privaten wie im öffentlichen Bereich, verteidigt er die Kosten-Nutzen-Analyse („The Economics of Justice").

Proposition 13

Gesetzentwurf des Kalifornischen Staates, 1978 einem Referendum unterzogen und mehrheitlich befürwortet trotz Gegnerschaft wesentlicher politischer Kräfte. Erste große öffentliche Manifestation des Anti-Fiskalismus*. Dieses Gesetz senkte die Immobilien-Steuer, eine der Hauptfinanzierungsquellen des Staates auf die Hälfte, und hatte beträchtliche Senkungen der öffentlichen Ausgaben im Bildungs- und Sozialbereich zur Folge. Ähnliche Gesetzentwürfe wurden per Volksentscheid in weiteren US-Staaten angenommen.

Public Choice (Schule des -)

Geführt von James Buchanan* und Gordon Tullock* bietet die Schule des Public Choice eine ökonomische Analyse politischer Phänomene und allgemeiner der Probleme kollektiver Entscheidungen an. Sie konzentriert sich insb. auf die Rationalität staatlicher und administrativer Entscheidungen — sowohl auf „Konsumenten"-Ebene (Untersuchung der Wahlsysteme) wie auch auf „Produzenten"-Ebene (Koalitionentheorie, Theorie der Bürokratie*).

Rand, Ayn (1909-1983)

Amerikanische Schriftstellerin und Philosophin russischer Herkunft. Autorin zahlreicher Romane („Atlas Shrugged", 1957) und Essais („Capitalism: the Unknown Ideal", 1962), wo sie leidenschaftlich für einen gereinigten Kapitalismus eintritt. Ihre Philosophie, die sie selber als Objektivismus bezeichnete, übte einen großen Einfluß auf die amerikanische libertäre Bewegung* aus.

Rangel, Carlos

Venezolanischer Journalist. Autor zahlreicher Bücher, die den angeblichen Schuldkomplex der reichen Welt bekämpfen („L'Occident et le tiers monde. Du bon sauvage au bon révolutionnaire"). Rangel gehört zu den heftigsten Kritikern des „Tiers-Mondismus". Sein Einfluß spiegelt sich in den jüngsten Veröffentlichungen des Club de l'Horloge* („Le socialisme contre le tiers-monde", 1983) oder bei Pascal Bruckner („Le sanglot de l'homme blanc", 1983) wider.

Rawls, John (geb. 1921)

Philosophie-Dozent an der Universität Harvard. Veröffentlichte 1971 „A Theory of Justice". Rawls' Theorie schenkt den Grundfreiheiten ein absolutes Primat, gibt der Chancengleichheit großes Gewicht und interessiert sich mehr für die Unterprivilegiertesten als für die Mittelschichten. Allgemein wird er als Verteidiger der Sozialdemokratie angesehen, d.h. einer von massiver staatlicher Intervention begleiteten Marktwirtschaft.

Rothbard, Murray (geb. 1926)

Wirtschaftswissenschaftler aus der Österreichischen Schule*, Dozent an der polytechnischen Schule von Brooklyn (New York). Autor mehrerer Ökonomie-Bücher, u.a. „Man, Economy and State" (1962). Vor allem als Theoretiker und Organisator der US-libertären Bewegung* bekannt.

Autor des sogenannten „Libertären Manifests": „For a New Liberty" (1973).

Schmitt, Carl (geb. 1888)

Von 1921 bis 1945 Dozent für Öffentliches Recht an den Universitäten Bonn, Köln und Berlin; wesentlicher Theoretiker des National-Sozialismus („Die Diktatur", 1928; „Legalität und Legitimität", 1932); Schlüsselfigur des deutschen Neo-Konservativismus*. Nach dem 2. Weltkrieg zunächst inhaftiert, dann wieder freigelassen, aber jeglichen akademischen Postens enthoben.

Das Dorf Plettenberg (BRD), wohin er sich zurückgezogen hat, wurde zum Schauplatz mehrerer Privatkolloquien. Mehrere seiner Anhänger, u.a. Hennig Eichberg*, sind an führender Stelle in der westdeutschen national-revolutionären Bewegung exponiert. Die Zeitschrift „Criticon", an der sich v.a. der Schriftsteller Armin Mohler beteiligt, Hauptorgan des Neo-Konservativismus in der BRD, steht unter der Dreier-Patenschaft von Carl Schmitt, Arnold Gehlen und Konrad Lorenz.

Scruton, Roger (geb. 1944)

Autor von „The Meaning of Conservativism" (1980), Philosophie-Dozent am Bidbeck College (Londoner Universität). 1975 gründete er mit jüngeren konservativen Intellektuellen die „Conservative Philosophy Group". Erklärtes Ziel der Gruppe (Presseorgan: „Salisbury Review") ist die Verhinderung einer (im weitesten Sinn) linken Hegemonie in der Kulturszene. Bevorzugte Themen: Traditionen, Autorität, Kirche, Nation etc.

Soziobiologie

Biologisten-Schule (meistens US-Amerikaner), in der die Verhaltensweisen als genetisch determiniert betrachtet werden. Bekannteste Vertreter: E.O. Wilson, W.D. Hamilton, R. Trivers und R. Dawkins). Insbesondere Wilson betrachtet die Gesamtheit der Sozialwissenschaft als Branche der Biologie. Die Ideen der Soziobiologisten sind von der Neuen Rechten* übernommen und verbreitet worden, insb. zur Rechtfertigung des Rassismus, des Elitismus* und des Sexismus.

Stoléru, Lionel (geb. 1937)

Französischer Ökonom rumänischer Herkunft; Staatssekretär unter Giscard d'Estaing. War der erste, der in Frankreich das System der Negativsteuer* befürwortete, wie es von Milton Friedman* dargestellt wurde („Vaincre la pauvreté dans les pays riches", 1974).

In einer jüngeren Veröffentlichung („La France à deux vitesses", 1982) greift er die Aufteilung in ein „geschütztes" Frankreich (geschützt vor der internationalen Konkurrenz) und ein „exponiertes" Frankreich (das an vorderster Front im Wirtschaftskrieg steht) an.

Nach Meinung von Stoléru gebe es allerdings Platz für ein Gesellschaftsprojekt, das Freiheit und Gerechtigkeit verbindet.

Trilaterale Kommission

Diskussionsgruppe, die bedeutende US-, westeuropäische und japanische Persönlichkeiten umfaßt (Politiker, Industrielle, Beamte, Akademiker, Gewerkschafter). 1973 auf Initiative von David Rockefeller (damals Präsident der Chase Manhattan Bank) gegründet, präsidiert von Zbigniew Brzezinski (bevor er Berater von Jimmy Carter wurde). Die Kommission möchte v.a. zu einer größeren Homogenität zwischen USA, Westeuropa und Japan beitragen und organisiert hierzu regelmäßige Treffen zu gemeinsamen Problemen.

Tullock, Gordon (geb. 1922)

Amerikanischer Ökonom und Jurist. Gemeinsam mit Buchanan* Hauptvertreter der Schule des Public Choice*. Lehrt ebenfalls am Virginian Polytechnic Institute (Bastion der Schule). Vor allem als Anwalt des Wirtschaftsimperialismus bekannt („The Politics of Bureaucracy", 1965; „Towards a Mathematics of Politics", 1967; „The Logic of the Law", 1971; „The Social Dilemma. The Economics of War and Revolution", 1974).

Toleranzschwelle

Sogenannter wissenschaftlicher Begriff, wonach die Überschreitung einer gewissen Anzahl an Ausländern in einem bestimmten Territorium zu Problemen führe, die nicht mehr zu bewältigen seien.

Utilitarismus

Politische Doktrin, die oft im Slogan „Zum größten Nutzen der Mehrheit" zusammengefaßt wird. Politische Entscheidungen sollen nicht Traditionen oder sogenannte Naturrechte respektieren, sondern den Wohlstand der Betroffenen maximieren. Die ersten systematischeren Ausformulierungen des Utilitarismus sind bis auf Bentham (1789), Mill* (1861) und Sidgwick (1875) zurückzuführen. Zeitgenössische Hauptvertreter sind der amerikanische Ökonom John Harsanyi und der Philosoph Richard Hare (Oxford).

DKP: Zügellose Angriffe gegen die Partei Lenins

„Warum wurde Tschernenkow Generalsekretär der KPdSU?
Er hatte das beste EKG."

Solche und ähnliche Witze machen zur Zeit bei DKP-Mitgliedern in derartiger Häufung die Runde, daß sie gar nicht mehr zu überhören sind. Sie werden nicht bloß vom ‚einfachen Parteivolk' erzählt, das sich auf diese Weise den grauen Alltag des Politlebens aufheitert. Das ist ja ein altbekanntes Phänomen im Lager des real existierenden Sozialismus. Nein, es sind durchaus gestandene Funktionäre, die sich am Arbeitsplatz oder in gemütlicher Runde nach dem Friedenstermin auf die Schenkel schlagen: Kennst du den schon — haha! Und das anfangs zitierte, eher konventionelle Späßchen ist gewiß harmlos, verglichen mit:

„Warum hält Tschernenkow seine Reden immer in drei Mikrophone?

Tatsächlich ist nur ein Mikro wirklich ein Mikro. Die anderen zwei Mikro-Attrappen sind getarnte Sauerstoff-Zufuhrgeräte."

Darüber wird von Ronald Reagan bis Helmut Schmidt kaum ein Politiker des Westens lachen können.



Selbstironie in der DVZ (21.12.84):

Eine reichlich herbe Version desselben Themas lautet:

„Warum bekommt Tschernenkow einen immer breiteren Rücken?

Im Zuge der Energieverknappung wurde sein Herzschrittmacher auf Braunkohle umgestellt."

Bemerkenswert, wie die grüne Ideologie die geschlossenen Reihen der Partei aufzuweichen beginnt! Aber die Witzereißer geben sich damit nicht zufrieden, sondern versuchen, sich im Generalsekretär eine Art Birne-Ersatz zu schaffen.

„Wettert Tschernenkow auf einer Politbüro-Sitzung gegen die allgemein um sich greifenden Disziplinlosigkeiten: Schon seit Monaten seien die Genossen Breschnew und Andropow unentschuldigt abwesend."



Sympathisch ...

Nun mag es noch angehen, daß sich Frustrationen, wie sie sich im Leben jedes politisch engagierten Menschen zeitweise ansammeln, ein Ventil suchen und selbiges in exponierten Persönlichkeiten finden. Dramatisch aber wird es, wenn sich die Angriffe gegen die kollektive Führung als Ganzes richten.

„Was ist der Unterschied zwischen dem Politbüro der KPdSU und einem Krokodil?



... überzeugend
(Zeichner: Klaus Stuttmann)

Das Krokodil hat vier Beine und sechsunddreißig Zähne."

Ist dies nicht eine dreiste Diffamierung der Partei Lenins und der Sowjetmacht?! Bedenklich stimmen muß auch die zum Ausdruck kommende alten-feindliche Grundeinstellung. Bittere Perspektiven für die Senioren in der Sowjetunion.

„Aus der Tagesordnung der regelmäßig stattfindenden Politbüro-Sitzungen: TOP 1. Die Mitglieder des PB werden hereingetragen. TOP 2. Die Mitglieder des PB werden auf die Stühle gesetzt und angeschnallt. TOP 3. Die Herzschrittmacher der Mitglieder des PB werden auf eine schnellere Frequenz eingestellt. TOP 4. Die Mitglieder des PB stimmen gemeinsam das Lied an: ‚*Wir sind die junge Garde des Proletariats*'."

Solche Witze — das ist eine Banalität — sind Ausdruck eines politischen Kampfes. Im vorliegenden Fall handelt es sich um einen heftigen Kampf zweier Linien, dessen Konturen sich zunächst im Bereich des Überbaus abzeichnen. Es war übrigens der Genosse Mao Tsetund, ebenfalls in langjährigen Erfahrungen als Steuermann erprobt, der auf diesen Effekt nachdrücklich aufmerksam gemacht hat.

Allerdings gibt es unter den Ostexperten des ARBEITERKAMPF noch keine einheitliche Einschätzung über den Charakter dieses Linienstreits. Zwei Theorien werden gehandelt. Die erste geht mit felsenfester Überzeugung davon aus, daß die Witze von der DKP nur weiterverbreitet werden, tatsächlich aber aus der DDR stammen. Hintergrund sei der mit dem Stichwort „Honecker gegen Tschernenkow" vereinfacht beschriebene Konflikt, wie er bereits in der Frage der besonderen Beziehungen zwischen DDR und BRD deutlich geworden sei (KPdSU verhindert Honecker-Besuch in der BRD und Lindenberg-Besuch in der DDR).

Die andere Theorie bestreitet nicht, daß von DKP-Kreisen nur kolportiert wird, was man in der DDR allenthalben zu hören bekommt. Die DDR-Bürger wiederum hätten die Witze aus der Sowjetunion selbst. Der oben zitierte Witz mit dem Krokodil beispielsweise sei zuerst in Leningrad aufgetaucht!

Schlußfolgerung: Die Anhänger des relativ jung verstorbenen Generalsekretärs Andropow bekämpfen die Linie Breschnew/Tschernenkow („Schlendrian", „Bürokratie", „Überalterung der Führung"). Schließlich vertritt ein namhafter Kreml-Astrologe, der ungenannt bleiben will, noch die Meinung, es hänge — wie immer in Moskau — alles von der Regelung der Nachfolge ab.

„Wer wird Nachfolger von Tschernenkow?
Sein Vadder natürlich."

Da kommt einiges auf uns zu.

th., de./Frankfurt

aus: »konkret« 1/85

Irrsinnig komisch!

RAINER K., der aus gleich einsichtigen Gründen ungenannt bleiben will, vermutet, daß die Seitenzahl des »Arbeiterkampfes« bald höher als die Zahl der Leser sein wird.

Im Kampf gegen Bahro
weit über's Ziel hinausgeschossen

Klaus-Peter Klingelschmitt ist als kpk der Realo vom Dienst in der ,,taz". Der Handel mit faulen Hoffnungen auf eine ,,Machtbeteiligung" per Bündnis mit der SPD gehört zu seinen wichtigsten journalistischen Tätigkeiten. Kein Wunder also, daß kpk die Wahnsinnsrede von Rudolf Bahro auf dem Hamburger Parteitag der Grünen zum Anlaß einer Polemik in der ,,taz" (22.12.84) genommen hat. Sein Text beweist, daß man selbst im Kampf gegen Bahro weit über das Ziel hinausschießen kann, falls die eigenen Ideen verkehrt genug sind. Als Exempel für die in Realo-Kreisen gepflegte kaltschnäuzige, oberflächlich mitunter brillante Form von Demagogie verdient kpk's ,,Anti-Bahro" (O-Ton ,,taz") Beachtung.

,,Der abgeklärte ,Citoyen' könnte lachen, wenn nicht die deutsche Geschichte voll wäre von diesen Apokalypsenpredigern und Heilslehrern. Noch immer, wenn Finsternis drohte ..., fand sich ein Messias — und immer endete die ,Errettung' im Massengrab."

So leitet kpk seinen Text ein. Wichtige Elemente der Polemik sind damit schon eingeführt: der Bezug auf die deutsche Geschichte täuscht Geschichtsbewußtsein vor; das Wörtchen ,,immer" beansprucht Kontinuität und Kausalzusammenhang des Behaupteten. Bahro als Reinkarnation eines deutschen Geschichtstypus, als zeitgenössische Verkörperung des gleichen Typs, zu dem ,,auch" (man muß das aussprechen, denn haargenau so ist es von kpk gemeint) Adolf Hitler gehörte.

Klopft man diese einleitenden Sätze von kpk aber ein bißchen ab, so halten sie nicht stand: es wimmelt in der deutschen Geschichte keineswegs überdurchschnittlich von *,,Apokalypsenpredigern und Heilslehrern"*. Und ins ,,Massengrab" hat mit der einzigen Ausnahme der NSDAP — falls man diese denn den ,,Heilslehrern" unbedingt zuordnen will — keiner von ihnen geführt. Schon das von kpk benutzte Wort ,,Messias", das hebräischen Ursprungs ist, deutet darauf hin, daß es sich wohl nicht so sehr um eine genuine, ,,typische" Erscheinung der deutschen Geschichte handelt. Die Beispiele, die kpk beibringt, sind denn auch allesamt, mit Ausnahme eben des Nazismus, aus der Geschichte a n -

genuine, ,,typische" Erscheinung der deutschen Geschichte handelt. Die Beispiele, die kpk beibringt, sind denn auch allesamt, mit Ausnahme eben des Nazismus, aus der Geschichte a n -

d e r e r Länder zusammengesucht. Nämlich (nachdem kpk zu Protokoll gegeben hat, daß Bahro bei seiner Hamburger Rede ein *,,Flackern in den Augen"* und *,,Schaumwölkchen in den Mundwinkeln"* gehabt habe):

,,Das gleiche Leuchten in den Augen konnte bei Bernhard von Clairvaux beobachtet werden, als er zum Kinderkreuzzug aufrief. Savonarola hatte diese Schaumwölkchen im Mund, als er als Bußprediger durch Italien zog — mit der Brandfackel in der Hand. Die Heilslehrer aller Zeitalter trieben ihre Anhänger mit dem Namen ihres ,Gottes' auf den Lippen nach Magdeburg, Austerlitz, Leipzig, Verdun und Stalingrad und in ihrem Namen starben Millionen auf den Scheiterhaufen und in den Öfen der Schlächter."

Geschichte einmal absolut undifferenziert betrachtet. Oder: was hat der italienische Mönch und Prediger Savonarola aus dem 15. Jahrhundert mit dem Eroberer Napoleon gemeinsam, und was wiederum dieser mit dem Völkermörder Hitler? Sprechen wir von Savonarola, dessen Wandertrieb sich übrigens ebenso in gemäßigten Grenzen hielt wie seine Pyromanie. Savonarola hatte nach der Vertreibung der Fürstenfamilie Medici aus Florenz (1494) praktisch die Funktion eines Staatsoberhauptes in diesem Stadtstaat. Sein Regime richtete sich u.a. gegen die Vorherrschaft und die Privilegien des Adels (und der mit dem Adel gleichgestellten Großkapitalisten). Seine Basis war ausgerechnet jene soziale Schicht, die kpk unter der Bezeichnung ,,citoyen" als Hort des Guten, Wahren und Schönen naiv verklärt. Und was die erwähnte Brandfackel angeht: Savonarolas zumeist jugendliche Anhänger (der aufgeklärte ,,Metropolenintelligenzler" möge dabei wahlweise an die HJ oder an die Roten Garden denken) verbrannten zwar gern allerlei Luxus-Artikel, die sie aus den Wohnungen der Reichen zusammengetragen hatten, aber M e n s c h e n wurden unter Savonarola's Regime nicht verbrannt. Hingegen endete Savonarola selbst am 23. Mai 1498 auf dem Scheiterhaufen, den ihm Florentiner Adel, Kirchenstaat und einige interessierte Oberhäupter anderer italienischer Staaten errichtet hatten. Leute also, die ganz ohne ,,Flackern in den Augen" und ,,Schaumwölkchen in den Mundwinkeln", als rationale Techniker der Macht und des Reichtums, den Bündnispartner markieren, an dessen breite Brust sich kpk gern werfen möchte, um sich gemeinsam der unberechenbaren Fanatiker zu erwehren.

Der eifernde Heilslehrer, so zeigt Geschichte von Jesus bis Rudi Dutschke, steht mitunter selbst in der Gefahr, von kühlen, berechnenden Machthabern liquidiert oder zu Tode gehetzt zu werden. Die Denunzierung des Eiferers als potentiellen Massenmörder mag dabei unter Umständen wegbereitend wirken. Es sollte also vorsichtiger damit umgegangen werden. Würden jemals Schüsse auf Rudolf Bahro fallen, so möge man kpk ein Wasch-Schüsselchen reichen. Damit soll aber nicht bestritten werden, daß kpk in seiner Polemik gegen Bahro viel Sinnvolles, zumindest Bedenkenswertes gesagt hat. Man muß eben nur ,,ein bißchen" über das Ziel hinausschießen, indem man mit grobem Filzer Linien von Bahro zu Hitler, vom grünen Parteitag nach Nürnberg und gleich weiter nach Auschwitz zieht, und schon stimmt, bei allen richtigen Beobachtungen und allen Schreibkünsten im Detail, das gesamte Bild nicht mehr.

Der eifernde Heilslehrer mit dem irren Blick und dem Schaum im Mund stellt a l s s o l c h e r für seine Umwelt nur in engen Grenzen eine Gefährdung dar. Zur Todesgefahr für viele wird er erst, wenn sich die Macht-Haber seiner bedienen. Daß Bernhard von Clairvaux den 2. Kreuzzug (1147-1149) stimulierte, ist schlimm genug. Das Echo auf seine Predigten wäre aber so irrelevant geblieben wie der Masseneinfluß Bahro's heute, wenn Bernhard's fanatische Tiraden nicht mit Interessen zusammengetroffen wären, die vom religiösen Eifer sehr wenig, dafür von Großmachtpolitik und Profit sehr viel wußten. Für das Zustandekommen des Massenmordens, das die Kreuzzüge nun einmal waren, haben irrer Blick und Schaumwölkchen eine viel geringere Rolle gespielt als die Aussichten auf Beute in jeder Form. Der Grundfehler von kpk ist, daß er bei derartigen Veranstaltungen auf den (g)eifernden Mönch als Verursacher weist, statt auf den deutschen Kaiser Konrad, den französischen Kö-

daß er bei derartigen Veranstaltungen auf den (g)eifernden Mönch als Verursacher weist, statt auf den deutschen Kaiser Konrad, den französischen Kö-

nig Louis und den Papst Eugenius, die ihrerseits nur als ,,Charaktermasken" für politische und soziale Interessen stehen.

Insofern ist Heilslehre keineswegs gleich Heilslehre. Zu prüfen ist, wie sich die jeweilige Heilslehre zu den Interessen der Macht-Haber verhält. Läuft sie ihnen so krass zuwider wie die von Jesus, so wird der Weg des Eiferers (und seiner Nachläufer/innen) mit einiger Wahrscheinlichkeit am Kreuz, unter dem Beil, auf dem Rad, in siedendem Öl, am Galgen oder an der Wand enden. Stimmt die Heilslehre hingegen so phantastisch mit Herrschaftsinteressen zusammen wie die von Hitler, Göbbels & Co., so können ihre Propheten es unter Umständen sehr weit und allzu weit bringen. Macht so gesehen die flotte Linienziehung von Bahro zu Hitler irgendeinen anderen Sinn als den der unzulässigen, infamen Aufhetzung? In Details wird es ,,Übereinstimmungen" geben, aber dies zu konstatieren ist ungefähr so sinnvoll, als wollte man jeden österreichischen Vegetarier, der zudem noch das Pech hat, ein nett dilettierender Zeichner zu sein, als Hitler-Reinkarnation verdächtigen. Mit anderen Worten: dies ist sachlich so gehaltvoll wie das ,,Grün gleich Braun" von Heiner Geissler.

Die (übrigens in permanenter Metamorphose befindliche) Heilslehre Bahros ist total durchgeknallt und müßte, falls realisiert, zu einem millionenfachen Massensterben führen, wie kpk zutreffend schreibt und wie zuvor auch schon im AK zu lesen war. Denn daß auf dem von Bahro gewollten Produktionsniveau nur ein kleiner Teil der Erdbevölkerung satt werden würde, selbst bei Ausdehnung des Arbeitstages bis zur Erschöpfung, ist berechenbar. Dennoch ist die Gefahr, daß Bahros Ideen von den Macht-Habern in ihrem Sinne instrumentalisiert werden könnten, äußerst gering: sie laufen allzu offensichtlich der kapitalistischen, und also auch imperialistischen, Entwicklungslogik und Interessenentfaltung zuwider. Bahro, auch nur in Bruchstücken realisiert, wäre das totale Out für alle imperialistischen Ambitionen der Macht-Haber dieses Landes. Bahro als Prediger des Null-Wachstums und der bedingungslosen einseitigen Abrüstung ist genau der Mann, den man seinem ärgsten Konkurrenten gern auf den Hals wünscht. Bahro als Dissident in der Sowjetunion: Streicheleinheiten im Übermaß wären ihm in den hiesigen Medien (und mutmaßlich auch in der ,,taz") sicher. Bahro als Gegengift gegen japanische Intelligenz und Tüchtigkeit: auch sehr hübsch. Aber im e i g e n e n Land wird aus diesem Propheten nichts werden.

Kpk's ,,Anti-Bahro" verfolgt eine unmittelbare taktische Absicht: mit Bahro attackiert man mühelos und populär den allerschwächsten Punkt jenes makabren Zweckbündnisses zwischen Fundamentalos und Ökosozialisten, das quer zum Durchmarsch der Realos liegt. Wer Bahro angreift, vermeidet die Schwierigkeiten einer Polemik gegen Trampert und Ebermann, und erreicht auf Umwegen doch das gleiche Ziel. Neben dieser kleinen hessischen List scheint der ,,Anti-Bahro" von kpk aber auch Tiefersitzenderes, echte Emotion zum Ausdruck zu bringen. Das deutet sich an in der laut gedachten Überlegung Klingelschmitts, ob man nicht — falls Bahros Ideen in der Grünen Partei je mehrheitsfähig werden sollten — *,,im Verein mit Sozialdemokraten, ,Citoyens' und Antifaschisten aller Lager vorgeht"*. Eine antifaschistische Einheitsfront der Vernünftigen und Zivilisierten im Lande, an deren Spitze sich ohne große Mühe die Raketen-Stationierer setzen könnten. Und warum das Spektakel? Vielleicht deshalb, weil kpk glaubt, er spräche als ,,Metropolenintelligenzler" für eine soziale Schicht, die bei einer Revolution nichts zu gewinnen hat und die darum gut beraten ist, sich — mit reformerischer Vernunft und Augenmaß für das Machbare im Bestehenden irgendwie möglichst komfortabel einzurichten? Es ist vielleicht mehr als die kleine hessische List, wenn Realo Cohn-Bendit ausgerechnet die Frankfurter Fundamentalo-Grünen die als Kommunistenfresser nun wirklich einen Ruf haben, mit dem als Schimpfwort gemeinten Namen ,,Bolschewiken" attackiert. Und es könnte bezeichnend sein, daß kpk diese Begriffsverfälschung nicht etwa als geschichtslosen Unfug zurückweist, sondern nur milde korrigiert: *,,sicher eine Fehlinterpretation, weil hinter der Wortradikalität der Zierans* (Wortführer der Frankfurter Fundamentalos und Haudegen in zahllosen Schlachten gegen Kommunisten und Kommunismus-Verdächtige) *der große Entwurf fehlt"*. Und: nicht Lenin, sondern Stalin sei eigentlich die historische Parallele zu Bahro und den Fundamentalos. Womit der anfangs zitierte Satz von den *,,Heilslehrern aller Zeiten"*, die ihre Anhänger *,,mit dem Namen ihres ,Gottes' auf den Lippen"* u.a. nach S t a l i n g r a d getrieben haben, nun endlich die Doppeldeutigkeit hat, in der er klammheimlich wohl von Anfang an gemeint war. Dem an bundesdeutschen Medien geschulten Ohr drängen sich beim Wort ,,Heilslehre" sowieso Begriffsverbindungen wie ,,revolutionäre Heilslehren", ,,kommunistische Heilslehren" ganz zwanglos auf. Daß es von den Realos so wohl auch gemeint ist, ist angedeutet in ihrem allzu glücksstrahlenden Bekenntnis, daß für sie **,,die großen und fundamentalen Revolutionsverheißungen Illusionen sind und bleiben werden". ,,Wir bekennen uns ausdrücklich zu einer Politik der ökologischen Reform, da wir in der ,grundsätzlichen Systemopposition' lediglich einen Rückfall in die überkommenen Sektenpositionen der siebziger Jahre erkennen können."** (Antrag von Fischer, Kleinert, Schily, Schoppe u.a. zum Hamburger Parteitag). Fazit: Revolution ist gleich illusionäre Verheißung ist gleich sektiererische Heilslehre ist gleich Waterloo, Stalingrad und Auschwitz. *,,Wir — die Bewohner der Städte und Anhänger der urbanen Kultur — werden diese Kultur gegen den Zugriff der Apokalypsenprediger mit Zähnen und Klauen verteidigen"*, ereifert sich kpk. Sieht er unsere recht komfortable Lage denn wirklich ausgerechnet durch abseitige Ekstatiker wie Rudolf Bahro bedroht? Das wäre ja schon eine satte Paranoia. Sind da nicht vielleicht noch ganz andere Ängste, die kpk schon heute zu einem prophylaktischen Zähnefletschen zwecks Wahrung unseres Besitzstandes veranlassen? Dritte Welt und so? Nein, gar nicht, wirklich nur der Bahro? Ach so, ja dann wirklich nichts für ungut.

Kt., Hamburg



Goya: El suono de la razon produce monstrues (Der Traum der Vernunft erzeugt Ungeheuer)

Glaubwürdigkeitslücke

Glaubwürdigkeitslücke

UZ 4.1.85

Bedrohungslüge Nr. 34

Rakete über Norwegen

„Sowjetrakete rast über Norwegen". Springers „BILD" war wieder mal dabei: „Unglaublich! Eine sowjetische Atomrakete ist über Norwegen und Finnland gerast. Ein Fehlschuß – oder eine bewußte Provokation? Es passierte am 28. Dezember . . ."

Vergleicht man die Meldungen, die über diesen ominösen Vorfall in Umlauf sind, dann besteht Übereinstimmung nur in einem Punkt: Im Datum. Es geschah am 28. Dezember.

Was kam geflogen? Eine „sowjetische Cruise-Missile-Rakete" (ddp), eine „sowjetische Atomrakete" (BILD), eine „sowjetische Übungsrakete" (NRZ).

Was tat die Rakete? Sie überflog norwegischen Luftraum und ist „schließlich in Richtung Finnland verschwunden" (ddp). Die „Rakete überquerte die Grenze bei Nord-Norwegen, schlug einen Bogen und stürzte dann vermutlich über Finnland ab" (BILD). Sie „ist dann über Finnland zurück in die die UdSSR geflogen" (Reuter). Sie sei „vermutlich außer Kontrolle geraten und später über Finnland abgestürzt" (NRZ).

Es geht eben nichts über seriöse, verläßliche Informationen!

Aber es kommt noch besser. Die britische Nachrichtenagentur Reuter, die sich seit geraumer Zeit als antikommunistische „Entenfarm" zu profilieren sucht, hat da noch einen hübschen politischen Gag auf Lager: „Aus Regierungskreisen verlautete ergänzend, das NATO-Mitglied Norwegen werde möglicherweise gegen diese Verletzung seines Luftraumes mit allem Nachdruck protestieren."

Da sieht man doch schon den Botschafter auf dem roten Teppich stehen und „möglicherweise", aber selbstverständlich „mit allem Nachdruck" protestieren.

Die neue Weihnachtsgeschichte vom roten Marschflugkörper, der aus der Kälte kam, erinnert an Geschichten ähnlichen Kalibers. Die spielten allerdings vor der schwedischen Küste mehr unter Wasser. Eine Variante auf die Uralt-Geschichte: Die Russen kommen – zu Lande, zu Wasser und dieses Mal aus der Luft. Wie gehabt.

Und sie kommen pünktlich – nämlich kurz vor dem Treffen von Andrej Gromyko und George Shultz in Genf. Zeitgleich mit der Nachricht aus Washington, daß US-Verteidigungsminister Weinberger eine „harte Verhandlungsstrategie" für Genf durchgesetzt habe, die ihnen in jedem Fall freie Hand läßt für das Weitertreiben der Programme zur Militarisierung des Weltraums.

Hubert Reichel

„Bedrohungslüge" nennt sich eine ständige Rubrik in der DKP-Zeitung „UZ". An guten Tagen wurde dort schon so mancher antisowjetischen Ente der Hals umgedreht. An schlechteren Tagen jedoch macht man sich die Sache einfach und streitet ebenso wortreich wie substanzlos irgendeine Geschichte ab, mit der man lieber etwas vorsichtiger umgehen sollte. Wenn dann zur eigenen Dusseligkeit auch noch eine Portion Pech kommt, muß man sich von den sowjetischen Genossen bestätigen lassen, was man gerade eben noch vehement dementiert hatte.

UdSSR bedauert Vorfall

Zielflugkörper vom Kurs abgekommen

Moskau. UZ – Während eines Übungsschießens sowjetischer Schiffe in der Barentsee am 28. Dezember 1984 ist ein Zielflugkörper durch einen Defekt vom vorgegebenen Kurs abgekommen, in Richtung Küste geflogen und dann weiter in westlicher Richtung verschwunden, meldet TASS. Es ist nicht ausgeschlossen, daß er das Territorium Norwegens teilweise überflogen hat und auf dem Territorium Finnlands niedergegangen ist. Der Zielflugkörper hatte keine Sprengstoffe und keine toxischen Mittel an Bord. Im Zusammenhang mit dem unbeabsichtigten Vorfall, der durch einen Materialdefekt verursacht wurde, hat die sowjetische Seite die finnische und norwegische Seite informiert und Bedauern über den Vorfall geäußert.

UZ 8.1.85

„Frankfurter Neue Presse", 19.12.84

Grüne profitieren vom Millionen-Vermächtnis des KBW

Von unserem Redaktionsmitglied Harald Kaliwoda

Frankfurt. — Der Kommunistische Bund Westdeutschlands (KBW), der sich als politische Organisation seit Mai offiziell in der Auflösung befindet, ist zur Zeit damit befaßt, die Verwaltung seines Vermögens in Höhe von rund neun Millionen Mark neu zu regeln. Geplant ist mit dem Stichtag 17. Februar 1985, die ehemalige Parteizentrale, ein fünfgeschossiges Bürohaus in Frankfurt mit Druckereien und Inventar im Wert von etwa acht Millionen Mark, als „selbstverwaltete" GmbH für Aktivitäten der Grünen und der alternativen Bewegung zur Verfügung zu stellen.

Wie der Cheftheoretiker und Sprecher der Bundesleitung des KBW, Joschka Schmierer, am Dienstag in Frankfurt auf Anfrage mitteilte, gehört das KBW-Haus derzeit rechtlich einer Holding, nämlich der „Kühl Verwaltungs GmbH & Co. Verlags KG". Diese habe mit einem KBW-Darlehn von sieben Millionen Mark am 1. Mai 1977 das 2,7 Millionen Mark teure Haus an der Mainzer Landstraße in Frankfurt gekauft. Das KBW-„Darlehn" wurde bisher nicht und soll auch künftig nicht von den Nutzern des Hauses zurückgezahlt werden, sagte Schmierer. Verkauft werden auch KBW-Häuser in Berlin und Hamburg im Wert von etwa 700 000 Mark.

Im Frankfurter Bürohaus sind zur Zeit unter anderem der Landesverband der Grünen untergebracht sowie die Firma „Caro", die die alternativen Zeitungen „Pflasterstrand" und „taz" drucken. Laut Schmierer habe das Haus bisher schon der „links-grün-alternativen Bewegung offengestanden". Der KBW, der heute bundesweit noch 300 Mitglieder zähle (1977 waren es 3000), sei seit 1981/82 nur noch eine „lose politische Vereinigung" gewesen, gab der KBW-Sprecher zu. Bei der letzten Delegiertenkonferenz im Mai in Frankfurt war der KBW per Satzungsänderung in einen „Verein" umgewandelt worden.

An die Stelle der bisher drei Gesellschafter der Kühl GmbH soll die zur Zeit 30köpfige Belegschaft des Frankfurter Hauses als Gesellschafter treten. Die Rechtsform soll erhalten bleiben. Der künftige Unternehmenszweck ist laut Schmierer: „Ein sozial-kulturell-ökologisches Sanierungszentrum."

Der schwindenden Bedeutung des KBW als extremistischer Organisation scheint auch der Verfassungsschutzbericht 1983 vom Bonner Innenministerium Rechnung zu tragen: Auf 224 Berichtsseiten wird der KBW mit 21 Zeilen erwähnt. Nach seiner Auflösung als Partei würde er nunmehr den „Parteibildungsprozeß der Grünen" unterstützen, heißt es.

KBW-Kunde und Ex-Studentenführer Daniel Cohn-Bendit, Herausgeber der Frankfurter Alternativ-Zeitung „Pflasterstrand" und Mitglied der Grünen, schrieb in der vorletzten Nummer ironisch, von der „revolutionären Kraft" des KBW seien nur noch die „Disziplin" und „angehäufte Reichtümer" übriggeblieben.

KBW - Addio, amore?

Im AK 252 findet sich auf S. 39 eine Bildleiste mit Überschrift „KBW 1973-1984. Addio, amore." Darunter einige alte AK-Karrikaturen zum KBW. Text und Bilder vermitteln einen falschen Eindruck, denn weder sind mit dem KBW dessen Ansichten verschwunden, noch ist der KBW an **linker** Kritik zerbrochen. Die Auflösung des KBW ist eine Auflösung nach rechts, und man fragt sich, wieso das Anlaß sein soll, ihm freudig hinterherzuwinken. Als Gegner von rechts werden sie auch in derselben Ausgabe des AK auf den Seiten 27 und 38 kritisiert. Warum also die unangebrachte „Siegesmeldung" auf Seite 39.

Wichtiger als eine solche Verharmlosung wäre es, die spezifische Rolle der ehemaligen „Antirevisionisten" in der westdeutschen „Emanzipafionsbewegung" (Schmierer) genauestens im Auge zu behalten. Immerhin ist diesen Leuten an einer „wechselseitigen Wegbeobachtung" (Schmierer, Kommune 12/84) überhaupt nicht gelegen und das aus gutem Grund. Beispiel: In einer Stadtverordnetenversammlung von Mörfelden-Walldorf in Hessen überstimmen im November des Jahres SPD und DKP die Gegner des Nachtragshaushaltes, nämlich CDU und Grüne. Daraufhin ruft die Grüne-Stadtverordnete Frühwacht-Treber unter Beifall der CDU: „Rotfront, Genosse Baldur" (von der SPD), „Rotfront, Genossen von der DKP" (nach FR vom 17.11.84). Es blieb der Frankfurter Rundschau vorbehalten, darauf hinzuweisen, daß Frau Frühwacht-Treber genau wie ihr Mann Dirk Treber (Mitglied des hess. Landtages) nach eigenen Angaben früher zum örtlichen KBW-

haushaltes, nämlich CDU und Grüne. Daraufhin ruft die Grüne-Stadtverordnete Frühwacht-Treber unter Beifall der CDU: „Rotfront, Genosse Baldur" (von der SPD), „Rotfront, Genossen von der DKP" (nach FR vom 17.11.84). Es blieb der Frankfurter Rundschau vorbehalten, darauf hinzuweisen, daß Frau Frühwacht-Treber genau wie ihr Mann Dirk Treber (Mitglied des hess. Landtages) nach eigenen Angaben früher zum örtlichen KBW-

Sympathisantenkreis zählte. In einem AK-Interview vom 23.8.82 (AK 224, S. 22) antworteten Dirk Treber und Frank Schwalba-Hoth auf die Frage nach ihrer politischen Herkunft: „Grün, bunt, alternativ". Zwischen Verleugnung und Denunziation liegen nur zwei Jahre!

Abgesehen von den ehemaligen KBW'lern, die heute privatisieren und — wenn überhaupt — aus dem Privatleben nur heraustreten, um an einer „Friedensdemo" oder einem Polensolidaritätsbasar teilzunehmen, ist ein großer Teil derjenigen, die nach 1981 noch dabeiblieben, heute aktiv bei den Grünen und stärkt dort die Kräfte, die mit dem BRD-Imperialismus am ungeniertesten zurechtkommen. Damit nicht genug: Ausgestattet mit erheblichen Finanzmitteln können heute frühere ZK- und Bezirksleitungsmitglieder sowie KVZ-Redakteure die Zeitschrift „Kommune" herausgeben, ohne sich mit so kleinlichen Problemen wie einer kostendeckenden Mindestauflage beschäftigen zu müssen. Wo andere (MOZ) mit 3.000 Exemplaren pleite gehen, werden die Kommuneherausgeber per Zuschuß aus der KBW-Erbmasse erst so richtig spendabel: Rund 700 Leute, die ihr MOZ-Abo nicht bezahlt haben, erhalten die „Kommune" nun kostenlos. Gleichzeitig wird der Umfang der Zeitung kostenlos von 68 auf 84 Seiten erweitert. 1985 bekommt jeder Abonnent ein Heft pro Jahr geschenkt. Erst nachdem etwa 1.800 MOZ-Abonnenten eingekauft wurden, stieg die gedruckte Auflage auf 3.600 Stück. Heute kann H.G. Schmierer (mittlerweile wieder „Joscha") zufrieden — die Zeitschrift „Alternative Kommunalpolitik" zitierend — feststellen: Die „Kommune" wurde „zum einzigen bundesweiten Debattenorgan aufgewertet" (12/84). Aufgewertet nicht nur im ökonomischen Sinne des Wortes. Das Projekt „Kommune" hat im Gegensatz zur „KVZ" diesmal wirklich den „Wind der Geschichte" im Rücken. (Auch die staatliche Anerkennung des neuen Trägers „Kommune e.V." steht kurz bevor. Dann können die Staatsgegner von einst ihr neues Zentralorgan mit steuerbegünstigten Spenden beglücken — eine Spendenaffäre besonderer Art!). Zweifellos: Die in der „Kommune" versammelten Ansichten gäbe es auch ohne dieses „Organ der grün-alternativen Bewegung" (Werbeslogan im „Grünen Basis-Dienst" 7-8/84) und womöglich hätte sie — wenigstens teilweise, aber dann ohne KBW-Kommentierung — auch an anderer Stelle publiziert werden können. Dennoch kann man behaupten, daß die spezifische Verbindung von „marxistisch-leninistisch" motivierter Vaterlandsverteidigung, „antirevisionistisch" bemäntelter Russenfeindschaft und biologistisch-lebensphilosophisch hergeleiteter grüner Realpolitik, wie sie heute in der „Kommune" hergestellt ist, erst durch die finanziellen Möglichkeiten der „Redaktion" eine gewisse Stabilität und Bedeutung erlangen konnte. Die Bedeutung der Finanzkraft für das Zustandekommen dieser Richtung ist leicht einzusehen, wenn man sich vergegenwärtigt, daß das Verhältnis zwischen der Gesamtauflage bzw. Gesamtleserschaft der vorhandenen politisch-theoretischen als linksalternativ — aber ausdrücklich nicht linksradikal — geltenden Zeitschriften einerseits und der Zahl der potentiellen Autoren andererseits für letztere noch nie so ungünstig war wie heute.

Diese Redaktionen werden mit einer wahren Flut von Manuskripten eingedeckt, die ihnen von arbeitslosen und/oder auf Veröffentlichungen angewiesenen Diplominhabern aller Disziplinen zugesandt werden. Dazu kommen noch „rührige Politiker" (Schmierer) der Grünen Partei, die als Stadträte oder Bundestagsabgeordnete ihr Wählerpublikum erreichen wollen und ihre Botschaften mitunter gleichzeitig an TAZ und „Kommune"

wahren Flut von Manuskripten eingedeckt, die ihnen von arbeitslosen und/oder auf Veröffentlichungen angewiesenen Diplominhabern aller Disziplinen zugesandt werden. Dazu kommen noch „rührige Politiker" (Schmierer) der Grünen Partei, die als Stadträte oder Bundestagsabgeordnete ihr Wählerpublikum erreichen wollen und ihre Botschaften mitunter gleichzeitig an TAZ und „Kommune"

schicken wie z.B. Hubert Kleinert. Von 27 Autoren in der „Kommune" 11/84 sind immerhin 12 MdB's, MdL's und Städträte, 5 Hochschullehrer bzw. Lehrbeauftragte. In der Dezemberausgabe entfällt je ein Viertel der Beiträge auf grüne Berufspolitiker, Hochschultätige, Angestellte im KBW-Haus und Sonstige. Während der Publikationsbedarf steigt, bleibt das Kauf- und Leseinteresse konstant bis rückläufig bzw. relativ zurück, weil sich mit dem praktischen Erfolg das Theoretisieren für viele erübrigt. Darauf konnte die KBW-Erbengemeinschaft eine Antwort geben, weil sie es verstand, sich von der leidigen Finanzfrage zu emanzipieren: Dienstleistungen zu Dumping-Preisen!

Gründe für diese scheinbar bescheidene Rolle gab es genug: Zuerst mußte es sich überhaupt rumsprechen, daß man nicht mehr der Bürgerschreck von gestern war, bevor man praktisch mitmischen konnte. Zweitens mußte ein Weg gefunden werden, die erheblichen Finanzmittel den neuen Zwecken nutzbar zu machen; das ging aus juristischen Gründen nur über die Zustimmung der letzten Mitglieder. Seit April 1982 war die ungelöste Eigentumsfrage für die führenden KBW'ler der einzige Grund, die Organschaft „KBW und Gesellschaften" aufrechtzuerhalten. Zwei Jahre später ist jede Unsicherheit über das diesbezügliche Abstimmungsverhalten der Mitglieder beseitigt. Erreicht wurde das durch die systematische Konfrontation der lesenden Mitgliedschaft mit der „Vielfalt der Ansätze", gegen die ihnen nichts mehr einfallen wollte. Weil einem an Rudolf Bahro z.B. früher nur auffiel, daß er nicht Karl Marx heißt, mußte und wollte man sich nun geehrt fühlen, daß solche bekannten Leute ausgerechnet im eigenen Organ veröffentlichen.

verhalten der Mitglieder beseitigt. Erreicht wurde das durch die systematische Konfrontation der lesenden Mitgliedschaft mit der „Vielfalt der Ansätze", gegen die ihnen nichts mehr einfallen wollte. Weil einem an Rudolf Bahro z.B. früher nur auffiel, daß er nicht Karl Marx heißt, mußte und wollte man sich nun geehrt fühlen, daß solche bekannten Leute ausgerechnet im eigenen Organ veröffentlichen.

Unter Hervorhebung „großer Namen" und des Tatbestandes, daß es sich nicht um Ex-KBW'ler handelt, wurde in einem zweiten Schritt in Form teurer Anzeigenkampagnen an einer Auflagenerweiterung gearbeitet. Erst der Neuzugang der MOZ-Leser brachte die weiterhin mit 100.000 DM bezuschußte „Kommune" in Auflagenbereiche, unterhalb derer es andere erst gar nicht wagen würden anzufangen. Im Mittelpunkt der Eigenwerbung steht immer die vor keiner Peinlichkeit zurückschreckende und anbiederische Relativierung der eigenen Position: „Wir hatten schon oft gedacht, endgültig zu wissen, wo es langgeht" oder: „Wenn wir mit einem Problem ‚fertig' sind, wird es Zeit, vorsichtig zu werden." Auf diese Weise brachte man sich innerhalb von 24 Monaten „in's Gespräch" und ist sich heute ziemlich sicher, die Form der „Debatte" und die Technik des geheuchelten „Hinterfragens" so handhaben und einsetzen zu können, daß die eigenen Absichten mit der Resultierenden aus Gewicht und Fliehkraft genau zusammenfallen. Steuerung der Abweichungen und damit der Richtung der Resultierenden, das ist das ganze Geheimnis des Pluralismus der alten Linienkämpfer, die angeblich gar nichts mehr durchsetzen wollen. Und das geht so: Macht sich in Heft 6/84 jemand für's Gottsuchen stark, darf in Heft 11/84 ein etwas zurückgebliebener Altgenosse — verbunden mit vielen Entschuldigungen für den gewissen verbliebenen Dogmatismus — dagegen aufbegehren. Daraus, daß sich nur einer über den frommen Artikel empörte und durch Nachschieben einer Anti-Kritik in 12/84 kann der Leser dann die Haupttendenz des Blattes ausloten. Oder: In Heft 10/84 wirbt ein grüner Bundestagsabgeordneter (Auhagen) für eine Gesellschaft von dynamischen Kleinkapitalisten. Einen bei den Grünen als Angestellter arbeitender „Kommune"-Leser erinnert dieses Konzept an das der Nazis, was er mit Zitaten begründen kann. Die pluralistische Redaktion versieht den ganzen Artikel mit redaktionellen Fußnoten, wovon eine lautet: „Solche Töne sollten wir einfach langsam (!) unterlassen." (12/84).

In Heft 11/84 fragt ein verwirrter Leser, der sich wehmütig an die Zeit erinnert, in der er „um halb sechs aufgestanden (ist), um Flugblätter zu verteilen", seinen Ex-Sekretär: „Welches Interesse (haben) wir eigentlich ... noch ..., wenn wir Kritisches über das herrschende System äußern?" Bei genauerem Studium der „Kommune" könnte er zumindest das Interesse der Redaktion herausfinden.

Fazit: Mit Finanzquellen, die früher für andere und wenigstens von der guten Absicht her bessere Zwecke aufgebracht wurden, hat es eine Gruppe von KBW'lern geschafft, mehr zu erreichen, als „nur" die Farbe zu wechseln. Dieses „Mehr" besteht darin, daß es ihr gelungen ist, ein „bundesweites Debattenorgan" zu etablieren und darüber eine spezielle — „sozialökologische" — Variante des Sozialchauvinismus zu propagieren: Die „marxistisch-leninistische revolutionäre Vaterlandsverteidigung" verbindet sich mit grünen Ideen zur **ökologischen Vaterlandsverteidigung**, und die beschränkt sich längst nicht mehr auf das Staatsgebiet der BRD.

Wohl oder übel wird man die „Wegbeobachtung" der „Kommune" intensiver betreiben müssen. Der „Stallgeruch der gemeinsamen Abkunft", der Schmierer so unangenehm ist (12/84), erlaubt es halt, auch die „neuen Erkenntnisse', bis zur Quelle zurückzuverfolgen.

»André-Gorz«-Stiftung oder »Glucksmann-Gesellschafter«?

„Daraus, daß die „menschliche Seite" des KBW auch einen harten Geldkern hatte, sollte man jedenfalls nicht schließen, daß diese Mittel nun an diejenigen verteilt werden, die weiterhin für — ganz grob gesagt — ähnliche Ziele eintreten wie die, für die diese Gelder einmal aufgebracht wurden." Im November stand es so im AK. Was

geblich die zentrale Position Schmierers in der ganzen Angelegenheit, über den er — um einen Analogieschluß nie verlegen — urteilt: „Le KBW, c'est LUI". Gleichzeitig begrüßt Koenen ausdrücklich Inhalt und Konzept von Schmierers „Kommune". Aber statt seines früheren ZK-Sekretärs sähe Koenen lieber **direkt** den „Schatzmei-

»André-Gorz«-Stiftung oder »Glucksmann-Gesellschafter«?

„Daraus, daß die „menschliche Seite" des KBW auch einen harten Geldkern hatte, sollte man jedenfalls nicht schließen, daß diese Mittel nun an diejenigen verteilt werden, die weiterhin für — ganz grob gesagt — ähnliche Ziele eintreten wie die, für die diese Gelder einmal aufgebracht wurden." Im November stand es so im AK. Was hat sich seitdem getan?

Die von G. Koenen geplante Schrift über die „menschliche Seite des KBW" ist bisher nicht erschienen, und der KBW hat seine Auflösung um zwei Monate auf den 16. Februar 1985 verschoben.

Koenen ist inzwischen mit einer anderen Veröffentlichung hervorgetreten, in der es um den entscheidenden Grund für die Verschiebung der letzten KBW-Konferenz geht: die Finanzfrage! Unter dem Kürzel „gek" kritisiert Koenen als „kompetenter Insider" und „Experte des V.ZK" die vom „Kommune"-Herausgeber Schmierer geplanten Finanztransaktionen. Die von letzterem geplante Neuordnung der Verfügungsgewalt über die 9 bis 10 Millionen soll die bereits praktizierte Indienstnahme dieser Mittel für die Subvention der „Kommune" und ihrer Redaktion über eine (absichtlich) kompliziert konzipierte Rechtskonstruktion unanfechtbar machen. Deshalb wollte man sich bei der Einladung der ca. 300 Restmitglieder und der Vorbereitung der Beschlußvorlagen keine Ungenauigkeiten erlauben: Die Sache muß ordnungsgemäß gegenüber der bürgerlichen Rechtssprechung verlaufen, soll sie nicht gefährdet sein! Miet- und andere Zinsen sowie Gewinne aus Satz und Druck (noch während der Abspaltung des BWK wurde eine Druckmaschine für rund 1 Mio. DM angeschafft) sollen in Zukunft offiziell an „Kommune" und Sendler-Verlag fließen. Beide werden bereits mit jeweils über 100.000 DM jährlich bezuschußt. Der Kapitalstock soll von einem „Darlehensgeber-Verein" kontrolliert werden, dem „neben" Schmierer noch andere — bisher unbekannte — „legitime Erbfolger" des KBW angehören sollen.

Dies mißfällt vielen und eben auch Koenen. Aber im Unterschied zu vielen weiß Koenen, wie man seiner Meinung **Gewicht** verschaffen kann: Man äussert sie in der „Frankfurter Alternativzeitung Pflasterstrand", wohl wissend, daß sie dadurch die Qualität einer „Meldung" (FAZ, 19.12.84) bekommt, weil der offizielle Journalismus von FR bis FAZ durch Erfahrung weiß, wo die „Trends" der Szene kreiert werden.

Worüber empört sich der Polenexperte nun konkret? Ihm mißfällt angeblich die zentrale Position Schmierers in der ganzen Angelegenheit, über den er — um einen Analogieschluß nie verlegen — urteilt: „Le KBW, c'est LUI". Gleichzeitig begrüßt Koenen ausdrücklich Inhalt und Konzept von Schmierers „Kommune". Aber statt seines früheren ZK-Sekretärs sähe Koenen lieber **direkt** den „Schatzmeister der Grünen in Hessen" als Chef des Aufsichtsrates dieses dann wohl größten westdeutschen „Alternativbetriebes": Gorz' Konzept einer Dualwirtschaft kommt unerwartet zügig voran! Eine „Stiftung" soll seiner bescheidenen Meinung nach an die Stelle des „Darlehensgebervereins" treten und per Satzung garantieren, daß die gespendeten und auch von KBW-„Bautrupps" einmal produzierten Mittel — einst gedacht als „revolutionäre Infrastruktur" — eindeutig **grünen** Zwecken dienlich sind. Die „Kommune"-Subvention soll zeitlich und materiell begrenzt werden.

Genau hier zeigt sich die nicht offen ausgesprochene dahinterstehende politische Differenz zwischen dem Multitalent und dem Polenexperten: Man kann als ehemaliger „Orthodoxer" auf verschiedenen Wegen zu den Grünen finden. Der biederste davon führt über den KBW-Austritt und den Eintritt in die neue Partei — nach einer Anstandsfrist natürlich. Weniger bescheidene Leute gehen einen anderen Weg, und der heißt: *„Den Parteibildungsprozeß der Grünen unterstützen"* (Schmierer). Ein Joscha Schmierer will nicht nur und nicht einfach grün werden, sondern bestimmte „Lehren" aus der KBW-Zeit bei den Grünen „einbringen", und zwar nicht als machtlose Einzelperson, sondern mit Power.

Es macht halt einen Unterschied, ob man **Gast**-Kommentare in Cohn-Bendits Journal schreibt, oder ob man in der **eigenen** „Kommune" (mit einigen Millionen im Kreuz) veröffentlicht und besagtes Journal nebenbei noch finanziell bezuschußt. Schmierer will nicht ein hessischer Minister für Müll und Bäume werden, sondern eher ein westdeutscher Glucksmann („Französisierung der Linken", Schmierer 12/84): C'est la différence!

Beiden Kontrahenten, und das muß festgehalten werden, geht es nicht darum, das KBW-Realvermögen an Leute mit weiterhin bestehendem marxistischen Anspruch zu verteilen; ja es wird nicht mal erwogen, diejenigen zu unterstützen, die noch heute ihre Geldstrafen abzahlen, mit denen der Staat ihr Eintreten für die damaligen KBW-Ziele verfolgte.

G.J./M.S./K.W. - Hamburg

Kleines »Kommune«-Lexikon

Die folgenden Zitate aus der „Kommune" (11/84 und 12/84) sind wie alle Zitate natürlich aus dem Zusammenhang gerissen. Wir garantieren jedoch: Die vollständigen Texte sind bedeutend schlimmer.

Armee: „Unsere heutigen Bewegungen neigen dazu, das Militär als atomwaffenstarrenden Apparat ins Visier zu nehmen und ihn nicht als ‚lebenden Organismus' innerhalb der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen zu behandeln." „ ... Das Problem (ist), wie dieser autonome Männerapparat positiv aufgebrochen werden kann ..." (M. Ackermann, 12/84).

Bedürfnisse, zahlungsfähige: „Um hier" (Rundfunk/TV) „die Entwicklung wieder zurück auf eine Orientierung an den tatsächlichen Bedürfnissen zu drehen, könnte als zentraler Hebel die Verteilung der Gebühren gemäß der Einschaltquoten als Regelinstrument diskutiert werden." (G. Heinemann, 12/84)

Chancen: Wie können „Radikalität in der Sache und schrittweise Reformpolitik zusammengehen ..."? „Praktisch stellt sich das Problem heute erstmals in der Nachkriegszeit als Chance. Und genau hier ist die Bildung der grünen Partei eine Antwort, im Unterschied zu den reformistischen Jusos auf der einen Seite und ML- und anderen revolutionär-extremistischen Gruppen auf der anderen Seite ..." (J. Schmierer, 12/84)

Gott: „Nur wenn es gelänge, das Leben als obersten Zweck einzusetzen, noch über Albert Schweitzers ‚Ehrfurcht' hinaus, als ‚Wirklichkeit und Selbstgenuß Gottes' ... kann ... eine neue Friedensordnung begründet werden." (R. Hoffmann, 6/84 und 11/84)

Herrschaft, stabile: „ ... freie Meinungsbildung im Parlament — Sachlichkeit statt Block- und Fraktionszwang" ... „Diese Forderung muß man dann verbinden mit einer, die zeigt, daß freie Mehrheiten nicht zur Unregierbarkeit und Instabilität führen müssen". (M. Jäger, 12/84)

Identität, echte: „Buenos Aires ist eine Stadt, die noch Quartiere hat" (gemeint sind die Quartiere der Armen). „Da können die Leute entscheiden. Da sind sie jemand. Da haben sie einen Namen, ein Gesicht und eine Bedeutung." (M. Max-Neef, 11/84)

Japan, kräfteschöpfendes: „Mit der Entscheidung in Sekigahara bricht in Japan eine Zeit der Umwälzungen an, die seine Geschichte bis heute geprägt hat. Die Menschen sind kriegsmüde geworden, sie wollen endlich in Frieden gelassen werden, ihr Land bebauen oder ihrem sonstigen Gewerbe nachgehen." (M. Meyer, 12/84)

Konkurrenz, kapitalistische: „Zu fragen wäre, ob die der Stahlindustrie zur Verfügung gestellten Subventionen nicht sinnvoller ... zum Umsteigen auf andere Industrien ..." zu nutzen wären. „ ... die massiven Betroffenheiten führen nicht darum herum anzuerkennen, daß davon" (vom Stahl) „zuviel prduziert wird." (G. Dey, Betriebswirt, 12/84)

Landesverteidigung, alternative: „Bedeutet alternative Verteidigung nicht auf jeden Fall Militarisierung der ganzen Gesellschaft? ... Die Gefahr, daß die Waffen gegen innere Gegner eingesetzt werden, ist ... eher gering: angestrebt wird ja gerade eine Demokratisierung durch die Beteiligung und größere Verantwortlichkeit der Bevölkerung ..." (K. P. Martin, 12/84)

Nazis: „Besonders aufregend und erholsam" (in den USA) „ist die Szene der Gruppen und sonstigen Initiativen. Da gibt es viel Exotisches, wie ... ‚Nazis gays für christ' ...., der Phantasie sind da keine Grenzen gesetzt." (J. Müller, 11/84)

Profit(-chen): Man muß die „Herstellung und Verteilung von Gütern und Dienstleistungen möglichst ‚un-ökonomisch' regeln, d.h. ... möglichst wenig vermittelt über Gewinn- und Einkommensmaximierungsziele." (R. Pfriem, Betriebswirt, 12/84)

Renten: „Positives am Blüm-Modell. Durch das Modell wird ein Bedarfsgesichtspunkt in das Rentensystem eingeführt ..." (M. Opielka, M. Schreyer, 11/84)

Schichtarbeit, verträgliche: „So würde die Einführung einer vierten Schicht in der Stahlindustrie nicht nur die Arbeitssituation erträglicher machen, sondern auf einen Schlag die Zahl der notwendigen Arbeitsplätze um ein Drittel vergrößern ..." (R. Fücks, 11/84)

Trends: „Die Spitzen der Bauernverbände stehen unter Druck... Stillhalten ist nicht mehr gefragt. Neue Zusammenschlüsse bilden sich ... Bei der Mai-Tagung ... wurde offen der Wahlboykott erörtert, aber noch (!) abgelehnt." (W. Meyer, 12/84)

Zentralismus, demokratischer: „Langfristig sollte es das Ziel alternativer und grüner Rundfunkpolitik sein, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu demokratisieren. ... Dabei sollten Möglichkeiten der Direktwahl der Rundfunkräte überlegt werden." (A. Ströver, 12/84)

Die hier abgedruckten Artikel zum KBW wurden von einer Gruppe von ehemaligen KBW-Mitgliedern verfaßt, die uns auch schon den Artikel „Über die menschliche Seite des KBW" (erschienen in AK 252) zur Verfügung gestellt hat. Ihre Kritik an der Überschrift „Addio, amore" (zur Karikaturensammlung, ebenfalls erschienen in AK 252) haben wir geprüft und müssen gestehen, daß wir beim nochmaligen Nachschlagen im deutsch-italienischen Wörterbuch einräumen müssen, uns geirrt zu haben. Vielmehr hätte es heißen müssen: „Ciao, amore mio". Wir hoffen, daß dies nicht auch in anderen Kreisen zu Zweifeln an unserer ideologischen Haltung geführt hat.
AK-Redaktion

Der 1983 durch den Roman ,,Der Name der Rose'' schlagartig populär gewordene italienische Semiotik-Professor Umberto Eco hat unlängst im S.-Fischer Verlag eine 1964 erstveröffentlichte Aufsatzsammlung ,,Apokalyptiker und Integrierte'' zur Massenkultur und deren Kritiken herausgebracht.

Dieses Buch möchte ich den AK-Lesern und Leserinnen wärmstens empfehlen.

Junk Culture

Umberto Eco: »Apokalyptiker und Integrierte«

,,Semiotik''?!?

Eco gilt als einer der geistigen Väter der modernen Semiotik, der Wissenschaft von den sprachlichen Zeichen, die sich u.a. mit Literatur, Bildergeschichten, Filmen, Moden, kurz: allen menschlichen Zeichensystemen, befaßt und sie im Hinblick auf ihre Bedingungen, Bedeutungen, Strukturen etc. zu entschlüsseln sucht.

... und einige Anwendungen

Im vielfach raubgedruckten Szene - Bestseller ,,Der Name der Rose'' ging es um die Aufklärung einer Mordserie in einem Kloster, bei der die jeweiligen Todesarten der Johannes-Offenbarung, einer Vision des Weltendes, entlehnt waren. Ein eigentümliches Interesse an der Apokalypse kennzeichnet übrigens auch einige von Ecos bundesdeutschen Jüngern; erwähnt sei hier nur der Kreis um die alte ,,sounds''-Redaktion (D. Diederichsen, O. Dante-Marx et. al.), speziell ,,Die semiotische Katastrophe'' in ,,Schocker'', rowohlt 7731, 166 ff.

Der Verdacht des Kulturverfalls

Im vorliegenden Band bemühɾt sich Eco, einige Strukturmerkmale populärer Kultur (e.g.: Comics, Fortsetzungsromane, Filme) konkret zu analysieren, den Inhalt ihrer Botschaften zu entschlüsseln und ihren Stellenwert im gesellschaftlichen Überbau zu bestimmen.

Ein wesentliches Merkmal seiner Untersuchungen ist dabei, daß er den Spaß an der Massenkultur nicht leugnet, sondern ihn zum Gegenstand der Untersuchung macht, ohne daß diese
Untersuchungen ist dabei, daß er den Spaß an der Massenkultur nicht leugnet, sondern ihn zum Gegenstand der Untersuchung macht, ohne daß diese
inquisitorische Züge annimmt. ,, *(...) vielleicht habe ich diese Aufsätze nur geschrieben, um mir selbst und anderen zu beweisen, daß man von derlei Dingen sehr wohl fasziniert sein konnte, ohne sie deshalb um jeden Preis zu rechtfertigen (oder zu entschuldigen)''* (S.9).

Millionen glauben an den Zusammenhang von Schweiß, Gefühl und Ehrlichkeit. In Wahrheit zählt die Kunst des Zitats
Fehlfarben, die Kunst des Zitats

Ecos Argumentation zur Massenkultur verläuft etwa so: Die Massenkultur ist ein Produkt des Industriezeitalters mit seinem Aufstieg der Unterklassen zum geschichtlichen Subjekt: ,, *(...) das Universum der Massenkommunikation (...)''* (18) ,, *(...) entsteht mit dem Aufstieg der subalternen Klassen zum Genuß der kulturellen Werte und mit der Möglichkeit, kulturelle Güter mittels industrieller Verfahren herzustellen''* (18).

Am Beispiel früher Volksbücher führt Eco dann den Doppelcharakter der Massenkultur vor: ,,*Indem diese Bücher den Rahmen einer offiziellen Moral unter dem Volk verbreiteten, besorgten sie das Geschäft der Befriedung und der Kontrolle: Indem sie den Ausbruch bizarrer Launen begünstigten, lieferten sie das Material für Ausflüchte.''* (20 - 21) Die verbreitete Kritik an der Massenkultur sieht in dieser das Ende jeglicher Kultur (mindestens) sich ankündigen (eine repräsentative Auswahl populärer Anklagen gegen die Massenkultur findet sich ab Seite 42 ff).

Eco weist aber auch auf den ideologischen Hintergrund der üblichen Kritik: ,,*Versteht man unter Kultur eine ,aristokratische' Tatsache, die eifersüchtige, beharrliche und einsame Übung einer Innerlichkeit, die sich stetig veredelt und der Vulgarität der Menge entgegenstellt (...), dann ist allein schon der Gedanke einer von allen geteilten, einer offenen Kultur ein monströser Widersinn. Die ,,Massenkultur'' erscheint dann als die Antikultur''* (15).



Auf den Polen der Anklage bzw. der Verteidigung der Massenkultur macht Eco einerseits die Apokalyptiker, an-
Auf den Polen der Anklage bzw. der Verteidigung der Massenkultur macht Eco einerseits die Apokalyptiker, an-
dererseits die Integrierten aus: ,,*Während die Apokalyptiker gerade dadurch überleben, daß sie Theorien über den Zerfall ausbilden, versagen sich die Integrierten weitgehend der Theoriearbeit; sie erzeugen und übermitteln ihre Botschaften in unbefangener Leichtigkeit, tagtäglich, auf allen Ebenen.''* (16). Und etwas weiter: ,,*Das Bild der Apokalypse zeichnet sich ab, wenn man die Texte über die Massenkultur liest; das Bild der Integration entsteht bei der Lektüre der Texte aus der Massenkultur''* (16).

Die ,,Entgegensetzung der einsamen Geistesklarheit des Intellektuellen einerseits und des 'Massenmenschen' andererseits'' (23) hat ihre Wurzel ,,in der Polemik jener Gruppe, die wir heute als Herr Bruno Bauer und Konsorten zu bezeichnen pflegen (...)'' (23), ihre Wurzel hat sie ,,nicht in der antizipierenden Wahrnehmung neuer Kräfte, wie sie glauben machen will, sondern in einer pessimistischen Einschätzung des Menschen, dieses ewigen **anthropos**, der in Eros und Thanatos gespalten und unrettbar verloren sei.'' (21).

Nicht selten verbirgt sich auch hinter den schärfsten Attacken auf die Massenkultur, hinter dem ,,Gestus des Intellektuellen, der sich vom Kitsch bedroht sieht'' (26), daß der Kritiker ,,zunächst einmal erheblich gefesselt war und daß genau dies ihn verstörte.'' (29) Die Konsequenz des Apokalyptikers: ,,Statt das Massenprodukt im einzelnen zu analysieren, negiert er es, insgesamt.'' (26) Jedoch: ,,Die Negation einer Lösung ist nicht die Lösung eines Problems.'' (49) und, falls die Frage ,,Sind die apokalyptischen Visionen möglicherweise das raffinierteste Produkt, das sich dem Massenkonsum darbietet?'' (16) angesichts ,,Ghostbusters'', ,,Mad Max III'' und ,,Philadelphia-Experiment'' noch nicht aktuell genug erscheint, läßt sich denen, die ,,den Traum vom vielseitig gebildeten und nachdenklichen Edelmann wiederholen'' (41) auch noch Ecos Aufforderung, sich die Hände schmutzig zu machen, entgegenhalten: ,,Das Schweigen ist kein Protest, sondern Komplizenschaft; ebenso die Weigerung, sich zu kompromittieren.'' (50).

Illusionen im Herzen der Bestie

Illusionen im Herzen der Bestie

Während die rückwärts orientierten Apokalyptiker also dem Eingreifen entraten, geben die Integrierten, von denen viele die Massenkultur, an deren Produktion sie oft selber beteiligt sind, bereits für die Kultur *der* Massen halten, auch nicht viel Anlaß zur Beruhigung. ,,Die Apokalypse ist eine Besessenheit des *dissenters*, des Andersdenkenden; die Integration ist die konkrete Realität derjenigen, die *nicht* abweichen, *nicht* anderer Meinung sind.'' (16)

Das Mögliche im Wirklichen sehen

Eco versucht einen dritten Standpunkt zu skizzieren, der sich von den beiden vorgenannten durch sein konkretes Einlassen auf die Objekte unterscheidet: ,,Wir sind der Ansicht, daß dann, wenn wir *in* einer und *für* eine nach menschlichem Maß gebaute Welt wirken wollen, dieses Maß nicht durch die Anpassung der Menschen an die tatsächlichen Bedingungen bestimmt werden kann, sondern vielmehr allein *im Ausgang von diesen tatsächlichen Bedingungen.''* (18)

Auf diese Weise läßt sich zu brauchbaren Aussagen über Massenkultur kommen. ,,Sobald die Kulturindustrie korrekterweise als ein System von Bedingungen verstanden wird, das mit (...) geschichtlichen Bedingungen zusammenhängt, verläßt die Diskussion die Ebene der Allgemeinheit und betritt die komplementären Zonen der analytischen Beschreibung der Phänomene und ihrer Interpretation anhand des geschichtlichen Kontexts, in dem sie auftreten.'' (22)

Die Massenkultur und ihre Industrie einmal als geschichtliches Faktum akzeptiert, muß die ,,Einstellung gegenüber dieser Situation (...) die gleiche sein wie einst die gegenüber dem System der Bedingungen des ,,industriellen Maschinenzeitalters'', für welches das zentrale Problem nicht war, wie man zur Natur, d.h. hinter die Industrie zurückgehen könnte, sondern wie ein neues Bild vom Menschen im Verhältnis zur gegenwärtigen Lebenswelt zu gewinnen wäre — eines Menschen, der nicht von der Maschine befreit ist, sondern der *frei ist im Verhältnis zur Maschine.''* (22-23)

sondern der *frei ist im Verhältnis zur Maschine.''* (22-23)

Die semiotische Guerilla

Eco beschreibt die Zielrichtung semiotischer Analysen (und semiotisch orientierter Intervention generell) mit folgendem Satz: ,,Das Problem besteht nicht darin (...), den Sessel des Fernsehintendanten zu besetzen, sondern darin, einen Sessel vor jedem Fernsehgerät zu besetzen (...).'' (13)

Wobei ein solches Unterfangen mit Sicherheit nicht gelingen wird, solange ,,Dallas'', ,,das erste vollmarxistische Kunstwerk aus den USA'' (D. Diederichsen, ,,Spiegel'' 30.4.84), eben nur ein heimliches Laster linker Aktivisten bleibt, solange nur mit großer Geste die ,,bürgerliche Kultur'' insgesamt abgehakt wird oder aber Ideologiekritik, also der Nachweis falscher Ansichten des/der Produzenten/in, als nonplusultra linker Befassung mit Kultur gilt, als ob dieser Nachweis auch bedeutet, daß ein/e Besitzer/in falscher Ansichten nicht richtige Beobachtungen machen kann.

Who is to say what is what? Welcome to conditioning Howard Jones, conditioning

Ein kommunistisches Interesse (oder, bescheidener: ein Interesse von Kommunist/inn/en und anderen Linken) an der Massenkultur könnte es z.B. sein, genaueren Aufschluß über die Methoden der Herstellung und Durchsetzung des gesellschaftlichen Grundkonsens zu erhalten. Wie wir gerade im gottlob abgelaufenen Jahr 1984 nicht müde wurden, festzustellen, funktioniert die Aufrechterhaltung der bestehenden Unordnung sehr gut ohne tägliche 10 Haß-Minuten und Big-Brother-Poster, ,,Heute läuft das alles viel subtiler'' ist ja linker (und was sich für das halten mag) Gemeinplatz geworden. Ja, nur wie?

Angesichts des sich rasch ausbreitenden Mediensektors, angesichts der neueren Entwicklungen insbesondere der visuellen Medien (technisch wie ästhetisch) erscheint mir die verbreitete linke Kultur-Arroganz ausgesprochen anachronistisch. Und wie ich bereits in meinen vorigen Artikeln bemerkt habe, scheint mir ein sehr enger Zusammenhang zu bestehen zwischen politisch-gesellschaftlicher und kultureller Isolation der Linken. (Ist es eigentlich wirklich nur bürgerliche Propaganda, daß ,,Kommunisten selten lachen''?)

No more wasting time synchronize tell them this is mine Heaven 17, this is mine

Wenn die Linke in der BRD ihre gesellschaftliche Isolation nicht noch (ohne Not!) weiter treiben will, indem sie ein bestenfalls oberflächliches Interesse daran zeigt, woher die Ideen der Menschen kommen, wird ihren Aktivisten wohl nichts anderes übrig bleiben, hin und wieder ins Kino zu gehen, ein Buch oder einen Comic zu lesen, auch mal die eigene und fremde Garderobe zu betrachten, kurz: Interventionen auf kulturellem Gebiet schon mal durch sachkundig-machen vorzubereiten. (Wo dies bereits heute geschieht, nehmen die linken/alternativen/grünen etc. Aktionen eigenartigerweise meist die Richtung zur Farblosigkeit, zum Grau, wie sich besonders augenfällig an der Kleidung (z.B. die grüne Bundestagsfraktion mit ihrer aus allen Maschen sprießenden Lebendigkeit; jede/r wird Beispiele aus ihrer/seiner Umgebung kennen). Die Ursache für diese Tendenz dürfte in der Weigerung liegen, sich der Mode auszuliefern, was natürlich auch deren kreative und produktive Aneignung ausschließt).

Wider den Kulturbolschewismus!

Angenommen, linke Intervention auf kulturellem Gebiet sei als Notwendigkeit akzeptiert, dürfte Ecos Behauptung, ,,(...) daß die Kategorie des Reformismus auf die Sphäre der Kultur überhaupt nicht anwendbar'' (50) sei, von Belang sein. ,,Auf der Ebene der Zirkulation der kulturellen Werte kommt es (...) niemals vor, daß eine Idee, auch wenn sie isoliert in Umlauf gebracht wird, zum statischen Bezugspunkt von Wünschen wird, die nunmehr befriedigt sind; vielmehr erweitert sie den geführten Diskurs oder eröffnet einen neuen.'' (50)

Gute Aussichten also für alle, die bereit und interessiert sind, sich ,,auf die Ebene partikularer Entscheidungen, nämlich des Eingriffs'' einzulassen, ,,der sich in der Doppelgestalt der Kol-
reit und interessiert sind, sich ,,auf die Ebene partikularer Entscheidungen, nämlich des Eingriffs'' einzulassen, ,,der sich in der Doppelgestalt der Kol-
laboration einerseits, der kritisch-konstruktiven Analyse andererseits vollzieht.'' (51)

Gegenstände für solche Analysen bieten sich ja massenhaft an; für ein lohnendes Unternehmen hielte ich eine Analyse der verschiedenen Formen des Irrationalismus, der Hinwendung zum Okkulten, dem Verstand (angeblich) nicht Zugänglichen.

Um einen Eindruck von dem Einfluß solcher Strömungen zu geben, sei hier auf die neue TV-Reklame für den Renault 5 erwähnt, die sich in Form und Inhalt eindeutig auf Steven Spielbergs messianische Kassenknüller ,,Unheimliche Begegnung der 3. Art'' und ,,E.T.'' bezieht. Mittels der gleichen Methoden, mit denen Spielberg seinen Außerirdischen die Sympathie des Publikums sichert, sollen nun also Autos angepriesen werden. Wobei Spielberg immerhin für die Dauer des Films die Illusion vom außerirdischen Freund aufrecht erhält, während Renault offen zynisch wird.

Offenkundig glaubt die von Renault beauftragte Werbeagentur, die von ihr gewünschten Effekte mittels der von Spielberg entwickelten Darstellungsweisen okkulter, magischer Zeichen bewirken zu können.

Hingegen bekomme ich von Linken auf die Frage nach Spielberg — oder John Carpenter-Filmen meist zu hören: ,,Solche Filme schau ich mir nicht an'', wobei unklar bleibt, was der/die Sprecher/in mit ,,solchen'' Filmen eigentlich meint.

Wenn aber kein Verständnis für die Vermittlungsweisen z.B. des Neuen (also des alten) Irrationalismus besteht, kann auch die Erkenntnis des 1. KB-Kongreß, daß nämlich die (relativ) massenhafte Hinwendung zum Marxismus Anfang der 70er Jahre eine Modeerscheinung war, nicht viel fruchten, weil über die Gründe solcher ideologischer Moden weitgehende Unklarheit herrscht und anscheinend auch kein sehr starkes Interesse vorhanden ist, diese Lücken in der materialistischen Weltanschauung aufzufüllen.

Phantomias, z.Zt. Köln, 7.1.84
(Die Überschrift habe ich der gleichnamigen OMD-LP entliehen).

Das Buch von Umberto Eco kostet 34,- DM, ISBN 3-10-016602-7, es ist erschienen im S. Fischer-Verlag

Buchbesprechung

Diktatur der Freundlichkeit

Im Oktober 1984 erschien das Buch „Diktatur der Freundlichkeit: Über Bhagwans Ashram-Bewegung, die kommende Psychokratie und die Lieferanteneingänge zum wohltätigen Wahnsinn." Herausgegeben wird die Textsammlung von der Initiative Sozialistisches Forum Freiburg (ISF). Deutung der Psychowelle, des Sektenunwesens, der Magie- und Astrologiehörigkeit — das ist das Anliegen der Autoren.

Sprachlich wird dem Leser einiges zugemutet! Die „Erfahrungsberichte" wie „Ashram in Freiburg", „Sommerurlaub 1983 in Oregon ..." sind noch leicht zu lesen, während z.B. der Einleitungsartikel der ISF wegen der fast unzumutbaren komplizierten Ausdrucksformen den geduldigen Leser — leider — ständig dazu verführen will, das Buch aus reiner Wut in die Ecke zu schmeißen. Das hätte bedacht werden sollen. Schließlich sollen Menschen überzeugt werden. Die Autoren können inhaltlich etwas bieten, und, auch wichtig, die Autoren sehen ihr Werk in größeren Dimensionen: Die von ihnen nachgezeichnete Entwicklung schaffe „den gesellschaftlichen Resonanzboden für die Freundlichkeit der Diktatur" (lt. Klappentext).

Für viele einschlägig Interessierte könnte der Titel des Buches eine ungeheuerliche Provokation sein: Wie kann „Freundlichkeit" — eine Persönlichkeitseigenschaft, die Wertschätzung meinem Gegenüber in hohem Maße ausdrücken soll — gerade Wesensmerkmal einer neuen Diktatur sein?! Trotzdem, es lohnt, das Buch zu lesen.



Endlich — die Erleuchtung



Encountergruppe auf Reisen in ein früheres Leben

Ebnete die Linke Bhagwan den Weg?

Da empört sich so ein psychoanalytisch geschulter „Recke" der Studentenbewegung — genannt Reimund Reiche, daß er den Poona-Film in einem „Stadtteilkino der Linken unkritisch ... inszeniert" ansehen muß. Und tatsächlich, die Zuschauer fänden den auch noch toll! Das reizt doch zum zurückschlagen: „Selbstunterwerfungsbewegung", Autoritätshörige, Beziehungshungrige, Menschen, „die von dem Führer ... auf magische und irrationale Art und Weise geheilt und gesättigt, gesund und stark gemacht werden möchten" (S. 39). (1)

Mit Vorwürfen allein ist kein „Schwarzes Schaf" (wenn es denn tatsächlich eines ist!) in den heimischen (gesunden?) Stall zurückzulocken.

Aber Reiche kann auch anders. Zu denken gibt allerdings die These (S. 41), es sei „die manische (= krankhaft heiter — Anm. Verf.) Verleugnung der historischen Niederlage der Protestbewegung", die schuld sei am Zulauf, den Bhagwan u.ä. hätten. Schließlich habe die Protestbewegung den „Hunger nach Sinn" wachgerufen. Die Linke erträumte „.... die Verbindung von Leben und Arbeit, die Auflösung einengender traditioneller Familienstrukturen, gemeinschaftlicher Arbeit an einem Projekt, Freiwilligkeit und Reduktion äußerer Sanktionen, unaggressive, liebevolle Umgangsweisen, Zulassen von Emotionen, Körperlichkeit und bindungsloser Sexualität." (S. 47) Oder noch viel direkter Joachim Bruhn (S. 61): Jeder Teil der Sozialen Bewegung hätte seinen Teil dazu beigetragen zu dieser neuen Theorie und Praxis Bhagwans. Die Spontis durch ihre „Propaganda der Politik in erster Person" (Bhagwan predigt: „Sobald du anfängst, dich zu akzeptieren, erlebst du dich als ein Reservoir an Energie ..." — Bhagwan Shree Rajneesh, „Sprengt den Fels der Unbewußtheit!", Frankfurt a.M. 1980, S. 20, abgekürzt im folgenden: B., S. ...), die Frauenbewegung durch die „Entdeckung der Ur-Produktivkraft Mütterlichkeit", „die aus dem Körper eine Waffe macht", die Friedensbewegung, die „im Sinn des Lebens ... das Leben selbst" sähe, und Eppler, der „Mehr Menschlichkeit wagen" propagiere.

Doch bitte, was bringt es, Leute, die den Bhagwans nahestehen zu schocken mit der Artikel-Überschrift „Poona oder: Der latente Faschismus" (R. Reiche)? Der Beleg für diese Aussage wird nicht geliefert. Stattdessen: Allgemeinplätze. „Der massenpsychologische Prototyp für alle solche Bewegungen und Sekten ist der deutsche Faschismus."?

Zwar nennt er als aktuelle Beispiele nur die AA (Antiautoritäre Aktionskommune) und Jones Temple-of-Heaven-Sekte. „In Zeiten, die gewaltsamgewalttätigen historischen Ereignissen vorausgehen, nehmen diese Sekten, Bewegungen, Strömungen zu und kündigen so das Ergebnis, das sie in sich tragen, an, zuletzt den deutschen Faschismus." Sekten gab's zu jeder Zeit. Mit ihrer Existenz allerdings die Faschismusgefahr zu beschwören, das liegt doch wohl daneben.

Reimund Reiche wagt dann auch keinen Analogie-Schluß von der „klassischen faschistischen Bewegung auf moderne therapeutische Sekten" (S. 40). Warum dann aber der Vergleich?

„Die Gruppe" — nicht nur soziologisch betrachtet

So bitter es für einen „Alt-Linken" auch sein mag: vieles, was von uns in der Vergangenheit propagiert und auch gelebt wurde, wird heute z.B. von den Sannyasins aufgenommen und auf ihre Art und Weise „fortentwickelt". Wurde den Linken früher angekreidet, ihnen fehle die Leichtigkeit, Freundlichkeit, Offenheit, Lebenslust und spontane Ausgelassenheit, so scheint's heute, als haben diese Leute all das für sich erreicht. In ihren Gruppen. Mit Einschränkungen?

Wolfgang Pohrt weist zurecht darauf hin, daß die „Gruppe" auch als „Zuflucht" dient, jenen Leuten, „.... denen das Leben alle Ansprüche ausgetrieben hat. Ob sie dort basteln oder beten, politisieren oder nicht ist ihnen ziemlich egal, wenn sie nur nicht mehr allein sein müssen." (S. 140) Aber die Tatsache, daß viele Heilung-Suchende ihre neue Identität in der Gruppe zu finden hoffen, ist doch verständlich, wenn die Selbstzweifel, Perspektivlosigkeit an der Identität nagen.

Selbst wenn wir der These folgen, daß hauptsächlich Lebensschwächlinge Zuflucht in Gruppen suchen, was nützt es, kaltschnäuzig „Selbstmordgefahr" bei ihnen festzustellen, wie Joachim Bruhn es andeutet: „Ashram als Selbstmordprävention" (S. 65)?

„Die zur Lebensform radikalisierte Encountergruppe (2), in der Jeder Jedem rund um die Uhr in den Ohren liegt, ist das letzte Mittel, die Überflüssigen von ihrer Selbstabschaffung abzuschrecken." (S. 66) Er zitiert Bhagwan: „Entweder die totale Vernichtung oder eine Revolution. Eine Revolution nicht politisch, nicht sozial, sondern eine Revolution der Herzen" (S. 67). Ja, was passiert, wenn „.... der halbbewußte Wunsch nach der ‚tiefen Ruhe des Selbst' ..." (S. 68) nicht im Gruppenleben herzustellen ist? Bei diesen Überlegungen zur Therapie von Sannyasins ließen sich die Autoren wohl von der Elektroschock-Therapie insperieren?!

Ins Buch aufgenommen wurde auch — aufgrund ähnlicher Überlegungen? — ein Artikel über eine US-Sekte des Führes Jones: Am 18. November 1978 verübte eine Gruppe (ca. 960 Menschen) um den Sektenführer Jones in Guayana kollektiv Selbstmord. Enrico Pozzi schreibt: „Unzählige Dokumente, Beobachtungen und Berichte belegen diese Auflösung der je persönlichen Identität in der Gruppe ..." (S. 122). „Der Mythos der perfekten solidarischen Gruppe läuft Gefahr einzustürzen." „Wenn wir es wirklich schaffen, zusammen Selbstmord zu begehen, dann sind wir wirklich die totale Gruppe ..." (S. 124)

Liebe und Autorität

„Die Beziehung zwischen Jünger und Meister ... ist eine ganz und gar intime, eine Liebesbeziehung." (Vorwort, B., S. 6) „.... die Liebe Bhagwans und das Vertrauen zu ihm" wird erlebt „als eine von uns jeweils individuell anders erlebte, tief unser Leben verändernde Kraft" (ebd.) Findet dann durch diese Kraft zu euch selbst.

Dazu gleich einen typischen Pohrt-Kommentar: „Wie der Therapeut seine spirituelle (!) Energie gibt, so der Patient im Gegenzug seine maßlose Dummheit." (S. 145) Und Idioten kann man nicht helfen. Abgehakt.

Glücklicherweise dringen viele Autoren tiefer ins Problem ein. (Übrigens hat P. auch in dem abgedruckten Aufsatz nicht nur Sprüche auf Lager.)

Ausgehend von den Forschungsergebnissen der Betriebspsychologie würden gruppendynamische Prozesse auf alle Lebensbereiche übertragen. Es liefen demzufolge Selbststeuerungsprozesse in vielen Gruppen ab, die Mitglieder unterwürfen sich f r e i w i l l i g diesem Mechanismus. „Das zunehmende Verlangen nach Therapie für gesunde und normale Durchschnittsbürger erscheint so als Resultat einer gelingenden Ausweitung der Betriebspsychologie auf das in seiner Freizeit für die Arbeit sich reproduzierende Subjekt." Achtgeben sollte mensch nach Meinung vieler Autoren auf einen Initiator dieser „Übertragungsbewegung", auf den US-Psychologen Carl Rogers (S. 71). Er und andere wollen, daß die Kontrolle des Individuums durch das System „Gruppe" übernommen wird. „In der Psychokratie tritt an die Stelle von Befehl und Kommando der siebte Sinn der subalternen Menschen, die das Befohlene schon vor seiner Proklamation ahnen und ... dies Geahnte der Kommandostelle als eigenen Wunsch vortragen ..., den diese dann freundlich genehmigt." (S. 73)

Und wenn sich die Therapeuten dann „freiwillig" in die Gruppe einbringen, mitleben, dann ziele das darauf, „.... Stück für Stück Kontrolleure und Kontrollierte einander näher zu bringen, die bürokratische Kontrolle, die manchmal noch ungenau und Lückenhaft ist, durch eine verschränkte (oder wechselseitige) Kontrolle der Gleichen zu ersetzen ..." (wie André Béjin schreibt, S. 136).

Selbstzweifel, Selbstanalyse, Gewissensforschung, Selbstbezichtigung als positive Werte: „ ‚Ist dieses Bild, das ich von mir vermittle, adäquat? Bin ich ‚natürlich', bin ich spontan, wie es angemessen ist?' " (S. 137)

Jegliche privaten Rückzugsgebiete werden ausgeschaltet. Diese Selbstbehandlung führt zum Psychoterror. „Im Wettstreit um den ersten Platz unter den Schwerstgeschädigten schält sich dann wie im Leben die Führerpersönlichkeit heraus" (S. 142).

In der Tat, außer Kontrolle geratene Gruppenprozesse — massenhaft — könnten zu neuen Formen der Herrschaft ausgebaut werden. Auch wenn vieles in den Ausführungen noch überzeichnet erscheinen mag, diese Hinweise des Buches sind sehr hilfreich und ergiebig.

Okkultismus

Im Buch wird dieser Komplex von den meisten Autoren als „therapeutischer

Okkultismus

Im Buch wird dieser Komplex von den meisten Autoren als „therapeutischer

Okkultismus" bezeichnet.

Viele Therapie-Suchende sind von der fixen Idee besessen, sie hätten in ihrem bisherigen Leben kaum die eigenen Gefühle zugelassen, sie hätten bisher alles verdrängt. Deshalb seien sie nur eine „Teil-Persönlichkeit", von der erstrebten „Ganzheitlichkeit" meilenweit entfernt: „Der Mensch ist so verkrüppelt, daß es nahezu ein Wunder ist, daß es ihn noch gibt." (Bhagwan, S. 15) Dieser Zustand jedoch sei der Beginn eines verhängnisvollen Kreislaufs: „Wenn die Gefühle aber unterdrückt werden, beginnt der Verstand, ein Ungleichgewicht zu schaffen." (ebd.) „Der Verstand möchte manipulieren, kontrollieren, sich nach festgelegten Mustern bewegen." (ebd., S.12) Der Schuldige für die Geistesmisere ist gefunden. Doch das Glück leuchtet in der Ferne.

„Er lebt im Göttlichen, er spricht aus ihm ... denn ‚ihn' als separates Ich gibt es nicht mehr." (Vorwort B., S. 8) Bhagwan hat's geschafft. Er sieht schon das Jenseits! Und gleich dem Meister gieren alle nach dem „tiefere(n) Wissen, daß die Welt größer ist, als man je durch das Ich ertasten, erschauen, erfahren kann ..." (ebd., S. 8)

Der Ansatzpunkt des Mystizismus, des Geheimnisvollen, Dunklen liege in dem Versprechen, dem Ich (oder dem Menschen) etwas zu vermitteln, was mit den Mitteln „westlicher" Logik, Wissenschaft, u.U. sogar christlicher Reliogion nicht zu vermitteln ist.

Jürgen Gräser / Rudolf Huster schreiben: „Nicht nur vorindustrielles Leben, auch die Vorläuferin der Technik, die Magie, als frühere Form der Bewältigung einer übermächtigen Natur, kommt wieder zu ihrem Recht. Wo Sinn kulturell nicht mehr geschöpft werden kann, wird Natur zum einzigen Ort, ihn noch aufzuspüren." (S. 183)

Bhagwans Religion diene vielen seiner Konsumenten als Einstiegsdroge ins Reich des irrationalen Denkens. „Das Christentum, der Judaismus und der Islam — und diese drei Religionen sind im Westen sehr bedeutsam geworden — sind der Grund dafür, daß die Vorstellung von der W i e d e r g e b u r t (Hervorheb. vom Verf.) verlorengegangen ist. Wenn du aber jemanden in diesem Leben sehr tief liebst, wirst du ihn im nächsten Leben wiederfinden." (B., S. 32)

Schon 1971 (lt. Werbeschrift) verkündete Bhagwan: „Frage die Karten und du erfährst dich selbst." So werden dann auch in den Bhagwan-Zentren Neo-Tarot-Karten-Kurse angeboten.

„Astrology means you are not, the universe is; you are not, the cosmos is. It means enormous forces are at work all around, and you are nothing before them." (ebd.) Bei allem Verständnis für neue Wege: dies dürfte als Erklärung der Welt und Wegweiser zu neuen Ufern doch wohl nicht ausreichen.

Wie dem auch sei: auch wenn mancher/m altgedienten Linken und mancher/m aufstrebenden jungen Radikalen dies ganze „psychogeschmus" der Bhagwan-Kultur lächerlich vorkommen mag, gibt es reichlich Grund sich damit auseinanderzusetzen. Einerseits werden die Sannyasins von Staat und Kirche recht massiv bekämpft. Insofern sollten sie sich unserer Solidarität als bedrängte Minderheit sicher sein. Andererseits aber — und hier liegt die ernstzunehmende Herausforderung für die Linke — dienen sie der ideologischen Stabilisierung des Kapitalismus durch die Entwicklung einer Akzeptanz-Ideologie, nach der die Verhältnisse so zu nehmen seien wie sie „here and now" nun mal sind.

Das Buch bietet einige interessante Ansätze, die Art dieser mystizistischen „Theoriebildung" genauer unter die Lupe zu nehmen. Das sollte mensch nutzen.

Antifa-Kommission Hamburg

„Theoriebildung" genauer unter die Lupe zu nehmen. Das sollte mensch nutzen.

Antifa-Kommission Hamburg

Anmerkungen:

(1) Seitenzahlen ohne jede weitere Bezeichnung weisen auf entsprechende Buchstellen hin.

(2) Encounter-Gruppe: in der Psychologie Bezeichnung für eine Form von therapeutischer Gruppe; unter der Leitung eines Therapeuten versuchen die Gruppenmitglieder, spontan und ungehemmt Aggressionen, Sympathien und Antipathien auszudrücken und so zu einem neuen Verhältnis zu sich und anderen zu kommen. (Def. nach Meyers Taschenlexikon)



Die perfekte Wahrsagerei mit Tarot-Karten:
Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft

Ambrosianische Früchte

Der mysteriöse Tod des 33-Tage-Papstes

Albino Luciani, unter dem Namen Johannes Paul I. gerade einen Monat lang Oberhaupt der katholischen Kirche, wurde am 29. September 1978 tot aufgefunden. Schon unmittelbar nach seinem plötzlichen Verscheiden wurde gemunkelt, der Papst sei ermordet worden. 1981 erhielt der britische Journalist David Yallop von Personen aus dem Vatikan, die nicht näher genannt werden wollen, Informationen über den Fall. Aufgrund der — zumindest von Yallop so gesehenen — Tatsache, daß mit dem reaktionären ,,Superstar Wojtyla'' ein gänzlich anderer Typ mit einem gänzlich anderen Programm zum Nachfolger Lucianis gewählt worden war und aufgrund der mysteriösen Todesumstände Lucianis beschloß Yallop, der Sache auf den Grund zu gehen. Drei Jahre recherchierte er und entdeckte vieles, was ihn in Erstaunen versetzte, über Machtkämpfe in der Kirche, dunkle Geschäfte des Vatikan sowie Verbindungen zur Mafia und zur Freimaurerloge P2. Vor einigen Monaten legte er der Öffentlichkeit das Ergebnis seiner Nachforschungen vor: Ein 450-seitiges Buch, das in insgesamt 35 Ländern erscheinen soll. Die deutsch-sprachige Fassung ist unter dem Titel ,,Im Namen Gottes? — Der mysteriöse Tod des 33-Tage-Papstes Johannes Paul I. — Tatsachen und Hintergründe'' erschienen
David Yallop ist überzeugt, daß Albino Luciani ermordet wurde.
In dem folgenden Artikel werden die zentralen Aspekte (und Interpretationen) von Yallops Untersuchung dargelegt.

Die Hauptpersonen

ALBINO LUCIANI (besser bekannt als Johannes Paul I.) wurde am frühen Morgen des 29. September 1978, dreiunddreißig Tage nachdem er überraschend zum neuen Papst gewählt worden war, tot in seinem Bett gefunden. Nach Angaben des Vatikan war eine Herzattacke die Ursache seines plötzlichen Ablebens.

JEAN VILLOT, der damalige Chef der römisch-katholischen Kurie, verhinderte die Durchführung einer Autopsie, ließ die Papst-Leiche vor Ablauf der gesetzlich vorgeschriebenen 24-Stunden-Frist einbalsamieren, gab bewußt falsche Erklärungen über die Entdeckung der Leiche ab und ließ eine Reihe von Gegenständen aus den Gemächern des toten Papstes verschwinden.

JOHN CODY, Kardinal der reichsten Erzdiözese der Welt, Chicago, sollte nach langem Hin und Her, auf Anordnung Lucianis, wegen Veruntreuung von großen Geldsummen und despotischer Herrschaftsmethoden endlich abgelöst werden und war damit alles andere als einverstanden.

PAUL MARCINKUS (genannt: der Gorilla) hielt sich, als Lucianis Leiche entdeckt wurde, zu außergewöhnlich früher Stunde in der Vatikanstadt auf. Als Leibwächter und Sicherheitsberater von Lucianis Vorgänger, Montini alias Paul VI., kannte er die Sicherheitsvorkehrungen zum Schutz des Papstes wie kein zweiter. Am Tage vor seinem Tod hatte Luciani beschlossen, Bischof Marcinkus als Chef der Vatikanbank abzulösen.

MICHELE SINDONA (genannt: der Hai) kam die von Luciani beschlossene Ablösung seines Freundes Marcinkus sehr ungelegen, da er diesen noch dringend als Entlastungszeugen in dem Prozeß brauchte, der ihm in den USA wegen seiner Geschäfte als Mafia-Bankier bevorstand.

ROBERTO CALVI (genannt: der Ritter) war sicherlich auch bereit, einen hohen Preis dafür zu zahlen, die Ablösung von Marcinkus zu verhindern — notfalls mit äußersten Mitteln; nicht nur, um sich die langsam aber sicher aufdringlicher werdenden italienischen Behörden vom Hals zu halten, sondern auch, um die gigantischen Geschäfte seiner Banco Ambrosiano unter Deckung der Vatikanbank fortsetzen zu können.

LICIO GELLI (genannt: der Marionettenspieler) brauchte Sindona, Calvi und Marcinkus noch als Finanziers der von ihm geführten geheimen Freimaurerloge P2. Der zu dieser Zeit ,,heimliche Herrscher Italiens'' dürfte zudem nicht gerade erfreut gewesen sein, als er in Südamerika von Lucianis Vorhaben erfuhr, eine Reihe weiterer einflußreicher P2-Logenbrüder im Vatikan zu degradieren.



Italienische Freimaurer

Italienische Freimaurer

Der Papst ist tot!

Als Schwester Vincenza am 29.9.1978 wie immer um 4.30 Uhr morgens an die Schlafzimmertür von Papst Johannes Paul I. klopfte, um ihn zu wecken, bekam sie ungewöhnlicherweise keine Antwort. Um 4.45 Uhr öffnete die beunruhigte Nonne, die im päpstlichen Haushalt arbeitete, die Tür und fand den Papst bei brennendem Licht tot in seinem Bett sitzend. Er hatte seine Brille auf und hielt ein paar Blätter Papier in den Händen. Die schockierte Schwester alarmierte sofort die päpstlichen Sekretäre Pater Magee und Pater Lorenzi, die wiederum den Kardinalstaatssekretär Villot verständigten. Dieser betrat gegen 5.00 Uhr die päpstlichen Gemächer und übernahm das Kommando.

Villot befahl den Anwesenden, das Geschehene vorläufig geheim zu halten. Er nahm dem Toten die Papiere aus den Händen und steckte sie zusammen mit dem Arznei-Fläschchen, das auf dem Nachttisch stand, in seine Tasche. Auch das Testament des Papstes sowie seine Brille und seine Hausschuhe verschwanden auf Nimmerwiedersehen in Villots Tasche. Der Kardinalstaatssekretär benachrichtigte ein paar Kardinäle und rief erst danach einen Arzt, und zwar den stellvertretenden Leiter des vatikanischen Gesundheitsdienstes, Dr. Buzzonetti.

Buzzonetti nahm eine kurze und provisorische Untersuchung des Toten vor und erklärte, die Todesursache sei eine Herzattacke. Den Todeszeitpunkt setzte er auf 23 Uhr fest. Buzzonetti hatte den Papst noch nie vorher untersucht und auch sonst nicht näher gekannt. Trotzdem diagnostizierte er aufgrund einer rein äußerlichen Untersuchung eine Herzattacke; und der Vatikan hielt es nicht für nötig, den Hausarzt des Verstorbenen, der diesen alle zwei Wochen gründlich untersucht hatte, sowie Professor Rama, der den Papst im Krankenhaus behandelt hatte, herbeizurufen. Villot weigerte sich hartnäckig, eine Autopsie der Leiche vornehmen zu lassen. Bis heute ist der Vatikan nicht in der Lage, einen offiziellen Totenschein vorzulegen, was wohl bedeutet, daß kein vatikanischer Arzt bereit war und ist, die Verantwortung für die Diagnose der Todesursache zu übernehmen.

Villot muß, bevor er Dr. Buzzonetti verständigte und sogar noch bevor er den toten Papst selbst überhaupt gesehen hatte, angeordnet haben, die Leiche sofort einbalsamieren zu lassen. Bereits um fünf Uhr morgens soll ein vatikanischer Dienstwagen die Leichenkosmetiker abgeholt haben. Auf Intervention der Kardinäle Felici und Benelli wurde die Einbalsamierung bis zum Abend hinausgezögert. Dennoch wartete der Vatikan damit nicht einmal die nach italienischen Gesetzen vorgeschriebene Minimalfrist von 24 Stunden ab.

Weshalb hatte man es so eilig? Die Antwort auf die Frage könnte lauten: Der Papst war vergiftet worden! In diesem Fall wären die Giftspuren durch das Vollpumpen der Leiche mit Chemikalien jedenfalls vernichtet worden.

Auf Anordnung Villots entnahmen die Kosmetiker der Leiche unüblicherweise weder die Eingeweide noch das Blut. Auch dies deutet darauf hin, daß Villot etwas zu vertuschen hatte. Ein einziger Tropfen Blut hätte einem Pathologen womöglich genügt, das Vorhandensein von Giftstoffen festzustellen. Die Kosmetiker teilen übrigens keineswegs die Ansicht von Dr. Buzzonetti, der Papst sei bereits gegen 23 Uhr gestorben. Aufgrund der Hauttemperatur und des Fehlens aller Anzeichen von Leichenstarre am frühen Morgen, als sie sich die Leiche ansahen, schlossen sie, daß der Papst zwischen 4 und 5 Uhr, also kurz bevor er gefunden wurde, gestorben sein müsse.

Gottes Wille oder Mord?

Zweidreiviertel Stunden nach der Entdeckung der Leiche, also um 7.30 Uhr,meldete Radio Vatikan den Tod des Papstes zum ersten Mal. Es hieß, die Leiche sei um 5.30 Uhr von Pater Magee entdeckt worden. Dies war die erste, aber keineswegs letzte Fehlinformation, die der Vatikan zum Tod von Albino Luciani an die Öffentlichkeit brachte. In einem Kommunique wurde behauptet, der tote Papst habe das Buch ,,De imitatione Christi'', ein Werk aus dem 15. Jahrhundert, in den Händen gehalten. In Wirklichkeit hatte Luciani (wie David Yallop u.a. von Pater Corenzi und Schwester Vincenza — die nach Lucianis Tod nach Nordirland in ein Kloster verbannt wurde — bestätigt wurde) Papiere in den Händen gehalten, auf denen er handschriftlich die einschneidenden personellen Veränderungen skizziert hatte, die er im Vatikan vorzunehmen gedachte und die u.a. Jean Villot seinen Posten — als Chef der Kurie — kosten sollten. Was in den Tagen nach dem Tod in der Weltpresse alles an falschen Informationen auftauchte über Lucianis — angeblich schwachen — Gesundheitszustand, über sein Leben, sein Wirken und seinen Tod, sowie an Kommentaren, in denen die Meinung breitgetreten wurde, Luciani sei ungeeignet für das Papstamt gewesen, trug den Ruch einer vom Vatikan inszenierten Kampagne, mit der die 500 Millionen Katholiken davon überzeugt werden sollten, daß Luciani von Gott selbst abberufen und ins Jenseits geholt worden sei.

Trotz dieser Kampagne wurde die Forderung nach einer Autopsie der Leiche überall auf der Welt von Ärzten (darunter auch Lucianis Hausarzt Dr. Da Ros), Journalisten und katholischen Geistlichen (darunter der mexikanische Bischof Sergio Arota) erhoben. Der Sekretär der traditionalistisch-katholischen Organisation Civilita Cristiana verlangte vom Vatikan eine umfassende Aufklärung der Todesumstände mittels einer vollgültigen kriminalistischen Untersuchung. Der spanische Professor Rafael Gambra äußerte die Befürchtung, daß Luciani — seiner Reformansichten wegen — ermordet wurde. Er beschuldigte den Vatikan, gewisse Dinge ,,auf italienische Art oder auf florentinische Art, wie in der Renaissance'' zu erledigen. Der ehemalige Direktor des vatikanischen Gesundheitsdienstes, Professor Fontana, wiederholte 1980 in der Öffentlichkeit, was er im privaten Kreis bereits kurz nach Lucianis Tod gesagt hatte: ,,Wenn ich unter solchen Umständen nach dem Ableben irgendeines gewöhnlichen, unbedeutenden Bürgers einen Totenschein ausstellen müßte, ich müßte mich einfach weigern und würde nicht zulassen, daß er beerdigt wird.''

Villot behauptete vor der Öffentlichkeit, die Autopsie verstoße gegen kirchliche Bestimmungen. Daß dies schlicht erlogen war, bewiesen diverse ialienische Zeitungen, indem sie enthüllten, daß es in der Vergangenheit durchaus Autopsien an verstorbenen Päpsten gegeben hatte. Im internen Kreis der in Rom anwesenden oder eintreffenden Kardinäle soll Villot denn auch ein ganz anderes Argument zur Verteidigung seiner Haltung vorgebracht haben: Der Papst sei durch einen tragischen Unfall ums Leben gekommen. Er habe eine Überdosis der Arznei gegen seinen niedrigen Blutdruck, die auf seinem Nachtisch stand, eingenommen. Um Spekulationen über einen Selbstmord oder Mord keinen Auftrieb zu geben, habe Villot die Autopsie verhindert. Diese Version ist jedoch alleine deshalb schon nichtglaubwürdig, weil es sehr unwahrscheinlich ist, daß Villot diesen Unfall an jenen 29. September so blitzschnell erkennen konnte, als er das Arzneifläschchen und die anderen Gegenstände aus den päpstlichen Gemächern verschwinden ließ.

Ein kurioser Zwischenfall trug sich am 3. Oktober zu. Nachdem die Pforten des Petersdoms, in dem Albino Luciani aufgebahrt lag, geschlossen worden waren, betrat kurz vor 20 Uhr eine Gruppe von vatikanischen Würdenträgern und Ärzten den Dom. Um den Katafalk wurden Sichtschirme aufgestellt, und erst um 21.30 Uhr verließ das abendliche Kommandounternehmen den Dom wieder. Obwohl der Vatikan mit Fragen von Journalisten bestürmt wurde, hüllte er sich in Schweigen. Inoffiziell erfuhr eine italienische Nachrichtenagentur, es habe lediglich eine normale Überprüfung des Konservierungszustands der Leiche stattgefunden, an der auch Professor Gerin und die beiden Kosmetiker, die die Leiche behandelt hatten, beteiligt gewesen seien. Sowohl der Professor als auch die beiden Kosmetiker bestritten dies jedoch nachdrücklich. Hat der Vatikan vielleicht doch eine Teil(autopsie) vornehmen lassen, die die offizielle Diagnose der Todesursache nicht bestätigte?

Eine ganze Reihe weiterer Fragen zu den Todesumständen Albino Lucianis sind bis heute unbeantwortet geblieben: Weshalb z.B. hielt sich Bischof Marcinkus, den Luciani ebenso wie Villot von seinem Posten ablösen wollte, am 29.9.1978 zu so außergewöhnlicher Stunde in der Vatikanstadt auf? Hatte das Alarmlämpchen im Vorzimmer der Papstgemächer tatsächlich die ganze Nacht über gebrannt, wie ein Gerücht besagte? Wurde im Schlafzimmer Lucianis Erbrochenes gefunden, wie zu hören war? Ist es möglich, daß der russisch-orthodoxe Erzbischof Nikodem, der während einer Privataudienz bei Luciani am 5.9.1978 ganz plötzlich gestorben war, Gift in seinem Kaffee getrunken hatte, das eigentlich bereits für Luciani bestimmt gewesen war?

Verschwörung von Vatikan ...

Motive, Albino Luciani aus dem Weg zu räumen, hatten mehrere Personen, deren Namen z.T. in unmittelbarer Verbindung mit einer — fast unzählbar langen — Reihe weiterer Morde stehen.

Die Wahl Albino Lucianis zum Nachfolger Paul VI. am 26.8.1978 war eine Kompromißlösung zwischen dem rechten und dem ,,linken'' Flügel unter den Kardinälen gewesen. Allerdings stellte sich bereits in den ersten Tagen nach dem Konklave heraus, daß der kleine Mann, der zuvor Patriarch von Venedig gewesen war, unter den Gläubigen rasend schnell populär wurde und den Beinamen ,,Der lachende Papst'' erhielt, keineswegs das leicht manipulierbare Leichtgewicht war, das die Kurie erwartet hatte. Es gab diverse Konflikte über die Rituale und pompösen Zeremonien, die im Vatikan Brauch waren, jedoch von Luciani alles andere als geliebt wurden. Luciani weigerte sich, den Pluralis majestatis zu benutzen, was der Kurie ein Greuel war, da das fürstliche ,,Wir'' eben auch die staatliche Souveränität zum Ausdruck bringen soll. Immer wieder wich der ebenso eigenwillige wie bescheidene und freundliche neue Papst ab von den von Vatikan-Funktionären verfaßten salbungsvollen Reden, die dann allerdings in ihrer ursprünglichen Form in der vatikanischen Zeitung Osservatore Romano abgedruckt wurden. Auch Radio Vatikan zitierte auffällig selten die Worte des Papstes selbst, die der Kurie zu profan waren. Teilweise wurden Lucianis Positionen sogar regelrecht verfälscht. Luciani wandte sich vergeblich dagegen, die Staatsoberhäupter Argentiniens, Chiles und Paraguays zu seiner feierlichen Amtseinführung einzuladen. Wenn der neue Papst, schreibt David Yallop, bei seinem Amtsantritt wahrscheinlich weniger Feinde als jeder andere Kardinal hatte im Vatikan, dann änderte sich das rasch und gründlich.

Bereits in der Diskussion um die Haltung der Kirche zur künstlichen Geburtenkontrolle im Jahre 1968 hatte Luciani sich in einer offiziellen Stellungnahme an Papst Paul VI. dafür ausgesprochen, den Gläubigen den Gebrauch der Pille zu ,,erlauben''. Nach der Verkündung der päpstlichen ,,Enzyklika Humanae Vitae'', mit der den Katholiken alle Verhütungsmittel verboten wurden, hatte Luciani zwar seine Loyalität dem Papst gegenüber bewiesen; gleichzeitig aber war er in der Praxis recht liberal mit dem Verbot umgegangen. Jetzt, wo er selbst zum Papst gewählt worden war, zeigte er sich fest entschlossen, auch die offizielle Haltung der Kirche in dieser Frage zu liberalisieren. Das paßte der Kurie nun gar nicht, und so wurde Lucianis Reformabsicht sabotiert. Der Vatikan behauptete bzw. suggerierte in der Öffentlichkeit immer wieder, der neue Papst stehe hundertprozentig zu der Enzyklika seines Vorgängers, und leugnete der Presse gegenüber platt das Bestehen von Lucianis Stellungnahme aus dem Jahre 1968. Insgeheim fanden Treffen statt, auf denen die Frage beraten wurde, wie der ,,Verrat an Paul VI'' zu verhindern und Luciani zu bremsen sei.

Auch Staatssekretär Villot war ein Gegner der von Luciani eingeleiteten Liberalisierung. Möglicherweise liegt in dieser Tatsache der Schlüssel zu Villots eigenartigem Verhalten nach der Entdeckung von Lucianis Leiche, das für David Yallop nur verständlich ist, ,,wenn man annimmt, daß er entweder Mitwisser bzw. Teilhaber einer Verschwörung zur Ermordung des Papstes war oder im Schlafzimmer des Toten eindeutige Hinweise darauf entdeckte, daß der Papst ermordet worden war, und sich sofort entschloß, im Interesse der Kirche die Corpora delicti verschwinden zu lassen'' (S. 305). Aber Villot könnte auch noch andere Motive gehabt haben, den Papst aus dem Weg räumen zu lassen. Etwa sieben Stunden vor dem offiziellen Todeszeitpunkt hatte Luciani Villot diverse einschneidende personelle Umbesetzungen im Vatikan mitgeteilt, die vorzunehmen er sich entschlossen hatte. Eine davon war, daß Villot als Staatssekretär durch Kardinal Giovanni Benelli abgelöst werden sollte. Nun wollte der schwerkranke Villot sich zwar sowieso bald zurückziehen. Aber der Zeitpunkt, den Luciani für seine Ablösung gewählt hatte, war ihm zu früh. Außerdem war er keineswegs davon angetan, daß Luciani Kardinal Benelli und nicht den bisherigen ,,Außenminister'', Kardinal Agostino Casaroli, zu seinem Nachfolger auserwählt hatte. Leider kann Villot sich selbst nicht mehr dazu äußern, was er von den von Luciani beschlossenen Umbesetzungen hielt. Am 9.3.1979, also nur wenige Monate nach Lucianis Tod, starb der Staatssekretär. Zu seinem Nachfolger ernannte Karol Wojtyla nicht Giovanni Benelli, sondern Agostino Casaroli.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung nächste Seite

In der Kirche gab es schon lange Zeit einen heftigen Konflikt über den erzreaktionären, tyrannischen, korrupten und — nach Ansicht vieler, die ihn kannten — paranoiden Kardinal von Chicago, John Cody. Cody, der damit prahlte, sowohl für den FBI als auch für die CIA gearbeitet zu haben, hatte sich durch die großen Geldsummen, die von seiner Diözese aus nach Rom flossen, und durch die teuren Geschenke, die er bei seinen überaus zahlreichen Besuchen im Vatikan verteilte, einflußreiche Freunde im krichlichen Machtapparat gekauft. Nachdem bekannt geworden war, daß Cody einer Frau, die er fälschlicherweise als eine Verwandte bezeichnet hatte, Hunderttausende von Dollars aus Mitteln der Kirche zugeschustert hatte, hatte Paul VI. sich zu einem ebenso zaghaften wie erfolglosen Versuch durchgerungen, Cody über die Zuweisung eines ,,Koadjutors'' zu entmachten. Der neue Papst, Albino Luciani, studierte den Fall Cody und teilte am 28.9.1978 den Kardinälen Baggio und Villot seinen Beschluß mit, Cody abzulösen. Leider kann auch Kardinal Cody, der nach Lucianis Tod seine mächtige Position behielt, keinen Aufschluß mehr geben über die tatsächlichen Ursachen des plötzlichen Ablebens des Papstes: Er starb im April 1982.

... Mafia ...

Einen Tag nach seiner Wahl zum Papst wies Albino Luciani, der immer propagiert hatte, die Kirche müsse eine ,,Kirche der Armen'' sein, Jean Villot an, eine umfassende Untersuchung über das vatikanische Finanzwesen einzuleiten. Der neue Papst stellte auch selbst Nachforschungen an. Vor allem die dunklen Geschäfte, in die die von Bischof Paul Marcinkus geführte Vatikanbank (I.O.R.) verwickelt war, hatten das öffentliche Ansehen der Kirche geschädigt. Luciani gehörte nicht zu den Freunden, die Marcinkus, dadurch,daß er Hunderte Millionen Dollars in die Kassen wirtschaftete, im Vatikan hatte. 1972 hatte der — wie sein Freund Cody aus Chicago stammende

den Freunden, die Marcinkus, dadurch,daß er Hunderte Millionen Dollars in die Kassen wirtschaftete, im Vatikan hatte. 1972 hatte der — wie sein Freund Cody aus Chicago stammende

— Bischof zum Zorn Lucianis die Mehrheitsbeteiligung der Vatikanbank an der Banco Cattolica Veneto, die von venezianischen Geistlichen gegründet worden war, um zinsgünstige Kredite für kirchliche Projekte in der Diözese zu ermöglichen, ohne Wissen dieser Geistlichen an die von Roberto Calvi geführte Banco Ambrosiano verkauft. Luciani hatte in Rom protestiert, was jedoch ohne Wirkung blieb. Man hatte ihm klargemacht, daß sowohl Marcinkus als auch Calvi ,,in hohem Ansehen'' bei Papst Paul VI. gestanden hatten. Bei der gleichen Gelegenheit hatte Kardinal Benelli den schockierten Luciani aufgeklärt über diverse gigantische illegale Finanzoperationen von Marcinkus, Calvi und Michele Sindona.

> **Will der KGB Wojtyla ermorden?**
>
> *,,Der jetzige Papst Wojtyla ist der Überzeugung, daß der KGB ihn ermorden will. Die 'New York Times' veröffentlichte vor kurzem einen vom Vatikan verfaßten detaillierten Bericht über den Mordanschlag dieses labilen Türken. Wenn der KGB keinen besseren finden konnte — der Mann fragte kurz vor dem Anschlag noch, durch welche Tür der Papst herauskommen würde, und wurde von einer Nonne verhaftet — dann brauchen wir keine Angst vor den Russen zu haben. Dann brauchen wir keine Cruise Missiles. Dann genügen Pfeil und Bogen. Diese Komplotttheorie über den KGB ist lächerlicher Unsinn. Ich glaube nichts davon.*
>
> *Aber wenn der Papst eine Untersuchung hierüber anstellt und glaubt, daß man ihn töten will, um der polnischen Gewerkschaftsbewegung 'Solidarität' die große Unterstützung zu nehmen, warum läßt er dann nicht auch eine Untersuchung über den Tod seines Vorgängers durchführen? Bei ihm gibt es viel mehr Gründe, eine Verschwörung anzunehmen. Ich fordere eine öffentliche Untersuchung. Man muß die Leiche ausgraben und eine vollständige Autopsie durchführen ....Da die Leiche einbalsamiert ist, wären eventuelle Giftspuren, wie Ärzte mir versichert haben, zwar verschwunden; aber wenn er tatsächlich einen Herzanfall gehabt hat, dann muß das festzustellen sein.''*
>
> (David Yallop in einem Interview mit der niederländischen ,,Volkskrant'' vom 16.6.1984.)

Letztgenannter war ein Freund Paul VI. und von diesem zum Finanzberater des Vatikan gemacht worden. Der 1920 auf Sizilien geborene Sindona war während des Zweiten Weltkriegs im Lebensmittel-Schwarzhandel aktiv, nach dem Krieg hatte er — mit Unterstützung der CIA — in Mailand eine Blitzkarriere als Bankier gemacht. Seit Mitte der 50er Jahre arbeitete er als ,,Geldwäscher'' für die Mafia. 1973 noch wurde ihm vom US-amerikanischen Botschafter in Rom zu seiner Wahl zum ,,Mann des Jahres'' gratuliert. Wenig später kam es dann zum Zusammenbruch des Finanzimperiums von Sindona. 1980 wurde er in den USA zu 25 Jahren Gefängnis verurteilt, u.a. wegen Betrug, Verschwörung, Meineid und Urkundenfälschung. Mittlerweile sind weitere Anklagen — u.a. wegen Heroinhandel und Mord — erhoben worden.

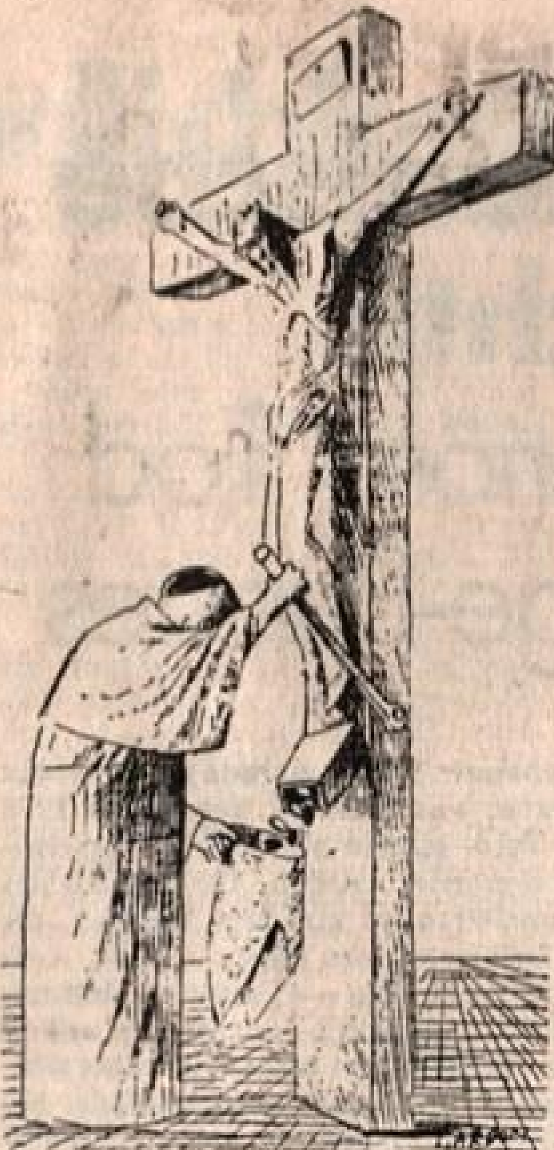
Sindona, der einen Großteil seiner kriminellen Geschäfte in Kooperation mit der Vatikanbank drehte, hatte 1971 Roberto Calvi Bischof Marcinkus vorgestellt. Die kriminellen Machenschaften des geschäftsführenden Direktors der Banco Ambrosiano stehen denen von Sindona in nichts nach. Und auch Calvi konnte seine Betrügereien nur so lange und erfolgreich durchführen dank der — freundlichen, aber keineswegs kostenlosen — Unterstützung durch die Vatikanbank, die sehr eng mit der Banco Ambrosiano und deren Ableger verzahnt war. Im September 1981 versicherte Marcinkus den Direktionen von zwei Filialen der Banco Ambrosiano in Südamerika noch, die Anteilsmehrheit von acht (Briefkasten-)Firmen, die von Calvi gegründet worden und die bei den beiden Banken mit etwa einer Milliarde Dollar verschuldet waren, würden der Vatikanbank gehören. Gleichzeitig hatte Calvi Marcinkus insgeheim schriftlich garantiert, daß der Vatikanbank aus diesem Bekenntnis ,,keine Verpflichtungen'' erwachsen würden. Im März 82 sagte Marcinkus in einem Interview: ,,Calvi verdient unser Vertrauen... Nach dem Zusammenbruch von Calvis Imperium will die Vatikanbank jedoch nur für knapp ein Fünftel der 1,3 Mil-

82 sagte Marcinkus in einem Interview: ,,Calvi verdient unser Vertrauen... Nach dem Zusammenbruch von Calvis Imperium will die Vatikanbank jedoch nur für knapp ein Fünftel der 1,3 Mil-

liarden Dollar Schulden, die ,,Der Ritter'' hinterlassen hat, geradestehen. Das ist nach Yallops Ansicht nur ein Teil der Riesensummen, die der Vatikanbank ,,als Frucht der kriminellen Aktivitäten Calvis und Marcinkus' zugeflossen sind. Unter dem Strich verbleiben dem IOR noch immer viele Millionen Dollar von den Geld, um das Calvi so viele seiner Bankierskollegen geprellt hat ...'' (S. 447).

Luciani hatte bereits 1973 von Kardinal Benelli — der 1977 übrigens eine Kraftprobe mit Marcinkus verlor und nach Florenz versetzt wurde — erfahren, daß FBI-Beamte im Vatikan aufgetaucht waren. Sie hatten ausführlich dargelegt, daß sie Marcinkus für den Auftraggeber einer Bestellung von gefälschten Wertpapieren im Nennwert von 950 Millionen Dollar bei der Mafia hielten. Der nur durch Zufall vorzeitig entdeckte Riesenschwindel hätte, nach Ansicht der US-Fahnder, dem Vatikan und der Mafia je 475 Millionen Dollar einbringen sollen. Am 33. Tage seines Amtes als Papst, den er nicht überleben sollte, teilte Luciani dem Staatssekretär Villot mit, daß Marcinkus sofort als präsident der Vatikanbank abgelöst werden müsse. Auch drei leitende Angestellte der Vatikanbank sollten abtreten. Und alle Beziehungen zur Banco Ambrosiano sollten abgebrochen werden. Doch so weit kam es nicht: Nach Lucianis Tod blieben die florierenden Beziehungen zur Banco Ambrosiano bestehen und die drei leitenden Angestellten ebenso wie Marcinkus in ihren Ämtern. Marcinkus, der sich mittlerweile hinter den Mauern der Vatikanstadt verschanzt hat (sobald er sie verläßt, riskiert er seine Verhaftung), wurde von Wojtyla sogar zum Erzbischof befördert.

Sicherlich gehörten auch Michele Sindona und Roberto Calvi zu denen, die am 29.9.1978 erleichtert aufatmeten, als sie erfuhren, daß Luciani tot war. Allerdings nutzte ihnen Marcinkus in seinem Amt nicht mehr lange. Sindona, obwohl er die ,,kommunistische Intrige'' gegen ihn mit allen Mitteln bekämpfte dabei verschiedene seiner Gegner (Giorgio Ambrosoli, Antonio Varisco, Boris Giuliano) ermorden ließ und sogar seine eigene ,,Entführung'' inszenierte, um heimlich nach Italien zurückkehren und Unterstützung mobilisieren zu können, landete im Sommer 1980 endlich im Knast. Der neue Staatssekretär im Vatikan, Casaroli, hatte — da man anscheinend einschätzte, daß Sindona nicht mehr zu retten war und das Ansehen der Kirche nicht unnötig weiter verschlechtert werden sollte — im entscheidenden Moment Marcinkus verboten, zugunsten von Sindona auszusagen. Roberto Calvi konnte seine Geschäfte mit Marcinkus noch eine Zeit lang fortsetzen, geriet jedoch in immer größere Schwierigkeiten, die auch durch Mord (Emilio Alessandrini) und Mordversuche (Enrico Cuccia, Roberto Rosone) nicht gelöst werden konnten, und wurde im Juni 1982 bekanntlich selbst tot, an einem Strick unter einer Londoner Brücke, gefunden. Die offizielle Todesursache lautete, ebenso wie bei seiner Sekretärin (Gabriella Corrocher) und einem leitenden Mitarbeiter der Banco Ambrosiano (Giuseppe Dellacher): Selbstmord.



... und Gellis P 2

Calvis Witwe hat in der Öffentlichkeit die Ansicht vertreten, daß ,,Der Ritter'' im Auftrag des Vatikan aus dem Weg geräumt wurde. David Yallop glaubt, daß der Auftraggeber zur Ermordung Calvis der gleiche Mann war, den er für den ,,maßgeblichen Drahtzieher der Verschwörung zur Ermordung Lucianis'' (S. 434) hält: Licio Gelli, der Mann, der die Puppen tanzen ließ.

Gelli, der zum Zeitpunkt von Lucianis Pontifikat der ,,heimliche Herrscher Italiens'' war, brauchte im Herbst 1978 seine Logenbrüder Sindona und Calvi, die Hunderte Millionen Dollars in die Kassen seiner Freimaurerloge P 2 schleusten, noch eine Weile. Deshalb paßte ihm die von Luciani beschlossene Ablösung von Marcinkus gar nicht. Desweiteren dürfte der Großmeister nicht gerade erfreut gewesen sein, als er in Südamerika, wo er ein enges Kontaktnetz hat(te), erfuhr, daß Lucianis Umbesetzungspläne einer Reihe seiner Freunde im Machtapparat der Kirche ihre Posten kosten sollten.

Luciani hatte eine Liste mit Namen von (angeblichen) P 2-Mitgliedern im Vatikan in die Hände bekommen. Zusammensteller dieser Liste war der Journalist Mino Pecorelli, ein ehemaliges P 2-Mitglied, das den Großmeister erpressen wollte und am 21.3.1979 nach Mafia-Art, durch zwei Pistolenschüsse in den Mund, endgültig zum Schweigen gebracht wurde. (Hier, wie anderenorts sind in Yallops Darstellung Fakten und Interpretationen nicht deutlich getrennt). Auf Pecorellis Liste standen u.a. die uns schon bekannten Namen Jean Villot, Paul Marcinkus und Agostino Casaroli sowie die Namen der Kardinäle Poletti und Baggio und der des leitenden IOR-Angestellten De Strobel. Am 28.9.1978 teilte Luciani Villot seinen Beschluß mit, fünf dieser sechs Männer sollten von ihren Posten abgelöst werden (die Namen der von Luciani vorgesehenen Nachfolger fehlten auf Pecorellis Liste) und der sechste, Kardinal Casaroli, sollte nicht Villots Nachfolger als Staatssekretär werden (dazu hatte Luciani, wie bereits erwähnt, Kardinal Benelli auserwählt, dessen Name ebenfalls nicht zu finden war auf Pecorellis Liste).

Nach dem Auffliegen des P 2-Skandals im März 1981 (siehe dazu auch AK 203 und AK 226), der ein Licht auf die kaum glaubliche Verfilzung von Militär, Politik, Finanzkapital und organisiertem Verbrechen warf und die italienische Regierung zum Rücktritt veranlaßte, tauchte Gelli in Argentinien unter. Yallop behauptet, Gelli sei im Mai 1982 wieder in Europa aufgetaucht, um neue Exocet-Raketen für Argentinien zu kaufen und sei dabei dank des Schutzes durch den französischen Geheimdienst D.S.T. nicht verhaftet worden. Im September 1982 wurde der ehemalige SS-Obersturmführer, der für diverse Geheimdienste tätig war, als Hintermann etlicher Bombenanschläge mit Dutzenden von Toten gilt und von Yallop als Macher der italienischen Regierungskoalition zwischen dem Christdemokraten Andreotti und dem ,,Sozialisten'' Craxi gesehen wird, in Genf verhaftet.

Am 10.8.1983 konnte Licio Gelli aus dem ,,bestbewachten Gefängnis der Schweiz'' fliehen und sich nach Uruguay absetzen. Als Fluchthelfer machten die Schweizer Behörden einen bestechlichen Gefängniswärter ausfindig, der 6.000 Dollar Schmiergeld erhalten habe. David Yallops Kommentar (S. 440): ,,Wer unter den Lesern dieses Buches daran glaubt, daß Gelli seine Flucht aus der Schweiz lediglich mit Hilfe eines kleinen Gefängnisbeamten bewerkstelligt hat, mag vielleicht auch glauben, daß Albino Luciani eines natürlichen Todes gestorben ist.''

Hu., Niederlande-Kommission

(Die wichtigsten Quellen für diesen Artikel waren — außer Yallops Buch — zwei ausführliche Artikel in den niederländischen Zeitungen ,,De Volkskrant'' und ,,Vrij Nederland'' über das Buch und den Autor).

Das Buch und sein Autor

Das Buch und sein Autor

,,Im Namen Gottes? — Der mysteriöse Tod des 33-Tage-Papstes Johannes Paul I. — Tatsachen und Hintergründe'' von David Yallop ist erschienen bei Droemer & Knaur und kostet 39,80.

In neun Kapiteln auf insgesamt 450 Seiten bietet das Buch sehr viele und detaillierte Informationen über:

- den mysteriösen Tod, aber auch das Leben und Wirken von Albino Luciani;
- die römisch-katholische Kirche (ihren Reichtum und ihre Macht, ihre multinationalen Geschäfte und ihre Politik, ihre Sitten und internen Macktkämpfe);
- die kriminellen Machenschaften von Licio Gelli, Roberto Calvi, Michele Sindona und Paul Marcinkus;
- die Verzahnung von Vatikan, internationalem Finanzkapital, Mafia und P2.

Der Autor meint, die Zusammenhänge, die er entdeckt hat, würden einem Romanautor wahrscheinlich zu phantastisch erscheinen, als daß er sich trauen würde, sie zu Papier zu bringen. Was die Beweise für seine These, Albino Luciani sei ermordet worden, betrifft, so schreibt Yallop selbst, daß diese ausschließlich Indiziencharakter haben. Dies sei auch völlig klar, da die Mörder genügend Zeit gehabt hätten, die tatsächlichen Beweise verschwinden zu lassen. Außerdem müßten die um Aufklärung Bemühten sich bei Mordfällen ,,*sehr oft mit Indizienbeweisen begnügen. Dies gilt natürlich umso mehr, wenn ein Mord, wie in diesem Fall, als natürlicher Todesfall getarnt wird.*''(S.361)

Die Namen der Personen und Organisationen, die Yallop als Quellen nennt, beanspruchen eine ganze Seite seines Vorwortes. Viele der genannten Personen — wie z.B. Kardinal Benelli oder Schwester Vincenza — sind oder waren im bzw. für den Vatikan tätig. Auch aufgeführt sind diverse vatikanische Institutionen, britische Behörden und internationale Banken, das US-Außenministerium sowie das FBI. Im Buch wird verschiedentlich auf amtliche Ermittlungsakten usw. verwiesen. Für seine Angaben im einzelnen gibt Yallop — aus Sicherheitsgründen, wie er schreibt — nicht die jeweilige(n) Quelle(n) an. Allerdings versichert er dem Leser, ,,*daß alle Angaben, alle behaupteten Sachverhalte, alle Einzelheiten geprüft und gegengeprüft worden sind, gleich aus welcher Quelle sie stammten. Wenn der Text dennoch Fehler enthält, fallen diese in meine Verantwortung.*'' (S.9)

David Yallop weist ausdrücklich darauf hin, daß sein Buch nicht als ,,Attacke auf den Katholizismus'' verstanden werden dürfe. Er macht kein Geheimnis daraus, daß er sich Albino Luciani, der seiner Meinung nach ,,nicht in ein Rechts-Links-Schema paßt'', sehr verwandt fühle. Und er gibt auch deutlich zu verstehen, daß er selbst kein Linker ist — auch wenn er gegen ,,Mißstände und Lügen'' kämpft, mit ,,den Armen'' sympathisiert und gegen ,,Unrecht gegenüber Frauen, Homosexuellen und Farbigen'' protestiert (vgl. ,,Volkskrant'', 16.6.1984). Seine Behauptung, daß das Duo Gelli & Calvi, als der Sieg der Revolution in Nicaragua sich abzuzeichnen begann, auch den Sandinisten ,,große Geldsummen'' habe zukommen lassen, was von diesen damit honoriert worden sei, daß Calvis Bank nach dem Sturz Somozas als einzige ausländische Bank uneingeschränkt in Nicaragua hätte weiter wirtschaften dürfen, kommentiert Yallop mit der Feststellung:,,*Selbst linke Idealisten haben, so scheint es, ihren Preis.*'' (S.388) Wenn Yallop berichtet, daß ein italienischer Richter (Emilio Alessandrini), der gegen Calvi, Gelli und Co. ermittelte, erschossen wurde und ,,*eine linksterroristische Gruppe namens Prima Linea*'' sich angeblich zu dem Anschlag bekannte, dann stellt er nicht etwa in Frage, ob die Attentäter tatsächlich Linke waren, sondern schlußfolgert: ,,*Gruppen wie die Prima Linea und die Roten Brigaden töten nicht nur aus politischen und ideologischen Motiven; sie erledigen auch Auftragsarbeiten gegen Bezahlung.*''

Daran anschließend behauptet er:,,*Die Verbindungen, die beispielsweise zwischen den Roten Brigaden und der neapolitanischen Mafia bestehen, sind bekannt und gut dokumentiert.*'' (S.370f) Daß Yallop zudem ein vaterlandsliebender Brite ist, wird aus seiner Empörung darüber deutlich, daß die Exocet-Raketen, die Argentinien im Malvinen-Krieg gegen Großbritanien einsetzte, z.T. von Calvi und damit letztendlich möglicherweise von britischen Bankkunden finanziert worden sind. (Calvi hatte auch bei britischen Banken Geld geliehen.) Yallops Vaterlandsliebe drückt sich auch in seinem Lob für Albino Luciani aus, der einen irischen Erzbischof nicht zum Kardinal beförderte, weil dieser gegen die Zustände im Maze-Gefängnis von Long Kesh protestiert hatte.

Trotz allem, auch trotz der Tatsache, daß Yallop bei der Lobpreisung Albino Lucianis manchmal die Pferde durchgehen — er unterstellt Luciani direkt revolutionäre Absichten, wenn er angesichts dessen Vorstellung von einer ,,Kirche der Armen'' schreibt, Luciani habe ,,*die planmäßige Liquidierung eines Machtimperiums von innen her*'' vorgehabt — ist die These, daß Albino Luciani ermordet wurde, m.E. beachtenswert.

Die niederländische ,,Volkskrant meinte, wie übrigens viele Kommentatoren:,,*Der Vatikan ist ... Antworten auf viele Fragen schuldig.*'' Bisher jedoch beließ der Vatikan es bei dem Kommentar: ,,*Es ist beunruhigend und bedauernswert, daß jemand denken kann, der Papst sei ermordet worden, weil er den Vatikan von Korruption säubern wollte. Noch schlimmer ist es, daß er (Yallop — Anm. AK) es wagt, diese Art von Theorien zu veröffentlichen.*'' (,,De Volkskrant''. 16.6.1984)

Operativer Journalismus

David Yallops erstes Buch (,,To encourage the others'') hatte einen Mordfall zum Inhalt, der schon zwanzig Jahre als abgeschlossen galt. Das Buch und die anschließende Fernsehdiskussion, womit Yallop beweisen wollte, daß der 19-jährige Derek Bentley 1952 unschuldig hingerichtet worden war, führte u.a. zu einer außerordentlichen Debatte im ,,House of Lords''. Lord Arran erklärte: ,,*Entweder David Yallop ist der größte Schurke, der jemals nicht gehängt wurde, oder er verkündet die Wahrheit, die volle Wahrheit und nichts als die Wahrheit.*'' (Zitiert nach ,,De Volkskrant'', 16.6.1984.)

Yallops zweites Buch (,,The day the laughter stopped'') ist die Biographie und wurde zur Rehabilitierung des Filmstars Roscoe (Fatty) Arbuckle, indem es den Mord aufklärte, dessen der Filmstar seinerzeit beschuldigt worden war.

Das dritte Buch (,,Beyond reasonable doubt?'') führte in Neuseeland zur Freilassung eines Mannes, der wegen eines Doppelmordes zu lebenslanger Haft verurteilt worden war. Der zu Unrecht Verurteilte bekam eine Million Dollar Schadenersatz.

Sein viertes Buch schrieb Yallop, um einen Mann ins Gefängnis zu bringen. ,,Deliver us from evil'' war das Ergebnis von Yallops Suche nach dem ,,Yorkshire Ripper''. Sieben Monate nach dem Erscheinen des Buches wurde der Mann, der eine ganze Reihe von Frauen ermordet hatte, u.a. aufgrund der von Yallop gelieferten Personenbeschreibung verhaftet.

Hu., Niederlande-Kommission

Hilfe! Der DGB zürnt!

Als die Hessen-Grünen mit Väterchen Börner brachen, mußte die SPD in Öffentlichkeitsarbeit machen. Konnte man also in früheren Zeiten gelegentlich den Lust-Schrei sozialdemokratischer Polizeipräsidenten vernehmen — Knüppel frei! Es geht gegen die Chaoten! —, so ging das Kommando nun an die Publizisten der Partei: Spalten frei! Es geht gegen die Grünen! Doch das Gejammer, Gezeter und Gestänker, welches spontan anhub, war ein laues Frühlingslüftlein verglichen mit dem guten alten Gewerkschaftsbund, der die Parole ausgab: *Schaum frei! Auf daß wir knietief waten!*

Bereits im letzten AK dokumentierten wir einen Schrieb des gewerkschaftseigenen Chefredakteurs, Dieter Schmidt, unter der gelungenen Rubrik „Zur Sache". Auf vielfachen Wunsch hin machen wir das einfach nochmal. Weil es so schön war. Wann hat man es schon, daß die Gewerkschaftspresse Erinnerungen selbst an die jungen, noch unverbrauchten Zeiten des heutigen Regierungssprechers (siehe Lamuv-Verlag) verblassen läßt? Dieter Schmidt hat sich den Peter-Hoenisch-Preis 1984 redlich verdient. Da der „Welt der Arbeit" aber mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit kein Heinrich Böll noch irgendein anderer Pazifist antworten wird, haben wir uns eine kleine Erwiderung erlaubt gemäß der alten Lehre: Einem groben Klotz halte die untere Backe hin. Und die sieht so aus:

Hallo Pfeife!

Wie du sicher sehr genau weißt, sind wir keine Grünen. Wir sind echte Chaoten geblieben, ohne ökologische Mäntelchen. Hoffentlich verübeln Sie es uns trotzdem nicht, wenn wir uns mal ungefragt auf ihre Seite schlagen.

Vorab was zu den Voraussetzungen, die wir machen, ohne sie direkt beweisen zu können (da legen wir schlicht 150 Jahre Erfahrungen der deutschen Arbeiterbewegung zugrunde). Wir gehen davon aus, daß du vom Bedienen deiner Schreibmaschine (oder ist es ein Diktiergerät?) keinesfalls schwielige Hände bekommen hast. Wir gehen ferner davon aus, daß zwischen deiner realen Welt als leitendem Angestellten und (um es konkret zu machen) dem Status der grünen Abgeordneten im hessischen Landtag zwar keine „Universen", wohl aber Klassenunterschiede liegen. Falls dir der altmodische Begriff nicht mehr geläufig sein sollte, weil du nur noch Geber und Nehmer kennst, ein paar Veranschaulichungen: Erstens verdient ein sorgengeplagter Sesselhocker deiner Preislage mehr als das Doppelte als Kerschgens und Co. Weil diese — da hast du recht — gewiß nicht am Hungertuch nagen, geht es dir mithin ganz schön mittelprächtig.

Zweitens brauchst du nicht nach zwei Jahren zu rotieren, und sollte deine Schreibe, was uns ganz unwahrscheinlich vorkommt, den DGB-Oberen einmal nicht mehr schmecken, pflegt deinesgleichen weich zu fallen. Drittens, armes Schwein, bist du selbstredend „total überarbeitet" und permanent „urlaubsreif": Kämen die grünen Abgeordneten jedoch in den Genuß deines geregelten Tagesablaufs, so wäre für sie eine nicht zu verachtende Arbeitszeitverkürzung erreicht. Über deine Vermögensbildung, Altersvorsorge, Privatversicherungen etc. wollen wir lieber nicht reden, weil wir darin so wenig praktische Erfahrung haben. Daß du eine Sekretärin ausbeutest, finden wir gar nicht fortschrittlich, aber deinen Ledersessel, den hätten wir auch gern. Man sieht schon: Einer wie du versteht was von den Existenzsorgen der Arbeiter. Machen wir's kurz: Du bist eine gekaufte Existenz, und daß du beim DGB angestellt bist, ändert absolut nichts an der Tatsache, daß du der Grundregel des bürgerlichen Journalismus folgst: Wes' Brot ich eß, des' Lied ich sing.

Jetzt jaulst du auf, Pfeife, was? Dir zu unterstellen, daß du geschmiert seist — welche Ungerechtigkeit! Tun wir ja gar nicht. Wir stellen nur fest: Wenn du bisher keine Scheine in geschlossenen Umschlägen entgegengenommen hast, dann nur aus Mangel an Gelegenheit. Du läßt ja selber keinen Zweifel daran, daß du bis ins Rückenmark korrumpiert bist: *„Polit-Kasperei ist es, sich aus den gutgefüllten Staatskassen schmatzend zu laben und zu behaupten, man mache da nicht mit".*

Wer sich aber aus dem Säckel bedient ohne die doofe Verweigerungsgeste, der ist o.k., der ist politikfähig, ist Vorbild. So sollen es die verdammten Grünen endlich auch halten, denn das ist normal. Aber Staatsknete für Alternativprojekte verlangen und trotzdem noch an der Atompolitik rumnörgeln — das geht zu weit, gell? Das ist ungezogen. Du kritisierst nicht die Tatsache öffentlicher Zuwendungen für eine parteipolitische Klientel. (In dem Fall würden dir auch einige Kollegen und Genossen schneller das Maul stopfen, als du dich entschuldigen kannst). Du keifst über den Undank. Du keifst, weil du dich nicht traust, was sich Grüne rausnehmen. Du keifst, weil du selber schon in so viele Ärsche gekrochen bist. Weil du jeden haßt, der dir vormachen könnte, daß es auch ohne geht.

Sag mal, Pfeife: Wenn das, was die Grünen mit den paar Krumen treiben, die für sie abfallen, ein Schmatzen und Laben ist, wie nennen wir dann die Praxis von Christ-, Sozial- und Freidemokraten? Ein Schlemmen und Aasen? Ach so, du meinst, geschmatzt wird nur bei denjenigen, die selten was zu Beißen kriegen, während die, die im Überfluß schwelgen, gepflegte Umgangsformen wahren? Dann haben wir verstanden, gut sogar.

Und den entschlossenen Griff in gutgefüllte Gewerkschaftskassen — wie charakterisieren wir den? Keine Bange, wir kommen nicht mit der Neuen Heimat, jetzt, wo Vietor tot ist (obwohl das Thema immer noch reizt). Kann aber sein, daß der Apparat, dem du angehörst, aufs Jahr berechnet jenen Kassen zur Selbstbedienung mehr entnimmt, als aus der öffentlichen Hand zu irgendwelchen Zwecken der Grünen fließt. Wohl grabschen Grüne manchmal nach diesem und jener (jede Wette, daß du sie darum beneidest). Die besseren Geldgrabscher seid ihr. Allemal.

Leidiges Thema, was? Schlecht geeignet für Betrachtungen in der „Welt der Arbeit"? Bleiben wir noch ein Weilchen dabei. Haben wir also momentan so eine feine, so eine noble öffentliche Erörterung über „gläserne Taschen" unserer Damen und Herren Abgeordneten. Transparenz und Glaubwürdigkeit, Selbstreinigung und Anstand. Warum eigentlich nicht auch gläserne Taschen für die Kollegen Gewerkschaftsfunktionäre?! Damit endlich Schluß ist mit niederträchtigen Diffamierungen und wilden Spekulationen über das dolce vita der DGB-Bonzen. Von wegen Ferienhaus (nur Wohnung!) und Mercedes Benz (nur Diesel!). Damit jede Kollegin und jeder Kollege sieht, wie in Düsseldorf die Groschen umgedreht werden. Schließlich lebt man hier nicht in Polen. Hier nicht, niemals ... Und doch tät uns interessieren, ob man nur zwei oder doch drei Spitzengehälter im DGB-Apparat braucht, um sämtliche grünen Parlamentarier im Hessen-Landtag einschließlich ihrer Wohngemeinschaften, Haustiere, Topfpflanzen etc. zu ernähren.

Nun ist Pfeife aber echt genervt, wie man so am Thema vorbeireden kann. Da hat er einen politischen Sachverhalt kommentiert, und die Chaoten antworten mit einem Schwall persönlicher Beschimpfungen. Wenn du nur wüßtest, wie sehr wir uns zurückhalten ... Salon-Demokraten, wie du einer bist, haben der Öffentlichkeit monate- und jahrelang über die Staats- und Parteienverdrossenheit die Ohren voll gelallt. Und innerlich gebangt, daß nur ja keiner auf den Gedanken einer Gewerkschaftsverdrossenheit komme. Wo der doch so nahe liegt. Das ist der Grund, daß unsereins auch mal persönlich werden darf. Daß man halt ein wahnsinniges Bedürfnis hat, auszusprechen, welche Voraussetzungen zum Arschloch Leute wie du einfach mitbringen. Und erzähl uns bloß nicht, du habest schon mal linke Sprüche geklopft. Daß du mit der Konjunktur gehst, ahnen wir schon. Deshalb sind wir auf Linke wie dich so besonders gut zu sprechen.

Du ärgerst dich also über Zeitgenossen, die den Streifen eines Humphrey Bogart (nicht: Borgart) mehr Interesse entgegenbringen als dem Beinahe-Existenzkampf des DGB um Arbeitszeit-„Verkürzung". Du findest, das sei eine typisch grüne Einstellung. Da irrst du aber gründlich. Anscheinend hast du locker übersehen, welche Einschaltquoten bei Casablanca erreicht werden. Vielleicht solltest du dich doch mal vom Schreibtisch erheben, um dich unter jungen und weniger jungen Prollos davon zu überzeugen, wie genau sie die Sequenzen von Casablanca kennen, und wie wenig sie andererseits über Tarifverträge wissen. Diese ganz entsetzliche Ignoranz ist unter Grünen ebenso verbreitet wie anderswo. Und warum auch nicht?

Casablanca ist im Unterschied zum überwiegenden Medienangebot ein antifaschistischer Film, noch dazu gekonnt gemacht. Und Humphrey Bogart hat in anderen Filmen auch mal den streikenden Kollegen gespielt, wobei er sich allerdings mit mafiotischen Gewerkschaftsführern rumschlägt (weshalb dir solche Rollen anscheinend auch entgangen sind). Sollte man nicht froh darüber sein, daß die Leute für sowas schwärmen anstatt für John Wayne/Ronald Reagan? Aber nein: Für den Arbeiter mit der schwieligen Hand (nicht mal: Faust) ist das nix. Der kommt am Ende auf dumme Gedanken. Erhofft sich vom Leben Dinge, die er nie kriegen wird (jedenfalls nicht vom DGB). Geht der bürgerlichen Ideologie auf den Leim, was? So denkst du doch, Pfeife, in deinem Spatzenhirn. Schuster, bleib bei deinen Leisten. Gewerkschafter, bleib bei deinen Tarifverträgen.

Es fragt sich doch, warum euer Existenzkampf (vermutlich stehst du jedesmal auf, bevor du das Wort in den Mund nimmst) so ein langweiliger Schinken war, der es mit Casablanca eben nicht aufnehmen kann. Zufälligerweise haben wird, die ungrünen Chaoten, das Frühjahr 1984 nicht in unseren Lotterbetten verbracht. Nichts von dem, was wir hier schreiben, richtet sich gegen diejenigen Kollegen, die wir erlebt haben, die sich ungeheur eingesetzt haben und z.T. sogar durch reaktionäre Übergriffe verletzt worden sind. Aber wir erinnern uns auch ziemlich gut, wie großartig die gewerkschaftliche Chefetage zur Sache gestanden hat. Ihr wolltet auf effektive Weise die Arbeitslosigkeit bekämpfen. Und habt anschließend kein Wort mehr über dieses Anliegen verloren. Momentan ist die offizielle Arbeitslosenzahl 2.300.000. Verarschen können sich die Betroffenen selber. Was habt ihr riskiert, wenn es angeblich um die Existenz der größten Errungenschaft der deutschen Arbeiterbewegung, der Einheitsgewerkschaft DGB, ging? Welche Opfer haben die Herren Hauptvorständler gebracht, wer sitzt im Knast? Oder hat auch nur eine Anklage eingefangen? Aufforderung zu strafbaren Handlungen, Widerstand gegen die Staatsgewalt, Landfriedensbruch — der Paragraphen sind genug, und Nötigung von Verfassungsorganen verlangen wir einstweilen gar nicht, weil wir so bescheiden geworden sind.

Das soll ein Kampf auf Leben und Tod gewesen sein? Das war schon alles ... an Kampfmaßnahmen, die die Gewerkschaften aufzubieten haben? Ach du Scheiße! Einem von Brokdorf bis zur Startbahn West erprobten Bürgerinitiativler entlockt ihr damit ein müdes Gähnen. Was aber soll ein britischer Bergarbeiter zu euch Helden sagen??

Ganz im Gegenteil zu dir sind wir der Meinung, daß der Kampf um die 35 Stunden-Woche nicht als Existenzkampf geführt wurde und, nebenbei bemerkt, im wesentlichen noch vor uns und nicht hinter uns liegt. Ganz im Gegensatz zu dir sind wir aber auch der Meinung, daß die Arbeiterklasse, wenn sie will, intelligenter, kühner, charmanter, angriffslustiger und spritziger sein kann, als Bogart es je war. Arthur Scargill gibt einen Vorgeschmack davon. Und wenn der Bergarbeiter-Streik auf die Leiwand kommt, werden die Kinosäle so voll sein wie bei Casablanca, und wir werden jede einzelne Sequenz in uns hineinschlingen, das schwören wir dir. Übrigens gibt es Scargills nicht nur in England. Talente gibt es auch im DGB. Mehr als dir lieb sein kann. Man muß sie nur lassen, anstatt sie rauszuschmeißen. Merk dir eins, Pfeife: Schwielige Hände sind nicht, wie du vielleicht glaubst, gleichbedeutend mit Stroh im Kopf und langen Unterhosen an den Beinen.

Für dich ist der Prollo ein Arbeitstier und soll es auch bleiben. Dieses Arbeitstier ist in Ordnung, wenn es morgens beim Kaffee der Alten von der 35 Stunden-Woche erzählt und abends die Kinder in die Geheimnisse des Tarifvertrags einweiht, bevor es sich in der Glotze Kulenkampff und Udo Jürgens reinzieht (weil die fortschrittlicher sind als Fuchsberger und Peter Alexander). Das Tier hört Platten von der DGB-Songgruppe und läßt sich geduldig vom Vertrauensmann deine Artikel in der „Welt der Arbeit" erklären. An Weihnachten kauft es ein Buch mit Fotos vom Frühjahrskampf (die schönsten Bilder von den schönsten Werktoren mit den schönsten DGB-Transparenten). Das Tier zahlt immer pünktlich seinen Mitgliedsbeitrag. Dafür darf es sich auch einmal die Woche vollaufen lassen. So richtig proletarisch. Aber du liegst wieder mal glasklar daneben, Pfeife. Wenn d a s das Leben ist, dann ist es proletarisch, sich j e d e n Abend vollaufen zu lassen und auch schon morgens auf der Arbeit damit anzufangen. Wie es ja viele tatsächlich tun. Wie es übrigens auch ein Humphrey Bogart tun würde, wenn er diese Rolle zu spielen hätte.

Aber das ist nicht das Leben, darf es nicht sein. Das ist nur das, was sich Spießer deines Schlages vorstellen. Denn du bist es ja, der z.B. vor Bildung warnt, weil sie arrogante und undankbare Geschöpfe wie die Grünen hervorbringe. Auf deine eigene Bildung möchtest du wohl nicht verzichten. Du merkst gar nicht, wie sympathisch du die Grünen mit deinem Gesabbere machst ...

Du bist nicht die einzige Gewerkschaftspfeife, die auf Arbeitertümelei macht und in Wahrheit Menschen für Affen hält, nur weil sie nicht wie du am Schreibtisch sitzen, sondern in der Produktion stehen. Als kürzlich in München ein Prozeß stattfand, in dem es darum ging, daß zwei Arbeiter einen türkischen Kollegen am Werktor aufgehängt hatten, da sagten CSU, reaktionäre Presse und andere gestandene Schweine, das habe mit Ausländerfeindlichkeit nichts zu tun gehabt.

Das sei halt derber Spaß gewesen. Sowas komme bei Leuten vor, die „Handarbeit" ausüben. Da weisen also dieselben, die die Ausländerfeindlichkeit bei jeder Gelegenheit anheizen, die Verantwortung von sich und schieben sie auf die Arbeiter, die es nicht besser verstünden. Rassismus und nicht Internationalismus wäre mithin das Resultat proletarischer Klassenlage. Ihr Gewerkschaftspfeifen habt ein bißchen protestiert, aber d i e s e r Behauptung habt ihr nicht widersprochen, und niemand hat sie als Beleidigung zurückgewiesen. Weil ihr im Grunde gar keine so verschiedene Auffassung von „Handarbeit" habt.

Wenn man euch „Arbeitnehmer-Vertreter" so erlebt, möchte man ausnahmsweise wirklich mal Handarbeit nach euerm Verständnis walten lassen. Und zwar an der richtigen Adresse. Man möchte euch stundenlang in die Fresse schlagen. Natürlich nur mit weißen Handschuhen, um sich die Hände, die sogenannten schwieligen, nicht schmutzig zu machen. Wie Humphrey Bogart. Nix für ungut. War nur ein kleiner derber Spaß von uns.

Proletarische Grüße!
Brotherhood of men! (aber das verstehst du erst, wenn du mehr von Bogart weißt).

Komitee zur Befreiung der Arbeiter von der „Welt der Arbeit"



Aus: „Welt der Arbeit" 13.12.84

Polit-Kasperei der grünen Partei

Von WdA-Chefredakteur Dieter Schmidt

Hände mit Schwielen wird es am Wochenende nicht gegeben haben, die Delegiertenkarten der Grünen hochhielten. Zwischen der realen Welt der Industriearbeiterschaft und der sozial sorglosen Welt vieler Grüner liegen Universen. Was wissen sie, die sich da so medienbunt tummelten, von den Existenzsorgen eines Werft- oder Stahlarbeiters oder Bergmanns, wenn es um deren Arbeitsplatz geht?

Wetten, daß die meisten mehr über die Filme von Humphrey Borgart wissen als über den Kampf um die Arbeitszeitverkürzung und sicherlich genau die Sequenzen aus dem Film Casablanca kennen, aber wenig über die Durchsetzung von Tarifverträgen?

So ist es denn auch aberwitzig, wenn sie behaupten, sie verweigerten sich der Macht und der Politik. Dann, sofern sie logisch denken könnten, müßten sie der Parlamentsarbeit fernbleiben und dürften nicht kandidieren. Wenn die Grünen in Hessen bei der Verabschiedung des Haushaltes mit der von ihnen so beschimpften Union und der, so ihre Worte, Flick-FDP stimmen, haben sie sich der Politik nicht verweigert, sie machen ganz konkret Nägel mit Köpfen. Weil sie im Parlament sitzen, entscheiden sie mit. Wenn sie Börner nicht „tolerieren", dann „tolerieren" sie die Gegenseite.

Polit-Kasperei ist es, sich aus den gutgefüllten Staatskassen schmatzend zu laben und zu behaupten, man mache da nicht mit. Sicherlich haben sich die sozialdemokratischen Großväter der Bildungspolitik ihre Enkel anders vorgestellt. Frei von Schwielen, frei von sozialen Sorgen, das Betriebsinnere kennen sie nur aus DDR-Filmen, so sind sie nun geworden, die durch Bildung freier sein sollten. Sorglos und arrogant wurden sie. Die Sozialdemokraten müssen mit dem leben, was sie auch hinterlassen haben: Polit-Freaks, die enttäuscht von ihrer Politik waren.

Das ist die Sache der Gewerkschaften nicht. Die Gewerkschaften haben derzeit keinen Grund, sich auch nur einen Meter auf diese Grünen zuzubewegen. Während der schweren, an die Existenz gehenden Arbeitskämpfe im Frühjahr 1984 haben wir kaum grüne Aktivisten an den Werktoren gesehen. Zur Zeit der Morgenschicht liegen die auch meist noch in den Betten, weil die Diskussion am Abend zuvor so lange dauerte. Warten wir also ab. Die Wirklichkeit wird sie einholen. Oder auch überholen. Schauen wir zu, wie sie sich mit sich selbst beschäftigen.

Ankündigung Staatsschulung (2. Teil) in Nürnberg am 16./17. März

Im zweiten Teil der Staatsschulung wollen wir einige der im ersten Teil aufgetauchten Fragen anhand eines konkreten historischen Abschnitts deutscher Staatsgeschichte diskutieren, nämlich anhand des deutschen Faschismus.

Neben der Vermittlung von Wissen über diesen — auch die heutige Gesellschaft prägenden — Abschnitt deutscher Staatsgeschichte sollen folgende Fragen im Mittelpunkt der Diskussion stehen: aus welchen Gründen wurde 1933 die politische Macht an die Nationalsozialisten übergeben. Befand sich die Bourgeoisie damals in einer für sie auswegslosen Situation oder: war die Machtübergabe hauptsächlich erfolgt, um die innen- und außenpolitischen Ergebnisse des Ersten Weltkrieges fundamental zu revidieren. Wie lief in der Zeit von 1930-33 der Diskussions- und Entscheidungsprozeß innerhalb der Bourgeoisie ab, wie erfüllte der Staat in dieser Zeit seine Funktion als ideeller Gesamtkapitalist:

— Welche Art von Politik haben SPD und KPD eingeschlagen. Trug diese möglicherweise zum Sieg des Faschismus bei?

— War der Faschismus an der Macht reiner Büttel des Kapitals oder gab es unterschiedliche Fraktionen innerhalb des „herrschenden Blocks", die unterschiedliche und divergierende Interessen verfolgten?

Oder mußte sich die Bourgeoisie dem Nationalsozialismus politisch unterwerfen, auch wenn sie ökonomisch die Macht behielten?

Als Grundlage der Schulung werden wir Reinhard Kühnl: Formen bürgerlicher Herrschaft — Liberalismus-Faschismus, rororo, 5.80 heranziehen.

Zusätzlich werden wir ein Schulungsinfo und ergänzende Texte verwenden.

Anmeldung bitte frühzeitig an:
KB-Nürnberg, M. Pickardt, Postfach 910 552,
85 Nürnberg.

Nochmals verschoben

Entgegen der Ankündigung im letzten AK wird die Serie „Zwischen den Weltkriegen" erst im AK 255 fortgesetzt. In voraussichtlich drei Folgen (AK 255-257) soll der Verlauf des 2. Weltkriegs, die Entwicklung des Kräfteverhältnisses sowie die Problematik der Anti-Hitler-Koalition skizziert werden. Voraussichtlich im AK 258 (Mai) soll der Übergang zum ‚Kalten Krieg' nach 1945 dargestellt werden.

Für den ARBEITERKAMPF ist es



(Foto Alf Haubitz)

nie zu spät, Herr Novottny!

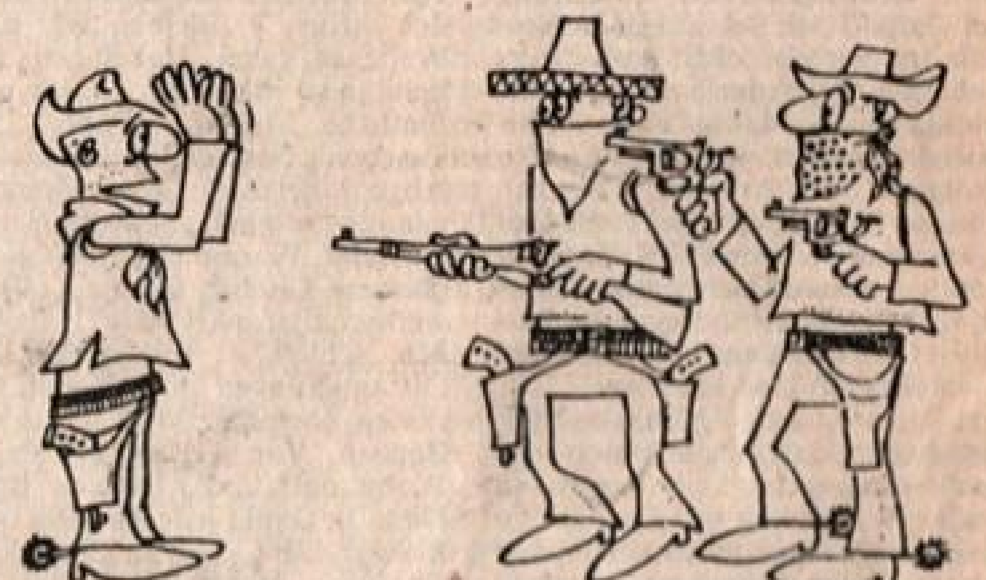
Inhalt

Chile: Massenprotest und Belagerungszustand .... S. 39

Cuba-Krise 1961 - 1963, Teil II .... S. 38

Kultur

Umberto Eco: »Apokalyptiker und Integrierte« .... S. 43



„Ihr habt mich überzeugt, euer Weg ist der richtige. Ich gehe mit euch!"

Das bisherige Ergebnis der Weihnachtsspendensammlung

Der erstmals in AK 252 erschiene diesjährige Spendenaufruf für den AK hat bisher ein Spendenaufkommen von 27.465 Mark gebracht. Wir danken allen bisherigen Spendern und sind zuversichtlich, daß wir das genannte Ziel von 30.000 Mark noch erreichen werden. Wer sich daran noch beteiligen will, der/die spende bitte auf das Konto:

Heinrich Eckhoff
Dresdner Bank Hamburg
BLZ 200 800 00
Konto-Nr. 4 806 104 00

Im folgenden die Spender im einzelnen:

U.W., Hamburg	95.-
Th.	150.-
A., Westberlin	300.-
R., Münster	50.-
K. Th., Hamburg	300.-
Gruppe Harburg	1300.-
F., Hannover	50.-
F.P., Hamburg	50.-
Th., Essen	300.-
Ph. R., Hamburg	40.-
U., Bochum	100.-
H. R., Bremen	500.-
K., Heidelberg	1000.-
G., Höchberg	300.-
J., Freiburg	250.-
M. Sch., Westberlin	50.-
E. W., Göttingen	500.-
O., Kiel	40.-
A. G., Hamburg	140.-
R., Essen	100.-

M. Sch., Westberlin 50.-
E. W., Göttingen 500.-
O., Kiel 40.-
A. G., Hamburg 140.-
R., Essen 100.-

O., Hamburg	200.-
H. H., Hamburg	200.-
H.H.	200.-
H.N.	500.-
KB/Gruppe Frankfurt	550.-
H.C., Hamburg	1500.-
W.N., Westberlin	200.-
J., Stuttgart	100.-
J., Herne	30.-
R., Kiel	200.-
A., München	25.-
R., Mönchengladbach	1000.-
G., Trier	50.-
F., Bremen	250.-
P., Frankfurt	150.-
R., Hamburg	1000.-
W.G.	100.-
G., Hannover	50.-
A., Lübeck	100.-
HSG, Göttingen	700.-
N.N.	250.-
2 Gen., Flensburg	200.-
Hans-Peter	10.-
M.M., Hamburg	100.-
D., Tuttlingen	300.-
N.N.	50.-
Wahlzettel Hamburg	150.-
D., Hamburg	50.-
Antirep., Hamburg	20.-
Ma., Antimil Hamburg	100.-
U., Antimil Hamburg	100.-
Hj., Antimil Hamburg	1000.-
Th., Kirchenkommission	400.-
Ch., Hamburg	200.-
H. u. C., Hamburg	5000.-
Hr., Hamburg	100.-
Wo., Hamburg	200.-
K., Hamburg	100.-
H., St. Pauli	300.-
N.N.	100.-
Ti., Hamburg	200.-
Gi., Hamburg	150.-
N.N.	100.-
O.P., Bremen	50.-
Kl.	265.-
Hz., Hamburg	1000.-
P., Hamburg	100.-
No. + Nie., Arbeitseinsatz	200.-
J., Göttingen	500.-
Gruppe Westberlin	1000.-
Gruppe Baden-Württemberg	1400.-
Gruppe Braunschweig	1050.-